Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Salzburg unter bayerischer Herrschaft.

Die Kreishauptstadt und der Salzachkreis von 1810 bis 1816

Von Stefan Miedaner, München

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde als Dissertation an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Wintersemester 1983/84 abgeschlossen.

Den Anstoß zur Beschäftigung mit der bayerischen Ära Salzburgs gab mir Professor Dr. Ludwig Hammermayer, der diese Dissertation auch betreute. Bedanken möchte ich mich bei den Referenten des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München, bei Frau Dr. Friederike Zaisberger vom Salzburger Landesarchiv und bei Herrn Dr. Adolf Hahnl vom Archiv St. Peter in Salzburg, bei dem ich im Gespräch auch die „psychologische Komponente" des salzburgisch-bayerischen Verhältnisses in die historische Betrachtung miteinzubeziehen lernte.

Für die Aufnahme dieser Dissertation, die im Herbst 1984 mit dem wissenschaftlichen Förderungspreis des Landes Salzburg prämiiert wurde, in die Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde bin ich Herrn Professor Dr. Heinz Dopsch zu großem Dank verpflichtet.

Ich widme diese Arbeit meinen Eltern in großer Dankbarkeit.

München, im Mai 1985 Stefan Miedaner

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Inhalt

Vorbemerkung 13

A. SALZBURG IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN BAYERN UND ÖSTERREICH VON 1797 BIS 1816 15

I. Die Stellung des Erzstifts am Ende des alten Reichs 15

1. Das Erzstift als Gegenstand bayerischer und österreichischer Säkularisierungsprojekte 18

a) Die Bedeutung des Salzhandels in den bayerischen Entschädigungsplänen 20

b) Die Säkularisierung des Erzstifts im Jahr 1803 und die toskanische Zwischenherrschaft 24

II. Die Bedeutung Salzburgs in der bayerischen Außenpolitik von 1806 bis 1810 27

1. Bayerns Eintritt in den Rheinbund im Jahr 1806 28

2. Der Tiroler Aufstand von 1809 und seine Auswirkungen auf Salzburg 29

3. Salzburg unter französischer Verwaltung 31

4. Der Pariser Vertrag vom 28. Februar 1810 34

a) Die Verhandlungen in Paris 37

b) Ergebnisse und Folgen des Pariser Vertrags 39

Die geopolitische Lage Bayerns im Jahr 1810 42

Die Voraussetzungen für eine Integration Salzburgs in das neue Königreich 44

III. Der Bündniswechsel von 1813 und die Anzeichen einer nationalen Bewegung im Salzachkreis 49

1. Salzburg als Garnisonsstadt 50

2. Die Sicherung von „Ruhe und Ordnung" 56

3. Der Bündniswechsel und seine Aufnahme in der Bevölkerung .. 59

IV. Die Auseinandersetzungen um Salzburg zwischen Bayern und Österreich auf dem Wiener Kongreß 66

1. Der Pariser Kongreß 67

2. Die Territorialverhandlungen auf dem Wiener Kongreß 69

3. Die Fortsetzung der Verhandlungen in Paris 73

4. Der Münchener Vertrag vom 14. April 1816 75

B. DIE MASSNAHMEN DER BAYERISCHEN VERWALTUNG IM SALZACHKREIS 87

I. Behördenorganisation und Beamte im Salzachkreis 87

1. Die Besitzergreifung Salzburgs durch die bayerische Hofkommission am 30. September 1810 87

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

2. Der bayerische Kronprinz als Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises 89
3. Die Organisation der Mittel- und Unterbehörden 95
a) Die Neuorganisation der Landgerichte und Rentämter 96
b) Die Patrimonialgerichte und Fideikommisse im Salzachkreis 102
c) Die Neuordnung des Kommunalwesens 106
4. Die Beamten im Salzachkreis 109
a) Die Besoldung der Beamten 110
b) Die Versetzung der Beamten 112
c) Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld 122

II. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der bayerischen Verwaltung 129
1. Die Bevölkerungsbewegung im Salzachkreis 132
2. Die Organisation des Gesundheitswesens 137
3. Gewerbe und Handel 142
a) Die gewerbepolitischen Maßnahmen der bayerischen Verwaltung 142
b) Handel und Gewerbe in der Kreishauptstadt 151
4. Die agrarpolitischen Maßnahmen der bayerischen Verwaltung 159
5. Die Neuorganisation der Armenpflege 168
a) Die Armenpflege bis zum Beginn der bayerischen Verwaltung im Jahr 1810 168
b) Die ländlichen und städtischen Unterschichten im Salzachkreis 172
c) Die Neuorganisation der Armenpflege und des Stiftungswesens im Salzachkreis 178

III. Das Verhältnis von Kirche und Staat 187
1. Rückblick auf die Reformära Colloredos und die toskanische Zwischenherrschaft 187
2. Die Koadjutorie des Fürstbischofs von Chiemsee Sigmund Christoph Graf von Zeil und Trauchburg und die bayerische Verwaltung 190
a) Die Klöster im Salzachkreis 195
b) Die Stellung der Geistlichen im Salzachkreis 197
c) Diözesanregulierung und religiöse Unruhen im Tiroler Anteil der Erzdiözese Salzburg 200

IV. Die Neugestaltung des Unterrichtswesens in Salzburg 205
1. Die Auflösung der Universität und ihre Umwandlung in ein Lyceum 205
a) Kurzer Rückblick auf die Benediktineruniversität bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1810 205
b) Die Auflösung der Universität im Dezember 1810 .. 207
c) Das Lyceum in Salzburg 210
2. Das Volksschulwesen im Salzachkreis 218

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

V. Die finanzpolitischen Maßnahmen der bayerischen Verwaltung 223
1. Schuldentilgung und Steuerwesen im Salzachkreis 223
2. Die wichtigsten Staatseinkünfte aus dem Salzachkreis 232
a) Der Verkauf von Staatsrealitäten 232
b) Die Einkünfte aus dem Berg- und Salinenwesen 235

C. DAS GEISTIG-KULTURELLE LEBEN IN SALZBURG .. 239
I. Salzburg am Ende der Spätaufklärung 239
1. Die Museums-Gesellschaft 243
2. Das Zeitungswesen 246
3. Die römischen Ausgrabungen in der Nähe Salzburgs 248

II. Der englische Garten von Aigen und die literarische Entdeckung der Salzburger Landschaft 250

Zusammenfassung und Ausblick 258

Literatur- und Quellenverzeichnis 262

Quellenanhang 272

Abkürzungsverzeichnis 305

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Vorbemerkung

Erst vor kurzem wurde von einem Salzburger Historiker festgestellt, daß die Zeit der politischen und kulturellen Bindung Salzburgs an Bayern im Mittelalter und der Umstand, daß sich Salzburg erst im 14. Jahrhundert, viel später als die anderen österreichischen Länder, von Bayern löste, heute weitgehend vergessen seien[1]. Diese Feststellung kann ebenso für die bayerische Herrschaft in Salzburg zu Beginn des 19. Jahrhunderts gelten, so daß heute, nachdem nun mittlerweile mehrere Einzeluntersuchungen über die Geschichte Salzburgs in den Jahren 1797 bis 1810 vorliegen[2], immer noch das bereits im Jahr 1914 von Hans Widmann konstatierte Desiderat zutrifft: „Länger als die Regierung des Kurfürsten und Österreichs, nämlich sieben Jahre, dauerte die bayerische Herrschaft. Ihre Geschichte ist noch nicht geschrieben."[3]

Eine der Ursachen hierfür ist die in einigen Arbeiten doch zu einseitige Betonung der traditionell proösterreichischen Stellung des Erzstifts, so als sei das Scheitern der bayerischen Herrschaft gewissermaßen vorprogrammiert gewesen[4]. In dieser Arbeit soll u. a. gezeigt werden, daß die Chancen für eine Integration Salzburgs in das Königreich Bayern zum Zeitpunkt des Anschlusses im Jahr 1810 durchaus günstig waren und daß

---

1 *Heinz Dopsch,* Die Wittelsbacher und das Erzstift Salzburg, in: Die Zeit der frühen Herzöge (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern I/1), München 1980, S. 268–284, hier S. 268.

2 *Liselotte Hoffmann,* Die Säkularisation Salzburgs. Salzburg zwischen Campo Formio und Schönbrunn, Pläne und Tatsachen, Diss. masch., Wien 1947; *Elfriede Schultz,* Die Toskanische Zwischenherrschaft in Salzburg 1803–1806, Präliminarien um die Entstehung des Kurfürstentums und seine endliche Verwirklichung, Diss. masch., Wien 1937; *Johannes Emmer,* Erzherzog Ferdinand III., Großherzog von Toscana als Kurfürst von Salzburg, Berchtesgaden, Passau und Eichstätt, Salzburg 1878; *Peter Putzer,* Kursalzburg, ein Beitrag zur territorialen „Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte am Ende des alten Reichs", Habilitationsschrift masch., Salzburg 1969; *Brigitte Partick,* Die erste Vereinigung Salzburgs mit Österreich 1805–1809, Diss. masch., Wien 1965; *Franz Ruedl,* Französische Administration 1809/10, Diss. masch., Innsbruck 1948.

3 *Hans Widmann,* Geschichte Salzburgs, 3 Bde., Gotha 1907/14, hier Bd. 3, S. 553; *Georg Abdon Pichler,* Salzburg's Landes-Geschichte, Salzburg 1865, stützte sich in seiner Darstellung der bayerischen Verwaltung größtenteils auf die in den Amtsblättern publizierten Verordnungen, die in den Münchener Archiven liegenden Akten hat er nicht benutzt. Über die in München lagernden Archivalien informiert *Bodo Uhl,* Die Salzburger Bestände im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Wege nach Bayern, Zusammenführung und Neuordnung, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 23, 1977, S. 7–49; die Neuordnung der den Salzachkreis betreffenden Akten ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.

4 Dies ist vor allem die Tendenz der Arbeiten von *Liselotte Hoffmann* und *Elfriede Schultz.* Die kurze Übersicht von *Peter Putzer,* Der Weg nach Österreich, Salzburg zwischen 1797 und 1816, in: Wissenschaft und Weltbild 3, 1966, S. 225–234, vermeidet derartige Simplifizierungen.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die bayerische Verwaltung aus den negativen Erfahrungen mit dem benachbarten Tirol sehr wohl ihre Konsequenzen gezogen hatte.

Die in den letzten Jahren erschienenen Untersuchungen zur Innen- und Reformpolitik der Ära Montgelas in Bayern[5] lassen darüber hinaus die bisher primär unter dem außenpolitischen Aspekt bewertete Abtretung Salzburgs an Österreich im Jahre 1816 in einem neuen Licht erscheinen[6]. Ebenso wie die Erwerbung Salzburgs für Bayern im Jahr 1810 im Kontext mit der bayerischen Rheinbundpolitik gesehen werden muß, müssen die Maßnahmen der bayerischen Verwaltung im Salzachkreis auch im Kontext mit dieser Reformpolitik gesehen werden. Wurde diese Politik dabei häufig aus der Perspektive der Zentralbehörden geschildert, so überwiegt in dieser Arbeit die Perspektive der Mittelbehörde, die einerseits für diese Reformpolitik wertvolle Impulse liefern konnte und sollte, deren Vorschläge aber auch oft genug ignoriert wurden, da der zentralistisch regierte Staat regionale Unterschiede nur in begrenztem Umfang tolerieren konnte.

So gesehen, kann die vorliegende Arbeit auch als ein Beitrag zu der Geschichte einer bayerischen Mittelbehörde der Ära Montgelas betrachtet werden. Gerade unter diesem Gesichtspunkt wie auch aufgrund der Quellenlage[7] schien es sinnvoll, den gesamten Salzachkreis in seiner Formation von 1810 bis 1816 zu behandeln, so daß in dieser Arbeit auch die vor 1803 nicht zum Erzstift gehörigen Gebietsteile berücksichtigt werden.

---

5 Eingeleitet von *Eberhard Weis,* Montgelas 1759–1799. Zwischen Revolution und Reform, München 1971; vgl. ferner *Friederike Hausmann,* Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, Frankfurt 1975; *Walter Demel,* Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära im vorkonstitutionellen Königreich Bayern, 2 Bde., Diss. masch., München 1981.

6 *Adam Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg? Geschichte des territorialen Ausgleichs zwischen Bayern und Österreich von 1813 bis 1819, München – Berlin 1921; *Robert Landauer,* Die Einverleibung Salzburgs durch Österreich, in: MGSL 73, 1933, S. 1–38; in den neueren Arbeiten wird vor allem die soziale Integration betont, vgl. *Rudolf Endres,* Die Eingliederung Frankens in den neuen bayerischen Staat, in: Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 83–94; *Werner K. Blessing,* Staatsintegration als soziale Integration, in: ZBLG 41, 1978, S. 633–700.

7 Neben den einschlägigen Ministerialakten und dem noch im Aufbau befindlichen Bestand „Salzachkreis" (vorübergehend bayerische Territorien der napoleonischen Zeit) im Staatsarchiv München sind hier vor allem die im Geheimen Hausarchiv liegenden, sehr realitätsnahen Verwaltungsberichte des Generalkreiskommissärs hervorzuheben, von denen der Bericht für das Etatsjahr 1813/14 als Beilage 2 im Anhang veröffentlicht ist.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

A. Salzburg im Spannungsfeld zwischen Bayern und Österreich von 1797 bis 1816

I. DIE STELLUNG DES ERZSTIFTS AM ENDE DES ALTEN REICHS

Die im Jahre 1784 erschienenen „Nachrichten vom Zustande der Gegenden und Stadt Juvavia" des Salzburger Hofrats Franz Thaddäus Kleinmayrn markierten Salzburgs Position gegenüber seinen beiden Nachbarn unter Berufung auf die Stellung des Erzbischofs und des Erzstifts im Heiligen Römischen Reich: „Der regierende Erzbischof Salzburgs ist nicht nur ein mit allen Regalien begabter Herr und Fürst seines unmittelbaren Reichslandes; er ist auch unmittelbarer Stand des Reiches mit Sitz und Stimme auf den Reichsversammlungen."[8] Auf der geistlichen Fürstenbank gebührte dem Salzburger Erzbischof der erste Platz, und seit 1535 führte Salzburg alternativ mit Österreich den Vorsitz im Direktorium des Reichsfürstenrates. Ebenfalls abwechselnd teilte sich Salzburg das Direktorium mit Bayern im Bayerischen Reichskreis, was zu zahlreichen Streitigkeiten zwischen den beiden Nachbarn geführt hatte[9].

Der Salzburger Erzbischof war als geistlicher Reichsfürst zugleich Landesfürst und Metropolit über die Erzdiözese und den Salzburger Metropolitanbereich. Eine in der Römischen Kirche einzigartige Stellung nahm Salzburg durch die vier von ihm gegründeten Eigenbistümer Gurk, Seckau, Chiemsee und Lavant und dem damit verbundenen „Salzburger Privileg" ein, das u. a. das Recht der Ernennung, der Konfirmation, der Konsekration und Ordination dieser dem Umfang nach allerdings kleinen Diözesen umfaßte, wobei der Fürsterzbischof von Salzburg ohne kaiserliches Diplom die Suffraganbischöfe dieser Eigenbistümer zu Reichsfürsten erheben konnte[10]. Dem Metropolitanverband unterstanden noch die Suffraganbistümer Brixen, Freising und Regensburg; das Bistum Passau hatte sich bereits 1730 davon gelöst, was jedoch dem

8 *Franz Thaddäus Kleinmayrn,* Nachrichten vom Zustande der Gegenden und Stadt Juvavia vor, während und nach Beherrschung der Römer bis zur Ankunft des heiligen Ruperts und von dessen Verwandlung in das heutige Salzburg, Salzburg 1784, S. 497.

9 Vgl. *Hans Rall,* Kurbayern in der letzten Epoche der Reichsverfassung (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 25), München 1952, S. 157f.; *Peter Schricker,* Die Position des Erzstifts Salzburg zwischen Bayern und Österreich im 17. Jahrhundert, Magisterarbeit masch. München 1979/80, S. 96f.

10 Grundlegend: *Wilhelmine Seidenschnur,* Die Salzburger Eigenbistümer in ihrer reichs-, kirchen- und landesrechtlichen Stellung, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte kan. Abtlg. 40, 1919, S. 177–287; *G. Schrötter,* Der Reichsfürstentitel der Bischöfe von Chiemsee, in: Festschrift für K. Th. v. Heigel, München 1903, S. 125–145.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Bistum Regensburg in einem lange dauernden Exemptionsstreit nicht gelingen sollte[11].

Ein wesentlicher Faktor, warum Salzburg, obwohl ranghöchster Reichsstand nach den Kurfürsten, eine bedeutende Stellung im Reich versagt blieb, war durch seine geopolitische Lage gewissermaßen vorprogrammiert: Eingeschlossen zwischen den Machtblöcken Kurbayern und Österreich, dadurch vom übrigen Reich ziemlich isoliert, konnte auch die zu Ende des 18. Jahrhunderts herausragende kirchenrechtliche Stellung Salzburgs, die auf einzigartigen Rechtstiteln und einem weit ausgedehnten Kirchengebiet beruhte, nicht darüber hinwegtäuschen, daß Salzburg im 18. Jahrhundert nicht das notwendige Machtpotential besaß, um überhaupt noch eine eigenständige Politik zu betreiben[12].

Diese Entwicklung setzte vor allem im 17. Jahrhundert ein. Noch im Dreißigjährigen Krieg war die Neutralitätspolitik der Salzburger Bischöfe das Mittel zum Zweck, die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des Erzstifts gegenüber den beiden mächtigen Territorien zu behaupten[13]. Doch als im Jahre 1623 Bayern zum Kurfürstentum erhoben wurde und damit Salzburg gegenüber eine höhere reichsrechtliche Stellung einnahm, die es auch auf den Reichstagen behaupten konnte, war ein derartiges Balancieren nicht mehr möglich. So setzte mit der Regierung Guidobald von Thuns (1654–1668) die Annäherung Salzburgs an Österreich ein; zugleich beginnt die Reihe der Erzbischöfe, die ausnahmslos aus dem österreichischen Hochadel stammten und eng mit führenden Exponenten der Habsburger Monarchie verwandt waren. Dies trifft in geradezu exemplarischer Weise auf den letzten Fürsterzbischof von Salzburg, Hieronymus Graf von Colloredo, einem Sohn des Reichsvizekanzlers Rudolph von Colloredo, zu[14]. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts schloß sich Salzburg, das sich von dem Expansionsstreben des bayerischen Kurfürsten Max Emanuel bedroht fühlte, noch enger an Österreich an.

Die Orientierung an Österreich läßt sich auch an der Besetzung des Domkapitels zeigen, aus dessen Mitte, *ex gremio,* der Bischof gewählt wurde. Vor seiner Wahl mußte er oft umfangreiche Wahlkapitulationen als „bindende Regierungserklärung im Sinne der Herrschaftsteilhaber, nämlich hier des adeligen Domkapitels" verfassen[15]. Auch hier wurde der

---

11 Vgl. *Dominikus Lindner,* Der Streit um die Exemption des Bistums Regensburg vom Salzburger Metropolitanverband 1645–1796, in: Jahrbuch für altbayerische Kirchengeschichte 17, 1964, S. 84–113.

12 Die Erzbischöfe betrieben keine eigene Politik mehr und waren „eher mit Großgrundbesitzern als mit Staatsoberhäuptern zu vergleichen, die ihren Besitz verwalteten", zit. nach *Karl Otmar von Aretin,* Heiliges Römisches Reich 1776–1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität, Wiesbaden 1967, Bd. 1, S. 26.

13 Vgl. *Reinhard Heinisch,* Salzburg im Dreißigjährigen Krieg (Dissertation der Universität Wien, Bd. 18), Wien 1968; *ders.,* Die Neutralitätspolitik Paris Lodrons und ihre Vorläufer, in: MGSL 110/111, 1970/71, S. 255–276.

14 Zur Genealogie der Familie Colloredo vgl. *Wurzbach* 2, S. 416–431.

15 *Schricker,* wie Anm. 9, S. 38.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

bayerische, aber auch der ohnehin zahlenmäßig nicht sehr starke salzburgische Adel immer mehr aus dem Domkapitel verdrängt. Ein im Jahre 1792 verfaßtes Gutachten konnte so zu dem Ergebnis gelangen, daß sich das Domkapitel zum größten Teil aus Mitgliedern zusammensetzte, die dem österreichischen Kaiserhaus eng verbunden waren[16]. Auf diese Weise konnte man mit der Wahl eines proösterreichischen und kaisertreuen Metropoliten rechnen. Die Entsendung von Wahlgesandtschaften bzw. Wahlkommissären[17] bot eine weitere Möglichkeit der Einflußnahme auf die Wahl, wie gerade die Wahl Colloredos im Jahre 1772 deutlich zeigt.

Damals gelang es dem kaiserlichen Wahlkommissär Graf Hartig, nach langwierigen Verhandlungen alle Gegenkandidaten Colloredos, vor allem Graf Christoph von Waldburg-Zeil, der über enge Beziehungen zum bayerischen Hof verfügte und in der Salzburger Bevölkerung sehr beliebt war, zum Verzicht auf ihre Kandidatur zu bewegen[18]. Auch Bischof Leopold Ernst von Firmian aus Passau zog seine Kandidatur zurück und förderte die Wahl Colloredos, „den die österreichische Politik von jeher für ihre Zwecke herausgebildet hatte"[19].

Gerade unter seiner Regierung geriet das Erzstift unter zunehmenden Druck von außen. Die Errichtung einer Nuntiatur in München durch Karl Theodor im Jahre 1784 stellte nicht nur für den Fürsterzbischof von Salzburg, sondern auch für die Metropoliten von Mainz, Köln und Trier eine Schmälerung ihres Einflusses dar und veranlaßte sie, im Emser Kongreß von 1786 nicht nur Gravamina gegen päpstliche Reservationen im Reich aufzustellen, sondern darüber hinaus ein febronianistisches, kirchenpolitisches Reformprogramm zu entwickeln, was dann freilich an dem Widerstand der Suffraganbischöfe und der Uneinigkeit in ihren eigenen Reihen scheiterte[20].

Eine weitere Gefahr erwuchs dem Erzbistum Salzburg in den kirchenpolitischen Maßnahmen und Überlegungen Josephs II., die im Jahre 1784 das Ausmaß eines phantastischen Projekts annahmen. Nach dem

16 Vgl. *Hubert Bastgen,* Fürsterzbischof Colloredo und sein Domkapitel, in: MGSL 59, 1919, S. 37–42. Das anonym verfaßte Gutachten trägt den Titel „wie einem Erzherzog das Erzbistum Salzburg zu verschaffen wäre" und enthält eine eingehende Charakterisierung der einzelnen Domkapitulare. Zur Realisierung dieses Projekts unter Ferdinand von Toskana, *Liselotte Hoffmann,* Die Säkularisation Salzburgs, Salzburg zwischen Campo Formio und Schönbrunn, Pläne und Tatsachen, Diss. masch., Wien 1947, S. 31f.; vgl. auch *Ludwig Hüttl / Max Emanuel,* Der Blaue Kurfürst, München 1976, S. 322: „Ihre [auch Salzburgs, Anm. d. V.] Domkapitel waren mit Mitgliedern besetzt, die die kaiserliche Reichspolitik begünstigten, denen das Reich zu ihrer eigenen Existenzsicherung notwendig war und die Stärke des Kaisers die Garantie für ihr Überleben bedeutete, da sie sonst dem Zugriff der expansionsfreudigen weltlichen Nachbarn ausgesetzt waren."

17 *Schricker,* wie Anm. 9, S. 50–54.

18 *Hans Wagner,* Die Aufklärung im Erzstift Salzburg, Salzburg 1966, S. 7.

19 *Karl O. Wagner,* Die Oberdeutsche Allgemeine Literaturzeitung, in: MGSL 48, 1908, S. 103.

20 *Ludwig Hammermayer,* Das Ende des alten Bayern, in: HB II, S. 1099; *Karl O. von Aretin,* Heiliges Römisches Reich, Bd. 1, S. 392f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Tod des Lütticher Fürsterzbischofs Franz Karl von Welbruck (1784) schlug Joseph II. vor, Salzburg in das seit 1778 akute Tauschprojekt Bayern–Niederlande miteinzubeziehen[21]. Dabei sollte vor allem die Differenz zwischen den Einnahmen der Niederlande (6,6 Millionen Gulden) und Bayerns, einschließlich Sulzbach und Neuburg (4,256 Millionen Gulden) ausgeglichen werden. Nach Josephs Plan sollte sich der Erzbischof von Salzburg zum Bischof von Lüttich wählen und mit seinem Domkapitel nach Lüttich versetzen lassen. Anstelle des Erzstifts sollte er die Herzogtümer Luxemburg und Limburg erhalten. Ein Bruder des Salzburger Erzbischofs wurde mit dem Empfehlungsschreiben des Reichsvizekanzlers Colloredo, seines Vaters, nach Salzburg geschickt, um den Erzbischof zu der Annahme des Planes zu bewegen. Dieser lehnte jedoch, wie zu erwarten war, ab[22]. Auf der bayerischen Seite riefen die Tauschpläne Karl Theodors und Josephs II. die heftige Opposition einer Patriotenpartei hervor, die Wesentliches zu der Herausbildung eines von der Dynastie getrennten Staatsgefühls leistete, das eine der Grundlagen des modernen bayerischen Staates unter Montgelas wurde[23].

1. Das Erzstift als Gegenstand bayerischer und österreichischer Säkularisierungsprojekte

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts rückte die Möglichkeit einer Säkularisierung des Erzstifts immer näher. Im Jahre 1784 äußerte sich Kleinmayrn noch optimistisch: „Dreymal in diesem Jahrhundert stand es mit dem dermaligen Zustande des Erzstiftes auf den Spitzen. Dreymal war dessen Sekularisierung nicht so weit entfernet. Die Vorsicht wandte gleichwohl das Blatt. Sie ist es, welche die mehr dann tausendjährige Verfassung unter geistlichen Wahlregenten annoch aufrecht erhielt.“[24] Doch mit dem Frieden von Campo Formio vom 18. Oktober 1797 wurde die umfassende, territoriale Neugestaltung Deutschlands eingeleitet, die auch Salzburg nicht verschonen sollte. Erstmals verließ jetzt auch das Reichsoberhaupt den Grundsatz der Reichsintegrität und akzeptierte die schon im Friedensvertrag von Basel (5. April 1795) zwischen Frankreich und Preußen vereinbarte Entschädigung durch Säkularisationen für die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich. Dabei ließ sich Öster-

21 Zum Ländertauschprojekt: *Ludwig Hammermayer,* in: HB II, S. 1043–1053; *Karl O. von Aretin,* Bayerns Weg zum souveränen Staat, Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714–1818, München 1976, S. 65f.; *Ernst Wenisch,* Der Kampf um den Bestand des Erzbistums Salzburg 1743–1825, in: MGSL 106, 1966, S. 303–346, bes. S. 320f.

22 Im Gegensatz zu Joseph II., der sich bedenkenlos über das Mitspracherecht des Salzburger Domkapitels und der Landstände hinwegsetzte, war sein Minister Kaunitz Realist genug, von vornherein die Aussichtslosigkeit dieses Projekts zu erkennen. Mit der Bildung eines Fürstenbundes im Jahre 1785 zur Garantie der Unteilbarkeit der Reichsstände war der Tauschplan endgültig gescheitert.

23 *Aretin,* Bayerns Weg, S. 65, 119.

24 *Kleinmayrn,* Juvavia, S. 525.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

reich in einem Geheimartikel das Erzstift Salzburg sowie Teile Südbayerns in Aussicht stellen[25]. Für die Salzburger war das Thema „Säkularisation" damit erneut in greifbare Nähe gerückt. Die Krisenstimmung hatte auch die anderen geistlichen Fürstentümer erfaßt. Für eine kurze Zeit erwog man, gegen die drohende Säkularisationsgefahr einen geistlichen Fürstenbund zu gründen, gab diesen Gedanken jedoch bald wieder auf, da er wenig erfolgversprechend war[26].

Aus dieser Zeit datiert auch die aufschlußreiche Feststellung des Salzburger Chronisten Felix Audactus Haslberger, die Salzburger Bürger hofften auf Säkularisation des Erzstifts und Anschluß an Bayern, später dahingehend differenziert, das Volk wolle zu Bayern, die Beamten zu Österreich[27]. Man darf hier allerdings nicht übersehen, daß Haslberger zu den entschiedenen Gegnern Colloredos zählte, bei dem er überall Spuren des „Illuminatismus und böser Gesinnung" fand und sicherlich auch aus diesem Grunde seine Salzburger Chronik der Bayerischen Akademie der Wissenschaften anbot[28]. Andererseits hatte er als Pfarrer von Thalgau Kontakt mit der Landbevölkerung, bei der Colloredo aufgrund seiner Reformen wenig beliebt war.

Das Erscheinen zahlreicher historischer Werke dieser Zeit zur Salzburger Landesgeschichte, die, oft mit einem diplomatischen Anhang versehen, tradierte Rechte fixieren, signalisiert die Sorge um die Weiterexistenz des Erzstifts, die ihre Begründung in immer schärferen Angriffen auf das Bistum fand[29]. Als im Reich die Frage der Säkularisation diskutiert wurde, war Salzburg eines der ersten Territorien, das davon akut betroffen wurde. Dies ist auch die Ursache dafür, warum hier die Krisenstimmung besonders ausgeprägt war. Das aufgrund respektabler kultureller Leistungen erworbene Selbstvertrauen wich schon bald einem Gefühl der Ohnmacht, jetzt völlig zur Passivität verurteilt, darauf zu

---

25 *Max Braubach,* Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte 14), München 1976, S. 46.

26 Vgl. *Liselotte Hoffmann,* Die Säkularisation Salzburgs. Salzburg zwischen Campo Formio und Schönbrunn, Pläne und Tatsachen, Diss. masch., Wien 1947, S. 106f.

27 *Franz Martin,* Die Salzburger Chronik des Felix Audactus Haslberger (1731–1809), in: MGSL 68, 1928, S. 51–68; 69, 1929, S. 97–119; 74, 1934, S. 159–169. Die beiden Zitate, die vom August/September 1797 bzw. 20. Februar 1799 datieren, stehen bedauerlicherweise vereinzelt und zusammenhangslos da; vgl. den Hinweis bei *Ludwig Hammermayer,* Salzburg und Bayern im 18. Jahrhundert, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 134, Anm. 8.

28 Der von Bayern nach Salzburg geflohene Illuminat Lorenz Hübner kritisierte das Vorgehen Haslbergers; vgl. *Joseph Mack,* Die Reform- und Aufklärungsbestrebungen im Erzstift Salzburg unter Erzbischof Hieronymus von Colloredo, Diss., München 1912, S. 111, Anm. 2.

29 So sind „Kleinmayrns historische Arbeiten . . . auf die direkte und bestimmteste Weise aus seiner amtlichen Stellung und seinen dienstlichen Beschäftigungen hervorgegangen, sie sind nicht die Ausfüllung seiner Mußestunden, sondern die reine Frucht seiner zu offiziellen und praktischen Zwecken unternommenen Studien"; *Eduard Pichler,* Zum hundertjährigen Gedächtnis von Franz Thaddäus Kleinmayrns Juvavia, in: MGSL 25, 1885, S. 3. Die eigentliche Bedeutung der Juvavia liegt eindeutig in der Quellenedition.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

warten, als „Provinz wie Nachdrucke durch die Presse auf Pränumeration vertheilt" zu werden[30].

a) Die Bedeutung des Salzhandels in den bayerischen Entschädigungsplänen

In den Verhandlungen zum Frieden von Campo Formio hatte Bonaparte ohne größere Schwierigkeiten Österreich die Erwerbung des Erzstifts Salzburg, des Hochstifts Passau und später in Udine, nachdem er sich von dem österreichischen Minister Cobenzl kurz die betreffenden Gebiete auf der Karte hatte zeigen lassen, den Teil Bayerns in Aussicht gestellt, der rechts des Inn bis zur Salzach reicht, mit Traunstein, Reichenhall, Burghausen sowie des militärisch wichtigen, links des Inn gelegenen Wasserburg[31].

Zweifellos hätte die Abtretung von Berchtesgaden und Reichenhall für Bayern einen irreparablen wirtschaftlichen Schaden bedeutet, da dadurch Österreich die alleinige Verfügung über den Salzhandel erhalten hätte. In dem auf der Reichenhaller Seite gewonnenen Salz besaß Bayern über Jahrhunderte hinweg eines der den größten Ertrag bringenden Exportprodukte. Noch im 16. Jahrhundert wurden zwei Drittel des bayerischen Staatshaushaltes aus den Betriebs- und Handelsgewinnen der Reichenhaller Salinen finanziert. In der folgenden Zeit sank dieser hohe Anteil, betrug aber um 1800 immerhin noch zehn bis zwölf Prozent, was etwa einem Betrag von 250.000 bis 280.000 Gulden im Jahr entsprach. Technik, Betriebsorganisationen und Vertrieb in den Reichenhaller Salinen befanden sich auf einem hohen Niveau[32].

Seit dem 12. Jahrhundert hatte sich Salzburg durch den Ausbau der Halleiner Salzwerke zu einem starken Konkurrenten für Bayern entwickelt[33]. Die Fürstpropstei Berchtesgaden, der dritte große Salzproduzent, nahm eine merkwürdige Sonderstellung ein. Es besaß nur zwei Verkehrsverbindungen, eine nach Salzburg und eine nach Bayern, woraus zahlreiche Auseinandersetzungen resultierten[34].

Seit 1555 bis 1611 hatte Bayern schrittweise als Kommissionär den gesamten Vertrieb der Salzproduktion seiner Nachbarn übernommen. Hierbei spielten ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, ein leistungsfähiges

30 *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld,* Die letzten dreißig Jahre des Hochstifts und Erzbistums Salzburg, München 1816, S. 176.

31 *H. Hüffer,* Oesterreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution bis zum Abschluß des Friedens von Campo Formio, Bonn 1868, S. 421f., 441; *Michael Doeberl,* Entwicklungsgeschichte Bayerns, Bd. II, Vom Westfälischen Frieden bis zum Tode König Maximilians I., München [3]1928, S. 376.

32 *Dietmar Stutzer,* Als Bayern Großmacht des Salzes war, in: Unser Bayern, Heimatbeilage der Bayerischen Staatszeitung 30/1, 1981, S. 1–3, hier S. 1.

33 *Eckart Schremmer,* Gewerbe und Handel. Das Salzwesen, in: HB II, S. 674.

34 Vgl. *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld,* Die teutschen, insbesondere die bayerischen und österreichischen Salzwerke, zunächst im Mittelalter, München 1836; *ders.,* Geschichte des Fürstenthums Berchtesgaden und seiner Salzwerke, 3 Bde., Salzburg 1815.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Transportwesen in Bayern sowie die mit Abstand beste Qualität des Reichenhaller Salzes eine ausschlaggebende Rolle[35]. In der Folgezeit kam es aufgrund des bayerischen Salzmonopols immer wieder zu Streitigkeiten, so zuletzt in dem Prozeß, den Bayern unter Berufung auf das *ius regium* der alten Stammesherzöge in den Jahren 1760 bis 1766 vor dem Reichskammergericht gegen Salzburg führte und der für Bayern entschieden wurde, da ein anderer Abnehmer nicht in Sicht war[36].

Über die sich aus der bevorstehenden Säkularisation ergebenden Perspektiven für Bayern bestanden zwischen dem Zweibrückener und dem Münchener Hof erhebliche Differenzen. Montgelas, der spätere Außenminister Bayerns, damals noch politischer Berater Herzog Max Josephs in Zweibrücken, vertrat die Meinung, daß man den Absichten des Kaisers auf bayerisches Gebiet mit Hilfe anderer Großmächte entgegentreten müßte, den Verlust des linken Rheinufers endgültig zu akzeptieren habe und als Entschädigung für verlorene Gebiete Altbayern vergrößern und abrunden sollte[37]; er hatte bereits 1796, als er das bayerische Salzmonopol durch eine etwaige Abtretung Salzburgs und Berchtesgadens an Österreich gefährdet sah, zwei Denkschriften verfaßt, die sich eingehend mit diesem Problem beschäftigten[38]. Ein Jahr später verfaßte er eine weitere Denkschrift „Mémoire sur les salines el le commerce des sels de Bavière", die er an den Freiherrn von Cetto für dessen Verhandlung mit Talleyrand am 20. August 1797 nach Paris schickte. Darin schildert er zu Beginn die historische Entwicklung des bayerischen Salzhandels, die allein von der Aufrechterhaltung der uralten Salz- und Holzlieferungsverträge Bayerns mit der Fürstpropstei Berchtesgaden und dem Erzstift Salzburg abhängig ist. Besonders hebt er den Reingewinn des Staates aus dem Inlandsverkauf in Höhe von maximal 600.000 Gulden, die Bedeutung der Arbeitsplätze für die vom Salzhandel und der Salzproduktion abhängige Bevölkerung sowie die in Notzeiten mögliche Aufnahme von Hypotheken auf den Salzhandel hervor. Falls Österreich nun Berchtesgaden und Salzburg

35 *Stutzer,* wie Anm. 32, S. 1; Berchtesgaden verkaufte 1555 und 1564 „für alle Zeiten" sein Frauenreuther Salz an Bayern. Salzburg überließ 1594 und 1611 Bayern das Salzhandelsmonopol mit allem auf dem Wasser transportierten Salzburger Salz; *Schremmer,* wie Anm. 33, S. 675f.; vgl. *Ernst Pfenninger,* Über die Gewehrlichkeit der Salzlieferungen vom Erzstift Salzburg an Churbayern, in: MGSL 110/111, 1970/71, S. 227–296; *F. X. Eberle,* Die Organisation des Reichenhaller Salzwesens unter herzoglichem und kurfürstlichem Produktions- und Handelsmonopol, Diss., München 1910.

36 Vgl. die in diesem Zusammenhang von *F. T. Kleinmayrn* verfaßte Schrift, Unpartheiische Abhandlung von dem Staate des hohen Erzstifts Salzburg und dessen Grundverfassung zur rechtlichen und geschichtsmäßigen Prüfung des sogg. Ius regii der Herzöge in Baiern, entworfen 1765, gedruckt 1770.

37 *Eberhard Weis,* Montgelas 1759–1799, Zwischen Revolution und Reform, München 1971, S. 324f.

38 Eine 38seitige Ausarbeitung „Extrait des actes sur les rapports de la Bavière avec la Prévôté de Berchtolsgaden" ist vom 1. Juli 1796 datiert. Eine 15seitige Denkschrift vom 6. Juli 1796 wurde den Regierungen in Paris und Berlin übermittelt; *Weis,* Montgelas, S. 328f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

bekäme, könne es den bayerischen Salinen in Traunstein und Reichenhall die Zulieferungen über die Soleleitungen aus den Salzquellen der Fürstpropstei Berchtesgaden und des salzburgischen Hallein sperren oder ihren weiteren Zufluß von wirtschaftspolitischen Bedingungen abhängig machen, die entweder den Zusammenbruch des bayerischen Handels oder die Unterwerfung unter Österreich zur Folge hätten.

Weitgehend in Übereinstimmung mit den Ausführungen Montgelas' befindet sich eine anonym verfaßte Denkschrift von 1798 „Bemerkungen und Beweise, daß die salzburgischen Staaten denen österreichischen nie einverleibet werden können". Hier kommt die Befürchtung zum Ausdruck, Salzburg könne sich an Österreich um Schutz gegen Bayern wenden. Die Erhaltung des Erzstifts sei für die bayerischen Kurlande von großer Bedeutung, die Abtretung Salzburgs an Österreich dagegen wäre für Bayern ein unersetzlicher Schaden[39].

Die bayerische Intervention in Paris verlief erfolgreich, da sich Talleyrand den bayerischen Standpunkt zu eigen machte und sich gegen die vorschnelle Zusage dieser Gebiete an Österreich aussprach: „Ich gestehe, daß man sich erst noch überzeugen muß von dem großen Interesse, das wir daran haben sollen, das Haus Österreich in den Genuß der Verlassenschaft des deutschen Klerus gelangen zu lassen, um nicht zu sagen, daß ich erschrocken bin über den Artikel, der dem Kaiser das Erzstift Salzburg, die Fürstpropstei Berchtesgaden und den Teil Bayerns mit den reichen Salinen von Traunstein und Reichenhall zuspricht, ohne etwas darüber zu sagen, für welche Abtretung zu unseren Gunsten dieser ungeheuere Gewinn die Belohnung darstellen soll."[40] Damit blieb das bayerische Salzmonopol weiterhin unangetastet, denn die alten Salzverträge blieben auch in der Zeit von 1803 bis 1810 gültig; außerdem konnte Bayern von 1806 bis 1814 zusätzlich über die Salinen von Hall in Tirol verfügen.

Im Juni 1797, vier Monate vor dem Abschluß des Vertrags von Campo Formio, verfaßte Montgelas zum Gebrauch des zweibrückischen Gesandten in Paris, Cetto[41], einen Entschädigungsplan für die pfalzbayeri-

39 HSTA Kasten blau 427/5/24 vom 28. März 1798.

40 Zitiert nach *Weis,* Montgelas, S. 326. HSTA MA 112. Auch der Leiter der pfalzbayerischen Delegation in Rastatt, Heinrich Theodor Graf Topor von Morawitzky, verfaßte 1801 eine Denkschrift, in der er bei der Abtretung Salzburgs an das Haus Toskana *la destruction eventuelle des nos salines de Traunstein et Reichenhall* prophezeite. Im selben Akt liegt ein von dem kurfürstlichen Generallandesdirektionsrat Franz Baader verfaßtes *„Pro Memoria,* die durch den bestehenden Verlust von Berchtesgaden unseren Salinenwesen zugehende Beschädigung und die künftige zum Ersaze desselben zu ergreifenden Maaßregeln betreffend".

41 Frankophil, über enge Beziehungen zu Talleyrand verfügend, kann der aus Zweibrücken stammende Anton Freiherr von Cetto (1756–1847) neben Montgelas als einer der Initiatoren der späteren bayerisch-französischen Allianz gelten; vgl. *Marcel Dunan,* Napoléon et l'Allemagne. Le systeme continental et les débuts du Royaume de Bavière, Paris ²1948, S. 62.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

schen Staaten, dessen Grundgedanken noch in einer umfassenden Instruktion vom 20. November 1797 für den Bevollmächtigten des Herzogs von Zweibrücken am Rastatter Kongreß, Aloys Freiherrn von Rechberg, erweitert wurden[42]. Dabei stand die Abrundung und Stärkung Altbayerns als Ausgleich für den Verzicht auf die linksrheinischen Gebiete im Vordergrund. Die Großmächte, die an Bayerns Erhaltung interessiert seien, gemeint sind Preußen, Frankreich und Rußland, würden ihm eine Arrondierung zugestehen. Die Streulage seiner gegenwärtigen Besitzungen sei gleichzeitig auf militärischem Gebiet ein Nachteil, von einer Abrundung und Stärkung Altbayerns dagegen ergäben sich Vorteile auf militärischem wie auf verwaltungstechnischem Gebiet.

In dem „Mémoire instructif" vom Juni 1797 arbeitete Montgelas drei Hypothesen für die Entschädigungen an Pfalz-Bayern und Zweibrücken aus; er forderte darin außer dem Hochstift Freising mit der Grafschaft Werdenfels, Regensburg sowie die Stadt Passau mit Umgebung, ferner vom Erzstift Salzburg den Teil diesseits der Salzach einschließlich der Salinen von Hallein, die Besitzungen Salzburgs und Passaus innerhalb Bayerns, darunter auch die salzburgische Herrschaft Mühldorf, deren Reichsunmittelbarkeit gegenwärtig *en procès* sei[43]. Die außerdem ins Auge gefaßte Entschädigung mit der Fürstpropstei Berchtesgaden, deren Wälder und Salinen dem Kurfürsten bereits am 28. April 1795 vertraglich zugesprochen wurden, hätte zusammen mit Hallein den Salzhandel fast ganz in den bayerischen Besitz gebracht[44]. Die österreichische Gegenreaktion auf den bayerischen Entschädigungsplan, der auf dem Rastatter Kongreß am 27. April 1798 vorgelegt wurde, zeigte sich in der kurz darauf folgenden Geheimkonferenz von Selz, in der nun Österreich seinerseits auf Salzburg als Ersatz für seine italienischen Verluste bestand und damit erstmals den Gedanken einer Übertragung der toskanischen Sekundogenitur nach Salzburg in die Diskussion einbrachte[45].

Die bayerischen Entschädigungspläne von 1797, in denen erstmals explizit Ansprüche auf Teile des Erzstifts gestellt wurden, wiesen trotz ihrer damaligen Unrealisierbarkeit den Weg für die territoriale Entwicklung Bayerns bis 1803 und darüber hinaus bis zu seiner modernen geographischen Gestalt, wie sie noch heute besteht.

Der Regierungsantritt des neuen Kurfürsten Max Joseph nach dem Tode seines ungeliebten Vorgängers Karl Theodor brachte in Bayern

---

42 *Liselotte Klemmer,* Aloys von Rechberg als bayerischer Politiker (1766–1849), (MBM 60) München 1975, S. 22f.; *Weis,* Montgelas, S. 341f.

43 *Weis,* Montgelas, S. 350f. Die hier geäußerten Entschädigungsforderungen betreffen die 1. Hypothese, die voraussetzte, daß die Grenze gemäß dem Vertrag Zweibrückens mit Frankreich vom 15. November 1786 weitgehend der Vorkriegsgrenze entspricht, wobei für die unter französischer Souveränität liegenden Grundherrschaften im Elsaß Ersatz zu leisten gewesen wäre.

44 *Koch-Sternfeld,* Geschichte des Fürstentums Berchtesgaden, S. 93–99.

45 *L. Hoffmann,* Die Säkularisation Salzburgs, S. 118, 121f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

neue Kräfte an die Regierung, die teilweise schon von Zweibrücken aus versucht hatten, Einfluß auf die Politik Karl Theodors zu nehmen[46]. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man von Zweibrücken aus gerade in der Entschädigungspolitik gegen Karl Theodor Stellung beziehen müssen, der nach wie vor auf eine Rückgewinnung des linken Rheinufers gehofft hatte. Noch kurz vor seinem Tode hatte sich Karl Theodor, auch hier wiederum trotz der Proteste des Herzogs von Zweibrücken, der neuen Koalition angeschlossen und am 12. November 1798 die bayerischen Truppen dem österreichischen Oberkommando unterstellt. Im Jahre 1799, beim Ausbruch des zweiten Koalitionskrieges, standen über 100.000 Mann österreichischer Truppen in Bayern. Da Frankreich, dessen Armeen in Italien und Österreich kämpften, in dieser kritischen Situation die bayerische Unabhängigkeit gegenüber Österreich nicht schützen konnte, war die neue bayerische Regierung zunächst gezwungen, an dem Militärbündnis mit Österreich festzuhalten und diese Politik noch in Verträgen mit Rußland und England zu bekräftigen[47].

Die bayerische Armee, die diesen Krieg mit großem Widerwillen führte, wurde in die Niederlage der Österreicher bei Hohenkirchen am 3. Dezember 1800 verwickelt, erlitt große Verluste und mußte an den französischen General Moreau 6 Millionen Gulden Kontributionen bezahlen. Der Frieden von Lunéville vom 9. Februar 1801, in dem Österreichs Machtbereich noch weiter geschmälert wurde und der jetzt endgültig die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich sanktionierte, leitete die enorme territoriale und politische Umgestaltung Deutschlands ein[48].

b) Die Säkularisierung des Erzstifts im Jahr 1803 und die toskanische Zwischenherrschaft

Die Aussicht, durch Säkularisationen zu einem geschlossenen Territorium zu gelangen, das die bisher verstreuten Gebiete zusammenfaßte, stellte gerade für die Mittelstaaten eine einmalige Chance dar. Bayern war jedoch, um dieses Ziel zu erreichen, wie die anderen Mittelstaaten auf eine föderative Bündnispolitik ausgerichtet. Die in Bayern damals vorherrschende antiösterreichische und profranzösische Stimmung sowie die allgemeine Tendenz, sich an Frankreich zu orientieren, auch das neutrale Preußen riet Bayern seit 1801, sich in der Entschädigungsfrage an Frankreich zu wenden, bereiteten bereits den Bündniswechsel von 1805 vor.

46 Vgl. *Ludwig Hammermayer,* in: HB II, S. 1060f.

47 *Eberhard Weis,* Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König Max I. (1799–1825), in: HB IV/1, S. 9; *Doeberl,* Entwicklungsgeschichte, Bd. II, S. 394.

48 Dazu allgemein: *Max Braubach,* Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß, wie Anm. 25, S. 51f.; *Karl O. v. Aretin,* Vom Deutschen Reich zum Deutschen Bund, Göttingen 1980, S. 90f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Der Erste Konsul Bonaparte setzte im Grunde genommen die Außenpolitik des Ancien Régime fort, indem er sich auf die deutschen Mittelstaaten als Gegengewicht zu Habsburg stützte[49]. So ließ sich Bayern erstmals im Vertrag mit Frankreich in Paris am 24. August 1801 unter Zustimmung Rußlands seine rechtsrheinischen Besitzungen garantieren sowie die vollwertige Entschädigung seiner linksrheinischen Gebietsverluste zusichern, womit eine günstige Voraussetzung für die Verhandlungen zum Reichsdeputationshauptschluß geschaffen wurde.

Als im Sommer 1802 erneut ein Projekt erörtert wurde, wonach Bayern mit Salzburg, der Großherzog von Toskana aber mit den Fürsterzbistümern Würzburg und Bamberg entschädigt werden sollte, hielt es Colloredo für angebracht, seine Bedenken in seinen, an den Kaiser adressierten „Privatgedanken zum Indemnisationsgeschäft" zu äußern: „Durch den Besitz von Salzburg, Passau und Berchtesgaden würde der Kurfürst von der Pfalz nicht nur auf die unmittelbaren Grenzen der österreichischen Erbländer vorrücken, sondern mehrere Provinzen derselben sogar teils so umfassen, teils zwischen solche sich so eindrängen, daß er in der Lage wäre, von den äußersten Stücken seiner neuen Besitzungen die Hauptstadt dieser Provinzen in weniger als 24 Stunden zu erreichen. Durch die Herrschaft über die beiden Ufer des Inn bei Mühldorf angefangen bis zu dem Ort, wo er sich bei Passau in die Donau ergießt, erhielte der Kurfürst die Macht, ausschließlich über dieses Flusses Benützung zu entscheiden . . ."[50]

Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803, den eine in Regensburg gebildete außerordentliche Reichsdeputation ausgearbeitet hatte, bestätigte im Grunde genommen nur noch den von Frankreich und Rußland gemeinsam erarbeiteten Entschädigungsplan. Die Erwerbungen Bayerns, u. a. die Hochstifte Würzburg, Bamberg, Augsburg und Freising, entsprachen dabei ungefähr dem von Montgelas 1797 entworfenen Arrondierungsplan, wenn auch der Artikel 1 dem Großherzog von Toskana das Erzbistum Salzburg, die Fürstpropstei Berchtesgaden und die größeren Teile der Hochstifte Passau und Eichstätt zuwies[51]. Bayern war es lediglich gelungen, von Salzburg die Enklave Mühldorf zu erhalten, die schon lange vor allem wegen der umstrittenen Jurisdiktionsverhältnisse eine Quelle ständiger Auseinandersetzungen zwischen Bayern und Salzburg gebildet hatte und von Bayern, das hier am 21. Jänner 1803

49 So schrieb Napoleon später an den Kurfürsten von Bayern: „Seien sie überzeugt, daß ebenso das politische System meines Staates wie meine persönliche Zuneigung es mir zur Pflicht und zum Vergnügen machen, Ihr und Ihres Hauses Interesse zu fördern. Die Fürsten des bayerischen Hauses werden hoffentlich überzeugt sein, daß Frankreich, und zwar nur Frankreich ihnen die Machtstellung verbürgt, die sie von ihren Vorfahren übernommen haben"; zit. nach *Doeberl,* Entwicklungsgeschichte, Bd. II, S. 397.

50 Zit. nach *L. Hoffmann,* Die Säkularisation Salzburgs, S. 146–149.

51 Vgl. *Johannes Emmer,* Erzherzog Ferdinand III., Großherzog von Toscana, als Kurfürst von Salzburg, Berchtesgaden, Passau und Eichstätt, Salzburg 1878.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die bayerischen Gesetze einführte, bereits im Vorgriff auf den Reichsdeputationshauptschluß besetzt wurde[52].

Mit der Säkularisierung verband sich eine Rangerhöhung im Reich: Salzburg wurde zu einem unmittelbaren Herzogtum des Heiligen Römischen Reiches und zu einem unteilbaren, nach Primogeniturrecht vererblichen Kurland. Außerdem schied es aus dem bayerischen Reichskreis aus und kam zu dem österreichischen. Allerdings hatte diese Rangerhöhung auf formaler Ebene kaum irgendwelche Auswirkungen und konnte den schmerzlichen Verlust der Selbständigkeit keineswegs ersetzen. Offensichtlich sollte durch diese formale Rangerhöhung die Wertdifferenz Salzburgs zu Toskana, nämlich eine Million Einwohner, 250 Quadratmeilen und drei Millionen Gulden Einkünfte, ausgeglichen werden[53].

Der Behördenapparat, den der Großherzog nach seinem Regierungsantritt übernahm, war in seiner Struktur völlig überaltert und spiegelte von den neuen Ideen der Zeit nur wenig wider[54]. Obwohl Bemühungen darauf hinausliefen, Justiz und Verwaltung organisatorisch zu trennen, blieb diese Reform, vor allem in den untersten Instanzen, den Pfleg- und Landgerichten, schon im Ansatz stecken. Was die Verwaltung der neu hinzugekommenen Landesteile betraf, so wurde sowohl Berchtesgaden als auch Passau der Salzburger Landesverwaltung unterstellt. Lediglich Eichstätt, das weit entfernt und isoliert lag, erhielt daher eine eigene Landesverfassung.

Dem neuen Kurfürstentum war jedoch nur eine sehr kurze Zeit beschieden. Im Jahre 1805 kam die dritte Koalition gegen Napoleon zustande. Österreich mußte schon bald kapitulieren, die Franzosen marschierten in Salzburg ein und belegten die Stadt mit einer Kontribution von sechs Millionen Gulden. Im Frieden von Preßburg vom 26. Dezember 1805 erhielt nun Bayern, seit kurzem Verbündeter Frankreichs, die Reste der Hochstifte Eichstätt und Passau. Österreich erhielt für seine Gebietsverluste Salzburg und Berchtesgaden. Bayern trat an den wiederum landlosen Großherzog von Toskana das 1803 erworbene ehemalige Hochstift Würzburg ab und bekam dafür von Österreich Tirol sowie die Fürstbistümer Brixen und Trient[55].

---

52 Vgl. *Helmuth Stahleder,* Mühldorf am Inn. Die Landgerichte Neumarkt, Kraiburg und Mörmoosen und die Stadt Mühldorf (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern, Heft 31), München 1976, S. 374f. Mit der Bildung des Landgerichts Mühldorf im Jahr 1803 wurden die Landgerichte Neumarkt, Kraiburg und Mörmoosen aufgelöst.

53 Vgl. die ungedruckte Habilitationsschrift von *Peter Putzer,* Kursalzburg. Ein Beitrag zur territorialen Verfassungsgeschichte am Ende des alten Reiches, Salzburg 1969, S. 122, 151f., 157f.

54 *Peter Putzer,* Zur gewaltenteiligen Behördenorganisation in Kursalzburg, in: MGSL 108, 1968, S. 301–318, hier S. 301.

55 Dazu grundlegend: *Rudolfine Feiin von Oer,* Der Friede von Preßburg, 1965; zu Würzburg vgl. *Anton Chroust,* Geschichte des Großherzogtums Würzburg (1806–1814). Die äußere Politik des Großherzogtums, Würzburg 1932. Würzburg kam im Jahr 1814 wieder an Bayern.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

II. DIE BEDEUTUNG SALZBURGS IN DER BAYERISCHEN AUSSENPOLITIK VON 1806 BIS 1810

Mit dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803 war Montgelas seinem Ziel, der territorialen Abrundung Bayerns, ein beträchtliches Stück näher gekommen. Dennoch besaß Bayern noch lange kein geschlossenes Staatsgebiet. Es war unter anderem durchbrochen von den zahlreichen Herrschaften der Reichsritter, von den preußischen Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth, von den Fürstentümern Eichstätt und Regensburg, von den Gebieten der Malteser und Deutschherren sowie den Reichsstädten Nürnberg und Augsburg.

Als sich der dritte Koalitionskrieg 1805 abzeichnete, blieb Bayern nur die Wahl zwischen einem Anschluß an Österreich oder an Frankreich. Während von Österreich, das im Reich primär die eigene Machtstellung gewährleistet sah, keinerlei Zusagen vorlagen, bot Bonaparte Bayern nicht nur Aussicht auf Erhaltung seiner Selbständigkeit, sondern wollte auch seinen Besitz vergrößern. Selbst die preußische Regierung, die durch ihre Neutralitätspolitik 1795 die antifranzösische Front zu Fall gebracht hatte, riet Bayern zu einem Bündnis mit Frankreich[56]. Montgelas, der bereits seit 1801 eine vorsichtige Annäherung an Frankreich in die Wege geleitet hatte, entschied sich für die „Seite der Befähigung und des Genies"[57].

Am 25. August 1805, nach sehr langem Zögern, unterzeichnete Montgelas mit der im letzten Moment abgegebenen Ermächtigung des Kurfürsten den sogenannten Vertrag von Bogenhausen zwischen Frankreich und Bayern, der Bayern seine 1803 gewonnenen Besitzungen garantierte sowie verschiedene Prätentionen auf reichsritterliche Herrschaften und eine gegenseitige Militärhilfe im Kriegsfall vorsah. Die Ratifikation dieses Vertrages durch den Kurfürsten fand erst am 28. September 1805 statt, nachdem die Österreicher in München einmarschiert waren und vergeblich eine ultimative Angliederung der bayerischen Truppen gefordert hatten[58]. Die anderen süddeutschen Staaten sollten später dem Beispiel Bayerns folgen[59].

---

56 Für die preußische Neutralitätspolitik dieser Jahre sehr aufschlußreich: *Paul Bailleu* (Hrsg.), Preußen und Frankreich 1795–1807. Diplomatische Correspondenzen (Publikationen aus den Kgl. Preußischen Staatsarchiven Bd. VII, XIV), 2 Bde., 1881/87.

57 *Ludwig Graf von Montgelas* (Hrsg.), Maximilian Graf von Montgelas. Denkwürdigkeiten des bayerischen Staatsministers (1799–1817), Stuttgart 1878, S. 97.

58 Der genaue Ablauf der Ereignisse bei *Hans Karl von Zwehl,* Der Kampf um Bayern 1805. Der Abschluß des bayerisch-französischen Allianzvertrages, Diss. München 1937; *ders.,* Die bayerische Politik im Jahre 1805, Urkunden gesammelt und ausgewählt von *H. K. v. Zwehl* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 64), München 1964.

59 Vgl. *Ludwig Maenner,* Die süddeutschen Mittelstaaten zwischen Frankreich und Österreich im Jahre 1805, in: ZBLG 11, 1938, S. 188–221. Der gefeierte Aufenthalt Napoleons und Kaiserin Josephine in München vom 31. Dezember bis zum 17. Jänner 1806 sowie die von Napoleon initiierte Proklamation Bayerns zum Königreich am 1. Jänner 1806 markierten den Höhepunkt der bayerisch-französischen Beziehungen, die durch die Heirat von Napoleons Stiefsohn, Eugen Beauharnais, mit der ältesten Tochter Max Josephs, Auguste, noch befestigt werden sollten; vgl. *Roger Dufraisse,* Napoleon und Bayern, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 221–229.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

1. Bayerns Eintritt in den Rheinbund im Jahr 1806

Seit Beginn des Jahres 1806 ging Napoleon – entgegen dem Rat seines Außenministers Talleyrand – daran, den unmittelbaren Einfluß Frankreichs über den Rhein auszudehnen. Sowohl der König als auch Montgelas, beide strikte Vertreter des Souveränitätsprinzips, sahen dadurch die Selbständigkeit Bayerns nach innen und außen gefährdet. Während jedoch Montgelas einerseits die Schwierigkeiten eines Widerstands erkannte und andererseits die Vorteile einer weiteren territorialen Konzentration in Altbayern durch die Mediatisierung weiterer Herrschaften zu schätzen wußte, setzte der König eindeutige Prioritäten und schrieb an den Freiherrn von Gravenreuth nach Paris: „Nous ne balancerions pas un moment à préférer le maintien intacte de notre indépendance à un agrandissement."[60]

Mittlerweile hatte jedoch der bayerische Bevollmächtigte in Paris, Cetto, am 12. Juli 1806 unter dem Druck Frankreichs, das Bayern bei der Verteilung der zu mediatisierenden Gebiete auszuschließen drohte, die Rheinbundakte unterzeichnet, wofür er sich später dem König gegenüber schriftlich verantworten mußte.

Die erfolgreiche Teilnahme Bayerns an der Seite Frankreichs im Krieg gegen Preußen 1806/07 ließ auf eine weitere Arrondierung hoffen: „Bayern", so wird in verschiedenen Denkschriften ausgeführt, „fehlt eine militärische Grenze gegen Österreich, es liegt in stetem Grenzstreite mit dem Königreiche Württemberg in Schwaben." Napoleon müßte bei der ersten günstigen Gelegenheit Österreich zur Abtretung des Erzbistums Salzburg und des Innviertels an Bayern veranlassen und aus den preußischen Eroberungen Bayreuth an Bayern übertragen sowie eine Grenzregulierung mit Würzburg und Württemberg zustande bringen. Das Versprechen Frankreichs, Bayern unter die europäischen Mächte einzureihen, fördere eine Vergrößerung des bayerischen Staates, dulde aber keinen verfassungsmäßigen Ausbau des Rheinbundes[61].

---

60 Zit. nach *Michael Doeberl,* Rheinbundverfassung und bayerische Konstitution, in: Sitzungsberichte der bayerischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse, 5. Abhdlg., München 1924, S. 7.

61 Napoleon dachte zunächst an eine detaillierte Organisation des Rheinbundes. Die Entwürfe Karl Theodor von Dalbergs für eine Rheinbundverfassung, dem im Rheinbund als Fürstprimas eine dem einstigen Reichserzkanzler vergleichbare Rolle zugedacht war, scheiterte ebenso wie die von Napoleon 1807/08 unternommenen Versuche, den Bund, dessen Protektor er war, zu einem zentralistischen Bundesstaat auszubauen, um ihn stärker in sein Imperium eingliedern zu können. Entscheidend war dabei der Widerstand Bayerns unter Montgelas, der, um den Forderungen des Kaisers nach einer nivellierenden Verfassung zuvorzukommen, in größter Eile eine bayerische Konstitution ausarbeiten ließ. In der neueren Forschung wurde die Verurteilung des Rheinbundes als deutsches Satellitensystem Napoleons und Verrat an der deutschen Sache durch eine nationale Geschichtsschreibung revidiert. In diesem Zusammenhang wurde und wird vor allem die Stellung des Reichsprimas Karl Theodor von Dalberg kontrovers diskutiert, der, schon früh mit dem Odium eines Verräters am Deutschen Reich behaftet, heute positiver bewertet wird. Heute wird

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Hatte Montgelas bereits 1797 Teile des Erzstifts Salzburg als Entschädigung für die linksrheinischen Verluste gefordert, so wird hier erstmals die Forderung nach dem gesamten Erzbistum Salzburg, jetzt als Belohnung für geleistete Militärhilfe an Frankreich, erhoben, die schließlich bis zum Pariser Vertrag ein unverzichtbarer Bestandteil bayerischer Arrondierungswünsche werden sollte.

2. Der Tiroler Aufstand von 1809 und seine Auswirkungen auf Salzburg

Von Anfang an war die Erwerbung Tirols durch Bayern im Frieden von Preßburg (26. Dezember 1805) problematisch gewesen. Seit jeher konnte hier die Bevölkerung, dank einer ständischen Verfassung, die auch dem bäuerlichen Stand politische Mitbestimmung sicherte, gewisse Sonderrechte und eine relativ starke Selbständigkeit bewahren, die von dem österreichischen Kaiserhaus, sieht man einmal von den josephinischen Reformen ab, weitgehend toleriert wurde. Die Sonderstellung Tirols mußte die Durchführung von Montgelas' Reformpolitik, die ja eine weitestgehende Integration der neuerworbenen Territorien intendierte, in diesem Land zweifellos erschweren. Im Grunde genommen paßte der Gewinn Tirols nicht in das außenpolitische Konzept des Ministers, der lieber Würzburg, nicht zuletzt wegen seiner schwach ausgeprägten ständischen Verfassung, als Entschädigung vorgezogen hätte. Auch der Kurfürst hatte sich damals, wenn auch unter überwiegend militärischen Gesichtspunkten, kritisch über den Vertrag geäußert: „Mein Gott, was für ein Vertrag! Nicht meinetwegen bin ich verzweifelt. Meine Entschädigung für drei Monate Feldzug ist mehr als genügend sogar superbe, aber der Kaiser bedrückt mich. Durch die Überlassung von Salzburg bringt er Österreich näher. Ich hätte lieber Franken gegen Tirol, das Innviertel und das Land Salzburg eingebüßt."[62]

Während sich Max Joseph für eine weitgehende Beibehaltung der Tiroler Verfassung aussprach, kam es zu Mißgriffen der bayerischen Ver-

---

vor allem hervorgehoben, daß der Rheinbund entgegen Napoleons Plänen im Grunde genommen über eine Militärallianz nicht hinausreichte und innerhalb der größten Mitgliedsstaaten Reformen förderte, die zwar dem französischen Vorbild verpflichtet waren, in denen jedoch nach wie vor regionale Traditionen bestimmend blieben; vgl. *Erwin Hölzle,* Das Napoleonische Staatssystem in Deutschland, in: Historische Zeitschrift 148, 1933, S. 277–293; *Aretin,* Vom Deutschen Reich, wie Anm. 48; *Rainer Wohlfeil,* Untersuchungen zur Geschichte des Rheinbundes 1806–1813. Das Verhältnis Dalbergs zu Napoleon, in: Zeitschrift zur Geschichte des Oberrheins 108, 1966, S. 85–108. *Elisabeth Fehrenbach,* Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, Göttingen ²1978; *dies.,* Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 12), München 1981; *Helmut Berding / Hans Peter Ullmann* (Hrsg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981.

62 Zitiert nach *Adalbert von Bayern,* Max I. Joseph, München 1957, S. 501; ähnlich *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 120f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

waltung: Auflösung der landständischen Verfassung, Versetzung übereifriger Beamter von Bayern nach Tirol, die die Bevölkerung durch unkluge Handlungen immer mehr provozierten, Klosteraufhebungen und gravierende Eingriffe in die religiöse Tradition sowie eine neue Kreiseinteilung in den Inn-, Eisack- und Etschkreis, die historisch gewachsene Einheiten zerschlug[63].

Man schob Bayern die Schuld an der schlechten wirtschaftlichen Lage zu, die durch Napoleons Kontinentalsperre zusätzlich belastet wurde. Tirol mußte erstmals die gesamten Salineneinkünfte an Bayern abtreten, das damit die Gefährdung des bayerischen Salzhandels durch Österreich kompensieren wollte. Den Geistlichen wurde der Kontakt mit ihren Bischöfen untersagt, ihre Predigten überwacht; Denunziationen aufgrund „staatsfeindlicher" Äußerungen in den Predigten waren nicht selten.

Die Unzufriedenheit der Tiroler wurde durch eine massive österreichische Propaganda beständig geschürt. Die bayerische Regierung war durch ihren österreichischen Gesandten Freiherrn von Rechberg über die Vorgänge in Tirol informiert[64]. In einem Gesandtschaftsbericht an den französischen Außenminister Champagny wurde eine Verwaltungsreform zur Stabilisierung der Verhältnisse als dringend notwendig bezeichnet[65].

Die Konskription für den unmittelbar gegen Österreich bevorstehenden Feldzug war schließlich der auslösende Moment für den Tiroler Aufstand im Frühjahr 1809. Die Niederschlagung des Aufstands führte zu schweren Differenzen zwischen französischen und bayerischen Heerführern. Als der bayerische Kronprinz Ludwig mit dem französischen Oberbefehlshaber Marschall Lefebvre in Konflikt geriet, vor allem weil Ludwig gegenüber den Tirolern vermitteln wollte, drohte zuerst Lefebvre und dann Napoleon selbst damit, den Kronprinzen von Bayern füsilieren zu lassen[66]. Nach diesen Erfahrungen wurde der Kronprinz endgültig zum Vertreter einer dezidiert antifranzösischen Haltung am bayerischen Hof.

Die Vorgänge in Tirol sind, wie noch zu zeigen sein wird, auch für die Beziehungen der später bayerischen Kreishauptstadt Salzburg zur Regierung in München von großer Bedeutung. Die Tatsache, daß hier ein Volksaufstand in bisher unbekannten Ausmaßen losgebrochen war, stellte insbesondere für die bayerische Regierung eine beständige Bedrohung dar, da ja jederzeit erneut Unruhen entstehen konnten.

---

63 Zuletzt: *Meinrad Pizzinini,* Die bayerische Herrschaft in Tirol, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 254–259, der die kirchenpolitischen Maßnahmen Bayerns in den Vordergrund stellt.

64 *Lieselotte Klemmer,* Rechberg, wie Anm. 42, S. 39.

65 Druck bei *Hans von Voltelini,* Forschungen und Beiträge zur Geschichte des Tiroler Aufstandes im Jahre 1809, Gotha 1909, S. 383f.

66 Vgl. *Eberhard Weis,* in: HB IV/1, S. 27f.; *Josef Hirn,* Tirols Erhebung im Jahre 1809, ^{2}1909.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Von Salzburg aus zeigte man für den Tiroler Aufstand keinerlei Sympathie, eher Indifferenz, ja sogar Ablehnung[67]. Lediglich im Gebiet um Windischmatrei bzw. im Zillertal, das seit Jahrhunderten aufgrund seiner geographischen Lage und seiner traditionellen Beziehungen ohnehin stärker mit Tirol als mit Salzburg verbunden war, sowie im Pinzgau, wo seit der Salzburger Emigration ein starker tirolischer Einschlag existierte, kann man von einer gewissen Beteiligung am Aufstand sprechen[68]. Bayern konnte sich später damit beruhigen, daß die Salzburger Bevölkerung, wenn überhaupt, „vorzüglich durch die fürchterlichsten Drohungen von Plünderung und Zerstörung ihrer Häuser und Hütten mit Gewalt zur Theilnahme an der Bewaffung gezwungen worden" war[69]. Während die Bewohner der Städte und der bedeutenderen Märkte eher aufgrund wirtschaftlicher Interessen der Erhebung fernblieben, war dies für die noch größtenteils in der Tradition der erzbischöflichen Zeit aufgewachsenen Beamten und Geistlichen aufgrund ihres Autoritätsverständnisses ohnehin unmöglich[70]. Außerdem war die österreichische Periode Salzburgs zu kurz und wurde zu negativ beurteilt, um eine ähnliche Anhänglichkeit an Österreich, wie sie in Tirol bestand, aufkommen zu lassen.

3. Salzburg unter französischer Verwaltung

Das Jahr 1809 mit seinen kriegerischen Auseinandersetzungen sollte auch an Salzburg nicht spurlos vorübergehen. Österreich war seit dem Ende des alten Reiches das Zentrum einer antifranzösischen, deutsch-nationalen Bewegung geworden. In der Hoffnung auf eine allgemeine Erhebung Deutschlands bemühte sich hier der österreichische Staatskanzler Johann Philipp Graf Stadion um eine innere Neuorganisation des Staates,

67 Vgl. *Hans Widmann,* Vor hundert Jahren. Zeitgenössische Berichte über Ereignisse im Jahre 1809 in Stadt und Land Salzburg, in: MGSL 49, 1909, S. 1–86. So notierte z. B. Regierungsrat *Pichler* zum 30. September 1809: „Die Tiroler machen es im hiesigen Gebirge immer ärger. Sie disponieren über Pflegs- und Bergwerkskassen, wie mit ihrem Eigentum . . ." (S. 23).

68 Aufschlußreich sind auch die im Hauptstaatsarchiv liegenden Berichte der Pfleger an die Generallandesadministration in Salzburg. So wurde der Pfleger Wernspacher von Lofer, dessen ausführliches Tagebuch (134 Seiten) die Ereignisse minutiös festhält, am 25. Juni 1809 nach Salzburg beordert, wo ihm von der Generallandesadministration aufgetragen wurde, die Pinzgauer zur Niederlegung der Waffen zu überreden; HSTA GLA 42.

69 HSTA MA 6949. Bericht des Innenministeriums vom 16. Dezember 1812, das Jahr 1809 betreffend. Am 21. August 1809 wurden acht Salzburger „Aufständische" aus den Gerichten Hopfgarten, Saalfelden, Taxenbach und Werfen aus ihrem Arrest in Salzburg entlassen, nachdem sie versichert hatten, von Tirolern zur Teilnahme am Aufstand gezwungen worden zu sein; HSTA GLA 29.

70 HSTA GLA 24, 29. Mehrere Beamte, darunter die Pfleger von Radstadt, Saalfelden und Berchtesgaden, wurden unter starker Bewachung nach Tirol deportiert. Es gab aber auch Ausnahmen: Der Oberschreiber von Mittersill befand sich wegen Teilnahme am Aufstand in Salzburg im Arrest. Der Marktrichter von Schellenberg wurde als Anhänger der Tiroler gebunden nach Salzburg geführt; *Widmann,* Berichte, wie Anm. 67, S. 31.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

wobei eine Heeresreform im Sinne einer Volksbewaffnung im Vordergrund stand[71].

Sein Bruder, der Domherr Friedrich Lothar Graf Stadion, neben Friedrich von Gentz einer der Exponenten einer nationalen Befreiungspropaganda, wurde nach München gesandt, um hier am Hof und in der Bevölkerung für eine Annäherung an Österreich zu werben. Sein Einfluß auf die aufkommende romantische Bewegung, die in der Universität Landshut ein Zentrum fand und zu der auch der bayerische Kronprinz gehörte, war nicht unbeträchtlich. Tatsächlich hatte sich in Bayern eine gewisse Unzufriedenheit mit der französischen Allianz gezeigt. Die Ursache dafür ist in den bayerischen Truppenkontingenten, Requisitionen in den besetzten Landesteilen, der Verstimmung der Regierungskreise über die ausbleibenden Entschädigungen für die Kriegshilfe gegen Preußen sowie einer zunehmenden Arroganz des Imperators gegenüber den Alliierten zu sehen[72].

Dennoch dachten weder der König noch sein leitender Minister zu diesem Zeitpunkt an einen Bündniswechsel. Die offiziellen Beziehungen zwischen Wien und München waren nach wie vor sehr gespannt. So war der bayerische Gesandte in Wien, Alois Freiherr von Rechberg, auch der erste, der die Aufmerksamkeit Frankreichs auf die zunehmende Kriegsstimmung in Österreich lenkte[73]. Im Februar 1809 forderte Napoleon ein bayerisches Truppenkontingent von 40.000 Mann, wofür er große, wenn auch unklar gehaltene Versprechungen machte. So war die bayerische Armee gut vorbereitet, als die Österreicher im April 1809 in Bayern einmarschierten. In Schlachten bei Abensberg, Eggmühl und Wagram, an denen die bayerische Armee maßgeblich beteiligt war, erlitten die Österreicher eine Niederlage. Ende April rückten der bayerische General Wrede, Kronprinz Ludwig und der französische Marschall Lefebvre in Salzburg ein, wobei man schon bald negative Erfahrungen mit plündernden bayerischen und französischen Soldaten machen mußte[74].

Wie sehr man in Bayern mit der Erwerbung Salzburgs rechnete, zeigt eine Äußerung des damaligen geheimen Referendärs und Generalsalinenadministrators Joseph von Utzschneider vom 20. März 1809 gegenüber dem Abt von St. Peter, Dominikus Hagenauer, Salzburg käme demnächst zu Bayern[75]. Utzschneider kam übrigens in diesem Jahr noch zweimal nach Salzburg, einmal, um am 30. Mai vom französischen Intendan-

71 Vgl. *Hellmuth Rössler,* Graf Johann Philipp Stadion. Napoleons deutscher Gegenspieler, 2 Bde., Wien – München 1966.

72 Vgl. *Kurt Uebe,* Der Stimmungsumschwung in der bayerischen Armee gegenüber den Franzosen 1806–1812 (Münchener Historische Abhandlungen 12), München 1939.

73 *Liselotte Klemmer,* Rechberg, S. 37f.

74 HSTA GLA 42. Am 11. und 12. Mai 1809 berichtete der Pfleger von Lofer über dortige Exzesse plündernder bayerischer und französischer Soldaten, die aber nach einer Intervention des bayerischen Kronprinzen bald aufhörten.

75 Archiv St. Peter, Salzburg, HS A 79. Tagebuch Hagenauer, S. 620.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ten die Salzvorräte und die Salinen von Hallein und Berchtesgaden zu übernehmen. Das zweite Mal befand er sich auf der Durchreise nach Innsbruck, um dort, ohne eigentlich dazu von der bayerischen Regierung autorisiert zu sein, einen Aufruf an die Tiroler zu verbreiten, in dem u. a. die Aufrechterhaltung der bestehenden Klöster und die Rücksichtnahme aller Beamten auf religiöse Bräuche zugesichert wurde[76].

Seit dem 1. Mai 1804 unterstand Salzburg der französischen Verwaltung, die eine fünfköpfige Generallandesadministration, an deren Spitze sich der Fürstbischof von Chiemsee, Siegmund Christoph Graf von Zeil und Trauchburg, befand, wahrnahm. Diese war direkt dem jeweiligen Gouverneur bzw. Intendanten der Provinz Salzburg untergeordnet. Die französische Verwaltung wurde nur in den Bereichen aktiv, die einen materiellen Profit versprachen. Sie forderte dem Land eine Vielzahl von Requisitionen und Kontributionen ab. Ein großes Verdienst der Generallandesadministration, der man später vorwarf, sie hätte unpatriotisch gehandelt und fremdes Interesse vertreten, bestand darin, durch eine geschickte Verzögerungstaktik darauf hinzuarbeiten, daß bei der Eintreibung der außerordentlichen Kontribution von über 5 Millionen Gulden schließlich nicht mehr als 160.000 Gulden bezahlt wurden[77].

Am Ende der französischen Besatzungszeit nahm die Not immer mehr zu. Die Bevölkerung, Adel und Klerus waren durch die Quartierlasten finanziell sehr geschwächt. Einige Staatsbeamte, die bis August 1810 sechzehn Monate lang keine Gehälter bezogen hatten, mußten ihren Besitz veräußern[78]. Unmittelbar vor dem Übergang Salzburgs an Bayern, im Sommer 1810, zeichnete der salzburgische Regierungsrat Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld folgendes Bild von der damaligen Situation: „. . . Der Krieg selbst, die nun schon fünfzehn Wochen währende Okkupation durch fremde Truppen, die vielfältigen Durchzüge von und nach Tirol, die sich endlich, leider! durch alle Gaue der Provinz verbreiten mußten; die Naturalienlieferungen dahin und nach Österreich, zahlreiche

76 Archiv St. Peter, Salzburg, HS A 79. Tagebuch Hagenauer, S. 629. In einem Schreiben an die Generallandesadministration forderte Utzschneider diese auf, eine ähnliche Proklamation an die salzburgischen Untertanen im Gebirge zu erlassen, was dann auch am 29. Juni 1809 geschah: HSTA GLA 13. Der Präsident der Generallandesadministration, der Fürstbischof von Chiemsee, Graf von Zeil-Trauchburg, konnte in einer im letzten Moment unternommenen Friedensmission am 25. Juli 1809 die Aufständischen am Paß Lueg überreden, die Waffen niederzulegen. Diese Vermittlertätigkeit brachte ihm später von der bayerischen Regierung große Anerkennung ein, wurde aber auch später von einer nationalen Geschichtsschreibung als „unpatriotische" Mission abgewertet, so von *August Ritter von Schallhammer,* Kriegerische Ereignisse im Herzogtum Salzburg in den Jahren 1800, 1805 und 1809, Salzburg 1853, S. 53f.

77 Vgl. *Franz Ruedl,* Französische Administration 1809/10, Diss. masch. Innsbruck 1948; *Hanna Hintner,* Joseph Philipp Felner (1769–1850) als Staatsmann, Historiker und Mensch, Diss. masch. Wien 1967, die das im Salzburger Landesarchiv liegende Manuskript Felners „Der Krieg vom Jahre 1809 und die französische Verwaltung von den Jahren 1809 und 1810 im Lande Salzburg" für ihre Arbeit verwendet hat.

78 *F. Ruedl,* Französische Administration, S. 33.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Spitäler und Requisitionen jeder Art haben eine furchtbare Erschöpfung des individuellen Haushalts, des Viehstands und der Gewerbe verursacht, und die Staatsschuld bereits um zwey Millionen Gulden vermehrt. Die Auflastung einer Kontribution von 11,440.000 Francs – in dreyen unglücklichen Kriegen bey weitem die größte, da die Provinz am kleinsten ist – vollendete das grauenvolle Gemälde ihrer Verödung."[79]

4. Der Pariser Vertrag vom 28. Februar 1810

Der Krieg gegen Österreich hatte Bayern schwere Verluste zugefügt und ca. 22 Millionen Francs verschlungen, eine Summe, die in etwa dem Staatseinkommen von zwei Jahren entsprach. Jetzt hoffte man auf einen erheblichen Gebietszuwachs. Der Finanzminister Hompesch erinnerte im Juli 1809 den Kronprinzen anläßlich seiner Reise nach Schönbrunn, daß seine Reise zu einem entscheidenden Zeitpunkt stattfinde, der „für die Größe Bayerns und seinen Platz in einem neuen europäischen Staatensystem" von Bedeutung sei[80].

Im Hinblick auf einen Friedensschluß hatte Montgelas Ende Juli 1809 ein umfangreiches Projekt über eine Vergrößerung Bayerns ausgearbeitet und dieses durch Vermittlung des französischen Gesandten Graf Otto dem französischen Minister Champagny nach Paris übermitteln lassen. Unter dem Hinweis auf französische Versprechungen zu Beginn des Feldzugs und auf die geleisteten Kriegsopfer spricht sich Montgelas hier für die Schaffung eines starken Mittelstaates aus, der in der Lage wäre, sich mit eigenen Kräften gegen den Überfall eines begehrlichen Nachbarn zu wehren. Zu diesem Zweck solle Bayern mit dem Fürstentum Regensburg, der Markgrafschaft Bayreuth, Salzburg, Berchtesgaden sowie dem Inn- und Hausruckviertel abgerundet werden. Neu in diesem Projekt ist die Miteinbeziehung von Villach und Teilen Südböhmens. Insgesamt würde sich die Bevölkerungszahl Bayerns auf 4,449.670 Einwohner erhöhen, worauf auf Salzburg und Berchtesgaden 216.000 Einwohner entfielen. Montgelas versuchte dabei den Wert der Neuerwerbungen möglichst gering zu veranschlagen: «Les salines exceptées, les revenus de Salzbourg et de Berchtesgaden sont peu considérables. Les charges anciennes et nouvelles ont diminué les ressources de Bayreuth dont l'acquisition, utile sous d'autres rapports, offre par le nombre de ses habitants, des facilités nouvelles au recrutement de l'armée. Ratisbonne n'est qu'un point imperceptible, qui voit les deux chers de sa population concentrée dans une ville à demi ruinée et qui n'a d'interêt réel et présent que par sa position. Le cercle de l'Inn seul est un district véritablement riche et industrieux, mais il a peu d'étendue . . . Le peuple bavarois a fait

79 *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld* (Hrsg.), Salzburg und Berchtesgaden in historisch-statistisch-geographisch und staatsökonomischen Beyträgen, 2 Bde., Salzburg 1810, Vorrede.

80 Zit. nach *Marcel Dunan,* Napoléon et l'Allemagne, wie Anm. 41, S. 261.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

des sacrifices étendues, on peut dire immenses, relativement à ses facultés . . . En retour . . . la nation attend la paix, la sécurité, les avantages qu'on lui a fait entevoir dans un avenir peu éloigné.»[81]

Die Erfolgsaussichten dieses Projekts hingen dabei in erster Linie von einem Kompromiß mit den Entschädigungswünschen der anderen Rheinbundstaaten ab als von Napoleon, der sich gegenüber einem General äußerte, es sei ihm gleichgültig, ob Bayern eine Million Einwohner mehr oder weniger besäße, sein wahres Anliegen bestünde darin, die drei Kronen (Österreich, Böhmen, Ungarn) zu trennen oder mit dem regierenden Herrscherhaus ein enges Bündnis einzugehen[82].

Die Realisierung der Entschädigungswünsche sollte noch auf sich warten lassen. Im Frieden von Schönbrunn vom 14. Oktober 1809 mußte Österreich weitere gravierende territoriale Verluste hinnehmen, die es zu einer Macht zweiten Grades erniedrigten. Es verlor Westgalizien an das Herzogtum Warschau, einen Teil Ostgaliziens an Rußland, Istrien und Dalmatien an Napoleon, der daraus ein französisches Gouvernement der „Illyrischen Provinzen" bildete. Laut Artikel 3 trat Österreich an Napoleon Salzburg, das Inn- und Hausruckviertel ab, der darüber zugunsten eines Rheinbundstaates verfügen wollte. Seit diesem Zeitpunkt rechnete man in Bayern fest mit der Erwerbung Salzburgs[83].

Eine Reihe von Flugschriften und Publikationen trugen dazu bei, die Forderungen nach Gebietszuwachs auch in der breiteren Bevölkerung populär zu machen[84]. Bereits 1805, noch vor dem Preßburger Frieden, erschien eine Flugschrift von Georg von Aretin „das Staatsinteresse von Bayern beim dritten Koalitionskrieg". In den darin erhobenen Forderungen von Passau, dem Innviertel, Salzburg links der Salzach (!), Regensburg, Eichstätt, der Markgrafschaft Ansbach, dem Bayreuther Unterland und anderen Gebieten deckte sie sich weitgehend mit den Wünschen der bayerischen Regierung im Oktober 1805[85].

---

81 HSTA MA 133, datiert vom 23. Juli 1809. Hinweise auf dieses Mémoire bei *Doeberl,* Entwicklungsgeschichte, Bd. 2, S. 443, sowie bei *Marcel Dunan,* wie Anm. 41, S. 663. Der König schloß sich diesen Forderungen weitgehend an. Er schrieb am 18. November 1809 an den Freiherrn von Cetto: „Es ist klar, daß Salzburg, Berchtesgaden und der von Österreich ebenfalls abgetretene Teil von Oberösterreich wieder an Bayern kommen; aber es wäre zu wünschen, daß der durch das kaiserliche Edikt vom 14. Oktober mit den illyrischen Provinzen vereinigte Kreis Villach ebenso wie die Markgrafschaft Bayreuth und das Fürstentum Regensburg ohne irgendeine Belastung hinzugefügt werden"; zit. nach *Doeberl,* wie oben, S. 444.

82 *Marcel Dunan,* Napoléon, wie Anm. 41, S. 262.

83 Vgl. *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 204.

84 *Rosa Silberschmidt,* Bayerische Flugschriften aus den Jahren 1805–1812, Diss. masch., München 1923; *Marcel Dunan,* wie Anm. 41, S. 259f.

85 Georg Freiherr von Aretin (1770–1845), seit 1808 Generalkreiskommissär des Eisackkreises mit Sitz in Brixen, wurde bei den Tiroler Unruhen unter Hausarrest gestellt und später nach Peterwardein deportiert. Er ist auch der Verfasser der bekannten „Epistel an die Tiroler" vom November 1809. Vgl. *Rudolf von Granichstaedten-Czerva,* Die bayerischen Landrichter in Tirol (1806–1814), Neustadt/Aisch 1962, S. 219f.; ADB 1, S. 519.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Im Jahr 1804 erschien die Flugschrift „Bayerns größter Umfang unter den Karolingern, Welfen und Wittelsbachern in vier geographischen Karten dargestellt zur Erläuterung einer merkwürdigen Äußerung Napoleons des Großen". In dieser Schrift hatte der als frankophil und dezidiert antipreußisch eingestellte Autor Christoph von Aretin[86], ein Bruder des obengenannten Georg und einer der eifrigsten bayerischen Publizisten dieser Zeit, den Erwerb österreichischer Grenzgebiete im Auge, deren bayerischen Ursprung er beweisen möchte. Dieses Kartenwerk sollte den bayerischen Forderungen dem Kaiser gegenüber Nachdruck verleihen.

Aus der gleichen Motivation heraus erschien 1810 unter dem Pseudonym „Gottlieb Wahrmut (!)" die interessante Flugschrift „Welche Dienste hat Bayern in den Jahren 1805 und 1804 Frankreich geleistet? Eine historische Untersuchung". Diese Schrift setzt sich vor allem mit den Widerständen auseinander, die sich gegen eine bayerische Vergrößerung erhoben hatten. Der Verfasser befürchtet, daß nach dem Beitritt Sachsens zum Rheinbund Frankreich kein Interesse mehr an einer Vergrößerung Bayerns habe, ja zwischen Bayern und Österreich einen eigenen Pufferstaat einschieben wolle. Die Gerechtigkeit und die Klugheit würden jedoch eine „solche ausgezeichnete Belohnung" gebieten, da sonst ein feindliches Bayern zur Verhinderung der französischen Absichten beitragen könne[87].

Stark antiösterreichisch gefärbt ist die Schrift des niederbayerischen Chronisten der Napoleonischen Kriege, Joseph von Mussinan[88], „Ludwig der Bayer und 1809", die den österreichisch-bayerischen Gegensatz historisch erklären will und eine Linie von Ludwig dem Bayern zu dem Kronprinzen Ludwig zieht.

Bei aller Heterogenität unterstreichen die meisten Flugschriften dieser Jahre deutlich die Gebietsforderungen der bayerischen Regierung, wobei sie mehr oder weniger polemisch den österreichisch-bayerischen Gegensatz betonen.

---

86 Johann Christoph Freiherr von Aretin (1773–1824). Er war maßgeblich an der Klostersäkularisation beteiligt und erregte später durch seine Polemik gegen die norddeutschen Gelehrten in München großes Aufsehen. So richtete sich die gleichfalls von ihm verfaßte Flugschrift „Die Pläne Napoleons und seiner Gegner in Deutschland" gegen die norddeutsch-protestantischen und österreich-freundlichen Gelehrten. Stark antiösterreichisch gefärbt waren auch die von ihm anonym erschienenen Flugschriften „Die Österreicher in Bayern zu Beginn des 18. Jahrhunderts" und „Trauliche Reden der Mutter Bojaria an ihre Tochter Austria"; vgl. *Silberschmidt,* wie Anm. 84, S. 145f.; *E. v. Aretin,* Christoph Freiherr von Aretin. Ein Lebensbild aus der Zeit des Ministers Montgelas (Gelbe Hefte, 3. Jg., 1. Halbband), München 1920.

87 *Silberschmidt,* wie Anm. 84, S. 147f.

88 Joseph Anton von Mussinan (1766–1837), seit 1789 Regierungsrat in Burghausen, wurde als Direktor des Appellationsgerichts in Landshut pensioniert. Verfasser der „Geschichte der französischen Kriege in Deutschland, besonders auf baierischem Boden in den Jahren 1796, 1800, 1805 und 1809", 4 Bde. Sulzbach 1822–29; vgl. ADB 23, S. 102f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

a) Die Verhandlungen in Paris

In der folgenden Zeit waren die bayerischen Bemühungen darauf gerichtet, so schnell wie möglich die erhofften Gebietsgewinne zu verwirklichen. Der Umstand, daß Salzburg, Berchtesgaden, das Inn- und Hausruckviertel an Napoleon zur vorläufigen Disposition überlassen wurden, ließ darauf schließen, daß der französische Kaiser diese Gebiete nicht ohne Gegenleistungen an die benachbarten Rheinbundstaaten überlassen werde. Der wirtschaftliche Schaden, den die französischen Besatzungstruppen im Salzburgischen und im Innviertel verursachten, richtete sich indirekt gegen den künftigen Besitzer. Dies mußte umso schwerer ins Gewicht fallen, als die öffentlichen Schulden der abgetretenen Gebiete mit übernommen werden mußten.

Der bayerische König war ursprünglich entschlossen, die Verhandlungen in Paris durch den Freiherrn von Cetto führen zu lassen. Um die bayerischen Wünsche zu unterstreichen, sandte man ihm eine Aufstellung der bayerischen Kriegskosten zu, die auf insgesamt 22 Millionen Franc veranschlagt wurden. Die diplomatischen Vorstöße, die Cetto im Auftrag seiner Regierung übernahm, blieben jedoch völlig ergebnislos. Dieser Umstand sowie das Mißtrauen gegen Württemberg, dessen König bereits zu Verhandlungen in Paris eingetroffen war, veranlaßten auch Max Joseph nach anfänglichem Zögern, mit seiner Gemahlin im Dezember nach Paris zu reisen[89].

Dort brachte ein Schreiben Napoleons an seinen Außenminister Champagny die Verhandlungen wieder in Gang. Über Bayern äußerte er sich darin folgendermaßen: „Bayern werde ich Salzburg und alle auf dem rechten Innufer von Österreich abgetretenen Gebiete zuteilen, ebenso das Fürstentum Bayreuth unter der Bedingung, daß ich mir im Gebiete von Salzburg Domänen im Werte von 10 Millionen und im Fürstentum Bayreuth solche im Werte von 20 Millionen vorbehalte; im ganzen also für ein Kapital von 30 Millionen, die gleichermaßen in Schuldscheinen abzuzahlen sind . . . Deutschtirol kann wohl nur schwer bei Bayern bleiben; aber wenn es glaubt, es unterwerfen zu können, so habe ich nichts dagegen. Auf jeden Fall muß Bayern mir Welschtirol mit einer Verbindung von Villach nach Brixen und Trient abtreten . . . Man wird gleichzeitig das festsetzen müssen, was es dem Königreich Württemberg abtreten muß: 200.000 bis 250.000 Bewohner werden angemessen sein.“[90]

Dieser Verteilungsplan Napoleons vom 24. Dezember 1809 rief sogleich den Widerstand der bayerischen Vertreter hervor. In den Unruhen in Tirol erblickte Montgelas nur den Vorwand für die Begründung italienisch-französischer Ansprüche[91]. In einem Schreiben an Champagny be-

89 *Adalbert von Bayern, Max I. Joseph,* S. 589f.

90 Zit. nach *Hans Limmer,* Der Pariser Vertrag vom 28. Februar 1810, Diss. masch., München 1921, S. 23f.

91 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 201.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tonte Cetto die Bedeutung Südtirols für Bayern und sprach sich dafür aus, daß Frankreich entweder die Abtretung Südtirols oder die Gebietsentschädigung an Württemberg und Würzburg erlassen möge[92]. Die bayerische Regierung wurde daraufhin aufgefordert, neue Verwaltungsvorschläge für Tirol auszuarbeiten, die Teilung des Landes jedoch als notwendige Abwehr neuer Unruhen zu betrachten. Champagny sprach im Interesse Bayerns, wenn er Napoleon darauf hinwies, daß man an Bayern den ganzen Etsch- und Innkreis abtreten müsse[93].

Am 23. Jänner 1810 traf Montgelas in Paris ein und brachte ein von ihm ausgearbeitetes Verfassungsprojekt für Tirol mit, das er wenige Tage später dem französischen Minister Champagny übergab[94]. Als grundlegende Änderung sah dieses Projekt vor, daß Tirol, das infolge der Kreiseinteilung von 1808 in drei Teile gegliedert worden war, wieder als eigene Provinz anerkannt werden sollte. An der Spitze sollte ein Generalgouverneur, wenn möglich, ein Prinz des Königlichen Hauses stehen, wobei man an den Kronprinzen dachte. Im übrigen wurde den Gemeinden ein größeres Maß an Selbstverwaltung, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, zugebilligt. Die Schützenkompanien und die alte Volksmiliz sollten als Vergünstigung beibehalten werden. Um Provokationen zu vermeiden, sollten künftig nur die zur Verteidigung unbedingt notwendigen Truppen im Lande stationiert werden. Auch auf dem Gebiet des Kirchen- und Unterrichtswesens wurden Zugeständnisse erzielt. Die hauptsächliche Verbesserung stellte jedoch die geplante Mitwirkung der Bevölkerung in einem Provinzialparlament dar, das die alte Ständeversammlung ersetzen sollte.

Dieses Verfassungsprojekt, das als ein Kompromiß zwischen den Wünschen der Tiroler Bevölkerung, den französischen Forderungen und den Bestimmungen der bayerischen Verfassung vom Jahr 1808 gelten darf, ist insofern von Bedeutung, als hier Montgelas die von ihm selbst vertretene Maxime einer zentralistischen Staatsverwaltung zugunsten einer Selbstverwaltung der Tiroler nicht unbedeutend einschränkte. Dieser Plan kam jedoch nie zur Durchführung, da Napoleon gar nicht daran dachte, Bayern Südtirol zu überlassen, sondern allenfalls den weiteren Verbleib Nordtirols akzeptieren wollte.

Die in Aussicht stehenden Gesamtergebnisse waren so unbefriedigend, daß sich der König veranlaßt sah, in einem Schreiben an Champagny bitter über die französischen Vorschläge zu klagen[95]. Tatsächlich hatte

92 Vgl. *Voltelini,* Forschungen und Beiträge zur Geschichte des Tiroler Aufstandes im Jahre 1809, Gotha 1909, S. 394.

93 Es bleibt unklar, ob das wiederholte Engagement des französischen Ministers Champagny zugunsten Bayerns auf eine Bestechung zurückzuführen ist, wie dies Montgelas' Äußerungen nahelegen; vgl. dessen Denkwürdigkeiten, S. 203f.

94 *Limmer,* Pariser Vertrag, S. 35–39.

95 *Voltelini,* Forschungen, wie Anm. 65, S. 399.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sich in einem Ende Jänner von Montgelas verfaßten Mémoire bei einem Vergleich von Gebietsgewinn und Abtretungen eine nicht unbeträchtliche Differenz ergeben. Um auf die französische Diplomatie einen gewissen Druck auszuüben, ließ Montgelas die von Frankreich geforderten Gebietsabtretungen in bayerischen Zeitungen publizieren, was von Napoleon scharf gerügt wurde.

Unter Vermittlung von Champagny wurde schließlich am 23. und 26. Februar 1810 ein Kompromiß erzielt, in dem Bayern Nordtirol behalten sollte und für die Abtretung Südtirols mit Bayreuth und Regensburg einen vollwertigen Ersatz akzeptierte. Der König, enttäuscht über die geringen Verhandlungserfolge, war mittlerweile abgereist[96].

b) Ergebnisse und Folgen des Pariser Vertrags

Am 28. Februar 1810 wurde der Vertrag zwischen Bayern und Frankreich in Paris durch Montgelas und Champagny unterzeichnet: Bayern erhielt Bayreuth, Regensburg, Salzburg, Berchtesgaden, das Inn- und Hausruckviertel; es mußte dagegen Südtirol abtreten und an Württemberg und Würzburg 170.000 Einwohner überlassen. Außerdem verpflichtete sich Bayern, 30.000 Gulden an Dotationen für Graf Wrede zu übernehmen, 15 Millionen Franc für Bayreuth sowie eine Rente von 100.000 Gulden an Dalberg zu bezahlen. Auf die Bezahlung der geleisteten Militärhilfe an Frankreich mußte es verzichten[97].

Die definitive Besitzergreifung von Salzburg und Berchtesgaden hing u. a. noch von einer endgültigen Einigung mit Württemberg und Würzburg ab; so schrieb der König am 25. März 1810 an den Kronprinzen: „Regensburg und Baireuth werden bis zum 1. April dem Königreich einverleibt. Salzburg, das Innviertel und das Hausruckviertel, wann Württemberg und Baden einig seyn werden, weshalb Montgelas mit Händen und Füßen arbeitet.“[98] Die Vertreter Württembergs und Würzburgs, Graf Taube und Baron von Reigersberg, waren ebenfalls an einer raschen Erledigung der noch offenen Gebietsfragen interessiert. Am 18. Mai 1810 unterzeichneten schließlich Montgelas und Taube den Vertrag zwischen Bayern und Württemberg, in dem auch Ulm an Württemberg abgetreten werden mußte; am 26. Mai regelte ein Vertrag den territorialen Ausgleich zwischen Bayern und Würzburg[99].

---

96 Vor seiner Abreise hatte der König unvorsichtigerweise einen Brief an Napoleon geschrieben, in dem er sich von vornherein dessen Entscheidung beugte. Montgelas kritisierte später dieses undiplomatische Vorgehen, durch das er seinen Handlungsspielraum entscheidend eingeengt sah; *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 214.

97 Vollständiger Vertragstext in: Receuil des Traités de la France, publié par M. de Clercq, Tome 2 (1803–1815), Paris 1854, S. 314–318. Über die einzelnen Bestimmungen und deren Ausführung, *Limmer,* wie Anm. 90, S. 46f.

98 Zit. nach *Adalbert von Bayern, Max I. Joseph,* S. 601.

99 *Georg Doellinger,* Sammlung der im Gebiete der inneren Staatsverwaltung des Königsreichs Bayern bestehenden Verordnungen, München 1835, Bd. I, S. 241f. und S. 252.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Parallel zu den Verhandlungen der Rheinbundstaaten untereinander arbeitete eine eigens dafür eingesetzte Kommission an der Regelung der Tiroler Frage. Am 6. April legte Vizekönig Eugen von Italien ein Projekt für die Teilung Tirols vor, das für Italien den bisherigen Etschkreis und das Landgericht Bozen mit insgesamt 270.000 Einwohnern vorsah[100]. Napoleon billigte die Vorschläge seines Stiefsohnes und überließ ihm die weitere Regelung dieser Angelegenheit. Man rechnete mit einer starken Opposition von bayerischer Seite und wollte Bayern daher möglichst vor vollendete Tatsachen stellen.

Den Vertretern der bayerischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als sich in diese ungünstige Situation zu fügen, damit Bayreuth und Regensburg möglichst bald Bayern einverleibt werden konnten. So fanden am 7. Juni 1810 die eigentlichen Verhandlungen mit der Unterzeichnung des Grenzdemarkationsprotokolls ihren Abschluß[101].

Nach den Bestimmungen des Pariser Vertrags war mit der Teilung Tirols der Übergang Bayreuths und Regensburgs an Bayern eng verknüpft. Obwohl schon bald die königlichen Kommissäre, der Freiherr von Rechberg für Bayreuth und der Freiherr von Weichs für Regensburg, ernannt worden waren, kam es bei der Übergabe der beiden Fürstentümer zu Verzögerungen[102].

Bei den Verhandlungen mit den Vertretern Würzburgs und Württembergs hatte man eine besondere Eile entwickelt[103]. Dabei war später insbesondere der Vertrag mit Würzburg auf Kritik in der bayerischen Regierung gestoßen[104]. Es scheint, als hätte der französische General Graf Compans die Schwierigkeiten vorausgeahnt, die die Erwerbung Salzburgs für Bayern mit sich bringen sollte, als er sich in einer Unterhaltung mit dem Grafen von Armannsberg äußerte, daß „ihm die Recquisition von Salzburg für Eure königliche Majestät aus mehreren Rücksichten nicht zuträglich scheine, daß dagegen Würzburg für die bairischen Staaten viel eher geeignet wäre und daß er lieber wünschte, Eurer königlichen Majestät Würzburg übergeben zu können“[105].

---

100 Druck bei *Voltelini,* Forschungen, wie Anm. 65, S. 404.

101 Abtretungsprotokolle bei *Doellinger,* Bd. I, S. 239f.

102 Diese wurden in erster Linie durch die Verhandlungen über die Domänen verursacht, die zwischen Freiherrn von Rechberg und Graf Compans am 9. April 1810 aufgenommen wurden. Man einigte sich schließlich darauf, daß die Bayreuther Domänen bis zur endgültigen Ablösung in französischer Hand verbleiben sollten; vgl. *Eduard Deuerling,* Das Fürstentum Bayreuth unter französischer Herrschaft und sein Übergang an Bayern 1806–1810, Erlangen 1932, S. 89f.

103 HSTA MA 39241. Schreiben Montgelas' an den König aus Paris vom 8. 3. 1810: „Die Übergabe Salzburgs und Berchtolsgadens wird förmlich erfolgen, sobald man mit Würtemberg und Würzburg in das Reine gekommen seyn wird, welche Übereinkunft von seiner kais. Majestät dermalen sehr betrieben wird.“

104 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 230.

105 HSTA MA 39241. Bericht Rechbergs an den König vom 8. März 1810.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Verständlicherweise drang man von bayerischer Seite darauf, daß Salzburg und das Innviertel so rasch wie möglich von den französischen Truppen geräumt würden[106]. Napoleon wies am 31. März 1810 Champagny an, die Vorbereitungen für die Übergabe dieser Länder zu treffen, damit die bayerischen Regierungsvertreter rechts des Inn keine französischen Besatzungstruppen mehr vorfinden sollten.

Da sich die definitive Besitznahme von Salzburg weiter verzögerte, wurde am 22. Juli 1810 der königliche Oberfinanzrat von Sutner nach Salzburg geschickt, um sich dort insbesondere über die Domänen und Rückstände zu informieren. Im August beauftragte der letzte französische Militärgouverneur in Salzburg, Chevalier Thomas, ein „offener, verständiger und ruhiger Geschäftsmann", sämtliche Ämter mit der Aufstellung der Kriegskosten. Nach der von der Generallandesadministration verfaßten Erhebung beliefen sich die Kriegskosten von Mai 1809 bis August 1810, mit Ausnahme der Einquartierungen und Plünderungen, auf 2,622.103 Gulden[107].

Wenn auch die bayerische Regierung ihrerseits alles getan hatte, um so rasch wie möglich die neuerworbenen Gebiete rechts des Inns zu übernehmen, so zogen sich die Verhandlungen zwischen Württemberg und Baden noch in die Länge. Der französische Unterhändler, Graf Compans, mußte schließlich einsehen, daß man in Bayern nicht warten konnte, bis das letzte Wort zwischen Graf Taube und dem badischen Minister Andlau gesprochen war. So unterzeichneten Compans und Rechberg am 12. September in Frankfurt das Übergabe-Protokoll für das Inn- und Hausruckviertel sowie für Salzburg und Berchtesgaden, nachdem am vorhergehenden Tag das Entlassungspatent des bayerischen Königs an seine an das Großherzogtum Würzburg übergehenden Untertanen ausgestellt worden war.

Dieses Protokoll war „ganz nach der Grundlage des Baireuther und Regensburger Übergabs Protokolls entworfen", an denen Rechberg gleichfalls mitgewirkt hatte; dieser berichtete dem König über seine Frankfurter Mission: „So groß allerdings die Lasten sind, womit die Provinzen noch werden bedacht werden und so viele Diskussionen deshalb noch unter den Behörden entstehen können, so habe ich doch geglaubt, daß der Vortheil in Besitz zu kommen, vorerst alle anderen Rücksichten überwiegen müsse, um so mehr, als der gefürchtete Vorbehalt der Domainen glücklicher Weise nicht in Anwendung gekommen ist . . . Auch die gefürchtete Reservation der Aktivkapitalien wird nicht eintreten . . . dagegen hat sich das französische Gouvernement die Magazine

106 Narbonne an Champagny, München, den 12. April 1810 «Il (le roi) m'a demandé en même temps, si je savais quel était le commissaire désigné pour Salzbourg et l'Innviertel, qu'il voudrait bien également voir évacués . . .», zit. nach *Voltelini,* wie Anm. 65, S. 409.

107 HSTA Hofkommission Salzburg 63/3. Appercu general. Des contributions, requisitions et fraix de guerre auxquelles les états ont fait fâce ou doivent encore faire fâce. Depuis le mois de May 1809 jusqu'au mois d'aout 1810. Salzbourg le 28 Aout 1810.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

aller Art, die Rückstände bis zum Moment der Übergabe und leider die große Kriegskontribution der 11 Millionen 440.000 Franc reserviert."[108] Rechberg hatte gegen diese Kontributionssumme von 11 Millionen Franc nachdrücklich protestiert, wonach Compans versprach, sich deswegen bei Napoleon zu verwenden. Auch Max Joseph wandte sich in einem persönlichen Schreiben an Napoleon, in dem er betonte, daß die Eintreibung der Kontributionssumme Bayern neue Lasten auferlegen würde, worauf der Kaiser die Zahlung dieser Summe erließ.

Die geopolitische Lage Bayerns im Jahr 1810

Wenn auch in der Beurteilung Montgelas' die „gemachten Erwerbungen bei weitem nicht jenen sanguinischen Hoffnungen, welche die anfänglichen Erfolge des Feldzuges erweckt hatten", entsprachen, so hob dieser insbesondere die Angliederung Salzburgs hervor[109]: „Die salzburgischen Gebiete, im Anschluß an jene von Tirol und Vorarlberg, bildeten fortan eine achtungsgebietende Militärgrenze; das Inn- und Hausruckviertel erweiterte das Staatsgebiet gerade nach jener Seite hin, wo es am meisten beengt gewesen war." Diese primär militärische Bedeutung und der Umstand, daß bei „all den neuen Erwerbungen eine gewisse Gleichartigkeit" bestand, „welche sie leicht unter sich und mit dem Ganzen in Verbindung zu bringen gestattete", was den zentralistischen Bestrebungen des führenden Ministers sehr entgegen kommen mußte, sollten dann auch später die Abtretungs- bzw. Entschädigungsverhandlungen mit Österreich so außerordentlich schwierig gestalten.

Bayern hatte nach dem Pariser Vertrag räumlich seinen größten Umfang erreicht und bildete ein Staatswesen von geradezu idealem Zuschnitt, das unter den Rheinbundstaaten eine hervorragende Rolle spielte. War bereits die Markgrafschaft Ansbach nach einem kurzen „preußischen Intermezzo" im Jahre 1806 an Bayern gefallen, so rundete jetzt Bayreuth die Neuerwerbungen Bayerns in Mittel- und Oberfranken ab. Mit der Erwerbung Regensburgs hatte sich im bayerischen Binnenraum die letzte kleine Lücke geschlossen[110]. Der Schwerpunkt Bayerns hatte sich jetzt weit nach Süden verlagert. Die neuformierten südbayerischen Kreise, an der Isar, der Salzach, dem Inn und der Iller, griffen vom Alpenvorland auf das Alpenmassiv über, so daß jetzt Alpen- und Alpenvorland ein dominierendes Strukturmerkmal bildeten[111].

---

108 HSTA Hofkommission Salzburg, 63/3. Bericht Rechbergs vom 12. September 1810. Über diese Mission Rechbergs kein Hinweis bei *Klemmer,* Rechberg; *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 213, veranschlagte die Summe irrtümlich auf 15 Millionen Franc.

109 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 212f.

110 Vgl. *Fritz Tarrasch,* Der Übergang des Fürstentums Ansbach an Bayern, München/Berlin 1912; *Georg Schwaiger,* Das dalbergische Fürstentum Regensburg (1803–1810), in: ZBLG 23, 1960, S. 42–65; *Wilhelm Hausenstein,* Die Wiedervereinigung Regensburgs mit Bayern im Jahre 1810, Diss. München 1905.

111 Vgl. die Karte 36c, Königreich Bayern nach den Pariser Verträgen 1810, in: Bayerischer Geschichtsatlas, hg. von Max Spindler, München 1969. *Adolf Günther,* Südbayern und Westösterreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Schriften des Instituts für Sozialforschung in den Alpenländern an der Universität Innsbruck, 10. Folge), Innsbruck 1933, S. 39f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Verglichen mit der heutigen Staatsgrenze hatte Bayern im Süden bzw. Südosten seine größte Ausdehnung im Tiroler Raum und im Gebiet der damaligen salzburgischen Landgerichte Tamsweg und Radstadt erreicht, einer Ausbuchtung, die beträchtlich in heute innerösterreichisches Gebiet hineinragte. Das Königreich Bayern von 1810 ist ein Pässestaat, der sogar auf den Brenner übergreift und in dem die Alpen ihre Funktion als Grenzgebirge verloren haben. Gewisse Parallelen zur Schweiz, wie sie auch von Zeitgenossen gezogen wurden, sind unverkennbar[112]. Wären der Inn- und Salzachkreis bei Bayern geblieben, hätten sich langfristig sicherlich wirtschaftliche und administrative Strukturveränderungen eingestellt, so wenn etwa alpenländisches Vieh zum Verkauf in den Norden, bayerisches Korn dagegen in den Süden gelangt wäre, wie es etwa auch für die Schweiz typisch ist.

Durch den Gebietszuwachs hatte Bayern mit einem Schlag 706.600 neue Einwohner gewonnen und dagegen 496.000 bisherige Untertanen verloren. Nachdem das erste Ziel, die Schaffung eines saturierten, gut abgegrenzten Staatsgebildes erreicht worden war, mußten sämtliche Bemühungen der bayerischen Regierung jetzt darauf abzielen, die neugewonnenen Gebiete und ihre Bewohner so rasch wie möglich zu integrieren.

In diesem Sinne äußerte sich Napoleon nach Erledigung aller mit der Durchführung des Pariser Vertrags zusammenhängenden Angelegenheiten gegenüber dem bayerischen Gesandten, Freiherrn von Cetto, in Paris: «La Bavière est maintenant un royaume. La paix lui laisse les moyens de retablir ses affaires en faisant des economies. Sur son armée dix mille hommes de plus ou de moins ne font rien pour sa conservation. La france est là pour veiller à sa defense, à laquelle l'Empire francais est fortement interessé . . . Vous n' avez aucun voisin à craindre . . . Quant à moi je ne suis rien à l'allemagne. Je suis le protecteur de la conféderation voilà tout.»[113] Der Kommentar Cettos zu dieser Äußerung, daß er gerade in einem Moment so spräche, wo seine Truppen die Souveränität des Großherzogtums Frankfurt und des Herzogtums Mecklenburg verletzten, zeigt deutlich die Skepsis und die zunehmende Entfremdung Napoleon gegenüber, dessen zunehmende Arroganz und anscheinend unersättliches Expansionsbestreben in München wie auch in anderen Hauptstädten auf wachsende Kritik und Beunruhigung stieß.

In bayerischem Interesse lag es, den Status quo aufrechtzuerhalten, was bei Napoleons Politik allerdings sehr fragwürdig sein mußte. So befürchtete man bereits im Jahre 1810, die Heirat Napoleons mit der österreichischen Erzherzogin Marie-Louise und das Einschlagen eines österreichfreundlicheren Kurses würden früher oder später österreichische An-

112 So von *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld,* Salzburg und Berchtesgaden, S. 85f. In erster Linie ist hier die Alpenviehzucht angesprochen.

113 HSTA MA 2089. Diplomatische Berichte aus Paris 1810/12.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sprüche auf die an Bayern abgetretenen Gebiete wecken, was sich dann später tatsächlich, allerdings in der gerade entgegengesetzten politischen Konstellation, bewahrheiten sollte.

Die Voraussetzungen für eine Integration Salzburgs in das neue Königreich

Wie bereits angedeutet wurde, ließen wirtschafts- und geopolitische Faktoren einen Anschluß Salzburgs an Bayern als geradezu ideal erscheinen. Wie aber stand es mit der Bevölkerung? Bayern stand unter dem Zwang, nach 1810 eine ziemlich heterogene Bevölkerung integrieren zu müssen. Die Fragestellung nach den Voraussetzungen für eine Integration des ehemaligen Erzstifts Salzburg in den modernen Staat, die Art und Weise, in der diese Integration gefördert oder blockiert wurde, ist für diese Arbeit zentral und wird wiederholt aufgegriffen werden. Während für die neufränkischen Gebiete, für Ansbach, Bayreuth und Tirol schon seit längerem Arbeiten vorliegen[114], die sich mit diesem Problem eingehend beschäftigt haben, soll dies hier auch für das ehemalige Erzstift Salzburg und die damit im Salzachkreis vereinigten Gebietsteile Berchtesgadens sowie des Inn- und Hausruckviertels versucht werden.

Zu den Grundüberzeugungen Montgelas' gehörte es, daß nur ein zusammenhängender, geschlossener Staatsverband seinen Bewohnern ein einheitliches Staatsbewußtsein vermitteln könne und daß zur Stabilität und Stärke des Staates die aktive Bejahung dieses Staates durch das Volk gehöre[115]. Der Abrundung des Staatsgebietes mußte die „Amalgamierung" des Untertanenverbandes folgen, um eine stabile Souveränität zu bewahren. Dabei sah sich der von seiten der Regierung initiierte Integrationsprozeß einem grundsätzlichen Dilemma ausgesetzt: Eine weitere unterschiedliche Behandlung der neugewonnenen Landesteile mußte deren Heterogenität und Autonomie zementieren und widersprach den Prinzipien einer rationellen Verwaltung, während eine einheitliche Behandlung (Gesetzgebung) schon deswegen auf Opposition stoßen mußte, weil sie regionale Unterschiede zu wenig berücksichtigte und daher oftmals als ungerecht empfunden werden mußte[116].

Zu dieser innenpolitisch höchst brisanten Aufgabe trat die außenpolitische Komponente, die bei dem damals sehr gespannten Verhältnis zwi-

---

114 Außer den bereits genannten Arbeiten von *Deuerling* und *Tarrasch* liegen vor: *Ulrich Thürauf,* Geschichte der öffentlichen Meinung in Ansbach-Bayreuth 1798–1815, Ansbach 1918; die nicht immer objektive Arbeit von *Ferdinand Hirn,* Geschichte Tirols von 1809–1814, Innsbruck 1913; *Rudolf Endres,* Die Eingliederung Frankens in den neuen bayerischen Staat, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 83–94. In der zusammenfassenden Darstellung von *Werner K. Blessing,* Staatsintegration als soziale Integration, in: ZBLG 41, 1978, S. 633–700, liegt der Schwerpunkt auf den neufränkischen Gebieten.

115 *Weis,* Montgelas, a.a.O., S. 344.

116 Vgl. *Walter Demel,* Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära im vorkonstitutionellen Königreich Bayern, Diss. masch., München 1981, S. 140f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

schen Bayern und Österreich gerade die Bewohner des ehemaligen Erzstifts, sofern sie politisch interessiert waren, zu einer pro- und antibayerischen Haltung drängen sollte. Während in den ehemaligen Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth die traditionelle Orientierung an Preußen, in Tirol dagegen das Bekenntnis zu Österreich, noch lange nach dem Anschluß an Bayern bestehen blieb und gerade dort das französisch-bayerische Bündnis äußerst unpopulär war, galt dies zunächst nicht für Salzburg, was man bei dessen Zugehörigkeit zur Habsburger Monarchie als österreichischer Satellitenstaat seit 1803 bzw. seit 1806 als tatsächlichem Bestandteil Österreichs vermuten könnte. So berichtete Graf Carl von Preysing wenige Tage nach der Besitzübernahme an den König: „Seit dem 12. 2. 1803 bildeten beide Länder (Salzburg und Berchtesgaden) einen Bestandteil des österreichischen Kaiserthums und wurden zum Theile wenigstens nach österreichischen Gesetzen und Formen verwaltet. Dieser Zeitraum von 7 Jahren war zwar nicht vermögend, das Andenken an die Regierung der Erzbischöfe . . . und am Allerwenigsten das Andenken an den letzten noch lebenden Erzbischof, den unvergeßlichen Hieronymus zu schwächen. Die Anhänglichkeit an das österreichische Haus . . . konnte . . . hier auch nicht so tiefe Wurzeln fassen, und ich glaube, nach den bisher eingezogenen Erkundigungen mit Grunde behaupten zu können, daß der Wunsch an die Krone Baiern zu kommen, allgemeiner war, als jener unter die kaiserlich österreichische Regierung, deren Bankozettel man fürchtete und deren Bankalsystem man verabscheute, zurückzukehren."[117] Wenn Preysing die Popularität des letzten Salzburger Erzbischofs in der breiten Bevölkerung hier zweifellos überschätzte, so dürfte seinem Urteil bezüglich der österreichischen Verwaltung zuzustimmen sein.

Wie auch im Kurfürstentum Salzburg wurde die Kontinuität in der Verwaltung in dem seit dem Preßburger Frieden 1806 definitiv österreichisch gewordenen Salzburg weitgehend gewahrt. Dies ist aber in erster Linie auf die äußerst schleppende Arbeit der Wiener Behörden und die daraus resultierenden Provisorien zurückzuführen, die charakteristisch für die erste Vereinigung Salzburgs mit Österreich sind und eine effektive Umgestaltung nicht über Ansätze hinaus reifen ließen[118]. Andererseits wurden die Befürchtungen insbesondere des handeltreibenden Bürgertums vor einem Anschluß an Österreich später auch bestätigt[119].

117 HSTA MA 3924. Bericht vom 11. Oktober 1810.

118 Zu den oft unbefriedigenden Provisorien: *Brigitte Partick,* Die erste Vereinigung Salzburgs mit Österreich, Diss. masch., Wien 1965, S. 147f.; *Peter Putzer,* Der Weg nach Österreich, Salzburg zwischen 1797 und 1816, in: Wissenschaft und Weltbild, Jg. 1966, Heft 3, S. 225–234.

119 So schrieb der Salzburger Großkaufmann Franz Xaver Späth: „Die österreichische Maut und Staatsorganisation führt eine ungeheurige Menge Bedrückung und Verdrießlichkeiten mit sich . . .", zit. nach *H. Widmann,* Zeitgenössische Berichte, S. 35; Späth gehörte zu den fünf privilegierten Salzburger Spediteuren, die mit der österreichischen Verwaltung unzufrieden waren und mehrere Petitionen an die Regierung richteten.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Der salzburgische Regierungsrat Joseph Felner nannte 1809 im Rückblick die österreichische Ära eine „unselige Epoche". Er kritisierte die österreichischen „Staatswirtschaftler und Finanzkünstler", die die „ohnehin schwächliche Provinz methodisch zugrunde richteten", ferner daß der Handel „in Fesseln geschlagen und von einem Heere von Bancalisten, Revisoren, Aufsehern und Cordonisten" bewacht wurde[120]. Sicherlich spielt bei dieser vehementen Kritik Felners, der sich später auch über die bayerische Ära seiner Vaterstadt sehr kritisch äußern sollte, die Verbitterung über den Verlust der Selbständigkeit Salzburgs eine Rolle, das dem „bureaukratischen Nivellismus" der Habsburger zum Opfer gefallen war. Hinzu kam, daß Österreich in den Napoleonischen Kriegen bis zu diesem Zeitpunkt immer auf der Seite des Verlierers gestanden hatte und einem Staatsbankrott entgegenging, der auch das auf der Wiener Stadtbank angelegte Geld Salzburger Familien und Händler verschlingen sollte. Die zurückhaltende Sympathie, mit der man allenfalls die österreichische Regierung begrüßt haben mochte, wich schon bald einer Ernüchterung bzw. Ablehnung. Auf jeden Fall kann man nicht generalisierend von einer „österreichfreundlichen Haltung" sprechen und diese womöglich noch historisch untermauern[121].

Ferner darf man nicht außer acht lassen, daß durch die Napoleonischen Kriege eine umfassende „Umbruchkrise und ‚Verstörung'" ausgelöst wurde[122], die nachhaltig in den gewohnten Lebensraum der Menschen auch in den unteren Schichten eingriff. Gerade in der relativ langen französischen Besatzungszeit machten die Salzburger unangenehme Erfahrungen mit Einquartierungen, Proviantlieferungen, finanziellen und materiellen Hilfeleistungen, die schließlich zu einer allgemeinen Lethargie geführt haben dürften, in der „Alles . . . nach der Bestimmung eines neuen Regenten" seufzte, „sollte er auch von Paris oder von Petersburg

120 *Joseph Felner,* Tage- und Gedenkbuch 1806–1809, zit. nach *Harald Gnilsen,* Ecclesia Militans Salisburgensis, Kulturkampf in Salzburg 1848–1914, Wien–Salzburg 1972, S. 61.

121 So *L. Hoffmann,* Die Säkularisaton Salzburgs, wie Anm. 2, S. 243. „Weit mehr fühlte sich Salzburg Österreich als dem bayerischen Flachland verbunden. Die Geschichte des Landes beweist das, die Anlehnung erfolgte von jeher eher an Österreich als an Bayern, und in dem Kaiser verehrte man das allgemeine Oberhaupt." Sachlich unrichtig ist die Behauptung von *E. Schultz,* Zwischenherrschaft, wie Anm. 2, S. 172: „Das Fürstentum war österreichfreundlich gesinnt . . . die Einführung der gefürchteten Militärkonskription, die rücksichtslose Säkularisation (durch Bayern, Anm. d. V.) erregten die Abneigung der Bevölkerung." Eine Militärkonskription führte auch Österreich durch, eine Säkularisation hat von bayerischer Seite nie stattgefunden. *B. Partick,* wie Anm. 2, S. 153, bewertet die österreichische Verwaltung differenzierter: „Abschließend läßt sich doch mit einiger Sicherheit sagen und belegen, daß die österreichische Regierung Salzburg während seiner ersten Zugehörigkeit zu Österreich keineswegs oder gar böswillig schaden will. Daß die Regierung aber nicht immer den richtigen Weg findet, um ihre Neuerungen in einer Weise durchzuführen, die ihr die Zuneigung der Salzburger Bevölkerung hätte gewinnen können, ist sicherlich auch erkennbar."

122 *Werner K. Blessing,* Umbruchkrise und „Verstörung". Die „Napoleonische Erschütterung und ihre sozialpsychologische Bedeutung", in: ZBLG 42, 1979, S. 75–106.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

kommen, um nur einmal ein Centrum zu haben, wohin man sich wenden kann"[123].

Besonders günstig wurde der Regierungswechsel im Innviertel und im Gebiet der ehemaligen Fürstpropstei Berchtesgaden aufgenommen. Das ehemals bayerische Innviertel war erst im Jahr 1779, im Frieden von Teschen an Österreich abgetreten worden. Damals hatte Österreich einen Gebietsstreifen von 30 Quadratmeilen und 80.000 Einwohnern zwischen Passau und der Nordgrenze des Erzstifts Salzburg, mit Landgericht und Stadt Braunau sowie den Gerichten Mauerkirchen, Wildshut, Friedburg, Mattighofen, Ried und Schärding erhalten, ohne daß dafür eine rechtliche Grundlage vorhanden gewesen wäre[124].

Die josephinischen Verwaltungsreformen stießen gerade in diesem Gebiet auf besonders heftige Kritik, so daß der Bevölkerung eine Rückkehr an Bayern wünschenswert schien. Nach der Französischen Revolution verstärkten sich diese Hoffnungen noch. Bei der Regierung in Linz herrschte Unmut über Berichte aus dem Innviertel, wonach die Bauern vor allem an der Grenze „sehnlichst wünschten, daß die Neufranken nach Baiern kommen", weil sie dadurch eine Wiedervereinigung mit Bayern erhofften[125].

„Herzlicher und lauter hat sich wohl noch nie die Freude eines Volkes über den Eintritt einer neuen Regierung ausgesprochen, als dies die armen, aber biederen Eurer Majestät von ganzer Seele ergebenen Bewohner von Berchtesgaden taten", so konnte Preysing an den König über die dortige Stimmung anläßlich des Regierungswechsels berichten, was diesen veranlaßte, für die Armen von Berchtesgaden 5000 Gulden zu spenden[126]. Die probayerische Haltung der dortigen Bevölkerung läßt sich in erster Linie aus der traditionellen wirtschaftlichen Bindung an Bayern erklären. So gelang 1795 in Verbindung mit dem Salinenvertrag der engere Zollanschluß an das bayerische Wirtschaftsgebiet, wodurch Berchtesgaden den Inkolatstatus erhielt[127]. Der letzte Fürstpropst von Berchtesgaden, Joseph Conrad von Schroffenberg, der in der Bevölkerung sehr populär war, wurde 1790 durch Vermittlung Karl Theodors

123 Archiv St. Peter, Salzburg HS A 80 Tagebuch Dominikus Hagenauer zu Beginn des Jahres 1810; ähnlich äußerte sich am 10. August 1810 der bayerische Finanzrat von Sutner aus Salzburg: „Uebrigens kann ich bey dieser Gelegenheit nicht unberührt lassen, daß die Sage wegen der baldigen Besitzergreifung E. kgl. M., welche seit einigen Tagen allgemein ist . . . im Durchschnitte bey den hiesigen Bewohnern und Staatsdienern eine sichtbare ungeheuchelte Freude erregt hat, die freylich zum Theile auch die Erwartung des Endes aller bisherigen Leiden zum Grunde haben mag . . ."; HSTA MA 39241.

124 Vgl. *Ludwig Hammermayer,* in: HB II, S. 1049f.

125 *Hans Sturmberger,* Das Innviertel – zweimal gewonnen, in: Historische Dokumentation zur Eingliederung des Innviertels im Jahre 1779 (Katalog zur Sonderausstellung in Ried im Innviertel), 1979, S. 21–29, hier S. 27.

126 HSTA MA 39243.

127 *Eckehard Haeberle,* Zollpolitik und Integration im 18. Jahrhundert. Untersuchungen zur wirtschaftlichen und politischen Integration in Bayern von 1765 bis 1811 (MBM 54), Diss. München 1974, S. 152.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

zum Bischof von Freising und Regensburg gewählt. Er war dem bayerischen Hof sehr ergeben; am 21. Februar 1803, kurz vor seinem Tod, legte er die weltliche Regierung nieder[128]. Die wirtschaftliche Lage der Berchtesgadener Bevölkerung war zu Beginn des 19. Jahrhunderts sehr desolat und bedurfte dringend einer Verbesserung.

Im übrigen dürfte die Stimmung der breiten Bevölkerung dort für Bayern am günstigsten gewesen sein, wo, wie in dem fruchtbaren Gebiet links der Salzach, verwandtschaftliche, wirtschaftliche, mentale und mundartliche[129] Beziehungen zu Altbayern von jeher stark ausgeprägt waren. Je weiter man sich von Salzburg nach Süden und Osten den Rändern des ehemaligen Erzstifts näherte, desto stärker dominierten die Beziehungen zu Tirol und Österreich; dort dürften auch die Sympathien für Bayern eher zurückhaltend gewesen sein.

Was die Beamtenschaft, die Geistlichkeit, das handeltreibende Bürgertum und die Professoren der Universität betraf, die ja von der neuen Regierung in einem besonderen Maße abhingen und deren Loyalität sich diese erst versichern bzw. erwerben mußte, so knüpfte jede dieser Gruppierungen ihre eigenen Erwartungen an die neue Regierung: Die Beamten hofften auf eine Stabilisierung in der Verwaltung und auf die Rückzahlung der seit mehreren Monaten ausstehenden Gehälter, die Geistlichkeit auf die Aufrechterhaltung des Status quo, der ihre noch vorhandenen Privilegien unangetastet ließ und die Klöster von der Säkularisation verschonte, das handeltreibende Bürgertum auf einen Aufschwung des Handels und Gewerbes, die Professoren der Universität schließlich auf ein Wiederaufleben des geistig-kulturellen Lebens, das ihrer Universität eine Daseinsberechtigung verlieh.

Das Gelingen einer Integration dieser verschiedenen Bevölkerungsgruppen mußte also in erster Linie davon abhängen, inwieweit die neue Regierung diese Erwartungen erfüllen konnte oder nicht. Diese spezifisch salzburgischen Interessen dürften die Tatsache, daß man jetzt als Bestandteil des Rheinbunds und Verbündeter Napoleons dem unmittelbaren Nachbarn Österreich feindlich gegenüberstand, zunächst weitgehend in den Hintergrund gedrängt haben. Freilich konnte man diesen Umstand bei einer Verschärfung des Konflikts nicht mehr ignorieren.

Faktoren, die in anderen neubayerischen Gebieten integrationshemmend wirken mußten, wie umfangreiche ständische Privilegien, eine protestantische Konfession oder ein wirtschaftlich und politisch einflußrei-

---

128 Vgl. *Gertrud Roth,* Die gefürstete Propstei Berchtesgaden in der Zeit ihres letzten gefürsteten Propstes 1780–1803, Diss. München 1939; *Dieter Albrecht,* Die Fürstpropstei Berchtesgaden (Historischer Atlas von Bayern, Heft 7), München 1954; *Joseph Staber,* Kirchengeschichte von Regensburg, Regensburg 1966, S. 164–169. Über die bedrückende wirtschaftliche Situation der ehemaligen Fürstpropstei in der bayerischen Zeit siehe Seite 147f.

129 Vgl. *Ingo Reiffenstein,* Salzburg und Bayern, Zur Mundartgeographie des Westbairischen, in: MGSL 100, 1960, S. 471–486.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

cher Adel[130], waren in Salzburg nur in geringen Ansätzen vorhanden. Wenn behauptet wurde, daß vor allem in katholischen, insbesondere reichskirchlichen oder habsburgischen Gebieten ein nach dem Untergang der ständischen Gesellschaft neu auflebender Reichspatriotismus zu einem lebhaften Bekenntnis zu Österreich[131] führte, so trifft dies auf jeden Fall nicht für die Ausgangsposition zu, in der die Besitznahme Salzburgs erfolgte. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in den neuen Staat waren hier im Gegenteil denkbar günstig, auf jeden Fall weitaus günstiger als in den neuen fränkischen Gebieten.

III. DER BÜNDNISWECHSEL VON 1813 UND DIE ANZEICHEN EINER NATIONALEN BEWEGUNG IM SALZACHKREIS

Die Umstände, die zu dem Bündniswechsel Bayerns im Jahr 1813 führten, sind relativ gut erforscht[132]. Da es jedoch sehr wohl regional unterschiedliche Formen einer deutsch-nationalen Bewegung in Bayern gab, die eben diesen Bündniswechsel forderten, sollen hier die Ereignisse primär aus der Salzburger Perspektive dargestellt werden.

Als Rußland im Dezember 1810 die Kontinentalsperre aufgab, sah Napoleon, dessen übersteigertes Hegemonialbewußtsein dadurch empfindlich getroffen wurde, nur noch den Krieg als Abwehrmittel gegen den Zaren. In der folgenden Zeit kam es zu versteckten Rüstungen auf beiden Seiten, bis im Dezember 1811 an die Rheinbundstaaten der definitive Befehl erging, die Truppenkontingente in Marschbereitschaft zu versetzen[133]. Die Mobilmachung erfaßte die Soldaten aus allen bayerischen Garnisonen zwischen Straubing und Lindau, Bayreuth und Innsbruck, also auch aus Salzburg. Wiederholt wurden die Bewohner des Salzachkreises auch zu finanziellen und materiellen Unterstützungen für die in Rußland kämpfenden bayerischen Truppen aufgefordert[134]. Der Rußlandfeldzug endete in einem in diesem Ausmaß noch nicht dagewese-

130 Über die im Vergleich mit den Bischöfen relativ schwache Position des Salzburger Adels vgl. *Johannes Graf von Moÿ,* Die historischen und soziologischen Grundlagen der Salzburger Schlösserkultur, in: MGSL 107, 1967, S. 265–276; dagegen leistete beispielsweise der fränkische Adel zähen Widerstand gegen jeden Eingriff in seine Privilegien, so: *Hans H. Hofmann,* Adelige Herrschaft und souveräner Staat (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, Bd. 2), München 1962.

131 *Werner K. Blessing,* Staatsintegration, wie Anm. 114, S. 641.

132 *Hans W. Schwarz,* Die Vorgeschichte des Vertrags von Ried, München 1932; weiterhin grundlegend: *Michael Doeberl,* Bayern und die deutsche Erhebung wider Napoleon I., Abhandlungen der bayerischen Akademie der Wissenschaften, 3. Kl. 24. Bd., 2. Abtlg., München 1907.

133 *Rainer Braun,* Die Bayern in Rußland 1812, in: Krone und Verfassung. Max I. Joseph und der neue Staat (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 260–271.

134 *G. Pichler,* Landesgeschichte, S. 994.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nen Fiasko: Von den ca. 35.000 Soldaten, die nach Rußland gezogen waren, kehrten nur etwa 1100 Mann in ihre bayerische Heimat zurück.

Nach einer Reihe von Feldzügen markierte die Rußland-Katastrophe einen Wendepunkt, der allerdings von Regierenden und Regierten unterschiedlich gewichtet wurde. Nachdem Napoleon den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren hatte, konnte man ihm auch in München wieder mit einem gestärkten Selbstbewußtsein entgegentreten; so schrieb der bayerische König am 3. März 1813 an Napoleon: „Nicht der Taumel und die Unzufriedenheit der Völker, wohl aber die Erschöpfung der Hilfsmittel der Regierung fängt an, mir ernste Unruhe zu bereiten . . . Eure Majestät werden mir erlauben, Ihnen mit allem Freimut . . . zu bemerken, daß die Anstrengungen, die ich dieses Jahr mache, nicht wiederholt werden könnten, ohne daß man Bayern mit wirksamen Mitteln zu Hilfe käme."[135]

Daß der König hier die Dynamik einer Volksbewegung zweifellos unterschätzte, sollte sich noch zeigen. Zahlreiche Familien waren von dem katastrophalen Ausgang des Rußlandfeldzugs direkt betroffen. Durch den Tod eines Sohnes, Gesellen oder Dienstboten, ja eines Familienvaters, mußte sich der Intimbereich des einzelnen, seine Arbeit, das Familienleben, Kindererziehung und Geselligkeit etc. entscheidend verändern[136]. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die neuen Rekrutierungen zum Wiederaufbau der Armee im Jahr 1813 besonders unpopulär waren.

1. Salzburg als Garnisonsstadt

Während unter Max III. Joseph und seinem Nachfolger Karl Theodor eine Heeresreform bereits in den Ansätzen steckengeblieben war, gelang es seit dem Jahr 1803 dem bayerischen König, den Generälen Deroy, Wrede und Triva, der die Funktionen eines Kriegsministers ausübte, nach dem Vorbild des erfolgreichen französischen Volksheers ein beachtliches Heeressystem aufzubauen. Allerdings wurde das Konzept eines Volksheers insofern durchbrochen, als der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aufgrund zahlreicher Befreiungen, insbesondere zum Schutz der Wirtschaft, nicht zum Tragen kam, so daß in erster Linie die kleinen Bürger, die Handwerker und die Bauern ihre Söhne tatsächlich stellen mußten. So nennt eine für die Übernahme von Salzburg im Jahre 1810 erstellte Statistik folgende Zahlen[137]:

Soldaten	4.131
zum Fuhr- und Packungswesen vorgemerkte	539
ausgediente Kapitulanten	25
„unanwendbare"	29.466
„zeitlich befreite"	518

135 Druck bei *M. Doeberl,* wie Anm. 132, Beilage 2, S. 412.
136 *W. K. Blessing,* Umbruchskrise, S. 83.
137 HSTA MA I 670.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß von sämtlichen Stellungspflichtigen ungefähr nur jeder zwölfte tatsächlich eingezogen wurde, während der bei weitem größte Teil aus verschiedenen Gründen als nicht verwendungsfähig galt.

Das neue Konskriptionsgesetz vom 29. März 1812, das bis 1868 in Geltung blieb und gegenüber dem Gesetz von 1805 zweifellos ein bedeutender Fortschritt war, schuf durch das sogenannte „Einstehersystem" die Möglichkeit, sich durch eine höhere Zahlung im Wehrdienst vertreten zu lassen[138].

Ein gewisses Problem war auch die Übernahme österreichischer Soldaten in bayerische Dienste: Österreichische Offiziere wurden in Salzburg offensichtlich nicht gern gesehen und argwöhnisch überwacht. Die meisten ausgedienten Soldaten bzw. Invaliden verblieben in Salzburg oder wurden dort für kleinere Arbeiten, wie zum Beispiel zur Aufsicht im Mirabellgarten, verwendet[139]. Schon bald nach der Besitzübernahme Salzburgs durch Bayern mußten sich von den einzelnen Landgerichten diejenigen jungen Männer in Salzburg bei dem bayerischen Kommando stellen, die während der österreichischen Ära Soldaten geworden waren. Es wurde ihnen bestätigt, daß die Jahre, in denen sie Österreich gedient hatten, von den sechs Kapitulationsjahren abgezogen würden. Nach dem geleisteten Treueid konnten sie wieder in ihre Heimatorte zurückkehren[140].

Um die starken Truppenverluste zu ersetzen, ging man im Jahr 1813 daran, eine Nationalgarde zweiter Klasse und eine mobile Legion in jedem Kreis des Königreichs aufzustellen[141]. Diese hatte sich aus der seit dem 16. Jahrhundert bestehenden sogenannten Landesdefension herausentwickelt und war gemäß der Konstitution von 1808 ein Jahr später nach französischem Vorbild in eine Nationalgarde umgewandelt und in das Konskriptionssystem einbezogen worden. Sie wurde in drei Klassen eingeteilt: Neben den Reservebataillons standen die mobilen Legionen als zweite und das Bürgermilitär als dritte Klasse. Vor allem der Kronprinz wandte sich gegen eine Eingliederung der Nationalgarden in die Armee, um sie nicht dem Dienst innerhalb des Landes und der Verteidigung der Landesgrenzen zu entziehen, und folgte damit ganz der Politik seines Vaters, der die Armee primär zur Verteidigung des Nationalkörpers eingesetzt wissen wollte.

---

138 Vgl. Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Abtlg. III/5, Das staatliche Gewaltmonopol, München 1978, S. 119f., 126f.; *Oskar Bezzel,* Geschichte des Kgl. Bayerischen Heeres unter König Max I. Joseph von 1806 (1804) bis 1825 (Geschichte des kgl. bay. Heeres, Bd. VI/1), München 1933, S. 22f.; *E. Weis,* in: HB IV/1, S. 19.

139 HSTA Kriegsarchiv C III 189.

140 Salzburg, Archiv St. Peter, Tagebuch Dominikus Hagenauer zum 18. November 1810.

141 Vgl. *Erich Freiherr von Guttenberg,* Die bayerische Nationalgarde zweiter Klasse in den Befreiungskriegen (Darstellungen zur bayerischen Kriegs- und Heeresgeschichte, Heft 22), München 1913.

O.Ö. LANDESMUSEUM
BIBLIOTHEK

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Aufgrund der ständig steigenden Anzahl von Deserteuren wurden 1813 strenge militärische Strafgesetze erlassen, die die „Desertion zum Feinde" unter Todesstrafe stellten, die „Desertion ins Innere" je nach Schwere mit 5 bis 15 Jahren Schanzarbeit auf der Festung bestraften[142]. Bei den Deserteuren unterschied man zwischen in Bayern und im Ausland, d. h. in den neubayerischen Gebieten geborenen Männern. Insgesamt desertierten in Bayern:

	Deserteure[143]	
	königlich bayerische	*ausländische*
1809	1.422	13.261
1810	603	2.707
1811	877	3.414
1812	949	2.336
1813	1.059	2.679

Im Salzachkreis desertierten in den Jahren 1812 und 1813:

	Deserteure[144]	
	königlich bayerische	*ausländische*
1812	222	616
1813	299	1.145

Bei der Gesamtübersicht der Jahre 1809 bis 1813 schlägt sich der Tiroler Aufstand von 1809 sehr deutlich nieder.

Der Anteil der im bayerischen Teil des Salzachkreises geborenen Deserteure an der Gesamtzahl aller bayerischen Deserteure aus den neun Kreisen blieb mit 23,4 Prozent für 1812 und 28,2 Prozent für 1813 relativ konstant. Der Anteil der Salzburger an der Gesamtzahl der ausländischen Deserteure stieg dagegen von 26,3 Prozent für 1812 auf 42 Prozent für 1813, was bedeutet, daß im Jahr 1813 jeder vierte bayerische Deserteur aus Salzburg stammte[145]. Im Juni und Juli 1813, als Salzburg zum Kriegsschauplatz zwischen Bayern und Österreich zu werden drohte, lag dieser Anteil bei 76,4 bzw. bei 58,9 Prozent!

Die Initiative zum Boykott der bevorstehenden Konskription ging dabei zu einem großen Teil von Tirol aus. Bereits im Dezember 1812 war es dort in der näheren Umgebung des Kronprinzen erstmals zu bedenkli-

142 Rbl. vom 21. August 1813, 1052–1075.

143 Rbl. vom 7. April 1813 enthält die Gesamtübersicht der Deserteure von 1806 bis 1812.

144 Die Gesamtzahl der Deserteure des Salzachkreises wurde errechnet nach dem in den Regierungsblättern von 1812 bzw. 1813 meist monatlich abgedruckten summarischen Verzeichnis. Für September 1813 liegen keine Zahlen vor.

145 In einem Schreiben vom 9. Juni 1813 wies der Salzburger Festungskommandant auf den besonders hohen Anteil der Inn- und Hausruckviertler Bauern an den Deserteuren hin; SLA Generalkreiskommissariat Specialia 496.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

chen Unruhen bei der Rekrutenaushebung gekommen. Im Jänner 1813 fand in Zell am See, angeblich unter der Leitung des aus dem Jahre 1809 bekannten Freiheitskämpfers Joseph Struber, eine Versammlung von zwölf Abgeordneten der Gebirgslandgerichte statt, die sich in erster Linie gegen die bevorstehende Militärrekrutierung richtete[146]. Als der Landrichter von Kleinmayrn aus Radstadt nach Salzburg berichtete, „daß der Funke der Insurrektion neuerdings in dem benachbarten Tirol zu glimmen und sich in unseren Gegenden hierher zu verbreiten beginnen soll", mußte man in Salzburg aufmerksam werden[147].

Dort war der Kreiskanzleidirektor Arnold von Mieg mit dem Referat des Sicherheitswesens betraut; vor seiner Tätigkeit in Salzburg war er nach der Besitznahme Tirols durch Bayern 1806 Gubernialrat in Innsbruck geworden und hatte als Kreisdirektor beim damaligen Generalkreiskommissariat des Innkreises eine wichtige Position inne. Als Feind des „Austriazismus" und als Referent für Kultus, Unterricht und Stiftungen machte er sich beim Tiroler Klerus unbeliebt und mußte sich daher bei dem Aufstand von 1809 in Sicherheit bringen[148]. Für diejenigen in Salzburg, die mit den Tirolern bzw. Österreichern sympathisierten, war er zweifellos eine Persona non grata. In einem Schreiben nach München warnte er nun, mit dem Hinweis auf die Tiroler Unruhen von 1809, die Militärrekrutierungen in dem vorgesehenen Umfang durchzuführen.

Der im März 1813 ergangene Aufruf zur Bildung einer Nationalgarde zweiter Klasse fand im Salzachkreis nur eine sehr geringe Resonanz. Von 4000 Mann Stellungspflichtigen ergriffen ungefähr 3000 die Flucht; von einer Kompagnie des dritten Bataillons desertierten mehr als die Hälfte der stellungspflichtigen Männer. Nur das Landgericht St. Johann im Pongau stellte ein ganzes Kontingent, während das Landgericht Radstadt keinen einzigen Mann aufbrachte[149]. Ebenso riefen die Truppenaushebungen in Tirol im Frühjahr 1813 eine Massenflucht hervor. Allerdings trat auch der umgekehrte Fall ein, daß österreichische Deserteure nach Bayern flüchteten. So wurde im Herbst 1813 gegen den Herrschaftsrichter von Mondsee, Johann Baptist Petermandl, ein Kriegsgerichtsverfahren eingeleitet; man beschuldigte ihn, daß er konskriptionspflichtige österreichische Staatsbürger zur Flucht verholfen habe, ohne das Generalkommissariat und seinen Dienstherrn Graf Wrede davon zu unterrichten. Petermandl mußte seinen Dienst quittieren und in seine österreichische Heimat zurückkehren[150].

---

146 *Robert Landauer,* Das bayerische Salzburg im Jahre 1813, in: ZBLG 6, 1933, S. 246–150, hier S. 246.

147 STAM Skr 628; dort auch zahlreiche Stimmungsberichte aus den einzelnen Landgerichten.

148 *Rudolf von Granichstaedten-Czerva,* Die Bayerischen Landrichter in Tirol (1806–1814), Neustadt/Aisch 1962, S. 211–214.

149 *R. Landauer,* Das bayerische Salzburg, S. 249.

150 STAM Skr 146. Untersuchung gegen den Herrschaftsrichter von Mondsee.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Die Unzuverlässigkeit der aus dem Salzburgischen stammenden Truppenteile war sicherlich eine der Ursachen, daß man diese zusammen mit anderen in einem Lager von 20.000 Mann bei Nymphenburg zusammenzog, während man fast gleichzeitig im Juni 1813 drei Bataillone aus Straubing, Landshut und Passau nach Salzburg verlegte[151]. Die in Salzburg stationierten Truppen sollten teilweise in Privathäusern eingequartiert werden. Kreiskanzleidirektor von Mieg schlug dagegen in einem Schreiben an die königliche Stadt- und Festungskommandantschaft vor, auf öffentliche Gebäude auszuweichen: „Es ist diese Vorsicht ... um so nothweniger, als die ungünstige Stimmung der hiesigen Einwohner ohnehin nur zu bekannt ist und durch die Verlegung der Soldaten in die Privathäuser in einem hohen Grade exaltirt, dann die Desertion begünstiget, und die Disciplin und Ausbildung der Mannschaft erschwert wird."[152] Tatsächlich wurden dann die Truppen im Virgilianeum, im Kapitelhaus und in anderen öffentlichen Gebäuden untergebracht.

Kommandant der Festung Hohensalzburg war bis zum September 1813 Generalmajor Graf Michael von Spaur, ein Bruder des bekannten Salzburger Domherrn, des Grafen Friedrich von Spaur[153]. Er war zwar ebenfalls Domherr in Salzburg gewesen, wurde aber 1782 seines Kanonikats für verlustig erklärt, nachdem er eine Gräfin Sayn-Wittgenstein geheiratet hatte!

Mehrere Anzeichen sprechen dafür, daß man zunächst nicht an einen personellen und materiellen Ausbau der Salzburger Festung dachte. Erst als sich im Mai 1813 die Möglichkeit eines militärischen Konflikts anbahnte, ergingen Befehle, die Festung Salzburg in gehörigen Verteidigungszustand zu setzen; noch im selben Monat begann man mit der „Ergänzung der allenthalben sehr ruinosen Verpallisadierung"[154]. Im August 1813 war das eingetreten, was man befürchtet hatte: Österreich hatte sich auf die Seite Preußens und Rußlands gestellt; eine militärische Auseinandersetzung zwischen Bayern und Österreich, von der Salzburg in besonderem Maße betroffen sein mußte, schien unvermeidbar.

Am 14. August wurde auf Befehl Wredes nachmittags auf allen Plätzen Salzburgs durch Trommelschlag der Belagerungszustand bekanntgemacht. Niemand durfte die Stadt betreten oder verlassen, der nicht einen von der Polizei bzw. der Stadtkommandantschaft ausgestellten Paß besaß[155]. Wrede selbst hatte nicht die gesamte Grenzlinie Passau–Salz-

151 SLA Nr. 43/22. *Leopold Ladislaus Pfest,* Abschied der Salzburger von den Bayern 1816, Beilage A: Aus dem Corbinian Rauchenpichler'schen Tagebuch des Jahres 1813, die Belagerung der Stadt Salzburg betreffend (ergänzt aus der Chronik des Bürgermeisters Ignatz Heffter), zit. *Rauchenbichler* 1813.

152 HSTA Kriegsarchiv C III 189. Schreiben Miegs vom 10. Juni 1813.

153 HSTA Kriegsarchiv C II 189.

154 HSTA Kriegsarchiv C II 189; laut königlichem Reskript vom 26. November 1812 sollte auf der Festung Hohensalzburg ein so starkes Kommando garnisonieren, daß von demselben das tägliche Wacht-Quantum bestritten werden kann.

155 SLA *Rauchenbichler* 1813.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

burg besetzt, sondern mit 26.000 Mann konzentrierte Aufstellung um sein Hauptquartier in Braunau genommen. Während seine linke Flanke durch die Donau geschützt war, gefährdete die Unzuverlässigkeit der Bewohner Salzburgs den wichtigsten Stützpunkt seiner rechten Flanke[156]. Anläßlich seines Besuches in Salzburg am 24. August äußerte er sich zufrieden über die vorgenommenen Verteidigungsarbeiten[157]. Trotzdem gab er die Anweisung, die Festungsmauern des Mirabellgartens gegen die Salzach mit einer Brustwehr zu versehen und mit Kanonen zu sichern, die Zugänge zum Ofenlochberg sprengen zu lassen und die Vororte beim Mönchsberg in die Verteidigungsanlagen miteinzubeziehen[158]. Gegenüber dem Kronprinzen erwähnte er die mangelhafte Sicherung der Festung auf dem Abschnitt des Mirabellgartens und hob die Bedeutung Salzburgs als militärischer Stützpunkt zur Verteidigung und Sicherung Bayerns hervor.

Mittlerweile hatte das Generalkreiskommissariat des Salzachkreises seine Amtsgeschäfte von Salzburg nach Laufen verlegt; Kronprinz Ludwig hatte sich mit seiner Familie nach Augsburg begeben. In der Stadt herrschten Hektik und eine nervöse Unruhe: Die Befestigungsarbeiten wurden verstärkt fortgesetzt, während die Bevölkerung ihren Besitz in die umliegenden Orte Hallein, Berchtesgaden und Traunstein in Sicherheit zu bringen versuchte[159]. Salzburg selbst sollte jedoch von einem österreichischen Angriff verschont bleiben. Größere Kampfhandlungen blieben vor allem deswegen aus, da Wrede strikteste Anweisung hatte, auf keinen Fall den Kampf zu eröffnen und jede Herausforderung der unter Fürst Reuß an der Traun liegenden österreichischen Truppen zu vermeiden[160]. Lediglich patrouillierende Truppeneinheiten, die bei Ischl stationiert waren, kamen in die Gegend von Hallein, Golling, St. Gilgen und Werfen. In Vöcklabruck wurde der Landrichter Wintrich unter Spionageverdacht von einer österreichischen Patrouille abgeführt, konnte aber nach einer Intervention Wredes bei dem österreichischen Armeekommandanten wieder freigelassen werden[161].

Das Erscheinen eines kaiserlichen Parlamentärs im September 1813 in Salzburg verursachte großes Aufsehen und setzte Gerüchte von einer bevorstehenden Konvention zwischen Bayern und Österreich in Umlauf,

156 Vgl. *Max Leyh,* Die Feldzüge des Königlich-Bayerischen Heeres unter Max I. Joseph von 1805 bis 1815 (Geschichte des königlich bayerischen Heeres, Bd. VI/2), München 1935, S. 335.

157 GHA Nachlaß Ludwig I., I A 1 II Brief Wredes an den König „. . . der Feind der sich gestern auf 2 Stunden genähert hat, hat sich größtenteils wieder zurückgezogen; daß er wie die Sage lautet, eine starke Colonne ins Pinzgauer Thal pourirt, bezweifle ich noch zur Zeit".

158 *Max Leyh,* wie Anm. 156, S. 335.

159 SLA *Rauchenbichler* 1813.

160 *Alexander Winter,* Karl Philipp Fürst von Wrede als Berater des Königs Max Joseph und des Kronprinzen Ludwig von Bayern (1813–1825), München 1968, S. 37.

161 *Robert Landauer,* Das bayerische Salzburg, S. 249.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die durch die Rückkehr des Generalkreiskommissariats von Laufen nach Salzburg noch verstärkt wurden[162]. Der Belagerungszustand, der seit September immer spürbarer gelockert worden war, wurde schließlich am 15. Oktober, eine Woche nach Abschluß des Rieder Vertrages, offiziell für beendet erklärt.

2. Die Sicherung von „Ruhe und Ordnung"

Noch lange, bevor sich der Begriff „Ruhe und Ordnung" nach den Karlsbader Beschlüssen (1819) zu einem politischen Schlagwort der Metternichschen Restauration verfestigte[163], waren die führenden Politiker der damaligen Zeit daran interessiert, diesem Prinzip entgegenwirkende Tendenzen so energisch wie nur möglich zu bekämpfen. Unmittelbar nach der Besitznahme Salzburgs durch Bayern wurde die „Polizey surveillance" besonders intensiv gehandhabt[164]. „Staatsbeamte, welche sich im Kriegsjahr 1809 als besondere österreichische Anhänger und Freunde der Thiroller Section erzeigt haben", wurden überwacht. Selbstverständlich wurde dabei das Personal des Polizeikommissariats, als der Behörde, die ja primär mit diesen Nachforschungen betraut wurde, unverzüglich ausgewechselt. Als Anhänger der österreichischen Regierung wurden u. a. die Lehrer der Landärztlichen Schule, die Professoren Alois Weißenbach, Maier, Erhart[165], von Am-Pach, aber auch der bekannte Salzburger Historiker und Hofrat Judas Thaddäus Zauner genannt.

Ein besonderes Augenmerk richtete die Polizei auf alle Reisenden. Alle Landgerichte, deren Bezirk an das Ausland grenzte, mußten Passanten Journale anfertigen und diese an das zuständige Generalkreiskommissariat einsenden; die Wirte durften nur fremde Durchreisende aufnehmen, die sich mit einem Reisepaß ausweisen konnten und waren zur Führung von Meldezetteln verpflichtet, die sie unverzüglich an die Gemeindevorsteher weiterleiten mußten[166]. Jeder Kontakt zu den ehemaligen Führern des Tiroler Aufstands sollte unterbunden werden. So wurde die Frau Joseph Speckbachers, die sich im April 1811 in Salzburg aufhielt, aufgrund eines fehlenden Visums der bayerischen Gesandtschaft in ihrem Paß verhaftet[167]. Da man viele ehemalige „Insurgenten" im Salzachkreis vermutete, wurde auch hier ein umfangreiches Netz von Polizeispitzeln aufgebaut. Bei den Bemühungen, konspirative Verbindungen aufzuspü-

162 SLA *Rauchenbichler* 1813.

163 Zu diesem Begriff und seiner Verwendung vgl. *Wolfgang Frühwald,* „Ruhe und Ordnung", Literatursprache – Sprache der politischen Werbung (Reihe Hanser Literatur-Kommentare, Bd. 3), München 1976.

164 HSTA Salzburg Hofkommission 65/71.

165 Ihm wurden enge Kontakte zu den in Salzburg lebenden Schwestern des Freiherrn von Hormayr nachgesagt.

166 Vgl. *Klaus Rüdiger Stroebel,* Bayerische Kriminalpolitik von Kreittmayr bis Feuerbach unter besonderer Berücksichtigung von Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Inn- und Hausruckviertel in der Zeit von 1806–1816, Diss. jur., Marburg 1969, S. 143f.

167 *Ferdinand Hirn,* Geschichte Tirols, S. 244.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ren, schreckte man auch nicht vor illegalen Handlungen, wie der Überwachung der Korrespondenzen, zurück.

Die bayerischen Beamten hatten nach den negativen Erfahrungen mit dem Tiroler Aufstand, der nicht zuletzt durch ein Ignorieren der damaligen Volksstimmung entstanden war, einen Schock erlitten, der sie in eine geradezu panische Angst vor der Wiederholung ähnlicher Ereignisse versetzte und nicht selten zu Überreaktionen führte: Die allgemeine Hysterie ging im Sommer 1813 schließlich so weit, daß Graf von Preysing in den Landgerichten Gastein, Abtenau, Hallein, Mittersill, Zell am See, Saalfelden, Hopfgarten, Taxenbach, Kitzbühel, St. Johann, Werfen, Radstadt und Reichenhall 36 Personen, die an dem Aufruhr im Jahr 1809 beteiligt gewesen waren, aufgreifen und in die ohnehin überfüllten Münchener Gefängnisse abführen ließ, sich aber wenig später selbst für ihre Freilassung einsetzte, da es sich bei ihrer Verhaftung nur um ein unglückliches Mißverständnis gehandelt hatte[168]. Für dieses Vorgehen hatte offensichtlich Montgelas selbst zu Beginn des Jahres einen Präzedenzfall geschaffen: Als sich immer mehr Meldungen häuften, die einen neuerlichen Aufstand ankündigten und man in dem sogenannten „Alpenbund", einer Vereinigung der Alpenländer Tirols, Vorarlbergs, Salzburgs und der Schweiz, der sich gegen Napoleon und dessen Verbündete richtete, eine massive Bedrohung erblickte, hatte es Montgelas für richtig gehalten, obwohl er sich selbst der nicht ganz legalen Art und Weise seines Vorgehens bewußt war, durch die Festnahme von Geiseln die öffentliche Ruhe zu sichern.

Als sich dann Monate später der österreichische Gesandte Graf Appony bei Montgelas für die Freilassung einiger Tiroler und Salzburger einsetzte, sagte dieser zu, diejenigen, die nur wegen unvorsichtiger politischer Äußerungen verhaftet worden waren, freizulassen, verurteilte dabei aber das Verhalten der Tiroler auf das strengste: „C'est une race inquiète, turbulente, un tas de canaille qu'il faut traiter sévèrement et avec fermété. C'est des gens qui désirent être indépendants de tout le monde." Die tumultuarischen Auftritte in Tirol rührten seiner Meinung nach nicht von den reichen Bauern her, sondern nur von Abenteurern und liederlichem Gesindel; man werde durch militärische Maßnahmen diesen Szenen ein Ende bereiten. Österreich habe selber ein Interesse daran, daß Ruhe und Ordnung in einem Lande gehandhabt würden, das für militärische Durchzüge wichtig sei. Der künftige Frieden werde über das Schicksal dieses Landes entscheiden; vorläufig gehöre es zur Krone Bayerns und müsse dessen Gesetzen gehorchen, sonst werde aus Tirol eine zweite Vendée werden[169].

Die Haltung der österreichischen Regierung den Tiroler Unruhen gegenüber ist durchaus widersprüchlich und hing von dem jeweiligen

168 *Robert Landauer,* wie Anm. 146, S. 248; *Ferdinand Hirn,* Geschichte Tirols, S. 333f.; vgl. *ders.,* Die Aushebung der Geiseln in Vorarlberg, Dornbirn 1913.

169 ÖGB I, S. 3f. Bericht des Grafen Appony vom 9. Dezember 1813.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Stand der bayerisch-österreichischen Beziehungen ab. Der im wesentlichen von Hormayr für das Frühjahr 1813 geplante Aufstand wurde im letzten Augenblick, nachdem Metternich von dem späteren Tiroler Hofkommissär Leopold von Roschmann darüber informiert wurde, unterdrückt, nicht zuletzt deswegen, weil das zu diesem Zeitpunkt mangelhaft gerüstete Österreich eine militärische Auseinandersetzung zu vermeiden suchte. Erst als die bayerisch-österreichischen Verhandlungen zu scheitern drohten, gab Metternich die Rolle des passiven Beobachters auf und eröffnete eine aktive Politik der Einmischung, indem er den Plan des Erzherzogs Johann aufgriff, Tirol als Bollwerk gegen Bayern auszubauen. Montgelas, der durch seinen Gesandten Graf Rechberg über diese Vorgänge unterrichtet wurde, befahl diesem, bei Metternich gegen diese *doctrine insurrectionelle* zu protestieren[170].

Insgesamt erreichten jedoch die Unruhen im Krisenjahr 1813 nicht die Intensität derjenigen des Jahres 1809. Im Innkreis wirkte sich dabei das geschickte Verhalten des Generalkreiskommissärs Freiherrn von Lerchenfeld positiv aus, der einerseits vor harten Maßnahmen gegen die Anführer nicht zurückschreckte, andererseits die Tiroler Bevölkerung in einer Proklamation aufforderte, in Ruhe den allgemeinen Frieden und die folgenden Verhandlungen abzuwarten[171].

Weniger erfolgreich waren die Generalkreiskommissariate in der Bekämpfung der immer stärker werdenden antifranzösischen Propaganda. In Österreich erschien eine Flut von Spottgedichten, Zeitungsartikeln und Flugschriften gegen Napoleon, die auch im Salzachkreis kursierten[172]. Die Pressefreiheit wurde immer mehr eingeschränkt; in Salzburg polemisierte man gegen die „gerühmte Preßfreiheit", die sich bloß mit der königlichen Selbstapotheose beschäftigte, „um die Glorie des Weltunterdrückers zu verkünden", während die bescheidene Stimme des wahren Patriotismus nicht ertönen durfte, ohne als ein illegaler Angriff auf die moralische Person des Staates bewertet zu werden und Aufklärung über die „traurige Lage von Teutschland" so unterdrückt wurde[173].

---

170 *M. Doeberl,* Bayern und die deutsche Erhebung, wie Anm. 132, S. 360f.; über die Tiroler Vorgänge im einzelnen: *F. Hirn,* Tirol 1809–1814, S. 326ff.; *Helmut Rössler,* Österreichs Kampf um Deutschlands Befreiung. Die deutsche Politik der nationalen Führer Österreichs 1805–1815, Hamburg o. J., S. 154ff.

171 *Michael Forcher,* Bayern – Tirol. Die Geschichte einer freud-leidvollen Nachbarschaft, Freiburg – Basel 1981, S. 173.

172 Vgl. die Litaney von Napollian den Grossen Unübermündlichen Kaiser in Frankreich, die zu dieser Zeit wahrscheinlich im Landgericht Mauterndorf entstand; darin heißt es u. a.: O Du Armer Sünder Napolion . . . Rußland sey dir gnedig, Peyern erhöre dich, Salzburg tröste dich . . . ; die Dissertation von *Ernst Ziegleder,* Die Zeitdichtung in Salzburg während der Napoleonischen Kriege, Wien 1936, war mir nicht zugänglich.

173 SLA Nr. 43/22. *Leopold Ladislaus Pfest,* Abschied der Salzburger von Bayern 1816; am 19. Mai 1813 erging ein Schreiben an sämtliche Generalkreiskommissariate, das Personen jeden Ranges anwies, „sich aller politischen Äußerungen und überhaupt jeden Gespräches über politische Angelegenheiten und Ereignisse, möglichst aber in öffentlichen Gesellschaften . . . zur Vermeidung unangenehmer Folgen zu enthalten", HSTA MA 6997.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Dabei nahm die Ahndung antibayerischer Propaganda manchmal geradezu groteske Formen an, so wenn im Innkreis der Verkauf von Tabaksdosen und Pfeifenköpfen mit den Bildnissen des Herzogs von Braunschweig, des Sandwirts Andreas Hofer und des preußischen Majors Schill untersagt wurde, „da sie in großer Menge ... und mit übertriebener Affection" gekauft würden[174].

3. Der Bündniswechsel und seine Aufnahme in der Bevölkerung

Bei der Vorgeschichte des Bündniswechsels wurde häufig zu einseitig der Gegensatz „eines deutsch-freiheitlich fühlenden Kronprinzen, dem ein französisch denkender Aufklärungsminister feindlich gegenüber gestanden habe", betont[175]. Dabei wurde oft übersehen, daß Prinz Ludwig mit Montgelas in der Verurteilung einer Volkserhebung zunächst durchaus übereinstimmte. Während Montgelas versuchte, durch immer restriktivere Maßnahmen eine Volkserhebung zu vermeiden, riefen die Unruhen, die der Kronprinz ja aus nächster Nähe beobachten konnte, in ihm seit dem Frühjahr 1813 einen Gesinnungswechsel hervor. Nicht nur in Tirol und im Salzburgischen, sondern auch in den fränkischen Provinzen, in Nürnberg, Bamberg und in der ehemaligen Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth war die Opposition gegen das bayerisch-französische Bündnis unübersehbar geworden[176]. Der Kronprinz befürchtete wohl nicht zu Unrecht, daß sich bei einem Einmarsch fremder Truppen in Bayern die neu erworbenen Provinzen gänzlich abspalten könnten, und forderte Montgelas auf, einen Neutralitätskurs einzuschlagen[177]. Bayern befand sich augenblicklich in einer sehr prekären Lage, da die Gefahr bestand, zwischen den beiden Großmächten zerrieben zu werden. Gegen einen Anschluß an Österreich sprach der Umstand, daß Bayern von allen gegenwärtigen Alliierten Frankreichs derjenige war, an den Österreich

174 *Klaus Stroebel,* Bayerische Kriminalpolitik, wie Anm. 166, S. 151f.

175 Diese Darstellung wird korrigiert durch *Götz Freiherr von Pöllnitz,* Kronprinz Ludwig von Bayern und Graf Montgelas nach ihrem Briefwechsel von 1810 bis 1816, in: ZBLG 7, München 1934, S. 35–85.

176 Vgl. den Bericht des Oberpostmeisters Axthelm an Montgelas über die Volksstimmung in den fränkischen Provinzen, insbesondere in Nürnberg vom 2. März 1813 (Druck bei *Doeberl,* S. 410), wonach man in den nördlichen Provinzen Bayerns nur zwei Gesinnungen kenne, entweder für Preußen oder Österreich. Den Staatsdienern in Ansbach-Bayreuth sei nichts willkommener, als bei einer neuen Umwälzung dem alten Herrn, Preußen, wieder zuzufallen; vgl. *Ulrich Thürauf,* Geschichte der öffentlichen Meinung in Ansbach-Bayreuth 1798–1815, Ansbach 1918.

177 Am 8. Mai 1813 schrieb der Kronprinz an seinen Vater: „... ich bin nicht österreichisch noch russisch, aber glühend bayerisch und darauf bedacht, daß Bayern die Ausdehnung behalte, die Sie ihm verliehen haben"; zit. nach *Adalbert von Bayern,* Max I. Joseph, S. 639.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die meisten territorialen Forderungen zu stellen hatte. Wenn die Österreicher zunächst von Bayern im Gegensatz zu Preußen, mit dem es aufgrund der Forderung nach militärischer Kooperation zum Bruch gekommen war, nur das Einschwenken auf einen neutralen Kurs verlangten, um Bayern nicht vor Frankreich zu desavouieren und ansonsten an der Integrität des bayerischen Territoriums festhielten, war an Neutralität nach dem ersten militärischen Zusammenstoß Österreichs mit Frankreich in der Schlacht bei Lützen (2. Mai) nicht mehr zu denken.

Montgelas, der schon in einer ersten großen Denkschrift vom 25. April mit beinahe abstrakter Schärfe die drei Möglichkeiten Neutralität, Fortsetzung der Rheinbundpolitik, Übertritt zu den Alliierten skizziert hatte[178], vertrat nun die Meinung, Österreich beabsichtige, sich auf Kosten Bayerns zu vergrößern, während Frankreich nach wie vor seinen territorialen Besitz und seine Rechte garantiere, was freilich von der öffentlichen Meinung völlig ignoriert werde. Wenn der Krieg mit Österreich ausbräche, müsse man mit einer Erhebung Tirols, Vorarlbergs, Frankens, Salzburgs und der im Jahr 1809 erworbenen Territorien rechnen. Bei einer Wiederannäherung an Österreich müsse der volle Besitzstand garantiert bzw. eine definitive, jeden späteren Streit ausschließende Feststellung der Abtretungen und Entschädigungen vereinbart werden[179].

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung entschied sich der König schließlich schweren Herzens am 12. Mai zu einem bewaffneten Anschluß an Österreich, machte aber wenig später, als Napoleon militärische Erfolge verbuchen konnte und überdies Friedensverhandlungen in Aussicht stellte, einen Rückzieher, der zu einer schweren persönlichen Verstimmung zwischen dem Kronprinzen und seinem Vater führte[180]. Dennoch bemühte man sich in Bayern, zunächst jeden Schritt zu vermeiden, der von Österreich als eine provozierende Maßnahme aufgefaßt werden konnte. Nach den über Graf Preysing eingezogenen Erkundigungen des Kronprinzen „waren nie weniger Truppen in Oberösterreich als gegenwärtig", was Wrede zu der Befürchtung veranlaßte, daß die Schanzarbeiten in Salzburg den Österreichern auffallen und einen Angriff auslösen könnten[181].

Das gespannte Verhältnis zu seinem Vater führte zu einer vorübergehenden Annäherung des Kronprinzen an Montgelas, die ihren Höhepunkt in einem Besuch des Ministers in Salzburg am 24. Juli 1813 fand. Schon zuvor hatte der Kronprinz in mehreren Briefen aus Innsbruck und Salzburg versucht, den Minister zu einer diplomatischen Annäherung an

178 Druck bei *Doeberl,* wie Anm. 132, S. 417f.; *Pöllnitz,* Kronprinz Ludwig, S. 51.

179 Exposée über die militärische Lage, Druck bei *Doeberl,* wie Anm. 132, S. 422.

180 *Pöllnitz,* Kronprinz Ludwig, S. 54f.; *Adalbert von Bayern,* Max I. Joseph, S. 644f.; *H. Schwarz,* Die Vorgeschichte des Rieder Vertrags, S. 123.

181 *Alexander Winter,* Fürst Wrede, S. 34.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Österreich zu bewegen, wobei er sich ausführlich über einen Gebietsaustausch äußerte, sich aber bezüglich einer Integration der Tiroler Bevölkerung kaum noch Illusionen hingab[182]. In der Salzburger Unterredung dürfte Montgelas den Prinzen auf die weitreichenden Konsequenzen und Risiken eines Bündniswechsels hingewiesen haben, der Bayern nach wie vor einen Neutralitätskurs als besseren Weg erscheinen lasse. Eine gravierende Taktlosigkeit dürfte Montgelas damit begangen haben, als er auf die freundschaftlichen Beziehungen des Kronprinzen zu dem damaligen Landshuter Professor und späteren Regensburger Bischof Johann Michael Sailer hinweis, der offensichtlich auf Anweisung des Ministers in Landshut überwacht wurde[183]. Sailer galt als österreichfreundlich und führte eine umfangreiche Korrespondenz. Das Verhältnis des Kronprinzen zu Montgelas kühlte nach dieser Unterredung deutlich ab, was sich u. a. darin zeigte, daß der vorher relativ lebhafte Briefwechsel nun abbrach.

Nach dem Eintritt Österreichs ins Lager der Verbündeten am 12. August 1813 war die militärische Lage Bayerns immer prekärer geworden; die österreichischen Unterhändler forderten immer energischer einen Entschluß Bayerns und drohten schließlich mit dem Abbruch der Verhandlungen. Selbst ehemals überzeugte Anhänger Frankreichs distanzierten sich immer mehr von dem Verbündeten. Am 11. Oktober 1813 kam schließlich zwischen Bayern und Österreich die Rieder Konvention zustande, die folgende wichtige Bestimmungen enthielt: Bayern sagt sich von den Verpflichtungen des Rheinbundes los und nimmt aktiven Anteil an dem Krieg der alliierten Mächte gegen Frankreich; als eines der wichtigsten Ziele des gegenwärtigen Krieges kennt es die Auflösung des Rheinbundes an. Österreich verpflichtet sich dagegen, dem bayerischen Staat seine volle Souveränität und seinen ganzen Besitzstand zu garantieren; eventuelle Abtretungen würde Bayern nur aufgrund einer freien Vereinbarung und gegen Garantie einer gleichwertigen und mit dem übrigen Königreich zusammenhängenden (!) Entschädigung machen, und dies nur zu dem Zweck, um den beiden benachbarten Staaten eine

182 Die Briefe des Kronprinzen an Montgelas sind im Anhang gedruckt bei *Karl Theodor von Heigel,* Kronprinz Ludwig im Befreiungsjahr 1813, in: Quellen und Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns. Neue Folge, Bd. VIII, München 1890, S. 355–398; in dem Brief vom 11. Mai 1813 (Heigel, S. 389f.) lehnte Ludwig Würzburg als alleiniges Äquivalent für die gesamten Erwerbungen ab, die Bayern auf Kosten Österreichs gemacht hatte.

183 Zur Salzburger Unterredung, *Pöllnitz,* S. 62f.; GHA Nachlaß Ludwig I. I A 22. Montgelas übersandte dem Kronprinzen am 21. August einen umfangreichen Polizeibericht über Sailer, der allerdings keine Beziehungen Sailers zu Salzburger oder Tiroler Persönlichkeiten andeutet; eine maßgebliche Rolle spielte bei der Überwachung Sailers auch die Denunziation durch seinen Feind, den Direktor der Landshuter Georgianums Matthäus Fingerlos; vgl. dazu Heinz *Marquart,* Matthäus Fingerlos (1748–1817), Leben und Wirken eines Pastoraltheologen und Seminarregenten in der Aufklärungszeit, Göttingen 1977, insbes. S. 156–172.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

militärische Linie zu sichern[184]. Vor allem dem König war dieser letzte Schritt einerseits aus Dankbarkeit gegenüber Frankreich, andererseits aus einer tiefen Skepsis gegenüber den österreichischen Zusicherungen äußerst schwergefallen. So äußerte er sich noch am Tage der Unterzeichnung nach einer Unterredung mit Wrede und Montgelas zu dem Kronprinzen: „Der Vertrag enthält keinerlei Entschädigung noch Abtretung, doch werden sie anscheinend weder das Inn- noch das Hausruckviertel auslassen, noch das Land Salzburg, noch Tirol, noch Vorarlberg. Das heißt, daß sie alles, was man ihnen genommen hat, wieder haben wollen . . . Bei all dem werden wir nur unsere Unabhängigkeit von Frankreich gewinnen, um unter das Joch von Österreich zurückzukehren."[185]

Wie wurde nun der Bündniswechsel in der Salzburger Bevölkerung aufgenommen? Die naheliegende Annahme, daß nach dem Abschluß des Rieder Vertrags in der Salzburger und Tiroler Bevölkerung eine langfristige Stabilisierung und ein Meinungsumschwung zugunsten Bayerns eingetreten wäre, ist nicht bzw. nur teilweise zutreffend. Wenn auch deutsch-national gesinnte Patrioten, wie Professor Zauner oder der Salzburger Landrichter Leopold Ladislaus Pfest, den Wechsel grundsätzlich begrüßten und der Einzug der Verbündeten in Paris (am 31. März 1814) in Salzburg begeistert gefeiert wurde, blieb es auch in Salzburg nicht verborgen, daß dieses Bündnis primär aus einem rationalen Kalkül heraus geschlossen worden war, daß „nur veränderte Umstände, nur die gänzliche Hülflosigkeit, worin man Baiern in der ernstlichsten Crisis" ließ, Bayern die „ergriffene Parthey zur Pflicht" machte[186]. Man monierte, daß zum Beispiel ein Mitglied der Salzburger Museumsgesellschaft sich für den österreichischen Beobachter interessierte, worauf ihm der Vorsteher, Kreisdirektor von Mieg, erklärte, er stehe den Verehrern des österreichischen Beobachters frei, eine Gesellschaft unter eigenem Namen zu bilden. Man kritisierte ferner, daß Schriften und Karikaturen über Napoleon nach wie vor verboten waren und daß in einer kursierenden Schmähschrift sogar der Verdacht ausgesprochen werden konnte,

184 *Doeberl,* wie Anm. 132, S. 398f., wendet sich gegen das Urteil der preußischen, kleindeutschen Geschichtsschreibung (Treitschke), die den Vertrag als einen späten Schritt auf dem richtigen Weg abqualifizierte, und betonte vor allem den in diesem Vertrag gewahrten Standpunkt der bayerischen Souveränität, womit die vom Freiherrn von Stein geplante Reichsverfassung untergraben worden sei. Dieser Gedanke wurde später in der Forschung eingehend behandelt. Vgl. *Karl Otmar von Aretin,* Die deutsche Politik Bayerns in der Zeit der staatlichen Entwicklung des Deutschen Bundes 1814–1820, Diss. masch., München 1954; *Ludwig Doeberl,* Maximilian von Montgelas und das Prinzip der Staatssouveränität, München 1925; *Wolfgang Quint,* Souveränitätsbegriff und Souveränitätspolitik in Bayern, Berlin 1971; Druck des Vertrags, in: Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Abtlg. III/2, Die bayerische Staatlichkeit, bearbeitet von *R. Kiessling* und *A. Schmid,* München 1976, S. 43–45.

185 Zit. nach *Adalbert von Bayern,* Max I. Joseph, S. 659. Am 15. September 1813 schrieb der König an seinen Sohn „Salzbourg me tient autant a Cœur qu'a Vous", GHA NL L.I. I A 1 II.

186 SLA Nr. 43/22. *Pfest,* Abschied der Salzburger von Bayern.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

der Bruderkuß zwischen Bayern und Österreich sei ein Judaskuß, und Österreich sei immer noch bereit, Bayern den Dolch ins Herz zu stoßen.

Die Stimmung der Bevölkerung in Salzburg dürfte ähnlich wie die in der Residenzstadt gewesen sein, über die sich der österreichische Gesandte äußerte: „Die allgemeine Stimmung des Hasses gegen den Graf Montgelas drückt sich in hiesiger Residenzstadt auf eine sehr sprechende Weise aus. Man scheint überhaupt es für unmöglich zu halten, daß bey dem nunmehr veränderten System der Regierung und ihrer engen Verbindung mit der Sache Teutschlands dieser Minister sich in seiner allvermögenden und vielwirkenden Stellung erhalten könne, und man ist allgemein der Meinung, daß so lange sein Einfluß fortbestehen wird, die Thätigkeit und kräftige Mitwirkung zu dem schönen Zwecke der Befreyung und Unabhängigkeit Teutschlands sich von Seite Bayerns in Manchem gelähmt und aufgehalten finden möchte. Daher (so spricht die Volksstimme) die Langsamkeit und Schläfrigkeit in den Anordnungen zur Landesbewaffnung . . . die bisherige Untätigkeit des Kronprinzen, den Montgelas und der Kriegsminister Triva mit vereinten Bemühungen einzuschläfern und vorzüglich durch Überhäufung mit unbedeutenden militärischen Details-Geschäften in Salzburg hinzuhalten . . . suchen."[187] Tatsächlich hatte es Montgelas aus innenpolitischen Gründen vermieden, der zur Landesverteidigung bestimmten Reservearmee, an deren Spitze der Kronprinz stand und die ihren Kommandositz in Salzburg hatte, die in Preußen gebräuchliche Bezeichnung Landsturm zu verleihen, wenn sie auch freilich diesem Vorbild verpflichtet war[188]. So waren die Angehörigen aller Stände zur Teilnahme „an dieser öffentlichen Anstalt" aufgerufen; zahlreiche Bevölkerungsgruppen wie Beamte, Familienväter, Geistliche, Ärzte konnten aufgrund ihrer Berufstätigkeit den Dienst in Geld reluieren. Anfang November wurde auch in Salzburg mit der Errichtung dieses neuen Aufgebots begonnen; in denjenigen Städten und Märkten, wo bereits eine Nationalgarde III. Klasse vorhanden war, wurde diese dem Aufgebot zugeteilt. Außerdem wurden noch freiwillige Jägerkorps aufgestellt, zu denen sich überwiegend junge Männer, Bedienstete und Studenten meldeten, einerseits um mit ihrem Engagement nicht zurückzubleiben, andererseits auch, um der Rekrutierung für die Liniengruppen und der mobilen Legion zu entgehen[189].

Wie in anderen Teilen Bayerns waren jetzt auch im Salzachkreis Anzeichen einer nationalen Begeisterung spürbar, wobei allerdings die augenblickliche Euphorie nicht lange bestehen blieb, so daß die allgemeine Landesbewaffnung langfristig keineswegs den erhofften Verlauf nahm. Der Professor an der Landärztlichen Schule in Salzburg, Johann Georg von Am Pach, konnte, obwohl er dringend an der Schule gebraucht

187 ÖGB I, S. 2. Bericht des Grafen Appony an Metternich vom 9. Dezember 1813.
188 *Oskar Bezzel,* Geschichte des . . . Heeres, wie Anm. 138, S. 111.
189 SLA nach *Rauchenbichler,* 1813, handelte es sich um ca. 1500 Mann.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

wurde, seinen Eintritt als Hauptmann 2. Klasse in das Jägerbataillon durchsetzen[190]. Der Präsident des Appellationsgerichts in Burghausen, Max Graf Lemberg, erklärte sich bereit, für die Dauer des Krieges drei seiner Güter in Bayern dem Staat zu überlassen und deren Reinertrag für das bayerische Militär zu bestimmen; außerdem bot er noch seine persönlichen Dienste als gemeiner Soldat an und stellte darüber hinaus noch einen Freiwilligen. Für den Unterhalt seiner Familie behielt er sich nur sein Präsidentengehalt vor. Als der Kronprinz persönlich diese patriotische Widmungsurkunde dem König überreichte, antwortete dieser: *«Oh, je sais, ce que c'est; ce sont les folies du comte de Lemberg»,* eine Äußerung, die man sich später angeblich in München mit Empörung erzählte[191].

Dieses Beispiel mag die Distanz verdeutlichen, die zwischen dem König, seinem Minister und der breiten Bevölkerung bestand. Im Grunde genommen paßte die abstrakte Politik der Dynastien und Kabinette des Ancien Régime, wie sie Montgelas nach wie vor betrieb, nicht mehr in dieses neue Zeitalter einer nationalen Bewegung. Man kann hier die Vermutung anschließen, daß, wenn die bayerische Politik entschiedener den neuen Kurs, den sie ja formal vertrat, verfolgte hätte, später vielleicht die „Option" der Salzburger Bevölkerung zugunsten Bayerns ausgefallen wäre.

Der Umstand, daß im Rieder Vertrag keine Rede von einer Abtretung Tirols an Österreich war, führte im Innkreis schon bald zu Unruhen, die am 10. Dezember 1813 ihren Höhepunkt erreichten, als bewaffnete Scharen nach Innsbruck eindrangen und am folgenden Tag die Kreishauptstadt „eroberten"; der Generalkommissär Freiherr von Lerchenfeld mußte fliehen, die Verwaltung stand vor dem nahen Zusammenbruch[192]. Die österreichische Regierung mißbilligte die Unruhen, die auch noch in den ersten Monaten des Jahres 1814 anhielten, und forderte die Tiroler zur strikten Einhaltung des bayerisch-österreichischen Vertrages auf. Der Landrichter von Kitzbühel kritisierte das seiner Meinung nach zu milde Vorgehen der bayerischen Behörden gegenüber den Unruhestiftern, das die Bevölkerung einiger salzburgischer Landgerichte zur Nachahmung reizte[193]. Auch Graf Preysing sah sich genötigt, Montgelas über

190 HSTA M Inn 3679.

191 ÖGB I, S. 12f., Bericht des österreichischen Gesandten vom 28. Dezember 1813.

192 Die Akten sind abgedruckt bei *Jakob Baxa,* Der Tiroler Aufstand im Dezember 1813, in: Der Schlern 44, 1970, S. 461–476.

193 STAM Skr 488, Schreiben des Landrichters vom 16. Februar 1814. „. . . die seitherige Straflosigkeit der Rebellen . . ., ihre ertrotzte Freyheit von Steuerabgaben und Rekruttenstellungen, ihre verweigerte Gehorsamkeit gegen obrigkeitliche Verordnungen, die Gleichgiltigkeit oder vielmehr das geheime Behagen der österreichischen Militärs bey diesem Benehmen, das schwache und unbewegliche Truppencorps bey Rattenberg, die lästigen Naturalienlieferungen zu dessen Verpflegung, die Sorge vor einer neuen Rekruttierung, Steuer oder Geldkonkurrenz . . . machen die diesortigen und benachbarten Gerichtsbewohner mißtrauisch und mißmuthig, veranlassen Beschwerden, ungünstige Kombinationen und widerliches Aufsehen und reitzen endlich zu geheimen Wünschen und zu ihrer Ausführung"; über die Vorgänge in Tirol befindet sich auch Aktenmaterial im Kriegsarchiv: B 486.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die „abgeschmackten Märchen" zu berichten, die „die Theilnahme der baierischen Regierung an der allgemeinen Sache verdächtig machen", und fügte hinzu: „Ich kann Eurer Exzellenz ferners nicht bergen, daß auch hier in Salzburg die allgemeine herrschende Meinung, daß dieses Land wieder an Österreich übergehe, schon zu mehreren unangenehmen Collisionen Anlaß gegeben hat und daß man allgemein leicht beobachten kann, wie sehr man bemüht ist Alles in die Länge zu ziehen, um den gewünschten Zeitpunkt der stets gehofften Vereinigung mit Österreich heranzulassen."[194]

Als schließlich in Tirol die Bestimmungen des bayerisch-österreichischen Vertrags von Paris vom 3. Juni 1814 bekannt wurden, die die endgültige Abtretung Tirols und Vorarlbergs an Österreich festlegten, herrschte im Innkreis Begeisterung. Es ist interessant, daß sich die leitenden österreichischen und bayerischen Politiker bezüglich Tirols einer Art Selbsttäuschung hingaben. So behauptete Montgelas später[195], man habe in Tirol die gleiche Verteilung der öffentlichen Lasten und die Militärkonskription ebenso durchgesetzt wie im übrigen Bayern, und seitdem man die „religiösen Vorurtheile" der Bevölkerung mehr geschont habe, sei Tirol „ebenso ruhig und lenksam als ein anderer Theil des Königreichs gewesen", was ja den Tatsachen keineswegs entsprach. In der Tiroler Geschichtsschreibung wurde auch meistens verschwiegen, daß die Hoffnungen der Tiroler, nach der Wiedervereinigung mit Österreich ihre alte Verfassung mit den verbrieften Sonderrechten zu erlangen, bitter enttäuscht wurden. Der Wiener Regierung war jeder Hinweis auf das Jahr 1809, in dem die Österreicher die Tiroler ermuntert hatten, sich gegen die Ignoranz ihrer alten Rechte durch Bayern zu wehren, äußerst peinlich, wobei noch als besonderes Kuriosum zu erwähnen ist, daß jetzt die österreichische Staatspolizei geheime Verbindungen „mißvergnügter" ehemaliger Landesverteidiger mit dem Ausland befürchtete und unter den Beamten, Lehrern und Professoren eifrig nach Anhängern des bayerischen Regimes fahndete[196].

Mit der politischen Bedeutung Tirols nach seiner Abtretung an Österreich beschäftigte sich eine interessante Denkschrift des Freiherrn Christoph von Aretin[197]: In Kenntnis der Unzufriedenheit der Tiroler nach dem Wiederanschluß an Österreich und mit dem Hinweis auf die in Tirol von jeher vorhandenen republikanischen Tendenzen fordert er in Anleh-

194 STAM Skr 629, Schreiben Preysings an Montgelas vom 22. April 1814.

195 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 241.

196 Vgl. die u. a. auf den geheimen Präsidialakten des Tiroler Landesarchivs in Innsbruck basierende Dissertation von *Michael Forcher,* Die geheime Staatspolizei im vormärzlichen Tirol und Vorarlberg, Diss. masch., Innsbruck 1966; Metternichs Staatskanzlei ließ sich über die labile Volksstimmung in Tirol mindestens so präzise unterrichten wie früher Montgelas in München. Eine Zeitlang überwachte man von Wien aus die Verbindungen unzufriedener Tiroler mit dem Exvizekönig von Italien, Eugen Beauharnais, Herzog von Leuchtenberg, der ja ein Schwiegersohn des bayerischen Königs war.

197 HSTA MA I 674, undatierte Denkschrift.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nung an das Beispiel der Schweiz bzw. Savoyens in Italien eine autonome Republik Tirol. Durch die Zugehörigkeit Tirols zu Österreich werde die bayerische Position geschwächt, ein Wiederanschluß an Bayern sei wenig aussichtsreich; die Tiroler als freie Nachbarn dagegen würden Bayern als ihre eigentliche Schutzmacht respektieren und sich gegen Österreich stellen.

IV. DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM SALZBURG ZWISCHEN BAYERN UND ÖSTERREICH AUF DEM WIENER KONGRESS[198]

Der Umstand, daß beim nächsten Friedensschluß das sehr wichtige Ergänzungsabkommen zum Rieder Vertrag mit Österreich abgeschlossen werden mußte, hatte zur Folge, daß noch im Jahr 1813 in München mehrere Entschädigungsprojekte diskutiert und sorgfältig geprüft wurden. Neben den strategischen Gesichtspunkten spielten hier auch wirtschaftspolitische Interessen eine wichtige Rolle. Mit den Salinen in Hall (Tirol), Hallein (Salzburg) und Reichenhall besaß Bayern praktisch ein Salzmonopol in Süddeutschland, wodurch der bayerische Salzhandel einen beträchtlichen Aufschwung genommen hatte. Der Generaladministrator der Salinen, Josef von Utzschneider, wies in einem Memorandum darauf hin, daß sich Bayern auch im Falle einer Abtretung von Salzburg mit der Saline Hallein unbedingt das ehemalige Stift Berchtesgaden mit dem reichen Salzbergbau und die alten Pfleggerichte Saalfelden und Lofer mit den die Reichenhaller Saline beliefernden Salinenwäldern vorbehalten müsse[199]. Die anderen Denkschriften, die in erster Linie strategische Gesichtspunkte betonten[200], fanden weitgehend Eingang in eine Instruktion, die Wrede am 24. Februar 1814 übersandt wurde. Aufschlußreich ist dabei, daß von den insgesamt fünf Ausgleichsprojekten keines die Abtretung des Innviertels vorsah und lediglich zwei Pläne eine Abtre-

198 Ausschließlich auf bayerischen Quellen basierend und daher etwas einseitig: *Adam Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg? Geschichte des territorialen Ausgleichs zwischen Bayern und Österreich von 1813 bis 1819 (Historische Bibliothek Bd. 47), München und Berlin 1921, zusätzlich das österreichische Aktenmaterial bearbeitet hat *Robert Landauer,* Die Einverleibung Salzburgs durch Österreich 1816, in: MGSL 73, 1933, S. 1–38; ergänzt wird diese Studie durch die vollständige Edition der österreichischen bzw. preußischen Gesandtschaftsberichte aus München durch *Anton Chroust* (zitiert ÖGB bzw. PGB) und durch *Alexander Winter,* Fürst Wrede, wie Anm. 160.

199 HSTA MA I 138. Bemerkungen über die Interessen der bayerischen Salinen im Jahr 1813, vom 10. November 1813.

200 HSTA MA I 137, Projecte über die von Baiern bey einem künftigen Frieden zu machenden Abtretungen und dagegen treffende Erwerbungen vom Oktober 1813 bis zum Mai 1814; enthalten sind zahlreiche Landkarten mit eingezeichneten Grenzverschiebungen.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tung Salzburgs in Erwägung zogen, für das man linksrheinische Gebiete erhalten wollte[201].

1. Der Pariser Kongreß

Am 9. Mai 1814 begannen die Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Frankreich König Ludwigs XVIII., bei denen auch die bayerisch-österreichischen Gespräche über einen Gebietsausgleich zunächst bilateral wiederaufgenommen wurden. Fürst Wrede, der für Bayern die Gespräche führte, zweifelte nicht daran, daß Österreich auf Vergrößerungspläne auf Kosten Bayerns verzichten werde, und zeigte sich optimistisch in bezug auf ein für Bayern befriedigendes Verhandlungsergebnis. Metternich erhob auf das Inn- und Hausruckviertel, Tirol und Salzburg Ansprüche, wofür er die Großherzogtümer Frankfurt und Würzburg sowie das Gebiet um Mainz in Aussicht stellte[202]. Nachdem jedoch jede Absicht auf württembergisches oder badisches Gebiet schon bald auf die schärfste Ablehnung dieser Staaten gestoßen war, fand die von Metternich jetzt in die Diskussion geworfene Entschädigung durch linksrheinisches Gebiet insbesondere bei dem Kronprinzen eine günstige Aufnahme, da diesem die Anhänglichkeit der Pfälzer an das angestammte Herrscherhaus wichtiger schien als der Erwerb besonders umfangreicher neuer Territorien, die dem bayerischen Königshaus beziehungslos gegenüberstanden[203].

Ein am 23. Mai 1814 ausgearbeiteter bayerisch-österreichischer Vertragsentwurf sah vor, daß Bayern Würzburg, Aschaffenburg, Frankfurt, das Fürstentum Fulda sowie das Amt Redwitz für die Abtretung Tirols und Vorarlbergs erhalten sollte. Österreich sollte Salzburg mit Ausnahme von Laufen und Berchtesgaden besetzen, die endgültige Übergabe Salzburgs sollte dann erfolgen, wenn Bayern Mainz, die linksrheinischen sowie württembergischen und badischen Gebiete im Tausch gegen das Inn- und Hausruckviertel erhalten würde. Dieser Entwurf, der in München nahezu uneingeschränkt gebilligt wurde, scheiterte offensichtlich im letzten Moment an der preußischen Diplomatie, die die Festung Mainz nicht an Bayern abtreten wollte[204].

Am 3. Juni 1814 unterzeichnete Wrede den Vertrag mit Österreich, der im Vergleich mit dem Entwurf jetzt allerdings weniger günstig war. „Zur Vermeidung jeden Mißverständnisses" wurden einige Geheimartikel des Rieder Vertrags dahingehend fixiert, daß sich Bayern zur Abtretung Tirols, Vorarlbergs, Salzburgs mit Ausnahme des Amtes Laufen und der auf dem linken Ufer der Saal (!) gelegenen Ortschaften und des Inn- und Hausruckviertels bereit erklärte, während der Kaiser vorerst

201 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 30f.
202 *Winter,* Wrede, S. 134; *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 34.
203 *Winter,* Wrede, S. 137.
204 *Winter,* Wrede, S. 140.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

eine völlige Schadlosigkeit und Erweiterung Bayerns „sofern die Mittel vorhanden sind und die Umstände es gestatten", in Aussicht stellte[205]. Tirol und Vorarlberg, ohne die Ämter Vils bzw. Weiler, sollten 14 Tage nach der Ratifikation des Vertrags an Österreich übergehen, während Bayern gleichzeitig in den Besitz des Großherzogtums Würzburg und des Fürstentums Aschaffenburg gelangen sollte. Für die Länder auf dem linken Rheinufer wurde bis zu einer definitiven Regelung eine gemeinsame Besetzung durch bayerische und österreichische Truppen sowie eine gemischte Kommission für die Verwaltung bestimmt[206]. Die österreichischen Unterhändler versicherten, daß sie sich dafür einsetzen würden, daß Bayern Mainz, Frankfurt, Hanau und die alte Rheinpfalz erhalten würde. Während Montgelas, der möglichst rasch eine endgültige Lösung anstrebte, das Verhandlungsergebnis kritisierte, waren der König und der Kronprinz relativ zufrieden. Besonders der Kronprinz schätzte zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit einer Abtretung Salzburgs, an dem er besonders hing, gering ein, da die Erfüllung der damit verbundenen Vertragsbestimmungen durch den Widerstand der anderen Mächte wenig aussichtsreich erschien[207].

Die im Anschluß an den Vertrag erfolgte Abtretung Tirols an Österreich verstärkte noch die antibayerische Stimmung im Salzachkreis; so mußte Preysing im August 1814 Montgelas darüber informieren, „daß der allgemeine Wunsch, österreichisch zu werden nicht allein durch übertriebene und nie möglich zu erfüllende Verheissungen der tirolischen Behörden die Gebürgsgerichte bethört habe, sondern daß diese Stimmung bei den Bewohnern des glatten Landes sowohl als bei den Inn- und Hausruckviertlern so ziemlich allgemein sey"[208]. Wenig später teilte der Minister in einem vertraulichen Schreiben dem Generalkommissär den Wortlaut des Salzburg betreffenen Geheimartikels mit, um dessen Meinung darüber zu hören. Preysing betonte vor allem die auch dem österreichischen Kaiser bekannte Bedeutung der sogenannten „Salzburger Gmain", eines zwischen Reichenhall und Berchtesgaden liegenden Ge-

205 Der Wortlaut bzw. der Inhalt des auf Salzburg bezüglichen Artikels wird meist ungenau wiedergegeben. Anstelle von *Prince Autrichien* (Druck, in: Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Abtlg. III/2, S. 45) muß es richtig heißen: *la Principauté de Salzbourg, telle qu'elle à été possédée par le dernier Prince archevêque à l'exception du baillage de Laufen et des villages situées sur la rive gauche de la Saal,* HSTA Bayern Urkunden 1582; *Sahrmann,* S. 37, widerlegt die in Montgelas' Denkwürdigkeiten aufgestellte Behauptung, die von zwei unterzeichneten Verträgen spricht und in diesem Zusammenhang das Verhalten Wredes scharf kritisiert.

206 Vgl. *Friedrich Schmitt,* Die provisorische Verwaltung des Gebietes zwischen Rhein, Mosel und französischer Grenze durch Österreich und Bayern in den Jahren 1814–16, Meisenheim 1962.

207 *Winter,* Wrede, S. 143; *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 74.

208 STAM Skr 629; Montgelas antwortete am 19. August 1814, die Garnison in Salzburg solle verstärkt werden. „Es ist sehr daran gelegen, daß im Salzburgischen die Ruhe und Stimmung möglichst gut erhalten werde, damit nicht, wie es seiner Zeit in Tirol geschehen ist, der Wunsch unter Österreich zu kommen, sich voreilig und laut ausspreche . . ."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

bietes, das Bayern als direkte Verbindung zu Berchtesgaden behalten müsse, da Berchtesgaden sonst gewissermaßen eine Exklave würde; ähnliches gelte für das Landgericht Laufen, das nur durch die altsalzburgischen Pflegegerichte Tittmoning, Waging und Teisendorf mit Altbayern zusammenhänge, die gleichfalls erworben werden müßten. Inwiefern die Saalach bis zu ihrem Ursprung eine vorteilhafte Grenze sei, müsse noch geprüft werden, und die Benutzung der Waldungen in den Gerichten Saalfelden und Zell solle besser einem speziellen Salzvertrag vorbehalten bleiben[209]. Tatsächlich wurden dann später die aufgrund der Detailkenntnis Preysings eingereichten Vorschläge weitestgehend berücksichtigt, womit die bayerische Regierung die im Pariser Vertrag vom 3. Juni 1814 bezüglich Salzburgs völlig unhaltbaren Geheimartikel revidierte.

2. Die Territorialverhandlungen auf dem Wiener Kongreß

Als im September 1814 der Wiener Kongreß seine Tätigkeit aufnahm, wurde nicht Staatsminister Montgelas, sondern Feldmarschall Fürst Wrede mit den Verhandlungen betraut. Die eigentliche Ursache war wohl, daß Montgelas glaubte, sein Ruf als frankophiler Minister würde einer erfolgreichen diplomatischen Tätigkeit im Wege stehen[210]. Auf seiner Reise nach Wien besuchte Wrede auch den Kronprinzen in Salzburg, um diesen offensichtlich, wie der österreichische Gesandte in München, Baron von Hruby, vermutete, „über die unnachlässige Notwendigkeit der Abtretung dieses Landes" die Augen zu öffnen[211]. Dieser beschwor allerdings noch im selben Monat seinen Vater, Salzburg zu erhalten und dafür andere Gebiete abzutreten oder wenigstens die Stadt Salzburg, Hallein und Berchtesgaden zu retten[212].

Die diplomatischen Verhandlungen auf dem Wiener Kongreß drehten sich zunächst um die sächsisch-polnische Frage, die hauptsächlich dadurch entstanden war, daß der sächsische König im Gegensatz zu dem bayerischen Königshaus einen rechtzeitigen Bündniswechsel versäumt hatte und jetzt Sachsen sozusagen zur Disposition stand. Bayern war zunächst schon aus verwandtschaftlichen Beziehungen an einem für Sachsen günstigen Ausgang interessiert[213], darüber hinaus wollte man

209 STAM Skr 646.

210 Später nannte Montgelas (Denkwürdigkeiten, S. 386) die Ernennung Wredes zum Vertreter Bayerns auf dem Wiener Kongreß eine der unglücklichsten Entscheidungen seines Ministeriums. Hier spielt aber auch die Gegnerschaft Montgelas' und Wredes eine Rolle, der maßgeblich am Sturz des Ministers beteiligt war; *Winter,* S. 154–230, rehabilitiert die unnachgiebige Verhandlungsführung Wredes, die er u. a. auf die Rückendeckung durch den König und den Kronprinzen zurückführt. Wredes Fähigkeiten lagen jedoch vor allem auf militärischem Gebiet, während Montgelas zweifellos der bessere Diplomat war.

211 ÖGB I, S. 26, Bericht vom 8. August 1814.

212 GHA II B 2, Brief Ludwigs an Max Joseph vom 26. August 1814.

213 PGB I, S. 3, Bericht des preußischen Gesandten von Küster an Friedrich Wilhelm III. vom 27. März 1814.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

aber auch nicht unmittelbar an Preußen grenzen und trat daher einer preußischen Annexion Sachsens besonders energisch entgegen. Montgelas befürchtete außerdem, daß Maßnahmen gegen Sachsen, das als Rheinbundstaat eine ähnliche Vergangenheit wie Bayern hatte, einen unangenehmen Präzedenzfall schaffen könnten[214].

Die nach Lösung der sächsisch-polnischen Frage im Februar 1815 zwischen Bayern und Österreich aufgenommenen Territorialverhandlungen befaßten sich zunächst mit der Stadt Mainz. Preußen nahm die bereits in Paris gegenüber den territorialen Wünschen Bayerns vertretene Opposition wieder auf[215]; so wollte Hardenberg Mainz auf keinem Fall in bayerischer Hand wissen und akzeptierte diese Stadt lediglich als Bundesfestung, falls Preußen im Maingebiet berücksichtigt werde. Metternich war im Gegensatz zu Fürst Schwarzenberg bereit, die in der bayerisch-österreichischen Konvention vom 3. Juni 1814 enthaltene Zusage von Mainz auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

Die Instruktionen Montgelas' legten Wredes Verhandlungsspielraum genau fest, nach denen Wrede für das Hausruckviertel und Salzburg das versprochene „vollwertige Äquivalent" erreichen sollte, das im Zusammenhang mit dem Königreich stehen mußte. Montgelas betrachtete dabei die linksrheinische Pfalz als mögliche Entschädigung für Württemberg und Baden, falls diese an Bayern Abtretungen leisten würden. Zur rechtsrheinischen Pfalz sollten die Städte Mainz, Wetzlar, Frankfurt, Hanau und Fulda kommen. Die Abtretungen sollten in der Reihenfolge Hausruckviertel, südlicher Teil Salzburgs, Innviertel erfolgen; Salzburg sollte nur dann abgetreten werden, wenn alle österreichischen Zusagen einschließlich Frankfurts realisiert worden wären[216]. So erklärte nun Wrede, daß Bayern bei einem Verzicht auf Mainz Salzburg zurückbehalten müsse. Im Gegensatz zur österreichischen Militärpartei, die für eine Wiedererwerbung Salzburgs primär militärische Gesichtspunkte anführte und der neben dem Feldmarschall Fürst Karl Schwarzenberg auch der österreichische Finanzminister Graf Philipp Stadion angehörte, war Metternich im Winter 1814/15 bereit, auf Salzburg und den nördlichen Teil des Landes sowie auf Berchtesgaden zu verzichten. Dahinter stand nicht zuletzt die Überlegung, daß nur ein starkes Bayern gegen Preußen in Deutschland für Österreich nützlich sein könne[217].

Am 19. Februar 1815 legte Metternich zusammen mit dem Freiherrn von Wessenberg ein Ausgleichsprojekt vor, das in erster Linie den Wünschen des Kaisers entsprach und das Inn- und Hausruckviertel, Salzburg mit Berchtesgaden im Austausch gegen Fulda, Frankfurt, das Fürsten-

214 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 407.

215 HSTA MA 39347. Über die im Rheinischen Merkur von Preußen geschürte Propaganda gegen Bayern äußerte sich Montgelas in einem Brief vom 31. Jänner 1815 gegenüber Wrede.

216 *Winter,* Wrede, S. 219; *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 43.

217 *Landauer,* wie Anm. 198, S. 4f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tum Ysenburg, württembergische und hessische Gebiete sowie Mainz mit dem Kanton Alzey forderte. Wrede bezweifelte die Richtigkeit der von Metternich vorgelegten Zahlenangaben über die Einwohner bzw. Erträge[218]; die Festung Mainz, deren Unterhaltungskosten durch den Kanton Alzey nicht gedeckt werden konnten, verlor durch die Nachbarschaft Preußens an Wert. Außerdem war der Widerstand Württembergs und Badens gegen Abtretungen an Bayern nach wie vor sehr groß. Aus diesen Gründen lehnte Wrede Mainz als Tauschobjekt jetzt völlig ab, wofür er den Verzicht Österreichs auf Salzburg, Berchtesgaden und die nördliche Hälfte des Salzburger Landes forderte. Wredes Bemühungen um Salzburg sind vor allem auf die fortgesetzten Bitten des Kronprinzen zurückzuführen[219]. Metternich, der die Auffassung vertrat, daß Salzburg eigentlich nur militärische Bedeutung besitze und der südliche Teil des Landes als Verbindung zu Tirol genügend Sicherheit für Österreich böte, versuchte vergeblich, dem Feldmarschall Fürst Schwarzenberg und Graf Stadion ein Entgegenkommen gegenüber Bayern in dieser Frage plausibel zu machen. Schwarzenberg entgegnete, daß ohne den Besitz von Salzburg Österreich keine Inntaldefension gegen Bayern auf dem linken Flügel habe und daher jede an der Donau und Enns befestigte Stellung unzureichend wäre[220]. Der österreichische Kaiser teilte Metternich in einem Handschreiben mit, daß er keineswegs auf Salzburg verzichten werde; ähnlich äußerte er sich am 19. März in einem persönlichen Gespräch mit Wrede. An diesem Tag mußte Metternich in einer weiteren Konferenz mit Wrede das Inn- und Hausruckviertel sowie Salzburg, jedoch ohne die Landgerichte Laufen, Tittmoning und Waging sowie Berchtesgaden fordern, was Wrede jedoch ablehnte, da für Salzburg keine gleichwertigen Entschädigungen genannt wurden[221].

Am 22. März hielt Metternich dem österreichischen Kaiser einen Vortrag, in dem er die Gründe erläuterte, die für einen Verbleib Salzburgs bei Bayern sprächen: Der von Bayern kritisierte Umstand, daß Österreich für Salzburg und Berchtesgaden kein vollständiges Äquivalent zu bieten habe; die besondere Anhänglichkeit des bayerischen Kronprinzen an Salzburg; Mainz käme als Entschädigungsobjekt für Bayern nicht in Frage, da Preußen sich dagegen entschieden wehre. Metternich wies auch darauf hin, daß Lord Wellington daran gezweifelt habe, daß Österreich das Vorland mit der Stadt Salzburg unbedingt benötige, da eigentlich Bayern von Österreich auf seinen Flanken von Böhmen und Tirol bedroht werde[222].

---

218 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 46.

219 *Winter,* Wrede, S. 224.

220 *Landauer,* wie Anm. 198, S. 5.

221 ÖGB I, S. 35f. Bericht Hrubys an Metternich vom 21. März 1815, Montgelas könne unmöglich glauben, daß der Besitz der Stadt Salzburg, welcher nach dem Urteil aller Sachverständigen und selbst nach dem früheren schon im Jahre 1805 von Österreich gemachten Antrage für selbes kein militärisch wichtiger Grund ist, ein hinlänglich bedeutender Grund sein könne, die schon so weit vorgerückten Unterhandlungen unvollendet zu lassen.

222 *Landauer,* wie Anm. 198, S. 6.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Unter Vermittlung des russischen Vertreters Graf Nesselrode kam am 23. April 1815 schließlich zwischen dem österreichischen Bevollmächtigten Freiherrn von Wessenberg und Wrede ein *arrangement eventuel* zustande, in dem Österreich das Inn- und Hausruckviertel, von Salzburg aber nur die Landgerichte Gastein, Hopfgarten, St. Johann im Pongau, St. Michael im Lungau, Mittersill, Radstadt, Taxenbach und Tamsweg zugesprochen wurden. Bayern sollte durch verschiedene Gebiete von Baden, Württemberg und Hessen-Darmstadt entschädigt werden, wobei Wrede zwar die Möglichkeit eines Vetos der südwestdeutschen Staaten in Betracht zog, jedoch nicht mit demselben Weitblick wie Montgelas; das erzielte Ergebnis hielt er für das Maximum des Erreichbaren, wobei ihm der Verlust des Inn- und Hausruckviertels gegenüber dem Gewinn der fruchtbaren schwäbisch-fränkischen Gebiete gering erschien[223].

Ein geheimer Artikel des Vertrags sicherte dem bayerischen Königshaus nach Erlöschen der direkten Linie die Erbnachfolge in der badischen Pfalz zu. Bayern verpflichtete sich außerdem zu Handelserleichterungen auf den bayerischen Straßen zwischen Tirol und Vorarlberg. Die Rechte des Schwiegersohns von Max I., Eugene Beauharnais, blieben gewahrt, und Preußen verzichtete endgültig auf Ansbach-Bayreuth gegen das Herzogtum Berg und Gebietsteile aus dem Besitz der pfälzischen Wittelsbacher am rechten Moselufer.

In der Abschiedskonferenz Wredes beim österreichischen Kaiser soll dieser Wrede vorgeworfen haben, um jedes Dorf gefeilscht und sich in den Verhandlungen wie ein Jude benommen zu haben, worauf Wrede den Minister von Wessenberg als Rabbiner bezeichnete[224]. Die überraschende Flucht Napoleons aus Elba am 26. Februar 1815 bot Wrede, der den Oberbefehl über die bayerische Armee wieder übernahm, den offiziellen Vorwand, sich seiner unangenehmen Aufgabe in Wien endgültig zu entledigen.

Für Bayern hätte die Realisierung dieses Vertrages tatsächlich einen beträchtlichen Gewinn bedeutet; das ehemalige Erzstift Salzburg wäre freilich sozusagen völlig von der Landkarte verschwunden[225]. Der nach der Rückkehr Napoleons aus dem Exil notwendig gewordene neue Krieg stärkte jedoch nicht nur die Position Österreichs, sondern auch die der durch Bündnisverträge zu Abtretungen verpflichteten Staaten und erleichterte ihren Einspruch gegen die nachträgliche Konsultation. Ihr Widerstand brachte den Vertrag schließlich zu Fall, der nicht in die Wiener Kongreßakte aufgenommen wurde.

---

223 Wrede schrieb am 23. April 1815 an Montgelas: „Das ist ein wahres Meer, das wir austrinken müssen, nun liegt es an Baden, Württemberg und Hessen, uns Schwierigkeiten zu machen; zit. bei *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 50.

224 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 50.

225 *Landauer,* wie Anm. 198, S. 7.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

3. Die Fortsetzung der Verhandlungen in Paris

Nach Wredes Abreise wurde Graf Aloys von Rechberg mit der Fortsetzung der Verhandlungen in Paris beauftragt. Rechberg galt als erfahrener Diplomat; er hatte im Jahre 1810 mit dem französischen General Graf Compans in Frankfurt die Verhandlungen bezüglich der Übernahme Salzburgs geführt, und ihm war es auch gelungen, die von französischer Seite geforderte beträchtliche Kriegskontribution für Salzburg abzuwenden. Die ihm erteilte Instruktion betonte vor allem die Wahrung der bayerischen Territorialinteressen, insbesondere die Beibehaltung des Innviertels sowie den Zusammenhang der Äquivalente mit dem Stammland[226].

Mittlerweile hatten sich jedoch die Verhandlungspositionen entscheidend verändert. Die vehemente Opposition Preußens gegen ein bayerisches Mainz und die Befürwortung einer österreichischen Stellung am Rhein durch die meisten süddeutschen Staaten ließen in Metternich den Plan reifen, die Mainzer und die Salzburger Frage miteinander zu verbinden, um auf diese Weise ein Einlenken des Kaisers und der Militärpartei zu bewirken. Mit seinem Plan, auf Salzburg völlig bzw. teilweise zu verzichten und statt dessen für Österreich das linke Rheinufer mit Mainz und Landau zu reklamieren, setzte Metternich jetzt neue Prioritäten. In seinem Vortrag vom 21. September hob er die Vormachtstellung hervor, die Österreich im gesamten süddeutschen Raum erhalten würde, falls es in den Besitz von Mainz und einer ansehnlichen Umgebung käme, während für eine Erwerbung des ganzen Bistums Salzburg keine rechtlichen Voraussetzungen vorlägen und darüber hinaus eine Territorialentschädigung, wie sie im Rieder Vertrag Bayern zugesichert sei, nahezu unmöglich wäre[227]. Das wünschenswerteste Ergebnis wäre freilich, daß Österreich Salzburg und Mainz erhalte.

Entscheidend war jedoch, daß sich weder der relativ bayernfreundliche Freiherr von Wessenberg[228] noch Metternich mit diesem Plan bei der österreichischen Militärpartei und beim Kaiser, der kategorisch an der Erwerbung von ganz Salzburg festhielt, durchsetzen konnte. Der Wortführer der Militärpartei, Fürst Schwarzenberg, vor die Alternative Mainz oder Salzburg gestellt, sprach sich eindeutig für Salzburg aus. In einer Denkschrift vertrat er den Standpunkt, Österreich könne in Zukunft von Salzburg und vom Innufer aus die Ereignisse in Deutschland beobachten[229]. Der Druck der Militärpartei auf Metternich wurde schließlich so groß, daß ein Sturz des Ministers nicht mehr unmöglich schien, in Wien

226 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 54.

227 *Landauer,* wie Anm. 198, S. 8f.

228 Vgl. *Alfred Ritter von Arneth,* Johann Freiherr von Wessenberg, Wien 1898, Bd. 2, S. 41.

229 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 64.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sprach man bereits in der Öffentlichkeit von einem Rücktritt des Ministers, weil es ihm nicht gelungen sei, Salzburg zu erwerben. Ein letztes Mal versuchte Metternich, den Kaiser umzustimmen: „Mainz ist für Eure Majestät keine Territorialfrage mehr, sondern eine rein politische, und ich wage es zu behaupten, nach der Stimmung der Völker in Deutschland sogar eine moralische Frage geworden. Auf Mainz hatten E. M. ein unbedingtes Recht. Salzburg im Gegenteil ist eine rein österreichische Territorialfrage. Dieses Recht geben wir auf. Auf die Acquisiton von Salzburg hatten wir kein Recht, ich müßte erst ein neues Recht schaffen."[230] In einem Antwortschreiben aus Innsbruck wies der Kaiser Metternich scharf zurecht und stellte ihn schließlich vor die Wahl, sein Amt niederzulegen oder Salzburg für Österreich zu gewinnen. Metternich blieb schließlich nichts anderes übrig, als sich entgegen seiner eigenen politischen Vorstellung der Militärpartei anzuschließen.

In der Zwischenzeit bemühte sich Rechberg vor allem, die Vertreter Rußlands und Englands für die bayerischen Interessen zu gewinnen, was auf die Kritik Metternichs stieß, der die Territorialverhandlungen in erster Linie als eine bilaterale Angelegenheit betrachtete. Rechberg wies in einer an die Minister von Preußen, England und Rußland gerichteten Denkschrift nach, daß die österreichischen Ansprüche auf das Inn- und Hausruckviertel sowie auf das ganze frühere Erzstift Salzburg weit über die Bestimmungen des Wiener Vertrags vom 23. April hinausgingen. Nach dem Rieder Vertrag stünde Bayern eine vollständige Entschädigung in geographischer, statistischer und finanzieller Hinsicht zu, außerdem müsse der Zusammenhang der Neuerwerbungen mit dem alten Staatsgebiet gewährleistet sein, wozu Österreich momentan nicht bereit sei. Es sei ungerecht, Bayern mit von seinem Staatsgebiet weit entfernten, aus einem Wirrsal früherer Kleinstaaten zusammengesetzten Gebieten zu entschädigen, während die territoriale Integrität der anderen Nachbarstaaten weitgehend gewahrt bliebe[231].

Die Bemühungen Rechbergs blieben jedoch erfolglos. Am 5. November 1815 erhielt Rechberg von Lord Castlereagh ein von Metternich ausgearbeitetes Protokoll über die deutschen Gebietsregelungen, das die vier Großmächte zwei Tage vorher unterzeichnet hatten und das als Ausgleich für Salzburg das Inn- und Hausruckviertel lediglich die linksrheinische Pfalz abzüglich der Abtretungen an Preußen und Hessen vorsah. Wenige Tage später reichte Rechberg bei den verbündeten Mächten eine Protestnote ein, in der er die vorgeschlagenen Entschädigungsobjekte als unzureichend erklärte und die strategische Bedeutung Salzburgs für Österreich anzweifelte. Auch in München war man über den neuen Aus-

230 Zit. nach *Landauer,* wie Anm. 198, S. 10.
231 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 66.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tauschplan unzufrieden, noch mehr aber über den Umstand, daß er ohne jede Beteiligung Bayerns zustande gekommen war[232].

4. Der Münchener Vertrag vom 14. April 1816

Mit der Entsendung des österreichischen Generals Freiherr von Wacquant de Geozelles im Dezember 1815 nach München, wo die Verhandlungen weitergeführt wurden, trat die Ausgleichsfrage schließlich in die letzte Phase ein, deren Verlauf durch immer stärker werdende Spannungen zwischen den beiden Verhandlungspartnern gekennzeichnet sein sollte. Wacquant, der übrigens eine Zeitlang Gouverneur von Mainz gewesen war und das volle Vertrauen des österreichischen Kaisers und der Militärpartei besaß, galt offensichtlich am bayerischen Hof, insbesondere bei Montgelas, als Persona non grata[233]. Sein in der Antrittsaudienz vorgebrachter Wunsch auf eine rasche Regelung der Austauschfrage auf der Basis des Pariser Abkommens vom November stieß bei Montgelas auf Ablehnung, der seinerseits auf das Fehlen der im Rieder Vertrag zugesicherten Entschädigungen hinwies.

Der schleppende Gang der Verhandlungen rief insbesondere im Brixental eine heftige Unzufriedenheit hervor. Bereits im Jänner 1815 hatte der Landrichter von Hopfgarten berichtet, daß sich infolge der drückenden Militärlasten dort eine Strömung bemerkbar mache, die eine gewaltsame Beschleunigung des Heimfalls von Salzburg an Österreich zu erzwingen suche. Im Oktober und November erreichten die Unruhen einen neuen Höhepunkt, so daß sich Montgelas besorgt über den „anarchischen Zustand des Brixentales" äußerte und sich die Regierung schließlich veranlaßt sah, zur Herstellung der Ruhe Truppen in diese Gebiete zu senden[234].

---

232 ÖGB I, S. 49, Bericht Hrubys an Metternich vom 31. Oktober 1815: Montgelas äußerte sich gegenüber Rose bei dessen Verabschiedung als englischer Gesandter in München, daß die beunruhigenden Gerüchte über Preußens und Rußlands Stimmung gegenüber dem hiesigen Hof den König befürchten ließen, sie würden beide Österreichs neueste, der Krone Bayern höchst nachteilige Austauschvorschläge unterstützen, er hoffe, das großbritannische Kabinett „werde des hiesigen Hofes Rechte in Schutz nehmen, indem man sich dieserseits zur Abtretung Salzburgs und dieses Landes ebenfallsener Theilung niemals verstehen könne".

233 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 513, bezeichnet den österreichischen Unterhändler als eine lächerliche Persönlichkeit. Dieser hatte bereits eine militärische Besetzung Salzburgs in Erwägung gezogen. Die sehr allgemein und etwas unklar gehaltene Instruktion Metternichs für Wacquant vom 25. November 1815 ÖGB I, S. 53.

234 STAM Skr 629; die Unruhen wurden von Tirol aus geschürt und von der österreichischen Regierung stillschweigend geduldet. Maßgeblich beteiligt waren der Priester Kaspar Hagleitner und sein Schwager Thomas Mayr sowie Sebastian Manzl. Zwei Besucher des Landgerichts Hopfgarten suchten angeblich im Auftrag des österreichischen Hofkommissärs von Roschmann den Kaiser in Innsbruck auf. Erst als der Kaiser vor jedem übereilten Schritt warnte und Maßnahmen gegen Bayern streng verurteilte, flaute die Bewegung ab, wenn auch die geheimen Verbindungen zu Tirol nie abgebrochen wurden; vgl. *F. Hirn,* Tirol 1809–1814, S. 562f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Seitdem es gelungen war, in der Pfalz eine bayerische Mitverwaltung durchzusetzen, befürwortete Wrede stärker eine Beibehaltung des Innviertels und war bereit, gegen den Gewinn der Pfalz auf Salzburg zu verzichten. Im Auftrag des Königs sollte er dieses Projekt dem Kronprinzen näherbringen, der jedoch gerade erst in Wien mit der ihm eigenen Heftigkeit für Salzburg interveniert hatte und sich allenfalls nur im äußersten Fall einer österreichischen Kriegserklärung zu einer Zustimmung durchringen wollte[235].

Die Beibehaltung des Innviertels wurde jetzt auch in verschiedenen Flugschriften gefordert. In Anlehnung an die von Ernst Moritz Arndt verfaßte berühmt gewordene Schrift „Der Rhein, Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Grenze" erschien 1815 in Braunau die von dem Freiherrn Georg von Aretin verfaßte Flugschrift „Der Inn, Baierns Strom, aber nicht Baierns Gränze". Sie war an die „Cisönanischen Landsleute", insbesondere an die „Angränzer des Innstroms" adressiert und forderte den Verbleib des Innviertels sowie auch der abgetretenen Teile des Hausruckviertels bei Bayern. Auch später noch wandte sich Aretin in verschiedenen Schriften gegen das vor allem von der österreichischen Militärpartei vorgebrachte Argument, daß der Inn für Österreich eine unverzichtbare militärische Grenzlinie sei[236]. Ebenso betonte Graf Preysing gegenüber Montgelas die Bedeutung des Innviertels, dessen Verlust als „ein National Unglück für Baiern zu betrachten und durch sonstige Vortheile kaum aufzuwiegen sei"; Salzach und Inn seien wahre Pulsadern des bayerischen Handels und Gewerbes, deren Besitz den ungehinderten Salztransport garantiere; in militärischer Hinsicht seien Braunau und Schärding sowie der Besitz der beiden Innufer von anerkannter Wichtigkeit, bei Abtretungen im Innviertel müsse daher jeder Schritt verteidigt werden[237].

In München vergingen die letzten Wochen des Jahres 1815 hauptsächlich mit dem Austausch von Noten. Die bayerische Regierung legte dem österreichischen Unterhändler Berechnungen vor, die die Höhe der Einkünfte aus dem Fürstentum Salzburg sowie dem Inn- und Hausruckviertel auf 3,987.078 Gulden veranschlagte, während die österreichische Seite ihrerseits die Einkünfte nur auf 2,658.897 Gulden bezifferte[238]. In zwei

235 Wiederholt soll Ludwig erklärt haben, er warte, bis man ihm Bomben ins Salzburger Schloß werfe, ehe er Frau und Kinder hinausnehme. Metternich berichtete: „Der Kronprinz von Bayern tobt hier ganz gewaltig; er läuft in blindem Eifer die Türen aller meiner Kollegen ein, um sein Recht zu behaupten", zit. nach *Landauer,* wie Anm. 198, S. 14.

236 Vgl. auch die wahrscheinlich von ihm verfaßten „Gedanken eines österreichischen Patrioten über die Politik seines Vaterlandes mit besonderer Rücksicht auf Baiern".

237 STAM Skr 646, Schreiben Preysings an Montgelas vom 7. März 1815.

238 HSTA MA 39347. Eine von Schilcher erarbeitete Zusammenstellung vom 19. Jänner 1815 errechnet sogar einen Bruttoertrag der Staatsgefälle in Höhe von 4,913.553 Gulden; zu den Differenzen äußerte sich auch der preußische Gesandte von Küster, vgl. PGB I, S. 41f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Unterredungen mit Wacquant am 21. und 30. Dezember gab Montgelas zu verstehen, daß Bayern nur dann in der Lage sei, die österreichischen Vorschläge anzunehmen, wenn die Neuerwerbungen mit dem Stammland in Verbindung stehen würden, die eine Militärstraße nur unzureichend herstellen könne. Am Schluß des Jahres 1815 war auch die Position Montgelas' nicht mehr unangefochten; so schrieb der österreichische Gesandte: „Unleugbar ist die gegenwärtige Lage von Montgelas sehr kitzlich. Seine Feinde, wozu die ganze Armee gehört, wollen ihm jegliche Abtretung und scheinbaren Verlust zur Last legen. Daraus entsteht eine Art Kampf zwischen den beiderseitigen Anhängern. Leider gedenken dabei beide Teile Österreichs stets in gehässiger Weise und die alte National Abneigung wird neuerdings aufgereizt . . ."[239]

Da die Verhandlungen mit Österreich ohne jeden Fortschritt blieben, wurde der bayerische Gesandte in Petersburg, Chevalier de Bray, beauftragt, beim Zaren zugunsten Bayerns zu intervenieren, wobei die Entschädigung des Schwiegersohnes des bayerischen Königs, Eugene Beauharnais, eine besondere Rolle spielte[240]. Der Zar hatte versprochen, sich für die Entschädigung des Prinzen, der nach Napoleons Sturz Italien verloren hatte, einzusetzen. Auf den Rat des russischen Ministers Kapodistrias hin unterbreitete Graf Bray dem russischen Zaren einen Vorschlag, daß Bayern selbst die Verpflichtungen für Prinz Eugene übernehmen würde, wenn es die Stadt Salzburg und die Salinen behalten könne; gleichzeitig erinnerte Bray den Zaren daran, daß er im Rieder Vertrag einen Gebietszusammenhang der in Aussicht gestellten Entschädigungen garantiert habe. Es zeigte sich aber, daß man letztlich in Rußland nicht bereit war, sich wegen Salzburgs und der Entschädigungsfrage für Prinz Eugene die Sympathien Österreichs zu verscherzen. Ein vorübergehendes Eingehen Rußlands auf bayerische Wünsche wich schon bald einer Distanzierung, nachdem es Metternich mit diplomatischem Geschick verstanden hatte, selbst die Entschädigungsfrage für Prinz Eugene Beauharnais in die Hand zu nehmen.

Aber auch die anderen Mächte waren nicht bereit, sich für die bayerischen Interessen einzusetzen. Während England sich indifferent zeigte, war Frankreich zu sehr damit beschäftigt, die Ruhe im eigenen Land wiederherzustellen und außerdem daran interessiert, Rußland und Preußen keine Veranlassung zu einer Einmischung in die Salzburger Frage zu geben, da es Talleyrand für notwendig hielt, mit beiden Mächten auf gutem Fuß zu stehen[241]. Preußen dagegen war zwar bereit, wie Wilhelm von Humboldt Wrede mitteilte, Bayern und nicht Österreich die links-

239 ÖGB I, S. 57, Bericht Hrubys an Metternich vom 31. Dezember 1815.

240 Zu dieser Mission: *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 512; *Landauer,* wie Anm. 198, S. 17f., 27.

241 Schreiben Talleyrands an Ludwig XVIII. vom 3. März 1815, in: *Hans Dieter Dyroff* (Hrsg.), Der Wiener Kongreß 1814/15. Die Neuordnung Europas, München 1966, S. 162.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

rheinische Pfalz zu übergeben, wollte aber andererseits Bayern keine Landbrücke zur Pfalz zugestehen, weil es, einem Memorandum des Freiherrn von Stein folgend, vermeiden wollte, daß auf diese Weise ganz Süddeutschland unter den Einfluß Bayerns gefallen wäre[242].

Die bayerische Regierung bemühte sich gleichzeitig, Zeit zu gewinnen, „um die öffentliche Meinung zu belehren und die erregten Gemüther zu besänftigen; andererseits Zwischenfälle herbeiführen zu können, welche vielleicht Österreichs Ansprüche in engere Grenzen einschränken und das durch die Macht der Verhältnisse gebotene Opfer minder empfindlich machen" sollten[243]. Ersteres geschah durch einen verstärkten, bis dahin wohl nicht in diesem Ausmaß geführten „Propagandafeldzug" gegen Österreich. Maßgeblich war daran der jüngere Bruder des bayerischen Kronprinzen, Prinz Karl, in München beteiligt. Auf seine Kosten ließ er eine von dem bereits erwähnten Publizisten Georg von Aretin verfaßte Flugschrift „Entweder – Oder, ein Wort an meine Landsleute" veröffentlichen, die so provozierend gehalten war, daß allerdings nur wenige an die Öffentlichkeit gelangten[244]. Im Dezember 1815 erschien in Braunau eine Flugschrift mit dem Titel „Allerehrfurchtsvollste Vorstellung einiger Landgerichte und Gemeinden des Salzach- und Unterdonaukreises an S. M. den König von Bayern"[245], die aber tatsächlich in Burghausen, auf Veranlassung des dortigen Appellationsgerichtspräsidenten Graf Lemberg gedruckt und von den Behörden im ganzen Land verteilt wurde. „Die Tendenz dieser nicht ohne Eloquenz geschriebenen Adresse", die in den höheren und geringeren Zirkeln die Stimmung gegen Österreich verstärkte, war „keine geringere, als die ganze Nation in Harnisch zu bringen und zum Krieg und zur Widersetzung gegen Österreich zu befeuern"[246]. Wenn sie damit suggerierte, daß sich die Bevölkerung des Salzburger Landes gegen eine Abtretung an Österreich wehrte, widersprach sie allerdings völlig der Realität. So wußte sich der Generalkreiskommissär des Salzachkreises gegen die wachsenden Gerüchte über einen Ländertausch bzw. einen Regierungswechsel nicht mehr anders zu helfen, als Mitte Dezember allen Wirten und Cafetiers in Salzburg, die solche Reden tolerierten, mit Geschäftssperre, ja mit Verlust des Gewerbes zu drohen[247].

---

242 Freiherr von Stein über den bayerischen Entschädigungsplan. 5. März 1815, in: *Dyroff,* Der Wiener Kongreß, S. 162.

243 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 512.

244 ÖGB I, S. 59, 63; Bericht Hrubys an Metternich vom 14. Jänner 1816.

245 GHA NL L. I. ARO 37/2. Verfasser war angeblich Christoph Freiherr von Aretin. Der österreichische Gesandte legte sie seinem Bericht vom 31. Dezember 1815 an Metternich bei und äußerte die Überzeugung, daß die Mitwirkung des Münchener Kabinetts unbezweifelbar sei, ÖGB I, S. 57f.

246 PGB I, S. 41f.; Bericht Küsters an Friedrich Wilhelm III. vom 31. Dezember 1815.

247 SLA, *Anton Korbinian Rauchenbichler,* Die letzten sechs Monate der königlich bayerischen Regierung in Salzburg. Auszug aus seinem Tagebuch als Beilage zu *Pfest,* Abschied der Salzburger von Baiern.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Nicht so aggressiv war die Flugschrift „Eine Stimme von den Ufern der Iller an die Bewohner des Unterdonau- und Salzachkreises, veranlaßt durch die allerehrfurchtsvollste Vorstellung an S. M. den König von Bayern, die Abtretung des Innviertels und Sazburger Landes betreffend". Sie appellierte in erster Linie an den Gerechtigkeitssinn des österreichischen Kaisers, der seinen treuesten Bundesgenossen nicht der schönsten Länder berauben könne. Eine weitere im Herbst 1815 in Breslau erschienene Flugschrift „Über die Verhältnisse des Landes Salzburg zum Mutterlande Bayern" betonte die Errungenschaften Bayerns für Salzburg im Gegensatz zu den negativen Erfahrungen, die die Salzburger mit der österreichischen Herrschaft gemacht hätten: Bayern habe eine enorme Schuldenlast abgetragen. Als besonderes Verdienst Bayerns wurde hervorgehoben, daß man die rückständigen Besoldungen der Beamten und sogar die Gratisgagen, die der österreichische Kaiser diesen versprochen hätte, beglichen habe.

In Salzburg selbst dürften diese Schriften nur wenig Resonanz gefunden haben: „Ob nun gleich verschiedene gedruckte Schriften zu Verkauf kamen, worin einige Patrioten Bayerns in weitläufigen Deduktionen ihre ursprünglichen Rechte auf Salzburg und Oberösterreich geltend zu machen suchten und in Verbindung mit den so thätigen Vorkehrungen unsere schon seit langer Zeit genährten sicheren Hoffnungen zu vereiteln drohten, so blieben dessungeachtet dieselben auf den einmal gefaßten Gegenstande unwandelbar geheftet."[248]

Im Oktober bis Dezember 1815 befanden sich zahlreiche österreichische Truppen auf dem Rückmarsch von Frankreich und zogen auf der Militärstraße Teisendorf–Laufen–Seekirchen–Neumarkt unmittelbar an Salzburg vorbei. Trotz Wredes Abraten, der vor einer Provokation Österreichs warnte, hatte der König etwa zur selben Zeit, auf den Ratschlag Rechbergs hin, stärkere Truppeneinheiten nach Salzburg, Passau, Schärding und Braunau verlegen lassen. In erster Linie sollte wohl das Überlaufen salzburgischer Konskribierter nach Österreich verhindert werden, woraus dann später das Gerücht entstand, Bayern wolle Salzburg militärisch vor einer österreichischen Okkupation sichern.

Während der bayerische König nicht einmal an besondere Defensivmaßnahmen dachte und sich dahingehend äußerte, daß, wenn die Mächte es zu weit trieben und kein freiwilliges Arrangement mit ihm eingehen wollten, er ruhig die Gewalt und Übermacht gegen sich handeln lassen, zugleich aber auch das ganze Verfahren der Weltöffentlichkeit vor Augen legen würde[249], gab der österreichische Kaiser im Jänner 1816 dem Feld-

248 SLA, *Rauchenbichler,* Die letzten sechs Monate.
249 PGB I S. 43, Bericht Küsters an Friedrich Wilhelm III. vom 31. Dezember 1815.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

marschall Fürst Schwarzenberg den Auftrag, der „dermal bestehenden Konzentration gegen Bayern ein bestimmtes Ansehen zu geben"[250].

Unter äußerster Geheimhaltung wurde an der Grenze Bayerns in Böhmen und in Oberösterreich unter General Bianchi ein Armeekorps zusammengezogen. Ein gut organisierter Kundschaftsdienst, der bis nach Regensburg und Straubing reichte, sollte Informationen über Truppenzusammenziehungen und sonstige Bewegungen in Bayern sammeln: Bauern wurden befragt, ob sie lieber bayerisch bleiben wollten oder nicht[251]. Auf Veranlassung von General Bianchi wurde der österreichische Hauptmann von Hauser unter einem fadenscheinigen Vorwand nach Salzburg geschickt, wo er sich über die Stimmung der Bevölkerung und den Zustand der Befestigungsanlagen informieren sollte. Hauser, der schon bald auf Veranlassung des Stadt- und Festungskommandanten, Oberst Anselm von Epplen, Salzburg wieder verlassen mußte, schätzte die Truppenstärke auf 4000 bis 5000 Mann, 200 Kürassiere und 50 bis 60 Geschütze; seiner Aussage nach hofften die salzburgischen Realitätenbesitzer auf niedrigere Steuern, die Beamten dagegen fürchteten sich vor niedrigeren Gehältern[252].

Aber auch die bayerische Seite blieb nicht untätig. Die an der Grenze zu Österreich gelegenen Landgerichte erhielten den Auftrag, alle auffälligen Vorfälle unverzüglich dem Generalkreiskommissariat zu melden, und die in Salzburg stationierten Truppen wurden verstärkt[253]. Mitte Jänner begann man in der Stadt mit den Schanz- und Befestigungsarbeiten: An der Stadtbrücke wurden Gitter angebracht; das St.-Michaels-Tor und das Lederertor wurden verrammelt, die Brücke am inneren Steintor durften nur noch Fußgänger passieren[254]. Die militärischen Vorkehrungen erreichten schließlich Ende Jänner ihren Höhepunkt, als an den Salz-

250 *Landauer,* a. a. O., S. 20; auf den Akten des Wiener Kriegsarchivs basiert der Aufsatz von *Josef Karl Mayr,* Aufmarsch um Salzburg 1816, in: MGSL 100, 1960, S. 309–359; *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 512, leugnet übrigens militärische Demonstrationen. Tatsächlich wurde Montgelas sowohl von Preysing als auch von Mieg laufend über die österreichischen Truppenbewegungen informiert; so schrieb Mieg am 8. Dezember 1815 an Montgelas: „Ob wie allerdings zu vermuthen ist, die dermaligen Bewegungen der an der bayerischen Grenze verwailenden österreichischen Truppen blose Demonstrationen seyen, um durch Drohung, vielleicht durch wirklichen Versuch eines Gewaltstreichs dem kgl. baierischen Gouvernement zu imponieren um eine nachtheiligen Ländertausch zu erzwingen, oder ob zum Hohne der so laut posaunenden Gerechtigkeitspolitik Europa in allem Ernste den Scandal einer gewaltsamen Spoliation eines verbündeten Staats, dem vor kurzem noch alle seine Besizungen feierlichst garantiert worden sind, erblicken solle, so bleibt gewiß, daß das höchst sonderbare Benehmen unserer theuren Freunde gen Osten, die übereinstimmenden, mit unglaublicher Effranterie selbst in hiesiger Stadt von ihren Offiziers ausgebreitet werdenden Äußerungen von ehestens bevorstehender militärischer Besetzung dieses Landes . . . der Aufmerksamkeit nicht unwürdigen seyen . . ."; HSTA MA 39517.

251 *Josef K. Mayr,* Aufmarsch, S. 320f.

252 *Josef K. Mayr,* Aufmarsch, S. 322f.

253 STAM Skr 629.

254 SLA, *Rauchenbichler,* Die letzten sechs Monate.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

burger Festungskommandanten Oberst von Epplen die Anweisung erging, im Falle eines Eindringens österreichischer Truppen in den Salzachkreis die Inn- und Salzachbrücken von Laufen, Braunau, Burghausen, Schärding und Passau abbrechen zu lassen[255].

Etwa zur selben Zeit erhielt der Generalkreiskommissar in Salzburg aus München den Wink, patriotische Adressen bei den Bewohnern im Salzachkreis zu sammeln[256]. Für diese Aktion setzten sich besonders Kreiskanzleidirektor von Mieg und der Appellationsgerichtspräsident Graf Lemberg ein. Tatsächlich gingen auch von fast allen Landgerichten solche Adressen in Salzburg ein, die nach München übermittelt und zum größten Teil im Salzachkreisblatt publiziert wurden[257]. Die Resonanz in den Landgerichten war durchaus unterschiedlich, dürfte aber auch von dem entsprechenden Engagement des jeweiligen Landrichters beeinflußt gewesen sein. Während in den meisten Landgerichten die Stimmung offensichtlich loyal war, traf dies nicht auf Hallein und die Kreishauptstadt zu.

Auch auf die in Salzburg stationierten Truppen war kein Verlaß mehr. Als General Wrede vom König und Montgelas gefragt wurde, ob er gegen einen österreichischen Angriff genügend vorbereitet sei, mußte er indirekt die völlige Unzuverlässigkeit der bayerischen Truppen eingestehen[258]. Der österreichische Hof war über die wahren Verhältnisse bestens informiert; so konnte Metternich über die letzte Zeit der bayerischen Regierung in Salzburg spöttisch urteilen: „Das bekannte bayerische Polizeipublikandum im Salzburgischen und im Innviertel beweist durch seine Seichtheit sowie durch das ganze Benehmen der bayerischen Behörden, daß der Münchener Hof mehr besorgt ist, die augenblickliche Ruhe in selben Provinzen zu erhalten, als den verlangten Gebietsaustausch nicht durchzuführen"[259]; gleichzeitig empfand es Metternich auch als einen Skandal, daß, nachdem Europa sich inzwischen über die verwikkeltsten Angelegenheiten habe einigen können, noch immer zwei Mächte, deren Interessen so viele Berührungspunkte böten, über Fragen stritten, die auf bloße elende Rechnungsspitzfindigkeiten hinausliefen[260].

Da Wacquant in München bei Montgelas auf kein Entgegenkommen stieß, rief er entsprechend dem Pariser Protokoll die Intervention der Großmächte an, worauf die Vertreter Rußlands, Englands und Preußens in München die österreichischen Vorschläge gegenüber Montgelas unterstützten[261]. Jetzt schien man hier allmählich einzusehen, daß alle

255 GHA NL L. I. ARO 37/1. Drei Anordnungen vom 27. Jänner 1816, im Falle eines Angriffs auf Salzburg wurde den Beamten und dem Generalkreiskommissariat gestattet, die Kreishauptstadt zu verlassen.

256 STAM Skr 629.

257 So im Salzachkreisblatt vom 15. Jänner 1816.

258 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 512.

259 Zit. nach *Landauer,* wie Anm. 198, S. 26.

260 ÖGB I, S. 66f., Weisung Metternichs an Hruby. Mailand, den 16. Jänner 1816.

261 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 71f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Aktionen zu einer Rettung Salzburgs und des Innviertels zum Scheitern verurteilt waren, und die Erbitterung gegen Österreich stieg auf das äußerste. So nahm der bayerische König den preußischen Gesandten nach der Tafel zur Seite, „um in den stärksten Ausdrücken seine Indignation über das Benehmen des österreichischen Hofes gegen ihn zu geben. Er äußerte selbst den Wunsch, noch einen Krieg zwischen Preußen und Österreich zu erleben, wo sodann Preußen keinen eifrigeren Bundesgenossen als Baiern haben und die ganze baierische Nation und Armee neben der preußischen alles, was nur das Gefühl der Nationalehre und Tapferkeit irgend vermöchte, leisten würde“[262].

In dieser äußerst angespannten Situation riet der Kronprinz dazu, einen Sonderbeauftragten zum österreichischen Kaiser nach Mailand zu senden. Bei dieser Mission, die der Kronprinz persönlich zusammen mit Graf Rechberg ausführte, ging es jetzt nur noch darum, die akute Gefahr einer Besetzung der von Österreich beanspruchten Gebiete abzuwenden sowie einige Zugeständnisse zu erreichen[263]. Einen Tag nach seiner Ankunft in Mailand, am 31. Jänner 1816, wurde der Kronprinz in einer Audienz empfangen. Der Versuch des Kronprinzen, den nach seiner Aussage äußerst erbitterten Kaiser zu irgendwelchen Zugeständnissen zu bewegen, scheiterte an dessen Hartnäckigkeit. Metternich und Schwarzenberg versicherten Ludwig, daß es niemals so weit gekommen wäre, wenn seine Mission drei Wochen eher stattgefunden hätte.

Wenigstens gelang es Rechberg in einer Konferenz, den Anspruch auf Kontiguität insofern zu erhalten, als der Main- und Tauberkreis beim Aussterben der regierenden Linie des Hauses Baden an Bayern fallen sollte und so eine Verbindung zwischen dem Hauptland und der linksrheinischen Pfalz hergestellt hätte[264]. Den bayerischen Vorschlag, bis zu diesem Zeitpunkt Bayern das Innviertel als Pfand zu belassen, hatte der Kaiser völlig abgelehnt; statt dessen erklärte er sich auf den Rat Metternichs in einem Schreiben an den bayerischen König überraschend bereit, Bayern bis zur definitiven Erwerbung des Main- und Tauberkreises als Ersatz für den Ausfall der Einkünfte aus diesem Kreis jährlich 100.000 Gulden zu bezahlen. Da Bayern diese Kreise nie erwarb, zahlte Österreich diese Summe bis zum Ende der Donaumonarchie 1918 an seinen bayerischen Nachbarn[265].

Nach seiner Rückkehr aus Mailand hatte sich auch der Kronprinz mit der Abtretung Salzburgs endgültig abgefunden und setzte nun seine Energien für eine rasche Beendigung der Verhandlungen ein[266]; so traf

262 PGB I, S. 50, Bericht Küsters an Friedrich Wilhelm III. vom 25. Jänner 1816.

263 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 73f.; *Landauer,* wie Anm. 198, S. 28f.

264 „Unsere Sache ist zu Ende“, schrieb Rechberg am 6. Februar nach München. „Wir haben den Grundsatz des Zusammenhangs auf dem Papier erhalten. Aber wie weit ist es bis zu seiner Anwendung! Ich wage es nicht daran zu glauben“, zit. nach *Sahrmann,* S. 77; der Main- und Tauberkreis alleine hätte noch nicht die Landbrücke zur Pfalz gebracht.

265 *Sahrmann,* Pfalz oder Salzburg, S. 77f.

266 ÖGB I, S. 80f., Bericht Hrubys an Metternich vom 20. Februar 1816.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

man in München bereits Anstalten, die abzutretenden Lande zu räumen. Am 19. Februar reiste Hofmarschall Washington nach Salzburg ab, um die Übersiedlung des kronprinzlichen Hofes einzuleiten, was man in Salzburg wohl mit Erleichterung wahrnahm[267].

In München wurden in einigen Gesprächen noch letzte Detailfragen geklärt: Die von Utzschneider geforderte Abtretung der Landgerichte Lofer und Saalfelden, deren Wälder das Holz zum Betrieb der Reichenhaller Salinen geliefert hatten, wurde von Österreich abgelehnt. Akzeptiert wurde dagegen die seinerzeit von Graf Preysing verlangte „Salzburger Gmain", allerdings unter dem Vorbehalt, daß österreichischen Truppen der Durchzug durch Reichenhall und Berchtesgaden gestattet werde[268].

Da Montgelas, dem der Kronprinz vorwarf, die Verhandlungen in die Sackgasse geführt zu haben, um seine ohnehin gesunkene Popularität fürchtete, wollte er seinen Namen nicht unter den endgültigen Vertrag setzen. Diese unangenehme Aufgabe sollte Graf Rechberg übernehmen, der sich aber mit dem Hinweis weigerte, daß nicht er die Verhandlungen begonnen habe. Nach längeren Auseinandersetzungen, die sogar zu Rücktrittsdrohungen der beiden führten[269], kam schließlich durch die Vermittlung des Königs ein Kompromiß zustande, indem Montgelas und Rechberg gemeinsam am 14. April 1816 den Vertrag in München unterzeichneten. Österreich erhielt das Amt Vils, das ehemalige Erzstift Salzburg, mit Ausnahme der Landgerichte Waging, Tittmoning und Laufen, soweit sie am linken Ufer der Salzach bzw. Saal lagen, sowie das Inn- und Hausruckviertel, wofür Bayern mit der Rheinpfalz entschädigt wurde. In den geheimen Artikeln versprach Österreich, sich für Militärstraßen einzusetzen; nach Erlöschen der direkten Linie des regierenden badischen Hauses sollte Bayern den Main- und Tauberkreis erhalten. Einstweilen erhielt Bayern die auf 100.000 Gulden geschätzten Einnahmen zugesprochen[270].

Es ist nicht verwunderlich, daß, nachdem die öffentliche Meinung zuvor so nachhaltig gegen eine Abtretung Salzburgs und des Innviertels beeinflußt worden war, jetzt das Ergebnis des Münchener Vertrags in der bayerischen Bevölkerung äußerst unpopulär war und den Gegnern Montgelas' neue Munition lieferte. So berichtete am 23. Juni 1816 der Generalkreiskommissär Freiherr von Schleich Montgelas von der Stimmung der Münchener Bevölkerung: „Viele sagen, sie mögen nicht mehr

267 PGB I, S. 58f., Bericht Küsters an Friedrich Wilhelm III. vom 26. Februar 1816; SLA *Rauchenbichler,* Die letzten sechs Monate. „Eine plötzlich anbrechende Morgenröte aber verkündigte, daß der frohe Tag der Erlösung nicht mehr ferne sey, und drückte die aufgestiegenen Gewitterwolken auf einmal zurück."

268 *Landauer,* wie Anm. 198, S. 30.

269 ÖGB I, S. 77f., Bericht Wacquants an Metternich vom 19. Februar 1816.

270 Text im Anhang; zum bayerisch-badischen Streit vgl. *L. v. Hörmann,* Der bayerisch-badische Gebietsstreit, Berlin 1938.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

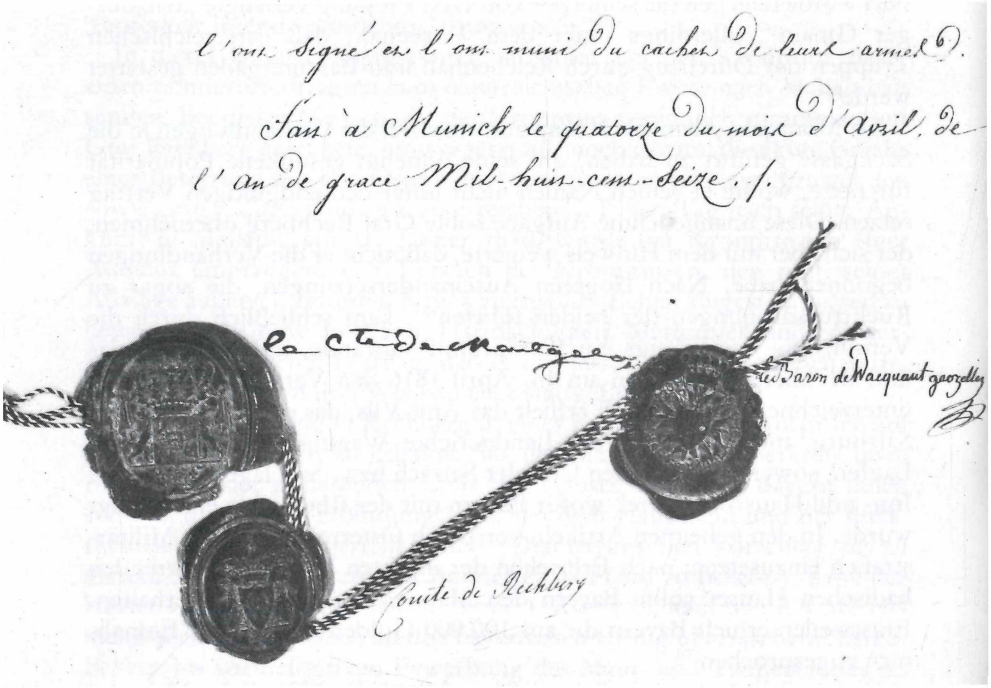


Abb. 1 Die letzte Seite des Münchener Vertrages von 1816 mit den einzelnen Paraphen (Bayer. Hauptstaatsarchiv München, Bayern Urk. 1596).

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

auf die Karte schauen, seitdem Baiern seine Grenzen so widernatürlich verändert habe."[271] Der österreichische Gesandte in München, Freiherr von Hruby, bemühte sich, auch die positiven Stimmen zu sehen. Viele der aus Zweibrücken stammenden Staatsdiener seien über eine Wiedervereinigung ihres Vaterlandes mit Bayern erfreut. Der Kronprinz hätte sich beruhigt, er hoffe seinen Lieblingswunsch, die Erwerbung der rechtsrheinischen Pfalz mit Heidelberg, in Erfüllung gehen zu sehen. „Nur den sog. Altbaiern, deren Patriotismus eigentlich in der Mißachtung alles ihnen nicht ähnlich Rohen und Stumpfen besteht und die den Rheinländer gleich den Österreicher hassen, ist die damalige Trennung des Innviertels von Baiern ein wahres Gräuel. Ihr Klagegeschrei wird durch das Schimpfen mehrerer hierher geflüchteter bankerottierter Politiker und sonstiger dienstsuchender Egoisten noch bedeutend vermehrt."[272]

Eine etwas tiefer gehende und wohl auch den Kern der Sache treffende Interpretation gab der preußische Gesandte in seinem Neujahrsbericht von 1817[273]: Bayern hätte nach seinem Bündniswechsel 1813 und nach dem Sturz Napoleons im Grunde genommen eine Großmacht-Rolle spielen wollen und hätte dabei insbesondere Preußen seine Vorrangstellung im Befreiungskampf verübelt. Die Verhandlungen des Wiener Kongresses hätten dann schrittweise eine zunehmende Desillusionierung hervorgerufen, die schließlich zu der Erkenntnis geführt habe, „sich selber mit der Rolle einer deutschen Macht begnügen" zu müssen. Freilich war in der folgenden Zeit bei den Verhandlungen zu der Konstitution eines Bundestages ein noch verstärkteres Festhalten an der bayerischen Souveränität eine Reaktion auf diese Einsicht[274].

Nicht uninteressant ist die ambivalente Beurteilung des Münchener Vertrages durch den leitenden Minister[275]; rückblickend hob Montgelas vor allem den geringen wirtschaftlichen Wert der abgetretenen Gebiete hervor: Bayern sei im Besitz der Gebiete links der Salzach und Saal und damit auch im Besitz der besten und einträglichsten Bestandteile des ehemaligen Fürstentums Salzburg verblieben und habe außerdem die für den Salzabbau wichtige Fürstpropstei Berchtesgaden behalten können. Die Bevölkerung Salzburgs habe sich nach der Abtretung weiter verringert, die Auswanderung sei durch wachsendes Elend begünstigt worden. Der Verlust Salzburgs und des Innviertels war sicherlich einer der Gründe,

271 Zit. nach *Walter Demel,* Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817, Diss. masch., München 1981, S. 128.

272 ÖGB I, S. 98, Bericht Hrubys an Metternich vom 27. April 1816.

273 PGB I, S. 88–111, Bericht Küsters an Fürst Hardenberg vom 1. Jänner 1817.

274 Zur Mission Rechbergs in Hinblick auf das Projekt einer deutschen Verfassung und eines Bundestages: *K. O. von Aretin,* Die deutsche Politik Bayerns in der Zeit der staatlichen Entwicklung des Deutschen Bundes 1814–1820, Diss. masch., München 1954; *Wolfgang Quint,* Souveränitätsbegriff, S. 37f., 41f., 346f., 407f.

275 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 514f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die zu dem Sturz des Ministers im Jahr 1817 führten und ihm als eine schwere politische Niederlage im Gedächtnis bleiben mußte[276]. Hier wird deshalb das Bemühen Montgelas' ganz besonders deutlich, die Abtretungen als eine geradezu wirtschaftspolitische Notwendigkeit und für Bayern optimale Lösung zu rechtfertigen, die er lediglich dadurch abschwächte, daß die abgetretenen Gebiete bei allen ihren sonstigen Mängeln den nicht wohl zu ersetzenden Vorteil boten, daß sie aufgrund von Gemeinsamkeiten in Sprache und Mentalität für eine Integration geeigneter schienen.

Rein rechnerisch hatte Bayern durch die territoriale Neuordnung insgesamt etwa 96.000 Menschen zu seiner Gesamtbevölkerung von schätzungsweise 3,504.000 Einwohnern hinzugewonnen. Was die Einkünfte der abgetretenen und neu erworbenen Gebiete betraf, so hielten sie sich zunächst in etwa die Waage. Erst mit der fortschreitenden Industrialisierung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wog die Pfalz sicherlich schwerer als Salzburg und das Innviertel[277].

Nicht nur auf der bayerischen Seite sollte es eine Zeit dauern, bis man sich mit dem Ergebnis des Münchener Vertrags abgefunden hatte. Der teilweise so ersehnte Anschluß Salzburgs an Österreich stand unter recht ungünstigen Vorzeichen. Das Hungerjahr 1816 ließ den Verlust des für die Landwirtschaft so wichtigen Rupertiwinkels besonders schmerzlich erscheinen. So kann man von der Salzburger Perspektive aus feststellen, daß das unbestritten positive Ergebnis des Münchener Vertrages, nämlich die Beseitigung einer Jahrhunderte dauernden Rivalität zwischen Bayern und Österreich, die gerade in der Auseinandersetzung um Salzburg ein letztes Mal mit aller Härte aufgebrochen war, in erster Linie zu Lasten des alten Erzstifts gegangen war.

276 Wenn *Quint,* Souveränitätsbegriff, S. 405f. im Zusammenhang mit der Abtretung Salzburgs von einem Schock spricht und sie als schwerste politische Niederlage Montgelas' bezeichnet, so ist dies zumindest aus der Sicht des Ministers selbst überzogen, der schon früh die Risiken, die Bayern mit der Erwerbung ehemals österreichischer Gebiete eingegangen war, erkannt hatte.

277 *Eberhard Weis,* 150 Jahre Pfalz-Bayern. Der Münchener Vertrag von 1816 zwischen Bayern und Österreich, in: Stimme der Pfalz, 17/1, 1966, S. 4–8, hier S. 5, nannte den Münchener Vertrag auf lange Sicht gesehen für Bayern das Optimum, das sich bei realistischer Einschätzung der Gegebenheiten erreichen ließ. Zur Integration der Pfalz vgl. *Heiner Haan,* Hauptstaat – Nebenstaat. Briefe und Akten zum Anschluß der Pfalz an Bayern 1815/17 (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung, Bd. 29), Koblenz 1977.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

B. Die Maßnahmen der bayerischen Verwaltung im Salzachkreis

I. BEHÖRDENORGANISATION UND BEAMTE IM SALZACHKREIS

1. Die Besitzergreifung Salzburgs durch die bayerische Hofkommission am 30. September 1810

Bereits im April 1810 war der bisherige Generalkreiskommissär des Unterdonaukreises in Passau, Karl Graf von Preysing, zum Leiter der Hofkommission für die Besitzergreifung Salzburgs ernannt worden. Da sich die Klärung von Detailfragen wider Erwarten in die Länge gezogen hatte, konnte erst am 18. September die Öffentlichkeit in einer „Nachricht an das Publikum" durch die Generallandesadministration von dem in Frankfurt abgeschlossenen Übergabsvertrag informiert werden, so daß anders lautende Gerüchte in Salzburg jetzt endgültig verstummten[278]. Schon am folgenden Tag erließ der bayerische König das Besitzergreifungspatent für Salzburg, Berchtesgaden und die entsprechenden Teile des Inn- und Hausruckviertels[279]. Die für Preysing ausgestellte Instruktion läßt deutlich erkennen, daß spektakuläre Maßnahmen vermieden werden sollten[280].

Preysing selbst traf am 26. September 1810 völlig unerwartet in Salzburg inkognito ein, womit ein feierlicher Empfang vereitelt wurde[281]. Einen Tag später stattete er mit den übrigen Mitgliedern der Hofkommission, dem Obersteuerrat von Sutner, dem Legationsrat von Hörmann sowie dem Sekretär Graf von Lerchenfeld, dem französischen Intendanten einen Besuch ab. Am 30. September schließlich fand der feierliche Besitzwechsel statt[282]. An diesem Tag versammelten sich bei dem französischen Intendanten Thomas sämtliche Vertreter der Salzburger Behörden, an der Spitze die Generallandesadministration. Der Intendant verlas den Inhalt des am 12. September in Frankfurt abgeschlossenen Übergabsvertrags und erklärte darauf, daß er die Beamten aus ihrem Seiner Majestät dem französischen Kaiser geschworenen Diensteid entlasse und die Administration in die Hände der bayerischen Hofkommission übergebe.

278 HSTA Salzburg Hofkommission 63/3.

279 Rbl 1810, 857f.

280 HSTA Salzburg Hofkommission 63/4: „Die bisherigen k. österreichischen, oder sonst bisher vorhandene Wappen sind mit aller Bescheidenheit abzunehmen, und dafür unsere Wappen zu affizieren . . . Eure Aufmerksamkeit muß ferner vorzüglich auf das Dienst Personal gerichtet sein um euch davon eine vollständige Notiz zu verschaffen und Wir sehen einer ausführlichen Charakteristik desselben entgegen . . ."

281 Salzburg Archiv St. Peter, Hs A 80 Tagebuch Dominikus Hagenauer.

282 Die Darstellung folgt dem Bericht über die „Besitznahme Salzburgs für die Krone Baiern", im Intelligenzblatt von Salzburg vom 6. Oktober 1810, S. 623–634.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Nachdem Graf von Preysing darauf das Besitznahmepatent und seine Vollmacht hatte verlesen lassen, ging er in seiner Rede sowohl auf die Vergangenheit als auch auf die Zukunft Salzburgs ein: „Nach dem Verlaufe eines Jahrtausends wird Salzburg seinem Mutterlande wieder einverleibt, mit welchem es bis auf die letzten Jahre politische Verhältnisse, wenn gleich nur locker, fester aber, und auch dann noch, als jene zerrissen, Gleichheit des Ursprunges und der Sitten der Bewohner, Natur und Lage des Landes, und wechselseitiges Bedürfnis erhalten hatten . . . Indem durch das Einstürzen der politischen Scheidewand, welche sie bisher von ihren Nachbarn trennte, sich ein neuer Weg für den Absatz des vorzüglichsten Landesproduktes öffnet, hören zugleich die Verhältnisse auf, welche bisher die Zufuhr mangels der Nahrungsmittel aus dem getreidereichen Baiern erschwerten und beengten . . . Allein nicht bloß für Befriedigung physischer Bedürfnisse soll gesorgt werden. Noch vor nicht langer Zeit hat Salzburg durch Aufklärung und Gelehrsamkeit eine vorzügliche Stelle behauptet: eine Regierung, die das Licht fördert und die Wissenschaften liebt, wird seinen geistvollen Bewohnern Kraft und Mut geben, sich auf die vorige Stufe allgemeiner Bildung und litterärischem Ruhms zu erschwingen." Preysing bewies mit dieser Rede, daß er geschickt auf die Interessen der Salzburger eingehen konnte. Ähnlich, wie zuvor in den Flugschriften argumentiert worden war, erinnerte er an eine gemeinsame mittelalterliche Vergangenheit sowie an die wirtschaftlichen Vorteile, die eine Integration nur fördern mußten.

In seiner Erwiderungsrede kam der Fürstbischof von Chiemsee auch auf die jüngste Vergangenheit Salzburgs zu sprechen, die schnell aufeinander gefolgten Regierungsveränderungen hätten zwar die Kräfte und das Vermögen der ohnehin niemals reichen Provinz Salzburg erschüttert, allein sie seien nicht imstande gewesen, den treuen und rechtschaffenen Charakter der Gebirgsbewohner zu beeinflussen. Der Fürstbischof, der bei den Tiroler Unruhen im Jahr 1809 als Präsident der Generallandesadministration eine Vermittlerrolle ausgeübt hatte, spielte damit auf das damals weitgehend loyale Verhalten der Salzburger Gebirgsbevölkerung an.

Nach der Vereidigung der salzburgischen Beamten und Stände[283] wurde das Besitznahmepatent auf dem Balkon der Residenz dem auf dem Domplatz versammelten Volk vorgelesen. „Die auf dem Domplatz aufgestellten Truppen präsentierten das Gewehr und schlugen nach geendigter Publikation den Marsch, 50 Kanonenschüsse wurden gelöst und alle Glocken tönten in das oftmalige: Vivat Maximilian Joseph." Mit einem feierlichen Hochamt im Dom, das vom Fürstbischof von Chiemsee

283 HSTA Salzburg Hofkommission 63/4 1/2 Verpflichtungsprotokoll der salzburgischen Beamten und Stände, aufgenommen zu Salzburg, den 30. September 1810, mit deren Unterschriften.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

zelebriert wurde, einem Festbankett am Nachmittag, einer Theateraufführung am Abend und einem anschließenden Ball im Rathaus gingen die sorgfältig vorbereiteten Feierlichkeiten schließlich zu Ende[284].

2. Der bayerische Kronprinz als Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises

Als eine der Hauptursachen für die Tiroler Unruhen hatte der französische Gesandte in München, Graf Otto, die Entfremdung zwischen der dortigen Bevölkerung und dem Herrscherhaus bezeichnet[285]. Der bayerische König griff den Vorschlag Napoleons auf, dem Beispiel Österreichs zu folgen und ein Mitglied des Herrscherhauses im Lande residieren zu lassen. Auf diese Weise sollte offensichtlich dem in Tirol sehr populären Erzherzog Johann eine Persönlichkeit des bayerischen Herrscherhauses gegenübergestellt werden. Der ursprüngliche Plan Montgelas', den Kronprinzen als Statthalter in Tirol residieren zu lassen, wurde nach der Teilung dieses Landes nicht realisiert.

Bereits im Oktober 1810 wurden zwei Deputationen von Salzburg nach München geschickt, eine von der Landschaft mit dem Fürstbischof von Chiemsee, die andere von der Bürgerschaft mit dem Stadtsyndikus von Kleinmayrn und dem Bürgermeister Heffter an der Spitze[286]. In einer Audienz teilte der König den Deputierten mit, daß er seinen Sohn, den Kronprinzen, nach Salzburg senden und dort für ihn das Palais Mirabell einrichten lassen wolle. Die formelle Ernennung des Kronprinzen zum Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises erfolgte am 14. Oktober 1810[287].

Außer dem Oberkommando über die in diesen beiden Kreisen stationierten Truppen besaß der Kronprinz keine nennenswerten Kompetenzen. Seine Ernennung diente nicht nur dazu, den „Thronerben, durch Eröffnung eines näheren Zutritts zu dem vollziehenden Theile der Regierungsgeschäfte eines der wesentlichsten Vorbereitungsmittel zu seiner künftigen Bestimmung zu verschaffen", sondern sollte sicherlich dazu beitragen, die öffentliche Meinung zugunsten Bayerns zu beeinflussen, was größtenteils auch gelang. Aufgrund seines umgänglichen Wesens, seiner antifranzösischen Einstellung war der Kronprinz, dem die Salzburger Verhältnisse noch von den militärischen Operationen im Jahr 1809 her vertraut waren und der erstmals am 15. Juli 1811 in Salzburg

284 „Besonders wollte das Vivatrufen im Haupttheater kein Ende nehmen", Preysing, am 1. Oktober 1810 an den König; HSTA Salzburg Hofkommission 63/6.

285 Ferdinand *Hirn,* Geschichte Tirols von 1809–1814, Innsbruck 1913, S. 142.

286 HSTA MA 39243.

287 GHA Nachlaß Ludwig I. ARO 37/2.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

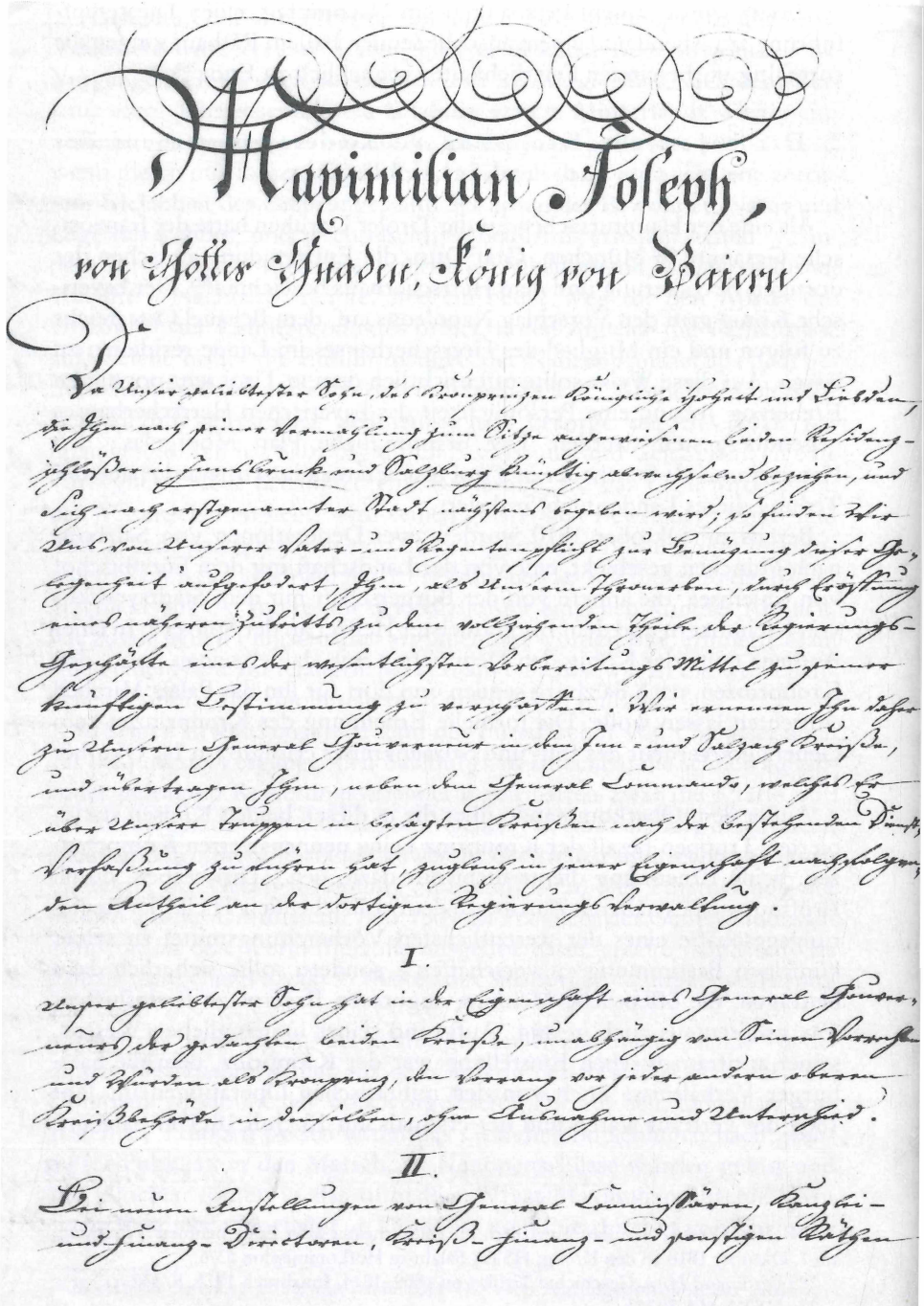


Abb. 2 Ernennungsurkunde des Kronprinzen Ludwig zum Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises (München, Geheimes Hausarchiv, Nachlaß Ludwigs I., ARO 37/II).

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at



Abb. 3 Porträt des Kronprinzen Ludwig von Bayern.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at



Abb. 4 Porträt des Königs Max I. Joseph von Bayern.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at



Abb. 5 Porträt des Ministers Maximilian Joseph Graf von Montgelas, Bayerischer Staatsminister von 1799 bis 1817.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

eintraf, um hier das Schloß Mirabell zu beziehen, als Ansprechpartner und Integrationsfigur geradezu prädestiniert[288].

Einige Male hat sich der Kronprinz, meist auf einen Vorschlag Preysings hin, durch dessen Jahresberichte, eine der wichtigsten Quellen für die bayerische Verwaltungstätigkeit in Salzburg, er über sämtliche Zweige der Verwaltung gründlich informiert wurde, auch selbst für die Belange des Kreises gegenüber den Münchner Zentralbehörden eingesetzt. Darüber hinaus sollte er von dem Generalkreiskommissariat besonders über „Vorfälle, welche die Ruhe und Sicherheit des Kreises betreffen", unterrichtet werden. Nicht zuletzt aus der Kenntnis der öffentlichen Meinung wurde er veranlaßt, im Jahr 1813 gegenüber dem zögernden Außenminister Montgelas immer energischer die Abkehr von dem Bündnis mit Frankreich zu fordern.

Die glänzende Hofhaltung des Kronprinzen im Schloß Mirabell, in dem er in den Sommermonaten residierte, und an der beispielsweise anläßlich seines Namenstages auch die Salzburger Bevölkerung teilnehmen konnte, stand in deutlichem Kontrast zu seinen „Vorgängern", dem Fürsterzbischof Colloredo und dem Kurfürst Ferdinand[289]. Am 1. Juni 1815 wurde der Sohn des Kronprinzen, Prinz Otto, der spätere König von Griechenland, in Salzburg geboren. Seine feierliche Taufe am darauffolgenden Tag im Dom, die der Salzburger Domherr Graf von Spaur vornahm und bei der der Generalkreiskommissär Graf von Preysing den Taufpaten, den Herzog von Sachsen Hildburghausen, den Vater der Kronprinzessin, vertrat, dürfte die letzte große Feierlichkeit in der bayerischen Ära Salzburgs gewesen sein[290].

Obwohl Pfälzer von Geburt und sich der alten Bindung seines Hauses an die pfälzischen Stammlande bewußt, hatte der Kronprinz im Lauf der Zeit eine tiefe, gefühlsmäßige Zuneigung zu Salzburg entwickelt, die ihn über die realpolitischen Gründe hinaus bei den diplomatischen Auseinandersetzungen um Salzburg auf dem Wiener Kongreß schließlich zu einer eindeutigen Stellungnahme für Salzburg veranlaßte. Auch nach der Abtretung Salzburgs blieb Ludwig, der 1842 einer der eifrigsten und großzügigsten Förderer des Mozart-Denkmals wurde, dem Salzburger Land

288 HSTA MA 39242. Bereits am 16. August 1810 hatte der Fürstbischof von Chiemsee an den König geschrieben: „Salzburg ist durch dreimalige Kriegsereignisse und feindliche Invasionen ganz zu Grunde gerichtet . . . Wir müßten die allergnädigste Langmuth E. Kgl. M. zu ermüden befürchten, wenn wir die einzelnen Details hier aufzählen wollen und wir können dieses um so füglicher unterlassen, als die leidigen Verhältnisse des Landes Salzburg S. M. des Herrn Kronprinzen kgl. Hoheit theils selbst zur Genüge bekannt, theils von höchstdemselben zu unserem noch lebhaftesten Danke gnädigst gewürdigt worden sind." Die Schilderung der Ankunftsfeier des Kronprinzen in Salzburg, in: Skbl 1811, S. 516–588.

289 *Friedrich Graf von Spaur,* Spaziergänge in den Umgebungen von Salzburg, Salzburg 1813, S. 150f.

290 *Vinzenz Maria Süss,* Die Bürgermeister in Salzburg von 1433 bis 1840, Salzburg 1840, S. 171f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

verbunden. Noch im Jahr 1851 erwarb er das in der Nähe von Salzburg gelegene Schloß Leopoldskron, wo er sich bis zu seinem Tode, fast jedes zweite Jahr, mehrere Monate lang aufhielt[291].

3. Die Organisation der Mittel- und Unterbehörden

Die bayerische Konstitution von 1808 hatte alle Privilegien der bisherigen Landesteile und Provinzen aufgehoben, aus dem „Aggregat verschiedener Bestandteile" sollte ein „gleichförmiger" Staat gebildet werden[292]. Ausschlaggebend für die Neueinteilung der Kreise waren primär verwaltungstopographische Gesichtspunkte. Mitunter wurde die Einteilung in etwa gleich große, wie in Frankreich nach Flußnamen bezeichnete Kreise kritisiert, da sie deren historische Entwicklung weitgehend ignorierte. Allerdings sollten auch „Bezirke, welche durch gleichere Sitten und die Gewohnheit langer Jahre miteinander verbunden sind", vereinigt bleiben, d. h., daß historisch gewachsene Bindungen nicht völlig außer acht gelassen wurden. Diese Forderung konnte bei der Neuformation des Salzachkreises weitgehend realisiert werden, so hatte sich Montgelas schon 1810 zufrieden über die Homogenität der neuen Erwerbungen geäußert, die ihm als die optimale Voraussetzung für eine effiziente Verwaltung erschien.

Im Jahr 1808 waren auch die einzelnen Landesdirektionen in Generalkreiskommissariate umgewandelt worden[293]. An der Spitze dieser Mittelbehörde, dem Vorgänger der späteren Kreisregierungen und Regierungsbezirke, stand der Generalkreiskommissär, außerdem ein Kanzleidirektor sowie vier Kreisräte. Das Generalkreiskommissariat war in erster Linie als Mittelstelle der Verwaltung für die Durchführung der von den Zentralstellen in den Ministerien erteilten Weisungen und für die Kontrolle der Verwaltung der Außenämter zuständig. Die Weisungen waren meist mit der Unterschrift des Ministers unterzeichnet, da in den Ministerien das Kollegialsystem abgeschafft und durch das Direktorialprinzip mit alleiniger Entscheidungsgewalt des Ministers ersetzt worden war. Der Aufgabenbereich des Generalkreiskommissariats war also relativ begrenzt, erst seit 1811 wurde sukzessive eine geringfügige Dezentralisierung durchgeführt und den Kreisbehörden mehr Kompetenzen in Schul-, Stiftungs- und Kirchenangelegenheiten, in Gewerbe- und Handelssachen sowie in der Baupolizei und in der Aufsicht über die Kommunalstraßen erteilt.

Darüber hinaus bestand die wohl wesentlichste Aufgabe der Generalkreiskommissäre darin, Berichte über die lokalen Besonderheiten ihrer

291 Vgl. *Robert Landauer,* König Ludwig I. von Bayern und Salzburg, in: ZBLG 7, 1934, S. 488–491.

292 Rbl 1808, S. 985–1000.

293 *Wilhelm Volkert* (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799–1980, München 1983, S. 35f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Bezirke zu erstatten, d. h. die Zentralstellen mit den für eine Entscheidung notwendigen Informationen zu versorgen. Montgelas zog auch die Generalkreiskommissariate zur Mitarbeit bei den Reformen heran, so ergingen zahlreiche Entschließungen mit dem Auftrag an die Behörden, „Verbesserungsvorschläge in den einzelnen Teilen der Administration nach den lokalen und allgemeinen Bedürfnissen" in die Geschäfts- und Verwaltungsberichte aufzunehmen, wozu vor allem statistische Unterlagen angefordert wurden, was diese nicht selten überforderte[294].

Nach der Auflösung der Generallandesadministration am 10. Oktober 1810, die jetzt nur noch eine „hemmende Mittelstelle" darstellte, trat laut öffentlicher Bekanntmachung vom selben Tag die Regierung wieder in ihre vormalige Wirksamkeit ein[295]. Die zunächst noch provisorische Behörde hielt ihre erste Sitzung am 18. Oktober 1810 unter dem Vorsitz des Hofkommissärs ab.

Nach dem Vorbild der Zentralbehörden war die Finanzverwaltung auch in den Mittelbehörden getrennt worden, so daß diese auch in Salzburg einer eigenen Kreisfinanzdirektion mit einem Direktor und zwei Räten unterstand, womit eine gewisse gegenseitige Kontrolle dieser beiden Mittelbehörden gewährleistet war[296].

Der ebenfalls vorgeschriebenen Trennung der Justiz und der Verwaltung im Bereich der Mittelbehörden wurde im Salzachkreis dadurch Rechnung getragen, daß das Appellationsgericht des Kreises in Burghausen, das Generalkreiskommissariat dagegen natürlich seinen Sitz in der Kreishauptstadt hatte, wo es sich übrigens im sogenannten Neubau auf dem Residenzplatz, zugleich dem Amtswohnsitz Preysings, befand.

a) Die Neuorganisation der Landgerichte und Rentämter

Am 23. September 1810 erfolgte die Neueinteilung des Königreichs Bayern, die Anzahl der Kreise wurde jetzt von fünfzehn auf neun reduziert[297]. Das Generalkreiskommissariat des Salzachkreises, das genau zwei Jahre, vom August 1808 bis zum August 1810, seinen Sitz in Burghausen unter dem Generalkreiskommissär Ferdinand Freiherrn von Schleich hatte, nahm am 1. November 1810 seine Tätigkeit in Salzburg auf.

In einer am 19. Oktober 1810 erlassenen, die Landgerichtsorganisation im Salzachkreis betreffenen Instruktion wurden folgende Grundsätze

294 *Josef Kleindinst,* Geschichte der neueren bayerischen Statistik (Beiträge zur Statistik Bayerns 86), München 1914, S. 3; so schrieb Preysing: „Die in soviel Zweige gehende Trennung der höchsten Behörden hat für das Generalkreiskommissariat und die äußeren Behörden die ungünstige Folge, daß sie oft zur nämlichen Zeit von allen Seiten her mit Arbeiten gedrängt werden, während eine höhere Behörde von den Anordnungen der anderen keine Kenntnis hat"; GHA ARO 37/2 JB 1811/12.

295 HSTA MA 39243.

296 *Michael Doeberl,* Entwicklungsgeschichte Bayerns, Bd. 2, Vom Westfälischen Frieden bis zum Tode König Maximilians I., München 1928, S. 459f.

297 Rbl 1810, S. 809–816.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

aufgestellt[298]: Der durch die Trennung der Landgerichte von den Rentämtern, die als selbständige Behörden eine effektivere Einnahme und Verwaltung der Steuern gewährleisten sollten, hervorgerufene höhere Personalaufwand sollte durch einen größeren Umfang der neuen Landgerichts- und Rentamtsbezirke ausgeglichen werden. Im Flachland sollte ein Landgerichtsbezirk auf ca. 20.000 Einwohner zugeschnitten werden, dagegen sollte im Gebirge, wo die Untertanen oft lange und beschwerliche Anwege zu dem nächsten Amtssitz in Kauf nehmen mußten, das wenige Monate zuvor erstmals bei den Tiroler Landgerichten eingeführte Klassifikationssystem nach drei Stufen angewandt werden. Für diese Regelung waren zweifellos finanzielle Gründe ausschlaggebend, denn ein Landgericht 3. Klasse besaß weder einen Aktuar noch einen Adjunkten, wodurch auch eine kollegiale Urteilsfindung nicht möglich war[299]. Ferner sollte keines der bisherigen Pfleg- oder Untergerichte zerrissen werden, sondern als Bestandteil eines neuen Landgerichts seinen alten Umfang behalten. Als oberster Grundsatz bei der Wahl der künftigen Landgerichtssitze sollten lokale Voraussetzungen berücksichtigt werden, wie die zentrale Lage, die notwendigen Amtsgebäude, der Wohlstand einer Stadt oder eines Marktes, „welche bisher der Sitz einer öffentlichen Behörde war und durch deren Verlust empfindlich leiden müßte". Es zeigte sich jedoch, daß diese Instruktion, die einen Kompromiß zwischen der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform und der Rücksichtnahme auf bestehende Verwaltungsstrukturen darstellte, in der Realität nicht durchführbar war.

So kämpften die Gemeinden von Großarl und Lofer, die ihre Landgerichte an St. Johann und Reichenhall hatten abgeben müssen, geradezu erbittert um die Wiedererrichtung ihrer Landgerichte mit dem Hinweis auf die zentrale Lage ihrer Gemeinden und den großen wirtschaftlichen Verlust, den sie jetzt zu erleiden hätten[300]. Selbst der ehemalige Pflegrichter von Großarl wehrte sich gegen eine Verlegung des Landgerichts nach St. Johann u. a. mit dem etwas merkwürdigem Argument, die Großarler seien durch die Lage ihrer Heimat von allem geselligen Lebensverkehr abgeschnitten und bildeten einen eigenen Menschenschlag, der hinter den übrigen Gebirgsbewohnern um mindestens fünfzig Jahre zurück sei. Eine blinde Vorliebe für alte Gewohnheiten und ein hoher Grad von Gleichgültigkeit gegen jede bessere Bodenkultur erfordere die Nähe eines Beamten.

Gewichtigere Gründe für die Notwendigkeit eines Landgerichts in Lofer und in diesem Zusammenhang auch für die von der Gemeinde Reit

298 HSTA Salzburg Hofkommission 65/56; zu der Einführung von Rentämtern, vgl. *Sebastian Hiereth,* Die bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation vom 13. bis 19. Jahrhundert, München 1950, S. 22.

299 *Fridolin Dörrer,* Die bayerischen Verwaltungssprengel in Tirol 1806–1814, in: Tiroler Heimat 22, 1958, S. 83–132, hier S. 119f.

300 HSTA MInn 34578/II.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

im Winkl erbetene Errichtung eines Landgerichts in Marquartstein führte der Generalkreiskommissär an: Lofer, an einer Kreuzung mehrerer Hauptstraßen gelegen, sei in politischer und polizeilicher Hinsicht, nicht zuletzt als Militäretappenstation, ein zentraler Punkt. Die Polizeistation zu Lofer sei mit der Überwachung der oft blutigen Raufhändel und der Deserteure überfordert[301].

Beide Änderungsvorschläge wurden von dem zuständigen Referenten im Ministerium, Graf von Arco, der die Neueinteilung im wesentlichen initiiert hatte, abgelehnt. Allerdings wurden bei der Ablehnung die verwaltungstopographischen Gründe weitgehend ignoriert und dagegen die Befürchtung in den Vordergrund gestellt, eine Befürwortung der Gesuche würde einen Präzedenzfall schaffen und das „Land würde mit Gerichten III. Classe überschwemmt werden"[302]. Im Falle Lofers hielt Graf von Arco die Argumente Preysings selbst für stichhaltig, verschob jedoch eine Änderung bis zu dem Zeitpunkt, an dem über die Beibehaltung des Klassifikationssystems entschieden werden sollte.

Im Grunde genommen konnte also im Salzachkreis die Neuorganisation der Landgerichte nicht zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen, da man sich nicht zuletzt aus Sparsamkeitsgründen mit Provisorien behalf. So wurden hier sowohl das Klassifikationssystem als auch das in Tirol schon abgeschaffte Assessoralsystem nebeneinander praktiziert, d. h., daß man nach Großarl, Lofer und anderen aufgelösten Gerichtssitzen in regelmäßigen Abständen Aktuare zur Erledigung der sich in der Zwischenzeit angehäuften Amtsgeschäfte schickte. Lediglich die überstürzt angeordnete Zusammenlegung der Landgerichte St. Michael und Tamsweg zum Landgericht Mauterndorf wurde ein halbes Jahr später durch Reskript vom 3. Juli 1811 wieder rückgängig gemacht, wobei ausschlaggebend war, daß in Mauterndorf kein passendes Amtsgebäude vorhanden war und die beiden aufgelösten Landgerichte eine bessere Überwachung der illyrischen bzw. der österreichischen Grenze gewährleisteten[303].

Bei der neuen Einteilung des Salzachkreises, die sich bis in das Frühjahr 1811 hineinzog, wurden von den zehn altbayerischen Gerichten nur die Landgerichte Burghausen (zugleich Stadtgericht), Reichenhall, Simbach und Traunstein übernommen; die Landgerichte Mühldorf, Rosenheim, Trostberg, Vilsbiburg, Wasserburg wurden an den Isarkreis, Eggenfelden an den Unterdonaukreis abgegeben. Vom ehemaligen Erzstift Salzburg, das ja bereits seit 1803 mit der gleichfalls säkularisierten Fürstpropstei Berchtesgaden verbunden war, wurde jetzt das Zillertal, seit Jahrhunderten ein umstrittenes Gebiet zwischen Tirol und Salzburg, an den Innkreis abgetreten[304].

301 HSTA MInn 34578/III, Bericht Preysings vom 24. Februar 1812.

302 HSTA MInn 34578/II, Schreiben vom 13. August 1811.

303 HSTA MInn 34578/II, Die Errichtung zweier Landgerichte im Lungau.

304 Zu den Schwierigkeiten bei der Abtretung des Zillertales an den Innkreis, vgl. *Ferdinand Hirn,* Tirol, S. 143f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Ein Protest des Fürstbischofs von Chiemsee als Präsident der Generallandesadministration gegen diese Maßnahme bei Montgelas war erfolglos geblieben. Erweitert wurde das ehemalige Erzstift 1810/11 ferner um einige Landgerichte des ehemals österreichischen Inn- und Hausruckviertels (Braunau, Frankenmarkt, Grieskirchen, Haag, Ried, Vöcklabruck) sowie um das vom Innkreis abgetretene Landgericht Kitzbühel. Bei den 1810 dem Salzachkreis zugewiesenen Landgerichten ist auch das in Osttirol gelegene Landgericht Windischmatrei aufgeführt. Dieses Landgericht war im Pariser Vertrag als Bestandteil des Fürstentums Salzburg eigentlich an Bayern gefallen, wurde aber von Frankreich für die illyrischen Provinzen beansprucht[305]. Erst nachdem eine diplomatische Intervention des bayerischen Gesandten in Paris gescheitert und Windischmatrei am 8. Februar 1811 formell für Frankreich in Besitz genommen worden war, mußte die bayerische Regierung ihre Ansprüche fallenlassen[306].

Insgesamt betrachtet, kann die neue Kreiseinteilung durchaus als geglückt bezeichnet werden. Die Vereinigung des Erzstifts mit Teilen des Chiemgaus und Oberösterreichs hatte ein Gebilde geschaffen, das, auf die Kreishauptstadt konzentriert, vom imponierender Geschlossenheit war.

Diese Geschlossenheit ging jedoch schon im Jahr 1814 verloren, als die Abtretung Tirols an Österreich eine Änderung der Kreisgrenzen mit sich brachte. Als die Abtretung näher rückte, wurden noch am 28. Dezember 1813 überstürzt durch eine königliche Resolution die tirolischen Landgerichte Kufstein, Rattenberg und Werdenfels dem Isarkreis (!) zugeteilt, eine Maßnahme die nur Verwirrung brachte und offensichtlich nie vollzogen wurde. Auch beim Generalkreiskommissariat des Salzachkreises herrschte längere Zeit Unklarheit, so schrieb Preysing am 16. Juli 1814, also bereits nach der Abtretung Tirols, die im Zillertal stationierten bayerischen Truppen könnten von Salzburg aus nicht mit Naturalienlieferungen versorgt werden, da man nicht wisse, zu welcher Instanz das Landgericht Zell im Zillertal „resortire"[307]. Diese Ungewißheit wurde schließlich durch ein Reskript vom 31. Juli beseitigt, das das Landgericht Zell dem Salzachkreis zuweis, wodurch alle einst salzburgischen Besitzungen im Zillertal, der ehemalige Pflegamtssprengel Fügen und der Burgfrieden Kropfsberg, wieder mit Salzburg vereinigt waren; das Landgericht Kitzbühel war dafür im Austausch mit Tirol abgetreten worden. Aufgrund der isolierten Lage des neuen Landgerichts und dem Umstand, daß Fügen und Zell in jeder Beziehung von Tirol abhängig waren, war eine effektive Verwaltung dieses Gerichts praktisch undurchführbar[308].

---

305 *Hans Limmer,* Der Pariser Vertrag vom 28. Februar 1810, Diss. masch., München 1921, S. 79f., 85f.

306 STAM Skr 628, Schreiben vom Maire des Arrondissements Windischmatrei.

307 HSTA Salzburg Hofkommission 43/147.

308 Damit wurde genau der Status von 1809 mit allen Besonderheiten, Exklaven und Enklaven wiederhergestellt; vgl. *Otto Stolz,* Geschichtskunde des Zillertals, in: Schlern Schriften 63, Innsbruck 1949, S. 71–74; Preysing sprach sich für ein geeigneteres Gebietsäquivalent aus; GHA ARO 37/2 JB 1813/14.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Während, wie bereits erwähnt, im Gegensatz zur österreichischen Zeit die Rentämter als Finanzbehörden von den Landgerichten getrennt worden waren, blieben bei den Unterbehörden aus finanziellen Gründen Justiz (Zivilgerichtsbarkeit in 1. Instanz) und Verwaltung nach wie vor vereinigt, wobei letztere bei weitem überwog. Unter der Aufsicht des Generalkreiskommissärs hatten die Landrichter, die weisungsgebunden waren, in etwa denselben Zuständigkeitsbereich wie die Polizeibehörden, der damals den Gesamtbereich der öffentlichen Sicherheit und der Sozialpolitik, Ansässigmachungs- und Verehelichungswesen, Armen- und Gesundheitswesen sowie die Förderung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft umfaßte[309]. Gerade die Landgerichte wurden oft mit den von den Zentralbehörden angeordneten statistischen und anderen Verwaltungsarbeiten, die eigentlich ihrer Bestimmung fremd waren, oft derart überlastet, daß insbesondere am Quartalsschluß, wenn sich mehrere Terminarbeiten häuften, andere weitaus wichtigere Aufgaben, wie beispielsweise der Behördenverkehr, drastisch eingeschränkt werden mußten und „an die Stelle eines regen für das Wohl der anvertrauten Gemeinden thätigen Geschäftslebens . . . ein todter Mechanismus" trat[310]. So betrachtet, hatte die Intension, daß die Reformen die auf die monarchische Spitze ausgerichtete Staatsgewalt straffen und die Wirksamkeit der Verwaltungsorgane steigern sollten, eigentlich gerade die entgegengesetzte Wirkung.

Größeren Landgerichten wurden eigene Rechtsanwälte zugeteilt. Das Vorgehen gegen „Winkeladvokaten" und die Verpflichtung qualifizierter Rechtsanwälte, von denen im Jahr 1813 insgesamt achtundzwanzig im Salzachkreis praktizierten, mußte den Untertanen zugute kommen[311]. Bezüglich der Kriminalgerichtsbarkeit wurde der Salzachkreis in die Landgerichtsbezirke Laufen, Werfen, Zell/See, Kitzbühel, Mauterndorf sowie den Stadtgerichtsbezirk Salzburg aufgeteilt[312]. Bis zum Inkrafttreten des bayerischen Strafgesetzbuches im Jahr 1813, eines der wichtigsten Strafrechtskodifikationen der späten Aufklärung, wurde in Salzburg das hier seit 1803 bestehende österreichische Strafrecht beibehalten. Man kann jedoch davon ausgehen, daß in der kurzen Zeit bis 1816 eine völlige Ablösung des österreichischen Strafrechts nicht vollzogen wurde[313]. Was

309 *Wilhelm Volkert,* Handbuch, wie Anm. 293, S. 41.

310 GHA ARO 37/2 JB 1812/13. Die positive Beurteilung Stroebels (Bayerische Kriminalpolitik von Kreittmayr bis Feuerbach unter besonderer Berücksichtigung von Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Inn- und Hausruckviertel in der Zeit von 1806–1816, Diss. jur., Marburg 1969, S. 83f.), die Organisation der Landgerichte beschleunigte nicht nur Verwaltung und Rechtsprechung, sondern erleichterte auch ganz erheblich die Angleichung dieser Gebiete an das bayerische Stammland; ohne die Landgerichte wäre es der bayerischen Regierung kaum möglich gewesen, so viele und entscheidende Maßnahmen in so kurzer Zeit durchzuführen, muß erheblich eingeschränkt werden.

311 Rbl 1813, S. 145f.

312 Rbl 1811, S. 835f.

313 *Peter Putzer,* Rechtspflege in Salzburg, in: Salzburger Dokumentationen 44, Salzburg 1979, S. 39–134, hier S. 60f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die Kriminalgefängnisse des Kreises betraf, so befanden sich diese in einem sehr mangelhaften Zustand. Die Anstrengungen, das Strafanstaltswesen in der vom Strafgesetzbuch von 1813 geforderten Weise einzurichten, scheiterte in der bayerischen Ära vor allem an der Finanzierung[314].

Wenn auch die Zusammensetzung des neugebildeten Salzachkreises erstmals durch die Verordnung vom 23. September 1810 über die Territorialeinteilung des Königreichs publiziert wurde, so war die Organisation der Landgerichte erst durch die Verordnung vom 9. Jänner 1811 vorläufig abgeschlossen. Eine Übersicht der Landgerichte des Salzachkreises im Zeitraum von 1810 bis 1816 bzw. von 1808 bis 1817, sofern sie immer dem Salzachkreis angehörten, sieht folgendermaßen aus[315]:

Landgericht	*Einverleibtes Pfleggericht*	*Zeitraum*
Abtenau		1811–1816
Altötting		1810–1817
Berchtesgaden		1811–1817
Braunau	Landgericht Simbach	1810–1816
Burghausen		1808–1817
Burghausen (Stadtgericht)		1809–1817
Frankenmarkt		1810–1816
Gastein		1811–1816
Grieskirchen		1810–1816
Haag		1810–1816
Hallein	Golling	1811–1816
Kitzbühel		1810–1814
Laufen		1810–1817
Mattighofen		1810–1816
Mauerkirchen		1810–1816
Mauterndorf	St. Michael und Tamsweg	Jänn.–Juli 1811
Mittersill		1811–1816
Neumarkt		1810–1816

314 *Klaus R. Stroebel,* Kriminalpolitik, S. 133f.

315 Rbl 1810, 1395; 1811, 49, 835, 850; 1814, 1417; die dazu gehörigen Akten über die Organisation der Landgerichte im Salzachkreis: HSTA MInn 34569; MInn 34578/1–5; nur bedingt benutzbar, da sie nicht die gesamte bayerische Ära abdecken, sind: *Augustin Winkelhofer,* Der Salzach-Kreis, Geographische historische statistische Beschreibung, Salzburg 1813; *Franz Xaver Weilmeyr,* Topographisches Lexikon vom Salzach-Kreise. Aus amtlichen Quellen bearbeitet, 2 Bde., Salzburg 1812; in den einschlägigen Bänden des Historischen Atlas wurde die Zugehörigkeit einzelner altbayerischer Landgerichte zum Salzachkreis im Untersuchungszeitraum so gut wie nicht berücksichtigt. Diese Lücke schließt jetzt *Wilhelm Volkert* (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799–1980, München 1983, S. 410. Von den 37 Pfleggerichten zur Zeit Colloredos bestanden in der bayerischen Zeit noch 16 Gerichte weiter; vgl. die Aufzählung der Pfleggerichte bei *Kleinmayrn,* Juvavia, S. 419f., 429f.; *Wilfried Keplinger,* Land- und Pfleggerichte in Salzburg, in: *Egon Lendl* (Hrsg.), Salzburg-Atlas, Salzburg 1955, S. 100f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Landgericht	*Einverleibtes Pfleggericht*	*Zeitraum*
Radstadt	Wagrain	1811–1816
Reichenhall	Lofer und die „Salzburger Gmain"	1808–1817
Ried		1810–1816
Saalfelden		1811–1816
Salzburg	Neuhaus	1811–1816
Salzburg (Stadtgericht)		1811–1816
St. Johann	Goldeck und Großarl	1811–1816
St. Michael		1811–1816
Tamsweg		1811–1816
Taxenbach		1811–1816
Teisendorf	Waging	1811–1817
Thalgau	St. Gilgen	1811–1816
Tittmoning		1811–1817
Traunstein		1808–1817
Vöcklabruck		1810–1816
Werfen		1811–1816
Zell/See		1811–1816
Zell/Zillertal	Fügen und Burgfrieden Kropfsberg	1814–1816

b) Die Patrimonialgerichte und Fideikommisse im Salzachkreis

Die grundherrliche Gerichtsbarkeit war zweifellos eine der heikelsten Punkte der Agrarerfassung, da ihre Ausübung den adeligen Grundherren gegenüber den Gerichtsuntertanen relativ viel Handlungsspielraum erlaubte. Da sie darüber hinaus die landesherrliche Gerichtsbarkeit einschränkte und der Maxime Montgelas', „daß die Einheit in der Staatsverwaltung in allen ihren Zweigen in einem monarchischen Staate unbedingt notwendig seye", im Wege stand, ging man daran, deren Kompetenzen immer mehr einzuengen[316].

Am weitesten in dieser Richtung ging das „Organische Edikt über die Patrimonialgerichtsbarkeit" vom 8. September 1808, das einerseits durch bestimmte, oft nur schwer erfüllbare Anforderungen an die Flächen- und Untertanenzahl, die Zersplitterung der Gerichtsherrschaft aufheben sollte, andererseits die Patrimonialgerichte eindeutig den Landgerichten unterordnete[317].

Während auf Grund der starken Stellung der Bischöfe und der schwachen Position des, meist geistlichen, Salzburger Adels das Erzstift viel dichter mit unmittelbaren Gütern und Rechten des Landesherrn besetzt

316 *Friederike Hausmann,* Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, Diss. Frankfurt 1975, S. 227f.

317 Rbl 1808, 2245–2257.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

war und hier im Jahr 1800 nur sieben adelige Hofmarken existierten[318], waren diese vor allem im Inn- und Hausruckviertel zahlreich vertreten, wo es beispielsweise im Landgericht Frankenmarkt nur 306 unmittelbare königliche Untertanen gab, während sich die übrigen auf 28 Patrimonialgerichte verteilten.

Wiederholt wies Preysing darauf hin, daß diese Patrimonialgerichte genauestens überwacht werden müßten, wobei er auf einen zentralen Punkt des Reformprogramms, nämlich die Einsetzung qualifizierter, von landesherrlicher Seite bestätigter und ausreichend bezahlter Patrimonialrichter anspielte. Scharfe Kritik übte der Generalkreiskommissär vor allem an den Patrimonialrichtern des Hausruckviertels, wo sich bereits 1810 ein besonders krasser Fall von Amtsmißbrauch zugetragen hatte[319]. Mehrere Untertanen hatten zu einem Zeitpunkt, als die österreichische Währung noch stabil war, bedeutende Summen bei diesen Gerichten hinterlegt, wofür sie von diesen auf eine bestimmte Laufzeit ausgestellte Obligationen erhalten hatten. Nachdem in der österreichischen Inflation die Bancozettel nahezu wertlos geworden waren, ließ ein Patrimonialgericht nach und nach die Besitzer dieser Obligationen kommen und bedrängte diese, ihre Haftscheine einzulösen, was bedeutete, daß sie jetzt nur neue, völlig wertlose Scheine erhielten, so als hätten sie ihr Kapital erst 1810, zur Zeit des schlechten Kurses, angelegt.

Hierbei handelt es sich sicherlich nicht um einen Einzelfall. So gaben gerade die Unter- und Mittelbehörden mit ihrer Kritik an den willkürlichen Bedrückungen der Gerichtsuntertanen, die deren Gleichstellung mit den landesherrlichen Untertanen wünschenswert erscheinen ließen, einen wesentlichen Impuls bei der Neuordnung des Gerichtswesens[320]. Aufschlußreich ist im Salzachkreis der Umstand, daß bei der nach 1812 geplanten, jedoch nicht realisierten Umwandlung der Patrimonialgerichte in Herrschafts- und Ortsgerichte weniger als zwei Drittel der bisherigen Patrimonialrichter als qualifiziert für eine weitere Amtstätigkeit bezeichnet wurden[321].

Dennoch konnte die Hauptursache für die ausufernden Belastungen, die in der unzureichenden Besoldung der Patrimonialrichter zu sehen ist, offensichtlich nicht beseitigt werden, da diese, trotz anderslautender Bestimmungen, nach wie vor auf Taxen und Sporteln angewiesen waren.

---

318 *Johannes Graf von Moÿ*, Die historischen und soziologischen Grundlagen der Salzburger Schlösserkultur, in: MGSL 107, 1967, S. 253–276.

319 GHA ARO 37/2, JB 1812/13.

320 So schrieb Preysing über die Patrimonialgerichtsherren: „All ihr Thun und Lassen ist das Resultat einer ihrem Sinne nach eisernen Nothwendigkeit, und keineswegs des eigenen Willens, der sich mit Schmerz an die alten Zeiten zügelloser Willkühr, ungestrafter Uibervortheilung und Verweigerung der Theilnahme an allgemeinen Lasten erinnert . . . Es wird aus den österreichischen und baierischen Verordnungen ein neuer Kodex von diesen habsüchtigen Gutsherrn zusammengesetzt, der aus jeder Gesetzgebung das aufnimmt, was einträgt, und das ausläßt, was kostet." GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

321 STAM Skr 166.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Daß es in der kurzen Zeit der bayerischen Verwaltung hier zu keiner Reform kam, liegt auch daran, daß die Gesetzgebung in diesem Bereich inkonsequent war. So kann das organische Edikt vom 16. August 1812 insofern als ein Teilerfolg des grundbesitzenden Adels gelten, als jetzt im Gegensatz zur Regelung von 1808 die Bildung von grundherrlichen Gerichten wieder wesentlich erleichtert wurde[322]. Diese widersprüchlichen Maßnahmen sowie die auch im Salzachkreis vorhandene Opposition der adeligen Grundherren, die den Behörden kaum einen Einblick in ihre Unterlagen gewähren ließen, waren laut Preysing die Ursachen, daß der Status quo erhalten blieb[323].

Wie hartnäckig die bayerische Regierung an der Aufrechterhaltung der landesherrlichen Souveränität festhielt, zeigt die Auseinandersetzung um die privat- und staatsrechtlichen Ansprüche des Grafen von Wrede. Dieser hatte im Jahr 1810 als Belohnung für seine militärischen Erfolge gegen Österreich von Napoleon eine Dotation erhalten, die aus den im Inn- und Hausruckviertel gelegenen säkularisierten Klöstern Engelszell, Gasten, Süben und Mondsee bestand[324]. Die Tatsache, daß General von Wrede, der übrigens der einzige französische Donatar in Bayern war, für seine, auf eine Jahresrente von 30.000 Gulden veranschlagte Dotation die bereits 1809 verbotene Bezeichnung „Herrschaftsgericht" in Anspruch nahm und darüber hinaus noch von seinen Grunduntertanen und Beamten den Huldigungseid entgegengenommen hatte, wurde von der Regierung als ein krasser Eingriff in die staatliche Souveränitätsgewalt gewertet.

Nachdem eine längere, lebhaft geführte Korrespondenz zwischen Wrede und dem Generalkreiskommissär Graf von Preysing zu keiner Klärung der gegenseitigen Standpunkte beitragen konnte, wurde der Fall eingehend in der Staatsratssitzung vom 31. Jänner 1811 behandelt[325]. Der entscheidende Punkt war, daß Wrede als französischer Vasall auf einem Sonderstatus insistierte und für sein Gericht mehr Kompetenzen im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit forderte. In seinem Vortrag über die Verhältnisse der „französischen außerordentlichen Domainen und Majorate in Deutschland" gelangte Freiherr von Zentner zu der Überzeugung, daß hier allenfalls von Eigentumsrechten, nicht aber von staatsrechtlichen Verhältnissen die Rede sein könne. So müsse das Generalkreiskommissariat den Beamten und Grundholden Wredes erklären, daß der Huldi-

322 *Hausmann,* Agrarpolitik, S. 266f; vgl. auch *H. H. Hofmann,* Adelige Herrschaft und souveräner Staat (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, Bd. 2), München 1962.

323 GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

324 *Hans Christian Mempel,* Die Vermögensäkularisation 1803/1810. Verlauf der Kirchengutenteignung in den verschiedenen deutschen Territorien, München 1979, S. 87f.; diese Arbeit informiert über die Käufer bzw. Nachbesitzer sämtlicher säkularisierter Kirchengüter.

325 HSTA Staatsrat 209.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

gungseid in keinem anderen Sinne verstanden werden dürfe, als er bisher in Bayern praktiziert worden sei. Als künftige Bezeichnung seines Gerichts schlage er den Titel „Königlich baierisches gräfliches Wredesches Herrschaftsgericht Engelszell, Mondsee, Süben etc." vor.

Eine besondere Aktualität erhielt der „Fall Wrede" dadurch, daß er zeitlich in die damals recht kontrovers geführte Diskussion um die Stellung der Majorate und in diesem Zusammenhang um die allgemeine Rolle des Adels fiel. So war Freiherr von Zentner durchaus bereit, generell der Erteilung der „kontentiösen" Gerichtsbarkeit des Majoratsadels auf dessen geschlossenen Gütern zuzustimmen. Während er und Montgelas, bei dem vor allem die Rücksicht auf die Position Wredes und die Sorge vor einer Zuspitzung des Konflikts im Vordergrund stand, dafür plädierten, Wrede ausnahmsweise die völlige Zivilgerichtsbarkeit zuzugestehen, sprach sich Justizminister Graf von Reigersberg gegen einen derartigen Vorschlag aus. Für den Kompromißvorschlag Zentners, Wrede einerseits eine erweiterte Zivilgerichtsbarkeit zuzugestehen, andererseits aber seiner Herrschaft einen staatsrechtlichen Sonderstatus abzuerkennen, stimmten acht Mitglieder bei vier Gegenstimmen, wobei noch ein Mitglied ein Sondergutachten abgab.

Trotz einer persönlichen Unterredung Zentners mit Wrede konnten die Differenzen nicht beigelegt werden, so daß sich der König selbst in einem Schreiben an Wrede wandte, in dem er die Erwartung äußerte, dieser werde als Gutsbesitzer dieselben Beweise schuldiger Treue und Gehorsams gegen ihn und gegen die Verfassung des Reiches geben, die er in seinem Militärdienst bewiesen habe[326]. Montgelas berichtete später, daß Wrede sogar nach Paris gereist sei, um bei Napoleon vorstellig zu werden. In Paris erlaubte er sich angeblich derart kritische Bemerkungen gegen die bayerische Regierung, daß ihm der bayerische Gesandte erklären mußte, er könne ihn bei der Fortsetzung seines Benehmens nicht mehr in seinem Hause empfangen[327]. Den Höhepunkt fand die Auseinandersetzung in der Entlassung des Herrschaftsrichters Johann Petermandl auf Grund eines Urteils des Kriegsgerichts vom 15. Oktober 1813[328]. Man kann davon ausgehen, daß der Vorwurf, Petermandl habe konskriptionspflichtige österreichische Staatsbürger dem Feind ausgeliefert, mehr oder weniger ein Vorwand war, das Herrschaftsgericht Mondsee mit einem von der Regierung bestätigten Richter zu besetzen und so stärker der staatlichen Kontrolle zu unterstellen. So wurde bei der Entlassung Petermandls ausdrücklich erwähnt, dieser habe es versäumt, sowohl seine Herrschaft Graf von Wrede als auch das königliche Generalkreiskommis-

326 STAM Skr 144, Schreiben des Königs vom 13. August 1811; Rbl 1811, 51, „Auszug aus den allerhöchsten kgl. Beschlüssen vom 1. März 1811 über die Verhältnisse der von S. M. dem Kaiser der Franzosen und König von Italien dem kgl. General der Kavallerie Graf von Wrede verliehenen Dotationsgüter".

327 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 243f.

328 STAM Skr 146.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sariat über sein Vorgehen zu informieren. Nach dem Bündniswechsel von 1813 konnte Wrede seinen Sonderstatus als französischer Vasall ohnehin nicht mehr geltend machen, so daß die Auseinandersetzung somit beendet war. Die gesamte Dotation verblieb Wrede übrigens auch noch nach 1814 bzw. 1816, da im Staatsvertrag zwischen Bayern und Österreich Wrede ausdrücklich der ungeschmälerte Besitz aller Rechte, Einkünfte etc. zugesichert wurde.

In Anlehnung an das napoleonische Frankreich, wo die Französische Revolution den Adel seiner privilegierten Stellung enthoben hatte, begann man auch in Bayern, die Rolle des Adels neu zu überdenken. Das Majoratsedikt von 1808 sah die Auflösung der Fideikommisse vor, d. h. der gegen Teilung und Verpfändung geschützten Güterkomplexe in der Hand ganzer Adelsfamilien, wobei die gesetzliche Möglichkeit bestand, aus großen Gütermassen wiederum fideikommißähnliche Majorate, jetzt aber als öffentlich-rechtliche Institute zu bilden[329]. Ziel dieser Adelspolitik war es, eine Trennung zwischen dem wirtschaftlich potenten und politisch bevorrechteten Adel als „Stütze des Throns" und der Masse des verarmten, bedeutungslosen Adels vorzunehmen. Letzterer überwog auch bei weitem in Salzburg, wo ohnehin schon immer der geistliche Adel dominiert hatte, der weltliche Adel „nicht so glänzend" war und der von seinen Pensionen lebende „Halbadel" auch sehr stark vertreten war[330]. Der Umstand, daß sämtliche salzburgischen Fideikommisse seit 1812 aufgelöst wurden, rief auch im Salzachkreis die Kritik hervor, man habe dem Adel jetzt die Möglichkeit genommen, „mit Anstand zu leben"[331]. Allerdings widersprach diese Kritik der Intension, den verarmten Adelsfamilien die Chance zu geben, „in der freien Disposition über ihre bisherigen Fideikommiß-Güter . . . ihren zerrütteten Zustand zu ordnen"[332]. Es wurde bereits angedeutet, daß eine einheitliche Linie in der Adelspolitik nicht vorhanden war, so daß auch hier später ein Wandel eintrat. In der bayerischen Verfassung von 1818 wurde dann das Institut der Familienfideikommisse als die „eigentliche Stütze des erblichen Adels" gewissermaßen wieder völlig rehabilitiert.

c) Die Neuordnung des Kommunalwesens

Um eine möglichst lückenlose staatliche Kontrolle zu erreichen, sahen die Konstitution vom 1. Mai 1808 und die ergänzenden Edikte vom

329 *Walter Demel,* Die Entwicklung der Gesetzgebung in Bayern unter Max I. Joseph, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 72–82, hier S. 75.

330 Vgl. *Johann Pezzl,* Reise durch den Baierschen Kreis, Salzburg 1784 (Faksimileausgabe, hg. von Josef Pfennigmann, München 1973), S. 240.

331 SLA 43/22, *Leopold L. Pfest,* Abschied der Salzburger von den Baiern 1816; über die insgesamt 27 aufgelösten Fideikommisse, vgl. *Pichler,* Landesgeschichte, S. 987. Wie aus einer Beantwortung der Graf-Lodronschen Fideikommißverwaltung vom 12. Mai 1811 hervorgeht, hatte man zunächst nicht vor, das organische Edikt auf den neu erworbenen Teil des Kreises auszudehnen; STAM Skr 167.

332 Rbl 1812, 5–54, hier 6; *Demel,* S. 76.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

28. Juli und 24. September 1808 für das gesamte Gebiet des Königreichs als unterste Verwaltungsebene die Bildung von Gemeinden vor. Bezüglich der Einwohnerzahl, der Kompetenzen der Gemeindevorsteher, der Ausdehnung der Steuerdistrikte, die mit den Gemeindegrenzen identisch sein sollten, wurden bestimmte, sich teilweise widersprechende Rahmenbedingungen erlassen[333].

Die geplante Bildung der Ruralgemeinden mit einer Gemeindeversammlung und einem auf drei Jahre gewählten, die Ortspolizei ausübenden Gemeindevorsteher erwies sich auch im Salzachkreis als sehr problematisch[334]. In seinen Jahresberichten wies Preysing darauf hin, daß es nahezu unmöglich sei, geeignete Gemeindevorsteher zu finden. Einerseits müßten diese eine beträchtliche Vorbildung und eine genaue Kenntnis der einschlägigen Verordnungen besitzen, andererseits sei auch kaum jemand gewillt, dieses Amt zu übernehmen, da die Rentämter in ihren Anforderungen an die Gemeindevorsteher keine Grenze mehr fänden. Die Gemeindevorsteher seien nicht gewillt, für die Rentämter Steuern einzutreiben und noch für diese zu haften, wobei sie sich nicht zuletzt bei ihren Mitbürgern unbeliebt machten[335]. Der Vorschlag eines Ministerialbeamten, die Verwaltungsarbeit der Landrichter im Salzachkreis könne durch eine zweckmäßige Kommunalverwaltung und durch die Wahl fähiger Gemeindevorsteher erleichtert werden, zeigt, wie weit Theorie und Praxis voneinander entfernt waren.

Ein sehr kritischer Punkt der Gemeindegesetzgebung war der Versuch der Neuordnung des Gemeindeumlagenwesens und der staatlichen Kontrolle über das Gemeindevermögen. Wiederholt und mit sehr eindringlichen Worten wies Preysing darauf hin, daß die meisten Gemeindefinanzen völlig zerrüttet seien, was vor allem darauf zurückzuführen sei, daß der mühsam erarbeitete Etat für die Gemeindeumlagen (Schul- und Polizeizwecke) seit Jahren beim zuständigen Ministerium liege, aber nicht genehmigt werde[336]. Tatsächlich konnte das Gemeindeumlagewesen in der gesamten Zeit der bayerischen Verwaltung nur provisorisch gehandhabt werden, da sich die Regierung erst Ende des Jahres 1816 bzw. im Jahr 1818 zu einer definitiven Regelung des Gemeinde- und Kommunalvermögens durchringen konnte.

Als eine Stadt mit mehr als 5000 Einwohnern erhielt Salzburg 1811 gemäß dem Gemeindeedikt eine Kommunaladministration, einen Muni-

---

333 *Wilhelm Volkert,* Handbuch, S. 87f.; *Heinz Lieberich,* Die Gemeinde im Königreich Bayern rechts des Rheins, in: Mitteilungen für die landschaftliche Archivpflege 6, 1948, S. 131–148.

334 Vgl. *Emil Abt,* Die ersten Versuche zur Bildung von Landgemeinden im Rupertiwinkel und die Vierteleinteilung, in: Das Salzfaß (Beilage zum Laufener Wochenblatt), 7. Jg., 1928, S. 15–22; *Karl Erlacher,* Das Landgericht Tittmoning und seine Gemeinde zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Das Salzfaß 8, 1974, S. 56–58.

335 GHA ARO 37/2, JB 1812/13.

336 Vgl. hierzu das Kapitel II/5, Neuorganisation der Armenpflege im Salzachkreis, S. 183f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

zipalrat und ein eigenes Polizeikommissariat[337]. Mit der Auflösung des Stadtmagistrats sowie der Entlassung des Bürgermeisters Ignatz Heffter und des Stadtsyndicus Hieronymus von Kleinmayrn am 25. April 1811 fand die alte erzbischöfliche Stadtverfassung ein Ende[338]. Der Munizipalrat, dem die von der bayerischen Regierung bestätigten, aus dem Handelsbürgertum stammenden Christian Zezi, Joseph Metzger, Anton Scharl sowie der Apotheker Georg Hinterhuber angehörten[339], konnte an den städtischen Angelegenheiten nur „deliberierenden Antheil" nehmen und stand unter der Aufsicht des Polizeikommissariats. Relativ peinlich für die bayerische Verwaltung war, daß der Polizeidirektor Lenz, unter dessen Vorsitz der Munizipalrat tagte, im Jahr 1812 wegen einer Korruptionsaffäre und anderer undurchsichtiger Geschäfte entlassen und durch den Polizeikommissar Russenegger ersetzt werden mußte[340].

Die starke staatliche Bevormundung der Kommunen brachte wie in anderen bayerischen Städten auch in Salzburg Konflikte mit sich. Zusammen mit dem Stiftungsvermögen war in dieser Zeit auch das Kommunalvermögen zentralisiert, wobei das Gemeindeedikt von 1808 ausdrücklich die Veräußerung des Gemeindevermögens „aus administrativen Gründen mit Genehmigung der Curatel" gestattete[341]. So kam es im Frühjahr 1813 bei der geplanten Versteigerung des städtischen Kronhauses zu ernsthaften Differenzen zwischen dem Generalkreiskommissariat und dem Kommunaladministrator Joseph Roth, der diese als eine „zwecklose Verschleuderung" betrachtete, die völlig überflüssig sei und dem Kommunalfonds nur schade[342]. Das Generalkreiskommissariat erklärte jedoch, nicht an die Weisung des Munizipalrats gebunden zu sein und setzte die Versteigerung schließlich durch, was dazu führte, daß die Kommunaladministration in der folgenden Zeit dem Generalkreiskommissariat kaum noch Einsicht in ihre Unterlagen gewährte.

---

337 Ein weiteres Polizeikommissariat befand sich in Burghausen. Der Einwohnerzahl nach lag Salzburg nach den Polizeikommissariaten München, Augsburg, Nürnberg, Regensburg, Bamberg an 6. Stelle. Preysing wies auf die besondere Situation des Landgerichts Hallein hin: Als „Schlüssel des Salzburgischen Gebirgslandes" mit 6000 Einwohnern sei es größer und bedeutender als manche Stadt im Königreich mit einem eigenen Polizeikommissariat. Die dortige Lage sei sehr bedenklich, da „daselbst ein Zusammenschluß kgl. Beamter und eine Mischung der Population" die Polizei anhaltend beschäftige; HSTA MInn 34578/III.

338 *Vinzenz Maria Süss,* Die Bürgermeister in Salzburg von 1433 bis 1840, Salzburg 1840, S. 159, 165f.

339 Rbl 1811, 418.

340 STAM Skr 525.

341 Vgl. Die Gemeindefinanzen 1808 bis 1818, in: Die bayerischen Gemeindefinanzen (Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, Heft 76), München 1911, S. 62–66, wo darauf hingewiesen wird, daß diese Möglichkeit die Zerrüttung der Gemeindefinanzen nur noch beschleunigte.

342 HSTA MInn 3615; vgl. auch die Kritik bei *Pfest,* Abschied, S. 31f. „Wir sahen in den neu ernannten Communalräthen blosse Figuranten zur Ehre des Staates und in der Administration nur eine Vormundschaft über das Vermögen unmündiger Kinder." SLA 43/22.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Die Tilgung des beträchtlichen Defizits in der Kommunalkasse der Kreishauptstadt – oft konnten nicht einmal die gewöhnlichsten Ausgaben bestritten werden – war in den Jahren der bayerischen Verwaltung ein großes Problem. Die Erhebungen von verschiedenen Umlagen, wie einer Pflaster- und Beleuchtungssteuer, wobei Preysing jedoch eine einseitige Belastung der Grund- und Gewerbebesitzer ablehnte, und die spätere Einführung eines speziellen Fleischaufschlags, konnten hier nur wenig Abhilfe bringen.

Die Gemeindegesetzgebung von 1808, die nicht zuletzt unter dem Druck des napoleonischen Frankreich zustande gekommen war, erwies sich letztlich in ihrer rücksichtslosen Vereinheitlichungstendenz als undurchführbar[343]. Die negativen Erfahrungen der Mittelbehörden wurden jedoch längere Zeit hindurch ignoriert, bis im Jahr 1818, nach dem Sturz Montgelas', eine grundlegende Neuordnung des Gemeindewesens erfolgen konnte.

4. Die Beamten im Salzachkreis

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Durchführung des umfangreichen Reformprogramms in der Ära Montgelas war zunächst eine umfassende Reform des Beamtenwesens. Sämtliche Einzelverordnungen in diesem Bereich fanden Eingang in die zu Beginn des Jahres 1805 in Kraft getretene Staatsdienerpragmatik, die für die damalige Zeit außerordentlich modern anmutete, da hier eine Konzeption in wenigen Jahren verwirklicht wurde, deren Realisierung sich zum Beispiel in Preußen über Jahrhunderte hinwegzog[344]. Im Zentrum von Montgelas' Dienerkonzeption stand die materielle Absicherung der Staatsdiener und ihrer Familien, durch die die bis dahin vorherrschende Erblichkeit bzw. Käuflichkeit der Ämter völlig abgeschafft wurde; eine einheitliche Besoldung sollte das die Korruption fördernde System der Bezahlung der Beamten durch Sporteln ablösen. Darüber hinaus umfaßte das umfangreiche Reformpaket noch eine rechtliche Absicherung gegen eine willkürliche Entlassung, angemessene Witwen- und Waisenpensionen, einen einheitlich geregelten Ausbildungsgang, eine stärkere Betonung der Qualifikation bei der Stellenvergabe und anderes mehr.

343 Vgl. *Sebastian Hiereth,* Die Bildung der Gemeinden im Isarkreis nach den Gemeindeedikten von 1808 und 1818 (Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte 77), 1952, S. 1f.; an der Neugestaltung des Gemeindewesens war der bayerische Politiker von Zentner maßgeblich beteiligt; vgl. *Franz Dobmann,* Georg Friedrich Freiherr von Zentner als bayerischer Staatsmann in den Jahren 1799–1821, Diss. Kallmünz 1962, S. 100–126, bes. S. 113f.

344 *Bernd Wunder,* Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825), München – Wien 1978, S. 119–233, bes. S. 130f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

a) Die Besoldung der Beamten

Da nicht wenige in der bayerischen Ära tätige Beamte noch unter Colloredo ihre Laufbahn begonnen hatten, soll hier kurz deren finanzielle Absicherung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts dargestellt werden. Zu Recht wurde festgestellt, daß die Leistungen bei der Behördenorganisation seit 1803 unter dem Kurfürsten von der Toskana fast das alleinige Verdienst der vom letzten geistlichen Landesherrn hinterlassenen Beamtenschaft waren, die ein den Durchschnitt weit übersteigendes Niveau aufwies[345]. Der sehr guten Ausbildung der höheren Beamten unter Colloredo, der diese nicht selten zum Weiterstudium an die Universität schickte, stand eine sehr geringe Besoldung gegenüber. Ein Hofrat bezog bei ihm ungefähr 300 Gulden Jahresgehalt (!), die übrigen Beamten waren oft noch schlechter besoldet. Es bestand für die Beamtenschaft das ausdrückliche Verbot, sich ohne Erlaubnis des Fürsterzbischofs zu verehelichen. Heiratsgesuche blieben jahrelang unbeschieden, manchmal wurde ihre Einsendung sogar verboten, ein Umstand, den zeitgenössische Beobachter für den auffallenden Bevölkerungsrückgang mit verantwortlich machten[346].

Es ist daher nicht verwunderlich, daß ein so verdienstvoller Beamter wie Kaspar Schroll, der seit 1788 Rat und Referent der Hofkammer im Bergwesen war, im Jahr 1805 anläßlich der geplanten Erhöhung der Pensionsnormale für die Berg- und Hüttenarbeiter nachhaltig dafür eintrat, „daß bey Ertheilung von Heirathskonsensen nicht so fest auf Vermögen als vielmehr auf Conduit und Arbeitsfleis Rücksicht zu nehmen sey“[347]. Tatsächlich trat auch unter dem Kurfürsten eine spürbare Verbesserung für die Beamten ein, die nun erstmals den rechtlichen Anspruch auf ein Pensionsgehalt erhielten und deren Besoldung jetzt erhöht wurde[348]. Nach dem Ende der österreichischen Ära verschlimmerte sich die finanzielle Situation der Beamten immer mehr, da diese die gesamte französische Besatzungszeit hindurch, bis Ende August 1810, also 16 Monate lang, keine Gehälter erhielten. Hinzu kam die Inflation in Österreich, was dazu führte, daß die in Salzburg vorhandenen „Altösterreicher, die Bankozettel fürchtend . . . nicht mehr soviel Patriotismus gegen Österreich, als damals bey Abtretung Tirols“ zeigten[349].

---

345 *Peter Putzer,* Kursalzburg, ein Beitrag zur territorialen „Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte am Ende des alten Reichs“, Habilitationsschrift masch., Salzburg 1969, S. 111.

346 *Joseph August Schultes,* Reise durch Salzburg und Berchtesgaden, 2 Bde., Wien 1804, Bd. 1, S. 232f.

347 *Carl Ehrenbert von Moll,* Mitteilungen aus seinem Briefwechsel, Bd. 4, Augsburg 1835, S. 1237.

348 *Johannes Emmer,* Erzherzog Ferdinand III., Großherzog von Toscana als Kurfürst von Salzburg, Berchtesgaden, Passau und Eichstätt, Salzburg 1878, S. 62f.

349 *Moll,* Briefwechsel, 4, S. 1231; Brief Schrolls vom 29. August 1810.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Im Mai 1811 begann die bayerische Regierung mit der Zahlung der Besoldungsrückstände[350]. Darüber hinaus konnten die Salzburger Beamten einen weiteren Erfolg verbuchen. Im Jahr 1809 hatte ihnen der österreichische Kaiser in Anerkennung ihrer Dienste eine Gratisgage für ein Jahresquartal versprochen, dieses Versprechen jedoch nicht mehr eingelöst. Den Bemühungen des ehemals salzburgischen Regierungsrates Felner war es zu verdanken, daß Ende 1812 der bayerische König in Anerkennung „der bedeutenden Lasten und Schäden, welche die Salzburger Dienerschaft im Laufe des Krieges zu tragen hatte", die Auszahlung dieser Gratisgage allergnädigst bewilligte[351]. Wenn darüber hinaus die Gehälter der von der bayerischen Verwaltung übernommenen höheren Beamten und Professoren am Lyzeum, selbst wenn diese ihrem Rang nach zurückgestuft wurden, in den meisten Fällen beibehalten wurden, so zeigt diese Privilegierung, daß man an einer guten Kooperation zwischen den salzburgischen und den bayerischen Beamten interessiert war.

Andererseits zwang die angespannte wirtschaftliche Situation den Staat zu Sparmaßnahmen; wollte man die Bezüge der Beamten nicht stärker reduzieren, mußte man zwangsläufig zu einem Personalabbau schreiten. Während beispielsweise unter dem Großherzog Ferdinand von der Toskana, der zahlreiche italienische Bedienstete mit nach Salzburg genommen hatte, ca. 650 Staatsbeamte und Hofbedienstete in der Stadt beschäftigt waren, ging diese Zahl in der bayerischen Zeit, in der in Salzburg ca. 214 bayerische Staatsdiener lebten, drastisch zurück[352]. Die Folge dieses Personalabbaus war nicht zuletzt eine Überlastung der Beamten. Hatte die tägliche Arbeitszeit eines Beamten während der toskanischen Zwischenherrschaft einheitlich sieben Stunden betragen, beklagte sich der salzburgische Finanzrat Pichler jetzt über eine tägliche Arbeitszeit von zehn Stunden.

Sehr unterschiedlich geregelt war die Besoldung der Landrichter. Wiederholt und ohne Erfolg wies Preysing darauf hin, wie notwendig eine Gehaltserhöhung der Landrichter der zweiten und dritten Klasse sei, die im Salzachkreis ausnahmslos sehr beschwerliche Bezirke zu verwalten hätten, wobei ein nachteiliger Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung unverkennbar sei, „weil unter den Landbeamten . . . mehrere mit ihrem eigenen Schicksal zufrieden zu seyn, keinen Anlaß" hätten[353]. Besonders nachhaltig trat er für eine Gehaltszulage der Gerichtsdiener und

350 Skbl 1811, 381.

351 *Hanna Hintner,* Joseph Philipp Felner (1769–1850) als Staatsmann, Historiker und Mensch, Diss. masch., Wien 1967, S. 259.

352 *Robert Hoffmann,* Salzburg im Biedermeier. Die Stadt und ihre Einwohner in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 219–274, hier S. 226f.

353 HSTA MF 22277, Bericht vom 13. Dezember 1811; ein Landrichter I. Klasse erhielt bis zu 1600 fl. monatlich, während ein Landrichter II. Klasse 900 bis 1200 fl., ein Landrichter III. Klasse meist nur 600 fl. erhielt.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

des Hilfspersonals ein, deren finanzielle Lage sich gegenüber früher äußerst verschlechtert habe. Hier tritt deutlich die Tendenz des Staates zutage, bei einer relativ großzügigen Behandlung der höheren Beamten Einsparungen vor allem zu Lasten der unteren Beamtenschaft vorzunehmen, eine Tendenz, die, wie Preysing richtig erkannt hatte, sich negativ auswirken mußte, da gerade diese Beamtenschicht am häufigsten mit der Bevölkerung Kontakt hatte und hier teilweise ihre Unzufriedenheit mit der Regierung an diese weitergab. Eine weitere Sparmaßnahme war, daß sämtliche Rentbeamten für Salzburg und Berchtesgaden zunächst nur provisorisch ernannt wurden, mit dem Hinweis, sollten sie innerhalb der ersten sechs Jahre in bayerischen Diensten quiesziert werden, würden ihre Pensionen nach österreichischen bzw. lokalen Pensionsnormen und nicht nach der Dienstpragmatik behandelt[354].

b) Die Versetzung der Beamten

Seit der Zeit Colloredos bis zum Ende der österreichischen Ära war die Salzburger Beamtenschaft Garant einer gewissen Kontinuität in der Verwaltung gewesen. In Tirol war von bayerischer Seite eine derartige Kontinuität bewußt unterbrochen worden, die Versetzung aufgeklärter, oftmals völlig intoleranter Landrichter in diesen neuerworbenen Landesteil hatte dort viel zu den anhaltenden Unruhen beigetragen[355]. Wurde nun in Salzburg eine derartige Kontinuität beibehalten oder nicht? Die Frage kann, was die Besetzung der Landgerichte des ehemaligen Erzstifts betrifft, eingeschränkt mit Ja beantwortet werden. Mit der Übernahme der meisten Landrichter, die lediglich innerhalb des Erzstifts versetzt wurden[356], wurde offensichtlich deren loyales Verhalten beim Übergreifen der Tiroler Unruhen auf salzburgisches Gebiet im Jahr 1809 honoriert, bei dem einige Pflegrichter sogar von den Tirolern verschleppt worden waren. So erhielt beispielsweise der aus einer alten und bekannten Salzburger Beamtenfamilie stammende Johann von Kleinmaiern, ehemaliger Pfleger von Tamsweg, jetzt das Landgericht Radstadt zugeteilt. Was den übrigen Teil des Salzachkreises betraf, so fällt auf, daß der Personalstatus der altbayerischen Landgerichte Burghausen und Reichenhall unverändert übernommen wurde, während sämtliche Landgerichte in dem schon seit längerer Zeit österreichischen Inn- und Hausruckviertel mit altbayerischen oder schwäbischen Beamten besetzt wurden.

Sicherlich trifft es zu, daß gerade zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein äußerst häufiger Wechsel in den Beamtenstellen festgehalten werden

354 VO vom 12. Februar 1811; Rbl 1811, 298f.

355 Vgl. *Rudolf von Granichstaedten-Czerva,* Die bayerischen Landrichter in Tirol (1806–1814), Neustadt/Aisch 1962.

356 Die Versetzungen wurden im Salzachkreisblatt publiziert: Skbl 1810, 137–139; Skbl 1811, 113–116.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

kann[357]. Mit der Erwerbung neuer Territorien übernahm der bayerische Staat Beamte aus preußischen, österreichischen, fürstbischöflichen und standesherrlichen Diensten. Häufig wurden diese erst kurz übernommenen Beamten zum Zwecke der „Amalgamierung" in andere Landesteile versetzt. Dies geschah beispielsweise mit dem salzburgischen Regierungsrat Joseph Philipp Felner, der 1811 zunächst als Finanzrat zur Finanzdirektion des Regenkreises in das gleichfalls erst seit kurzer Zeit bayerische Regensburg versetzt wurde, wo er sich übrigens sehr wohl fühlte, im Oktober 1812 bereits zum Rechnungsrat 1. Klasse in München befördert wurde, dort allerdings nach der Demission seines Vorgesetzten, Joseph von Utzschneider, im Jahr 1814 einen schweren Stand hatte[358].

Die Ernennungen der einzelnen Beamten, die sich bis auf die Amtsdiener erstreckten, erfolgten formell durch den König; für den Salzachkreis wurden sie nur zu Beginn der bayerischen Ära in den Amtsblättern publiziert, spätere Versetzungen unterlagen offensichtlich aus außenpolitischen Gründen der Geheimhaltung[359]. Daß die Versetzungspolitik im Salzachkreis nicht selten politisch motiviert war, zeigt der Fall des Pflegers und Landrichters von Wildshut. Dieser hatte 20 Jahre lang unter Österreich seine Amtstätigkeit ausgeübt und wurde im Jahr 1810 nach der Auflösung dieses Gerichts zunächst von Bayern mit dem österreichischen Pensionsregulativ von 400 Gulden in den Ruhestand versetzt. Im April 1811 wurde er als Landgerichtsverweser auf das neugebildete Landgericht Mattighofen berufen, wobei er weiterhin an Stelle der üblichen 900 Gulden sein Ruhegehalt bezog und erst nach zwei Jahren eine Nachzahlung bewilligt bekam. Am 26. August 1813, zu einem Zeitpunkt, als sich die österreichischen Truppen Salzburg näherten, wurde er plötzlich ohne Angabe von Gründen wiederum pensioniert und durch den Landgerichtsadjunkten von Burghausen ersetzt. Sein ein Jahr später eingereichtes Gesuch um eine Wiederanstellung im Innviertel wurde nicht bewilligt[360].

In dem Generalkreiskommissariat als der obersten Behörde des Kreises befand sich, wie der salzburgische Finanzrat Pichler kritisch bemerkte, kein einziger Salzburger. Der Generalkreiskommissär des Salzachkreises, Carl Graf von Preysing, zuletzt in gleicher Eigenschaft im Unterdonaukreis tätig, im Jahr 1767 als Sohn des Geheimen Rats und

357 Abt Dominikus Hagenauer berichtete in seinem Tagebuch, daß 1810 einige Versetzungen publiziert wurden, ohne daß das Generalkreiskommissariat bzw. die betroffenen Beamten davon eine Ahnung hatten.

358 *Hintner,* J. P. Felner, S. 250f.

359 Dieser Umstand sowie die Aktenfülle, in der zwar zahlreiche Besetzungsvorschläge, Qualifikationstabellen und Gesuche enthalten sind, aus denen aber tatsächlich vollzogene Versetzungen oft schwer ersichtlich sind, gestatten es nur mittels einiger exemplarischer Fälle, Tendenzen aufzuzeigen, so wünschenswert eine detaillierte statistische Übersicht auch wäre.

360 HSTA MInn 34578/IV, Petition vom 5. September 1814.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

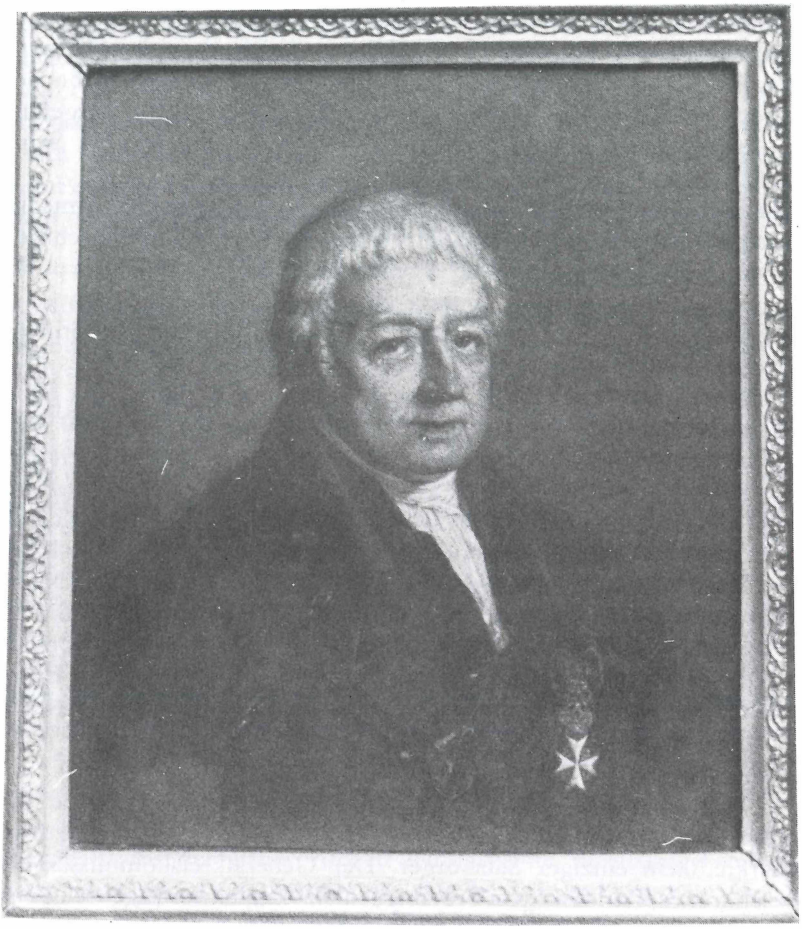


Abb. 6 Porträt des Grafen Carl von Preysing (1767–1827), 1810–1816 Generalkreiskommissar in Salzburg (im Besitz der Gräfin Arco-Zinneberg, Toronto, Kanada).

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Hofvizepräsidenten Maximilian Graf von Preysing geboren, hatte nach dem Studium der Philosophie und der Rechte in Ingolstadt seine Laufbahn als Hofrat in München begonnen, wo er sie übrigens auch als Wirklicher Staatsrat im Innenministerium beenden sollte[361]. Wenn ihn Finanzrat Felner als einen ebenso blinden Antiösterreicher wie seinen Vater bezeichnete, war er aufgrund seines umgänglichen Wesens und seiner korrekten Amtsführung allgemein beliebt[362]. Seine Mitgliedschaft im Landwirtschaftlichen Verein war durchaus von einem ernsten Interesse an den Fortschritten der Landeskultur getragen. Ebenso wie der Kreisdirektor gehörte er zu den Beamten, „welche auch ehemaligen salzburgischen Staatsbeamten Sachkenntnis und Verdienst zuzugestehen Unbefangenheit genug besitzen"[363]. Sein scharfer Blick für die bedrückende wirtschaftliche Lage seines Kreises ließ ihn einerseits zum Anhänger einer relativ fortschrittlichen Agrarreform werden, veranlaßte ihn aber andererseits mehr als einmal, wenn auch häufig erfolglos, salzburgische Interessen gegenüber den Forderungen der Zentralbehörden zu vertreten. Gerade seine Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung und seine Aufgeschlossenheit den Interessen der sogenannten „kleinen Leute" gegenüber dürften ihn, obwohl auch er später die Abtretung Salzburgs und des Innviertels als eine schmerzliche politische Niederlage empfand, schon früh zu der Erkenntnis veranlaßt haben, daß ein Großteil der Bevölkerung die Angliederung an Österreich wünschte. Wie sehr der Kronprinz Preysing persönlich schätzte, geht daraus hervor, daß er, als die Spannungen zwischen ihm und Montgelas immer größer wurden, erwog, bei einer eventuellen Kabinettsumbildung Preysing mit dem Finanzressort zu betrauen[364].

Der aus der Pfalz stammende energische und ehrgeizige Kreiskanzleidirektor Arnold Ritter von Mieg hatte schon mit jungen Jahren eine steile Karriere gemacht, als er bereits mit 28 Jahren im Jahr 1806 zum Kreiskanzleidirektor des Innkreises in Innsbruck ernannt worden war[365].

---

361 *Walter Schärl,* Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918 (Münchener Historische Studien, Bd. 1), Kallmünz 1955, Nr. 126; Preysings Nachlaß befindet sich im Staatsarchiv München; Herrschaft Hohenaschau A 274.

362 *Hintner,* J. P. Felner, S. 395; in seinen Memoiren schilderte ihn der scharfzüngige Archivar und Historiker Karl Heinrich Ritter von Lang als einen Ausbund der Herablassung und Lieblichkeit. Als Preysing später ebenfalls als Generalkreiskommissär nach Ansbach versetzt werden sollte, weigerte er sich angeblich, wie er sagte, ins Ausland verwiesen zu werden, und brach in Verwünschungen über diese preußischen Fratzengesichter aus, deren abenteuerliches Deutsch zu erlernen ihm unmöglich sei. Diese Anekdote mag zeigen, daß es zwischen Salzburg und Altbayern in Mentalität und Mundart mehr Gemeinsamkeiten gibt als zwischen Altbayern und Franken: vgl. Die Memoiren des Karl Heinrich Ritters von Lang (Faksimile der Ausgabe 1842), Erlangen 1984, S. 251f.

363 *Moll,* Briefwechsel 4, S. 1241; Brief Schrolls vom 26. April 1814.

364 *Adalbert von Bayern,* Max I. Joseph von Bayern, München 1957, S. 744.

365 *Schärl,* Beamtenschaft, Nr. 37; Mieg war von 1826 bis 1832 Generalkreiskommissär des Rezatkreises; von Jänner 1832 bis April 1833 war er Ministerverweser des Staatsministeriums der Finanzen. Als bayerischer Staatsrat sollte er sich um das Zustandekommen des deutschen Zollvereins verdient machen.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Aufgrund seiner dortigen Tätigkeit war er bei den österreichischen Patrioten in Salzburg wenig beliebt; freilich veranlaßten ihn die dort erworbenen Erfahrungen jetzt zu einer größeren Toleranz, aber auch zu einer erhöhten Wachsamkeit gegenüber den Unruhen, die immer wieder von Tirol auf salzburgisches Gebiet übergriffen. Der Kreisdirektion gehörten ferner noch die Kreisräte Carl Graf von Seinsheim[366], der von Burghausen übernommene Bernhard Freiherr von Godin[367] sowie Joseph von Göhl und Bernhard Rind an.

Lediglich in die Finanzdirektion, mit deren Leitung der nach Salzburg versetzte Gabriel von Danner betraut wurde, berief man die erfahrenen salzburgischen Regierungsräte Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld und Franz Xaver Pichler, nicht zuletzt deshalb, weil besonders für die Finanzverwaltung genaue Lokalkenntnisse notwendig waren. Die Hoffnungen mancher salzburgischer Beamter auf eine Beförderung bzw. auf einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Wirkungskreis blieben aufgrund der staatlichen Sparmaßnahmen unerfüllt[368].

Eine sehr problematische Angelegenheit, die nicht selten den Verwaltungsapparat vor nahezu unüberwindbare Hindernisse stellte, waren die Umbesetzungen bei der Abtretung Salzburgs. Die bayerischen Beamten im Salzachkreis hatten dabei stets die unangenehmen Vorfälle vor Augen, die sich im Sommer 1814 bei der Abtretung Tirols ereignet hatten[369]. Die bayerische Regierung hatte damals den entscheidenden Fehler begangen, zuerst das Abtretungsprotokoll zu unterzeichnen und dann die Umbesetzungen vorzunehmen, wobei man sich kurzerhand mit der Ausstellung zurückdatierter Versetzungsdekrete behalf. Dem österreichischen Hofkommissär Leopold von Roschmann blieb dieses Vorgehen jedoch nicht verborgen, so daß er sich weigerte, die vorgenommenen Versetzungen anzuerkennen. Ein ziemliches Aufsehen verursachte die am 21. Juni 1814 praktisch in letzter Minute erfolgte Ernennung des Geheimen Rats Johann Nepomuk Graf von Welsberg zum Generalkreiskommissär des Innkreises[370]. Ausschlaggebend für diese plötzliche Versetzung war, daß

366 *Schärl,* Beamtenschaft, Nr. 63; er war zuletzt von 1840 bis 1847 Staatsminister der Finanzen.

367 *Schärl,* Beamtenschaft, Nr. 293; er war zuletzt 1847/48 Regierungspräsident von Oberbayern.

368 So schrieb der Bergrat *Schroll:* „Meine Hoffnung wird gegründeter, hier im lieben Salzburg bleiben zu können, wenn gleich unter einem minder glänzenden Titel und Wirkungskreis"; Schrolls Vetter Virgil von Helmreich mußte als quieszierter Forstrat mit seinem Ruhegehalt provisorisch zu Ratsarbeiten nach München gehen; *Moll,* Briefwechsel 4, S. 1235, 1241; der Botaniker und ehemalige Mitarbeiter Molls, Franz Anton von Braune, war seit 1812 Sekretär an der landärztlichen Schule in Salzburg. Trotz seiner wissenschaftlichen Leistungen konnte sein Gesuch um die Verleihung einer Professur für Botanik und Naturgeschichte mangels einer geeigneten Stelle nicht bewilligt werden; HSTA MInn 3683 (Personalakt); ADB 3, S. 275.

369 *Hirn,* Tirol, S. 564f.

370 *Walther Demel,* „Beförderungen" und Versetzungen. Zur Personalpolitik Montgelas' 1814/16, in: ZBLG 42, 1979, S. 107–125, hier S. 112f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Welsberg, der sich nichts hatte zuschulden kommen lassen und 1809 sogar zeitweise von aufständischen Tirolern verschleppt worden war, selbst aus altem Tiroler Adel stammte und dort auch noch begütert war. Daß Welsberg, der keine 24 Stunden in Innsbruck „amtierte", durch diese Maßnahme äußerst kompromittiert wurde, schien in München niemanden zu interessieren. Welsberg, der zunächst nicht ohne Grund an seiner Übernahme durch die österreichischen Behörden zweifelte, wurde dann schließlich doch von Österreich übernommen, nicht zuletzt, weil sich der bayerische König auf dessen Drängen hin entschloß, sich auf diplomatischem Wege für Welsberg einzusetzen[371]. Ähnlich spektakulär wäre beinahe die Besetzung der seit 1. Februar 1816 frei gewordenen Stelle des Generalkreiskommissärs des Salzachkreises verlaufen. Durch seine für manche Zeitgenossen als „revolutionär" und „demokratisch" kritisierten gesellschaftspolitischen Vorstellungen hatte sich der geniale Jurist und Urheber des Strafgesetzbuches von 1813, der Geheime Rat Paul Anselm von Feuerbach, insbesondere bei Montgelas unbeliebt gemacht. Montgelas und seinem Kollegen Graf von Reigersberg gelang es nun, mit dem Hinweis auf die zweifelhafte Loyalität Feuerbachs, den König zu überreden, am 17. März 1816 dessen Ernennung zum Generalkreiskommissär des Salzachkreises auszusprechen[372]. Feuerbach, der übrigens einen schwierigen, aber auch energischen Charakter besaß, protestierte zunächst in einer Eingabe an den König, in der er darauf hinwies, daß er selbst nicht in Österreich geboren sei und unter den gegebenen Umständen eine Versetzung seiner Ehre schwersten Schaden zufügen müsse. Erst als seine Einwände unbeachtet blieben und Feuerbach mit einem öffentlichen Skandal drohte, indem er die Hintergründe seiner Versetzung, u. a. auch die Fälschung der Datumsangaben auf seinem Ernennungsdekret, publik machen wollte, wurde seine Ernennung rückgängig gemacht[373]. Nach dieser fehlgeschlagenen „Beförderung" blieb die Stelle des Generalkreiskommissärs in Salzburg übrigens unbesetzt.

Unter den Anforderungen, die an die Beamten gestellt wurden, Leistung, Gehorsam, tadellose Lebensführung etc., spielte in dieser kritischen Periode um 1813 das Kriterium „Patriotismus", d. h. eine unbedingte loyale Haltung gegenüber der Regierung, die entscheidende Rolle. Gerade in Salzburg, wo es 1813 beinahe zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Österreich und Bayern gekommen wäre und die bayerischen Beamten nur mit Mühe den außenpolitischen Kurs ihrer Re-

371 HSTA Salzburg, Hofkommission 33/21.

372 *Demel,* wie Anm. 370, S. 110, 118f.

373 HSTA MF 14763. In dem Reskript vom 7. April 1816 heißt es lapidar: „Ganz besondere, seit Ernennung unseres geheimen Rats in außerordentlichen Diensten Paul Anselm von Feuerbach zum Generalkreiskommissär des Salzachkreises eingetrettene Verhältnisse bestimmen uns, denselben von dem Antritte dieser Stelle zu entheben, und in seiner ehemaligen Eigenschaft als 2.ter Präsident des Appelationsgerichts für den Mainkreis allergnädigst zu belassen."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

gierung gegenüber der Bevölkerung vertreten konnten und einige Beamte, wie zum Beispiel der Landrichter Wintrich von Vöcklabruck, sogar von den Österreichern abgeführt worden waren, war diese Loyalität in besonderem Maße gefordert. So ist es auch als ein Zeichen der Aufmunterung zu verstehen, daß der bayerische König am 1. Oktober 1815, also zu einem Zeitpunkt, als die Bevölkerung gerade gegen eine Abtretung an Österreich mobilisiert werden sollte, demonstrativ zahlreiche Beamte, aber auch Lehrer, Gemeindevorsteher, insgesamt mehr als 100 Personen, „welche sich in der letzten Kriegsepoche theils durch vorzüglich thätigen Patriotismus, theils durch standhafte Ausdauer und unerschütterliche Treue, theils durch kluges Benehmen ausgezeichnet haben", mit goldenen und silbernen Verdienstmedaillen sowie mit einer öffentlichen Belobigung im Regierungsblatt bedachte[374]. Allerdings dürfte zu diesem Zeitpunkt diese Belobigung von den meisten altbayerischen Beamten bereits als Zusicherung ihrer Rücknahme nach Bayern verstanden worden sein.

Bereits am 1. November 1814 hatte Preysing Montgelas in einem Schreiben darauf hingewiesen, daß er von den im Salzachkreis angestellten altbayerischen Beamten von allen Seiten bestürmt werde, „um sie bei einer wahrscheinlichen Territorialveränderung der Huld und Gnade Seiner Majestät zu empfehlen, damit sie in ihrer bisherigen Eigenschaft in ihr Vaterland wieder aufgenommen werden möchten", worauf ihm dieser antwortete, man werde, soweit es nur geschehen könne, die aus den bayerischen Landesteilen gebürtigen Diener „herausziehen" und dagegen Salzburger bzw. im Inn- und Hausruckviertel geborene Beamte oder andere „Ausländer" an ihre Stelle zu bringen versuchen[375]. Nach dem bayerischen Indigenatsedikt von 1812 war der bayerische Staat ja gewissermaßen rechtlich verpflichtet, seine Staatsdiener, falls diese darauf bestanden, in ihr Vaterland zurückzunehmen, ein Umstand, auf den der Kreisdirektor von Mieg wiederholt hinwies, nicht ohne zu bemerken, daß die Österreicher in dieser Hinsicht bei ihren Staatsdienern vorbildlich gehandelt hätten. Wenn also die rechtliche Lage von vornherein klar war, so dauerte es eine lange Zeit, bis man sich eine Übersicht über die zur Disposition stehenden Stellen verschafft hatte. In Bayern begann jetzt sozusagen eine fieberhafte Suche nach Beamten, die sich in den abzutretenden Teil des Salzachkreises versetzen ließen, währenddessen die Unruhe der in Salzburg tätigen bayerischen Beamten, insbesondere derjenigen, die sich im Jahr 1813 „den Verfolgungen der österreichischen Regierung ausgesetzt" hatten, immer mehr wuchs, so daß Preysing schließlich vom Ministerium angewiesen wurde, diesen zu versichern, daß auf jeden Fall für sie gesorgt werde.

Das schwierigste Problem war also, aus welchen Gebieten die Beamten noch schnell nach Salzburg versetzt werden konnten. Montgelas' spätere

374 STAM Skr 644; vgl. auch *Pichler,* Landesgeschichte, S. 1001.
375 STAM Skr 646.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Behauptung, die Überweisungsverzeichnisse hätten eine größere Zahl von Beamten enthalten, als für die Verwaltung eigentlich notwendig schien, da man die Gelegenheit benützen wollte, sich mancher weniger befähigter Subjekte und überhaupt einiger Lasten zu entledigen, läßt die Tendenz erkennen, politisch unliebsame Personen an Österreich abzutreten[376].

So hatte der Großherzog von der Toskana im Jahr 1806 von Salzburg seinen Staatssekretär Friedrich Ludwig von Hartmann nach Würzburg mitgenommen, der dort, nach Auskunft des bayerischen Hofkommissärs Freiherrn von Lerchenfeld, zum „Haupt der Salzburgischen Parthey" geworden war[377]. Dieser und sein Schwager Franz Anton von Schallhammer, der als Arzt in Salzburg Referent im Medizinalwesen gewesen war, zeigten beide „Gesinnungen gegen das bairische Gouvernement". Vor allem eine pathetische Adresse Schallhammers von 1814, die sich für einen Verbleib Würzburgs beim Erzhaus Österreich (gemeint ist die österreichische Sekundogenitur) aussprach, mußte von Bayern als Affront gewertet werden[378]. Es war klar, daß die bayerische Regierung auf derartige Beamte wenig Wert legte und daher unverzüglich Hartmann als 1. Kreisrat, seinen Schwager von Schallhammer dagegen als Finanzdirektor nach Salzburg (zurück)versetzte.

Daß eine bayerische Herkunft nicht unbedingt mit Loyalität gegenüber Bayern gleichgesetzt werden kann, bewies der aus Isen bei Erding stammende Salzburger Landrichter Leopold Ladislaus Pfest. Nach seiner Schulausbildung hatte er die Rechte in Salzburg studiert und im Jahr 1791 seine Laufbahn als Akzessist beim Stadtphysikat in Salzburg begonnen. Neben seiner beruflichen Tätigkeit trat er noch als Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften und als Verfasser von Gedichten und im Stil von Schiller gehaltenen Epigrammen sowie als Herausgeber mehrerer Anthologien hervor, von denen die 1811 erschienenen „Tisch und Trinklieder der Teutschen" ein größeres Publikum fanden[379]. Doch es war nicht die schriftstellerische Tätigkeit Pfests, der nach der Verlegung des Pfleggerichts Neuhaus 1810 nach Salzburg übersiedeln mußte, sondern dessen politische Gesinnung, die seine Versetzung in die abzutretenden Gebietsteile empfahl. Auf ihn geht zum größten Teil die Schrift „Abschied der Salzburger von den Baiern 1816" zurück, die, von Felner als eine „Geiselschrift von Zeitgenossen" bezeichnet, derart polemisch gehalten war,

376 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 520.

377 HSTA MF 14776, Bericht vom 23. Jänner 1815.

378 Vgl. *Anton Chroust,* Das Großherzogtum Würzburg (1806–1814). Die Äußere Politik des Großherzogtums, Würzburg 1932, S. 455; die Adresse ist gedruckt als Beilage XXV, S. 555.

379 Vgl. *Karl O. Wagner,* Salzburgs Literatur im Rahmen der deutschen Literaturgeschichte, Wien 1925, S. 82–84, der Pfests Leistung als letzten Vertreter der klassizistischen Richtung in Salzburg würdigt; ADB 25, 661; *Wurzbach* 22, 190f.; *Clemens Aloys Baader,* Lexikon verstorbener baierischer Schriftsteller des 18. und 19. Jahrhunderts, Augsburg 1824, Bd. 2, S. 141–143; *ders.,* Freundschaftliche Briefe, Sulzbach 1823, S. 248f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

daß sie von den Österreichern nach 1816 nicht, wie wohl beabsichtigt, gedruckt wurde, sondern als Manuskript unveröffentlicht blieb[380]. Wenn diese Schrift auch in vielem beträchtlich übertreibt, so kann sie doch als repräsentativ für die „österreichische Partei" in Salzburg gewertet werden, die die bayerische Verwaltung ausschließlich als eine aufoktroyierte Fremdherrschaft betrachtete. Pfest sollte übrigens die herbeigesehnte Wiederangliederung an Österreich nur noch um wenige Monate überleben; er starb am 3. Oktober 1816 in Salzburg.

Während also das Kriterium der politischen Unzuverlässigkeit bei der Versetzung von Beamten im Vordergrund stand, wurden außerdem noch Beamte mit österreichischer Staatsangehörigkeit oder solche, die irgendwann einmal in österreichischen oder salzburgischen Diensten gestanden hatten, nach Salzburg versetzt, wobei es in dieser Beziehung zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Generalkreiskommissariaten des Salzachkreises und des Illerkreises in Kempten kam[381].

Aus Einsparungsgründen wandte die bayerische Verwaltung – auch in dieser Hinsicht ist Montgelas' Äußerung über die „wenig befähigten" Subjekte zu verstehen – eine besondere Maßnahme an: Während in Salzburg kein einziger quieszierter Beamter reaktiviert wurde, wurden dagegen alle im bayerischen Teil des Kreises anstellungsfähigen Quieszenten noch rasch reaktiviert und nach Salzburg versetzt[382]. Nicht zuletzt dieser Umstand sollte auf der diplomatischen Ebene eine Einigung über diese Frage zwischen Bayern und Österreich sehr erschweren. Während die bayerische Seite die unbedingte Beibehaltung oder vollständige Pensionierung der an Österreich übergehenden Staatsdiener verlangte, erklärte sich die österreichische Seite zunächst nur bereit, die im Lande geborenen oder dort seit einer längeren Zeit dienenden Beamten zu übernehmen und lehnte die Pensionierung nach den relativ großzügigen bayerischen Bestimmungen ab[383]. Daß sich die österreichische Seite schließlich doch zu einem Einlenken bereit erklärte und alle Beamten übernahm, ist darauf zurückzuführen, daß sie bei einer Annullierung der Versetzungen auch die „wegen ihrer Anhänglichkeit an Österreich" entfernten Beamten verlieren mußte. Außerdem wollte sie in dieser prekären Angelegenheit der bayerischen Gegenseite bei dem fortgeschrittenen Stadium der Verhandlungen keinen Vorwand liefern, diese ergebnislos abzubrechen[384].

380 SLA Nr. 43/22. Die Sammelhandschrift enthält ferner noch Auszüge aus dem Tagebuch von Anton Corbinian Rauchenbichler sowie von dem ehemaligen Bürgermeister Ignatz Heffter. Der größte Teil stammt jedoch von Pfest und wurde von Felner überarbeitet; vgl. *J. C. Pillwax,* Der literarische Nachlaß J. Ph. Felner, in: MGSL 20, 1980, S. 84–90.

381 HSTA MF 14776 enthält zahlreiche Besetzungsvorschläge.

382 HSTA MInn 34578/IV. Bericht Preysings vom 29. März 1816.

383 Bericht des preußischen Gesandten vom 4. April 1816 an König Friedrich Wilhelm III.; PGB I, S. 66f.; aus den Zusammenstellungen der Pensionen geht hervor, daß sich der Gesamtbetrag der jährlichen Pensionszahlungen im abgetretenen Teil des Kreises auf 169.828 fl. belief; HSTA Salzburg, Hofkommission 8/49/1-4.

384 Bericht des Geschäftsträgers von Hruby vom 3. April 1816 an Fürst Metternich; ÖGB I, S. 93f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

An dieser Stelle soll noch einmal von der Einstellung der salzburgischen Beamten gegenüber der bayerischen Verwaltung die Rede sein. Einen interessanten Einblick in die bayerische Ära von 1810 bis 1816 gestattet das Tagebuch des Salzburger Finanzrats Franz Xaver Pichler, gerade weil es politische Aspekte mit den Alltagssorgen eines höheren Beamten, aber auch eines Familienvaters verbindet[385]. Als Beamter tut sich Pichler mit dem neuen Leistungsethos, aber auch mit den ermüdenden Verwaltungsarbeiten schwer. War er unter der toskanischen Herrschaft mit wichtigen Geschäften betraut – er erhielt als Anerkennung für seine Verdienste sogar eine goldene Tabatiere –, wurde sein anfänglicher Eifer für die bayerische Verwaltung bald dadurch gelähmt, daß er resignierend erkennen mußte, ohne Aussicht auf Beförderung, von fremden Vorgesetzten bevormundet, weiterhin mit unbefriedigenden Arbeiten überlastet zu werden. Mit Unmut vermerkt er, daß sein Sohn seine Vaterstadt verlassen und sich für das Studium der Rechte an der Landshuter Universität immatrikulieren lassen muß. Anfang des Jahres 1812 kommt es zu regelrechten Depressionen: „Die in meinem Inneren herrschende Niedergeschlagenheit . . . Arbeiten, die bey meiner großen Anstrengung keine Aussicht übrig liessen, je zu einiger Ruhe zu kommen, Arbeits Gegenstände, . . . der ganz meine Denkungsart entgegenstand, Nahrungssorgen, ein kranker Sohn, ein unterdrücktes Vaterland, das auf allen Seiten sich mir aufdringende Bild des Elends hatten in mir eine solche Abspannung meiner Seelenkräfte bewirkt, daß ich die Fortsetzung meines Tagebuchs . . . aufzugeben beschlossen hatte . . .“ In den folgenden Jahren ist ein deutlicher Rückzug in den Privatbereich zu verzeichnen, wobei die Regelung zahlreicher Geldangelegenheiten – Pichler war ja mit dem Handelshaus Hagenauer verwandt – im Vordergrund steht. Politische Veränderungen, so zum Beispiel der Belagerungszustand Salzburgs im Jahr 1813, werden eher emotionslos und fast desinteressiert geschildert; erst seit Mai 1814, als in der Stadt die Gerüchte von einer bevorstehenden Abtretung lauter werden, nimmt sein Interesse für Politik wieder zu. An den im Jahr 1816 vorgenommenen Versetzungen „zum Nachtheil des Kaiserlichen Aerars“ wird deutliche Kritik geübt.

Während Pichler ja die ganzen sechs Jahre in Salzburg verbrachte, kehrte der ehemalige salzburgische Regierungsrat Joseph Philipp Felner auf eigenen Wunsch von München nach Salzburg zurück, nicht zuletzt, um sich von vornherein ein Schicksal zu ersparen, „das die bey der österreichischen Landesübernahme nach Tirol geschobenen baierischen Beamten so schmählich erfahren hatten“[386]. Dort kam es jedoch zu andauernden Differenzen, da man ihm die Stelle eines Kreiskanzleidirektors zugesagt hatte, die nach wie vor der bisherige Direktor Arnold von Mieg für sich beanspruchte, so daß sich Felner schließlich mit der Stelle eines

385 SLA, Tagebuch Franz Xaver Pichler.
386 *Hintner,* Felner, S. 270.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Kreisadministrators der Stiftungen und Kommunen zufriedengeben mußte. Seine Verärgerung wurde durch die Bekanntschaft mit dem bayerischen Kronprinzen etwas gemildert: „Dieses Wohlgelittenseyn am kronprinzlichen Hofe versüßte mir einigermaßen die Bitterkeiten der Amtsqualen; ja ich war in den letzten Monaten der bayerischen Regierungszeit sogar mit meiner isolierten Stellung zufrieden, weil mich dieselbe glücklicherweise von aller Theilnahme erdichteter Brand Adressen sowohl, als an den Plünderungen in der Kassa und Registratur enthob. Wer hätte zu einem solchen Piratensysteme, allen Staatsverträgen und Herkommen unter civilisierten Nationen zum Trotz, die Hände biethen können!“[387]

Sowohl Pichler als auch Felner, der übrigens auch die erste österreichische Periode ebenso hart verurteilt hatte wie die darauffolgende bayerische, wurden auch 1816 in ihren Erwartungen enttäuscht, da beide nicht einmal mehr in ihrer Vaterstadt bleiben konnten, sondern jetzt zum neuen Sitz der Kreisregierung in Linz versetzt wurden. Felner als Vertreter eines gemäßigten Liberalismus zeigte zeit seines Lebens eine deutliche Abneigung gegen Nivellierungstendenzen jeder Art, so auch gegen den Zentralismus des österreichischen Neoabsolutismus, und fand noch im hohen Alter in der Revolution von 1848 die Erfüllung seines langgehegten Wunsches nach einer Konstitution[388].

c) Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld

Zu den wenigen Salzburgern, die auch noch nach 1816 im bayerischen Staatsdienst blieben, gehörte der Beamte, Schriftsteller und Heimatforscher Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld[389]. Am 25. März 1778 wurde er als Sohn eines fürsterzbischöflichen Pflegers in Wagrain im Pongau geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Salzburg wandte er sich zunächst dem Studium der Mineralogie und Bergbaukunde an der 1790 gegründeten Bergschule des bekannten Salzburger Bergrats Kaspar Schroll zu, wechselte aber dann zur Universität über, wo er 1799 sein Rechtsstudium beendete. Während seines Studiums lernte er die Illuminaten und die geistige Führungsschicht Salzburgs kennen und wurde so zum Augenzeugen der letzten Jahre der „Norischen Gelehrtenrepublik“, wie er sich später ausdrücken sollte. Im Jahr 1799 trat er als Praktikant in das Stadtgericht Salzburg ein, wo auch sein Interesse für Salzburger

387 Zit. nach *Hintner, Felner,* S. 277.

388 *Hintner, Felner,* S. 395f.

389 *Wurzbach* 12, 195–197; ADB 51, 294–296; *Pichler,* Landesgeschichte, S. 1002–1005; der ziemlich kritischen Würdigung von Koch-Sternfelds wissenschaftlichen Leistungen durch Ignatz von Döllinger (Nekrolog, in: Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1867, S. 389–391) steht die tendenziöse biographische Skizze seines Freundes Anton Ritter von Schallhammer (Biographie des Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld, in: MGSL 8, 1868, S. 3–63) gegenüber.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Landesgeschichte geweckt wurde. Sein Vorgesetzter, der Stadtsyndikus Hieronymus von Kleinmayrn, war ein Sohn des bekannten Hofrats und Historikers Franz Thaddäus von Kleinmayrn, der ihn bat, den Index zu seiner grundlegenden Salzburger Geschichtschronik zu erstellen[390]. Von großem Vorteil für Koch-Sternfelds weitere Ausbildung erwies sich die ihm vom Kurfürsten Ferdinand 1803 bewilligte einjährige Studienreise, bei der er sich genaue Kenntnisse über Institutionen, Fabriken und Gewerbe in den bereisten Ländern verschaffen sollte[391]. An der Universität Göttingen, wo er sich zu einem halbjährigen Aufenthalt verpflichten mußte, hörte er Vorlesungen bei mehreren namhaften Professoren, u. a. in Politik und Statistik bei Georg Sartorius, der ihn wohl am meisten beeinflußt hat. Seine erworbenen Kenntnisse kamen ihm bei der Beantwortung einer Preisfrage der kaiserlich-russischen-ökonomischen Gesellschaft zugute, die ihm den zweiten Preis einbrachte. Auch das von ihm 1810 in zwei Bänden herausgegebene Werk „Salzburg und Berchtesgaden in historisch-statistisch-geographisch- und staatsökonomischen Beyträgen", zweifellos als ein *Entrée Billet* für den Eintritt in den bayerischen Staatsdienst gedacht, bewies seine gründlichen Kenntnisse in der Kameralistik und Statistik.

Im Jahr 1805 zum Wirklichen Regierungsrat befördert und mit dem Referat des Straßen- und Wasserbaus betraut, konnte er das schwierige Projekt einer von Salzburg über das Hochmoos nach Glanegg führenden Straße realisieren[392]. Etwas grotesk, angesichts seiner späteren Laufbahn, ist der Umstand, daß Koch-Sternfeld in der österreichischen Ära u. a. mit der Truppenverpflegung der österreichischen gegen die bayerisch-französischen Truppeneinheiten kämpfenden Soldaten betraut war und in seiner Eigenschaft als österreichischer Hofkommissär, nachdem die Österreicher den Inn und die Salzach überschritten hatten, in Burghausen provisorisch den Salzachkreis für Österreich in Besitz nahm und aus der dortigen Kreiskasse die beträchtliche Summe von 64.000 Gulden in die Kriegskasse abführte![393] Allerdings war es auch sein Verdienst, die Truppenverpflegung der unter General Deroy aus Tirol abziehenden Truppen erfolgreich zu organisieren, wofür er 1813 den gewünschten Zivilverdienstorden erhielt.

Nach der Übernahme Salzburgs durch Bayern wurde er 3. Finanzrat bei der Finanzdirektion des Salzachkreises, was allerdings seinen Neigun-

390 Vgl. *Eduard Richter,* Zum hundertjährigen Gedächtnis von Franz Thaddäus Kleinmayrns Juvavia 1784–1884, in: MGSL 25, 1885, S. 1–13; *Annemarie Mühlböck,* Die Pflege der Geschichte an der alten Universität Salzburg, Wien/Salzburg 1973, S. 94–100.

391 HSTA MInn 43596, eigenhändiger Lebenslauf von 1817.

392 *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld,* Historisch-staatsökonomische Notizen über Straßen- und Wasserbau und Bodencultur im Herzogthume Salzburg und Berchtesgaden, Salzburg 1811.

393 *Schallhammer,* wie Anm. 389, S. 11.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

gen und Fähigkeiten weniger entsprach[394]. Auf Grund seiner Lokalkenntnisse wurde er hauptsächlich mit der Veräußerung der Staatsrealitäten beauftragt. Konservativ und auf die traditionellen Rechte des Adels pochend, stand er einer Allodifikation der adeligen Lehen wie überhaupt jeder Reform in diesem Bereich ablehnend gegenüber. Mit großem Eifer widmete er sich der ihm gleichfalls anvertrauten Herstellung eines Archivkonservatoriums[395]. Zunächst sollten die Archive und Registraturen der Salzburger und Berchtesgadener Stellen durchsucht werden, um die durch den Abtransport der wichtigsten Urkunden und Akten nach Wien entstandenen Lücken zumindest teilweise wieder durch Abschriften zu füllen. Wie bei jedem Territorialwechsel suchte auch hier der Besitznachfolger, sich so rasch wie möglich einen Überblick über die vorhandenen Akten zu verschaffen, ohne die eine effiziente Verwaltung schlecht möglich war. In knapp zwei Jahren gelang es Koch-Sternfeld, annähernd 600 gesammelte Bände, fast 1800 Urkunden und zahlreiche Akten dem bayerischen „Archivs-Urkunden-Sammlungs-Bureau" einzuverleiben[396]. Im Grunde genommen sollte dieses Büro nur als Provisorium dienen, bis die Bestände in das am 21. April 1812 errichtete königliche Allgemeine Reichsarchiv nach München übergeführt werden konnten, in dem unter der Leitung des Ritters von Lang alle bisherigen selbständigen bayerischen Archive integriert wurden. Koch-Sternfeld stand den Zentralisierungsbestrebungen äußerst kritisch gegenüber und setzte sich nachhaltig für eine Weiterexistenz eines historischen Konservatoriums in Salzburg ein: Für Salzburg, „den natürlichen Mittelpunkt des südlichen Königreichs", wäre eine solche Einrichtung, die ja mit dem Reichsarchiv eng zusammenarbeiten könne, sehr wünschenswert, „allein, es dürfe nicht die Meinung haben, daß alle Merkwürdigkeiten nach München gesendet und größere und kultiviertere Provinzstädte in dieser Beziehung verödet würden"[397]. Freilich stieß er mit diesem Vorschlag bei dem Vorstand des Reichsarchivs auf wenig Verständnis. Dieser ordnete sogar die Überführung eines Teils der Klosterarchive von Ranshofen, Nonnberg, Höglwörth und vor allem von St. Peter in Salzburg an, was schon bald zu schweren Differenzen zwischen Koch-Sternfeld und P. Korbinian Gärtner führte, der der bayerischen Verwaltung ohnehin nicht gut gesonnen war. Erst als im August 1813 eine österreichische Besetzung der Stadt nicht mehr ausgeschlossen werden konnte, kam er dem Verlan-

394 So schrieb sein Vorgesetzter, Finanzdirektor Danner, am 20. Oktober 1813: „. . . daß auf den Fall, wenn der Finanzrath von Koch-Sternfeld eine andere, seinen Studien und seiner Neigung mehr angemessene Anstellung erhalten möchte, sein Platz mit einem mit Kasse- und Rechnungsgeschäften ganz vertrauten Individuum besetzt werden möchte"; HSTA MF 36918 (Personalakt).

395 *Bodo Uhl,* Die Salzburger Bestände im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Wege nach Bayern, Zusammenführung und Neuordnung, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 23, München 1977, S. 7–49.

396 *Uhl,* wie Anm. 395, S. 17.

397 Zit. nach *Uhl,* wie Anm. 395, S. 19.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

gen des Reichsarchivs nach und schickte umfangreiches Archivmaterial nach München, was er folgendermaßen kommentierte: „Sollte das Unglück einen Hormayer im Gefolge der feindlichen Armeen nach Salzburg führen, es würden solche Schriften ohne weiteres enttragen und die historischen Vorräthe der Klöster tüchtig ausgeplündert werden."[398] Zu einer definitiven Regelung, was die spätere Aufteilung der Archivbestände betraf, sollte es übrigens erst nach langwierigen Unterhandlungen der bayerischen und österreichischen Hofkommissionen in den Jahren 1820 und 1823 kommen.

Auf Grund seiner Tätigkeit, die ihn in den Augen vieler Salzburger als einen Befürworter des bayerischen Zentralismus und Mitverantwortlichen für den „Salzburger Kulturexport" erscheinen lassen mußte, wurde seine Stellung in Salzburg immer prekärer. Den Auftrag im Juni 1814, mehrere Rentämter zu bereisen, um die nahezu leere Kreiskasse zu sanieren, nahm er nur unter der Bedingung an, in absehbarer Zeit eine Anstellung in Bayern zu erhalten.

Mit der im Jahr 1815 durch Montgelas erfolgten Berufung Koch-Sternfelds an die Spitze des im selben Jahr begründeten Statistischen Büros in München erhielt dieser seine verantwortungsvollste Aufgabe, für die er auf Grund seiner Ausbildung und seiner Vorarbeiten geradezu prädestiniert war[399].

Die Aufgabe dieses Büros war sowohl politischer als auch wissenschaftlicher Natur. Nach der eingetretenen politischen Stabilisierung der Verhältnisse sollte jetzt mit der Sichtung und Ordnung der in den verschiedenen Ministerialdepartements verstreut liegenden, oft äußerst umfangreichen statistischen Materialien begonnen werden, womit auch die als Folge des außenpolitischen Kurswechsels begonnenen Verhandlungen über Gebietsveränderungen besser abgesichert werden konnten.

Die Statistik als ein Charakteristikum einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik verstand sich ja in erster Linie als Landeskunde, d. h. sie wollte eine möglichst umfassende und detaillierte Kenntnis der jeweiligen Region, ihrer Bodenschätze, Energiequellen etc. erreichen, auf der dann produktionsfördernde, wirtschaftspolitische Maßnahmen aufbauen konnten. In der Ära Montgelas befand sich die Statistik in einer Übergangsphase. Einerseits hatte sich ihr Instrumentarium in Hinsicht auf eine zahlenmäßige Darstellung im modernen Sinne beträchtlich verfeinert, andererseits galten jetzt statistische Unterlagen nicht mehr, wie im vorhergehenden Jahrhundert, größtenteils als Staatsgeheimnis, sondern

398 Zit. nach *Uhl,* wie Anm. 395, S. 23; das Kuriosum ist, daß Hormayr später von Ludwig I. nach München berufen wurde und hier seit 1846 Vorsteher des Reichsarchivs war; vgl. *Josef Hemmerle,* Hormayr in Bayern, in: Archivalische Zeitschrift 73, 1977, S. 112–130.

399 Vgl. *Josef Kleindinst,* Geschichte der neueren bayerischen Statistik (Beiträge zur Statistik Bayerns 86), München 1914, S. 28–33.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

wurden auch in zunehmendem Maße publiziert und damit einer interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

Langfristig sollten die Ergebnisse des topographisch-statistischen Büros, dem schon in der Gründungsurkunde der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von 1759 gefaßten und seitdem vieldiskutierten Plan der Schaffung eines historisch-topographisch-statistischen Lexikons zugute kommen[400].

Im Frühjahr 1816, als die Verhandlungen zwischen Bayern und Österreich wegen der Abtretung Salzburgs in eine Sackgasse geraten waren, trat Montgelas mit dem Plan an Koch-Sternfeld heran, eine Geographie des Königreichs für die Beamten aller Kreise, die reifere Jugend sowie den Unterricht zu verfassen. Dieses Projekt kam insofern den Intensionen Montgelas' entgegen, als durch die Darstellung des gesamten bayerischen Staatsgebiets einerseits die Integration der neuen Gebietsteile gefördert, andererseits auch die Leistung des zu dieser Zeit gerade heftig angegriffenen Außenministers sozusagen rehabilitiert werden sollte. Da ein derartiges Projekt zweifellos eine sehr lange Vorbereitungszeit benötigte, plante Koch-Sternfeld die Herausgabe einer Zeitschrift. Am 31. März 1816 wurde ihm vom König die Herausgabe der „Zeitschrift für Baiern und die angränzenden Länder" als ein positiver Beitrag „zur Beförderung der Wissenschaften, der Geschichtskunde und der Nationalwürde" genehmigt[401]. Mitherausgeber der Zeitschrift wurde der durch seine Auseinandersetzung mit dem norddeutschen Gelehrten in München bekanntgewordene Johann Christoph von Aretin[402]. Von ihm, der die Statistik primär als Landesgeschichtsschreibung auffaßte, die „die Menschheit des Landes als dauernde große Einheit" betonte und die bayerische Tradition erhalten und verteidigen wollte, hat Koch-Sternfeld vieles übernommen[403]. Daß einer Versöhnungspolitik mit Österreich, was wohl mit dieser Zeitschrift, schließt man nach dem Titel, auch intendiert war, doch noch einiges im Wege stand, zeigt beispielsweise ein von Georg von Aretin verfaßter Aufsatz „Zur Geschichte des Innstroms", in dem sich dieser gegen das allen Erfahrungen zum Trotz immer noch bestehende System der militärischen Grenzen ausspricht[404]. So hatten sich

400 *Wolf Bachmann,* Die Attribute der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1807–1827 (Münchener Historische Studien, Abteilung Bayerische Geschichte Bd. VIII), Kallmünz 1966, S. 89f.; besonders hatte sich dieses Projekts der aus Salzburg stammende C. E. von Moll als Sekretär der mathematisch-technischen Klasse angenommen. Sein Konzept stellte primär naturwissenschaftliche Aspekte einer „natürlichen Beschreibung" in den Vordergrund.

401 STAM Skr 537.

402 Christoph von Aretin, zu dieser Zeit Appellationsgerichtsrat in Neuburg, forderte im selben Jahr mit dem Hinweis auf die zu geringe Publizität der bayerischen Akademie der Wissenschaften eine Literaturzeitung als „Vereinigungspunkt der sonst isolierten Gelehrten"; HSTA MA I 674.

403 *Bachmann,* Attribute, S. 91, 94.

404 2. Jg. 1817, Bd. 1, S. 49–76.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ja gerade die beiden Aretin-Brüder als bayerische Patrioten publizistisch gegen eine Abtretung des Innviertels gewandt. Historische Beiträge in dieser Zeitschrift verfaßte der königlich bayerische Reichsarchivar Stumpf, biographische Notizen der aus Salzburg mit Koch-Sternfeld bekannte dortige Kreisschulrat Clemens Baader. Selbst eine Persönlichkeit wie der einstige Fürstprimas Carl von Dalberg konnte für die Mitarbeit gewonnen werden[405].

Koch-Sternfeld selbst veröffentlichte in dieser Zeitschrift u. a. seine Beurteilung der Ära Colloredo, „Die letzten dreißig Jahre des Hochstifts und Erzbistums Salzburg", das, freilich etwas tendenziös, aber auf einem gründlichen Quellenstudium basierend, als seine beste Arbeit bezeichnet werden kann. Die gleichfalls von ihm verfaßten „Blicke auf das baierische Gebiet am linken Rheinufer" entsprachen ganz Montgelas' Intension, die Altbayern mit den jüngsten territorialen Neuerwerbungen vertraut zu machen.

Mit dem Sturz Montgelas' im Jahr 1817 fanden auch die Aktivitäten Koch-Sternfelds ein jähes Ende. Noch im selben Jahr wurde das Statistische Büro aufgelöst, die Zeitschrift mußte ihr Erscheinen einstellen[406]. Es schien so, als hätte die Statistik, die gerade für den zentralistischen Staat eine wesentliche Voraussetzung war, zugleich mit Montgelas abgedankt. Zeit seines Lebens hat Koch-Sternfeld diesen Umstand bedauert. Seine späteren Versuche, innerhalb der Akademie ein auf historischen Quellen und kritisch ausgewertetem statistischem Material beruhendes topographisches Lexikon zu schaffen, dem Monographien über einzelne Gebiete und Gegenstände folgen sollten, scheiterten hauptsächlich an der Finanzierung. Auch die von Ludwig I. später mit dieser Aufgabe betrauten Historischen Vereine waren hierin überfordert[407].

Mit der Schließung des Statistischen Büros war auch die berufliche Karriere des 1815 zum Legationsrat ernannten Koch-Sternfeld praktisch beendet, wobei die Hintergründe für diesen Umstand nur vermutet werden können. Seine Hoffnungen auf die in scheinbar greifbare Nähe gerückte Stelle eines Ministerialrats im Innenministerium erfüllten sich nicht. Zunächst als Kommissär für die Grenzregulierung zwischen Bayern und Österreich bestimmt, eine Tätigkeit, die ihm viel Zeit für seine schriftstellerischen Arbeiten ließ, verfaßte er zahllose Petitionen um eine

405 *Carl von Dalberg,* Betrachtungen über den Zeitgeist, in: Zeitschrift für Baiern und die angränzenden Länder, 1. Jg. 1816, Bd. 3, S. 247–254; 2. Jg. 1817, Bd. 1, S. 236–242.

406 Noch im Jahr 1823 schrieb *Clemens Alois Baader,* Freundschaftliche Briefe, S. 85f., „daß die Zeitschrift nach zwei Jahrgängen wieder ihr Ende nahm, thut mir sehr leid. Doch hoffe ich, daß dieses Ende nur temporär seyn, und daß die fernere Fortsetzung wieder beginnen werde".

407 *Bachmann,* Attribute, S. 95f.; als Nachfolgeprojekte kann man das unter Max II. breit angelegte Werk „Bavaria" sowie die erst in jüngster Zeit erschienenen Bände des Historischen Atlas bezeichnen.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

definitive Wiederanstellung, so daß sich der Minister Graf von Rechberg über „die von ihm unterfertigten beinahe täglich einlaufenden Berichte", die „sein Leben genugsam attestiren", mokieren konnte[408].

Der Grund, warum Koch-Sternfeld nicht in den höheren Dienst übernommen wurde, scheint zunächst in „seinen häuslichen Verhältnissen" gelegen zu haben, wie er sich selbst in einer 1825 verfaßten, sehr dringlichen Bittschrift an den König ausdrückte, in dessen Ungnade er offensichtlich vorübergehend gefallen war[409]. Ludwig I. ließ sich darauf umstimmen und vermittelte ihm im Herbst 1826 eine Honorarprofessur für Geographie und Statistik an der eben von Landshut nach München verlegten Universität, die dieser sofort annahm, jedoch bereits im August 1828, offiziell aus Gesundheitsgründen, wieder niederlegte. Diesmal scheint es seine politische Haltung gewesen zu sein, die einer längeren Lehrtätigkeit im Wege stand.

Koch-Sternfeld gehörte neben Franz von Baader, Johann Nepomuk von Ringseis und dem Kirchenhistoriker Ignatz Döllinger dem von liberaler Seite als erzreaktionär verurteilten sogenannten „Eoskreis" an, dessen Wortführer der bekannte Joseph von Görres war. Publizistisches Organ dieses Kreises war die Zeitschrift „Eos, Münchener Blätter für Poesie, Literatur und Kunst", an der auch Koch-Sternfeld mitarbeitete. So lehnte der damalige liberale Innenminister Eduard von Schenk Koch-Sternfeld als möglichen Erzieher des Kronprinzen mit dem Hinweis ab, seine Aufsätze verrieten ein starres Festhalten am Alten, er sei stets ein *laudator temporis acti,* jedes Fortschreiten mit dem Geist der Zeit und auch die Benutzung des Guten im Neuen halte er für gefährlich[410].

Tatsächlich war es Koch-Sternfelds langgehegter Wunsch, nachdem er erst 1801 für sich das von einem Vorfahren ererbte Adelsprädikat „von Sternfeld" erhalten hatte, ein adeliges Fideikommiß zu erwerben, was

---

408 HSTA MF 36918, Schreiben Rechbergs vom 10. Dezember 1820; ein Jahr später ließ er sich jedoch bewegen, dem Freiherrn von Zentner „diese viel besprochene Angelegenheit nochmal dringend zu empfehlen".

409 GHA, Nachlaß Ludwig I. I A 41, „E. kgl. H. geruhen mir einiges Geschick für den Staatsdienste zuzutrauen; scheinen aber zu glauben, daß ich mich lediglich häuslicher Verhältnisse wegen denselben entzogen habe. Seit vollen 9 Jahren, seit der Ministerialveränderung vom J. 1817 der bündigsten Zusicherungen S. Maj. ungeachtet, bey jeder Gelegenheit zum Ein- und Vorrücken bey dem gesamten k. Ministerium übergangen . . . was blieb mir noch übrig . . ." Koch-Sternfeld war mit der Tochter des Salzburger Stadtphysikus Barisani verheiratet, die von dem Kronprinzen, der bekanntlich die Gesellschaft schöner Frauen liebte, öfters zu Hoffestlichkeiten eingeladen wurde. In diesem Zusammenhang soll es zu einer Eifersuchtsszene zwischen dem Kronprinzen und Koch-Sternfeld gekommen sein. Im Jahr 1824 erfolgte die Scheidung Koch-Sternfelds, der nach Altötting zog, während seine Familie in München blieb. Für diesen Hinweis bin ich Herrn Roth, dem Schriftleiter des Historischen Vereins Rupertiwinkel, der mir sein Vortragsmanuskript über Koch-Sternfeld zur Verfügung stellte, zu Dank verpflichtet.

410 *Max Spindler,* Die Regierungszeit Ludwigs I., in: HB IV/1, S. 146f.; *Max Spindler* (Hrsg.), Briefwechsel zwischen Ludwig I. von Bayern und Eduard von Schenk 1823–1841, 1930, Nr. 64.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ihm schließlich 1835 mit dem Kauf des Schlosses Lampoding am Waginger See auch gelingen sollte. Seit seinem Wegzug aus München 1829 führte der leicht reizbare und hypochondrische Mann ein rastloses Leben, reiste viel, spekulierte mit Grundstücken und Aktien, sammelte Bücher, Urkunden und Antiquitäten und verfaßte nebenbei zahlreiche historische Schriften, die von der Fachwelt zunächst heftigst angegriffen, dann aber völlig ignoriert wurden[411]. In der im Jahr 1839 erschienenen Akademieschrift „Das Reich der Langobarden in Italien, zunächst in der Bluts- und Wahlverwandtschaft zu Bojarien" ließ er sich ohne die geringsten philologischen Kenntnisse auf etymologische Untersuchungen ein, wofür die Akademie die Vorwürfe des Bonner Historikers Abel einstecken mußte, daß sie „diesen auf 230 Quartseiten entwickelten Unsinn ihren Schriften einverleibt habe"[412]. Vollends unglaubwürdig machte er sich, als er in seiner 1851 erschienenen Schrift „Ueber das wahre Zeitalter des heiligen Rupert" den Nachweis zu führen versuchte, daß der heilige Rupert am Ende des 6. Jahrhunderts, also ein ganzes Jahrhundert eher, als bereits einwandfrei nachgewiesen worden war, gelebt habe[413].

Wenn so seinen zahlreichen historischen Arbeiten jeder auf einer soliden Quellenbasis beruhende Wert abzusprechen ist, so liegt seine Stärke zweifellos in seinen früheren landeskundlichen Arbeiten. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte Koch-Sternfeld isoliert und beinahe mit jedermann zerstritten, selbst von seinen Freunden, dem Historiker Ruland und dem Orientalisten Fallmerayer, nicht mehr verstanden, bei seinem Schwiegersohn in Tittmoning, wo er im hohen Alter von 89 Jahren am 28. Juni 1866 verstarb.

II. DIE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHEN MASSNAHMEN DER BAYERISCHEN VERWALTUNG

Wenn hier im folgenden von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen die Rede ist, ist damit zweifellos nicht die Wirtschafts- und Sozialpolitik im modernen Sinne, sondern in etwa der Bereich gemeint, mit dem sich die damalige Polizeiwissenschaft beschäftigte und zu dem u. a.

411 Gerade sein Wirken in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der er seit 1812 angehörte und die u. a. auf eine persönliche Bekanntschaft mit dem damaligen Sekretär der historischen Klasse Lorenz von Westenrieder zurückgeht, brachte dieser fast nur Unannehmlichkeiten ein. Das Verzeichnis seiner Akademieschriften, freilich sehr positiv kommentiert, bei *Schallhammer,* wie Anm. 389, S. 41–45; dort auf S. 26–34 auch ein Auszug aus Koch-Sternfelds am 14. Februar 1858 an das Ministerium des Äußern eingereichten Rechtfertigungsschrift „Stellung und Erlebnisse in der königlichen Akademie der Wissenschaften zu München".

412 *Döllinger,* Nekrolog, wie Anm. 389, S. 390.

413 In der sich an dieser Schrift anschließenden Kontroverse bezeichnete er die Gegendarstellung des angesehenen Historikers Wilhelm Wattenbach als „nordische Touristenliteratur, die über die süddeutsche Geschichte schon die barockesten Ansichten gebracht" habe. Der Einfluß seines Freundes Christoph von Aretin ist hier unverkennbar.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

so umfangreiche Gebiete wie die Gewerbe-, die Armen-, die Gesinde-, die Gesundheits- und die Bevölkerungspolizei gehörten. Wenn darüber hinaus von „Maßnahmen" die Rede ist, so sind darunter in erster Linie die Ansätze einer Reform zu verstehen, die allerdings auf dem Gebiet des Gesundheits-, des Gewerbe- und des Armenwesens deutlich erkennbar sind. Freilich darf man nicht vergessen, daß diese Reformansätze erst in einer engen Zusammenarbeit der Zentralbehörden mit den Mittel- und Unterbehörden ihre Konturen annahmen und daß man oft genug nicht über die Planungsphase, d. h. das Sammeln von Informationen, hinausgelangte, wie die sogenannte Montgelas-Statistik beweist, die hier für die Sozial- und Wirtschaftsstruktur herangezogen wurde.

Die sich hier anschließende Frage nach einem gesellschaftlichen Strukturwandel läßt sich nur sehr schwer beantworten, nicht zuletzt, weil sich ein solcher Wandel ja über mehrere Jahrzehnte hinzog. Dennoch soll am Schluß dieses Abschnitts bei der Darstellung der Armenpflege gezeigt werden, welche Bevölkerungsschichten einem solchen Wandel unterlagen.

Man kann davon ausgehen, daß die Wirtschaftsstruktur Salzburgs im Jahr 1810 größtenteils noch die gleiche war wie die des alten Erzstifts vor der Säkularisation im Jahre 1803, abgesehen davon, daß sich die materielle Situation der Bevölkerung aufgrund der kriegerischen Ereignisse verschlechtert hatte und die Verschuldung des Landes angestiegen war. Mit Ausnahme einiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen der toskanischen Zwischenherrschaft, von denen noch die Rede sein wird, blieben die meisten Reformen bereits in ihren Ansätzen stecken. Den hieraus resultierenden Nachholbedarf an Reformen faßte der mit den modernen Wirtschaftstheorien seiner Zeit vertraute Salzburger Regierungsrat Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld folgendermaßen zusammen: „Der Wechsel der Regierung, der Behörden, provisorischer Verwaltungen und feindlicher Administrationen veranlaßte zwar Darstellungen, Vorschläge und Aufschlüsse über die verschiedenen Fächer der Staatsverfassung und der Staatsverwaltung, allein – sie gelangten oft zu spät an die entscheidende Stelle, selten zur verdienten Würdigung, nie zur öffentlichen Kenntnis, womit sich die Regierung und die Untertanen hätten beruhigen können."[414]

Im Grunde genommen wurde dieser Nachholbedarf bereits im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts den geistlichen Fürstentümern allgemein angelastet, wie die von dem fürstbischöflich-fuldaischen Regierungspräsidenten Philipp Anton von Bibra 1785 gestellte Preisfrage in dem von ihm herausgegebenen Journal von und für Deutschland impliziert: „Da die Staaten der geistlichen Reichsfürsten Wahlstaaten sind und über die-

414 *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld* (Hrsg.), Salzburg und Berchtesgaden in historisch-statistisch-geographisch- und staatsökonomischen Beyträgen, Salzburg 1810, Vorrede.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ses größtentheils die gesegnetsten Provinzen von ganz Deutschland sind, so sollten sie von Rechts wegen auch die weiseste und glücklichste Regierung genießen. Sind sie nun nicht so glücklich, als sie sein sollten, so liegt die Schuld nicht sowohl an den Regenten, als an der inneren Grundverfassung. Welches sind also die eigentlichen Mängel? Und wie sind solche zu heben?"[415]

Gerade in Salzburg hatte man sich über dieses Problem schon früher Gedanken gemacht, so war hier bereits im Jahr 1772 mit dem Placet der geistlichen Zensurbehörden in Salzburg und Freising eine anonyme Schrift: „Warum ist der Wohlstand der protestantischen Länder so gar viel größer als der katholischen?" erschienen, die, im Jahr des Regierungsantritts von Colloredo publiziert, wohl indirekt die Mißwirtschaft seines frommen und weltfremden Vorgängers, des Fürsterzbischofs von Schrattenbach, kritisieren wollte[416]. In dieser, aber auch in anderen Schriften wird der Gegensatz zwischen katholischen und evangelischen Ländern herausgearbeitet. Die evangelischen Länder werden gekennzeichnet durch eine Blüte der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie, die katholischen dagegen durch Armut und hohe Arbeitslosigkeit als Folge einer ungenügend geförderten Industrie. Wenn dieser Gegensatz dabei zweifellos überzogen wurde und dem von der meinungsbeherrschenden norddeutsch-protestantischen Publizistik geschaffenen Klischee der rückständigen katholischen Territorien entsprach, was zumindest auf geistig-kulturellem Gebiet keineswegs zutraf, sahen weitblickende Zeitgenossen doch voraus, daß die geistlichen Staaten wegen ihrer Zersplitterung und ihrem Charakter als Wahlmonarchien nicht zu einer Weiterbildung zum modernen Staat fähig sein würden.

In seiner Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung des Erzstifts, in der sich Koch-Sternfeld an dem Vorbild der Schweiz orientierte, werden den erzbischöflichen Regierungen nicht nur Fehlentscheidungen angelastet[417]. So sei das Bergwesen in Salzburg von jeher als Regal und daher intensiver als in republikanischen Staaten betrieben worden. Die Isolierung vom Ausland und damit von neuen Entwicklungen habe jedoch zu einer Stagnation der Gewerbe geführt; so habe die „Besorgnis, dem Protestantism neue Opfer bringen müssen", die Regenten zurückgehalten, fähige Leute ins Ausland zur Erlernung von Gewerben zu senden.

---

415 Die auf diese Preisfrage eingegangenen Preisschriften sowie zahlreiche anonym erschienene Flugschriften untersucht *Peter Wende,* Die geistlichen Staaten und ihre Auflösung im Urteil der zeitgenössischen Publizistik (Historische Studien, Heft 396), Lübeck 1966.

416 Der Verfasser, nach eigener Aussage ein gläubiger Katholik, nannte sich Christian Friedrich Menschenfreund. Über die Mißwirtschaft Schrattenbachs urteilte schon *Johann Pezzl,* Reise durch den Baierschen Kreis, Salzburg und Leipzig 1784, S. 240f. (Faksimileausgabe, München 1973).

417 *Koch-Sternfeld,* Salzburg und Berchtesgaden, S. 86f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Von den von Koch-Sternfeld vorgelegten Vorschlägen zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sind vor allem folgende insofern bemerkenswert, als sie Rückschlüsse auf erkannte Mißstände zulassen[418]: „Ein der inländischen Industrie günstigeres Mauthsystem, besonders durch beschränkte Ausfuhr roher Stoffe. Eine radikale Reform des Armen- und Bettelwesens in den Städten Hallein, Laufen, Salzburg, Tittmoning und im Fürstenthume Berchtesgaden, nach den bekannten auf Arbeitsfähigkeit berechneten Grundsätzen. Verbindung dieser Reform mit einigen Lehranstalten, um gewisse Industriezweige in den einzelnen Haushalten in Gang zu bringen. Beschränkung der Feiertage, deren Anzahl sich im verarmten Berchtesgaden auf 160 belaufen soll, und die nur durch vermehrtes Verdienst auf der einen, und durch strenge Prüfung der Armuth auf der anderen Seite vermindert werden können. Beförderter Geldumlauf aus den Händen der Kapitalisten in die des Gewerbestandes durch Lotterien und Aktiengesellschaften. Mäßigung des Zunftzwanges und vernünftige Liberalität der Regierung in Ertheilung neuer Gerechtsame." Das hier vorgelegte, noch überwiegend in der Tradition des Merkantilismus stehende Konzept unterschied sich nicht allzu sehr von den Vorstellungen der bayerischen Verwaltung, die dann auch daranging, einige dieser Vorschläge in die Realität umzusetzen.

1. Die Bevölkerungsbewegung im Salzachkreis

Die Ära Montgelas, in der ja die bayerische Herrschaft in Salzburg fällt, steht noch überwiegend in der Tradition einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik, die sich nicht zuletzt als Bevölkerungspolitik versteht[419]. Interessant ist, daß bereits in der zeitgenössischen Bewertung der Bevölkerungsbewegung zwischen weltlichen und geistlichen Staaten differenziert wurde. Als wahrscheinliche Ursachen für die Tendenz, daß in geistlichen Staaten die Bevölkerung abnahm, in weltlichen dagegen zunahm, wurden zu geringe Besoldungen, ein Mangel an Industrie und

418 *Koch-Sternfeld,* Salzburg und Berchtesgaden, S. 89–91.

419 Vgl. die Definition der Bevölkerungspolizei in der in Salzburg von dem Professor für Staatsrecht Karl Theodor Hartleben von 1801 bis 1803 herausgegebenen „Allgemeinen deutschen Justiz- und Polizey Fama": „Die Bevölkerungs Polizey . . . muß von dem Zustande der Bevölkerung, ihrem Wachsthum oder ihrer Abnahme, und den Gründen des einen oder anderen Erkundigen einziehen . . . sie kann die Hindernisse, welche der Häufigkeit der Ehen und der Fruchtbarkeit derselben entgegenstehen, zunächst bemerken . . ." Deutlich wird die Erfassung der Bevölkerung als Objekt administrativer, auf maximale Produktivität und damit auch auf größte Wehr- und Steuerkraft gerichteter Maßnahmen: „Die Menge der Menschen in einem Staate zu wissen, und ihre Qualität zu kennen ist schon deswegen höchst nothwendig, weil sie die mögliche und wesentliche Macht des Staates ausmacht . . . Da jeder Mensch ein Kapital für den Staat ist, so lohnt es sich wohl der Mühe, die Anzahl und die Qualität derselben genau kennen zu lernen . . ." Zit. nach Nr. 12 vom 28. Jänner 1802, Sp. 89 und Nr. 138 vom 25. November 1803, Sp. 1335f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Bildungsanstalten in den geistlichen Territorien bzw. eine allgemeine Bevorzugung weltlicher Staaten genannt[420].

Eine für Montgelas offensichtlich zur Besitzübernahme Salzburgs im Jahr 1810 ausgearbeitete Statistik, die sich rühmt, durch eine geometrische Vermessung des Landes und durch eine wirkliche Volkszählung die bisherigen statistischen Angaben erheblich korrigiert zu haben, schreibt den im Erzstift besonders evidenten Bevölkerungsrückgang in erster Linie der Salzburger Emigration von 1731 zu[421]. Angesichts dieser Tatsache sei bei einer Gesamtbevölkerung von 193.825 Einwohnern (einschließlich Berchtesgadens) die Besiedlungsdichte von 1144 Einwohnern pro Quadratmeile ein noch relativ zufriedenstellendes Ergebnis.

Es ist sehr verständlich, daß in einem Zeitalter, das sowohl die Bevölkerungszahl mit der politischen Bedeutung eines Staates gleichsetzte als auch die menschliche Arbeitskraft als volkswirtschaftlichen Faktor erkannte und daher alles unternahm, um eben diese Bevölkerungszahl zu erhöhen[422], die Salzburger Emigration jetzt als eine nie wiedergutzumachende Fehlentscheidung bewertet wurde[423].

Auch die Regierung des letzten Fürsterzbischofs Hieronymus von Colloredo wurde in diesem Zusammenhang nicht von der Kritik verschont. Er hatte zwar 1794 eine Bevölkerungsstatistik eingeleitet[424], was schon als beträchtlicher Fortschritt galt, hatte dafür aber andererseits 1773 die Trauung unvermögender Personen verboten, den Ausbau von Zulehen gehemmt und die Heiratsgesuche seiner karg besoldeten Beamten nur selten bewilligt, so daß der Rückgang der Ehen in seiner Regierungszeit auf ein Viertel, der Bevölkerungsrückgang auf den 14. Teil geschätzt wurde[425]. Der Bevölkerungsrückgang dürfte sich durch die in dieser Beziehung nicht mehr so restriktive Politik der toskanischen und der öster-

---

420 Allgemeine deutsche Justiz- und Polizey Fama Nr. 14 vom 1. Februar 1802, Sp. 110.

421 HSTA MA I 670.

422 Man denke in diesem Zusammenhang an die in Bayern in großem Stil durchgeführte Mooskultivierung und die damit verbundene Neubesiedlung der Gründe sowie an die viel diskutierte Zertrümmerung großer Bauerngüter, durch die neue, kleinbäuerliche Existenzmöglichkeiten geschaffen werden sollten.

423 Die tolerante Haltung Colloredos kann u. a. auf diese Erkenntnis zurückgeführt werden, vgl. *Pezzl,* wie Anm. 416, S. 244: „Ob die Salzburger schon gut katholisch sind, hat doch ein Protestant in den itzigen Zeiten nicht das mindeste wegen seiner Religion zu besorgen. Man weiß die Katastrophen der großen Emigration, dadurch das Land im vierten Dezennium bei 32.000 Menschen verlor, die itzt in Preussen, Pommern und Pensilvanien das Land bebauen."

424 *Benedikt Pillwein,* Geschichte, Geographie und Statistik des Erzherzogtums Österreich ob der Enns und des Erzherzogtums Salzburg, Bd. 5, Der Salzburger Kreis, Linz 1839, S. 96.

425 Vgl. *Koch-Sternfeld,* Die letzten 30 Jahre, S. 177f.; Franz *Michael Vierthaler,* Meine Wanderungen durch Salzburg, Berchtesgaden und Österreich, Wien 1816, Bd. 1, S. 159: „Die letzte erzbischöfliche Regierung war der Population nicht sehr günstig. Die Ehen waren erschwert und die Zahl der Ehelosen nahm nicht nur unter den Kleinhäuslern, sondern auch unter den Großbauern mit jedem Jahr zu."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

reichischen Ära, in der „die Ehen mehr begünstiget, und die Anstalten zur Entwicklung der Humanität redlich fortgesetzt wurden", etwas verlangsamt haben[426].

Grundlegend für die Bevölkerungsentwicklung sowie für die Sozialstruktur Bayerns im Untersuchungszeitraum sind die von Montgelas für die Etatsjahre 1809/10 und 1811/12 in Auftrag gegebenen umfangreichen statistischen Erhebungen. Was den Salzachkreis betrifft, so lassen sie zumindest für ein Jahr einen differenzierten Einblick in die Bevölkerungsentwicklung des Kreises zu:

Bevölkerungsbewegung im Salzachkreis im Etatsjahr 1811/12[427]

	Uneheliche %	*Säuglings-sterblichkeit* %	*Geburtenziffer: Auf 1000 Einwohner entfallen Geburten*
LG Salzburg	16,9	48,9	43,7
PK Salzburg	31,0	30,6	37,2
LG Burghausen	15,5	44,6	42,5
PK Burghausen	24,3	29,0	25,6
LG Hopfgarten	11,9	22,1	33,7
LG Laufen	14,2	49,1	46,4
LG Tittmoning	17,5	43,6	40,7
Salzachkreis (gesamt)	16,0	37,5	36,4

	Sterbeziffer: Auf 1000 Einwohner entfallen Sterbefälle	*Geburtenüberschuß (+) bzw. -defizit (—) pro 1000 Einwohner*
LG Salzburg	34,1	+9,6
PK Salzburg	41,5	—4,3
LG Burghausen	34,2	+8,3
PK Burghausen	29,5	—3,9
LG Hopfgarten	26,9	+6,8
LG Laufen	37,4	+9,0
LG Tittmoning	35,8	+4,9
Salzachkreis (gesamt)	29,5	+6,9

426 *Vierthaler,* Meine Wanderungen, S. 159f.

427 Die sog. „Montgelas-Statistik", die Hunderte von handschriftlichen Bänden größten Folioformats umfaßt, befindet sich in der Handschriftenabteilung der Bayerischen Staatsbibliothek, Cod. germ. 6845f. Die Tabellen wurden für die einzelnen Polizeikommissariate und Kreise (nicht Landgerichte) publiziert von *Josef Kleindinst,* Geschichte der neueren bayerischen Statistik (Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 81), München 1914; für den Isar-, Inn-, Salzach- und Illerkreis wurden sie ausgewertet und nahezu vollständig publiziert von *Adolf Günther,* Südbayern und Westösterreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Schriften des Instituts für Sozialforschung in den Alpenländern an der Universität Innsbruck, 10. Folge), Innsbruck 1933; die Übersicht ist ein Auszug aus Tabelle 44.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Hervorzuheben ist zunächst das Geburtendefizit in den beiden Polizeikommissariaten Salzburg und Burghausen, das im Kontrast zu den meisten Landgerichten des Kreises steht. Der Vergleich mit anderen größeren Städten Bayerns zeigt jedoch, daß Salzburg hier keine Ausnahme bildet und daß im Salzachkreis, wie in anderen Kreisen auch, ein Bevölkerungszuwachs ausschließlich auf die Landbevölkerung zurückzuführen ist. Allerdings ist der Bevölkerungsrückgang in der Stadt Salzburg, der allein im Zeitraum von 1811 bis 1817 etwa 9 Prozent betrug, ziemlich hoch, was sich u. a. damit erklären läßt, daß nach dem Anschluß an Österreich die Kreisregierung ihren Sitz nach Linz verlegen mußte[428]. Charakteristisch für die Kreishauptstadt ist ferner: ein überdurchschnittlicher Anteil an unehelichen Geburten, eine geringere Säuglingssterblichkeit, ein niedrigerer Familiendurchschnitt sowie die wenigsten Kinder pro Familie im Salzachkreis[429].

Ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung über mehrere Jahre bzw. Jahrzehnte hinweg ist gerade im Fall Salzburgs nicht möglich, da hier infolge der rasch aufeinanderfolgenden Territorialveränderungen bzw. Neugliederungen der Verwaltungsbezirke die vorliegenden Zahlenangaben nicht vergleichbar sind. Festzuhalten ist der in der bayerischen Zeit auf den ganzen Salzachkreis bezogene sehr geringe Bevölkerungsanstieg von 0,69 Prozent gegenüber dem allerdings zahlenmäßig kaum nachweisbaren, sondern nur von den Zeitgenossen registrierten Bevölkerungsrückgang im Erzstift.

Lediglich einige Zahlenangaben über die Heiratshäufigkeit lassen den Rückschluß zu, daß im Zeitraum von 1806 bis 1812 die Heiraten drastisch, nämlich um ca. ein Drittel, zurückgingen, was sicherlich eine Folge der Napoleonischen Kriege ist, an denen zahlreiche junge Männer teilnahmen[430].

Die Bevölkerungsentwicklung im Salzachkreis war ferner durch eine primär wirtschaftlich bedingte Abwanderung gekennzeichnet, ein Umstand, den auch Montgelas nach der Abtretung Salzburgs besonders hervorhob[431]. Wie aus den vom Generalkreiskommissariat monatlich an-

428 Die Bevölkerung in Salzburg ging von etwa 16.000 Einwohnern im Jahr 1796 auf 12.377 Einwohner im Jahr 1812 bzw. 11.250 Einwohner im Jahr 1817 zurück; vgl. auch: Salzburg. Statistischer Bericht über die wichtigsten demographischen Verhältnisse. Verfaßt von der Stadtgemeinde-Vorstehung, Wien 1887, S. 12.

429 *Adolf Günther,* wie Anm. 427, S. 73f.; Tabellen 7 und 11.

430 Dies ergibt sich aus den sowohl für die Jahre 1806/07 und 1809/10 bzw. 1811/12 vorliegenden Zahlenangaben für die Landschaftsphysikate Berchtesgaden, Laufen, Radstadt, St. Johann sowie für das Stadt- und Landschaftsphysikat Salzburg; vgl. Uebersicht der Getrauten, Gebornen und Gestorbenen von 1806 und 1807, in: *Koch-Sternfeld,* Salzburg und Berchtesgaden, S. 244, und *Günther,* wie Anm. 427, Tabelle 27 (Auszug).

431 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 515: „Die Bevölkerung im Salzburgischen, deren Wachsthum in einer von der unsrigen ganz verschiedenen Zeit begonnen hatte, unterlag nun einer sicheren und stets zunehmenden Minderung. Die fortwährende Abnahme der Unterhaltsmittel und das wachsende Elend mußten die Auswanderung begünstigen . . ." Diese Feststellung sollte zweifellos den Gewinn der Rheinpfalz unterstreichen.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

gefertigten Statistiken der „Auswanderungs- und Vermögensexportationsgesuche" der Jahre 1811 bis 1816 hervorgeht, waren die zum Hausruckviertel gehörigen Landgerichte Vöcklabruck, Frankenmarkt, Grieskirchen, Haag mit ihren Patrimonialgerichten am stärksten davon betroffen; sie stellten mit 55,7 Prozent mehr als die Hälfte der Auswanderer im ganzen Salzachkreis[432]. Außer der unmittelbaren Nachbarschaft zu Österreich dürfte hier die extrem angespannte wirtschaftliche Lage ein Auswanderungsmotiv gewesen sein. Einige Auswanderungswillige besaßen als ehemalige österreichische Staatsangehörige österreichisches Papiergeld, das durch die Inflation in Österreich wertlos geworden war[433]. Auf Grund der aufgeführten Vermögenswerte sowie der meist gewährten Befreiung von einer Nachsteuer liegt der Schluß nahe, daß die Auswanderungswilligen zu den ärmsten Bevölkerungsschichten gezählt werden müssen. Fast ausnahmslos scheint man sich im Ausland eine bessere Existenzgrundlage erhofft zu haben: die überproportional vertretenen Frauen meist durch eine Heirat, die Männer meist durch eine berufliche Existenzmöglichkeit, zum Beispiel dem Kauf einer Krämers- oder Schenkgerechtigkeit. Dabei dürften die auswandernden Familien mit oft mehreren Kindern und dem mit 40 Jahren hohen Durchschnittsalter der Eltern die größeren Anpassungsschwierigkeiten gehabt haben.

Die Zielorte lagen fast ausschließlich im benachbarten Österreich, gefolgt von Illyrien, Ungarn, Frankreich, Böhmen und den Niederlanden. Politische Gründe, wie sie etwa in der Berufung auf den einschlägigen Artikel des Wiener Friedens vermutet werden können, waren selten ausschlaggebend. Ebenso stehen Ausweisungen, zum Beispiel wegen der Teilnahme an der Tiroler Insurrektion, vereinzelt da.

---

432 HSTA MA 10328, 10329, 10330, 10331, 10332, 10333:

	1811	*1812*	*1813*	*1814*	*1815*	*(1816)*
Anzahl der Gesuche	63	78	56	67	95	42
Motive der Auswanderung			*1811*	*1812*	*1813*	
Heirat ins Ausland			33	51	35	
Übernahme eines Anwesens			3	4	5	
Armut bzw. Konkurs			10	8		
Anstellung (Broterwerb)			12	18	12	

In der Verordnung vom 6. Juli 1804 (Rbl 1804, 633f.) waren die Modalitäten der Auswanderung und Vermögensausfuhr genau festgelegt. Es wurde kritisiert, daß bayerische Staatsbürger, selbst ohne aus ihrem Untertanenverband entlassen zu sein, in Österreich mitunter noch vor Ablauf der vorgeschriebenen Frist von 10 Jahren naturalisiert wurden; HSTA MA 39517.

433 Vgl. *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S 238f.: „Die ausserordentliche Entwerthung des österreichischen Papiergeldes musste um diese Zeit ebenfalls die Aufmerksamkeit unserer Regierung auf sich ziehen, indem daraus bayerischen Unterthanen bedeutende Verluste erwuchsen. Sie bezogen die in Oesterreich angefallenen Erbschaften nur in abgewürdigtem Papier, während im umgekehrten Falle klingende Münze ausser Landes ging; ähnlich verhielt es sich bei Uebersiedlungen aus einem Staat in den anderen und bezüglich des täglichen kleinen Grenzverkehrs . . ."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Für das Etatsjahr 1812/13 liegt eine differenziertere Ein- und Auswanderungsstatistik vor, die sich so zusammenfassen läßt: 44 Einwanderern mit einem eingebrachten Vermögen von 9224 Gulden stehen 120 Auswanderer mit einem ausgeführten Vermögen von 19.848 Gulden gegenüber; insgesamt sind also in diesem Zeitraum 76 Personen mehr abgewandert als eingewandert[434]. Nicht erfaßt werden können die „Binnenwanderungen", d. h. die Wanderungen zwischen den Kreisen bzw. innerhalb eines Kreises[435]. Da allerdings vor 1810 Salzburg noch nicht zu Bayern gehörte, wird aus einer Übersicht deutlich, daß im Etatsjahr 1809/10 aus dem Landgericht Burghausen 5 Personen nach Tittmoning, 6 Personen ins Innviertel und aus dem Landgericht Traunstein allein 20 Personen in das Pfleggericht Teisendorf auswanderten, woraus man auf traditionelle (Heirats-)Verbindungen zwischen diesen Gerichten schließen könnte, die durch den Zusammenschluß vielleicht noch intensiviert wurden[436].

2. Die Organisation des Gesundheitswesens

Charakteristisch für den damaligen modernen Staat ist die enge Verbindung von Hygiene und Populationistik, was sich u. a. darin zeigt, daß jetzt Kretinismus, Geburtshilfe etc. zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen wurden. In diese Reihe gehört auch der im Jahr 1810 von dem Salzburger Medizinalrat Dr. Joseph von Barisani veröffentlichte Bericht über das Gesundheitswesen in Salzburg, der einen aufschlußreichen Einblick in die gerade von der aufklärerischen Seite häufig so negativ geschilderte Lebensweise der ländlichen Bevölkerung gewährt[437].

Seinen Angaben nach waren in den Landphysikaten Hallein, Laufen, Neumarkt und St. Johann die Entkräftung, die Abzehrung und die Lungensucht als Folge der ungünstigen Witterung und der erschöpfenden Arbeiten die häufigsten chronischen Krankheiten. In den Landphysikaten Radstadt, Lungau, St. Johann, Pinzgau und Berchtesgaden herrschten verschiedene Hautausschläge, insbesondere die Krätze, als Folge der Unsauberkeit und Armut vor. Unter einer Art Berufskrankheit litten sowohl die Salzbergknappen in Hallein und Berchtesgaden als auch die Berchtesgadener Drechsler, die, mit der Brust an ihre Drehstühle gelehnt,

434 GHA ARO 37/2, JB 1812/13.

435 Das Ministerium ließ in Anknüpfung an früheres Recht in der VO vom 28. September 1806 die Freizügigkeit im Innern des Königreiches zu; Rbl 1806, 369.

436 Bayerische Staatsbibliothek, Handschriftenabteilung Cgm 6855/17.

437 *Joseph von Barisani,* Statistische Angaben der vorzüglichsten Ursachen der seit mehreren Jahren eingetretenen größeren Sterblichkeit im Herzogthume Salzburg und Fürstenthume Berchtesgaden, mit besonderer Rücksicht auf das Jahr 1806, in: *Koch-Sternfeld* (Hrsg.), Salzburg und Berchtesgaden, S. 219–249.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

in ihren zu jeder Jahreszeit überheizten Wohnungen ihrer Arbeit nachgingen[438].

Besonders eingehend beschäftigt sich der Verfasser mit der sowohl in physischer als auch in moralischer Hinsicht stark vernachlässigten Kindererziehung. Die meisten Kinder auf dem Lande, besonders im Gebirge, werden außer dem Bade nach der Taufe im ihrem Leben nicht mehr gebadet. „Man fatschet die Kinder zu fest und Jahre lang ein: man läßt sie, besonders zur Feldarbeit, fast den ganzen Tag hindurch in ihrem Unrathe schlecht bedeckt liegen . . . Bett und Leibwäsche wird unrein gehalten, und selten gewechselt . . . Manche Kindsmagd bedient sich schlafmachender Mittel, oder giebt dem Kinde Branntwein in den Schnuller, damit sie in der Nacht Ruhe hat. Die Kinderkrankheiten werden ganz vernachlässigt. Man giebt manchmal aus Absicht keine Arzneymittel, weil man es gerne sieht, wenn das Kind ein Engel im Himmel wird . . . Man stellt meistens Kinder als Kindsmägde an . . . Man giebt den Kindern mit Bleyfarbe gemahlte Spielgeräthe, hält sie zu früh zu beschwerlichen und erschöpfenden Arbeiten an . . . Es bedeutet nicht viel, wenn sich auch das Kind ein Loch in den Kopf fällt, ein Bein bricht, oder ertrinkt, welches Letztere auf dem Lande keine Seltenheit ist.“[439]

Besonders schlimm stand es um die vielen unehelichen Kinder, die bei der Unvermögenheit der Eltern vom Armeninstitut erhalten werden mußten. In der Regel vertraute man sie rechtschaffenen Leuten im Gebirge zur Pflege an, wofür man monatlich ca. 2 bis 4 Gulden bezahlte[440]. War die Säuglingsernährung schon allgemein unzureichend, so war sie bei den unehelichen Kindern gänzlich ungenügend, „welche nicht nur sehr selten sich des Genußes der Muttermilch zu erfreuen haben, sondern als eine der Gemeinde zur Last fallende Bürde oft absichtlich verwahrlost und verdorben wurden“[441].

Vor diesem Hintergrund erhält die hohe Säuglingssterblichkeit zweifellos eine besondere Aussagekraft: Die völlige Indifferenz Kinderkrankheiten gegenüber war allerdings nicht nur im Salzachkreis, sondern auch in anderen ländlichen Gegenden verbreitet[442]. Wenn man auch berück-

438 Vgl. auch die Kritik der ländlichen Wohnverhältnisse bei *Benedikt Pillwein,* Der Salzburger Kreis, S. 97f. „Die Häuser der Bauern sind fast durchgehends von Holz, und in Rücksicht der Genauigkeit, der Reinlichkeit und der Gesundheit mit den Wohnungen der Bürger gar nicht zu vergleichen, alt, äußerst winklicht und von allen Formen und Gestalten, die Stiegen durchaus sehr schlecht, gähe wie Leitern, schmal und finster . . .“

439 *Barisani,* Statistische Angaben, S. 230f.

440 STAM Skr 585/1, Polizeibericht vom November 1810.

441 *Barisani,* Statistische Angaben, S. 228f.; Die Allgemeine Deutsche Justiz- und Polizey Fama (Nr. 138 vom 25. November 1803, Sp. 1335f.) bezeichnete Findelhäuser „sowohl physische als moralische Mörder Gruben“.

442 Vgl. *Joseph Hazzi,* Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Baiern, Bd. IV/1, Nürnberg 1805, S. 412, der über das niederbayerische Landgericht Mitterfels schreibt: „Die Kinder, an denen es nicht mangelt, stehen bei den Eltern nicht in großen Werth. Der Bauer sieht lieber sein Kind als sein Kalb zu Grunde gehen. Man muß froh sein, heißt es, wenn ein Kind stirbt, es wird ein Engel und Fürbitter im Himmel.“

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sichtigen muß, daß die aufgeklärte Sehweise des Verfassers manches überzeichnet haben mag, so war eine Reform des Gesundheitswesens doch dringend notwendig. Zur damaligen Zeit hatte sich bereits ein bestimmter Katalog von Maßnahmen durchgesetzt, der mit einigen Variationen immer wieder auftaucht[443].

Bayern gehörte zu den Ländern, die auf dem Gebiet des Medizinalwesens führend waren[444]. Ein erster entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer staatlichen Gesundheitspflege war im Jahr 1803 die amtliche Bestallung von einheitlich besoldeten Landgerichtsärzten und Stadtphysikern. Eine der Hauptaufgaben dieser Ärzte war es, auf Grund von geographischen, meteorologischen und volkskundlichen Beobachtungen eine medizinische Topographie ihres Bezirks zu erarbeiten[445], was in Salzburg, wie oben gezeigt wurde, bereits vor dem Regierungsantritt Bayerns geschehen war.

Ein im Jahr 1811 in Salzburg eingesetztes „Medizinal Comitee", dessen Vorstand der bereits erwähnte Kreismedizinalrat Dr. Joseph von Barisani wurde, befaßte sich mit den Prüfungen der Ärzte und Apotheker sowie der Bearbeitung der von dem Appellationsgericht verlangten Gutachten und Beurteilungen in gerichtsmedizinischen Fragen[446].

Die bisherige chirurgische Studienanstalt in Salzburg wurde entsprechend der Approbationsordnung von 1808, die in erster Linie den Kurpfuschern das Handwerk legen sollte, 1811 in eine landärztliche Schule umgewandelt. Die meisten Professoren an dieser Schule waren zugleich Assessoren im „Medizinal Comitee". Von ihnen traten vor allem der Direktor der landärztlichen Schule, Dr. Aloys Weißenbach, und Dr. Joseph D'Outrepont mit verschiedenen medizinischen Schriften hervor.

Bayern hatte als erster Staat der Welt im Jahr 1807 die Schutzpockenimpfung gesetzlich eingeführt. Sie war in Salzburg schon vor 1810 erfolgreich praktiziert worden und wurde jetzt unter der bayerischen Verwaltung vor allem bei der Landbevölkerung, wo sie noch auf erhebliche Vorurteile stieß, verstärkt angewendet[447]. Besonderen Wert legte man ferner auf die Ausbildung der Hebammen, von denen jährlich mehrere

---

443 So war der österreichische Kameralist Joseph von Sonnenfels einer der ersten Autoren, der der praktischen Organisation einer ausgedehnten staatlichen Gesundheitspolizei einen größeren Raum widmete. Die für ihn charakteristische Verbindung von Hygiene und Populationistik beeinflußte nicht nur die österreichische Medizinalgesetzgebung, sondern fand darüber hinaus auch in die Werke anderer Medizinalpolitiker Eingang; vgl. *Karl-Heinz Osterloh,* Joseph von Sonnenfels und die österreichische Reformbewegung im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus (Historische Studien, Heft 409), Hamburg 1970, S. 60f.

444 Vgl. *Wilhelm Volkert,* Zur Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens, in: Zeitschrift für Allgemeinmedizin 55, 1979, S. 237–244.

445 Generalinstruktion vom 28. Oktober 1803, Rbl 912; vgl. auch *Kleindinst,* Statistik, S. 21f.

446 *Franz Xaver Weilmeyr,* Salzburg, die Hauptstadt des Salzachkreises. Ein Hand- und Adreßbuch für Jedermann. Salzburg 1813, S. 78f.

447 STAM Skr 585/1, Polizeibericht vom November 1810.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

zum Hebammenunterricht in die Kreishauptstadt geschickt wurden. Die Polizeibehörden hatten auf die Abhaltung einer Leichenbeschau zu achten, wozu in Salzburg für jeden Pfarrsprengel ein eigener Chirurg verpflichtet wurde. Da sich die Friedhöfe noch innerhalb der Stadt befanden, begann man schon bald, nach einem geeigneteren Terrain zu suchen.

Einer genauen Beobachtung der Bevölkerungsbewegung und der Kontrolle der Gesundheitsfürsorge, aber auch einer neuen Rechtsauffassung, die vor allem die zivilrechtliche Stellung der Eheschließung betonte, hatte eine Verordnung aus dem Jahre 1803 Rechnung getragen. Da bis zu diesem Zeitpunkt „die größten Unordnungen in den meisten Tauf-, Trauungs- und Sterb-Matrikeln" geherrscht hatten, verpflichtete sie die Pfarrer zu einer einheitlichen Führung der Pfarrmatrikel[448]. So mußte jetzt auch jeder Pfarrer im Salzachkreis monatlich dem zuständigen Landgericht einen Auszug aus den Registern schicken, diese wiederum aus den Auszügen ein Duplikat des Pfarrbuches bilden und an das Generalkreiskommissariat bzw. das Polizeikommissariat in Salzburg senden[449]. Da die Registrierung von Geburt und Tod jetzt nicht mehr den Pfarrämtern allein überlassen blieb, wurde durch diese Verfügung im Grunde genommen die personenstandsrechtliche Erfassung des Staatsbürgers eingeleitet.

Im Etatsjahr 1813/14 praktizierten im Salzachkreis 26 Gerichtsärzte und ein Badearzt im Heilbad Gastein, was jedoch von Preysing immer noch als unzureichend bezeichnet wurde, da einige abgelegene Landgerichte, wie zum Beispiel das Landgericht Hopfgarten, vom benachbarten Gerichtsarzt mitbetreut werden mußten[450]. Zu dem Aufgabenbereich dieser Ärzte gehörten u. a. die Vorkehrungen für die Seuchenbekämpfung, die Aufsicht über die Krankenanstalten sowie die Inspektion der Apotheken, was beispielsweise in Burghausen zu einer spürbaren Verbesserung des Arzneimittelvertriebes führte. Am besten war die ärztliche Versorgung in der Kreishauptstadt, wo zu dieser Zeit allein neun Ärzte praktizierten.

Von Krankenhäusern im modernen Sinn kann allerdings nicht gesprochen werden. Vor allem in den Landgerichten dürfte es sich in erster Linie um Versorgungsanstalten gehandelt haben, wobei zwischen Kranken und Bedürftigen kaum unterschieden wurde, wie aus den Berichten Preysings hervorgeht: „Uibrigens befinden sich beinahe in allen Landgerichten des Salzachkreises verschiedene Institute unter dem Namen Spi-

448 Die einschlägigen Verordnungen über die Pfarrmatrikel (31. Jänner 1803), die Sponsalien (2. Mai 1806), die Einsegnung der Ehen (21. Juli 1806) sind abgedruckt in: *Karl Bosl* (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Bd. III/4, Regierungs- und Verwaltungshandeln. Vom „Polizeistaat" zum Daseinsvorsorgestaat, München 1977, S. 29–33.

449 STAM Skr 585, Polizeiberichte: Übersicht über Geborene, Getraute und Gestorbene, letztere nach dem Alter, Geschlecht und Krankheiten (!) abgeteilt.

450 GHA ARO 37/2, JB 1812/13 und JB 1813/14.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tal, Leprosenhaus, Bruderhaus, welche aber eigentlich nur meistens zur Unterkunft armer, abgelebter, oder mit unheilbaren Krankheiten behafteter Bürger, Einwohner und Dienstbothen bestimmt sind, die selten vom Institute selbst, wohl aber gewöhnlich von den Gemeinden einen sehr geringfügigen Unterhaltsbeitrag zu beziehen haben. Da die armen Kranken in den engen Wohnungen ihrer Dienstherrn oder Aeltern bei der fast allgemein bekannten Armuth und dem schlechten Willen der meisten Einwohner selten gehörig verpflegt und dadurch gar oft ansteckende Krankheiten verbreitet werden, so könnten mehrere dieser Versorgungshäuser ... bei einer zweckmäßigen Einrichtung zugleich zu nutzbaren Krankenanstalten mit und ohne Gemeindekonkurrenz füglich umgeschaffen werden."

Preysings Vorschlag, der im Grunde genommen auf eine stärkere Trennung der Versorgungs- und Krankenanstalten hinausläuft, wie sie bereits im städtischen Bereich praktiziert wurde, scheiterte jedoch an der Finanzierung[451].

So wurden im Heilig-Geist-Spital in Burghausen, das seiner Bestimmung nach eigentlich ein Institut für dortige „abgelebte arme Bürger" war, zunehmend unheilbare Kranke aus auswärtigen Krankenhäusern aufgenommen. Eine Neuregelung sah vor, daß hier in Zukunft nur mehr arme, wahrscheinlich heilbare Bürger und Dienstboten aus dem Polizeibezirk Burghausen unentgeltlich aufgenommen werden durften.

Nur in Salzburg, wo es wie auch in anderen Kreishauptstädten spezielle Armeninstitute gab, befand sich als eigentliches Krankenhaus das für heilbare Krankheiten bestimmte Johannes-Spital, das sich sowohl in Hinsicht auf seine Finanzierung als auch auf seine Ausstattung in einem guten Zustand befand. Da aber in Salzburg ein Krankenhaus fehlte, in dem auch Kranke längere Zeit behandelt werden konnten, wurden auch schwer heilbare Fälle in dieses Spital aufgenommen, weshalb zahlreiche Kranke ungeheilt entlassen werden mußten oder verstarben.

In einem äußerst schlechten Zustand befand sich das Salzburger Irrenhaus. Eine geplante Verlegung scheiterte vor allem an der ungenügenden Dotierung, so daß an den bedrückenden Verhältnissen kaum etwas geändert werden konnte.

Bei der Beurteilung der damaligen Situation darf man nicht vergessen, daß Armut und Krankheit (Altersschwäche) oft identisch waren. Über die problematische Finanzierung der Stiftungen wird noch im Zusammenhang mit der Armenpflege zu reden sein. Vorerst kann festgestellt werden, daß das Ziel der einheitlichen Neuregelung des Gesundheits-

451 Zu dem Problem der Armut in der Stadt bzw. auf dem Land vgl. *Angelika Baumann,* „Armut muß verächtlich bleiben ..." Verwaltete Armut und Lebenssituation verarmter Unterschichten um 1800 in Bayern, in: *Richard van Dülmen* (Hrsg.), Kultur der einfachen Leute, München 1983, S. 151–179, hier S. 162f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

wesens, nämlich die in den verschiedenen Landesteilen bestehenden sanitäts- und medizinalpolizeilichen Einrichtungen zu koordinieren und dem Stand der medizinischen Entwicklung anzupassen, im Salzachkreis relativ rasch und reibungslos realisiert wurde, so daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung weiter ausgebaut werden konnte.

3. Gewerbe und Handel

a) Die gewerbepolitischen Maßnahmen der bayerischen Verwaltung

Die Situation der Gewerbe zu Beginn des 19. Jahrhunderts steht im Zeichen einer lebhaft geführten Diskussion um den Abbau der als wirtschaftlich nicht mehr effizient eingeschätzten sogenannten realen Gewerbsgerechtigkeiten, die wie ein Eigentumsrecht vererbt, veräußert und verpfändet werden konnten und sich grundlegend von den personalen Gewerbsgerechtigkeiten unterschieden, die von der Obrigkeit nur für eine Person verliehen wurden und mit deren Tod erloschen. Eine dritte Form, die radizierte Gerechtigkeit, stellte eine Sonderform der realen Gerechtigkeit dar, die am „Gewerbsgebäude" bzw. Grundstück haftete und mit diesem vererbt und veräußert werden konnte[452].

Bis in die Hälfte des 18. Jahrhunderts hinein herrschte der Grundsatz „Kunst erbt nicht" vor, nach dem die Gewerbsgerechtigkeiten meist als personale behandelt wurden. Gleichzeitig kam es aber mit regionalen Unterschieden zu einer Aufweichung dieses Grundsatzes, d. h. dem Anwachsen von realen bzw. radizierten Gewerksbefugnissen, was vor allem den Interessen der Zünfte entgegenkam. Die im Erzstift offensichtlich primär durch die vorherrschenden Interessen der Zünfte gekennzeichnete Entwicklung war unter dem letzten Fürsterzbischof, der zwar deren Privilegien nicht mehr bestätigte, die Politik der Zünfte aber auch nicht direkt behinderte, in eine Stagnation geraten, die zu einer Verschlechterung der Gewerbe führte[453].

---

452 Hierzu grundlegend: *Ernst Anegg,* Zur Gewerbestruktur und Gewerbepolitik Bayerns während der Regierung Montgelas, Diss. München 1965, hier S. 45f.

453 „Die Gewerbe und Handwerke fuhren fort, sich nach den Gemeinden einander auszuschließen, und nur selten gelang es hie und da einem unternehmenden Manne, nach vielen Umtrieben, und selbst bey ruhenden Gerechtsamen gleicher Art, eine neue bürgerliche Existenz zu gewinnen. Da ein bedeutender Credit und viel Privatvermögen auf den Gerechtigkeiten lag, so hütete man sich während der ganzen Regierung aus Grundsätzen, der Industrie die Schranken auf mehreren Seiten zu öffnen – allein die Mercantilsysteme der benachbarten Staaten, ihre Werbung und Unterstützung geschickter Arbeiter, – im Lande keine reele Aufmunterung, kein sichernder Mauttarif, kein Spielraum etc. diese Ursachen machten im Ganzen die Handwerke verarmen und verfallen", zit. nach *J. E. von Koch-Sternfeld,* Die letzten dreißig Jahre des Hochstifts und Erzbistums Salzburg, München 1816, S. 230f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

In Bayern hatte bereits eine grundlegende Verordnung vom 1. Februar 1804, die „Handwerks Befugnisse betreffend", die Verhältnisse im ganzen Lande geregelt. In Anwendung des Grundsatzes „Kunst erbt nicht" betonte man, daß Handwerkserteilungen, die ja nur auf persönlicher Geschicklichkeit beruhten, niemals die „Natur realer Gerechtigkeiten oder eines veräußerlichten Eigenthumes" annehmen konnten[454]. Um die in manchen Orten bestehende Vererbung und „bedingte Veräusserlichkeit" einzelner Gewerbe zu unterbinden, wurde bestimmt, daß eine Zession oder Veräußerung einer Handwerksgerechtigkeit nur noch mit obrigkeitlicher, d. h. polizeilicher Bewilligung gestattet sei. Großen Wert legte man dabei auf die Bestimmung, daß bei der Veräußerung eines Gewerbes kein höherer Preis verlangt werden dürfe, als er vom letzten Besitzer verlangt worden war.

Während diese in Altbayern seit 1804 geltende Regelung einen allmählichen Rückgang der Realgerechtigkeiten eingeleitet hatte – der Umfang der Realgerechtigkeiten selbst wurde vorerst jedoch noch nicht angetastet –, wurde in Salzburg bis 1810 die Praxis nach wie vor so gehandhabt, daß die Realgerechtigkeiten als ein unbestreitbares Eigentum von ihrem Besitzer ohne Einwilligung der oberen Polizeibehörde verpfändet oder verkauft werden konnten. Wie eine „Anfrage aus dem Salzburgischen Polizey Rechte über die Behandlung der Personal Gerechtigkeiten unter den bürgerlichen Gewerben" von 1803 zeigte, traten hier jedoch Rechtsunsicherheiten auf, inwiefern nicht der Inhaber einer Personalgerechtigkeit nicht auch dieses Eigentumsrecht in Anspruch nehmen sollte, was im Grunde genommen eine völlige Ausschaltung der Obrigkeit bei der Vergabe von Gewerbsgerechtigkeiten bedeutet hätte[455].

Um eine Basis für das geplante Gewerbegesetz zu schaffen, wurde 1809 in Bayern eine Enquete der Generalkreiskommissäre über die zukünftige Handhabung der Realgerechtigkeiten durchgeführt, zu der parallel eine ausführliche Erhebung über das Gesamtgewerbe ohne Trennung nach Handwerk und Manufaktur angeordnet wurde[456]. Der damalige Generalkreiskommissär des Salzachkreises plädierte dafür, alle Gewerbe einschließlich der radizierten ohne Entschädigung für personal zu erklären, fügte jedoch hinzu, daß zur Vermeidung von Ungerechtigkeiten die Zession von bisher als real anerkannten Gewerben weiterhin gestattet sein solle, freilich nur von der Polizei als tüchtig anerkannten Personen. Ferner sollte zur Schonung der gegenwärtigen Gewerbetreibenden nur in den Städten eine ausgedehnte Konkurrenz gewährleistet werden, dage-

454 Rbl 1805, 43f.; *Anegg,* Gewerbepolitik, S. 116f.

455 Allgemeine Deutsche Justiz- und Polizey Fama vom 29. April 1803, Sp. 455f.

456 Zur geschichtlichen Entwicklung der Gewerbestatistik, die bereits im Jahr 1803 mit einer statistischen Darstellung der Gewerbe in München einsetzte, vgl. *Josef Kleindinst,* Geschichte der . . . Statistik, S. 14f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

gen die Gewerbetreibenden auf dem Lande auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden[457].

Auf Grund der im Jahre 1810 erfolgten neuen Kreiseinteilung mußte die Enquete im Verwaltungsjahr 1811/12 noch einmal wiederholt werden. Es zeigte sich, daß im Salzachkreis jetzt eine sehr unterschiedliche Gewerbestruktur bestand. Während im Inn- und Hausruckviertel die Realgewerbsgerechtigkeiten bei weitem überwogen, hatte sich im Erzstift nach 1803 die Gewerbedichte außerordentlich verändert, worauf der Berichterstatter Karl Graf von Seinsheim eindringlich hinwies[458]: „Mit der Regierung des toskanischen Großherzogs Ferdinand kamen auch jene Grundsätze des physiokratischen Systems teilweise mit auf das Erzstift Salzburg über, welche er und sein Vater in Toskana mit gutem Erfolg aber unter ganz anderen Verhältnissen ausgeübt hatten. Eine möglichst große Zahl der Erwerbszweige war in dem bevölkerten, fruchtbaren Italien ein Bedürfnis. Anders im Salzburgischen. Eine kleine Bevölkerung von wenigen Bedürfnissen sichert hier keineswegs den Absatz vieler Produkte . . . Diese Rücksichten scheint man jedoch nicht ins Auge gefaßt zu haben, als man in Salzburg eine zahllose Menge von Gewerbsbefugnissen erteilte. Wer damals um eine Rezession einkam, erhielt sie." Tatsächlich hatte die Einführung der Gewerbefreiheit durch den Kurfürsten im Jahre 1804 einen rapiden Anstieg der Gewerbe zur Folge. So wurden allein in diesem Jahre in Salzburg 202 Gewerbskonzessionen erteilt; während der ganzen Regierungszeit des Kurfürsten waren es 553, wovon allein auf die Stadt Salzburg 325 entfielen![459]

Bevor von der regionalen Verteilung einiger Gewerbe die Rede sein wird, soll zunächst die Bedeutung der Gewerbe nach der Anzahl der Beschäftigten dargestellt werden.

Gewerbe	*Anzahl der Beschäftigten*
1. Bekleidung (Schneider, Handschuh-, Hauben-, Hut- und Schuhmacher etc.)	3486
2. Nahrung (Bäcker, Brauer, Fleischer etc.)	3257
3. Textil (Färber, Seiler, Weber)	3119
4. Metallverarbeitung (Schmiede, Schlosser etc.)	1395
5. Holzverarbeitung (Büttner, Drechsler, Tischler etc.)	1340
6. Instrumentenhersteller (Uhrmacher, Wagner, Büchsenmacher)	452
7. Lederverarbeitung (Riemer, Sattler, Weißgerber)	397
8. Baugewerbe (Maurer, Zimmermeister, Steinmetze etc.)	338

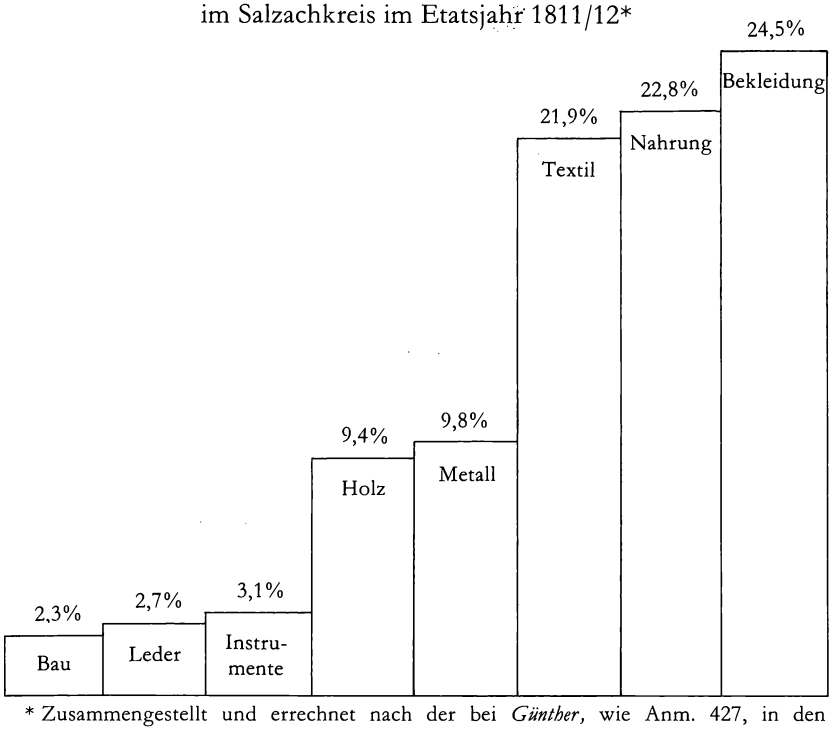
457 *Anegg,* Gewerbepolitik, S. 126.

458 STAM Skr 632, Bericht vom 9. Juni 1812.

459 Vgl. *Johannes Emmer,* Erzherzog Ferdinand III., Großherzog von Toscana als Kurfürst von Salzburg, Berchtesgaden, Passau und Eichstätt, Salzburg 1878, S. 79f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Die Struktur der Gewerbe nach der Anzahl der Beschäftigten im Salzachkreis im Etatsjahr 1811/12*



* Zusammengestellt und errechnet nach der bei *Günther,* wie Anm. 427, in den Tabellen 82a und 82b gedruckten Gewerbestatistik für den Salzachkreis von 1811/12.

In einigen Teilen des Kreises war es dabei bei einzelnen Gewerben zu einem extremen Überhang gekommen. Dies galt insbesondere für das an 3. Stelle liegende Textilgewerbe, das im Hausruckviertel sehr weit verbreitet war. So arbeiteten

im Landgericht Frankenmarkt	443 Weber
im Landgericht Grieskirchen	268 Weber, daneben
	116 Schuhmacher und
	100 Schneider
im Landgericht Haag	173 Weber
im Landgericht Vöcklabruck	236 Weber

Im Hausruckviertel waren diese Realgerechtigkeiten fast ausschließlich durch grundherrliche Verleihung, d. h. von den dort zahlreichen Patrimonialgerichten, erteilt worden, die in der Vergabepraxis meist sehr großzügig waren[460]. Für die dortigen „Häusler", d. h. die Besitzer von nebenberuflich genutzten kleinbäuerlichen Anwesen, war die Weberei

460 Insgesamt wurden 1811/12 im Salzachkreis 7256 Gewerbe als personal, dagegen weit mehr, nämlich 13.906 Gewerbe, als real im weitesten Sinne eingestuft, woran das Hausruckviertel den größten Anteil hatte. Die beiden Zahlen wurden der Übersicht von *Anegg,* Gewerbestruktur, S. 46, entnommen.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

lange Zeit eine unverzichtbare Einnahmequelle gewesen. Als Folge der durch die Kontinentalsperre in unerschwingliche Höhe gestiegenen Baumwollpreise, der Papiergeldinflation in Österreich, die einen Export dorthin praktisch unmöglich machte, war diese Textilindustrie in eine tiefe Absatzkrise geraten, so daß hier der Niedergang der Handspinnerei innerhalb weniger Jahre den ländlichen Unterschichten die für sie notwendige Nebenverdienstmöglichkeit raubte[461].

Dieselben Faktoren, die Papiergeldinflation und die napoleonische Kontinentalsperre, förderten dagegen in Österreich, insbesondere im Raum um Wien, wo es zu einem wahren Gründungsboom auf dem Baumwollsektor kam, die rasche Entwicklung der maschinellen Wollspinnerei. Je weniger die traditionelle Handarbeit im Verlagssystem konkurrenzfähig blieb, desto schneller konnte die maschinelle Produktion, nach der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten, ihren Siegeszug antreten[462]. So setzte gerade zu dieser Zeit im Hausruckviertel, wie bereits gezeigt wurde, eine größere Abwanderung ein, die später dann zu der bekannten Landflucht und dem starken Zuzug in Industrieballungsräume führen sollte.

Eine ähnliche Entwicklung ist bei der im Jahr 1780 gegründeten Baumwollmanufaktur, eine der wenigen typisch merkantilistischen Gründungen im Salzburger Raum, feststellbar. In einem im Jahr 1819 erstellten Gutachten hieß es: „Die Wollspinn- und -Stickerei beschäftigte in der Vorzeit vorzüglich die Fabrike von Baumwollwaren in Hallein viele tausend Hände. Die dort erzeugte Ware wurde wegen ihrer außerordentlichen Weise vorzüglich in ganz Teutschland gesucht und mit großem Vortheil von vielen Fabrikanten abgesetzt, die aber in gegenwärtiger Zeit wegen gehemmter Ausfuhr und verminderten Absatz von einigen dreißig Gewerbe auf 7–8 herabgesunken sind. Der diesen Wollenwaren-Fabriken entzogene Absatz hatte vorzüglich in den Gegenden von Hallein, Abtenau, Golling und Thalgau die Vermehrung der Armuth und des Bettels zur unmittelbaren Folge."[463]

Was den Einfluß der napoleonischen Kontinentalsperre auf diese Entwicklung betrifft, so kann man sagen, daß diese Sperre in erster Linie dort in der gewerblichen Produktion erhebliche Strukturveränderungen

461 STAM Skr 632. Auch die Weber im ganzen Inn- und Hausruckviertel, „deren ungeheuere Zahl auf einen nicht mehr statt findenden Leinwandabsatz nach Italien, Österreich und Spanien berechnet war . . . fühlen den Druck der Zeiten"; die Regierung versuchte, die Leinweber zu einer verbesserten Leinwandproduktion zu ermuntern, um so deren Konkurrenzfähigkeit aufrecht zu erhalten; vgl. „Ein Paar gute Worte des Klausners zu Habachzell Bruder Onuphrius, an die lieben Bauersleute, und an die Genossen des ehrsamen Leinweberhandwerks", in: Skbl 1813, 12f.

462 Vgl. *Wolfgang Häusler,* Von der Manufaktur zum Maschinensturm. Industrielle Dynamik und sozialer Wandel im Raum von Wien, in: Wien im Vormärz (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Bd. 8), Wien 1980, S. 32–56.

463 Das von Graf von Spaur erstellte Gutachten ist gedruckt bei *Franz Martin,* Industrie, Gewerbe und Kunst in Salzburg 1819, in: MGSL 81, 1941, S. 145–160, hier S. 151f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

hervorrief, wo die politischen Maßnahmen im Grunde genommen nur eine Entwicklung beschleunigten, die bereits eingesetzt hatte. Dies traf eben besonders auf den Übergang von der im Verlagssystem arbeitenden Leinenindustrie zur mechanischen Baumwollindustrie zu, der die Zukunft gehörte[464].

Sozusagen als Modellfall für eine völlig überholte Wirtschaftsstruktur galt in den Augen der aufgeklärten Schriftsteller die ehemalige Fürstpropstei Berchtesgaden[465]. Der meist sehr positiven Schilderung des gastfreundlichen letzten Fürstpropsts, Joseph Conrad von Schroffenberg, stand die bedrückende Situation der dortigen Dreher und Schachtelmacher gegenüber, von denen es in der bayerischen Zeit allein in diesem Landgericht 470 Handwerker gab. Wenn auch mittlerweile der drückende Kastenzwang aufgehoben und der erhobene Vorwurf, die Verleger würden den Arbeitern ihre Ware zu Schleuderpreisen abnehmen, untersucht worden war, war hier der bis zur Jahrhundertwende relativ gute Absatz der sogenannten Berchtesgadener Waren (Kinderspielzeug, Haushaltsartikel, Schachteln aus Holz, Knochen und Elfenbein) drastisch zurückgegangen[466]. Der verbesserte rechtliche Status, der jetzt ermöglichte, daß „jeder hausgesessene Arbeiter" die Möglichkeit hatte, „sich nach Talent und Neigung" zu beschäftigen und „seine Waare abzusetzen, wohin er will", dürfte sich deswegen in der Praxis auf die wirtschaftliche Situation der Heimarbeiter kaum ausgewirkt haben[467]. Die radizierten Gewerbsgerechtigkeiten wirkten sich nach wie vor sehr negativ aus, da nur Meister werden konnte, wer ein eigenes Gut besaß, weshalb die Güterpreise hier ungewöhnlich hoch waren. Berchtesgaden war zu dieser Zeit in der Herstellung von Holzplastiken bereits von Tirol und Oberammergau überholt worden, weshalb Koch-Sternfeld eine Spezialisierung auf Flöten, Dosen und automatische Figuren aus Holz, Bein und Stroh empfahl.

Auch die Salinen des ehemaligen Fürstentums hatten ihren Betrieb im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nahezu eingestellt. In dem nahegelegenen Markt Schellenberg hatte die Stillegung eines Hauptstollens für den Salzbergbau im Jahr 1805 viele Salinenarbeiter arbeitslos werden

---

464 *Elisabeth Fehrenbach,* Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß, München 1981, S. 96.

465 Vgl. *Franz Michael Vierthaler,* Meine Wanderungen durch Salzburg, Berchtesgaden und Österreich, Wien 1816, Bd. 2, S. 1–53, bes. 45f.; *Joseph August Schultes,* Reise durch Salzburg und Berchtesgaden, 2 Bde., Wien 1804; ein positiveres Bild zeichnete *Franz von Paula Schrank,* Naturhistorische Briefe über Oesterreich, Salzburg, Passau und Berchtesgaden, 2 Bde., Salzburg 1785.

466 STAM Skr 632. Gutachten von 1812. Weiteres statistisches Material über Berchtesgaden befindet sich in den Akten der Generallandesadministration; HSTA GLA 90. *Joseph Ernst von Koch-Sternfeld,* Geschichte des Fürstenthums Berchtesgaden und seiner Salzwerke, Salzburg 1815, S. 124, nennt 176 Drechsler, 165 Schachtelmacher, 37 Löffel- und Kästchenmacher sowie 60 Schnitzer.

467 *Koch-Sternfeld,* Berchtesgaden, S. 123f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

lassen[468]. Dem Engagement des königlichen Salinenoberinspektors Kracher war es zu verdanken, daß noch 1810 einige der entlassenen Arbeiter beim Brückenbau angestellt werden konnten. Ein Ausweichen auf andere Erwerbsmöglichkeiten, wie zum Beispiel die Stickerei, blieb ohne Erfolg.

Wenn die bayerische Regierung Berchtesgaden nicht nur als Sitz eines Landgerichts II. Klasse, eines Obersalz- und Forstamts beibehielt, sondern auch das Rentamt von Reichenhall nach Berchtesgaden verlegte, die Schulen des Landgerichts mit Beiträgen aus der Kreis- und Salinenkasse unterstützte, so zeigen diese Maßnahmen, daß man mit einer Art Förderungsprogramm der besonders schlechten wirtschaftlichen Situation dieser Region Rechnung trug[469].

Zu den wenigen Handwerkern, die von der wirtschaftlichen Krise nicht erfaßt wurden und weiterhin ins Ausland exportierten, zählten die vor allem in Hopfgarten ansässigen Sensenschmiede[470]. Das lag vor allem daran, daß landwirtschaftliche Geräte immer benötigt wurden, und daher dieses Gewerbe mit der Errichtung von kleinen Betrieben in der Voralpenzone, am Nordrand des Gebirges, sogar einen gewissen Aufschwung verzeichnen konnte. Überhaupt konzentrierte sich das Handwerk mehr auf die Voralpenlandschaft, während es im Gebirge unterdurchschnittlich repräsentiert war[471], was daher rührte, daß die dortige bäuerliche Bevölkerung die benötigten Artikel weitgehend selbst produzierte[472]. Angesichts der Tatsache, daß das Einkommen der hier für einen größeren Absatz arbeitenden wenigen Handwerker oft noch unter dem eines Taglöhners stand und sich die Gewerbe im Gebirge auf dem niedrigsten Niveau befanden, kritisierte der Generalkreiskommissär die neue Gewerbesteuerregelung, die trotz eines gewissen Spielraums regionale Unterschiede ignoriere und die Gewerbesteuer für diese Art von Gewerbe viel zu hoch veranschlage[473]. Sein Einwand, daß dem Gewerbe im Gebirge und in den Landstädten tiefe Wunden geschlagen würden, falls die Vorschläge der Gewerbepolizei für den neuen Gewerbekataster nicht berück-

468 *Koch-Sternfeld,* Berchtesgaden, S. 117.

469 Vgl. *Josef Wysocki,* Zur Geschichte des bayerischen Salzmonopols, in: Historische Raumforschung 6, Hannover 1967, S. 139–150, der vor allem die geographische und politische Randlage Berchtesgadens, das von Bergen eingeschlossen, völlig abseits vom Fernverkehr lag, für die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich macht. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trat durch den Fremdenverkehr ein Strukturwandel ein.

470 GHA ARO 37/2, JB 1812/13; vgl. auch *Egon Lendl,* Zur Industriegeographie Salzburgs, in: MGSL 99, 1959, S. 193–203, hier S. 198.

471 Vgl. *Adolf Günther,* Südbayern und Westösterreich, S. 138f.

472 So schreibt *Vierthaler* (Wanderungen, Bd. 1, S. 96f.) über das Gericht Abtenau: „Die Bewohner der großen Au befinden sich in mancher Hinsicht noch in einem ursprünglichen Zustande. Es gibt unter ihnen weder Gärber, noch Zimmerleute und Müller. Jeder Bauer bereitet sein Leder selbst; er zimmert sich selbst sein Haus; und mahlt auf eigener Mühle sein Mehl. Die Noth lehrte ihn, den fernen Nachbarn entbehren."

473 GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sichtigt würden, führte mit zu einer im Jahr 1814 vorgenommenen Modifikation der Gewerbesteuer, die nach Preysings Ansicht für Salzburg jedoch immer noch unzureichend war[474]. Welche Maßnahmen ergriffen nun die Behörden, um einer weiteren Verschlechterung im Bereich der Gewerbe entgegenzuwirken? Zunächst ging man daran, die Konzessionserteilung der Patrimonialgerichte zu regeln, die gewöhnlich die Zulassung zum Gewerbe am großzügigsten gehandhabt hatten. Eine Verordnung vom 5. Jänner 1807, „Die Gewerbs-Verleihungen der Patrimonialgerichte betreffend", die beabsichtigte, „die Wohlfahrt Unserer getreuen Unterthanen durch eine regelmäßige Vertheilung der Arbeit zu erhöhen, die verschiedenen Erwerbszweige in ein angemessenes Verhältnis zu sezen und den Zustand der Gewerbe nach einem richtigen staatswirtschaftlichen Sistem zu läutern und zu verbessern", untersagte den Patrimonialgerichten nicht nur die Verleihung neuer, sondern auch die Wiederbesetzung erlöschender Gerechtigkeiten[475].

War bislang die Verleihung der Handwerksrechte in den alleinigen Kompetenzbereich der niederen Gerichtsbarkeit gefallen, wobei von einer einheitlichen Regelung keine Rede sein konnte[476], wurde diese jetzt angehalten, bei der Konzessionsvergabe die lokalen Verhältnisse in Betracht zu ziehen. Eine 1811 erlassene Verordnung betonte den „gesicherten Nahrungsstand" noch stärker, indem jetzt ganz neue Konzessionen nur bei dringendster Notwendigkeit verliehen werden sollten und bei der Wiederbesetzung strengstens auf Alter, Geschicklichkeit, Ausbildung und Vermögen des Bittstellers geachtet werden sollte. In dieser Beziehung hatte sich die in der toskanischen Zwischenherrschaft eingeführte Gewerbefreiheit als besonders nachteilig erwiesen. So schrieb Preysing 1813[477]: „Die Uibersetzung selbst der unbedeutensten Gewerbe ist durch die falsche Maxime der vorgängigen Regierungen so groß, daß wenigstens ein Zeitraum von 10 Jahren erforderlich ist, um das nothwendige Verhältnis zwischen Arbeiter und Abnehmer wieder herzustellen. Dieß ist auch die Ursache, warum so wenig Gewerbe verliehen worden sind, ohngeachtet in subjektiver Hinsicht die Bittsteller ungleich geschickter sind, als die wirklichen Gewerbsleute, die im Durchschnitte wirklich unter dem Mittelmäßigen herunter sind, da sie größtentheils von dem

474 Ein Edikt vom 15. April 1814 korrigierte die Steuersätze sowohl nach unten als auch nach oben. Gleichzeitig wurde das Verfahren der Klassifikation verbessert, da ein Ausschuß von Gewerbetreibenden zugezogen werden mußte und der Betroffene gegebenenfalls gegen seine Einstufung innerhalb einer vorgeschriebenen Frist schriftlichen Widerspruch einlegen konnte; vgl. *Georg Schanz,* Das bayerische Ertragssteuersystem und seine Entwicklung, in: Finanz-Archiv 17, 2. Bd., Stuttgart 1900, S. 25–246, hier S. 28f.

475 Rbl 1807, 55–58; vgl. *Anegg,* Gewerbepolitik, S. 134.

476 Vgl. *Hans Weindl,* Die Entwicklung der persönlichen und realen Gewerbsrechte unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Altbayern, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern, 5. Jg., Heft 1/2, München 1959, S. 2–11.

477 GHA ARO 37/2, JB 1812/13.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Wandern sowohl, als von der Verfertigung eines Meisterstückes bei ihrem Gewerbsantritte dispensiert wurden."

Auf welchem Niveau sich die Gewerbe befanden, zeigt auch der Umstand, daß es 1812 im gesamten Salzachkreis 13.470 in Zünften organisierte und 4727 „unzünftige" Meister gab, was bedeutet, daß auf etwa 20 Bewohner des Kreises ein Meister traf[478]. Dementsprechend wenig Gesellen konnte ein einzelner Meister beschäftigen. So traf im Durchschnitt auf jeden zweiten „zünftigen" Meister ein Geselle, bei den „unzünftigen" Meistern auf nur jeden vierten ein Geselle bzw. ein Hilfsarbeiter. Zu einer Auflösung des vielfach kritisierten, sehr komplexen Zunftwesens kam es jedoch nicht[479]. Hier begnügte man sich vorerst mit einigen Maßnahmen, die darauf abzielten, das Zunftwesen stärker unter polizeiliche Aufsicht zu stellen und so die sogenannten „Handwerks Mißbräuche" abzustellen. Ein königliches Reskript vom 25. Februar 1810 schrieb vor, daß die Zunftdistrikte mit den jeweiligen Kreisen identisch zu sein und die mit der Hauptzunftlade in den benachbarten Kreis gehörigen Zunftmitglieder sich den Polizeibehörden ihres Kreises zu unterstellen hätten[480]. Das für Gesellen angeordnete Wanderverbot ins Ausland war für Salzburg ohne Belang, da sich hier das Wandern der Gesellen ohnehin kaum eingebürgert hatte. Darüber hinaus wurden noch die sogenannten „Sitz- oder Mutjahre" aufgehoben, die einen Gesellen verpflichteten, eine bestimmte Zeit hindurch in einer ihm zugewiesenen Werkstätte zu arbeiten, um ihn mit den Lokalverhältnissen vertraut zu machen[481].

Die Tatsache, daß man die Gewerbe verstärkt der staatlichen Aufsicht unterstellte, zeigt, daß man die Reformbedürftigkeit dieses Bereichs deutlich erkannt hatte. Allerdings wurde zu Recht hervorgehoben, daß man nicht in der Lage war, der sehr vielschichtigen Problematik mit einem einheitlichen Konzept zu begegnen. Gerade im Salzachkreis sah sich die Gewerbepolitik mit besonderen Problemen konfrontiert, da man hier das negative Beispiel einer totalen Gewerbefreiheit vor Augen hatte, durch die der Niedergang der Gewerbe noch beschleunigt worden war. Obwohl man diese Entwicklung erkannte, war man kaum in der Lage, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen. So konnte auch der durch die Frühindustrialisierung hervorgerufene Niedergang des Textilgewerbes, der

478 HSTA MH 6128/II, Verzeichnis der zünftigen und unzünftigen Gewerbe im Salzachkreis für 1812.

479 So wurden die Generalkreiskommissariate befragt, „ob das Zunftwesen qua corporation noch fortbestehen oder aufgelöst und blos das patentwesen eingeführt werden sollte". Über die kontroverse Diskussion dieser Frage vgl. *Walter Demel,* Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817, Diss. masch., München 1981, Bd. 2, S. 813–818.

480 STAM Skr 632/1 und 632/2 enthält reichhaltiges Quellenmaterial über das Zunftwesen im Salzburgischen. Mehrere Gewerbe waren nach Linz und Wels eingezünftet. Während z. B. sämtliche Hafner nach Salzburg eingezünftet waren, waren die Maurer nach Salzburg und Laufen eingezünftet. Die Waginger Bäcker bildeten eine eigene Viertellade. Für die Bader und Wundärzte wurde das Zunftverhältnis im September 1813 beendet.

481 Über die reformbedüftige Gesellenausbildung vgl. *Anegg,* Gewerbepolitik, S. 159f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

vor allem der ländlichen Unterschicht eine wichtige Einnahmequelle raubte, nicht aufgehalten werden. Die Bemühungen des Generalkreiskommissariats liefen darauf hinaus, durch eine sehr restriktive Konzessionsvergabe eine weitere Verschärfung der angespannten Situation zu vermeiden, wobei freilich soziale Härten nicht verhindert werden konnten[482].

b) Handel und Gewerbe in der Kreishauptstadt

Jahrhunderte hindurch blieb für die Wirtschaft und den Handel Salzburgs von größter Bedeutung, daß sich auf seinem Gebiet das einzige Nord-Süd-Tal der Ostalpen befand. So konnte Salzburg aufgrund seiner geopolitischen Lage, die ja zu einigen Konflikten mit Bayern und Österreich geführt hatte, von einem lebhaften Zwischenhandel von und nach Italien und Deutschland profitieren.

Die Einbeziehung Salzburgs in den österreichischen Grenzzollkordon nach 1805 versetzte dem Handel einen empfindlichen Schlag, da der neue Transitweg der Güter von und nach Triest jetzt größtenteils über Udine auf den Kreuzberg nach Innsbruck verlief und so dem Salzburger Speditions- und Kommissionsgeschäft mehr und mehr Aufträge entzog[483]. Im Jahr 1809 forderten die Salzburger Händler vergeblich von der österreichischen Regierung, den drohenden Verlust des alten Transitozuges aufzuhalten, die jedoch protektionistische Maßnahmen ablehnte[484]. Als Folge des sich jetzt verstärkenden Konkurrenzkampfes sind die nun entstandenen Kontroversen innerhalb des Salzburger Handelsstandes zu betrachten. So ersuchten die Salzburger Kaufleute Joseph Anton Zezi, Franz Anton Spängler und Franz Xaver Mangin in mehreren Petitionen vergeblich um eine Gleichstellung mit den fünf privilegierten Salzburger Spediteuren Sigmund Haffner, Caspar Freysauff, Späth junior, Azwanger und Eidam sowie André Mayr als Inhaber des „ausschließlichen Rechtes auf Speditions- und Commissionsgeschäfte“[485].

Wie auch in anderen Städten bestimmte in Salzburg eine relativ kleine, homogene, engstens mit dem Handelsbürgertum verbundene Oberschicht die Geschicke der Stadt. So war der Salzburger Finanzrat Franz

482 STAM Skr 584, Statistiken der bewilligten und nicht bewilligten Gewerbsgesuche im Salzachkreis. Eine detaillierte Auswertung ist aufgrund der lückenhaften Überlieferung nicht möglich, doch ist diese Tendenz eindeutig erkennbar.

483 *Franz Ritter von Schallhammer,* Über die Verhältnisse des Handels, des Geldkurses und des Mauthsystems, in: *J. E. von Koch-Sternfeld* (Hrsg.), Salzburg und Berchtesgaden, S. 145–177, bes. 147f.; *Robert Hoffmann,* Salzburg im Biedermeier. Die Stadt und ihre Einwohner in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 219–274, bes. S. 229f.

484 Ein Gutachten der Salzburger Bancogefällenadministration war bereits 1808 zu dem Ergebnis gelangt, daß Zwangsanstalten nicht empfehlenswert seien, mithin „das ganze Fuhrwesen am besten der eigenen Speculation der Interessenten freizulassen wäre“; vgl. *Josef Karl Mayr,* Kaiser Franz in Salzburg, in: MGSL 96, 1956, S. 67–133, hier S. 72.

485 *Mayr,* Kaiser Franz, S. 72.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Pichler, dessen Tagebuchnotizen eine interessante Quelle für die bayerische Ära darstellen, ein Schwager des 1811 verstorbenen Abts von St. Peter, Dominikus Hagenauer. Dieser wiederum war der Sohn des wohlhabenden Salzburger Spezereihändlers Johann Lorenz Hagenauer, dessen Haus in der Getreidegasse dadurch Weltberühmtheit erlangt hat, weil in ihm 1756 Johann Wolfgang Amadeus Mozart zur Welt kam[486]. Sowohl die interessanten, leider mit dem Jahr 1811 abbrechenden Tagebucheintragungen Hagenauers, als auch die Pichlers, einer der Miterben der Hagenauerschen Spezereiwarenhandlung, zeichnen sich durch ein reges Interesse an Steuer- und Wirtschaftsfragen aus. Der Spezereiwarenhändler Johann Nepomuk Gall, einer der eifrigsten Anhänger der bayerischen Regierung, war übrigens auch mit einer Tochter aus der Familie Hagenauer verheiratet. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu verdeutlichen, wie eng in Salzburg die Verbindungen zwischen wohlhabendem Handelsbürgertum, Beamtenschaft und höherer Geistlichkeit waren.

Gerade das handeltreibende Bürgertum und damit die tonangebende Schicht in der Stadt war durch die österreichischen Handelsbeschränkungen schwer getroffen worden und sah daher der bayerischen Ära besonders erwartungsvoll entgegen. Dafür spricht auch der Umstand, daß es zu Beginn des Jahres 1811 offensichtlich zu einer kurzfristigen Konjunkturbelebung kam. So fand sich auf der im Februar stattfindenden Dult „eine noch nie hier gesehene Menge von Kaufleuten und Spekulanten" ein[487]. Ein Polizeibericht aus dieser Zeit vermerkte eine bedeutende Zunahme der Handwerksgesellen in der Stadt sowie ein beträchtliches Absinken der Lebensmittelpreise, während dagegen der Taglohn der Handwerker unverändert blieb[488]. Im Gegensatz zu früher, als die Getreideproduktion des Erzstifts nur etwa ein Drittel des Eigenbedarfs deckte, so daß der Rest importiert werden mußte, ist das Sinken der Lebensmittelpreise in der bayerischen Zeit die Folge einer verbesserten Getreideversorgung[489]. Wie die Preisnotierungen an der Salzburger Getreideschranne für 1813 bzw. 1815 zeigen, die staatliche Festlegung bzw. Überwachung der Getreidepreise ist ja ein Charakteristikum des Merkantilismus[490], machte

486 *Karl Friedrich Hermann,* Abt Dominikus Hagenauer von St. Peter in Salzburg 1746–1811, Diss. theol. masch., Salzburg 1948, S. 3f.

487 SLA Tagebuch *Franz Xaver Pichler.*

488 STAM Skr 581/1, Polizeibericht vom Februar/März 1811.

489 Bereits 1771 hatte der von dem entschiedenen Freihändler und Gegner einer staatlich bevormundeten Wirtschaft, dem österreichischen Staatsmann Graf Karl von Zinzendorf, beeinflußte Salzburger Domherr Graf Ferdinand von Zeil die wirtschaftliche Abhängigkeit Salzburgs von Bayern erkannt und die Vorteile eines freien Handels geschildert.

490 Vgl. die Definition der „Theuerungs-Polizey" in der Allgemeinen Deutschen Justiz und Polizey Fama 12 vom 28. Jänner 1802, Sp. 91: „Die Theuerung ist . . . eben jener Gegenstand, welchen die Staatsbürger am meisten vor Augen haben, und von welchem sie ihre Schlüsse auf Thätigkeit der Lokalpolizey abstrahieren . . . Um Theuerung zu verhüten, muß sie auf die abwechselnden Preise der Bedürfnisse stets aufmerksam seyn, die Ursache des Steigens derselben und die Mittel, billige Preise zu erhalten, sorgfältig erforschen."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sich die Randlage Salzburgs jedoch nach wie vor insofern bemerkbar, als hier die höchsten Mittelpreise des ganzen Königreichs für Weizen, aber auch für Korn und Gerste erzielt wurden[491]. Die vor allem im Jahr 1813 in Salzburg bei weitem höchsten Weizenpreise dürften auf die Truppendurchmärsche mit Magazinlieferungen und Requisitionen zurückzuführen sein. Die Abtretung Salzburgs erfolgte übrigens in einem Jahr, als, nach zwei mäßigen Erntejahren seit 1814, im Jahr 1816 eine völlige Mißernte durch Dauerregen mit einem extremen Preisanstieg, wie er nur Jahrhundertkrisen kennzeichnet, eintrat, so daß sich der Verlust der für die Getreideversorgung Salzburgs so wichtigen Gebiete links der Salzach jetzt besonders nachteilig auswirkte.

Die Ursache für die im Jahr 1811 kurzfristig eingetretene Belebung ist wohl darin zu sehen, daß man nach einer längeren, äußerst wechselhaften und schwierigen Periode allgemein eine Stabilisierung des Handels und des Gewerbes erwartete und fälschlicherweise diese Erwartung schon als ein Anzeichen für einen Aufschwung verstand. Mehrere Faktoren trafen jedoch zusammen, die diesen Aufschwung verhinderten. Wirtschaftspolitisch gesehen bedeutet das Jahr 1810, also das Jahr, in dem Salzburg an Bayern fiel, insofern eine Wende, als es jetzt aufgrund der Verschärfung des englisch-französischen Gegensatzes und der wachsenden Kritik der neutralen Staaten, insbesondere Amerikas, zu einer Neugestaltung der Blockadepolitik durch Napoleon kam[492]. Seit dem 18. Oktober 1810 unterlagen alle englischen Kolonialwaren dem sogenannten Trianotarif, der

---

491 So lag der Mittelpreis für ein Scheffel Weizen 1812/13 in Salzburg bei 25 fl. 41x, in Regensburg bei 19 fl. 17x; vgl. die Preisnotierungen für die bayerischen Schrannen 1812/13 im Regierungsblatt vom 22. Dezember 1813. Ein Vergleich mit 36 anderen Städten und Märkten zeigt, daß auch noch 1814/15 in Salzburg der höchste Mittelpreis im Königreich für Weizen, Korn und Gerste erzielt wurde. Vgl. den kurzen Überblick über die Getreidepreisentwicklung bei *Wolfgang Zorn,* Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns unter Max I. Joseph, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 281–289, bes. S. 285.

492 Vgl. *Marcel Dunan,* Napoléon et l'Allemagne. Le système continental et les débuts de royaume de Bavière 1806–1810, Paris ²1948; Dunan konnte nachweisen, daß in der ersten Phase des Rheinbunds bis 1810 Einfuhr und Handel von englischen Waren im Königreich Bayern erlaubt blieben, wie überhaupt die antibritische Blockade in Deutschland mehr schlecht als recht überwacht werden konnte. Die von Dunan wieder aufgegriffene zeitgenössische Unterscheidung zwischen Kontinentalsperre (*blocus continental*) und Kontinentalsystem (*système continental*) ist noch heute gültig; vgl. die in Anschluß an Dunan von Roger Dufraisse, Französische Zollpolitik, Kontinentalsperre und Kontinentalsystem in Deutschland in der napoleonischen Zeit, in: *Helmut Berding* / *Hans Peter Ullmann* (Hrsg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981, S. 328–352, hier S. 330f., vorgenommene Definition der Kontinentalsperre, als der Gesamtheit aller wirtschaftlichen, militärischen und diplomatischen Maßnahmen, die Napoleon ergriff, um Europa zu zwingen, gegenüber der englischen Industrie und dem englischen Handel dieselben Maßnahmen wie Frankreich anzuwenden. Demgegenüber ist das Kontinentalsystem als ein besonderes Konzept zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Organisation Europas zu verstehen, wobei im Kontinentalsystem die von Napoleon betriebene imperialistische Politik auf den Bereich der Wirtschaft ausgedehnt wurde. So sollte Europa zu einem Rohstofflieferanten und einem riesigen Absatzmarkt für die französische Industrie werden.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

den Wertzoll von zehn Prozent auf 40 bis 50 Prozent des Warenwertes heraufsetzte[493]. Noch im selben Monat mußten auch die Salzburger Schnittwaren- und Spezereihändler der Polizei ihre Lagerbestände angeben, die teilweise versiegelt wurden.

Triest spielte damals bei der Einfuhr levantinischer und amerikanischer Rohbaumwolle eine wichtige Rolle. Englisches Baumwollgarn wurde über Triest importiert und gelangte auf langen Umwegen über Österreich nach Süddeutschland bis nach Straßburg[494]. Auch nach dem Anschluß Salzburgs an Bayern nahm der Speditionshandel mit dem jetzt französisch-illyrisch gewordenen Triest keinen Aufschwung – wie man eigentlich vermuten müßte –, da Österreich sich bei der Abtretung Triests und Fiumes im Schönbrunner Frieden den ausschließlichen Transithandel dorthin hatten garantieren lassen. Allerdings bemühte sich Napoleon in der folgenden Zeit trotz des österreichischen Widerstandes, diesen Transithandel zu unterbinden und ihn mehr nach Westen, über den Simplon und den Mont Cenis zu verlegen[495].

Inzwischen wurde Rheinbundbayern auch in Napoleons Kontinentalsystem einbezogen: Französische Produkte genossen Vergünstigungen bei der Einfuhr in die Rheinbundstaaten, während die deutschen Industrieprodukte in Frankreich ebenso behandelt wurden wie die englischen. Napoleons Bemühungen, Frankreich auf Kosten der verbündeten Staaten Vorteile zu verschaffen, brachten insbesondere für Bayern große Nachteile. Ein 1808 abgeschlossener Handelsvertrag zwischen Frankreich und Italien sicherte den Franzosen das Handelsmonopol, was dazu führte, daß Bayern seine Exporte nach Italien einstellen mußte. Ein kurz zuvor zwischen Bayern und Italien vereinbarter Handelsvertrag wurde von Napoleon zugunsten der französischen Wirtschaft so stark verändert, daß der bayerische König es ablehnte, den Vertrag zu ratifizieren. Bayern, als wichtigstes Durchgangsland für den Zwischenhandel mit Levantebaumwolle, mußte akzeptieren, daß Napoleon 1809/10 an der bayerisch-österreichischen Grenze im Innviertel, das ja vorübergehend französisch besetzt war, eine hohe Zollmauer errichtete[496].

So verödete die „Hauptkommerzial- und Postroute" über die Radstädter Tauern nach Triest immer mehr. Im Jahr 1813 berichtete die General-Zoll- und Mautdirektion, daß die von der illyrischen Grenze bis an den Fuß der Radstädter Tauern fortlaufende Straße, deren Unterhalt seit

493 Unmittelbar darauf, am 21. Oktober 1810, wurde er in Bayern publiziert; Rbl 1810, 1093–1103.

494 *Dunan,* Le système continental, S 315.

495 *Herbert Klein,* Salzburgs Handel im Wandel der Zeiten, in: Beiträge zur Siedlungs-, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte von Salzburg (Festschrift für Herbert Klein zum 65. Geburtstag), Salzburg 1965, S. 559–573, hier S. 569; *Dufraisse,* Französische Zollpolitik, wie Anm. 492, S. 334.

496 *Elisabeth Fehrenbach,* Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß, München 1981, S. 93.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

1. Oktober des letzten Jahres auf Staatskosten übernommen wurde, mittlerweile so reparaturbedürftig sei, daß sich besonders auf dem Bergrükken zwischen Radsberg und Steig bei nächtlich reisenden Kurieren und Passagieren Unglücksfälle ereignet hätten[497].

Laut Preysings Bericht war der Transithandel von Triest völlig eingestellt, die Auslandsspedition, die früher drei Viertel der gesamten Spedition betragen habe, sei nun bedeutend hinter der Inlandsspedition zurückgeblieben[498]. So hatte Innsbruck im Jahr 1811/12, bezüglich des Transithandels, d. h. des Werts aller dort umgeschlagenen Waren, Salzburg eindeutig überflügelt[499]. Die Tatsache, „daß der Fall eines Konkurses" trotz dieses rapiden Rückgangs des Handels in Salzburg „eine äußerste Seltenheit" war[500], ist darauf zurückzuführen, daß die Kaufleute einerseits von ihrem ererbten Vermögen zehren konnten, das allerdings durch die Inflation in Österreich – zahlreiche Händler hatten auf der Wiener Stadtbank Bancozettel angelegt – geschmälert wurde und andererseits eine Verlagerung vom Großhandel zum Kleinhandel stattfand[501].

Ähnlich wie bei den durch die Kontinentalsperre hervorgerufenen Strukturveränderungen in der gewerblichen Produktion gilt auch für die Verlagerung vom Groß- zum Kleinhandel, daß hier nur eine Entwicklung beschleunigt wurde, die bereits vor den handelsprotektionistischen Maßnahmen Frankreichs eingesetzt hatte. So bot der Besitz der Faktors- und Großhandelsgerechtsame später eine günstige Voraussetzung für den Einstieg ins Bankgeschäft. Die großen alten Faktoren verschwanden nicht, sondern wechselten den Besitzer. „Neue, teilweise von auswärts zugezogene Unternehmer prägten dann den Geschäftsstil in der zweiten Jahrhunderthälfte."[502]

---

497 HSTA MF 18314, Bericht vom 7. April 1813; der von *F. Hirn* (Geschichte Tirols von 1809–1814, S. 190) erhobene Vorwurf, die kurzsichtige Verkehrspolitik Bayerns habe die große Handelsstraße zwischen Norden und Süden immer mehr veröden lassen, worunter der Wohlstand der größeren Gemeinden gelitten habe, übersieht den wirtschaftlichen Hintergrund.

498 GHA ARO 37/2, JB 1812/13.

499 Zu der insgesamt etwas problematischen Handelsbilanz vgl. *Adolf Günther,* Südbayern und Westösterreich, S. 151–157. Die auf Seite 154 genannten Zahlen der Montgelas-Statistik belegen jedoch, daß im Innkreis zu dieser Zeit wesentlich mehr Waren umgeschlagen wurden als im Salzachkreis.

500 *Franz Xaver Weilmeyr,* Salzburg, die Hauptstadt des Salzachkreises, Salzburg 1813, S. 231.

501 Hier wäre eine eingehende Untersuchung der im Salzburger Landesarchiv liegenden Verlassenschaften aufschlußreich, die hier nur durch einige wenige Stichproben durchgeführt werden konnten. So verzeichnete der Nachlaß der Kaufmannswitwe Katharina Schwaiger, geb. Zezi, Getreidegasse Nr. 223, von 1813 insgesamt Bargeld, silberne Gebrauchsgegenstände und Schmuck im Wert von 5340 Gulden. Im Gegensatz zu den anderen Verlässen ist hier auch die bei weitem wohlhabendste Einrichtung (Mahagonimöbel) hervorzuheben.

502 *Robert Hoffmann,* Salzburg im Biedermeier, wie Anm. 483, S. 235.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Mit einer Zahl von 196 Beschäftigten im Bereich des Kleinhandels lag Salzburg, bezogen auf die Gesamtzivilbevölkerung, vor anderen bayerischen Städten wie Nürnberg, Augsburg und Regensburg[503]. Der durch den Rückgang des Großhandels kurzfristig stark ausgeweitete Kleinhandel reduzierte sich jedoch in der folgenden Zeit wieder, wobei sich die Kolonialsperre besonders auf den Rückgang des Spezereihandels auswirkte, was folgende Zahlen darlegen[504]:

Der Kleinhandel in Salzburg

	1812	*1825*
Material und Spezerey Waarenhandlungen	42	18
Lederhandlungen	1	—
Schnitt-Waarenhandlungen	14	12
Leinwandhandlungen	9	7

Im Gegensatz etwa zu Nürnberg gab es in Salzburg kaum nennenswerte Fabriken und Manufakturen. Hier wären lediglich die Zezische Lederfabrik mit acht Beschäftigten und die „Mangin'sche Eisendrath Fabrik in der Riedenburg" zu nennen, die zwölf Arbeiter beschäftigte und ihre Produkte teilweise ins Ausland absetzte[505].

Die Hofhaltung des bayerischen Kronprinzen, die jährlich auf etwa 250.000 Gulden geschätzt wurde[506], dürfte sich auf die Gewerbe nur unwesentlich ausgewirkt haben. Gerade in Salzburg hatte die Einführung der Gewerbefreiheit durch den Großherzog von der Toskana eine derartige Überbeschäftigung hervorgerufen, daß hier schon zu Beginn der bayerischen Herrschaft Gewerbetreibende ihre Konzessionen freiwillig wieder abtraten[507].

Im Bereich des Gewerbes und des Handwerks kam es in der bayerischen Zeit zu Entlassungen in größerem Ausmaß. Die meisten Gewerbe beschäftigten kaum die Hälfte der Arbeiter, die sie früher beschäftigt hatten, so daß man also von einer relativ hohen Arbeitslosigkeit in der Kreishauptstadt ausgehen kann. Der Rückgang der Nachfrage zeigt sich u. a. auch darin, daß in dieser Zeit die Erzeugung von Luxusartikeln zugunsten der Produktion von billiger Massenware verdrängt wurde; so schrieb im Jahr 1819 der Salzburger Kaufmann F. X. Mangin im Rück-

503 Vgl. die Tabelle 8, Berufsverhältnisse XX für 1811/12, bei *Josef Kleindinst,* Geschichte der neueren bayerischen Statistik, München 1914, S. 238–241.

504 Die Zahlen für 1812 sind der Tabelle bei Kleindinst entnommen. Die Zahlen für 1825 stammen aus der Übersicht bei *R. Hoffmann* (Salzburg im Biedermeier, S. 134), der aufgrund des Vergleichs einiger Kleinhandelsbetriebe nachweist, daß auch nach 1816 Linz als Verwaltungsmetropole den Vorsprung Salzburgs als Handelsstadt nicht einholen konnte.

505 *F. X. Weilmeyr,* Salzburg, S. 233.

506 *Robert Landauer,* König Ludwig I. von Bayern und Salzburg, in: ZBLG 7, 1934, S. 489.

507 STAM Skr 585/1, Polizeibericht vom November 1810.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

blick: „Die Meister, die sich in früheren Zeiten bei Verfertigung ihrer der Mode und dem Luxus gewidmeten Erzeugnissen wohlhabend befanden, sahen sich genötigt, ihre Kunst zum Handwerk (im engsten Sinne des Wortes) zu reducieren und ihre Hände mißmuthig den gröbsten Arbeiten zu widmen, um nur den dürftigsten Unterhalt für sich und ihre Familien zu erschwitzen. Mancher hat den größten Theil seiner Kunst vergessen, weil jahrelang keine Frage an ihn hierüber, jahrelang keine Aufmunterung an ihn erging."[508]

Eine fast völlige Stagnation, die übrigens noch Jahrhunderte andauern sollte, trat auf dem Bausektor ein. Lediglich bei der königlichen Residenz und einigen öffentlichen Gebäuden wurden dringend notwendige Reparaturen vorgenommen[509]. Bei Unvermögenheit durften die Dächer weiterhin mit Schindeln bedeckt werden, was eigentlich der neuen bayerischen Bauordnung widersprach. Zahlreiche Gebäude waren ziemlich baufällig, „da die Liebe zur Gemächlichkeit, Solidität und äußere Schönheit der Gebäude den Geldkräften stets untergeordnet" blieb[510].

Da die Häuser häufig ihren Besitzer wechselten, sah sich das Generalkreiskommissariat schließlich veranlaßt, eine am 7. August 1805 vom damaligen Kurfürsten erlassene Verordnung zu erneuern, durch „die in der Hauptstadt Salzburg so gewöhnliche Verstuckung", die oft so weit ging, daß ein Haus mehr Eigentümer als Stockwerke besaß, eingeschränkt werden sollte. Die Verstuckung geringerer Anteile als eines ganzen Hausbodens wurde jetzt untersagt[511]. Darüber hinaus mußte der Hauseigentümer der Polizei einen Obmann nennen, an den diese mit ihren Forderungen herantreten konnte.

Die Frage nach der Haltung des handeltreibenden Bürgertums in Salzburg während der bayerischen Ära ist keineswegs eindeutig zu beantworten. Wie schon erwähnt wurde, war die Hochzollpolitik Österreichs bei den Salzburger Kaufleuten äußerst unpopulär gewesen. Zweifellos erfuhren aber auch die Hoffnungen auf einen Aufschwung des Handels in der bayerischen Ära eine herbe Enttäuschung. So hob der Kreiskanzleidirektor von Mieg im Jahr 1813 als eine der Ursachen für die damalige bedenkliche Volksstimmung „die unaufhörlichen Manipulationen im Mauthsystem" hervor, „über die der Handelsstand bitterste Klage führt"[512]. Allerdings konnte sich die Kritik nur indirekt gegen die bayerische Verwal-

508 Zit. nach *Franz Martin,* Industrie, Gewerbe und Kunst in Salzburg 1819, in: MGSL 81, 1941, S. 160.

509 HSTA MInn 3615. Die Lokalbaukommission in Salzburg veranschlagte den jährlichen Bauetat für 1811/12 auf 7293 fl., für 1812/13 auf 10.083 fl. (Kriegsjahr), für 1813/14 auf 8679 fl. und für 1814/15 auf 7633 fl. Zur Stagnation des Baugewerbes vgl. Josef Wysocki, Die gewerbliche Wirtschaft Salzburgs von 1816 bis 1860, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 24, 1979, S. 150–179, hier S. 153f.

510 GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

511 Skbl 1815, 1051–1053.

512 STAM Skr 629, Bericht vom 24. Jänner 1813.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tung richten, da ja der bayerische Handel ebenso unter der Kontinentalsperre zu leiden hatte wie der salzburgische. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die Kontinentalsperre, die noch im Jahr 1813 aufgehoben wurde, dem schon seit längerer Zeit stark rückläufigen Transithandel sozusagen nur noch den Todesstoß versetzte. Nicht ohne Gewicht ist auch die Tatsache, daß es dem Salzburger Handelsstand als bayerischer Staatsschuldner zwar mühsam, aber dennoch gelang, seine finanziellen Forderungen durchzusetzen, während das in Österreich angelegte Vermögen durch die dortige Inflation größtenteils entwertet wurde.

„Zur Erhaltung der Ruhe in Kriegszeiten" hatte die Regierung neben dem bestehenden Bürgermilitär die Nationalgarde III. Klasse gegründet, die sich in Salzburg aus den „bürgerlichen Gewerbs-Führern und sonstigen Realitätenbesitzern" zusammensetzte[513]. Indirekt diente diese Institution wohl auch dazu, das Besitzbürgertum in den neuen bayerischen Staat zu integrieren. Major der Nationalgarde war der Salzburger Händler Johann Nepomuk Gall[514], Hauptmann der Salzburger Munizipalrat und Händler Anton Scharl. Daneben gehörten der Nationalgarde noch zahlreiche andere Händler, so zum Beispiel Bendedikt Würstl, Anton Triendl und Franz X. Mangin an. Als es im Winter 1815/16 zu dem Propagandakrieg zwischen Bayern und Österreich um die Abtretung Salzburgs kam, schrieb damals Oberst Epplen: „Auf die Nationalgarde der Stadt Salzburg wird auf keinen Fall zu rechnen sein; sie hat sich zu bestimmt darüber erklärt, und ich werde mich glücklich schätzen, wenn es nicht dazu kommt, sie desarmieren zu müssen."[515]

Die damalige antibayerische Stimmung sollte jedoch nicht überbewertet werden, da gerade der Salzburger Handelsstand einem Wiederanschluß an Österreich mit sehr gemischten Gefühlen entgegengesehen haben dürfte. Tatsächlich wirkte sich dann auch die Integration in den wirtschaftlichen Großraum der Habsburger Monarchie auf den Handel sehr negativ aus, die „die damals bereits traditionelle Hochzollpolitik der Monarchie die Nachteile der [Salzburger, Anm. d. V.] Peripherielage beträchtlich verstärkte und gegenüber den niedrigen Zöllen des Erzstifts eine vielbeklagte Verschlechterung brachte"[516].

So lebte die traditionelle Orientierung des Salzburger handeltreibenden Bürgertums an Bayern im Vormärz in Salzburg wieder auf, was in einer allgemeinen Unzufriedenheit über den österreichischen Neoabsolu-

513 *Weilmeyr,* Salzburg ... Ein Hand- und Adreßbuch für Jedermann, Salzburg 1813, S. 67f.

514 Johann Nepomuk Gall wurde für seine erwiesene Loyalität unmittelbar vor der Abtretung Salzburgs mit einem günstigen Kauf von 52 Tagwerk besten Grundes belohnt; vgl. *Josef K. Mayr,* Aufmarsch um Salzburg 1816, in: MGSL 100, 1960, S. 344.

515 Zit. nach *Robert Landauer,* Die Einverleibung Salzburgs durch Österreich 1816, in: MGSL 73, 1933, S. 25.

516 *Wysocki,* Die gewerbliche Wirtschaft, S. 152.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tismus und in deutlichen Sympathiekundgebungen für Bayern zum Ausdruck kam[517].

4. Die agrarpolitischen Maßnahmen der bayerischen Verwaltung

Die sich im 18. Jahrhundert in erster Linie von Frankreich ausbreitende Lehre der Physiokraten, die in dem Bauernstand die einzig produktive Klasse der Bevölkerung sah und ausschließlich der Landwirtschaft einen echten Produktionszuwachs zugestand, hatte schon relativ frühzeitig Bayern erfaßt[518]. Die Pläne zu einer „Hebung der Landeskultur" wurden zunächst in einem kleinen Kreis von Gelehrten erörtert, die sich bereits im Jahr 1765 in der „als Gelehrte Gesellschaft der schönen Wissenschaften" in Altötting gegründeten, 1768 „zu des Vaterlandes Besten in einer Landwürthschafts-Gesellschaft" umbenannten und schließlich 1772 in die Rentamtsstadt Burghausen verlegten, jetzt „Sittlich-ökonomischen Gesellschaft" zusammenfanden[519]. Der Name dieser Gesellschaft ist kennzeichnend für die damalige Intension, einen Aufschwung der Landwirtschaft nicht nur durch verbesserte Anbaumethoden, sondern auch durch eine Erziehung der Bauern im aufklärerischen Sinne zu bewirken, wobei die von Rousseau übernommenen Begriffe wie Tugend, Fleiß und

517 Vgl. den Hinweis von *Robert Hoffmann,* Gesellschaft, Politik und Kultur in der Stadt Salzburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Rudolph Angermüller* (Hrsg.), Bürgerliche Musikkultur im 19. Jahrhundert in Salzburg, Salzburg 1981, S. 9–30, hier S. 23, Anm. 66. In den Jahren 1820–1830 fanden sich einige der bekanntesten Salzburger Bürger in der sogenannten „Kassuppengesellschaft" zusammen. Ein in dieser Zeit entstandenes Aquarell, das sich im Salzburger Museum Carolino Augusteum befindet, zeigt die Mitglieder dieser Gesellschaft. Auf der Rückseite ist das Bild folgendermaßen, etwas unklar beschriftet: „Nach einer Tradition haben sich die Herren im Jahre 1810–1816 Erde von Bayern geholt um auf deutscher Erde zu weilen (Unter österreichischer Herrschaft)." Man kann davon ausgehen, daß die in Bayern in den ersten Regierungsjahren Ludwigs I. bis 1831 unter dem Innenminister Eduard von Schenk eingeleitete liberale Reformperiode auch von Salzburg aus registriert wurde.

518 Über diese Bewegung und den Aufschwung der Landwirtschaft im 18. Jahrhundert allgemein vgl. *Wilhelm Abel,* Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart ²1967, S. 274–345, bes. S. 276f.

519 Vgl. *Karl von Reinhardstöttner,* Die sittlich ökonomische Gesellschaft zu Burghausen (1765–1802), in: Forschungen zur Kultur- und Landesgeschichte Bayerns 3, 1895, S. 48–151; *Hans Scharold,* Die sittlich ökonomische Gesellschaft zu Burghausen und die Aufklärung in Bayern, Teil I (Wissenschaftliche Abhandlungen zum Jahresbericht des königlich humanistischen Gymnasiums Burghausen für das Schuljahr 1816/17), Burghausen 1917; *Andreas Kraus,* Die naturwissenschaftliche Forschung an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung (Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophische-Historische Klasse, Abhandlungen Neue Folge, Heft 82), München 1978, S. 130–135.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Glück gleichzeitig das Bild des Bauern als dem reinen Bewahrer aller menschlichen Tugenden verfestigten[520].

Die Burghausener Gesellschaft war die Vorläuferin des im November 1810 begründeten Landwirtschaftlichen Vereins, der sich in seiner Zielsetzung insofern unterschied, als er eine größere Breitenwirkung anstrebte und auch eine stärkere Umsetzung der Theorie in die Praxis forderte. Als Zentrale des Vereins fungierte ein aus 14 gewählten Mitgliedern bestehendes Generalkomitee, dessen erster Sekretär der aus dem Salzburgischen stammende Geheimrat Freiherr von Moll wurde[521]. Wie in anderen Kreisen, so trat auch im Salzachkreis ein Bezirkskomitee zusammen, zu dessen erstem Sekretär der Salzburger Domherr Friedrich Graf von Spaur gewählt wurde[522]. Bei diesem Komitee, dem in der Kreishauptstadt fast ausschließlich höhere Beamte, Geistliche und Professoren angehörten, herrschte nach der Aussage eines Mitglieds, des Oberbergrats Kaspar von Schroll, „nicht die Tätigkeit, die dem verehrlichen General-Komité entsprechen könnte", was dieser u. a. auch auf die allgemeine politische Lage zurückführte[523].

Im Gegensatz zu dieser skeptischen Einschätzung der Bemühungen des Landwirtschaftlichen Vereins steht der Optimismus des Grafen von Spaur, der in seiner in Salzburg 1813 veröffentlichten Schrift „Gedanken über die Bildung der Gutsbesitzer zu ihrem Berufe dem Landbau" die Zweifel an der Verwirklichung eines Reformprogramms auszuräumen versuchte: „Viele werden wohl diese Gedanken als für die Bewohner des Reiches im Monde geschrieben, und aus längst bekannten Authoren, für jene kompilirt erachten; Mehrere diese Vorschläge als unausführbar anse-

520 Deutlich wird das sozialpädagogische, aufklärerische Anliegen beispielsweise in der von Franz von Paula Schrank, seit 1779 Direktor dieser Gesellschaft und Professor für Rhetorik am dortigen Gymnasium, verfaßten „Abhandlung über die Erziehung der Bauernjugend, Burghausen 1781"; freilich erreichte diese neue Lektüre kaum seinen Adressaten, den Bauern, der weiterhin auf seinem jahrhundertealten Platz auf der untersten Standestreppe verwiesen blieb; vgl. dazu den Katalog des Museums für deutsche Volkskunde in Berlin, Das Bild vom Bauern. Vorstellungen und Wirklichkeit vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin 1978, bes. S. 61f.

521 *Gerda Möhler,* Zentrallandwirtschaftsfest und Landwirtschaftlicher Verein. Ein Beitrag zur „Landeskultur" unter Maximilian I. Joseph, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 317–325, hier S. 319; zu Molls wissenschaftlicher Tätigkeit und dessen fruchtbarer Zusammenarbeit mit Franz von Paula Schrank vgl. *Ludwig Hammermayer,* Salzburg und Bayern im 18. Jahrhundert, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 129–218, hier S. 205–211.

522 Im Jahr 1813 zählte das Komitee 79 Mitglieder; vgl. die Mitgliederliste bei *F. X. Weilmeyr,* Salzburg . . . Adreßbuch, S. 238–240.

523 *Carl Ehrenbert von Moll,* Mitteilungen aus seinem Briefwechsel, 4 Bde., Augsburg 1829–1835, hier Bd. 4, S. 1239; Schrolls Aussage befindet sich auch in Übereinstimmung mit der Meinung des um eine Übertragung der toskanischen Agrarreform bemühten bayerischen Statistikers Joseph von Hazzi, nach der von 1799 bis 1808 eine wahre „Kulturwut" geherrscht habe, der Reformeifer im Zeitraum von 1808 bis 1818 dann aber spürbar nachgelassen habe; vgl. *Sebastian Hausmann,* Die Grund-Entlastung in Bayern (Abhandlungen aus dem Staatswirtschaftlichen Seminar, Heft X), Straßburg 1892, S. 93, 116.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

hen, weil ihre Ausführung mit zu vielen Schwierigkeiten verbunden ist. Diesen kann sehr bündig geantwortet werden: Daß vieles nur deswegen nicht gewagt wird, weil es als gefährlich und unausführbar erscheint. Vieles aber ist nur aus dem Grunde gefährlich und unausführbar, weil es nicht gewagt wird."[524] Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Bemühungen des Vereins zwar gewisse Erfolge erzielten, die jedoch, gemessen an dem Fortschrittsoptimismus der damaligen Zeit, eher in einem bescheidenen Rahmen blieben.

Nach dem Vorbild des Zentrallandwirtschaftsfestes in München wurde auch in Salzburg in den Jahren 1812, 1814 und 1815 ein Landwirtschaftsfest abgehalten, auf dem mit Preisverteilungen die besten Leistungen auf dem Gebiet des Hopfen- und Flachsanbaus, der Schaf-, Obst- und Bienenzucht sowie des Kartoffelanbaus, der sich zunächst nur sehr zögernd durchsetzte, honoriert wurden[525]. In Kleßheim wurde ein Musterbetrieb eingerichtet, in dem neue Anbaumethoden ausprobiert wurden, der Mechaniker Anton Zillner, der Vater des Salzburger Arztes und Schriftstellers Franz Zillner, wurde für seine Sämaschine, der Bauer Hollweger aus Anif für die von ihm verbesserte Pferdehacke vom Landwirtschaftlichen Verein mit einer goldenen Medaille belohnt. Auch die bereits erwähnte „Aufklärung" der Landbevölkerung versuchte man dadurch zu fördern, daß am Land im Anschluß an die monatlich stattfindenden Schulkonferenzen Versammlungen abgehalten wurden, in denen landwirtschaftliche Probleme erörtert wurden.

Bei der im Alpenrandgebiet bzw. in den Alpentälern vorherrschenden Feldgraswirtschaft war die Viehzucht die Grundlage der „Staatsökonomie Salzburgs und Berchtesgadens", die jedoch unter einer unzureichenden Futterversorgung zu leiden hatte[526] . So war vor allem die Viehzucht

524 *Friedrich Graf von Spaur,* Gedanken über die Bildung der Gutsbesitzer zu ihrem Berufe dem Landbau, Salzburg 1813, S. 45.

525 Vgl. den Bericht über die Wirksamkeit des Landwirtschaftlichen Vereins im Salzachkreis 1814/15, vorgetragen bei dem am 11. Oktober 1815 gefeierten landwirtschaftlichen Fest, von Friedrich Graf von Spaur als Beilage zum Salzach Kreisblatt 88 vom 3. November 1815 sowie die spätere sehr positive Beurteilung des Landwirtschaftlichen Vereins durch Spaur, in: *Franz Martin,* Industrie, Gewerbe und Kunst in Salzburg 1819, in: MGSL 81, 1941, S. 148f.

526 Dazu allgemein: *Christoph Borcherdt,* Fruchtfolgesystem und Marktorientierung als gestaltende Kräfte der Agrarlandschaft in Bayern, Regensburg 1960, S. 18, 31f.; *J. E. von Koch-Sternfeld,* Ueber das National Einkommen aus der salzburgischen Viehzucht und Alpenwirtschaft, in: *Koch-Sternfeld* (Hrsg.), Salzburg und Berchtesgaden, S. 92–110; in einem Polizeibericht vom November 1810 heißt es: „. . . in Hinsicht auf die Viehzucht herrscht hier eine sonderbare Gewohnheit, aus der für die Landwirtschaft schon große Nachteile entstanden sind . . . durch ganz besondere Taxordnungen haben die bisherigen Regierungen die Viehzucht weitgehend gehemmt. Beschränkungen des ausländischen Verkaufs des Viehs, Zwangslieferungen für den Hof und dessen Residenzstadt, Preisbestimmungen der Kälber und des Mastviehs ermüdeten den Landmann und hielten ihn von jedem spekulativen Schritte zurück. Noch jetzt hat das Vieh im Gebirge einen äußerst geringen Wert"; STAM Skr 585/1.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

im Gebirge durch den Mangel an geeigneten Viehweiden beeinträchtigt, der noch durch neue umfangreiche Aufforstungen der Salinenforstleitung verstärkt wurde. Preysings Proteste gegen die geltende Forstordnung, die er als das „Grab jeder Kultur" bezeichnete, die in nicht unbeträchtlichem Ausmaße die materielle Existenz der Gebirgsbewohner gefährde, blieben erfolglos[527]. Dagegen konnte die sehr unpopuläre Zugviehsteuer in der bayerischen Ära auf die Hälfte des vorigen Tarifs reduziert werden.

Die in einigen Teilen Bayerns mehr oder weniger erfolgreich forcierte Aufteilung von Gemeindegründen, die eine Verteilung dieser Gründe zugunsten der Minderbemittelten fördern sollte, kam im Salzburgischen, insbesondere im Gebirge, aufgrund der vorherrschenden Einzelhofsiedlung, ebenso wie einige andere, mehr auf die Agrarproduktion Altbayerns zugeschnittene Bestimmungen, nicht zum Tragen[528].

Der Glaube an den „Nutzen der „Gutszertrümmerung" war ein wesentlicher Bestandteil verschiedener „Kulturfortschritts"-Lehren des 18. Jahrhunderts, die die Möglichkeit zur Intensivierung der Landwirtschaft nur in der Zuschlagung großer Besitzkomplexe sahen, deren Rentabilität dort gering war, wo der Eigentümer nicht in der Lage war, seinen ganzen Hof zu bewirtschaften. Hatten die Güter und Grundstücke früher jedoch relativ hohe Preise erzielt, kam es jetzt bei sinkendem Absatz und steigenden Abgaben zu einer immer größer werdenden Überschuldung der Güter. Der Generalkreiskommissär schätzte, daß sich allein in den ersten vier Jahren der bayerischen Verwaltung als Folge dieser Entwicklung ungefähr 200 Ganten (Konkurse) ereignet hätten, wobei er betonte, daß vor allem die Besitzer großer Güter mit mehreren Dienstboten an den Bettelstab gebracht worden seien, die Kleinbauern dagegen

527 GHA ARO 37/2, JB 1812/13. „Es ist unbegreiflich, wie man die Schonung der Wälder in einer Lage, wo sie schlechterdings nicht benützt werden können, für eine wirtschaftliche Maxime . . . wie ein in den finstersten Zeiten des alten Jäger- und Forst Despotismus gehöriges System noch unter kgl. bay. Regierung beibehalten werden könne . . . dem Staate soll es als Gewinn an Nationalkraft und Reichtum angerechnet werden, wenn bei jährlich steigender Entvölkerung und Verödung ganzer ausgebreiteter Thäler, die Forstbeamten eitel Rühmens machen, daß in den Wäldern größte Holzersparnis erzielt wurde, während die Stämme nach Hunderten verfaulen und Hunderte von Familien zur baldigen Auswanderung gezwungen werden." In diesen Zusammenhang steht auch die im Namen der Landgerichtsgemeinde Salzburg vom 27. Oktober 1812 eingereichte Petition, worin um die Aufhebung des in der Colloredo-Zeit von der Waldmeisterei willkürlich eingeführten Stockrechts nachgesucht wird, das selbst von privaten Waldungen für den Eigenverbrauch geschlagenes Holz mit Abgaben belegte. Eine ähnliche Petition der Untertanen der Landgerichte Teisendorf, Laufen und Tittmoning wurde positiv verabschiedet; HSTA MF 16800.

528 Der Mangel an Weidegründen wurde im frühen 19. Jahrhundert allgemein beklagt. Die obenstehende Kritik Preysings ist deshalb so massiv, weil die Regierung hier aus wirtschaftlichen Gründen die von ihr selbst vertretene Maxime der „Peuplierung" verließ.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

mit weniger Existenzschwierigkeiten zu kämpfen hätten[529]. Die auch von Preysing erkannte Tatsache, daß die meisten Bauern nicht aus Gründen einer intensiveren Bewirtschaftung ihrer Höfe, sondern wegen Überschuldung zu Gutszertrümmerungen veranlaßt wurden, wobei von dieser Entwicklung nicht selten Spekulanten profitierten, führte zu einem allgemeinen Meinungsumschwung, so daß gegen Ende der Ära Montgelas von der Regierung die Zertrümmerungen keineswegs mehr so positiv beurteilt wurden wie am Anfang[530]. Die Regierung mußte allmählich erkennen, daß ihr Ziel, eine Vielzahl gut arrondierter Höfe zu schaffen, sich bei der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht verwirklichen ließ und statt dessen, wie im Salzachkreis, eine wachsende Zahl von Bauern verarmte, d. h. in die kleinbäuerliche Schicht absank.

Angesichts dieser kritischen Situation setzte sich Preysing noch für einen Ausbau der Mooskultivierung ein, die insbesondere im Pinzgau große Fortschritte gemacht hatte, deren Finanzierung jedoch, nachdem bereits 24.000 fl. dafür investiert worden waren, gefährdet war. Offensichtlich fand diese, in Bayern schon unter Karl Theodor forcierte, dem merkantilistischen Grundsatz der „Peuplierung" entsprechende Politik im Salzachkreis großen Anklang. So betonte Preysing in einem Bericht vom 13. Dezember 1811, daß die „Kultur öder Gründe" das einzige Mittel darstelle, die verarmten Untertanen mehrerer Landgerichte im Gebirge vor dem Untergang zu retten und daß auch schon einige hundert „Kulturs-Gesuche" vorlägen, deren Gewährung dem Staat einen großen Gewinn an Steuerkapital verheiße[531]. Verschiedene Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß die Mooskultivierung nur bis zum Jahr 1813 einigermaßen planvoll durchgeführt wurde und in den darauffolgenden Jahren jedoch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten sowie der politischen Lage weitgehend eingestellt wurde[532].

---

529 GHA ARO 37/2, JB 1813/14; eine Übersicht der Grundstückspreise von 1808, wonach die Grundstücke in Berchtesgaden und in der Nähe von Marktflecken am teuersten waren, bei *Koch-Sternfeld,* Salzburg und Berchtesgaden, S. 108; nach *Wilhelm Abel,* Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg – Berlin ²1966, S. 207f., fällt diese Entwicklung in die von 1806 bis 1817 reichende, zweite Phase der mitteleuropäischen Agrarkrisis nach der Jahrhundertwende.

530 So *Walther Demel,* Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817, Diss. masch., München 1981, S. 831f., der im Gegensatz zu *Friederike Hausmann* (Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, Diss. Frankfurt 1975, S. 138f., 159f.) die Güterzertrümmerung insofern positiver beurteilt, als dadurch mancher Bauer vor dem völligen Ruin bewahrt worden sei.

531 HSTA MF 22277.

532 Über die Fortschritte der Mooskultivierung vgl. Skbl 1813, 542–544, 557–560; so wurden von 420 Tagwerk des Viehauer Mooses trockene Plätze mit Hütten frei eigen verkauft, das übrige gegen einen mäßigen Bodenzins erbrechtlich verteilt. *Möhler* (Zentrallandwirtschaftsfest, S. 321f.) stellt zu Recht fest, daß bei der von der Regierung geförderten Aufteilung der Gemeindeweiden die Weiderechte seßhafter Bauern eingeschränkt wurden,

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Ausschlaggebend für die im Jahr 1808 beginnende Allodifikation der Lehen war einerseits der wachsende Geldbedarfsdruck des Staates sowie andererseits die durch die Vergrößerung des bayerischen Staatsgebiets verstärkte Uneinheitlichkeit und verwirrende Vielfalt der grund- und gerichtsherrschaftlichen Verhältnisse. Beginnend mit der Allodifikation der Staatspassivlehen, wurde in Bayern eine grundlegende Reform des Lehenswesens, das man jetzt in zunehmendem Maße als ein Relikt vergangener Jahrhunderte betrachtete, ins Auge gefaßt. Ziel des Lehensedikts vom 7. Juli 1808, das nur noch vom König bzw. vom obersten Lehenshof verliehene Thron- und Kanzleilehen anerkannte, war eine einheitliche Gestaltung der Lehensverhältnisse im ganzen Reich, wobei man „den Uebergang in freies Eigentum zur Beförderung des National-Wohlstandes, möglichst erleichtern" wollte[533]. Sämtliche gemeinen Lehen (Beutel- und Zinslehen), sowohl landesherrliche als auch private, sollten auf Grund gütlicher Übereinkunft der Beteiligten hin in andere Grundvertragsformen umgewandelt werden. Mit der Bezahlung einer Ablösesumme sollte das Obereigentum reluiert (d. h. abgelöst) und mit dem Nutzeigentum vereinigt werden, wobei die auf dem Gut lastenden jährlichen Abgaben in Bodenzinse umgewandelt werden sollten. Als Maßstab für die gesetzliche Umwandlung in bodenzinsiges Eigentum wurde je nachdem zunächst der 3. oder 4. Teil des Lehenswertes zum Bodenzinskapital erklärt, das entweder bar abgelöst oder mit drei Prozent verzinst werden sollte, was im Endeffekt auf eine drastische Erhöhung der Abgaben hinausgelaufen wäre[534]. Parallel dazu wurden die gutsherrlichen Rechte insofern modifiziert, als in den Fällen, wo der Grundherr zugleich Patrimonialrichter war, alle ständigen bzw. nichtständigen Abgaben und Dienste für ablösbar erklärt wurden. Die ohnehin seltene Heimfälligkeit der Privat- und Afterlehen sowie das Einstandsrecht des Grundherrn sollte völlig ausgeschlossen werden, die Laudemien (Besitzwechselabgaben) eingeschränkt, die ungemessenen Scharwerke in gemessene umgewandelt bzw. völlig in Geldabgaben umgeändert werden. Dieses Lehensedikt war jedoch von vornherein mit erheblichen Mängeln verhaftet, da

---

was übrigens zu zahlreichen Prozessen führte, während die Neuansiedlung von Zugezogenen auf neu kultivierten Gründen zu besonders günstigen Konditionen erfolgte. Die Neuansiedler bildeten gegenüber den alteingesessenen Familien oft noch Jahrhunderte hindurch eine homogene soziale Schicht, was auch im Heiratsverhalten deutlich zum Ausdruck kommt; vgl. dazu die aufschlußreiche Studie von *Georg Mooseder,* Oberpfälzer Familien kolonisieren den Münchener Norden, in: Blätter des Bayerischen Landesvereins für Familienkunde, Bd. XIV/10, 1983, S. 360–372.

533 Rbl 1808, 1813–1932; die rechtshistorische Bedeutung des Lehenedikts würdigt *Heinz Lieberich,* Die Rechtsformen des bäuerlichen Besitzes in Altbayern, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Oberbayern 6, 1947, S. 159–176, hier S. 172f.; *Friederike Hausmann,* Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas, wie Anm. 316, S. 110f., 196f., 249f., die Arbeit von *Sebastian Hausmann,* Die Grund-Entlastung in Bayern (Abhandlungen aus dem Staatswirtschaftlichen Seminar, Heft X), Straßburg 1892, ist heute weitgehend überholt.

534 *F. Hausmann,* Agrarpolitik, bes. S. 253f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die Durchführung dieser Erleichterungen, vor allem die Berechnung des jährlichen Bodenzinses nach dem zwanzigjährigen Durchschnitt aller Lehen, Bürden und Abgaben in gütlichem Übereinkommen zwischen Grundherr und Grundholden, also nicht *ex lege,* erfolgen sollte[535].

Gerade in Altbayern, wo die Interessenvertreter des grundbesitzenden Adels auch im Geheimen Rat stark präsent waren, stieß diese in erster Linie von dem Juristen Anselm von Feuerbach in Anlehnung an den Code Napoléon vertretene progressive Grund- und Adelspolitik, man denke in diesem Zusammenhang an die bereits erwähnte Aufhebung der Fideikommisse, auf starken Widerstand. So war hier der Adel nicht bereit, dem Beispiel des Staates zu folgen und auch seinen Grundholden die Möglichkeit zu gewähren, allmählich das auf ihren Höfen lastende Obereigentum der Grundherren abzulösen[536].

Im Gegensatz zu Altbayern waren die Voraussetzungen für eine Allodifikation von adeligen Grundherrschaften im Salzachkreis insofern günstiger, als bereits im Innviertel, insbesondere im Lehenspropstamt Braunau, die österreichische Verwaltung „durch sehr wohltätige Normen" eine Lehenallodifikation eingeleitet hatte. Die bayerischen Behörden gelangten allerdings bald zu der Einsicht, daß diese Allodifikation nur zu einem Bruchteil realisiert worden war, was aus der an Österreich bezahlten Allodifikationssumme hervorging. So wurde die Allodifikation nur dort von Bayern anerkannt, wo die Ablösungssumme ganz oder größtenteils an Österreich bezahlt worden war[537].

Entsprechend dem Lehensverhältnis, nach dem beim Tod bzw. beim Wechsel des Landesherrn der Hauptfall eintrat und die Vasallen das Lehensverhältnis erneuern mußten, wurden im Salzachkreis am 17. April 1811 sowohl die Inhaber von Ritterlehen als auch von gemeinen Beutellehen aufgefordert, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Lehen zu muten[538]. Auf eine Anfrage des Finanzministeriums bei der Finanzdirektion des Salzachkreises, wie diese Neubelehnung vorzunehmen sei, antwortete diese am 10. Juli 1812, „daß im laufenden Finanzjahre, nach dem nebst den ordentlichen Steuern noch eine außerordentliche Concurrenz wegen der Kriegsschulden, verschiedene Beyschläge, ein fünffaches Familienschutzgeld etc. beigetrieben werden sollten, nachdem Salzburg

535 *Hans Klotz,* Der bayerische Staatshaushalt von 1799 bis 1818, Diss. oec. publ. masch., München 1953, S. 6f.

536 *Walther Demel,* Die Entwicklung der Gesetzgebung in Bayern unter Max. I. Joseph, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 72–82, hier S. 75; *F. Hausmann,* Agrarpolitik, S. 154f.

537 HSTA Salzburg, Hofkommission 21/146.

538 Skbl 1811, 567–569; im alten Erzstift wurden die Ritterlehen durch die Hofkanzlei als sogenannte Kanzleilehen, die Beutellehen durch die Hofmeisterei als sogenannte Hofmeisterlehen verliehen. Daneben gab es noch „Magistrats Untertanen", „Kammer Anmannschaften" und „Hofburgrechtsholden". Bei Antritt eines neuen Bischofs war von den Ritter- und Beutellehen eine sogenannte „Weyhsteuer" (in Berchtesgaden auch „Infulsteuer") erhoben worden.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

noch die alte hohe Steuer und die drückende Zulehensteuer entrichtet; und erst die Mässigung seiner unverhältnismäßig hohen Güteranschläge erwartet – auch das Frucht und Weiterschaftsjahr keinen Uiberschuß gewähret; – eine Perzeption [Erhebung der Einkünfte, d. Vf.] von Beutellehen absolut unmöglich sei"[539]. Darüber hinaus seien die 1808 bzw. 1809 verfaßten Kataster als Richtschnur nicht mehr benützbar, da sich inzwischen die Vermögensklassifikation verändert habe, wie überhaupt die unterschiedliche Struktur des Lehensverbandes im Kreis eine einheitliche Mutung verbiete, weswegen man vorschlage, den Vasallen die Allodifikation bzw. Meierschaftsfristen, d. h. eine Zahlung der Laudemialgebühren in 20 Jahresraten, zur Wahl zu stellen. Der Umstand, daß Österreich noch im Jahre 1808 eine Mutung ausgeschrieben hatte, die allerdings nur von wenigen Untertanen befolgt worden war, diente dem Finanzministerium jedoch zum Vorwand, nach wie vor auf einer Mutung zu bestehen, da die geleisteten Zahlungen jetzt gutgeschrieben werden müßten. Es zeigte sich aber, daß der Standpunkt des Ministeriums, eine Lehenallodifikation könne nur nach vollendeter Lehenberichtigung eintreten, womit die Grundholden ja zweimal zur Kasse gebeten werden sollten, undurchführbar war, so daß unter dem Druck des wachsenden Finanzbedarfs die Allodifikation der Lehen durchgeführt wurde, ohne daß der Hauptlehenfall eintrat.

Bei der Allodifikation der Lehen ist im Salzachkreis eine ähnliche Tendenz wie im benachbarten Innkreis feststellbar. In Tirol, das man für Bayern ja schon bald abschreiben mußte und wo man überhaupt mit der Durchführung der einschlägigen Bestimmungen begonnen hatte, wurde die Allodifikation bereits 1812 derart forciert, daß Vasallen, die das Allodifikationsgeschäft verzögerten, mit einer Anzeige gedroht wurde[540]. Gleichzeitig wurde südlich des Brenners die Totalallodifikation, also nicht, wie sonst üblich, nur die Ablösung zu bodenzinsigem Eigentum in Angriff genommen[541].

Auch im Salzachkreis wurde die Allodifikation der Lehen forciert, wobei es offensichtlich zwischen dem Generalkreiskommissariat und der Finanzdirektion, die ja mit der Ausführung betraut war, zu Differenzen kam. So kritisierte Preysing, der diese Maßnahmen rückhaltlos befürwortete, daß „unter der Leitung mancher Individuen der Finanzdirektion . . .

539 HSTA MF 18049.

540 Vgl. *Ferdinand Hirn,* Geschichte Tirols von 1809–1814, Innsbruck 1913, S. 216–220.

541 Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, daß sich der bayerische Gesandte in Paris, Freiherr von Cetto, bereits vor 1810 für eine Abtretung der Lande südlich des Brenners ausgesprochen hatte, weil man dadurch u. a. einen Teil der bayerischen Staatsschuld an Frankreich abdecken könne. Der Kronprinz hätte eine solche Abtretung aber nur dann akzeptiert, wenn damit alle Staatsschulden gegenüber Frankreich beglichen gewesen wären; vgl. *Götz Freiherr von Pöllnitz,* Kronprinz Ludwig von Bayern und Graf Montgelas nach ihrem Briefwechsel von 1810 bis 1816, in: ZBLG 7, 1934, S. 38f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die Grundholden die Wohltaten nicht fühlten", die in der Konstitution ausgesprochen seien[542].

Wenn auch im Salzachkreis von Totalallodifikationen weitgehend Abstand genommen wurde[543], veranlaßte der Umstand, daß die Allodifikation der dem Adel verliehenen Lehen so langsam vonstatten ging – u. a. mußte ja der Bestand der einzelnen Lehensgüter und deren Wert nach dem Adelssummarium durch gerichtliche Schätzung und durch Fassionen der Lehensträger erst festgestellt werden –, die Regierung schließlich, bis zum 1. April 1813 eine letzte Frist zu setzen, nach deren Ablauf die Auflösung des grundherrlichen Lebensverbandes, durch besondere Kommissäre auf Kosten der säumigen Vasallen verfügt werden sollte[544]. Zu Allodifikationen im größeren Stil kam es unter wachsendem Druck vor allem in Inn- und Hausruckviertel, so zum Beispiel mit den Lehen des Baron von Dachsberg und des Grafen von Bergheim[545].

Je näher die Abtretung Salzburgs rückte, desto mehr wurde die Allodifikation der Lehen im Salzachkreis forciert. So wurde am 22. November 1815 der ehemalige salzburgische Regierungsrat Joseph Felner von der Lehens- und Hoheitssektion mit der Revision der Fassionen und der Ablösung sämtlicher Lehen im Salzachkreis betraut, da er aber dieses Geschäft bewußt verzögerte, einen knappen Monat später durch einen anderen Beamten ersetzt[546]. Seiner Aussage nach war die Allodifikation, die noch bis in die letzten Tage vor der Abtretung anhielt, ein beträchtlicher Erfolg.

Wesentlich geschmälert wurde dieser Erfolg, der ja zu Lasten des Besitz- und Rechtsnachfolgers Österreich ging, durch die einschlägigen Bestimmungen des Münchener Vertrages von 1816, nach dem als Schluß-

---

542 GHA ARO 37/2, JB 1813/14; vgl. auch *Möhler,* Zentrallandwirtschaftsfest, S. 321. „Während in Altbayern eine Strömung gegen die Verletzung alter, verbriefter Rechte sich auf die gleichen Prinzipien des Eigentumsschutzes und der Erhaltung einer unabhängigen Rechtsordnung berief, die die neuen Verordnungen propagierten, mehrten sich in den neu hinzugekommenen Territorien die Stimmen, die auf Einführung der fortschrittlichen, nun angegriffenen Kulturmandate drängten."

543 Skbl 1814, 612–616. Eine VO vom 20. Dezember 1813 zog die Umwandlung der Lehen in bodenzinsiges Eigentum jeder anderen Modalität vor, gestattete jedoch auch die Totalallodifikation bzw. die Umwandlung in Erbrecht, falls dies von den Vasallen gewünscht wurde. Von dieser Regelung waren vor allem die Lehen der Stiftungen und Kommunen betroffen.

544 Skbl. 1813, 80.

545 HSTA Salzburg Hofkommission 21/145. Der Vasall des Grafen von Ortenburg-Tambach, Felix von Roo zu Feldegg, besaß verschiedene Ortenburgische Lehen im Hausruckviertel. Aufgefordert zur Allodifikation, verstand er es, diese immer wieder zu verzögern, bis er sich schließlich am 4. März 1816, kurz vor der Abtretung Salzburgs, bereit erklärte, eine Anzahlung zu leisten. Nach erfolgter Abtretung, Roo hatte erst ein Viertel der Summe bezahlt, protestierte er bei der Landesstelle in Linz, die ihn von der weiteren Zahlung suspendierte und eine Untersuchung aller ehemals Ortenburgischen, nunmehr frei eigenen Lehen einleitete.

546 *Hanna Hintner,* Joseph Philipp Felner (1769–1850), Diss. masch., Wien 1967, S. 272.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

termin für vollzogene Allodifikationen im Inn- und Hausruckviertel der 23. April 1815, für Salzburg der 24. Jänner 1816 festgesetzt wurde.

Die finanziellen Forderungen Österreichs, das außerdem für die auf österreichischem Gebiet verbleibenden allodifizierten Lehen Ersatzansprüche stellte, beliefen sich insgesamt auf den Betrag von 46.392 Gulden[547]. Die bayerische Hofkommission konnte sich auf eine sehr detaillierte Zusammenstellung des Generalfiskalats vom 1. September 1823 stützen, die zu einer Reduzierung dieser Summe führte. Sie wies der österreichischen Hofkommission etwa nach, daß die Entschädigungssumme für die dem ehemaligen salzburgischen Hofrat und Landschaftskanzler Joachim von Schiedenhofen gehörigen Lehen in dieser Höhe nicht berechtigt sei, da sich ein großer Teil dieser Lehen in den Rentämtern Waging und Berchtesgaden, also den bei Bayern verbliebenen Landesteilen befände. Ferner hob man hervor, daß einige Grundholden wegen Kapitalmangels nur ein Drittel des geforderten Betrages entrichtet hätten. Tatsächlich hatte sich die Regierung gezwungen gesehen, die ursprünglich sehr hohe Ablösesumme, die in erster Linie an der Höhe der Staatsschulden orientiert war, immer mehr zu reduzieren, um sie so dem realen Einkommen der Vasallen anzupassen[548].

Es verblieb schließlich eine österreichische Forderung in Höhe von 37.845 Gulden, die Bayern für die vertragswidrig durchgeführten Allodifikationen anerkennen mußte, womit der Versuch der bayerischen Finanzbehörden, aus den Ablösungszahlungen Bargeld für den hochverschuldeten Staat zu gewinnen, für diesen vorübergehend bayerischen Landesteil als größtenteils gescheitert betrachtet werden muß. Für die Vasallen trat nicht nur keine spürbare Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, sondern sowohl beim Fortbestand eines Lehens als auch bei dessen Umwandlung in Bodenzinseigentum meist sogar eine Erhöhung der Belastungen ein[549].

5. Die Neuorganisation der Armenpflege

a) Die Armenpflege bis zum Beginn der bayerischen Verwaltung im Jahr 1810

Wie auch in anderen geistlichen Fürsterzbistümern hatte sich in Salzburg im Lauf der Jahrhunderte ein auf privater wie kirchlicher Initiative

547 HSTA Salzburg Hofkommission 21/146.

548 Vgl. F. *Hausmann,* Agrarpolitik, S. 206–209.

549 Zu diesem Ergebnis kommt Demel, Staatabsolutismus, S. 909; über die agrarpolitischen Maßnahmen der Rheinbundstaaten urteilt *Elisabeth Fehrenbach,* Verfassungs- und sozialpolitische Reformen und Reformprojekte in Deutschland unter dem Einfluß des napoleonischen Frankreich, in: *Helmut Berding / Hans P. Ullmann* (Hrsg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981, S. 65–90, hier S. 78: „Für die Bauern hat sich in der Rheinbundzeit nicht viel geändert. Bestenfalls waren ihre Abgaben und Dienste jetzt fixiert, vertraglich geregelt, zu einer jährlich zahlbaren Grundrente zusammengefaßt und ablösbar gemacht."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

basierendes, durch Stiftungen und Fonds getragenes Versorgungs- und Almosensystem entwickelt. Den engen Zusammenhang zwischen privater und kirchlicher Armenfürsorge zeigt zum Beispiel ein erzbischöfliches Generalmandat von 1755, das jeden Bürger verpflichtete, in seinem Testament nach eigenem Ermessen einen bestimmten Betrag den Armen der Stadt zu vermachen, andernfalls ein entsprechender Betrag einfach abgezogen würde[550].

Die zahlreichen im 17. und im 18. Jahrhundert erlassenen Almosenordnungen, die im wesentlichen darauf abzielten, nur almosenbedürftigen, mit einem Stadtzeichen am Halse versehenen Personen das Betteln zu erlauben, andere Personenkreise dagegen bei Strafandrohung von der Bettelei auszuschließen, sind als ein Indiz für die Bemühungen der Obrigkeit zu bewerten, die immer problematischer werdende Armenfürsorge in den Griff zu bekommen.

Bei dem Regierungsantritt Colloredos war das Stiftungswesen völlig desorganisiert, selbst über den Vermögensstand der Stiftungen lagen keine genauen Angaben vor, so daß eine Reform der Armenpflege dringend notwendig erschien[551]. Unter seiner Regierungszeit setzte sich zweimal, nämlich 1785 und 1798/99, eine Armenkommission zusammen, die das erste Mal mit dem Vorschlag scheiterte, in Zukunft die vom Staat pensionierten Personen an die Armenkasse zu überweisen (!), das zweite Mal den Vorschlag brachte, ein freiwilliges Arbeitsinstitut ins Leben zu rufen und sämtliche Wohltätigkeitsanstalten einer einheitlichen Verwaltung zu unterstellen, was ebenfalls an der mangelnden Unterstützung der Behörden scheiterte[552].

Wie sehr die Reform des Armenwesens gerade der eudämonistischen Zielrichtung der Aufklärung entsprach, zeigt, daß die Verbesserung des Armenwesens um die Jahrhundertwende zum Gegenstand von Preisfragen mehrerer Akademien wurde. So waren es auch in Salzburg zwei dezidierte Aufklärer und Illuminaten, der Tegernseer Konventuale und Universitätsprofessor P. Augustin Schelle sowie der Salzburger Domherr Graf Friedrich von Spaur, die sich eingehend mit dem Problem der Armut auseinandersetzten[553]. Während Schelle jedoch dieses Problem mehr philosophisch erörterte, schlagen sich in den Schriften Spaurs seine praktischen Erfahrungen als Vorstand der Armenkommission nieder, die im-

550 *Ludwig Pezolt,* Zur Geschichte des Armenwesens der Stadt Salzburg, in: Salzburg. Statistischer Bericht über die wichtigsten demographischen Verhältnisse, Wien 1888, S. 7–30, hier S. 12.

551 *Pezolt,* wie Anm. 550, S. 13f.

552 Der Bericht der Armenkommission von 1799 ist abgedruckt bei *Friedrich Graf von Spaur,* Nachrichten über das Erzstift Salzburg nach der Säkularisation. In vertrauten Briefen, 2 Bde., Passau 1805, Bd. 2, S. 50–65.

553 *Augustin Schelle,* Über die Pflicht der Mildthätigkeit und verschiedene Arten, die Armen zu versorgen, nebst auserlesenen Sätzen aus der praktischen Philosophie, Salzburg 1785; *ders.,* Versuch über den Einfluß der Arbeit auf das Menschenglück, Salzburg 1790.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

merhin den Erfolg brachte, daß eine genaue Übersicht über die verwirrende Vielfalt der Stiftungen und Kapitalien vorgelegt werden konnte.

Sozusagen als Fazit seiner Tätigkeit in der Ära Colloredo forderte Spaur, dem Beispiel Hamburgs und Kiels folgend, eine größere Transparenz über das Geschäftsgebaren der Stiftungsverwaltungen nach außen[554]. Auf diese Weise würde sich zwischen den verschiedenen Städten ein sich auf das Armenwesen positiv auswirkender Konkurrenzkampf entwickeln, der „wohltätige Menschenfreund" würde so über reformbedürftige Mängel des Stiftungswesens informiert und überdies von der irrigen Vorstellung befreit, daß der Staat auf diesem Gebiet zu wenig Initiative entwickle und den größten Teil von seinen Untertanen verlange.

An einer anderen Stelle setzte sich Spaur vor allem für eine gerechte Verteilung der Almosen ein, wobei er die Ansicht vertrat, „daß nichts zuverlässiger die Armuth mehre, den Bettel mäste, und die Industrie hemme, als der große Reichtum der Wohltätigkeits-Anstalten, und die mit verschwenderischer Freygebigkeit ausgespendeten Geld-Almosen, wenn diese nach regelloser Willkühr an jeden, der sich arm nennt, vertheilt werden und jener nicht gemeinsamen, zu einem Zwecke wirkenden Grundsätzen administriert wird"[555]. Spaur bestätigte damit indirekt ein Gebrechen, das den geistlichen Territorien allgemein angelastet wurde. So stellte eine zeitgenössische, preisgekrönte Denkschrift, „Statistische Abhandlung über die Mängel in der Regierungsverfassung der geistlichen Wahlstaaten und von den Mitteln, solchen abzuhelfen", fest, daß „die Kunst zu betteln . . . in den geistlichen teutschen Wahlstaaten zum größten Grad der Vollkommenheit gekommen" sei[556]. Ganz im Einklang mit dieser Aussage befindet sich ein noch aus dem Jahre 1810 stammender bayerischer Polizeibericht, der einerseits anerkennend die im Vergleich mit anderen Städten reichen und mannigfaltigen Fundationen für die Armen- und Krankenpflege registriert, andererseits als Gründe für die große Zahl der Armen in Salzburg u. a. einen in geistlichen Staaten durchgängig bemerkbaren Hang zur Arbeitsscheu und zur bequemen verschwenderischen Lebensweise, den beständigen Wechsel der regierenden Fürsten, wovon jeder eine zahlreiche Dienerschaft hinterließ, und das Mißverhältnis der Population zwischen männlichem und weiblichem Geschlecht hervorhebt[557].

---

554 *Friedrich Graf von Spaur,* Theil Nahme des deutschen Publikums an Wohl Thätigkeits Anstalten. Vortheile einer öffentlichen Darstellung derselben in Tableaus von den verschiedenen Städten Deutschlands. Ein Versuch über Salzburg als Muster zur gleichartigen Bearbeitung, in: Allgemeine Deutsche Justiz und Polizey Fama 54, vom 9. Mai 1803, Sp. 491–498.

555 *Spaur,* Nachrichten, Bd. 2, S. 42.

556 Zit. nach *Peter Wende,* Die geistlichen Staaten und ihre Auflösung im Urteil der zeitgenössischen Publizistik (Historische Studien, Heft 396), Lübeck 1966, S. 16, Anm. 38.

557 STAM Skr 585/1.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Die hier angesprochene zentrale Frage, inwieweit die Bettelei nur eine, eventuell durch das karitative Prinzip des Katholizismus begünstigte Erwerbsform von vielen war oder inwieweit sie das Symptom einer strukturellen Arbeitslosigkeit war, ist außerordentlich schwer zu beantworten. Die Tatsache, daß beispielsweise bei der im Jahr 1772 vorgenommenen Armenbeschreibung 300 Personen, also nahezu 18 Prozent aller Armen in Salzburg, als des Almosens gänzlich unwürdig eingestuft wurden, sagt ja nur aus, daß auf sie das staatlich definierte Kriterium der Armut nicht zutraf[558].

In seiner Schrift „Über die Pflicht des Staates die Arbeitsamkeit zu befördern, die Bettelei abzustellen und die Armen zu versorgen"[559], für die er zum Ehrenmitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ernannt wurde, differenzierte Graf von Spaur deutlich zwischen den Komponenten der Armut, nämlich Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit bzw. Arbeitsunwilligkeit. Primär habe der Staat die Pflicht, den Armen eine Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen, wobei nur derjenige als „arm" einzustufen sei, der keine Arbeit leisten könne. Müßiggang und Arbeitsscheu könnten durch gründlich ausgebildete Lehrer sowie durch die Errichtung von Industrie- oder Arbeitsschulen bekämpft werden. In diesem Zusammenhang übt Spaur an den Zuchthäusern Kritik, deren Strafsystem verfehlt sei, da es den Straffälligen nicht an die Arbeit gewöhne. Wie eine moderne Resozialisierungsmaßnahme mutet es an, wenn Spaur vorschlägt, daß dem entlassenen Sträfling, falls er keine Arbeit fände, vorerst in einem freiwilligen Arbeitshaus eine Existenzmöglichkeit geboten werden solle, um ihm auf diese Weise den Weg in die Gesellschaft zu ebnen. Sein weiteres Interesse gilt der Fürsorge für die unehelichen Kinder. Die ledigen Mütter befänden sich häufig in einer Zwangslage und seien zum größten Teil dem Elend und dem Bettel preisgegeben. Daher sollten die Kinder nicht bei der Mutter bleiben, sondern zu Zieheltern gegeben werden. Waisenhäuser seien nicht empfehlenswert, da dort keine gute Erziehung der Kinder gewährleistet werden könne. Sämtliche Maßnahmen sollten durch eine Armenkommission koordiniert und kontrolliert werden.

Bei den von Spaur eingebrachten Vorschlägen, die einerseits auf eine überregionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Armut hinauslaufen und andererseits ein dem utilitaristischen Denken entsprechendes Arbeitsbeschaffungsprogramm fordern, handelt es sich um einen bemerkenswerten Beitrag zur Diskussion der Reform des Armenwesens, der vor dem Hintergrund der spezifischen Situation in Salzburg gesehen wer-

---

558 *Pezolt,* wie Anm. 550, S. 12f.; eine der Ursachen könnte in Salzburg u. a. die Ausweisung der Protestanten sein, die in beschränktem Umfang zu einer Gegeneinwanderung führte, bei der „viele höchst zweifelhafte Elemente" ins Land gezogen wurden.

559 *Friedrich Graf von Spaur,* Über die Pflicht des Staates, die Arbeitsamkeit zu befördern, die Bettelei abzustellen und die Armen zu versorgen, Salzburg 1802.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

den muß und bei dem eine gewisse Beeinflussung durch den Reformer des Münchner Armenwesens, den Grafen Rumford, unverkennbar ist[560].

Da eine durchgreifende Reform des Armenwesens sowohl in der Regierungszeit Colloredos, in der mehrere Privatinitiativen zur Gründung eines Freiwilligen Arbeitsinstituts mangels staatlicher Unterstützung scheiterten[561], als auch unter toskanischer bzw. österreichischer Herrschaft ausblieb, erhoffte man diese Neuregelung von der bayerischen Verwaltung.

b) Die ländlichen und städtischen Unterschichten im Salzachkreis

Bevor die Maßnahmen der bayerischen Verwaltung auf dem Gebiet der Armenpflege dargestellt werden, soll eine kurze Skizzierung der Unterschichten denjenigen Personenkreis umreißen, der von einer potentiellen Verarmung am stärksten betroffen war. Da sich die damalige Anwendung ständischer und rechtlicher Kriterien nur sehr schwer in die heutige Terminologie übersetzen läßt, ist der Versuch einer sozialen Zuordnung für die Zeit des beginnenden 19. Jahrhunderts grundsätzlich problematisch. Dennoch kann mit gewissen Vorbehalten, insbesondere für die ländliche Sozialstruktur, ein erster Ansatz herausgearbeitet werden. Für das Jahr 1810 liegt eine Statistik für das Erzstift Salzburg und die ehemalige Fürstpropstei Berchtesgaden vor, die folgende Rückschlüsse auf die soziale Schichtung zuläßt[562]:

Salzburg und Berchtesgaden

		Anteil an der Gesamtbevölkerung %
Geistliche	599	0,9
Adel	269	0,4
Beamte und Honoratioren	549	0,9
Bürger, Gewerbsbesitzer, Künstler	3.196	5,1
Bauern	14.587	23,2
Häusler, Gärtler, vermischte Beschäftigung	12.120	19,2

560 Graf Rumford (1753–1814), ursprünglich Sir Benjamin Thompson, wurde 1788 von Kurfürst Karl Theodor mit der Reorganisation des Heerwesens betraut; er trat für die Errichtung von Militärschulen, Militärarbeitshäusern, Lehr- und Arbeitsschulen für verwaiste Soldatenkinder ein; auf ihn geht die auch in Salzburg verabreichte Armensuppe, die sog. „Rumford Suppe" zurück; vgl. Ludwig Hammermayer, in: HB II, S. 1080f.; *F. K. Möhl,* Die Vorläufer der heutigen Organisation der öffentlichen Armenpflege, insbesondere des Armeninstituts des Grafen Rumford, Diss. Erlangen 1903.

561 In Salzburg reichten die Versuche zur Gründung einer Freiwilligen Arbeitsanstalt bis auf das Jahr 1785 zurück, wobei sich das auf Privatinitiative des Kaufmanns Weiser errichtete Spinnhaus am längsten, nämlich 15 Jahre, halten konnte, dann aber schließlich doch mangels Unterstützung der Polizeibehörden schließen mußte; vgl. *Johann Ernest Tettinek,* Die Armen-Versorgungs- und Heilanstalten im Herzogthume Salzburg, Salzburg 1850, S. 85.

562 HSTA MA I 670.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Bei der letzten Gruppe handelt es sich dabei um die ausgesprochen unterbäuerliche Schicht, die nach Art der Verwertung ihrer Arbeitszeit als nicht „voll-bäuerlich" anzusprechen ist und die neben der landwirtschaftlichen Produktion noch auf einen Nebenerwerb angewiesen war[563]. Wie schon erwähnt wurde, war das auch für Altbayern charakteristische Landhandwerk, die Verknüpfung von bäuerlicher mit gewerblicher Arbeit[564], besonders im Inn- und Hausruckviertel vor allem als Folge der hofmarkherrlichen Binnenkolonisation sehr stark ausgeprägt, so daß sich der Anteil dieser Bevölkerungsschicht noch erhöht haben dürfte.

Gerade im bayerischen Salzachkreis war der Anteil der kleinbäuerlichen Schicht an der Gesamtbevölkerung offensichtlich besonders hoch. Im Gegensatz zur Siedlungslandschaft des westlichen Oberbayern, die durch die vorherrschende Dorfsiedlung gekennzeichnet ist, herrschten im Salzachkreis vor allem die Einzelhöfe vor[565]. Wenn auch die Klärung der genauen Hofgrößen sowie die Frage nach Zeitpunkt und Art der Entstehung von Sölden, d. h. nebenberuflich genutzten kleinbäuerlichen Anwesen, im Salzburger Land einer Detailstudie vorbehalten bleiben muß, wird man sicherlich nicht in der Annahme fehlgehen, daß vor allem im Gebirge, wo ungefähr die Hälfte der Bevölkerung lebte, vor allem kleine und kleinste Anwesen dominierten[566]. Während diese kleinen Anwesen von der wirtschaftlichen Krise kaum betroffen wurden, kam es aufgrund der Güterzertrümmerungen darüber hinaus zu einer Abnahme des vollbäuerlichen Besitzes, so daß man von einem Anwachsen dieser kleinbäuerlichen Schicht ausgehen kann.

Unbedingt der ländlichen Unterschicht zuzurechnen sind die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die Knechte und Mägde, zu denen die Handwerksgesellen in den einzelnen Landgerichten hinzukommen[567]. Nach

563 *Dietmar Stutzer,* Unterbäuerliche gemischte Sozialgruppen Bayerns um 1800 und ihre Arbeits- und Sozialverhältnisse im Spiegel der Statistik, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 290–299, hier S. 293.

564 *Eckart Schremmer,* Die Wirtschaft Bayerns, München 1970, S. 349–374; C. von Tyska, Handwerk und Handwerker in Bayern im 18. Jahrhundert, München 1907, bes. S. 6f.

565 Dies geht eindeutig aus der Montgelas-Statistik von 1811/12 hervor. Während im Isarkreis auf 1 Dorf 4,7 Weiler, Einödhöfe und Mühlen entfallen, ist das Verhältnis im Salzachkreis 1:28,7; vgl. *Adolf Günther,* Südbayern und Westösterreich, Tabellen 48 und 49 sowie S. 121.

566 Vgl. *Pankratz Fried,* Historisch-statistische Beiträge zur Geschichte des Kleinbauerntums (Söldnertums) im westlichen Oberbayern, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 51, 1966, S. 5–39, der die Söldenbildung exemplarisch am Landgericht Dachau aufzeigt. Offensichtlich wurde die Söldenbildung auch im Erzstift Salzburg gefördert. So unterstanden der Hofmeisterei des Erzstifts Salzburg als Beutellehenhof im Jahr 1654 2002 Beutellehen; im Jahr 1772 war diese Zahl, trotz der Ausweisung der Salzburger Protestanten, auf 2759 angewachsen, woraus man auf eine Söldenbildung schließen kann; die genannten Zahlen erwähnt *Heinz Lieberich,* Die Rechtsformen des bäuerlichen Besitzes in Altbayern, wie Anm. 533, S. 165.

567 Vgl. *Hans Platzer,* Geschichte der ländlichen Arbeitsverhältnisse in Bayern (Altbayerische Forschungen, Bd. II/III), München 1904; der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt jedoch auf dem 18. Jahrhundert.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

der Montgelas-Statistik von 1811/12 ergibt sich für den Salzachkreis folgendes Bild[568]:

		Anteil an der hauptberufsfähigen Bevölkerung %
Gesellen	7.227	2,9
Bediente und Knechte	39.432	16,0
Mägde	52.110	21,2

Nach dieser Statistik stellten die in der Landwirtschaft arbeitenden Dienstboten mit 37,2 Prozent mehr als ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung. Nimmt man nun den Anteil der Gesellen hinzu, so ergibt sich, daß im Salzachkreis insgesamt 40 Prozent der hauptberufsfähigen Bevölkerung in hausrechtlicher Abhängigkeit lebte und somit in wirtschaftlichen Krisenzeiten jederzeit entlassen werden konnte[569].

Allerdings ist jedoch bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften eine grundsätzliche Problematik bemerkbar. Ähnlich wie in Altbayern herrschte auch in Salzburg die Vererbungsgewohnheit der geschlossenen Hofübergabe vor, die auch die Söhne und Töchter von größeren Höfen zwang, sich zeitweise oder für immer als Dienstboten zu verdingen, weshalb eine klare Trennung zwischen Familie und Gesinde nicht möglich ist[570]. So kann es durchaus sein, daß Söhne und Töchter, eventuell als „Hütkinder" von Kindesalter an, ihren Dienst auf dem väterlichen Hof ausübten bzw. sich nach auswärts verdingten. Der starke Frauenüberhang beim Gesinde, besonders kraß in der Kreishauptstadt Salzburg, wo die Mägde 18,5 Prozent, die männlichen Dienstboten dagegen nur 4 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung stellten, ist in erster Linie darauf

568 Bayerische Staatsbibliothek Handschriftenabteilung Cgm 6845/19. Das Gesinde und die Gesellen sind hier für die einzelnen Landgerichte aufgeführt. Die hauptberufsfähige (erwachsene) Bevölkerung ist in Tabelle 16 bei *Adolf Günther,* Südbayern und Westösterreich, aufgeführt.

569 Der Durchschnittsanteil des Gesindes an der hauptberufsfähigen Bevölkerung von 37,2 Prozent wird dabei von einigen Landgerichten erheblich übertroffen, so von Abtenau (43 Prozent), von St. Johann (56 Prozent), von Mittersill (60,6 Prozent), Reichenhall (49,1 Prozent) und Saalfelden (58,3 Prozent). Auffallend ist, daß der Anteil der unselbständigen Bevölkerung im Salzachkreis wesentlich höher als im Inn-, Isar- und Illerkreis ist. Eine vergleichende Studie ist ein Desiderat.

570 Die Aussagekraft der oben stehenden Statistik wird durch eine eventuelle Familienzugehörigkeit nur insofern eingeschränkt, als ein nicht näher bestimmbarer Teil der Dienstboten durch seine Arbeit auf dem elterlichen Hof, meist auf Grund verbriefter Rechte, eine größere Absicherung genoß. Zur Vererbungsgewohnheit vgl. *Egon Lendl,* Zur Industriegeographie Salzburgs, in: MGSL 99, 1959, S. 196f.; die „Familie" wurde damals in erster Linie als ein sozialökonomischer Verband verstanden. Eine Einführung in diese, vor allem in bezug auf die Auflösung dieses Verbandes, sehr kontroverse Diskussion gibt *Otto Brunner,* Das „Ganze Haus" und die alteuropäische „Ökonomik", in: *O. Brunner* (Hrsg.), Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen ²1968, S. 103–127.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

zurückzuführen, daß sich den Frauen außer der Ehe, die ja gerade den ländlichen Unterschichten erschwert wurde, kaum eine andere berufliche Alternative bot[571]. Da außerdem auf Grund des geltenden Konskriptionsgesetzes in erster Linie im Salzachkreis männliche Dienstboten zum Militär eingezogen wurden, dürfte sich dieser Überhang noch verstärkt haben[572].

In seinem Jahresbericht von 1813/14 schrieb der Generalkreiskommissär über die Dienstboten: „Der Mangel an Gesinde ist groß, noch größer dessen Uibermuth und Luxus. Unter dem Vorwande harter Arbeit fordert der Dienstbote eine überaus reichliche Kost, und es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß ein Dienstbote im Gebirge dreimal mehr kostet, als im flachen Lande, während er nur den 3. Theil des letzteren arbeitet."[573] Ergänzt wird diese aufschlußreiche Aussage durch einen Polizeibericht über die Lage in der Kreishauptstadt: „Im allgemeinen läßt sich hier behaupten, daß das Loos der hiesigen Dienstbothen schwerer als in anderen Städten sey. Lohn, Nahrung und Beschäftigung differieren . . ."[574]

Das widersprüchliche Phänomen einer Überbeschäftigung in der Kreishauptstadt, der eine Unterbeschäftigung im Gebirge gegenübersteht, bedarf einer Erklärung. Zunächst einmal sei an die bereits erwähnte restriktive Politik Colloredos bei der Gründung von Familien sowie der Schaffung von neuen Heimstätten in Söldenform erinnert, die sich jedoch im Grunde genommen wenig von der in Bayern gehandhabten Praxis unterschied[575]. Ihren Niederschlag fand diese Politik in einer noch in der bayerischen Zeit zu verzeichnenden, sehr unterdurchschnittlichen Hei-

571 *Adolf Günther,* Südbayern und Westösterreich, S. 64–67.

572 So wurden beispielsweise beim Aufruf zur Einreihung in die bayerische Armee am 8. Juni 1812 aus dem Landgericht Mittersill acht Söhne von Dienstboten erfaßt, von denen sechs unehelich geboren waren; Skbl 1812, 673.

573 GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

574 STAM Skr 585/1; in der Kreishauptstadt stellten die Dienstboten und Gesellen mit 34 Prozent ein gutes Drittel der dortigen berufstätigen Bevölkerung. Zahlreiche Stiftungen waren für diesen Kreis bestimmt, so der Hafnerische Domestikenfonds, die Ernst Sacherische Stiftung für bedürftige Dienstboten der Geistlichen und der Stadt, das Domkapitlische männliche und weibliche Domestiken Spital, der Waisenlehrjungenfonds etc. Während *Stutzer* (Unterbäuerliche gemischte Sozialgruppen, S. 297) auf Grund der in den Dienstboten- und Ehehaltenordnungen geforderten stabilen Beschäftigungsverhältnisse durch lange Kündigungszeiten auf eine relative Absicherung schließt, betont *Hausmann* (Agrarpolitik, S. 32f.) zu Recht, daß diese Schicht besonders anfällig für Wirtschaftskrisen war.

575 Vgl. *Friedrich Lütge,* Die bayerische Grundherrschaft, Stuttgart 1949, S. 9. „Man möchte also am liebsten die Bevölkerungsvermehrung beschränken auf die Eigentümer, d. h. die Bauern und selbständigen Handwerker, bei denen die Gewähr für eine ausreichende wirtschaftliche Basis gegeben scheint. Aber um diese Basis nicht zu gefährden, soll der Hof auch nicht wieder geteilt werden, und hat die praktische, im Kern jedoch nie eingestandene Konsequenz, daß man die Aufgabe der Kinderaufzucht am liebsten auf die besitzenden Bauern zu beschränken sucht, alle Kinder aber, die nicht den Hof übernehmen können, am liebsten zur Ehe- und Kinderlosigkeit verurteilen möchte, und nicht nur möchte, sondern es auch durch Heiratserschwerungen und -verbote usw. tut."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ratshäufigkeit im Gebirge, woraus man auf eine, freilich auch durch extreme Arbeits- und Lebensbedingungen hervorgerufene Abwanderung des weiblichen Gesindes schließen kann[576]. Außerdem mußte sich gerade im Gebirge, wo landwirtschaftliche Arbeitskräfte nur schwer zu bekommen waren, der durch die Vertreibung der Salzburger Protestanten hervorgerufene Bevölkerungsverlust besonders nachteilig auswirken.

Darüber hinaus ist erwiesen, daß vor allem die kirchlichen Reformen Colloredos, insbesondere die drastische Reduzierung der Feiertage, auf die hartnäckigste Opposition der ländlichen und städtischen Unterschichten stießen[577]. In der im Jahr 1802 in Salzburg erschienenen Allgemeinen deutschen Justiz- und Polizey Fama hieß es über die Gesindepolizei: „Häusliche Ordnung im ganzen Umfange hat durch die den Krieg begleitende Freiheit und Verwicklung aller Stände, Bekanntschaft mit Nationen verschiedener Art, und den Schwindelgeist einiger Schwärmer unendlich gelitten . . . Das Gesinde, welches zur Erhaltung seiner Herrschaft mitwirken soll, ist außer allen Fugen der Ordnung, der Gehorsamkeit und der Arbeitsamkeit getreten. Man projektirt Gesindeordnungen, welche ein Wortklang bleiben, so lange nicht das Uebel in seinen Wurzeln angegriffen und gehoben wird . . . Wesentliche Mängel dieser Menschenklasse sind, allbekannter Luxus, Müßiggang, Sittenlosigkeit und Insubordination."[578]

Deutlich wird hier die Beunruhigung über den Umbruch, der sich bei den ländlichen Unterschichten vollzogen hat, wobei vor allem die Rolle der Aufklärung als Vehikel eines gesellschaftlichen Strukturwandels deutlich wird[579]. War das Leben der Dienstboten früher in das bäuerliche Arbeitsjahr mit seinen kirchlichen Festen und Bräuchen eingebettet gewesen, entstand nun in dem Maß, in dem diese Tradition in Frage gestellt wurde, auch eine neue gesellschaftliche Atmosphäre, in der die Dienstboten für sich mehr Rechte forderten. Nur so lassen sich die sowohl von staatlicher wie auch von kirchlicher Seite vorgebrachten häufigen Klagen über steigende Lohnforderungen sowie einen „Verfall" der Sittlichkeit verstehen[580]. Ob und inwieweit hier ein Anstieg der unehelichen Gebur-

576 Vgl. *Adolf Günther,* Südbayern und Westösterreich, S. 95f.

577 *Josef Schöttl,* Kirchliche Reformen des Salzburger Erzbischofs Hieronymus von Colloredo im Zeitalter der Aufklärung, Hirschenhausen 1939, S. 20–36; *Peter Hersche,* Colloredo und der Jansenismus in Salzburg, in: MGSL 117, 1977, S. 231–268, hier S. 252; vgl. auch *Anita Brittinger,* Die bayerische Verwaltung und das volksfromme Brauchtum im Zeitalter der Aufklärung, Diss., München 1938.

578 Allgemeine Deutsche Justiz- und Polizey Fama Nr. 1 vom 1. Jänner 1802, Sp. 4

579 Diesen Strukturwandel untersucht unter religionssoziologischem Aspekt *Fintan Michael Phayer,* Religion und das Gewöhnliche Volk in Bayern in der Zeit von 1750–1850 (MBM 21), Diss., München 1970.

580 Diese Entwicklung ist einerseits einer neuen Geschlechtsmoral, andererseits einem ungenügenden staatlichen Konzept auf dem Gebiet der Ansässigmachungs- bzw. Heiratspolitik zuzuschreiben; vgl. *Phayer,* wie Anm. 579, bes. S. 104–118; so schrieb Preysing in seinem Jahresbericht von 1813/14: „. . . und es ist schon sogar der Fall vorgekommen, daß sich die Dienstboten die unanständigsten Bedingungen, als z. B. nächtliche Besuche vom

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ten eine Rolle spielt, ist fraglich. Wenn auch in einigen Landgerichten mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Dienstboten ein überdurchschnittlich hoher Anteil von unehelichen Geburten zu verzeichnen ist, wie zum Beispiel im Landgericht Reichenhall, wo der Anteil der Dienstboten an der erwachsenen Bevölkerung 49,1 Prozent betrug und jede vierte Geburt unehelich war, läßt sich hieraus keine Tendenz aufzeigen[581]. Auffallend ist hier jedoch, daß in Salzburg beinahe jede dritte Geburt unehelich war, womit die Kreishauptstadt bei weitem an der Spitze des Kreises lag.

Trotz der offensichtlich resignativen Beurteilung der Gesamtsituation[582] wurde eine neue Dienstbotenordnung entworfen, von der man sich besonders in Salzburg einen Erfolg versprach. Durch die Einführung von Dienstbotenbüchern, in denen von dem jeweiligen Dienstherrn und der Polizeibehörde eine Beurteilung und die Dienstzeit eingetragen wurden, sollte eine stärkere Kontrolle des Gesindes gewährleistet werden. Durch Belohnungen, wie zum Beispiel der Auszeichnung auf dem landwirtschaftlichen Oktoberfest, wobei eine langjährige Dienstzeit und die Arbeit an den abgewürdigten Feiertagen besonders honoriert wurden, sollte ein Anreiz zu mehr Leistung geschaffen werden[583].

Dennoch wäre es verfehlt, aus dem gesellschaftlichen Strukturwandel den Schluß zu ziehen, daß sich die soziale Lage der Dienstboten, die nach wie vor als „verderbte Menschenklasse" betrachtet wurden, verbessert hätte. Das widersprüchliche Phänomen, daß trotz des Arbeitskräftemangels ein großer Teil der Dienstboten zu Bettlern absank, läßt sich daraus erklären, daß der Bedarf an Arbeitskräften, besonders im ländlichen Bereich, auf eine kurze Zeitspanne begrenzt war, so daß vor allem Taglöhner im Winter ohne Arbeit waren, und daß aus eben diesem Grund ein Teil der Arbeitskräfte in die Stadt abwanderte, was in Salzburg vor allem

---

anderen Geschlechte vorbehalten wollten . . ." GHA ARO 37/2; über den „Verfall" der Sittlichkeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts vgl. *Franz Ortner,* Säkularisation und kirchliche Erneuerung im Erzbistum Salzburg 1803–1835, Diss., Salzburg 1979, S. 38f.; *Erika Weinzierl-Fischer,* Visitationsberichte österreichischer Bischöfe an Kaiser Franz I. (1804–1835), in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 6, 1953, S. 304f.; *Ignaz von Kürsinger,* Ueber die im Salzburgischen Hochgebürge unter dem Dienstvolke und den anderen ledigen Leuten herrschende Sittenlosigkeit und Ungebundenheit und die Mittel, diesem Uebel heilsame Schranken zu setzen, Salzburg 1841.

581 *Phayer,* wie Anm. 579, S. 118f., geht in diesem Zusammenhang so weit, von einem „neuen demographischen Regime" zu sprechen, d. h. er führt den Bevölkerungszuwachs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegend auf die nicht auf der Großfamilie aufgebaute, ländliche, meist ehelose Unterschicht zurück. Angesichts der in den einzelnen Landgerichten des Salzachkreises sehr stark variierenden unehelichen Geburten, die auch den öfters angesprochenen Unterschied zwischen dem Flachland und dem Gebirge widerlegen, erscheint diese These als zweifelhaft. Eine eingehende Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung in Salzburg über einen längeren Zeitraum hinweg, aufgrund der Auswertung der Kirchenbücher, würde hier wertvolle Aufschlüsse liefern.

582 Über die Ansätze einer letztlich völlig ergebnislosen Ehehalten- und Tagelöhnerpolitik in der Ära Montgelas vgl. *F. Hausmann,* Agrarpolitik, S. 174f., 177f.

583 Skbl 1812, 1125f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

im Frühjahr 1811 der Fall war, als zahlreiche Handwerksgesellen in die Stadt strömten.

So ist es nicht allzu verwunderlich, daß eine jüngere Untersuchung, die auf der Auswertung des für Salzburg im Jahr 1815 von der bayerischen Verwaltung initiierten Populationskatasters basiert, zu dem Ergebnis gelangt, daß in Salzburg ca. 50 Prozent der Gesamtbevölkerung der völlig besitzlosen städtischen Unterschicht zuzurechnen sind[584].

Stützt man sich auf das Kriterium der Steuerbefreiung, so war der Salzachkreis derjenige Kreis Bayerns (ohne Tirol), in dem es mit 9,5 Prozent der Familien, bezogen auf die Kreisbevölkerung, die meisten armen Familien gab[585].

c) Die Neuorganisation der Armenpflege und des Stiftungswesens im Salzachkreis

Schon seit 1804 waren in Bayern Überlegungen im Gange, das Armen- und Stiftungswesen zu zentralisieren. In diesem Jahr hatte man Richtlinien für die Errichtung von Armenanstalten in den Gerichtsbezirken erlassen und zu diesem Zweck eine exakte statistische Erfassung der Hilfsbedürftigen angeordnet. Vier Jahre später, im Jahr 1808, wurde im Zusammenhang mit der Zentralisierung des Stiftungsvermögens die Neuorganisation der Armenpflege eingeleitet und die „Staats-Anstalt der Wohltätigkeit für den Stand der Armuth" gegründet, die der obersten „Polizei- und Kuratel-Kompetenz" des Ministeriums des Innern unterstellt wurde[586].

Da sich schon bald Schwierigkeiten zeigten, begann man mit einer gewissen Dezentralisierung. So schob das organische Edikt vom 16. Oktober 1810, das die schon bestehenden Vorschriften über die Verwaltung des Stiftungs- und Kommunalvermögens vervollständigte, zur Entlastung der Zentrale zwischen dieser und den Stiftungsadministratoren die Mittelbehörden als Kreisadministrationen ein, deren Entscheidungsbefugnisse über das Stiftungsvermögen bereits ein Jahr später beträchtlich erweitert wurden[587].

---

584 *Robert Hoffmann,* Salzburg im Biedermeier. Die Stadt und ihre Einwohner in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 219–274, hier S. 239f. Der Verfasser stützt sich auf eine damals in Ausarbeitung befindliche Dissertation von *Brigitta Holzer,* Bevölkerungsstruktur und Vermögensverhältnisse in der Stadt Salzburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die wiederum auf der Auswertung des für Salzburg 1815 angelegten Populationskatasters basiert. Trotz intensiver Bemühungen war es mir nicht möglich, einen Einblick in diese Arbeit zu erhalten.

585 *Walther Demel,* Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817, Diss. masch., München 1981, S. 190. Der Landesgesamtdurchschnitt lag bei 6,2 Prozent.

586 *Josef Kleindinst,* Geschichte der neueren bayerischen Statistik, München 1914, S. 16f.

587 Über die wachsenden Schwierigkeiten und Widerstände, insbesondere Tirols, bei der Zentralisation des Stiftungsvermögens vgl. *Anton Fischer,* Die Neugestaltung des bayerischen Stiftungswesens unter dem Ministerium Montgelas' 1806–1810, in: Oberbayerisches Archiv 65, München 1927, S. 1–63, bes. S. 42f., 52f.; *Alois Mitterwieser,* Geschichte der Stiftungen und des Stiftungsrechts in Bayern, Diss. jur. München 1907, bes. S. 73f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Unmittelbar nach der Besitznahme Salzburgs begann man, sich eine Übersicht über das vorhandene Stiftungsvermögen zu machen, da man es als dringlichste Aufgabe betrachtete, die Vermögensanteile nach dem reinen Stiftungszweck zu sondieren. Bald mußte man feststellen, daß die 49 kirchlichen, 28 Wohltätigkeits- und 15 Unterrichtsstiftungen zwar auf dem Papier ein beträchtliches Vermögen besaßen, dieses aber durch die Inflation in Österreich sehr in Mitleidenschaft gezogen worden war[588]. So hatte eine der größten Stiftungen, der sogenannte Hafnerische Domestiken Fonds, auf der Wiener Bank ein Kapital von 90.000 Gulden angelegt, von dem so gut wie keine Zinsen mehr eintrafen. Bereits im September 1811 war dadurch die Lage der Stiftungen so prekär geworden, daß sich die Bauern im Gebirge teilweise weigerten, die Ziehkinder zu behalten, weil sie schon mehrere Quartale hindurch keine Erziehungsgelder mehr erhalten hatten.

Nach einer Auskunft des Kreiskanzleidirektors von Mieg gab es in Salzburg eine Unzahl von Verwaltern, ein „sonderbares Gemisch von Bürgern, Mönchen, Weltgeistlichen, Kanzleiverwandten, Meßnern, Staatsdienern und Nonnen", deren notwendige Qualifikation zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe kaum vorhanden sei. An die Stelle dieser Vielfalt traten nun, entsprechend den einschlägigen Verordnungen, zwei Administratoren für den Wohltätigkeits- und den Schulfonds[589].

Auf dem Land war die Verwaltung der Stiftungen zunächst in den Kompetenzbereich der Landrichter gefallen und diesen besonders nahegelegt worden, bis schließlich Ende des Jahres 1811 sieben Distriktsstiftungsadministrationen in Tittmoning, Altötting, Ried, Straßkirchen, Lofer, Taxenbach und Radstadt gebildet werden konnten, denen die restlichen Landgerichte zugewiesen wurden[590].

Der geplanten Einrichtung eines Arbeitshauses in Salzburg stand der Kaufmannsstand positiv gegenüber, so daß das Generalkreiskommissariat schließlich am 16. Oktober 1812 ein freiwilliges Arbeitsinstitut und ein Zwangsarbeitshaus für aufgegriffene Bettler ins Leben rufen konnte. Beide Institute sind ihrer Bestimmung nach deutlich von den Zuchthäusern zu unterscheiden, was in einer im Jahr 1801 erlassenen Landesverordnung, die anregte, daß „neben dem Zuchthause in Burghausen ... sowohl hier als auch an anderen Orten die erforderlichen Arbeitshäuser für geringere Verbrecher" hergestellt werden sollen, deutlich zum Aus-

588 STAM Skr 79, Spezial Conspect über die in der Stadt und dem Stadtgericht Salzburg befindlichen Stiftungen des Cultus, der Wohltätigkeit und der Erziehung. Unter den Stiftungen des Cultus sind mehrere Bruderschaften sowie kleine Stiftungen bei den einzelnen Kirchen und Kapellen aufgeführt.

589 STAM Skr 79; zum Administrator der Wohltätigkeitsstiftungen wurde der bisherige Verwalter des St.-Johannes-Spitals, des Waisenfonds und des Irrenhauses Joseph Kendler ernannt, der selbst in einem Bericht von 1802 für eine zweckmäßige Leitung der Armenkommission durch eine Oberaufsicht plädiert hatte; vgl. *Pezolt*, Geschichte des Armenwesens, S. 16.

590 *Pichler,* Salzburgs Landesgeschichte, S. 981.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

druck kommt[591]. Als Modell stand dabei das im Jahr 1789 in München in einem verlassenen Paulanerkloster in der Au von dem Grafen von Rumford gegründete Arbeitshaus im Hintergrund. Die dort eingerichteten Werkstätten für die wichtigsten Bau-, Metall- und Holzhandwerke sowie eine Serienfertigung für Textilien zur Herstellung der Monturen für die bayerische Armee funktionierten so gut, daß die kurfürstliche Finanzkammer sogar Gewinne aus der Produktion erzielen konnte. Ein Vorteil dieses Arbeitshauses lag darin, daß Bettler, Alte, Schwache, Behinderte und Kinder entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in den einzelnen Fertigungsabläufen eingesetzt werden konnten. Freilich war dieses Modell, das sehr viel dem Organisationstalent seines Gründers verdankte, nicht beliebig übertragbar[592].

So war das freiwillige Arbeitsinstitut in Salzburg völlig auf die Privatinitiative einiger Unternehmer angewiesen, die Material lieferten, das dann von den Insassen gegen einen Wochenlohn bearbeitet wurde[593]. Die freiwillige Arbeitsanstalt war in erster Linie für die einheimischen Armen bestimmt, während in das Zwangsarbeitshaus meist aufgegriffene Bettler eingewiesen wurden, für deren Unterhalt die Heimatgemeinden aufkommen mußten. Hervorzuheben ist, daß die Einweisung in das Zwangsarbeitshaus ohne Wirkung auf die Ehre der Insassen blieb. Der eigentliche Strafcharakter trat vor den Bemühungen des Staates in den Hintergrund, Arbeitskräfte zu gewinnen und ein Arbeitsethos entstehen zu lassen[594].

Leiter des Zwangsarbeitshauses wurde Joachim Mandl, der zur Erlernung der Strohhutfabrikation extra nach Illyrien gesandt wurde. Die Insassen fertigten Strohhüte an, sortierten Gummi und schnitten für die Apotheke Teeholz, wofür sie Verpflegung, Wohnung, Kleidung und

591 Vgl. *Klaus Rüdiger Stroebel,* Bayerische Kriminalpolitik von Kreittmayr bis Feuerbach unter besonderer Berücksichtigung von Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Inn- und Hausruckviertel in der Zeit von 1806–1816, Diss. jur. Marburg 1969, S. 59f.

592 Bei dem Münchener Arbeitshaus dürfte es sich um eine Ausnahme handeln; so konstatiert *Hubert Klebel,* Das Pauperproblem in der Zeit des Spätmerkantilismus und beginnenden Liberalismus in Bayern. Eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studie zur Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und der staatlichen Wohlfahrtspolitik, Diss. München 1955, S. 66, einen deutlichen Verfall der Manufakturen und Arbeitshäuser am Ende des 18. Jahrhunderts.

593 *Johann Ernest Tettinek,* Die Armen-Versorgungs und Heilanstalten im Herzogthume Salzburg, Salzburg 1850, S. 86.

594 Vgl. die für Österreich sehr instruktive Studie, die am Rande auch auf Salzburg eingeht, von *Hannes Stekl,* Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671–1920. Institutionen zwischen Fürsorge und Strafvollzug (Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien, Bd. 12), Wien 1978; der Aspekt, daß mit einem Anstieg der Massenarmut diese dann auch von der Gesellschaft anders bewertet wurde, kommt bei *Angelika Baumann,* „Armut muß verächtlich bleiben . . ." Verwaltete Armut und Lebenssituation verarmter Unterschichten in Bayern, in: *Richard van Dülmen* (Hrsg.), Kultur der einfachen Leute, München 1983, S. 151–179, zu kurz; von derselben Verfasserin liegt mittlerweile eine gründliche Arbeit vor, die hier jedoch nicht mehr eingearbeitet werden konnte: *Angelika Baumann,* „Armuth ist hier wahrhaft zu Haus . . ." Vorindustrieller Pauperismus und Einrichtungen der Armenpflege in Bayern um 1800 (MBM 132), München 1984.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ärztliche Pflege erhielten. Das Zwangsarbeitshaus geriet jedoch schon bald in finanzielle Schwierigkeiten, da sich die Gemeinden weigerten, die laufenden Ausgaben für ihre Mitglieder zu entrichten. Beide Anstalten sollten dann die bayerische Ära auch nicht überstehen.

Die Aufsicht über die Armenpflege in der Kreishauptstadt führte eine aus zehn Mitgliedern bestehende Kommission. Mit der monatlichen Sammlung und der wöchentlichen Verteilung der Almosen wurden in jedem der acht Stadtviertel drei Unterabteilungskommissäre betraut. Die jährliche Auslage für die 1157 almosenbedürftigen Armen belief sich im Jahr 1813 auf 32.000 Gulden, eine Summe, die bis zum Ende der bayerischen Herrschaft etwa gleich blieb. Außer einer finanziellen Unterstützung wurden noch andere Hilfeleistungen gewährt, wie zum Beispiel die kostenlose Bereitstellung von Torf als Heizmaterial, eine Erleichterung des Mietzinses sowie die Verabreichung der nahrhaften sogenannten „Rumford Suppe" durch die Nonnen des Loretoklosters[595].

Dagegen wurden die Verordnungen gegen die Straßenbettelei besonders streng gehandhabt: Das Betteln der Studenten mit Preisen und Attesten, das sogenannte Sternsingen der Kirchensänger, die Neujahrssammlungen der Mesner, das Sammeln der sogenannten Fechtbrüder, arbeitsloser Handwerksgesellen, wurde verboten. Hinsichtlich ortsfremden Bettlern galt, daß „diejenigen, welche im Bettel herumziehen, oder zur Arbeit unfähig geworden sind, ohne Rücksicht darauf wo sie geheiratet haben, an den Ort ihrer Ansässigkeit . . . oder an den Geburtsort" gebracht werden sollen[596].

Wenn die strenge Kontrolle in der Stadt dort ein nahezu völliges Verschwinden des Straßenbettels bewirkte[597], wurden nun die entlegenen Gebirgstäler Salzburgs und Tirols zum bevorzugten Aufenthalt für diese sozialen Randgruppen. Einige Landgerichte des Innkreises hatten sogar im Sommer 1810 tirolischen Bettlern Pässe ausgestellt, die „sie gleichsam zum Bettel im salzburgischen Gebürge ermächtigten", worauf das Generalkreiskommissariat des Salzachkreises die Behörden in Innsbruck aufforderte, die Erteilung solcher Pässe zu untersagen. Man bemühte sich nun in der folgenden Zeit, allen ausländischen Bettlern und Vaganten den Grenzübergang nach Bayern zu versperren[598]; in den Pässen mußte ein

595 Über die Organisation der Armenpflege in der Kreishauptstadt vgl. *Weilmeyr,* Salzburg . . . Adress Buch, S. 187–191.

596 VO vom 12. Juli 1808; STAM Skr 585/1, Polizeibericht vom Dezember 1810; die bayerische Polizeibehörde schaffte innerhalb kürzester Zeit zahlreiche alte sogenannte Heischebräuche ab; so wurden auch die Puppenspiele der Schiffer von Laufen und Hallein, die im Winter, wenn sie arbeitslos waren, damit ihren Lebensunterhalt bestreitend, von Dorf zu Dorf zogen, als unmoralisch eingestufte öffentliche Volksbelustigungen untersagt.

597 Vgl. *Friedrich Graf von Spaur,* Sparziergänge in den Umgebungen von Salzburg, Salzburg 1813, S. 160f., der die Leistungen der bayerischen Polizei auf diesem Gebiet sehr positiv hervorhebt.

598 *Klaus Rüdiger Stroebel,* Kriminalpolitik, S. 154f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Vermerk über Art und Umfang der beabsichtigten Geschäfte in Bayern sein. „Fußgehern, welche . . . sich nicht mit hinlänglichem Reisegeld legitimieren können, oder durch ihre Handwerkskunde sich im Lande Nahrung zu verschaffen, nicht imstande sind", wurde der Eintritt nach Bayern ebenfalls verwehrt. Zum Unterschied von Vagabunden mußten sich die herumziehenden Handwerksburschen mit von der Polizei bestätigten „Handwerkskundschaften" ausweisen, die nicht älter als vier Wochen sein durften.

Welches Ausmaß die auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Lage entstandene Mobilität annahm, zeigen die Zahlen der aufgebrachten und in ihre Heimatorte abgeschobenen Vaganten im Salzachkreis für die Jahre 1812 und 1813[599]:

	Im Salzachkreis aufgegriffene Vaganten	*Prozentualer Anteil an den im Königreich aufgegriffenen Vaganten*
1812	3880	19,7
1813	3167	30,4

Der sprunghafte Anstieg der Landstreicher im Jahr 1813 ist in erster Linie auf die Truppendurchzüge zurückzuführen. Da viele Männer eingezogen wurden bzw. sich durch Desertion dem Militärdienst entzogen oder sich eventuell sogar den Unruhestiftern in Tirol anschlossen, waren in diesem Jahr ebenso viele Frauen und Kinder wie Männer unter den Vaganten vertreten.

Das offensichtlich bis zum Extrem strapazierte, auch von Preysing kritisierte „Schubsystem", bei dem monatlich zahlreiche Vaganten ins Ausland und in ihre Heimatgemeinden abgeschoben wurden, stiftete nicht nur sozialen Unfrieden in den Gemeinden, die sich auf Grund ihrer finanziellen Situation kaum in der Lage sahen, den Armen eine Unterstützung zu gewähren, sondern überforderte auch die personellen Kapazitäten der Polizeianstalten[600]. Wenn auch im Gebirge zahlreiche „Landstreifen" durchgeführt wurden und in Salzburg die Polizeiwache beträchtlich

599 Ähnlich wie bei den Deserteuren wurde monatlich ein „Summarisches Verzeichnis derjenigen Individuen, welche von der zur Landessicherheit im Königreich Baiern aufgestellten Polizeikordonsmannschaft aufgehalten, dann über die Landes Grenzen in ihre Heimath oder an die einschlägigen Gerichte und Ämter geliefert wurden" im Regierungsblatt veröffentlicht. Diese Angaben wurden für die Übersicht herangezogen. Laut Auskunft Preysings handelte es sich hier zum größten Teil um Hausierer aus Tirol, die man nicht zuletzt als Kundschafter und Volksaufwiegler betrachtete.

600 STAM Skr 226. So erstattete beispielsweise das Landgericht Vöcklabruck am 25. Juni 1811 Anzeige über eine unrichtige Intradierung von drei Schüblingen, u. a. heißt es: „Da die Schübe hier ohnehin so außerordentlich zahlreich sind, daß sie kaum befördert werden, so fallen jene dem Landgericht äußerst lästig."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

vermehrt wurde, reichten diese Maßnahmen nicht aus, die ständig wachsenden Aufgaben zu bewältigen[601].

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, noch einmal kurz auf die Stellung der Gemeinden einzugehen. Das Gemeindeedikt von 1808 hatte jeden, der entweder besteuerte Gründe in der Gemeinde besaß oder ein besteuertes Handwerk ausübte, zum Gemeindemitglied erklärt, womit dieser Personenkreis jetzt auch auf Kleinhäusler, ja sogar Knechte, die ein kleines Stück Land besaßen, ausgedehnt wurde. Den Umstand, daß jedes Gemeindemitglied einen Anspruch auf die Gemeindeweide hatte und daß überhaupt den ländlichen Unterschichten mehr Existenzmöglichkeiten geboten werden sollten, unterstreicht die Bestimmung, daß jetzt auch die lokale Armenpflege sowie die Ansässigmachung an die Gemeinden delegiert wurde. Gleichzeitig sollte eine Verordnung, „die Beförderung der Heurathen auf dem Lande betreffend", dieser Schicht die Eheschließung erleichtern[602].

Die Klausel, daß eine Gemeinde bei einer vorschnell erteilten Heiratsbewilligung den Unterhalt einer solchen Familie, die sich nicht selbst ernähren konnte, übernehmen mußte, lief dieser Intension jedoch zuwider, da sich die Gemeinden angesichts der wachsenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten weigerten, ohne jede Unterstützung des Staates die gesamte Armenpflege alleine zu tragen. Wenn Vierthaler noch um die Jahrhundertwende positiv hervorhob, daß es im Gebirge auf Grund eines intakten Armenversorgungssystems so gut wie keine Bettler gäbe[603], so war dieses System in der bayerischen Zeit durch eine offensichtliche Überbeanspruchung zusammengebrochen.

---

601 HSTA MF 13878. Schreiben des Finanzdirektors von Danner vom 2. April 1815, wonach die königliche Gendarmerie sich weigere, aus der Station Salzburg die Vaganten auf die nächsten Stationen zu transportieren. Die Errichtung einer Kordonsanstalt beim Landgericht Salzburg sei dringend notwendig. Am Schluß des ersten Quartals des Etatsjahrs 1815/16 bestanden bei den königlichen Landgerichten Abtenau, Gastein, Hopfgarten, St. Michael, Mittersill, Saalfelden, Tamsweg, Taxenbach, Zell am See 15 Stationen, 9 Rottmeister, 2 Vize-Rottmeister und 37 Gemeine, zusammen 48 Mann Polizeikordon.

602 *Emil Freiherr von Riedel,* Das bayerische Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868 nebst einer Darstellung der älteren bayerischen Gesetze über Heimat, Ansässigmachung, Verehelichung und Armenpflege und den Vollzugsvorschriften, München [6]1892, hier S. 24–26, behandelt diese Verordnung primär aus der Sicht des Gesetzgebers, hebt aber auch deren Ambivalenz hervor. Über die Auswirkungen dieser Gesetzgebung im frühen 19. Jahrhundert fehlt eine Untersuchung. Über die Folgen des am 11. September 1825 eingeführten relativ liberalen Heimatrechts vgl. *Klaus Jürgen Matz,* Pauperismus und Bevölkerung, Stuttgart 1980; *Horst Hesse,* Die sogenannte Sozialgesetzgebung Bayerns Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der bürgerlichen Gesellschaft (MBM 33), Diss. München 1971.

603 *Franz Michael Vierthaler,* Meine Wanderungen durch Salzburg, Berchtesgaden und Österreich, Wien 1816, Bd. 1, S. 196f.; es handelt sich hier zweifellos um eine Übernahme aus der ersten Auflage, die 1799 unter dem Titel „Reisen durch Salzburg" erschien.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

In den ganzen sechs Jahren der bayerischen Verwaltung kam es zu keiner definitiven Regelung des Gemeindeumlagenwesens[604]. Ein Vortrag im Staatsrat schilderte die damalige verworrene Situation: „Die Tendenz, alles, was dem Aerar lästig sein könnte, auf die Gemeinden zu wälzen, die Erschöpfung der Untertanen durch die außerordentlichen Zeitumstände, die womöglich noch größere Erschöpfung der Gemeindekassen; die Vervielfältigung der aus einer künstlichen Administration hervorgehenden Forderungen jeder Art; alles dieses zusammengenommen hat die in Bayern neben den ordentlichen Staatsauflagen unter dem Namen Konkurrenzen bestehenden Gemeindeumlagen zu einer drückenden Last gemacht, welche hier und dort durch die Willkür der äußeren Behörden und überhaupt durch den Mangel an bestimmter Vorschrift, Übersicht und Kontrolle noch erhöht worden ist."[605]

So kann man im Falle Salzburgs sagen, daß die relativ gut organisierte Armenpflege in der Kreishauptstadt zu Lasten der Gemeinden ging und daß sich somit das Problem jetzt teilweise von der Stadt auf das Land verlagerte. Als ein weiterer Indikator für eine Massenverarmung und eine vor allem auf dem Lande ungenügende Armenversorgung kann ein rapider Anstieg an Eigentumsdelikten beobachtet werden, was allein aus einer Kriminalstatistik für die Jahre 1813 und 1814 hervorgeht[606]:

Kriminalstatistik im Salzachkreis

	1813	*1814*
Abgeurteilte Verbrecher	322	345
Diebstähle und Betrügereien	206	234
Wilddiebstähle	17	31
Unaufgeklärte Diebstähle	316	552

Laut Aussage Preysings war die Zahl der unaufgeklärten Eigentumsdelikte deshalb so hoch, da „sehr viele Diebstähle von zunächst angesessenen Leuten verübt wurden, die durch die allgemeine Verarmung zu solchen Verbrechen verleitet wurden", also nicht auf das Konto der zahlreichen Vaganten ging[607].

Bezüglich der Finanzierung der Stiftungen sollte es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Generalkreiskommissariat und der

604 Man behalf sich mit Provisorien. Mangels Geldes wurde ein Teil der Abgaben, insbesondere für die Armen, mit Naturalien abgetragen. Der Naturalienbedarf für die Armen wurde halbjährlich ausgeschrieben, wobei die Landgerichte die Repartition (Umlage) von der Kreisbehörde erhielten. Die Landgerichte trafen die Subrepartition auf die Gemeinden, deren Vorsteher schließlich die Quoten bestimmten. Bei der Einlieferung in die Magazine war eine Kommission anwesend. Die Naturalienlieferungen waren bei der Landbevölkerung unbeliebt; vgl. *Leopold L. Pfest,* Abschied der Salzburger von den Bayern, S. 24f.; SLA 43/22.

605 Zit. nach *F. Hausmann,* Agrarpolitik, S. 154.

606 Notizen zur Kriminaljustiz des Salzachkreises: Skbl 1814, 184; Skbl 1815, 65.

607 GHA ARO 37/2, JB 1812/13.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Staatsschuldentilgungskommission in München kommen. Letztere übernahm zwischen 1811 und 1814 über die Verwaltung der anvertrauten Schuld hinaus noch staatsbankähnliche Aufgaben. Ihr Leiter, Joseph von Utzschneider, gründete im Jahr 1812 mit dem privaten Kapital jüdischer Finanziers und Augsburger Wechselhäuser die Bayerische „Disconto Cassa", die zu immer ungünstigeren Bedingungen den letzten Rest an Kredit ausschöpfte, den der Staat noch besaß[608]. Angesichts der steigenden finanziellen Verpflichtungen plante man die Veräußerung von Stiftungsgütern im Wert von 12 Millionen Gulden, wobei die Staatsschuldentilgungskommission sogleich ermächtigt wurde, auf das geplante Verkaufsgeschäft hin, Anleihen aufzunehmen und den Gläubigern als Sicherheit Anweisungen auf die künftig eingehenden Kaufschillinge auszustellen.

Auch in Salzburg versuchte man, Grundstücke und Häuser des Wohltätigkeits- bzw. des Unterrichtsfonds möglichst gewinnbringend zu versteigern. Von dem geplanten Verkauf konnte jedoch in Salzburg nur ein Bruchteil realisiert werden, da sich auf Grund der hohen Taxen nur wenige Interessenten einfanden, so daß der Verkauf von Liegenschaften hier nur 36.087 Gulden einbrachte, wobei ein Käufer wegen nachträglich eingetretener Insolvenz wieder vom Kauf zurücktreten mußte[609]. Der Umstand, daß das geplante Verkaufsgeschäft größtenteils scheiterte, wäre nicht so gravierend gewesen, wenn nicht die Tilgungskommission von ihrer Befugnis ausgiebigen Gebrauch gemacht hätte, indem sie neue 5prozentige Obligationen im Wert von 3,7 Millionen Gulden als sogenannte „Hypothekaranweisungen" emittierte und jetzt als alleinige Schuldnerin haftbar blieb, wodurch die an die Stiftungen zu zahlenden Zinsen ins Stocken gerieten.

Das Generalkreiskommissariat bemühte sich, unterstützt von der Fürsprache des bayerischen Kronprinzen, die Tilgungskommission zu einer Zahlung der Zinsen aufzufordern[610]. Als im Herbst 1813 die Staatsschuldentilgungskommission entgegen ihrer Zusage, die Zahlung der Zinsen aus dem Ertrag des 3. Termins des gezwungenen Lottoanlehns zu leisten, die sofortige Einsendung dieser Summe nach München forderte, schrieb Preysing am 7. Oktober 1813 an Montgelas, daß er in diesem Falle sogleich die Kranken- und Versorgungshäuser schließen, das Priesterhaus und die Studentenseminarien auflösen und die Professoren am Lyceum entlassen müsse. Nach dreijährigem Kampfe mit dem dringendsten Geldmangel und mit den Ungelenken der Staatsschuldentilgungskommission

608 *Hans Peter Ullmann,* Staatsfinanzen und Privatkapital im Rheinbund: das bayerische Staatsschuldenwesen, in: *Helmut Berding* (Hrsg.), Privatkapital, Staatsfinanzen und Reformpolitik in Deutschland in der napoleonischen Zeit, Ostfildern 1981, S. 27–36, hier S. 31.

609 HSTA MInn 3615.

610 GHA ARO 37/1. So schrieb Utzschneider am 29. Juni 1812 auf eine Mahnung des Kronprinzen hin an diesen, daß er noch nicht wisse, welche Stiftungskapitalien im Salzachkreis zu verzinsen seien, sich aber möglichst rasch eine Übersicht verschaffen wolle.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

seien Kredit und alle künstlichen Mittel der Existenz der Stiftungen erschöpft[611]. Da in München diese Einwände offensichtlich ignoriert wurden, entschloß sich der Generalkreiskommissär am 5. November 1813 zu einem ungewöhnlichen Schritt, indem er kurzerhand die Beschlagnahmung der eingehenden Lotterieanlehensgelder zugunsten der Stiftungen verfügte, um „dem gänzlichen Ruin und ihrer Auflösung" entgegenzuwirken. Der gegen diese Maßnahme eingelegte Protest der Tilgungskommission beim König wurde abgewiesen. Utzschneider, als Leiter der Kommission, wurde ein Jahr später, als das Finanzierungsgebäude endgültig zusammenbrach, von seiner Tätigkeit enthoben. Die „Bürokratisierung" der Staatsschuld, die in erster Linie zu Lasten der Stiftungen gegangen war, endete so in einem Desaster[612].

Die Tragweite dieser Ereignisse wird man kaum unterschätzen können, wenn man bedenkt, daß die durch die „höchstes Aufsehen" erregenden Spekulationen der Tilgungskommission hervorgerufene Krise der Stiftungen zeitlich mit der im Sommer und Herbst 1813 eingetretenen außenpolitischen Krise zusammenfiel. Die Befürchtung Preysings, daß jetzt „höchst sträfliche Insinuationen nur allzu leichten Eingang finden und alles wieder zernichten würden, was seit der Acquisition des Landes für die Verbreitung einer guten Stimmung geschehen sei", dürfte sich nur allzusehr bewahrheitet haben[613].

Wenn ein völliger Zusammenbruch des in den Augen der Bevölkerung durch die Zentralisierung des Stiftungsvermögens völlig diskreditierten Versorgungssystems verhindert werden konnte[614], so ist dies nur dem persönlichen Engagement des Generalkreiskommissärs zu verdanken, der in zahlreichen Aufrufen an die Spendenbereitschaft der Bevölkerung appellierte und damit relativ erfolgreich war.

Insgesamt betrachtet kann man feststellen, daß die Regierung angesichts der wachsenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten die Notwendigkeit staatlicher Förderungsmaßnahmen erkannt hatte. Bei den meisten eingeleiteten Reformen war der Geldbedarfsdruck des Staates ausschlaggebend, der möglichst rasch eine möglichst hohe Rentabilität erzielen wollte. Diese Rentabilität war im Bereich der Armenfürsorge nur insofern gegeben, als sich der arbeitsfähige Teil der Armen unter Umständen in den wirtschaftlichen Prozeß eingliedern ließ. Die Verantwortung für den arbeitsunfähigen Teil der Armen, die früher zum größten

611 HSTA MF 22431.

612 Nach einem Bericht Montgelas' an den König vom 15. April 1813 schuldete der bayerische Staat den Stiftungen etwa 23,5 Millionen Gulden; vgl. *Karl Möckl,* Der moderne Bayerische Staat. Eine Verfassungsgeschichte vom aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Reformepoche, München 1979, S. 133.

613 HSTA MF 22277.

614 SLA 43/22. *Pfest,* Abschied, S. 29f. „Bey dem Frevel, den ihr mit den Stiftungen treibet, bey der Willkühr, mit der ihr über das Vermögen waltet . . . wie kann es einem vernünftigen Mann noch einfallen, sein Vermögen für sie hinzugeben."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Teil die Kirche getragen hatte, übernahm der Staat als deren Nachfolger nicht, sondern bürdete sie den Gemeinden auf, die sich ihrerseits gegen diese Belastung zur Wehr setzten. Drastisch verschärft wurde diese Situation durch die Zentralisierung des Kommunal- und des Stiftungsvermögens, das illegalerweise zur Sanierung der Staatsschuld herangezogen wurde.

Noch Ende des Jahres 1816 wurden die Konsequenzen aus dieser Entwicklung gezogen und die Zentralisation des Stiftungswesens wieder rückgängig gemacht[615]; in dem Gemeindeedikt von 1818 war schließlich die Dezentralisierung des Gemeinde- und Stiftungswesens gesetzlich verankert.

Der Streit um die finanziellen Ansprüche an das salzburgische Stiftungsvermögen zwischen Bayern und Österreich sollte übrigens noch Jahrzehnte dauern. Nach der Abtretung Salzburgs hatte Bayern für seinen salzburgischen Gebietsanteil kurzerhand 100.000 Gulden aus dem Stiftungsvermögen beschlagnahmt[616]. Eine Konvention zwischen Bayern und Österreich zum Ausgleich der gegenseitigen Stiftungsforderungen kam erst 27 Jahre nach der Abtretung Salzburgs, nämlich am 19. Dezember 1843, zustande, nachdem bereits in einer Präliminar-Übereinkunft vom 24. Juni 1833 eine erste Annährung der Standpunkte getroffen werden konnte[617]. Nach einem komplizierten System wurden sämtliche Forderungen finanziell abgeglichen, wobei Bayern eine höhere Entschädigungssumme als Österreich erhielt, da gerade die Stiftungen im abgetretenen Teil des Erzstifts mehr Vermögen in Österreich verloren hatten, als dies umgekehrt der Fall war.

III. DAS VERHÄLTNIS VON KIRCHE UND STAAT

1. Rückblick auf die Reformära Colloredos und die toskanische Zwischenherrschaft

Die Frage, inwieweit die bayerische Verwaltung mit ihren kirchenpolitischen Maßnahmen an ihre Vorgänger anknüpfte oder nicht, macht einen kurzen Rückblick auf die vorhergehenden Jahrzehnte in Salzburg notwendig.

---

615 VO vom 17. November 1816, Rbl 779–816; ein maßgeblicher Kritiker an der Zentralisation des Stiftungswesens war der bayerische Ministerialbeamte Freiherr von Zentner, der auch wesentlich an der im Gemeindeedikt von 1818 verankerten Dezentralisierung mitgearbeitet hat; vgl. *Franz Dobmann,* Georg Friedrich Freiherr von Zentner als bayerischer Staatsmann in den Jahren 1799–1821, Diss. München 1962, S. 110–113.

616 *Alois Mitterwieser,* Geschichte der Stiftungen, S. 72, Anm. 2.

617 HSTA Salzburg, Hofkommission 80/3 bzw. 81/2; Bayerische Staatsverträge 3469/1–4.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Unter dem seit 1772 in Salzburg regierenden Fürsterzbischof, Hieronymus von Colloredo, erlebte die Aufklärung ihren Höhepunkt[618]. Als Sohn des Reichsvizekanzlers aus einer Familie stammend, der Maria Theresia eng verbunden war, sollte er ursprünglich Offizier werden, wurde jedoch wegen seiner Kränklichkeit für die geistliche Laufbahn bestimmt. Seine Studien absolvierte er in Wien am Theresianum und am Collegium Germanicum in Rom. Durch Vermittlung der Kaiserin erhielt er 1761 das Bistum Gurk, das als kleines Bistum den Kontakt des Oberhirten mit dem Klerus erleichterte und ein gutes Vorfeld für seine späteren Reformmaßnahmen in Salzburg bildete[619].

Im Jahr 1782, anläßlich der 1200-Jahr-Feier der Salzburger Kirche, erschien der berühmte programmatische Hirtenbrief Colloredos, als dessen Verfasser allgemein der salzburgische Konsistorialrat Bönike gilt[620]. Dieser Hirtenbrief wurde schon bald durch Joseph II. in ganz Österreich verbreitet; er wurde ins Italienische übersetzt, von Großherzog Leopold in der Toskana publiziert und brachte Colloredo auf diese Weise mit den italienischen Spätjansenisten in Berührung[621].

Die barocke Liturgie sollte durch einen „vernünftigeren Gottesdienst" ersetzt werden, Wallfahrten und feierliche Prozessionen wurden eingeschränkt und reglementiert, die prunkvollen Kirchen von „überflüssigem Kirchenschmuck" gereinigt, die Anzahl der Feiertage verringert, die Mitgliederzahl in Klöstern und Bruderschaften eingeschränkt. Besonderen Wert legte man auf die Reform der Priestererziehung, die die Alumnen dem Einfluß der Jesuiten entziehen sollte. So wurde im Jahr 1787 im Zuge dieser Reformwelle, die ja auch ein neues „Priesterbild" festlegte, der Kantianer Matthäus Fingerlos als Priesterhausregens mit

---

618 Früheste Anzeichen eines neuen Reformgeistes gehen in Salzburg auf den sog. „Sykophantenstreit" um 1740 zurück, der noch in die letzten Regierungsjahre des Fürsterzbischofs Leopold Anton von Firmian fällt und in dem sich die um die alte Benediktineruniversität gescharten Anhänger der alten Richtung und ein Kreis jüngerer, von der von Lodovico Muratori in Italien ins Leben gerufenen Reformbewegung beeinflußter Hofbeamter gegenüberstanden. Unter dem Fürsterzbischof Siegmund von Schrattenbach (1753–1771) erlebte der Barockkatholizismus eine letzte Blüte. Vgl. *Johann Langlstorfer,* Der Salzburger Sykophantenstreit um 1740, Diss. masch., Salzburg 1971; *Ulrich Salzmann,* Der Salzburger Erzbischof Siegmund Christoph von Schrattenbach (1753–1771) und sein Domkapitel, Diss. Salzburg 1975.

619 *Jakob Obersteiner,* Die Bischöfe von Gurk, 1072–1822, Klagenfurt 1969, hier S. 468–474.

620 Neuausgabe bei *Peter Hersche* (Hrsg.), Der aufgeklärte Reformkatholizismus in Österreich, Hirtenbriefe 1752–1782 (Quellen zur neueren Geschichte 33), Bern – Frankfurt 1976, S. 44–102; zu den Reformen Colloredos: *Joseph Mack,* Die Reform- und Aufklärungsbestrebungen im Erzstift Salzburg unter Erzbischof Hieronymus von Colloredo, Diss. München 1912; *Josef Schöttl,* Kirchliche Reformen des Salzburger Erzbischofs Hieronymus von Colloredo im Zeitalter der Aufklärung (Südostbayerische Heimatstudien Bd. 16), Hirschenhausen 1939.

621 Vgl. *Peter Hersche,* Erzbischof Hieronymus Colloredo und der Jansenismus in Salzburg, in: MGSL 117, 1977, S. 231–268.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

der Ausbildung der jungen Theologen betraut. Die Seelsorge auf dem Lande dürfte in der folgenden Zeit zweifellos intensiviert worden sein, wenn auch jetzt ein Gegensatz zwischen der älteren und jüngeren Priestergeneration unübersehbar war[622].

Die Reformen des letzten Fürsterzbischofs sind zweifellos von dem Vorbild Josephs II. beeinflußt, dennoch „erstrebte und erreichte Colloredo für sein Erzstift einen Rang *sui generis* innerhalb der Aufklärungs- und Reformbewegung im katholischen deutschen Sprachraum"[623]. Am 10. Dezember 1800 floh er vor den nach Salzburg vordringenden Franzosen nach Wien. Die Salzburger sahen ihre Hoffnung auf seine Rückkehr oder eine finanzielle Unterstützung immer mehr schwinden, „nachdem der Erzbischof, da der Friede von Luneville den Hochstiftern einmal den weltlichen Stab gebrochen hatte, für Regierungsgeschäfte nicht mehr viele Empfänglichkeit zeigte"[624].

Unter dem weltlichen Nachfolger Colloredos, dem Großherzog Ferdinand von Toskana, wurde nun sogleich ein Gegenkurs zu den Reformen seines Vorgängers eingeleitet. Ferdinand war aus einem habsburgischen Land nach Salzburg gekommen, in dem die Grundsätze des josephinischen Staatskirchentums besonders rigoros gehandhabt worden waren. Der Konflikt zwischen dem Bischof von Pistoia, Scipione de Ricci, der sich um die Durchsetzung eines jansenistischen Reformprogramms bemühte, und dem Papst Pius VI. hatte in der Toskana beträchtliche Unruhen gegen das staatskirchliche Regiment ausgelöst, die in einem Aufruhr, der Flucht des Bischofs und seiner späteren Gefangennahme kulminiert hatten[625]. Von diesen negativen Erfahrungen in seiner Heimat geprägt, hatte der Kurfürst schon bald nach seinem Regierungsantritt in Salzburg den dortigen Konsistorialrat Lang mit einem Gutachten über die Abgrenzung der kirchlichen von der staatlichen Gewalt beauftragt[626]. Im Gegensatz zu den meisten anderen Landesfürsten verzichtete der Kurfürst, der in seiner kirchentreuen Haltung so weit ging, daß er die Zu-

622 *Georg Schwaiger,* Die altbayerischen Bistümer Freising, Passau und Regensburg zwischen Säkularisation und Konkordat (1803–1817), München 1959, S. 336f.; *Friedrich Graf von Spaur,* Nachrichten über das Erzstift Salzburg nach der Säkularisation. In vertrauten Briefen, Passau 1805, Bd. 1, S. 256f., zitiert die Äußerung eines sog. Bauernkönigs aus Stuhlfelden, wonach er mit den Predigten der jüngeren Geistlichkeit zufriedener schien als mit jenen der älteren. Spaur übt aber auch Kritik an der Oberflächlichkeit und mangelnden Herzensbildung der Alumnen in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts (Bd. 2, S. 178f.).

623 *Ludwig Hammermayer,* Salzburg und Bayern im 18. Jahrhundert, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 142.

624 *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld,* Die letzten dreißig Jahre des Hochstifts und Erzbistums Salzburg, München 1816, S. 193.

625 Zu Scipione de Ricci vgl. *Herrsche,* Colloredo und der Jansenismus, a. a. O., der den Briefwechsel zwischen Colloredo und de Ricci ausgewertet hat; LTHK 8, 1284f.

626 Vgl. *Ernst Wenisch,* Ein Salzburger Gutachten über geistliche und weltliche Gewalt aus dem Jahre 1803, in: MGSL 104, 1964, S. 203–226.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

stimmung Papst Pius' VII. zur Annahme der ihm zugesprochenen geistlichen Fürstentümer einholte, auf sein verbrieftes Recht zur Aufhebung der Klöster[627]. Darüber hinaus erlaubte er beispielsweise wieder die Sammlungen der Medicanten und setzte die Franziskaner in die Hofpfarrei ein, Maßnahmen, die von den Anhängern der Aufklärung „als ultramontanische Grundsätze" verurteilt wurden[628].

Der weltlichen Rangerhöhung Salzburgs zum Kurfürstentum, die allerdings nur formale Bedeutung besaß, sollte gewissermaßen eine kirchenrechtliche Rangerniedrigung gegenübergestellt werden. An der schon unter Joseph II. befolgten Maxime, territoriale und kirchliche Grenzen in Übereinstimmung zu bringen, wurde auch unter seinem Nachfolger Kaiser Franz weiterhin festgehalten. In Wien arbeitète man 1804 an einem Reichskonkordat, das darauf abzielte, aus dem Erzbistum Salzburg ein Bistum zu schaffen und dieses dem Wiener Metropoliten zu unterstellen[629]. Der Kaiser stimmte am 5. September 1806 diesen Vorschlägen weitgehend zu, womit Salzburg tatsächlich zu einem Bistum degradiert worden wäre, nahm jedoch wenig später auf den Protest Colloredos hin, der sich auf die jahrhundertelange Vorrangstellung der Salzburger Metropole berief, diese Entscheidung zurück und bestätigte Salzburg als Erzbistum[630].

2. Die Koadjutorie des Fürstbischofs von Chiemsee Sigmund Christoph Graf von Zeil und Trauchburg und die bayerische Verwaltung

Seit der Flucht Colloredos nach Wien im Jahr 1800 führte der seit drei Jahren amtierende Fürstbischof von Chiemsee, Sigmund Christoph Graf von Zeil und Trauchburg, die geistliche Administration im Erzstift weiter[631]. Bereits mit jungen Jahren war er 1776 mit Hilfe seines Onkels,

627 *Ernst Wenisch,* Der Kampf um den Bestand des Erzbistums Salzburg 1743–1825, in: MGSL 106, 1966, Teil I (mehr nicht erschienen), S. 303–346, hier S. 329.

628 *Koch-Sternfeld,* Die letzten dreißig Jahre, S. 203.

629 Vgl. den Vortrag der Minister Colloredo und Cobenzl über die von Österreich beim Abschluß eines Reichskonkordats zu beachtenden Fragen vom 11. April 1804, gedruckt bei *Karl Otto von Aretin,* Heiliges Römisches Reich 1776–1806, Bd. 2, Ausgewählte Aktenstücke, Wiesbaden 1967, S. 323–327.

630 *Hubert Bastgen,* Die Neuerrichtung der Bistümer in Österreich nach der Säkularisation, Wien 1914, S. 16, 33f.

631 *Ernst Wenisch,* Die Koadjutorie des Fürsterzbischofs Sigmund Christoph von Zeil und Trauchburg, in: MGSL 109, 1969, S. 279–294, behandelt nur die Zeit bis 1809; *Joseph Rautenbichler,* Reihenfolge der Bischöfe von Chiemsee, in: Deutingers Beiträge zur Geschichte, Topographie und Statistik des Erzbistums München-Freising I, München 1850, S. 233–235.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Ferdinand Christoph Graf von Zeil und Trauchburg[632], des damaligen Fürstbischofs von Chiemsee, Domherr in Salzburg geworden.

Colloredos Verhalten gegenüber seinem Suffraganbischof ist etwas merkwürdig. In Wien stellte man ihn vor die Alternative, entweder nach Salzburg zurückzukehren oder zu resignieren und sich in diesem Fall für den Fürstbischof von Chiemsee als Nachfolger auszusprechen. Da Colloredo, auf wiederholte Aufforderungen, eine schriftliche Erklärung abzugeben, nicht reagierte, ernannte der Kaiser am 28. Juli 1808 den Bischof von Chiemsee zum Koadjutor des Erzbischofs von Salzburg, womit auch eine Desavouierung Colloredos vermieden werden konnte[633]. Formell wurde die Koadjutorie Zeils jedoch nie voll rechtsgültig, da die französische Staatsgefangenschaft Pius' VII. im Jahre 1809 die päpstliche Bestätigung verhinderte.

Nach dem Tode Colloredos im Jahre 1812 erkannte auch der bayerische König formal die Stellung Zeils an und gestattete, daß unter dessen Leitung „die salzburgischen Metropolitan Funktionen inner der Gränzen unseres Königreiches in dem hierzu gehörigen Sprengel vorläufig fortgesetzt werden"[634]. Zweifellos gehörte Graf von Zeil und Trauchburg, dessen vermittelnde Tätigkeit als Präsident der Generallandesadministration im Jahr 1809 eine Eskalation der Unruhen verhindert und ihn dafür sogar die persönlich ausgesprochene Anerkennung Napoleons eingetragen hatte, zu denjenigen Personen, die von der bayerischen Regierung vorbehaltlos respektiert wurden[635]. In München wurde sogar eine Zeitlang erwogen, Zeil, dem der König 1812 eigenhändig das Großkreuz verlieh, zum künftigen bayerischen Landesbischof zu ernennen. Diese Pläne wurden allerdings nie realisiert[636].

---

632 Unter seiner Führung hatten sich 1770/72 die Vertreter mehrerer Bischöfe im sog. Salzburger Kongreß zusammengefunden, um u. a. gegen die klosterfeindliche Kirchenpolitik Max' III. Joseph zu protestieren. Die von 1772 bis 1777 geführten Verhandlungen mit dem Münchener Hof über ein Einheitskonkordat scheiterten jedoch aufgrund der Sonderinteressen; vgl. *Ludwig Hammermayer,* Staatskirchliche Reformen und Salzburger Kongreß, in: HB II, S. 1090–1096, bes. 1095; *Georg Pfeilschifter,* Der Salzburger Kongreß und seine Auswirkungen, 1770–1777, Paderborn 1929.

633 Vgl. *Hubert Bastgen,* Die amtlichen Verhandlungen über die Alternative der Abdankung oder Rückkehr des letzten souveränen Erzbischofs von Salzburg in seinen Sprengel, in: Die Kultur XIII, hrsg. von der Leo Gesellschaft, 1911, S. 423f.; die Salzburger Bevölkerung dürfte von diesen Vorgängen hinter den Kulissen kaum Notiz genommen haben. Colloredos Vorstellungen paßten nicht mehr in die neue Zeit, so äußerte sich Graf Stadion: „Diese von dem Erzbischof angeführten Gründe, die lediglich historische Notizen sind, scheinen bei nun veränderten Umständen in keinem Betrachte den wichtigen statistischen und politischen Gründen das Gleichgewicht zu halten", zit. nach *Bastgen,* Neuerrichtung, S. 62.

634 HSTA MInn 5188 Reskript vom 6. Juni 1812.

635 *Franz Karl Felder,* Sigmund-Christoph Fürstbischof von Chiemsee. Eine biographische Skizze, Landshut 1815, bes. S. 15f.

636 *Georg Schwaiger,* Die kirchlich-religiöse Entwicklung in Bayern zwischen Aufklärung und katholischer Erneuerung, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 121–145, hier S. 130; Zeil, der übrigens im selben

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Am 26. Mai 1811 schickte der Fürstprimas und nunmehrige Großherzog von Frankfurt, Carl von Dalberg, an den Bischof von Chiemsee eine Einladung, indem er ihn bat, an dem von Napoleon für den 9. Juni anberaumten Konzil in Paris teilzunehmen, „in der trostvollen Hoffnung, daß dieses Concilium auch die so dringend nothwendige Wiederherstellung der teutschen Kirche zur Folge haben werde"[637]. Zeil, der zuvor noch mit der bayerischen Regierung und Colloredo schriftlich Rücksprache genommen hatte, welcher kategorisch forderte, daß einer dauerhaften Wiederherstellung der deutschen katholischen Kirche, die Wiederherstellung aller geistlichen Kirchenvorsteher in ihre gewohnten Rechte notwendig vorausgehen müsse, antwortete schließlich am 5. Juni 1811: „. . . ich bin ganz mit höchst deroselben erleuchteten Gesinnung einverstanden, daß es höchst wünschenswerth sey, daß . . . auch der dermahlen leider! so tief herabgesunkene Wohlstand der teutschen Kirche in reifeste Überlegung genommen, die beynahe aufgelöste hierarchische Verfassung in unserem teutschen Vaterlande wieder in Ordnung gebracht, der schon seit geraumer Zeit unterbrochene Verband zwischen der Kirche und ihrem sichtbaren Oberhaupte, als dem in der katholischen Kirche unentbehrlich nothwendigen Centro unitatis wieder hergestellt werden möge." Mit diesen Worten war sicherlich nicht nur die allgemeine Situation der Kirche, sondern auch die prekäre Lage der Salzburger Metropole angesprochen. Wenn Zeil auch Dalberg für die geeignete Vermittlerpersönlichkeit zwischen den deutschen Bischöfen und Napoleon hielt, so äußerte er dennoch seine Skepsis, was die Erfolgsaussichten eines solchen Konzils betraf. Mit dem Hinweis, daß er selbst ja gar keine bischöfliche Jurisdiktion ausübe, mußte er die Einladung schließlich ablehnen.

Man könnte nun vermuten, daß dieses hierarchische Vakuum die bayerischen Behörden zu einer Bevormundung der Salzburger Kirche im Sin-

---

Haus wie der Domherr Graf von Spaur wohnte und mit diesem befreundet war, war bereits am 30. September 1810 an der Spitze einer Delegation in München eingetroffen. Er wurde bei Hofe so zuvorkommend behandelt, daß er spätestens seit diesem Zeitpunkt als Anhänger Bayerns galt; HSTA Salzburg Hofkommission 65/71 Polizey surveillance.

637 STAM Skr 464; Dalbergs Bemühungen als Erzbischof und Primas Germaniae um eine kirchliche Neuorganisation, sein Engagement für einen größeren Zusammenschluß in einer „deutschen Nationalkirche", wobei er nicht an eine „romfreie" Nationalkirche dachte, wie ihm seine Gegner unterstellten, waren von keinem Erfolg gekrönt. Dasselbe galt für sein Bemühen um ein Konkordat für die Staaten des Rheinbunds, an dessen Spitze er als Fürstprimas gestanden hatte und später nach dessen Auflösung um ein Konkordat für den ganzen Deutschen Bund. An diesem Mißerfolg war nicht zuletzt die bayerische Regierung schuld, die mit allen Mitteln eine Stärkung der Stellung Dalbergs im politischen wie kirchlichen Bereich verhindert hatte; vgl. *Beda Bastgen,* Der Entwurf des Regensburger Erzbischofs Dalberg zu einem Konkordat für den Rheinbund und seine Ablehnung durch Rom (14. Jahresbericht des Vereins zur Erforschung der Regensburger Diözesangeschichte), 1940, S. 1–27; *Konrad Maria Färber,* Zwischen Ideal und Wirklichkeit. Carl Theodor von Dalberg (1744–1817). Eine politische Biographie aus dem napoleonischen Deutschland, Diss. masch., München 1982.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ne eines aufgeklärten Staatskirchentums in Form von Dekreten, Verordnungen, Erkundigungen etc. geradezu herausgefordert hätte. Daß dies zumindest weniger im Bereich des gerade von der Aufklärung so rigoros bekämpften religiösen Brauchtums der Fall war, geht aus einem Jahresbericht des Generalkreiskommissärs hervor, der schrieb: „Noch ist der Aberglaube, das mechanische Formeln bethen und der größtmögliche Besuch der Kirche, besonders im Gebirgslande der Ausdruck der Volksreligion. Verordnungen helfen dagegen directe nichts . . . Nur Belehrung kann hierin am meisten bewirken . . . Allein, so wie diese einzig allein nur von den Priestern herkommen müßte; aber so wenig wird man solche erwarten können, denn die meisten dieser der Religion angehängten Obscesse sind von den Priestern zur Befestigung ihres Ansehens, zur Einflössung eines blinden Zutrauens und zur Vermehrung ihrer Einkünfte erfunden worden . . . Der erfahrene Staatsmann bekämpft solche Mißbräuche nicht auf offenen Wege, sondern er überläßt der Zeit ihr Recht. So lange diese Mißbräuche nicht als offene Feinde des Lebens, oder als das Grab der Produktion erscheinen, ist ihr gänzliches Ignorieren weit rathsamer. Gute Schulen, gut eingerichtete Priester Alumnate, strenge Wachsamkeit gegen die sich nach und nach wieder verbreiten wollenden ultramontanistischen Grundsätze, Unterordnung der Ordinariate, Achtung gegen die Religion und Toleranz sind die wahren Staatsremedien gegen Mißbräuche, bedungene Verbothe aber die falschen."[638] Der hier von Preysing vorgeschlagene pragmatische Weg ist sicherlich auf die negativen Erfahrungen in Tirol zurückzuführen, die dort die rigorosen und sich über alle Traditionen hinwegsetzenden kirchenpolitischen Maßnahmen der bayerischen Verwaltung verursacht hatten[639]. Gewisse Anzeichen sprechen auch dafür, daß in den letzten Jahren der Ära Montgelas die Bedingungen für eine Belebung des religiösen Brauchtums insgesamt wieder etwas günstiger wurden, wobei das Ziel des aufgeklärten Staatsabsolutismus, die Unterordnung der Kirche unter den Staat, freilich nicht aus den Augen gelassen wurde. Die Toleranz der bayerischen Verwaltung gegenüber religiösem Brauchtum scheint jedoch im Salzachkreis besonders stark ausgeprägt gewesen zu sein[640].

638 GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

639 Auch im altbayerischen Teil des Salzachkreises ereignete sich ein derartiger Fall. Die von dem Burghauser Landrichter Graf von Armannsberg in rücksichtsloser Weise durchgeführte Säkularisation der schönen Wallfahrtskirche Marienberg bei dem Zisterzienserkloster Raitenhaslach erregte die Empörung der dortigen Bevölkerung. Eine endgültige Auflassung der Kirche konnte dank der Intervention des Kronprinzen Ludwig, der 1814 persönlich nach Marienberg kam, verhindert werden; vgl. *G. Schwaiger,* Bistümer, S. 371f.

640 Insofern muß die von *Mack* (Reform- und Aufklärungsbestrebungen, wie Anm. 620, S. 55) aufgestellte Behauptung, daß in der Art, wie man unter Hieronymus in Salzburg reformierte, alle Mängel zu beklagen seien wie in den österreichischen Ländern unter Joseph II. und in Bayern unter Montgelas, für die bayerische Ära Salzburgs eingeschränkt werden.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

So kritisierte eine Ordinariatsnote des Konsistoriums vom 25. Februar 1818 die mangelnde Kontinuität in der Seelsorge: Unter der kurfürstlichen Regierung sei dem Volk vieles erlaubt worden, was in der vorhergehenden erzbischöflichen Gesetzgebung verboten gewesen sei, was die Bevölkerung veranlaßt hätte, weitere Forderungen zu stellen. Während die provisorische österreichische Regierung wieder einen härteren Kurs verfolgt hätte, hätte die königlich bayerische Regierung dagegen am allermeisten um die Volksgunst gebuhlt. Sie habe manchen Ungehorsam des Volkes stillschweigend geduldet oder versucht, diesem durch Erlaubniserteilung vorzubeugen. Längst verbotene Gebets- und Erbauungsbücher seien durch bayerische Krämer in Salzburg wieder in Umlauf gekommen. Eine Flut solcher Schriften habe damals Salzburg und Tirol überschwemmt; das salzburgische Gebirgsvolk hätte gerade damals begonnen, die Wiedereinführung der alten religiösen Bräuche mit „Lebhaftigkeit" zu wünschen und zu bewerkstelligen[641].

Relativ schwach war in der bayerischen Ära die Stellung des erzbischöflichen Konsistoriums in Salzburg, das in dieser kirchenrechtlich komplizierten Situation seine Funktionen *salva ratificatione Sedis Apostolicae* fortsetzen konnte. Dennoch war die Rolle des Konsistoriums nicht auf ein bloßes Vollzugsorgan staatlicher Befehle reduziert, da die kirchliche Verwaltung nach wie vor in dessen Hand lag. Das Generalkreiskommissariat konnte dem Konsistorium gegenüber bestimmte Wünsche äußern bzw. Neuordnungen anregen, wobei streng auf die Differenzierung zwischen den *Temporalia* und den *Spiritualia,* d. h. den rein weltlichen und den rein geistlichen Angelegenheiten geachtet wurde[642]. Allerdings bestimmte auch der Staat hinsichtlich des Gemeinwohls, wo die Grenze zwischen weltlicher und kirchlicher Gewalt zu verlaufen hätte.

Daß in Salzburg hier ein ernsthafter Konflikt vermieden werden konnte, liegt sicherlich auch an den beiden Exponenten des staatlichen und

641 *Franz Ortner,* Säkularisation und kirchliche Erneuerung im Erzbistum Salzburg 1803–1835 (Veröffentlichungen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte, Serie 2, Studien 8), Diss. Salzburg 1979, S. 35f.

642 Im Mai 1811 legte der Konsistorialdirektor Hochbichler beim Generalkreiskommissariat ein Gesuch vor, ob das Konsistorium in diesem Jahr die jährliche Generalvisitation, insbesondere in den neuen Teilen der Diözese, durchführen dürfe. Das Kommissariat leitete die Anfrage mit der Bemerkung an die Kirchensektion im Innenministerium weiter, daß ein Einfluß dieser Visitationen auf die Disziplin der Priester, die Ordnung in der Ausübung der Seelsorge und auf die Beseitigung der Mißstände nicht zu erkennen sei. Die Kirchensektion gelangte jedoch zu dem Ergebnis, daß die traditionelle Generalvisitation sich als ein notwendiges Mittel der geistlichen Disziplinargewalt darstelle, deren Bewilligung das Kommissariat jedesmal unter der Voraussetzung erteilen könne, daß sich die Visitationskommissionen keinen ungebührlichen Einmischungen in die Temporalia erlaubten; STAM Skr 194. Die von *Ortner* (Säkularisation, S. 133 Anm. 97) für die Generalvisitation im Lungau (1811) getroffene Feststellung, in der schriftlichen Beantwortung der Visitationsfragen befänden sich viele abfällige Bemerkungen über die bayerische Regierung, konnte an Hand anderer im Salzburger Konsistorialarchiv liegender Protokolle von Generalvisitationen (Saalfelden, Taxenbach, Hopfgarten) nicht bestätigt werden.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

kirchlichen Bereichs, Graf von Preysing und Graf von Zeil und Trauchburg, die beide kompromißbereit und von gegenseitiger Hochachtung erfüllt waren.

Direktor des Konsistoriums war seit 1777 bis zu seinem Tod im Jahre 1825 Franz Xaver Hochbichler, ein „ehrlicher und rechtgläubiger" Mann, der zum konservativen Flügel des Konsistoriums zählte, ein Gegenspieler Bönikes und erklärter Gegner Fingerlos'. Hochbichler, der sich für eine Absetzung von Matthäus Fingerlos als Priesterhausregens eingesetzt hatte, erlebte noch im Jahre 1814 dessen Rückkehr als Konsistorialrat nach Salzburg, der hier, nachdem er in Landshut in eine zunehmende Isolation geraten war, bis zu seinem baldigen Tod im Jahr 1817 seinen Lebensabend verbringen sollte[643].

a) Die Klöster im Salzachkreis

Im Gegensatz zur vorhergehenden französischen Administration, die ohne eigentliche Autorisation im Jahre 1809 die im Inn- und Hausruckviertel liegenden Klöster Reichersberg und Ranshofen aufgelöst hatte[644], sah die bayerische Verwaltung von einer Säkularisation der salzburgischen Klöster ab und setzte damit den bereits von dem Kurfürst Ferdinand eingeschlagenen Weg fort[645]. Bereits im Oktober 1810 hatte Joseph von Utzschneider dem Abt von St. Peter, Dominikus Hagenauer, versichert, daß er sich für ein Weiterbestehen der Abtei verwenden werde. Hagenauer, der sich auch für die Stifte Nonnberg, Michaelbeuern und Höglwörth einsetzte, wies vor allem darauf hin, daß bei einer Säkularisation sämtliche in Österreich liegenden Güter konfisziert würden[646].

Bereits bei den Tiroler Unruhen im Jahre 1809 hatte Utzschneider im Namen der bayerischen Regierung versprochen, von weiteren Klosteraufhebungen abzusehen. Die Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung scheint auch in Salzburg eine gewisse Rolle gespielt zu haben. So hätte die Aufhebung der Klöster zusätzlich zur Auflösung der Universität, durch die ja ohnehin einige Benediktiner ihr Lehramt verloren hatten, in Salzburg eine beträchtliche Unruhe erregt.

---

643 *Heinz Marquart,* Matthäus Fingerlos (1748–1817). Leben und Wirken eines Pastoraltheologen und Seminarregenten in der Aufklärungszeit, Göttingen 1977, S. 26f., 99f., 193f. Weitere Konsistorialräte, die Fingerlos noch von früher her kannte, waren Franz Xaver Margreiter und Johann Sebastian Naupp sowie die Räte Philipp Gabriel Thaller und Franz Xaver Rieger. Der sich durch eine große Ausgewogenheit und Unparteilichkeit auszeichnende Konsistorialrat und Generalvisitator Zacharias Lang war bereits 1809 verstorben.

644 *Hans Christian Mempel,* Die Vermögenssäkularisation 1803/10. Verlauf und Folgen der Kirchengutenteignung in verschiedenen deutschen Territorien, München 1979, S. 86.

645 Vgl. *Karl Friedrich Hermann,* Das Kloster im Sturm des politischen Umbruches bis 1816, in: STMBO 93, 1982 (Festschrift St. Peter zu Salzburg 582–1982), S. 288–334; *Ders.,* Aus der Geschichte des Klosters – Krisen und Kultur, Katalog Salzburg 1982, S. 81–85; *Ders.,* Maria Plain – Geschichte und Leben, in: STMBO 85, 1974, S. 17–161.

646 Salzburg Archiv St. Peter Hs A 80 Tagebuch Dominikus Hagenauer; vgl. auch *Hermann,* Festschrift, S. 318.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Darüber hinaus spielte natürlich das Ansehen und die große Vergangenheit des Klosters von St. Peter eine Rolle, die ihren Eindruck auf den bayerischen Kronprinzen nicht verfehlten, der anläßlich eines Besuches versprach, sich für das Kloster einzusetzen[647]. Offensichtlich mußte er jedoch in München seinen ganzen Einfluß geltend machen, um sein Versprechen einzuhalten[648]. In diesem Zusammenhang dürfte auch die reiche Münzsammlung von St. Peter eine Rolle gespielt haben, die schließlich durch einen Kauf in den Besitz des bayerischen Königs überging[649].

Freilich befanden sich die Klöster in der bayerischen Zeit in einer prekären Situation. Nach dem Tode Hagenauers am 4. Juni 1811 besaß St. Peter keinen Abt mehr. Die Bittgesuche des Konvents und des Priors Cölestin Spatzenegger um die Erlaubnis zur Neuwahl eines Abtes wurden ignoriert[650]. Erst am 14. Februar 1816, unmittelbar vor der Abtretung Salzburgs, wurde dem Konvent die Abtwahl gestattet. Die Aufnahme neuer Mitglieder war dem Kloster ohnehin untersagt[651].

---

647 Salzburg Archiv St. Peter A 450: Am 27. November 1811 schrieb der Kronprinz: „Ich empfing ihr Schreiben vom 16 ten dieses, Herr Prior . . . hatte mich verwendet für das im 12. Jhdt. nun bestehende hochverdiente Stift St. Peter . . . Entscheidung hängt aber nicht von mir ab, doch habe ich Hoffnung auf günstigen Ausgang, welcher mein lebhafter Wunsch ist."

648 *Adalbert von Bayern,* Max I. Joseph von Bayern, München 1957, S. 617 bemerkt, daß der Kronprinz trotz heftigen Widerstandes im Staatsrat die Erhaltung der Klöster und Stiftungen im ehemaligen Erstift Salzburg durchgedrückt habe. Ein diesbezüglicher Akt des Staatsrats ist allerdings nicht vorhanden.

649 Auf die Münzsammlung wurde der Kronprinz offensichtlich von dem königlichen Galerieinspektor Georg von Dillis aufmerksam gemacht, der ihm am 28. Juli 1811 schrieb: „Das Münz-Cabinet in Salzburg in der St. Peter Abtey soll von einem vorzüglichen Werth seyn und Piecen zur Vermehrung der königl. Zentralsammlung enthalten. Dieser Antrag könnte sehr leicht motiviert werden, wenn der Minister nach Salzburg kommt"; *Richard Messerer* (Hrsg.), Briefwechsel zwischen Ludwig I. von Bayern und Georg von Dillis 1807–1841, München 1966, Nr. 144; im Jahr 1813 wurde diese Sammlung von Koch-Sternfeld nach München geflüchtet und für einige Zeit im Reichsarchiv aufbewahrt, kam dann jedoch wieder auf königlichen Befehl nach Salzburg zurück. Erst im Jahr 1815 wurde sie vom König definitiv um 10.000 fl. (in Obligationen) für das Münzkabinett erworben; vgl. *Wolf Bachmann,* Die Attribute der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1807–1827, Kallmünz 1966, S. 246; Vom königlichen Cabinet zur Staatssammlung 1807–1982, Katalog der Staatlichen Münzsammlung, München 1982, S. 80f. Im Jahr 1801 mußte der damalige Bibliothekar der Hofbibliothek Michael Vierthaler verschiedene Handschriften und Drucke dem französischen Kommissar als „Kriegsbeute" übergeben, die dann an die Bibliothèque Nationale in Paris gelangten. Unter Vermittlung des Philologen Friedrich Thiersch erhielt Bayern am 29. September 1815 die Münchner und Salzburger Handschriften, unter denen sich die 15 im Jahre 1801 beschlagnahmten St. Petrischen Handschriften befanden: vgl. *Hermann Hauke,* Die ehemals St. Petrischen Handschriften in der Bayerischen Staatsbibliothek, in: STMBO 93, 1982 (Festschrift St. Peter zu Salzburg 582–1982), S. 802–829.

650 Salzburg Archiv St. Peter A 25. Bitte des Konvents von St. Peter vom 14. Juni 1811, einen Prälaten wählen zu dürfen. In seinem Glückwunschschreiben vom 27. April 1816 an den neu gewählten Abt von St. Peter äußerte sich der Bischof von Lavant zufrieden über die „nunmehr endlich erfolgte Beendigung einer so manchen Rücksichten widrig gewesenen Lage".

651 *F. Hermann,* Festschrift, S. 320f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Das Vermögen der Klöster von St. Peter und Maria Plain wurden einer königlichen Administration unterstellt, die im Zweifelsfall über die Verwendung größerer Summen entscheiden konnte. Von einem direkten staatlichen Eingriff in die Finanzen, die allerdings zum Teil sozialen Zwecken zugeführt wurden, sah man jedoch weitgehend ab[652].

Das Abrücken von einer Auflösung der Salzburger Klöster bedeutete im Grunde genommen nur, daß man diese, soweit es eben ging, in den Dienst des Staates stellte, wobei sich der Generalkreiskommissär und der Kronprinz dafür einsetzten, daß der Druck auf die Klöster nicht zu groß wurde.

b) Die Stellung der Geistlichen im Salzachkreis

Die Besetzung der meisten Pfarreien in der Ära Montgelas wurde zu einer staatlichen Entscheidung; ohne weiteres Benehmen mit dem Ordinariat konnte der Pfarrer vom Landrichter oder dessen Vertreter in seine Pfründe eingesetzt werden. Die sogenannten nicht stabilen geistlichen Stellen (Exposituren und Vikariate) wurden vom Generalkreiskommissariat mit Geistlichen besetzt, wobei die Wiederbesetzung vakanter Stellen im Salzachkreis in der Regel bereits nach ein bis vier Monaten erfolgte[653]. Vakante Pfarreien wurden im Regierungs- bzw. Kreisblatt ausgeschrieben. Die Berufung der Kandidaten auf die Pfarrstellen erfolgte nach den gleichen Kriterien wie die der Beamten, da sie ja „als Volkserzieher in Religion und Sittlichkeit nicht als bloße Kirchendiener, sondern zugleich als Staatsbeamte zu betrachten" waren[654]. Dementsprechend war ihre An-

652 Salzburg Archiv St. Peter A 854: Akten über den von der bayerischen Regierung dem Stift auferlegten Betrag von 1200 fl. jährlich zur Dotierung des Mädchen-Erziehungs-Instituts in München; aufschlußreich ist hier ein Schreiben des Finanzministeriums vom 14. Mai 1813: In Beantwortung einer Anfrage der Finanzdirektion des Salzachkreises wurde festgestellt, daß „in Erwägung, daß die Stifter und Klöster von Salzburg eigentlich nicht als solche oder als selbständige Institute betrachtet werden können, und die Renten derselben, so weit sie die nothwendige Verpflegung der Mönche übersteigen, zur Fundierung der weiblichen Erziehungsinstitute für höhere Stände bestimmt sind, dazu aber nicht einmal hinlänglich sind, sondern der größte Teil der Exigenz dieser Institute aus der Zentralstaatskasse bestritten werden muß und das Stammvermögen jener Stifter nicht angegriffen werden darf, wollen S.K.M., daß die Stifter und Klöster von Salzburg von einem Betrag zu dem ausgeschriebenen Lotterie Anlehen zur Tilgung der Staatsschulen befreit bleiben sollen"; HSTA MF 18648; lediglich das Fundierungsvermögen von 26.217 fl. des Klosters Maria Plain wurde der königlichen Stiftungsadministration des Unterrichts in Salzburg aus geantwortet; ein Teil des zur Wallfahrt gehörigen Besitzes wurde versteigert, vgl. *Hermann,* Maria Plain, S. 118f.

653 STAM Skr 219.

654 VO vom 7. Mai 1804, Rbl 510; um einen Einblick in die Einkommensverhältnisse der mit der Seelsorge betrauten Geistlichkeit zu erlangen, wurde 1811 die Herstellung von Fassionen über den Ertrag der katholischen Pfarreien, Pfarrvikariate, Expositoren, Benefizien etc. angeordnet. Eine Verordnung von 1811 äußerte das Bedürfnis „sofort den Wert und die Natur aller katholischen Pfarrstellen und übrigen Kirchenpfründen möglichst genau zu kennen, damit sowohl bei Beförderungen den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Zweckmäßigkeit der Besetzungen ein möglichstes Genüge geschehen, als die Gesuche um Verbesserungen . . . richtig bemessen werden können"; vgl. *Josef Kleindinst,* Geschichte der neueren bayerischen Statistik, München 1914, S. 20.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

stellung bzw. ihre Beförderung in erster Linie von ihrer Qualifikation abhängig.

So mußten sich alle Kandidaten für den von Montgelas obligatorisch eingeführten Pfarrkonkurs „über die gesetzmäßige Vollendung ihrer Studien überhaupt, die in dem altbaierischen Bezirke des Salzachkreises befindlichen aber über die Vollendung derselben auf inländischen Lehr Anstalten legitimieren . . . nur jene Kandidaten wurden zum Konkurse admittiert, welche in dem Salzachkreise als Seelsorger dienen sowie sie auch nur in diesem Kreise ihre erste Beförderung zu erwarten haben . . .“[655] Die quasi beamtenrechtliche Stellung der Geistlichen brachte einige unübersehbare Vorteile mit sich. So wurde jetzt auch im Salzachkreis, entsprechend den Vorstellungen Montgelas', das Netz der Pfarreien dichter gestaltet und die Dotierung mehrerer Pfarrstellen teilweise durch Staatsmittel erhöht, wobei die bisher ziemlich schlechte Versorgung der Geistlichen verbessert werden konnte[656].

Da die Geistlichen zweifellos auf die Bevölkerung einen großen Einfluß ausübten, legte die bayerische Regierung auf deren patriotische Gesinnung besonders großen Wert. So informierte man sich in München genauestens über die „bei Gelegenheit der Besitznahmsfeier gehaltenen Kanzleivorträge der Salzburger Pfarreygeistlichkeit“. Zu diesem Zweck fand sogar eine Zensur der nach München eingelieferten Predigten statt, die in der Regel recht positiv bewertet wurden[657]. Als besonders „patriotisch“ wurden u. a. die Pfarrer von Berchtesgaden, Laufen, Tittmoning, Waging und Zell am See eingestuft. Der erhobene Vorwurf, daß Geistliche, die unter der österreichischen Herrschaft den vorgeschriebenen Konkurs hervorragend abgeschlossen hätten, in der bayerischen Zeit

655 Skbl 1811, 202.

656 So wurde im Etatsjahr 1813/14 u. a. die Zahl der Seelsorger in Berchtesgaden von drei auf sieben erhöht; in Vöcklabruck wurde eine protestantische Pfarrei neu errichtet und dotiert. Die Vikariate Mehrenbach und Tumeltsham im Landgericht Ried wurden zu Pfarreien erhoben, und von „lästigen Absenten befreyt“; GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

657 HSTA Salzburg Hofkommission 63/6; im Gegensatz zu Salzburg stießen diese Tendenzen in Tirol auf die Kritik des dortigen Prälatenstandes, der sich im August 1814 beim österreichischen Kaiser beklagte, daß der „antireligiöse Geist der baierischen Regierung“ über die Universitäten für die Verbreitung schlechter Grundsätze gesorgt habe und daß mit Hilfe der Versetzung bayerischer Priester nach Tirol, die dort „nicht als Apostel des christlichen Evangeliums, sondern vielmehr der baierischen Propaganda“ aufgetreten seien, „schon hie und da das Volk verdorben“ worden sei; *Walter Demel,* Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817, Diss. masch., München 1981, S. 607. Der Tiroler Klerus dürfte erheblich „konservativer“ als der Salzburger Klerus gewesen sein, bei dem sich das in der Ära Colloredo geprägte, neue Leitbild des Priesters relativ leicht in den Dienst des Staates stellen ließ, umso mehr, als die Geistlichen ähnlich wie die Beamten durch eine finanzielle Besserstellung privilegiert wurden.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nicht mehr befördert oder sogar zurückgestuft worden seien, läßt sich allerdings nicht nachweisen[658].

Eine noch von dem Salzburger Konsistorialkanzler Johann Michael Bönike, wenige Monate vor dessen Tod am 24. Mai 1811, unterzeichnete „Charakteristik der salzburgischen Geistlichkeit" betonte das loyale Verhalten der Geistlichen im Gebirge bei den Insurrektionsereignissen im Jahr 1809, stellte aber auch bezüglich der wissenschaftlichen Bildung ein mitunter beträchtliches Gefälle zwischen den Landgeistlichen und den Geistlichen der Stadt Salzburg fest[659].

Für den beamtenähnlichen Status der Geistlichen und die Versetzung mehrerer altbayerischer Priester in den neuen Teil des Kreises spricht auch der Umstand, daß bei der Abtretung Salzburgs mehrere Geistliche um eine Stelle in Bayern nachsuchten[660].

Die Kandidaten der Theologie im Priesterhaus zu Salzburg, deren Aufnahme übrigens auch von der Zustimmung des Generalkreiskommissariats abhängig war, wurden sofort bei der Abtretung Salzburgs vom Georgianum in Landshut übernommen. Sehr zum Mißfallen der bayerischen Behörden weigerten sich zwei der insgesamt dreizehn Alumnen mit dem Hinweis, sie wollten in Salzburg bleiben und nach Vollendung ihrer Studien die Seelsorge in dieser Erzdiözese übernehmen, was erst genehmigt wurde, nachdem sie förmlich um eine Auswanderungslizenz nachgesucht hatten[661]. Das Priesterseminar wurde in den Jahren von 1805 bis 1820 von seinem Regens Sebastian Pichler mit großer Umsicht unter den vielfach schwierigen Verhältnissen geleitet. Von dem einst von Fingerlos ausgearbeiteten Studienplan waren in der bayerischen Zeit nur noch we-

---

658 SLA Nr. 43/22. *Pfest,* Abschied, S. 49f. „Die Geistlichen wurden in ihren Amtsvorrichtungen enge Schranken vorgezeichnet und jede Abweichung davon strenge geahndet, ja es mußten sogar manche Civil- und Polizey Verordnungen von der Kanzlei abgelesen werden." Pfest erwähnt, daß der Vikar von Pleinfeld in der Karwoche im Dom gepredigt habe, „nichts gilt vor Gott, nicht Kron und Szepter, nicht Gold und silbergestickte Uniformen . . . nur die Tugend gilt vor Gott", worauf er 8 Tage unter Polizeiarrest gestellt worden sei.

659 STAM Skr 201.

660 STAM Skr 219. Schreiben des Generalkreiskommissärs vom 3. Juli 1816 an die Kirchensektion im Innenministerium: „. . . in der jüngsten Zeit vor Abtretung des Fürstenthums Salzburg liefen mehrere dringende Supliken von Priestern um Versetzung auf solche Seelsorgplätze ein, welche bei Bayern zu verbleiben hätten . . . In Erwägung, daß die Bittsteller sämtlich die ausgezeichnete Qualifikation für sich hatten, gebohrene Bayern zu sein, und durchgehends theils besondere Verdienste eine solche Anhänglichkeit an die Regierung bewiesen, welche ihnen keine blühende Zukunft im Auslande hoffen ließ, daß ferner mehrere in den abzutretenden Parzellen geborene Priester . . . entweder das Gegenteil beurkundeten oder doch wenigstens mittelmäßige Leute sind . . . hielt ich es für pflichtgemäß . . . diese Versetzungen vorzunehmen."

661 STAM Skr 710.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nige Spuren zu finden[662]. Ein Erlaß der Finanzdirektion vom 9. November 1811 sah den Umzug des Seminars in den Osttrakt von St. Peter vor. Dank der Intervention des Generalkreiskommissärs und des Kreisschulrats in München konnte dieser Plan verhindert werden, und man kam zu dem Entschluß, daß das Alumnat „vorläufig in seiner Verfassung und Existenz nicht gestört werden dürfe".

Symptomatisch für die damalige Zeit ist ein ziemlicher Priestermangel und ein starker Rückgang der Priesteramtskandidaten, der sich nach dem Tode Zeils im Jahr 1814 noch verstärkte, da jetzt überhaupt keine Alumnen mehr geweiht werden konnten. Aufgrund der fehlenden Kontinuität und dem starken Differieren der Schwerpunkte in der theologischen Ausbildung kam es zu mehr oder weniger starken Differenzen innerhalb des Salzburger Klerus. Dies zeigte sich u. a. darin, daß neben den Fingerlos-Schülern durchaus eine Persönlichkeit wie der noch in seinem vorletzten Lebensjahr zum Prodekan des Dekanats Teisendorf ernannte Pfarrer von Ainring, Matthäus Reiter, wirken konnte, der in der Bevölkerung sehr beliebt war und dessen Erbauungsschriften durchaus dem großen Theologen Johann Michael Sailer nahestehen[663].

c) Diözesanregulierung und religiöse Unruhen im Tiroler Anteil der Erzdiözese Salzburg

Die erste einschneidende Änderung der Salzburger Diözesangrenzen geht noch auf die Regierungszeit Josephs II. zurück. Eine Maxime der josephinischen Kirchenpolitik war ja die Anwendung des Territorialprinzips auf die kirchlichen Verhältnisse, die einerseits die Ausschließung der ausländischen Bischöfe von ihrer Ordinariatsgewalt im Inlande, andererseits eine effektive Neueinteilung der inländischen Bistumssprengel erforderte. Das Erzbistum Salzburg mit seiner komplizierten kirchenrechtlichen Struktur – die Überschneidung von Kirchenjurisdiktion und fremder Territorialhoheit hatte zahlreiche rechtliche Auseinandersetzungen verursacht – war von dieser Regelung am stärksten betroffen worden[664]. In dem Vertrag vom 19. April 1786 zwischen Salzburg und Österreich hatte Colloredo auf seine Diözesanrechte in der Steiermark und in Kärnten zugunsten der Bischöfe von Seckau-Graz, Gurk-Klagen-

662 *Ignaz Rieder*, Das fürsterzbischöfliche Seminar zu Salzburg, in: *Herman Zschokke*, Die theologischen Studien und Anstalten der katholischen Kirche in Österreich, Wien – Leipzig 1894, S. 613–667, hier S. 650; auf S. 651f. ist der von Pichler am 21. Februar 1816 auf die Aufforderung der bayerischen Regierung erstellte Studienplan abgedruckt, der einen guten Einblick in die damalige Verfassung des Priesterseminars gewährt.

663 Für diesen Hinweis bin ich Herrn Dr. Spatzenegger vom Salzburger Konsistorialarchiv zu Dank verpflichtet. Zu Reiter: (Anonymer) Nekrolog: Kurzer Lebensabriß des am 28. Mai 1828 verstorbenen geistlichen Rathes und Pfarrers in Ainring Matthäus Reiter; Wurzbach 25, 260.

664 Vgl. *Elisabeth Kovács*, Die Diözesanregulierung unter Joseph II. 1782–1789, in: Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II. (Ausstellungskatalog Melk) 1980, S. 176–180; *Josef Wodka*, Kirche in Österreich, Wien 1959, S. 309f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

furt, Lavant und dem neu gegründeten Bistum Leoben verzichtet. Damit erstreckte sich die Diözese Salzburg nicht mehr auf Kärnten und die Steiermark, sondern blieb auf die gleichnamigen Territorien und den Tiroler Anteil beschränkt.

Im Reichsdeputationshauptschluß von 1803, der Regensburg zum Sitz des Kurerzkanzlers und Primas Carl von Dalberg bestimmt hatte, war reichsrechtlich festgelegt, daß sich dessen Metropolitangerichtsbarkeit in Zukunft auch u. a. auf die bisherige Kirchenprovinz Salzburg erstrecken sollte, sofern diese in die pfalz-bayerischen Lande hineinreichte. Da Dalberg aber nur kirchenrechtlich für sein kleines Fürstentum Regensburg zum Erzbischof erhoben worden war, für den größten Teil seines Bistums jedoch nur die Bestätigung als Administrator erhalten hatte und darüber hinaus das Bistum Freising, nach dem Tode seines letzten Fürstbischofs Joseph Konrad von Schroffenberg von 1803 bis 1821, bis zum Amtsantritt des ersten Erzbischofs von München und Freising unbesetzt war, hatte die bayerische Regierung in der Frage der Regulierung der Diözesangrenzen praktisch völlig freie Hand[665].

Im November 1807 forderte der bayerische König den Fürstbischof von Chiemsee auf, seine Oberhirtengewalt über sein Bistum an das Generalvikariat Freising abzutreten. Graf von Zeil, der es schon vorher vermieden hatte, den bayerischen Anteil der Bistümer Salzburg und Chiemsee zu betreten, leistete zunächst wiederholten Aufforderungen gegenüber ein halbes Jahr zähen Widerstand. Unter dem zunehmenden Druck des Münchener und Wiener Hofes und schließlich auf Anweisung des gleichfalls unter Zugzwang gesetzten Salzburger Erzbischofs unterzeichnete er am 16. Juli 1808 die geforderte Urkunde, in der das Bistum Chiemsee und der Nordtiroler Anteil der Diözese Salzburg dem Generalvikariat Freising unterstellt wurde. Erst durch das bayerische Konkordat von 1817, das alle bisher getroffenen provisorischen Maßnahmen rechtlich fixierte, wurde das kleine Bistum Chiemsee formell aufgehoben, wobei der kleinere, bayerische Teil an das neue Erzbistum München und Freising, das im Süden in Tirol gelegene Dekanat St. Johann dagegen an das Erzbistum Salzburg gelangte[666].

Eine Anfrage der bayerischen Regierung im Jahr 1812 bei dem erzbischöflichen Konsistorium in Salzburg, ob die außerhalb des Königreichs vom Erzbistum Salzburg ausgeübte Diözesangewalt abgetreten worden sei oder nicht, konnte von letzterem damit beantwortet werden, daß Bis-

665 Einen kurzen Überblick über die kirchenrechtlich komplizierte Situation der bayerischen Bistümer zwischen Säkularisation und Konkordat gibt *G. Schwaiger,* Die kirchlich-religiöse Entwicklung in Bayern zwischen Aufklärung und religiöser Erneuerung, wie Anm. 636.

666 *Georg Schwaiger,* Die altbayerischen Bistümer, S. 143f.; über die Pläne zu einer Neuerrichtung des Bistums Chiemsee, vgl. *Johannes Graf von Moÿ,* Das Bistum Chiemsee, in: MGSL 122, 1982, S. 1–50; *G. Kren,* Die Säkularisation der Chiemseeklöster, in: Das bayerische Inn-Oberland. Organ des historischen Vereins Rosenheim 34, 1966, S. 1–183.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tums- und Territorialgrenzen gegenwärtig identisch seien. Die noch am 18. November 1811 durch Colloredo erfolgte Abtretung der Diözesanrechte über Windischmatrei an den Bischof von Laibach wurde von der Regierung als ein unbefugter Eingriff in landesherrliche Rechte kritisiert, da man Windischmatrei längere Zeit für den Salzachkreis beansprucht hatte[667].

Auf den Druck der bayerischen Regierung wurden gegen den passiven Widerstand der Erzdiakone sowie des Freisinger Generalvikariats im Jahr 1813 die Archidiakonate aufgelöst. Bereits 1811 war das Gesuch des verdienstvollen Erzdiakons von Gars, Augustin Hacklinger, die alle drei Jahre stattfindende Pastoralvisitation in seinem Archidiakonat durchführen zu dürfen, abgelehnt worden[668].

Die Wiederangliederung Tirols an Österreich 1814 brachte eine abermalige Diözesanregulierung mit sich, da nämlich jetzt das Tiroler Unterland mit Ausnahme des Brixen- und Zillertals an die Diözese Brixen fiel. Gerade in der tiefreligiösen und in einer alten Tradition verhafteten Gebirgsbevölkerung hatten die politischen Veränderungen eine große Verunsicherung und Orientierungslosigkeit hervorgerufen. In einem Schreiben an das Konsistorium beklagte sich Preysing, daß im Gebirge beinahe alle Sonn- und Feiertage Stundengebete zur Aufrechterhaltung der katholischen Religion abgehalten würden, als ob diese in Gefahr stünde, durch die Regierung Schaden zu nehmen. Er wünsche, daß die bekümmerten Gemüter beruhigt und grundlose Gerüchte durch zweckmäßige Privatbelehrungen und Kanzelreden entkräftigt werden möchten. Darauf erließ das Konsistorium am 14. April 1811 ein entsprechendes Generale, das dem Klerus gebot, „das Volk zu belehren über den Wahn, daß die Religion durch die bayerische Regierung Schaden leiden möchte“[669].

Gerade im Gebirge waren die Anzeichen einer Umbruchkrise besonders stark ausgeprägt, als deren „charakteristisches Symptom ungewöhnlicher Erregung und plötzlichen Orientierungsverlusts . . . eine religiöse,

667 STAM Skr 192.

668 STAM Skr 194; Hacklinger, ein sehr eifriger Seelsorger, hatte im Jahr 1805 seine letzte große Visitation abgehalten. Über die anläßlich der Archidiakonalsynode von 1802 auf seine Aufforderung hin eingegangenen Berichte, die zum Teil die Spannungen zwischen den Pfarrern und den aus dem Priesteralumnat hervorgegangenen jungen Kaplänen erhellen, berichtet *Schwaiger,* Bistümer, S. 338–343.

669 *Franz Ortner,* Säkularisation und kirchliche Erneuerung, S. 12, 69f.; interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob die von Bayern eingeleitete konfessionelle Toleranz und die Parität der katholischen und protestantischen Konfession in der Bevölkerung eine Beunruhigung hervorrief. So konnte von protestantischen Landrichtern die Altgläubigkeit des Volkes durchaus als „Dummheit“ abqualifiziert werden. Die in einigen Gegenden traditionell sehr konservative Haltung der Bauern und der feste Zusammenschluß der Katholiken ist durchaus als eine Reaktion auf den Kryptoprotestantismus zu sehen, der beispielsweise im Gasteiner Tal bis weit ins 19. Jahrhundert hinein latent vorhanden war, für den Staat und die Kirche allerdings längst keine wirkungsvolle Opposition mehr darstellte.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

teilweise chiliastisch geprägte Ekstase um sich" griff[670]. Diese Symptome sind einwandfrei bei der Sekte der Pöschlianer anzutreffen, die zwar nicht direkt in der Erzdiözese agierte, von der aber dennoch einige Querverbindungen zu Salzburg ausgingen[671]. Ihr Führer Thomas Pöschl hatte als Kooperator und Katechet in Braunau am Inn im Jahr 1806 die von den Franzosen verfügte öffentliche Hinrichtung des Buchhändlers Johann Philipp Palm erlebt, der sich mit der Schrift „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung" gegen die napoleonische Fremdherrschaft gewandt hatte. Geprägt von diesem Erlebnis, predigte Pöschl, dessen glühender Haß gegen Napoleon sich auch in einer antibayerischen Gesinnung äußerte, insbesondere seit dem Krisenjahr 1813 für eine jüdisch-katholische „Endzeitkirche", wobei er auch die Behörden, den Klerus und die Spitzen der Bürgerschaft nicht mit Vorwürfen verschonte.

Da mehrere Disziplinarmaßnahmen gegen ihn erfolglos blieben, wurde er schließlich 1815 auf Anordnung der bayerischen Behörden verhaftet, im Salzburger Polizeihaus arretiert und wenig später auch vom Konsistorium exkommuniziert. Unter der österreichischen Verwaltung wurde er 1817 in das Wiener Priesterseminar gebracht, wo er im Jahr 1837 starb. Der österreichische Geschäftsträger in München beklagte sich über eine Politisierung dieser Angelegenheit und berichtete, daß man sich in München gehässig erzählte, die „österreichische Regierung habe nach der Besitznahme von Salzburg nichts eiligeres zu tun gehabt, als einen Märtyrer der bayerischen Aufklärung in Freiheit zu setzen und in seine Gemeinde zurückzuschicken, während doch das Gegenteil der Fall" sei[672].

Zu einer Eskalation sollte es erst bei den Anhängern Pöschls kommen, zu denen er jedoch seit 1814 keinen Kontakt mehr hatte und die sich in zwei Richtungen, den eigentlichen Pöschlianern und den Brüdern und Schwestern von Zion aufgespalteten. Offensichtlich unter dem Eindruck der Mißernte von 1816/17 beging die letztere Sekte in der Palmsonntagsnacht 1817 in einem Anfall „mystischer Raserei" und „Sühnewut" einen grausamen Ritualmord, dem drei Menschen zum Opfer fielen. Mit der Verhaftung zahlreicher Mitglieder hatte die Bewegung ihr Ende gefunden. Die Zimmermannstochter Maria Schröder, die in Salzburg die Lehre Pöschls verbreitete, wurde später, wahnsinnig geworden, in das St.-Johannes-Spital gebracht. Zweifellos handelt es sich bei der Bewegung der

670 *Werner K. Blessing,* Umbruchkrise und „Verstörung". Die „Napoleonische" Erschütterung und ihre sozialpolitische Bedeutung, in: ZBLG 42, 1979, S. 75–106, hier S. 97.

671 Vgl. *Ortner*, wie Anm. 641, S. 55f.; *Isidor Silbernagl,* Die kirchenpolitischen und religiösen Zustände im 19. Jahrhundert, Regensburg 1901, S. 81f.: *A. F. Ludwig,* Neue Untersuchungen über den Pöschelianismus, Regensburg 1906.

672 Bericht Weißenbergs an Metternich vom 8. Mai 1817; ÖGB I, S. 151f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Pöschlianer um ein besonders eklatantes Beispiel, wie eine Krisenstimmung in einen religiösen Massenwahn umschlagen konnte[673].

Überwiegend politisch motiviert waren die religiösen Unruhen im Brixental. Dort vertrat der Provisor Benedikt Hagleitner von Aschau die Ansicht, daß alle Geistlichen, die im Jahr 1809 den von Napoleon verlangten Gehorsamseid abgelegt hätten, mit diesem ebenso wie alle Anhänger des mit ihm verbündeten bayerischen Königs exkommuniziert seien, was in der Bevölkerung teilweise Zweifel an der Gültigkeit der Spendung der Sakramente durch jene Geistliche hervorrief. Zum Hauptvertreter dieser Anschauung wurde der Gemeindevorsteher Sebastian Manzl, der Besitzer eines Hofes in Untermanhart, nach dem diese Bewegung den Namen „Manharter" erhielt[674]. Diese Gruppierung wurde nun zu einem Sammelbecken für patriotische Tiroler, die einen raschen Wiederanschluß an Österreich propagierten und die Loslösung des Tiroler Anteils von der Erzdiözese Salzburg forcierten, da sie in der Kompromißbereitschaft des Salzburger Konsistoriums und des Fürstbischofs bei den Unruhen im Jahr 1809 einen unpatriotischen Opportunismus erblickten. Neben den politischen Motiven Bayernhaß und Antipathie gegen den „unterwürfigen" salzburgischen Klerus spielten auch innerkirchliche Probleme wie zum Beispiel Wallfahrten und Fastendisziplin eine große Rolle. In geheimen Andachten und Wallfahrten wurden religiöse Bedürfnisse gestillt, wobei die offizielle Amtskirche weitgehend ignoriert wurde. Die Anhängerschaft dieser Bewegung rekrutierte sich zum größten Teil aus den über die neue Feiertagsregelung verärgerten Dienstboten[675].

Insgesamt kann also festgestellt werden, daß einerseits von der bayerischen Regierung ein neuer kompromißbereiter kirchenpolitischer Kurs eingeschlagen wurde, daß aber andererseits der Erfolg dieses Kurses ausblieb. Die unsichere politische Lage sowie das zu dieser Zeit herrschende kirchlich-religiöse Vakuum, das bereits in der Regierungszeit Colloredos eingesetzt hatte, wurden von breiten Teilen der konservativ bäuerlichen

673 Die Einordnung dieser Bewegung löste bereits im letzten Jahrhundert eine wissenschaftliche Kontroverse aus. In seiner Schrift „Die Pöschlianer oder betenden Brüder in Ober-Österreich. Nach Augenzeugen, Handschriften und gerichtlichen Quellen zum zweiten Male dargestellt von Dr. F. V. Zillner, dem Salzburger Lokalhistoriker und Irrenarzt", die als Separatabdruck aus der Allgemeinen Zeitschrift für Psychiatrie XVIII, Heft 5 und 6, Berlin 1860 erschien, interpretierte dieser die Bewegung zu Recht als „ein natürliches Gewächs seiner Zeit" (S. 151) und wandte sich gegen die These einer epidemischen Geisteskrankheit, des sog. „pöschlischen Wahnsinns".

674 Vgl. *Ortner,* wie Anm. 641, S. 57–69; Die Manharter in Hopfgarten, in: 600 Jahre Markt Hopfgarten, Heimatchronik 1362–1962, S. 31f.

675 Die Metternichsche Geheimpolizei beobachtete gleichfalls argwöhnisch das Verhalten der Manharter; vgl. *Michael Forcher,* Die Geheime Staatspolizei im vormärzlichen Tirol und Vorarlberg, Diss. masch., Innsbruck 1966, S. 325f., 560; die Unruhen hielten mit wechselnder Intensität an, bis schließlich im Herbst 1825 eine Romreise die Hauptanführer der Sekte veranlaßte, sich nach einer Papstaudienz zur Rückkehr zur Kirche zu entschließen.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Bevölkerung jetzt der bayerischen Regierung angelastet, die ja mit dem von vielen als Antichrist bezeichneten Napoleon verbündet war[676]. Dabei ist es im Grunde unerheblich, daß nach dem Tode Zeils am 7. November 1814, der auf dem Friedhof an der Sebastianskirche auf Preysings Vorschlag ein Staatsbegräbnis erhalten hatte, die kirchenrechtliche Situation der Diözese noch prekärer wurde. Eine Stabilisierung der Salzburger Kirche unter neuen Vorzeichen konnte erst unter dem am 23. April 1823 ernannten Erzbischof Augustin Gruber eintreten[677].

IV. DIE NEUGESTALTUNG DES UNTERRICHTSWESENS IN SALZBURG

1. Die Auflösung der Universität und ihre Umwandlung in ein Lyceum

a) Kurzer Rückblick auf die Benediktineruniversität bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1810

Als die einzige Benediktineruniversität in Deutschland, die von der *Confoederatio Salisburgensis,* einer Übereinkunft von ursprünglich einundvierzig Benediktinerabteien, getragen wurde, nahm die *Alma mater Sancti Caroli Salisburgensis* innerhalb der katholischen Universitäten eine Sonderstellung ein[678]. Die Benediktiner-Konföderation, die sowohl die Oberaufsicht führte als auch fast alle Professoren stellte, wählte jeweils ein Präsidium, das sich aus einem Abbas Präses und vier Assistenten zusammensetzte, wobei der Abt von St. Peter *Assistens perpetuus* war. Die drei anderen Assistenten kamen jeweils aus dem österreichischen, bayerischen und schwäbischen Kreis der Konföderierten Klöster, die auch den Großteil ihrer jungen Konventualen zum Studium nach Salzburg schickten[679].

---

676 Bei den Manhartern und Pöschlianern handelt es sich zweifellos um Extremfälle. Dennoch ist diese Tendenz erkennbar.

677 Zu seiner Amtszeit; *Ortner*, wie Anm. 641, S. 84–118.

678 Vgl. *Max Kaindl-Hönig* und *Karl Heinz Ritschel,* Die Salzburger Universität 1622–1964, Salzburg 1964; Hans Wagner (Hrsg.), Universität Salzburg 1622 bis 1962–1972, Salzburg 1972; P. Aegidius Kolb, Praesidium und Professorenkollegium der Benediktiner-Universität Salzburg 1617–1743, in: MGSL 102, 1962, S. 117–166; *Ders.,* Praesidium und Professorenkollegium der Benediktiner-Universität Salzburg 1734 bis zu deren Ende 1810, in: STMBO 83, 1972, S. 663–716.

679 Vgl. *Virgil Redlich,* Die Matrikel der Universität Salzburg 1639–1810, Salzburg 1933; mit der Herkunft der Studenten an der Salzburger Universität im Zeitraum von 1639 bis 1810 beschäftigt sich auch *Georg Stadler,* Von der Kavalierstour zum Sozialtourismus, Salzburg 1975, S. 101–107; so stellten die bayerischen Benediktinerklöster in diesem Zeitraum 438 Hörer, die österreichischen 437 und die schwäbischen Klöster 273 Hörer; über die Wissenschaftsbeziehungen zwischen Salzburg und Bayern sowie die auswärtigen Kontakte der Universität im 18. Jahrhundert vgl. *Ludwig Hammermayer,* Salzburg und Bayern im 18. Jahrhundert. Prolegomena zu einer Geschichte ihrer Wissenschafts- und Geistesbeziehungen im Spätbarock und in der Aufklärung, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 129–218; bes. 143–167.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Im theologisch-philosophischen Bereich nahm die barocke Salzburger Thomistenschule eine beachtliche Position ein. Daneben erlebte gegen Ende des 17. Jahrhunderts die juristische Fakultät einen Aufschwung, der zusätzliche Hörer anzog[680]. Seit den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts ist an der Universität eine erste vorsichtige Öffnung gegenüber einer gemäßigten katholischen Aufklärung spürbar. Für die auf die Rezeption des protestantischen Aufklärungsphilosophen Christian Wolff folgende „zweite große Aufgabe und Bewährungsprobe katholischer Aufklärung, die fundierte Auseinandersetzung mit dem Werk Immanuel Kants", waren in Salzburg jedoch kaum Kräfte vorhanden, sieht man von dem Priesterhausregens Matthäus Fingerlos und dem auch noch in der bayerischen Ära wirkenden Müllner Augustiner-Eremiten P. Aloys Sandbichler einmal ab[681].

Mehrere Faktoren waren die Ursache, daß die Benediktineruniversität in den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts in eine tiefgehende Krise geriet: Der österreichische Anteil an der Konföderation wurde praktisch dadurch ausgeschaltet, daß Joseph II. den österreichischen Studenten und Professoren verbot, die Universität Salzburg zu besuchen. In den bayerischen Orden, die diesen Ausfall hätten kompensieren können, herrschte ein Nachwuchsmangel; nicht zuletzt wurden hier Säkularisationen befürchtet. Die Universität selbst war in Richtungskämpfe zersplittert, deren Ursache die zu dieser Zeit als eine Folge des aufgeklärten Staatsabsolutismus eingetretene, sehr kontrovers geführte Diskussion um das Verhältnis von Kirche und Staat und damit auch um die Stellung des Klerus war. Während ein Teil der Professorenschaft, wie zum Beispiel der konservative P. Simbert Schwarzhuber, dieses Verhältnis eindeutig zugunsten der Kirche interpretierte, ging ein anderer Teil der Professorenschaft, an der Spitze der Illuminat und Rektor der Universität, P. Augustin Schelle, in seinem Anpassungszwang an modernistische Tendenzen so weit, u. a. das Zölibat in Frage zu stellen[682].

---

680 Vgl. *Peter Putzer,* Aspekte der Wissenschaftspflege in der alten Salzburger Juristenfakultät, in: *Hans Wagner* (Hrsg.), Universität Salzburg 1622 bis 1962–1972, Salzburg 1972, S. 121–171.

681 *Hammermayer,* Wissenschaftsbeziehungen, S. 158f.

682 Über derartige Tendenzen vgl. *Georg Schwaiger,* Die altbayerischen Bistümer Freising, Passau und Regensburg zwischen Säkularisation und Konkordat (1803–1817), München 1959, S. 347f.; großes Aufsehen erregte in Bayern der spätere Salzburger Kreisschulrat Clemens Alois Baader, der 1802 die Schrift „Notwendigkeit der individuellen Säkularisation, oder der zu erteilenden Erlaubnis, daß die in den höheren Weihen stehenden Geistlichen in den Laienstand übertreten dürfen" veröffentlichte. So kritisierte in Salzburg der dem konservativen Flügel zugehörige Rektor Damaszen von Kleinmayrn, daß einige Professoren „nichts als Beispiele der Unordnung, der verachteten Subordination, einer zügellosen Freiheit, eines eitlen Luxus in Kleidung und Einrichtung, einer unmäßigen Spielsucht und Lüsternheit nach Ergötzlichkeit und Wohlleben abgäben", zit. nach *Magnus Sattler,* Collectaneenblätter zur Geschichte der ehemaligen Benediktineruniversität Salzburg, Kempten 1897, S. 527f.; vgl. auch *Hermann Hörger,* Jahre der Krise und Entscheidung, das Salzburger Rektorat des Damaszen von Kleinmayrn (1788–1792), in: STMBO 83, 1972, S. 835–848.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Eine von Colloredo im Jahr 1792 eingesetzte Kommission sollte vor allem neue Wege zur Besserung der Lehrmethode sowie andere Berufungskriterien ausfindig machen. Die vorgeschlagenen Verbesserungen, u. a. eine notwendige Ausweitung der Lehrfächer, wobei insbesondere an die historischen Hilfswissenschaften, die Vaterlands- und Literaturgeschichte gedacht wurde, scheiterten jedoch ebenso wie zahlreiche Berufungen an dem allseits bekannten Geiz Colloredos[683]. Das Ende des geistlichen Fürsterzbistums im Jahr 1803 bedeutete für die Salzburger Universität vorerst keinen gravierenden Einschnitt, da der neue Landesherr, Ferdinand von der Toskana, an einer Weiterexistenz der Universität interessiert war, ja sogar im Sommer 1804 die Errichtung einer medizinisch-chirurgischen Fakultät förderte. Doch rückten die personellen Schwierigkeiten immer mehr in den Vordergrund. So war nach der in Bayern erfolgten Säkularisation, bei der letzten Visitation der Universität im Jahre 1805, auch die bayerische Region nicht mehr bei der Wahl des Direktoriums vertreten. In der darauf folgenden österreichischen Ära lag die Aufsicht über die Universität praktisch allein in den Händen des als *Assistens perpetuus* fungierenden Abtes von St. Peter, Dominikus Hagenauer[684]. Die österreichische Verwaltung nahm, was die Universität betraf, eine abwartende Haltung ein. Kaiser Franz II. äußerte in einer Audienz mit Dominikus Hagenauer, daß er den Fortbestand der Universität in keiner Weise garantieren könne. Man plane deren Umwandlung in ein Lyceum, an dem auch die Studierenden des Linzer Lyceums, das aufzulösen wäre, unterrichtet werden sollten[685]. Es scheint, daß die schleppende Verwaltung Salzburgs durch die österreichische Regierung, die sich ja auf nahezu alle Bereiche erstreckte, die Ausführung dieses Plans verhindert hat, womit sozusagen der bayerischen Verwaltung die undankbare Aufgabe zufiel, diese Umwandlung zu vollziehen.

b) Die Auflösung der Universität im Dezember 1810

Die im Jahre 1810 von dem bekannten Salzburger Historiker Judas Thaddäus Zauner verfaßte Schrift „Über den Litterarischen Wert der hohen Schule in Salzburg" und eine unmittelbar nach der Inbesitznahme durch Bayern am 2. Oktober 1810 verfaßte Petition an den König um den Fortbestand der Universität zeigen, daß man mit deren Auflösung rechnete[686].

683 *Karl Friedrich Hermann,* Zepter und Trauerflor. Die letzten Jahrzehnte der Salzburger Benediktineruniversität und ihr Ende 1810, in: Universität Salzburg 1622 bis 1962–1972, Salzburg 1972, S. 35–56, hier S. 41f.

684 *Karl Friedrich Hermann,* Abt Dominikus Hagenauer von St. Peter in Salzburg 1746–1811, Diss. theol. masch., Salzburg 1948, S. 156–232.

685 *Brigitte Partick,* Die erste Vereinigung Salzburgs mit Österreich 1805–1809, Diss. masch., Wien 1965, S. 86.

686 *Hans Widmann,* Geschichte Salzburgs, Bd. 3, Gotha 1914, S. 507, bezeichnete die Schrift Zauners als „ein schwaches, halbherziges Plädoyer für den Fortbestand der Univer-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

An dieser Stelle erscheint es notwendig, etwas auf die Hintergründe der von Bayern verfügten Auflösung der Universität einzugehen, da diese bis jetzt noch nicht berücksichtigt wurden. Ungünstig für eine Weiterexistenz der alten Salzburger Benediktineruniversität wirkte sich der Umstand aus, daß sie zu einem Zeitpunkt an Bayern fiel, als das Königreich mit einem erheblichen Zuwachs höherer Studienanstalten konfrontiert wurde: Kurz nacheinander fielen die Hohen Schulen von Dillingen und Bamberg (beide 1803), Altdorf und Innsbruck (beide 1806) sowie die Universität Erlangen im selben Jahr wie die Salzburger Universität an Bayern. Was die Zukunft der übernommenen Universitäten betraf, so war ausschlaggebend, daß die Regierung ursprünglich beschlossen hatte, nur zwei höhere Lehranstalten bestehen zu lassen, nämlich die Universitäten Landshut und Würzburg[687]. Das Würzburger Projekt zerschlug sich jedoch zunächst, da Würzburg ja von 1805 bis 1814 von dem Großherzog von der Toskana regiert wurde, weswegen Bayern dann später übrigens doch drei Landesuniversitäten besitzen sollte. Die Diskussion um die Universitäten trat schließlich im Jahr 1810 in die entscheidende Phase, als Bayreuth und die protestantische Universität Erlangen, die in der preußischen Ära unter dem Minister von Hardenberg 1791 bis 1806 einen gewissen Aufschwung erlebt hatte, an Bayern fiel. Über die Zukunft der Universitäten bestand im Ministerium keineswegs eine einhellige Meinung. Am weitesten ging Montgelas, der kurzerhand aus überwiegend fiskalischen Gründen eine Zentraluniversität, d. h. eine Verlegung der Universität Landshut nach München forderte, wobei das gesamte Universitätsvermögen ähnlich wie das Stiftungs- und Kommunalvermögen zentralisiert gewesen wäre! Dieser Plan stieß ebenso auf die Ablehnung des Königs wie ein später von dem Leiter des Bildungswesens im Innenministerium, Freiherrn von Zentner, gestellter Antrag auf die Verlegung der Universität von Landshut nach Regensburg, den er mit der zentralen Lage der Stadt, der dortigen konfessionellen Mischung sowie einer vor-

---

sität". Dasselbe gilt für die Petition, die vielleicht wirkungsvoller gewesen wäre, wenn sie auf die Initiative der Professoren und nicht auf die des handeltreibenden Bürgertums zurückgegangen wäre, das in erster Linie die aus einer Auflösung resultierenden wirtschaftlichen Nachteile in den Vordergrund stellte und sich bezüglich der Zukunft der Universität mit vagen Hoffnungen begnügte: „Selbst ihre Celebrität, wenn sie auch in den letzten Zeiten durch ungünstige Auspicien verringert ward, dürfte sich unter dem besonderen Schutz der liberalsten Regierung Deutschlands sehr bald und sehr kräftig wieder erheben." HSTA MInn 3616.

687 *Laetitia Boehm,* Bildung und Wissenschaft in Bayern im Zeitalter Maximilian Josephs. Die Erneuerung des Universitäts- und Akademiewesens zwischen fürstlichem Absolutismus, französischem Reformgeist und deutscher Romantik, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 186–220, hier S. 206f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

aussichtlichen Sanierung der zerrütteten Finanzen begründete[688]. Erfolgreich war schließlich das Engagement des im Jahr 1807 als Zentralschulrat ins Ministerium berufenen protestantischen Württembergers Friedrich Philipp Emanuel Niethammer zugunsten der Universität Erlangen, wobei hier die Organisation des protestantischen Theologiestudiums im Vordergrund stand, da man ja auch die überwiegend protestantischen neufränkischen Gebiete integrieren wollte. Im übrigen wurde die lange Zeit unsichere Stellung der Universität Erlangen erst 1814 durch eine Verfassung beendet.

Neben den angesichts der wirtschaftlichen Lage im Vordergrund stehenden Gesichtspunkte spielte auch die bereits bei der Versetzungspolitik der Beamten intendierte „Amalgamierung" eine wichtige Rolle, wie aus einer Bemerkung Zentners über die von ihm gleichfalls befürwortete und 1810 realisierte Auflösung der Universität Innsbruck ganz deutlich hervorgeht: „Eines der wirksamsten Mittel den Tiroler dem Baier näher zu bringen und endlich selbst zum Baier umzuschaffen, wird seyn, wenn die Tiroler Jugend in die Notwendigkeit gesetzt wird, einige Jahre ausser ihrem eigenen Vaterlande unter Baiern zu verbringen und mit diesen einen gleichförmigen Unterricht theilen zu müssen."[689]

Noch bevor das Generalkreiskommissariat seinen Bericht über die Situation der Salzburger Universität an das Innenministerium schickte, hatte die Studienkommission deren Auflösung bereits beschlossen. Über die Zukunft der Benediktineruniversität bestanden zwischen dem Generalkreiskommissär und dem Ministerium erhebliche Differenzen. Graf von Preysing zeigte sich über die getroffene „Entscheidung unangenehm überrascht" und sprach indirekt der Studienkommission die Kompetenzen für diesen Schritt ab. Er sah in dieser Maßnahme den Grundsatz verletzt, „daß bey der Organisation der Lande Salzburg und Berchtesgaden mit aller Umsicht und der Schonung selbst der Vorurtheile eines Volkes vorgegangen werden" sollte[690]. Gleichzeitig protestierte er gegen die Ernennung Ignaz Thanners zum Direktor des neuen Lyceums, an dessen Stelle er den Rektor der Universität, Corbinian Gärtner, vorgezogen hätte.

Das als geradezu hektisch erscheinende Vorgehen der Münchener Studienkommission ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß man mit einer Eröffnung des kommenden Semesters erst gar keine falschen Hoff-

688 *Franz Dobmann,* Georg Friedrich Freiherr von Zentner als bayerischer Staatsmann in den Jahren 1799–1821, Diss. München 1962, S. 73–84, bes. S. 76f.

689 Jahresbericht der Sektion für öffentliche Unterrichts- und Erziehungsanstalten von 1808/09, zit. nach *W. Demel,* Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817, Diss. masch., München 1981, S. 445.

690 HSTA MInn 3616. Bericht Preysings vom 29. November 1810.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nungen nähren wollte[691]. Deshalb stießen auch die Maßnahmen Preysings auf den Protest der Studienkommission, der, ohne dazu autorisiert zu sein, Anfang November 1810 das Wintersemester feierlich eröffnen und dem König ein gedrucktes Vorlesungsverzeichnis zusenden ließ[692]. Wenige Wochen später, am 25. November 1810, wurde die Universität durch ein Dekret aufgelöst. Am 24. Dezember 1810 schließlich gab der Kreisschulrat Nikolaus Hauptmann, der offensichtlich ohne Rückendeckung des Generalkreiskommissariats die Neuordnung des Unterrichtswesens in Salzburg übernommen hatte, in der großen Aula allen Universitätsangehörigen die Auflösung der alten Salzburger Hohen Schule bekannt. Zweifellos war dieser erste einschneidende Eingriff Bayerns, der eine lange Tradition schlagartig beendete, nicht dazu angetan, Sympathien für den neuen Landesherrn zu schaffen[693].

c) Das Lyceum in Salzburg

Der Aufbau des neuen Lyceums in Salzburg zog sich über ein Jahr hin, da man sich in München erst über die wirtschaftliche Basis des Instituts und über die Weiterverpflichtung der Professoren ein Bild verschaffen mußte. Die Aufsicht über das Vermögen des Lyceums lag bei dem Generalkreiskommissariat als Kreisadministration der Stiftungen. Alles in allem war die wirtschaftliche Situation sehr verworren, was wahrscheinlich daher rührte, daß zwischen dem Studienfonds und dem Vermögen des an der Universität beteiligten Klosters St. Peter nicht streng geschieden worden war. Es genügt hier festzustellen, daß sich das Lyceum, das sich ja selbst zu finanzieren hatte, ähnlich wie die anderen Stiftungen nur äußerst mühsam über Wasser halten konnte, was eine der Ursachen war, daß sich die Besetzung der Lehrstühle immer wieder verzögerte[694].

Verglichen mit anderen Kreishauptstädten und Hochschulorten Bayerns, nahm Salzburg trotz der Auflösung der Universität immer noch eine Sonderstellung ein. Während beispielsweise die mit anderen Fürstbistümern und Hochstiften übernommenen Lyceen bzw. Diözesansemi-

691 Bereits am 7. November 1810 teilte der Münchener Zentralschulrat Weiller inoffiziell in einem Schreiben an Thanner die Auflösung der Universität und deren Umwandlung in ein Lyceum mit: „Selbst Sandbichler ist noch nicht zum Lehramte berufen, weil ausser ihren Nachrichten und Daten die ganze Anstalt der Studiendirektion eine *terra incognita* ist. Auch das so entsetzlich elend bestellte Gymnasium bleibt provisorisch . . . Es ist Notbehelf. Die Zeit drängte zu sehr"; Salzburg UB HS M II 262 (Nachlaß Thanner).

692 *Karl Friedrich Hermann,* Salzburgs hohe Schule zwischen den Volluniversitäten 1810–1962, in: STMBO 83, 1972, S. 356–602, hier S. 359.

693 Vgl. *Pfest,* Abschied, S. 20f. „. . . der Schulrath Hauptmann . . . erschien gnädig lächelnd in glänzender Uniform, bestieg die für diesen Akt errichtete Bühne und verkündete das kgl. Reskript. In einer kurzen Rede pries er die Güte des Königs und rief am Ende mit hochgesteigerter Stimme ‚Es lebe der König!" Sein gebiethender Blick irrte im Saale hin und her, eine allgemeine gehorsame Acclamation erwartend. Eine traurige Stille umgab ihn. Mit sichtbarer Betroffenheit stieg der Redner von der Bühne."

694 Vgl. *Hermann,* Salzburgs hohe Schule, S. 361f.; Preysing sprach von einem jährlichen Defizit des Studienfonds in Höhe von 8000 fl.; GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nare im Fall Passaus, Eichstätts und Freisings aufgehoben wurden, trug man der Stellung Salzburgs als einer bedeutenden kirchlichen Metropole mit einem, zumindest unter Colloredo sehr angesehenen Priesterseminar dadurch Rechnung, daß man in Salzburg ein primär auf die Priesterausbildung ausgerichtetes Lyceum mit einer theologischen und philosophischen Sektion bestehen ließ. Salzburg war eine der wenigen Kreishauptstädte, wo das stark von dem napoleonischen Frankreich beeinflußte bayerische Organisationsmodell der Unterrichtsverwaltung realisiert wurde[695]. So bestand das Ende 1811 in Salzburg verwirklichte Unterrichtsmodell aus dem eigentlichen Lyceum für das höhere wissenschaftliche Studium, dem angeschlossenen Gymnasium und der in St. Peter untergebrachten Primärschule, die als vorbereitende Studienschule deshalb notwendig wurde, weil in der ersten Klasse des Gymnasiums bereits Lateinkenntnisse vorausgesetzt waren. Während in anderen Kreishauptstädten aus Einsparungsgründen meist nur ein „verkürztes" Modell ohne Lyceum durchgeführt wurde, wies der König einen derartigen Vorschlag für Salzburg ausdrücklich zurück, eben weil hier die theologische Ausbildung weiterhin gefördert werden sollte[696].

Dennoch wird man das in Salzburg praktizierte Konzept als nicht voll ausgereift bezeichnen müssen. Obwohl in der philosophischen Sektion durch ein breiteres Fächerangebot das Niveau der alten Universität sogar etwas verbessert werden konnte, korrigierte die Studienkommission in München „die vom Lyceumsdirektorate geäußerte Meinung als ob das Lyceum der Universität durch die Gesetze parallelisiert sei" dahingehend, „daß zwar ein Teil der Universitätsstudien durch die korrespondierenden Lycealstudien surrogiert werden könne, sohin wohl immer mit diesen, keineswegs aber die Institute (Universität und Lyceum) selbst als solche miteinander parallelisiert seien, wonach es auch auf keine Weise zulässig ist, daß die am königlichen Lyceum Studierenden den Namen Akademiker führen und nach denselben gesetzlichen Vorschriften, wie die an den königlichen Universitäten Studierenden behandelt werden . . ."[697]. Der widersprüchliche Status des Lyceums kam auch darin zum Ausdruck, daß der theologischen Sektion weiterhin das Promotionsrecht zuerkannt wurde, das um die Universalgeschichte, historische Hilfswissenschaften und Vaterlandsgeschichte (!) sowie um allgemeine, griechische und italienische Literaturgeschichte erweiterte philosophi-

695 Vgl. *L. Boehm,* wie Anm. 687, S. 191f., 206; in Frankreich waren bei der Degradierung der Universitäten zu *Lycées* die Fakultäten in Fachschulen umgewandelt bzw. die theologischen Fakultäten völlig aufgelöst worden, wobei an den philosophischen als *facultés des sciences* bzw. *facultés des lettres* lediglich der Grad eines *bachelier* erworben werden konnte. Als Zentrale des gesamten Unterrichtswesens fungierte die 1804 von Napoleon gegründete *Université impériale;* vgl. hierzu *M. Hinz,* Die Université impériale de Napoleon I., Erlangen 1928.

696 *Hermann,* Salzburgs hohe Schule, S. 360.

697 Zit. nach *Hermann,* Salzburgs hohe Schule, S. 365.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sche Studium im Grunde genommen jedoch keinen eigentlichen Abschluß besaß. Der Umstand, daß man in der philosophischen Sektion besonderen Wert auf die Naturwissenschaften, vor allem auf die in Salzburg so traditionsreichen Fächer Geologie und Botanik, legte, zeigt, daß diese u. a. als eine Art Vorstufe zur landärztlichen Schule fungierte, an der dann auch einige Absolventen dieses Zweiges kamen[698].

Hatte die in den letzten beiden Jahrzehnten des vorhergehenden Jahrhunderts auch innerhalb der Universität geführte Diskussion um die Stellung von Kirche und Staat erhebliche Meinungsunterschiede zutage treten lassen, so war jetzt von vornherein klar, daß sich die von dem Leiter der Studiensektion, Freiherrn von Zentner, ganz im Sinne der herrschenden Auffassung postulierten Unterordnung der Kirche unter den Staat auch im Lehrplan der theologischen Studiensektion zum Ausdruck kommen mußte[699]. Ziel des theologischen Studiums war die bereits erwähnte Ausbildung zum fähigen Seelsorger und würdigen „Pastoralbeamten", wobei die Dogmatik in den Hintergrund treten mußte. Stark betont wurde dagegen das Kirchenrecht, das in Salzburg nach dem Lehrbuch von „Michel, Kirchenrecht für Katholiken und Protestanten mit Hinsicht auf den Code Napoleon und die bayerischen Landesgesetze" unterrichtet wurde[700]. Ferner war es wichtig, gerade der heranwachsenden Jugend so

---

698 Die Errichtung von landärztlichen Schulen, von dem Obermedizinalrat in der bayerischen Medizinalverwaltung Simon von Häberl gefördert, bezweckte eine gründlichere Ausbildung derjenigen Mediziner, die kein akademisches Studium absolvierten. In Salzburg waren die Voraussetzungen für eine derartige Schule insofern günstig, als hier nur die bestehende medizinische Fakultät in eine separate landärztliche Schule umgewandelt zu werden brauchte, die jedoch mit dem Lyceum in keinem Zusammenhang stand. Bayern hatte somit außer in München und Bamberg eine dritte medizinische Fachschule im Südosten des Königreichs, deren Einzugsbereich noch den Unterdonau- und Innkreis umfaßte. Als die landärztliche Schule begründet wurde, hatte man das gesamte Lehrpersonal der 1808 von Österreich anerkannten medizinischen Fakultät übrigens übernommen, was den Professoren Weißenbach, Erhart, Holzschuh und Am-Bach bei ihrer späteren Wiederanstellung unter Österreich zugute kommen sollte. Bei der bevorstehenden Abtretung Salzburgs plante das Generalkreiskommissariat, die landärztliche Schule aufzulösen und die größtenteils „ausländischen" Professoren als Landgerichtsärzte einzusetzen, da „die Entfernung der meisten Professoren an der hiesigen landärztlichen Schule wegen der äußerst ungünstigen Stimmung, die diese Individuen beseelt in hohem Grade wünschenswerth sei". Dieser Umstand beeinflußte auch die österreichische Verwaltung, die ja derartige medizinische Fachhochschulen nicht kannte, ein medizinisch-chirurgisches Studium in Salzburg auch nach 1816 zu ermöglichen; STAM Skr 646.

699 Zu Zentners Anschauungen über Religion, Kirche und Staat vgl. *Dobmann,* Zentner, S. 9–19.

700 *Karl Friedrich Hermann,* Zur Geschichte der theologischen Fakultät in Salzburg im 19. Jahrhundert, in: MGSL 109, 1969, S. 295–338, bes. S. 297f.; es wurde sogar eine eigene Verfügung erlassen: „Die Beseitigung der österreichischen Schulbücher betreffend. Da im ehemaligen Innviertel und in anderen Bezirken des Salzachkreises noch das in Linz gedruckte Evangelienbuch aus dem Verlage des Joseph Feichtinger bey dem öffentlichen Unterrichte gebraucht wird, so ist . . . zu verfügen, daß sowohl dieses Buch, als andere ähnliche ausländische Bücher ehestens zu beseitigen sind, dafür aber die inländischen Evangelien und übrigen Schulbücher-Verlage zu München . . . schulenvorschriftsmässig eingeführt werden . . ."; Skbl 1811, 967.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

etwas wie ein bayerisches „Staatsbewußtsein" zu vermitteln; man denke in diesem Zusammenhang an die bereits erwähnte, von Montgelas in Auftrag gegebene Geographie des Königreichs Bayern, die u. a. für die höhere Schuljugend bestimmt war. So wurden die Studenten des Lyceums mit der bayerischen Geschichte nach der von dem Landshuter Geschichtsprofessor Josef Milbiller 1809 verfaßten „kurzgefaßten Geschichte des Königreichs Bayern zum Gebrauch beim Unterricht" vertraut gemacht.

Zu diesem Konzept gehörte auch, daß die weltlichen Studenten, die zum größten Teil aus salzburgischen Gebieten stammten, jährlich von Mitte Juli bis Mitte August an Waffenübungen teilnahmen. Nicht wenige Studenten stellten sich dann auch Ende 1813 den freiwilligen Jägerkorps zur Verfügung. Freilich mag hier der Umstand eine Rolle gespielt haben, daß die meisten Studenten, von denen über die Hälfte aus der bürgerlichen, ein knappes Drittel sogar aus der bäuerlichen Schicht stammte, auf finanzielle Unterstützungen angewiesen waren, die ihnen nicht nur von der Salzburger Bevölkerung, sondern gerade von den höheren Beamten des Generalkreiskommissariats in großzügiger Weise gewährt wurde, so daß nach Meinung des Lycealdirektors „wenige Studienplätze des Königreichs der Stadt Salzburg hier gleich stehen, kaum einer ihr den Vorrang unter gleichem Kalkül der Verhältnisse abgewinnen dürfte"[701]. Dementsprechend loyal verhielten sich dann auch die Studenten zu Beginn des Jahres 1816, als die Gymnasiasten mit ihrem Direktor Köberlein eine eigene Ergebenheitsadresse an die Regierung sandten, und die Studenten des Lyceums sogar dem bayerischen König bei einer etwaigen österreichischen Besetzung des Landes die Verteidigung anboten![702]

Aus den oben geschilderten Zielsetzungen des Lyceums wird deutlich, daß für dessen Leitung eine geeignete Persönlichkeit gefunden werden mußte. Geradezu für diese Aufgabe prädestiniert schien der aus Niederbayern stammende Pädagoge und Weltgeistliche Ignaz Thanner, der als ein Schüler des damaligen Salzburger Seminarregens Matthäus Fingerlos seine Studienzeit in Salzburg verbracht hatte[703]. Auf Wunsch Colloredos war er diesem als Hofkaplan nach Wien gefolgt, wurde aber, nachdem ihm sein dortiger Wirkungskreis wenig zusagte, von diesem als Katechet in das Ursulinenkloster nach Salzburg zurückgeschickt. Dennoch hatte er die Wiener Zeit insofern genützt, als er nach dem Tod seines verehrten Freisinger Lehrers Sebastian Mutschelle, eines ausgeprägt katholischen

701 *Ignaz Thanner,* Verzeichnis der Studierenden . . . 1812, S. 7.

702 STAM Skr 629; für eine politische Betätigung der Studenten in der bayerischen Ära gibt es ansonsten keine Anhaltspunkte. Burschenschaften spielten erst im Vormärz eine Rolle; vgl. *Robert Hoffmann,* Salzburgs Lycealstudenten im Vormärz. Soziale Struktur und politisches Verhalten, in: MGSL 122, 1982, S. 371–402.

703 Vgl. *Ignaz von Kürsinger,* Der Nestor der Studien-Directoren in der österreichischen Monarchie, Dr. Franz Ignatz Thanner, in: Salzburger constitutionelle Zeitung Nr. 282–284, vom 27. bis 29. November 1848; Wurzbach 44, 172–177; eine Biographie fehlt.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Kantianers, von dessen Freunden darum gebeten, den von Mutschelle unvollendet hinterlassenen „Versuch einer faßlichen Darstellung der Kant'schen Philosophie" anonym fortsetzte, womit er seinen eigentlichen wissenschaftlichen Ruf begründete. So konnte im Jahr 1805 der mittlerweile in Landshut wirkende Matthäus Fingerlos einen letzten größeren Erfolg verbuchen, als es ihm gelang, seinen ehemaligen Schüler Ignaz Thanner als Kampfgefährten auf den Lehrstuhl für Philosophie nachzuholen[704]. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Fingerlos und Johann Michael Sailer um die Jahreswende 1807/08 mußte der Schüler des letzteren, Professor Zimmer, der die Auffassung vertrat, „daß die Geistlichen als Volkslehrer gar nicht zum Staate gehörten", seinen Lehrstuhl für Dogmatik an Thanner abtreten[705].

Die Berufung Thanners nach Landshut und seine dortige Position als Kampfgefährte Fingerlos' sind nicht ohne Ironie. So hatte sich Freiherr von Zentner in der Sitzung der Studienkommission vom 17. August 1804 für eine Berufung Thanners nach Landshut und gegen dessen Konkurrenten Johann Gottlieb Fichte ausgesprochen, mit dem Hinweis, „der in Vorschlag gebrachte Fichte (Berlin) mag zu unseren Absichten nicht passen ... Der Chef einer Sekte taugt nicht zu einem Lehrer junger Leute"[706]. Später sollte sich Montgelas vergeblich darum bemühen, die beiden Koryphäen der idealistischen Philosophie, Fichte und Schleiermacher, an die Universität Würzburg zu berufen. Darüber hinaus sollte sich Thanner selbst der Philosophie Schellings anschließen, was die akademische Kuratel nicht wissen konnte.

Die nach der Rehabilitierung Professor Zimmers in Landshut „unglückliche und ungesuchte Versetzung" Thanners nach Innsbruck, wo er nach eigener Aussage „mit in das traurige Insurrektionsgeschehen verwickelt" wurde[707], veranlaßte ihn schließlich, bald nach der Abtretung Salzburgs an Bayern, um eine Stelle in Salzburg nachzusuchen, was auch mit seiner Ernennung zum dortigen Lycealdirektor am 25. November 1810 geschah.

Zwischen Thanner und den anderen Professoren des Lyceums gab es schon bald erhebliche Differenzen, so daß sich dieser wiederholt der Rükkendeckung durch die Studienkommission in München versicherte[708]. Im

704 Salzburg UB HS M III 88 (Nachlaß Thanner). Am 31. Jänner 1805 schrieb Fingerlos an Thanner: „Innigst freut es mich, daß sie den bekannten Ruf erhalten haben ... Ich erwarte überhaupt mehrere Veränderungen, die der guten Sache aufhelfen müssen. Die gegenwärtige Krisis macht sie notwendig." Insgesamt finden sich 7 Briefe Fingerlos' von 1805 in Thanners Nachlaß.

705 Vgl. *Heinz Marquart,* Matthäus Fingerlos (1748–1817). Leben und Wirken eines Pastoraltheologen und Seminarregenten in der Aufklärungszeit, Göttingen 1977, S. 167f.

706 HSTA MInn 3644. Personalakt Thanner.

707 HSTA MInn 3644; Schreiben Thanners an die bayerische Hofkommission vom 15. August 1810.

708 Dies geht aus Thanners Briefwechsel mit dem Münchener Zentralschulrat Nikolaus Hauptmann hervor; Salzburg UB HS M II 262.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Falle der älteren Professoren, wie P. Alois Stubhahn, P. Meingoz Gälle und dem früheren Rektor der Universität, P. Corbinian Gärtner, die alle im Laufe des Jahres 1811 ihre Lehrtätigkeit niederlegten, dürften zweifellos der „Generationskonflikt" und Anpassungsschwierigkeiten an den neuen Kreis ausschlaggebend gewesen sein[709]. P. Corbinian Gärtner, dessen obsolete Lehrweise Preysing in einem Schreiben an die Studienkommission kritisiert hatte, zog sich 1811 verbittert zurück und wurde schließlich, nachdem man seinen Wunsch nach der Aufsicht über die Bibliothek und was noch mehr wog über die jüngeren Geistlichen ignoriert hatte, zu einem dezidierten Gegner der bayerischen Regierung[710]. Kompetenzstreitigkeiten führten schließlich zu einem Bruch zwischen Thanner und dem Bibliothekar des Lyceums, Judas Thaddäus Zauner, der auch Vaterlandsgeschichte am Lyceum las[711]. Der Umstand, daß im Lyceum eine starke Fluktuation herrschte, 1811 wurde der von Nürnberg nach Salzburg versetzte Mathematik- und Physikprofessor Hermann auf Betreiben Thanners pensioniert, später verließ der gleichzeitig mit Thanner aus Innsbruck nach Salzburg versetzte Mathematikprofessor Ferdinand Mahir das Lyceum, ist möglicherweise auf die Struktur des Lyceums zurückzuführen, in der gewissermaßen ein Konflikt vorprogrammiert schien[712]. So definierte Thanner als geschulter Pädagoge und brillanter Rhetoriker, dessen Predigten als früherer Kooperator im Salzburger Dom schon eine große Zuhörerschaft gefesselt hatten, den Studiengang des Lyceums als eine Hinführung des Studierenden über die Naturwissenschaft und Geschichte zur Religionsphilosophie und schließlich

709 Gaelle, der Kirchengeschichte doziert hatte, zog sich 1811 als Superior nach Maria Plain zurück, wo er 1816 starb; vgl. *Emil Karl Blümml,* Die Liederhandschrift des Weingartner Benediktiners P. Meingosius Gaelle aus dem Jahre 1777, in: MGSL 51, 1911, S. 337–416, hier S. 354.

710 HSTA MInn 3631. Personalakt C. Gärtner; vgl. auch *Annemarie Mühlböck,* Die Pflege der Geschichte an der alten Universität Salzburg, Wien – Salzburg 1973, S. 124–126; Gärtner trat in der folgenden Zeit vor allem dadurch hervor, daß er nach dem Tode Zauners dessen Chronik mit den Bänden 8 bis 11 fortsetzte.

711 Zauner hatte am 29. August 1810 an Moll geschrieben: „Was mir unter der bevorstehenden Regierungsveränderung für ein Loos beschieden sey, steht zu erwarten. Ich verlange, ja ich wünsche nicht einmal eine Verbesserung meines Schicksals. Aber gleichgültig wäre es mir doch nicht, wenn ich künftig an meinem Gehalte oder Charakter verlieren sollte"; im selben Brief bat er Moll um die kurzfristige Überlassung der im königlichen Archiv befindlichen, von seinem Freund Felix Audactus Haselberger verfaßten, vierbändigen „Historia Salisburgensis"; *Moll,* Briefwechsel, Bd. 4, S. 1101f. Am 10. Oktober 1810 schickte Zauner, der seit 1801 auch Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften war, drei Bände seiner Chronik an den König. Zauner, dessen „Anhänglichkeit" an Österreich, d. h. an den Kurfürsten in München bekannt war, wurde, seinem Wunsch entsprechend, am 18. April 1811 bei gleichem Gehalt und bei gleichem Rang für das Lyceum bestätigt; HSTA MInn 3645 (Personalakt).

712 Die Aufhellung mancher Probleme bezüglich der Struktur der Lyceen bleibt der demnächst erscheinenden Habilitationsschrift von *Rainer H. Müller* (München), „Zur Geschichte der bayerischen Lyceen im 18. und 19. Jahrhundert" vorbehalten.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

zum eigentlichen krönenden Abschluß, der Theologie[713]. Aufgrund eines solchen Konzepts, das zweifellos dem von Schelling vertretenen transzendentalen Idealismus stark verpflichtet war, mußten die allgemeinen (Natur-)Wissenschaften, die als notwendige Voraussetzung des Spezialstudiums unterrichtet werden sollten, mehr und mehr in den Hintergrund treten, womit sich deren Vertreter kaum abgefunden haben dürften. So hatte sich die ursprüngliche Zahl von sieben Professoren in der theologischen Sektion im Jahr 1814 auf drei reduziert, so daß Thanner, der sowohl die philosophische als auch die theologische Sektion leitete und nach seinen eigenen Lehrbüchern unterrichtete, mit seinem Lehrfach am stärksten vertreten war[714].

Da die Berufungen an das Lyceum nicht mehr auf die Benediktiner beschränkt waren, konnte jetzt auch der bereits erwähnte Augustiner Aloys Sandbichler 1811 als Professor für Griechische Literatur, Exegese und seit 1812 auch für orientalische Sprachen an das Lyceum berufen werden[715]. Sandbichler, der in seinen zahlreichen Schriften den übernatürlichen Charakter des Christentums und den göttlichen Ursprung der Heiligen Schrift betonte, was ihn immer wieder in Konfrontation zu dem rationalistischen Indifferentismus brachte, wie er etwa von dem Direktor des Münchener Lyceums, Cajetan von Weiller, und dessen Freund, dem Landshuter Professor und Gegner Sailers, Jakob Salat, vertreten wurde, erhielt im Jahr 1814 von der Theologischen Fakultät in Landshut unter dem Vorsitz Sailers die Ehrendoktorwürde verliehen[716]. Neben Thanner dürfte Sandbichler, dessen Berufung auf Vorschlag Zentners erfolgte, das Lyceum in seiner Anfangsperiode am nachhaltigsten mitgeprägt haben.

Nach der Abtretung Salzburgs im Jahr 1816 stand Thanner die Möglichkeit offen, nach Bayern zurückzukehren, von der er jedoch nicht Ge-

---

713 Vgl. Thanners Jahresbericht von 1813/14, zit. bei *Hermann,* Salzburgs hohe Schule, S. 365.

714 Drei Werke Thanners wurden in Frankfurt/Main 1969 nachgedruckt: Die Idee des Organismus, München 1806; Einleitung zum akademisch-wissenschaftlichen Studium der positiven Theologie, München 1809; Handbuch der Vorbereitung und Einleitung zum selbständigen wissenschaftlichen Studium besonders der Philosophie, 2. Teil: Die Metaphysik, München 1808.

715 „Für den deutschen Theoretiker und Professor schien jede Zivilverfassung, die zum französischen Nationalschisma führte, die ideale Verwirklichung der weit verbreiteten Wünsche und Bestrebungen des Febronianismus"; vgl. *Wilhelm Wühr,* Emigranten der Französischen Revolution im Erzstift Salzburg, in: MGSL 79, 1939, S. 33–64, hier S. 57; LTHK 9, 311.

716 HSTA MInn 3640. Personalakt; von seiner Gegnerschaft mit Salat und Weiller zeugen seine Rezensionen in der von Vierthaler 1802 herausgegebenen Salzburger Literaturzeitung, die 1803 unter dem Titel „Süddeutschlands pragmatische Annalen der Kunst und der Literatur" erschien.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

brauch machte, sondern in Salzburg blieb[717], wo er allerdings im Jahre 1819 als Vorstand der philosophischen Studienabteilung abgelöst wurde, was seine Freunde und Anhänger scharf kritisierten. Mittlerweile gehörten auch die früheren Auseinandersetzungen in Landshut längst der Vergangenheit an. Die einstige Gegnerschaft zwischen Thanner und Sailer hatte sich in eine gegenseitige Respektierung umgewandelt, was u. a. darin zum Ausdruck kam, daß Sailer seinen ehemaligen Kollegen im Jahr 1819 lebhaft für die Rheinländische Universität empfahl[718].

Drei Jahre vor Thanners Tod, im Jahre 1847, regte der Schriftsteller und Eichstädter Gymnasialrektor Sebastian Mutzl ein Treffen zahlreicher ehemaliger, meist bayerischer Schüler Thanners in Salzburg an. Zu den zahlreich erschienenen Schülern gehörten neben anderen bedeutenden Persönlichkeiten auch der damalige Erzbischof von Eichstätt, Georg Oettl[719]. Diese Geste mag auch beweisen, daß das Lyceum in der bayerischen Ära trotz der ungünstigen Zeitumstände offensichtlich mehr Ausstrahlungskraft besaß, als man vielleicht hätte vermuten können. Über die Tatsache, daß der Status einer traditionsreichen Universität natürlich nicht beibehalten werden konnte und die Benediktiner von St. Peter ihren maßgeblichen Einfluß an die neue Schule verloren, darf nicht übersehen werden, daß die Umwandlung der Universität in ein vollwertiges Lyceum keineswegs eine Abnahme des wissenschaftlichen Niveaus bedeutete, und daß hier auf dem Gebiet der Theologie und der Philosophie mit der Entwicklung durchaus Schritt gehalten wurde. Dieser Aspekt wurde bei der Bewertung der Auflösung der Salzburger Universität bisher weitgehend vernachlässigt[720].

---

717 Ein bayerischer, profranzösischer Patriot, wohl ein ehemaliger Kollege Thanners, schrieb ihm im Juni 1816 aus Landshut, „daß er nicht an die Reinheit des ächt katholischen Bundes, welchen Sie, Sandbichler, Weiler und Freindaller abgeschlossen haben sollen" glaube. Freindaller redigierte die Linzer „Theologische Zeitschrift", an der Thanner mitarbeitete; Salzburg UB HS M II 262.

718 Am 16. August 1819 schrieb Sailer an das preußische Unterrichtsministerium: „Thanner ist zum Professor der Dogmatik ganz vorzüglich geeignet; er hat ein spekulatives Talent für die Philosophie und für die Theologie in seinen Schriften dokumentiert und durch Vorlesungen, die er in München, in Landshut, in Innsbruck und in Salzburg gehalten – wo er sie noch hält – auf eine ausgezeichnete Weise vervollkommnet und ist dabei ein religiöser, sittlicher, durchaus edler, zuverlässiger Mann . . . er würde . . . der höchste Gewinn für die Rheinländische Universität sein", zit. nach *Hubert Schiel,* Johann Michael Sailer, Leben und Briefe, 2 Bde., Regensburg 1948/52, hier Bd. 2, S. 453.

719 *Harald Gnilsen,* Ecclesia Militans Salisburgensis, Kulturkampf in Salzburg 1848–1914, Diss. Wien – Salzburg 1972, S. 71f.

720 In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im sog. „Salzburger Kulturkampf", in dem die Wiedererrichtung der Universität Salzburg zu einem herausragenden Thema wurde, war ein objektives Urteil ohnehin kaum mehr möglich. Von katholischer Seite wurde die Auflösung der Universität als ein Schlag gegen die katholische Konfession gewertet; so seien die Universitäten Salzburg und Innsbruck dem damaligen Liberalismus zum Opfer gefallen, während die Erlanger Universität bewußt als Universität für die protestantischen Untertanen gefördert worden sei; so *Magnus Sattler,* Collectaneenblätter, S. 675; Gnilsen zieht aus dem Kulturkampf das positive Fazit, daß dieser nicht zuletzt beigetragen habe, „Salzburg geistig lebendig zu erhalten und es in keinen provinziellen Dämmerschlaf fallen zu lassen".

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

2. Das Volksschulwesen im Salzachkreis

In Bayern ist zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein gewisser Nachholbedarf im Bereich des Volksschulwesens bemerkbar. Während beispielsweise in einigen geistlichen Territorien Süddeutschlands, wie zum Beispiel in Würzburg seit 1770 und in Bamberg seit 1791, Seminare für die Lehrerausbildung ins Leben gerufen wurden, wurde in Bayern erst im Jahre 1803 das erste Lehrerseminar in München geschaffen.

Auch im Erzstift Salzburg war es in der Regierungszeit des letzten Fürsterzbischofs zu einer bemerkenswerten Schulreform gekommen, bei der von dem Würzburger Modell ein beträchtlicher Einfluß ausging[721]. Wie auch in anderen Fällen bewies hier Colloredo seine gute Menschenkenntnis, als er den im ehemals kurbayerischen Innviertel geborenen Franz Michael Vierthaler mit dieser Aufgabe betraute[722]. Unter Vierthalers Federführung, der seit 1790 als Direktor des „deutschen Schulwesens" fungierte, wurde das Salzburger Lehrerseminar in eine Musteranstalt umgewandelt. Unterstützt wurden die Bemühungen Vierthalers von dem bayerischen Weltgeistlichen Benno Michl, der im Jahre 1787 Instruktor an der erzbischöflichen Pagerie wurde. Michl holte wenige Jahre später seinen Freisinger Studienfreund Joseph Wismayr nach Salzburg, der hier im Jahre 1792 die Stelle eines Präfekten am Lodronischen Erziehungsinstitut „Rupertinum" antrat[723].

Die nahezu ein Jahrzehnt dauernde Tätigkeit Wismayrs in Salzburg ist für die bayerische Schulgeschichte insofern von großer Bedeutung, als Wismayr 1803 als Zentralschulrat nach München berufen wurde und hier in Anlehnung an das Konzept Vierthalers den „Lehr-Plan für alle kurpfalzischen Mittelschulen, oder für die sogenannten Realklassen (Prinzipien), Gymnasien und Lyzeen" ausarbeitete, der vor allem den Sachunterricht und eine praktische Ausbildung in den Vordergrund stellte[724]. Wenn auch bald die Kritik an diesem Lehrplan immer stärker wurde und schließlich das von Niethammer 1808 erarbeitete „Allgemeine Normativ" im Bereich des Mittelschulwesens die Aufklärung insofern ablöste, als jetzt das klassische Bildungsideal mit der Betonung der Philologie als

721 Vgl. *Karl Otto Wagner,* Zur Geschichte der Schulverbesserung in Salzburg unter Erzbischof Hieronymus Graf Colloredo, in: MGSL 55, 1915, S. 151–222; 56, 1916, 95–192; 64, 1924, 97–128; zu Würzburg vgl. *Michael Renner,* Fuldaer Einfluß auf die Würzburger Schulreform Franz Ludwigs von Erthal 1771, in: ZBLG 28, 1965, S. 368–391.

722 Vgl. *Matthias Laireiter* (Hrsg.), Vierthaler Festschrift zum 200. Geburtstag, Salzburg 1958; *Franz Anthaller,* Franz Michael Vierthaler, der Salzburger Pädagoge. Ein Beitrag zur Geschichte der Pädagogik, in: Programm der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Salzburg, 1880, S. 1–61; *Ludwig Mörtl,* Franz Michael Vierthalers Pädagogik, Diss. München 1911.

723 Vgl. *Hans F. Wagner,* Joseph Wismayr und Benno Michl. Aus dem Zeitalter der Aufklärung, in: MGSL 20, 1880, S. 148–186.

724 Den Einfluß Salzburger Pädagogen auf die bayerische Schulreform betont *Günther Bögl,* Der Wandel der Volksbildungsidee in den Volksschullehrplänen Bayerns, München 28f.; über die Entstehung des von Wismayr ausgearbeiteten Lehrplans, bes. S. 22–62.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Grundlage aller Wissenschaften die praktisch anwendbare Wissensbildung zu ersetzen begann, so soll dies keineswegs den Salzburger Beitrag zur bayerischen Schulreform schmälern[725].

Die Ursache, warum die Mitwirkung bei der Schulreform durch Salzburger wie Matthäus Fingerlos, Benno Michl, Joseph Wismayr und Johann Baptist Graser[726], die später in Bayern oftmals in Schlüsselpositionen aufrückten, hier dennoch zeitlich begrenzt war, ist wohl in erster Linie darin zu sehen, daß die von der Aufklärung beeinflußte Salzburger Schulreform in Bayern erst sehr spät, nach dem Regierungsantritt Max Josephs, zum Tragen kam und deshalb umso schneller von neuen Richtungen, wie dem Neuhumanismus und der Romantik, abgelöst wurde.

Die Versetzung Wismayrs in die Ministerialkirchensektion im Jahre 1811 hat übrigens zu Salzburg insofern Bezug, als jetzt der bisherige Salzburger Kreisschulrat Nikolaus Hauptmann, dem die undankbare Aufgabe der Auflösung der Salzburger Universität zugefallen war, in die Studiensektion des Ministeriums nachrückte[727]. An seiner Stelle wurde der durch seine biographischen Werke bekannt gewordene Weltgeistliche Clemens Alois Baader, ein Bruder des berühmten romantischen Philosophen Franz Xaver Baader, zum Kreisschulrat ernannt[728]. Neben dem Kreisschulrat wurde die Schulaufsicht durch Lokal- bzw. Distriktsschulinspektionen ausgeübt, die vor allem auf dem Lande von Geistlichen wahrgenommen wurde. Bei ihren Bemühungen um eine wirksame Schulaufsicht konnte sich das Generalkreiskommissariat teilweise noch auf Persönlichkeiten stützen, die Colloredo im Jahre 1793 von Würzburg nach Salzburg berufen hatte, wie beispielsweise auf den Pfarrer im Nonnthal, Johann Georg Weipert, der sich um das Schulwesen des Erzstifts sehr verdient gemacht hatte und nun zum Distriktsschulinspektor für das Landgericht Salzburg ernannt wurde[729]. Insgesamt kann man feststellen, daß die Schulreform Colloredos das Leitbild des Priesters als Seelsorger und „Volkslehrer" sehr gefördert hatte, so daß bei den jüngeren Geistlichen eine große Aufgeschlossenheit gegenüber Erziehungsfragen be-

725 Vgl. *E. Hojer,* Die Bildungslehre F. J. Niethammers, 1965; nach der Äußerung einiger Lycealprofessoren in Salzburg sollen die Schüler auf dem Gymnasium durch den überfüllten Lehrplan sowie den Sprachunterricht überfordert gewesen sein; *Pfest,* Abschied, S. 20.

726 Johann Baptist Graser (1766–1841) wurde 1792 von Colloredo aus Würzburg als Nachfolger Michls zum Instruktor der Pagerie berufen; er gab in Salzburg 1803 die Zeitschrift „Archiv für Volks Erziehung durch Kirche und Staat" heraus, die 1804 in Landshut erschien, wo er Professor für Philosophie und Pädagogik geworden war. In den Jahren 1810 bis 1825 war er Kreisschulrat in Bayreuth; vgl. NDB 6, 745f.; *B. Schön,* Menschenbild und Menschenbildung bei J. B. Graser, Diss. masch., München 1955.

727 Rbl 1811, 681.

728 Vgl. den interessanten Exkurs „Die Familie Baader zwischen Barock, Aufklärung und Romantik, in: *Hans Grassl,* Aufbruch zur Romantik. Bayerns Beitrag zur deutschen Geistesgeschichte 1765–1785, München 1968, S. 403–418.

729 Vgl. *Hans F. Wagner,* Biographien Salzburgischer Schulmänner, in: Zeitschrift des Salzburger Lehrervereins 3, 1878, S. 63.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

stand, was auch aus einem Bericht Preysings klar hervorgeht: „Es giebt zwar noch Lokal Inspektoren im Salzachkreise, wie es deren ganz verläßig auch in anderen Kreisen geben wird, welche keine Kenntnisse im Schulfache, und keinen Sinn und Eifer für dasselbe haben . . . Glücklicher Weise besteht meistens bei Pfarrern und Lokalschulinspektoren jener Art als Surrogat ein Hilfspriester, wo der gebildete und fleißige Kaplan die Schule leitet und wo auf diese Art die Ignoranz und Indolenz des Pfarrers für Volks- und Jugendbildung weniger unschädlich gemacht wird."[729a]

Auch das Lehrerseminar in Salzburg sollte von dieser Einsatzbereitschaft profitieren. Schon zu Beginn des Jahres hatte das Generalkreiskommissariat darauf hingewiesen, daß das einst so angesehene Schullehrerseminar „eine bloß prekäre, bisher einzig durch den Eifer des Professors Aingler erhaltene Anstalt sey, welche von selbst zerfallen und aufhören muß, wenn ihr nicht durch allerhöchste Gnade . . . ein hinlänglicher Fond, ein Lokale und das nöthige Lehr Personale verschafft würden"[730]. Tatsächlich war der Fortbestand des Seminars nur den Bemühungen des aus Teisendorf stammenden Priesters und Schüler Vierthalers Johann Baptist Aingler zu verdanken, der zeitweise sogar auf eigene Kosten eine Wohnung für die Präparanden mietete. Das Lehrerseminar wurde später zusammen mit dem Singknabeninstitut provisorisch in das einst erzbischöfliche Kapellhaus verlegt, besaß jedoch im Jahr 1815 noch immer keinen eigenen Fonds, so daß die beiden Inspektoren Sebastian Braunhuber und Alois Mair praktisch ehrenamtlich mit sehr viel Idealismus tätig waren. Trotz der ungünstigen Verhältnisse waren dort zeitweise mehr als zwanzig Präparanden untergebracht, die in einem theoretischen und in einem praktischen Kurs zwei Jahre lang auf ihr späteres Lehramt vorbereitet wurden[731].

Den größten Erfolg konnte die bayerische Verwaltung bei ihren Bemühungen um eine Steigerung des Schulbesuchs erzielen. Im Jahre 1802 war in Bayern die vom 6. bis zum vollendeten 12. Lebensjahr einheitliche Schulpflicht festgesetzt worden. Darüber hinaus mußten die Zwölf- bis Achtzehnjährigen seit 1803 die Sonn- und Feiertagsschulen besuchen[732]. Die strenge Überwachung der Schulpflicht, wobei unentschuldigte

729a GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

730 HSTA MInn 3656; im Jahre 1813 erhielt Aingler das Dekanal- und Pfarramt in Mittersill, wo er als Lokalschulinspektor eine rege Tätigkeit entfaltete. Er starb 1829 als Domherr und Generalvisitator in München; vgl. *Hans F. Wagner,* Biographien, wie Anm. 728, 1878, S. 24f.

731 *Anton Behacker,* Geschichte des Volks- und Bürgerschulwesens im Lande Salzburg, Salzburg 1923, S. 68; die Darstellung von Christian Greinz, Das Sociale Wirken der katholischen Kirche in der Erzdiözese Salzburg, Wien 1898, S. 109, nach der sich die bayerische Verwaltung für einen dreimonatigen Unterricht ausgesprochen hätte und das Fortbestehen des Lehrerseminars dem Protest des Konsistoriums zu verdanken sei, ist unrichtig.

732 Vgl. *Albert Reble,* Das Schulwesen zwischen Aufklärung, Neuhumanismus und Restauration, in: HB IV/2, S. 950f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Schulversäumnisse mit Geldstrafen belegt wurden, hatte den Erfolg, daß der Schulbesuch an den Werktagsschulen im Etatsjahr 1813/14 gegenüber dem Jahre 1809 um ca. 57 Prozent angestiegen war![733]

Zweifellos hätte die Schulreform noch umfassender sein können, wenn die finanzielle Situation hier nicht geradezu katastrophal gewesen wäre. So konnte der deutsche Schulfonds in der Kreishauptstadt den Unterhalt der dortigen Schulanstalten keineswegs decken, nicht zuletzt, weil man sich in Salzburg entgegen der sonst üblichen Praxis unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen sah, den Etat für Erziehung und Unterricht um beinahe die Hälfte zu kürzen und dem Wohltätigkeitsfonds zuzuschlagen[734]. Ähnlich wie bei den Armenstiftungen war man in hohem Maße auf materielle und finanzielle Spenden der Bevölkerung angewiesen, die laut Auskunft Preysings im Jahr 1813/14 die Summe von 10.000 Gulden überstiegen.

Die in zahlreichen Verordnungen der Regierung zum Ausdruck kommenden Bemühungen, den Lehrern und ihren Familien ein gesichertes Einkommen zu verschaffen und ihr Ansehen in jeder Beziehung zu heben, mußten so zum Scheitern verurteilt bleiben. Das Spitzengehalt eines Lehrers in der Kreishauptstadt betrug 400 Gulden, das Durchschnittsgehalt eines Lehrers auf dem Land dagegen lag bei 70 Gulden![735] Zweifellos wäre die Besoldung der Lehrer höher gewesen, wenn die meisten Kinder ihr wöchentliches Schulgeld von 4 Kreuzer bezahlt hätten. Der Umstand, daß laut Auskunft des Kreisschulrates allein in Salzburg mehr als die Hälfte der Schüler unbemittelt waren, läßt den Rückschluß zu, daß die Verhältnisse auf dem Lande noch schlechter waren.

Auch hier wird wieder die Tendenz bemerkbar, die Unterrichtskosten zum größten Teil den ohnehin mittellosen Gemeinden aufzulasten. Entgegen der bisherigen Praxis mußten diese die Besoldung der Lehrer für die unentgeltliche Unterrichtung der armen Kinder ebenso wie die Einrichtung und Erhaltung der Schulräume übernehmen, was die materielle Absicherung der Lehrer illusionär machte, da diese nach wie vor auf Nebeneinkünfte und Spenden angewiesen waren[736].

---

733 GHA ARO 37/2, JB 1813/14; errechnet nach den von Preysing genannten Zahlen.

734 STAM Skr 79; ursprünglich hatte Kreisdirektor von Mieg vorgeschlagen, entsprechend dem vorhandenen Vermögen, beiden Administrationen eine jährliche Rente in Höhe von 100.000 fl. zufließen zu lassen. In einem Schreiben vom 12. Mai 1813 wird die jährliche Rente für die Wohltätigkeitsadministration auf 115.000 fl., die Rente für die Unterrichtsadministration auf 57.730 fl. beziffert.

735 HSTA Salzburg Hofkommission 8/49/1–4, Besoldungslisten; zum Vergleich: Das Durchschnittseinkommen eines Pfarrers im Inn- und Hausruckviertel betrug 337 fl., das eines Konsistorialrats 715 fl. und das eines Professors an der landärztlichen Schule 1050 fl.

736 *Anton Behacker,* wie Anm. 731, S. 64: dies ist auch die Ursache, warum das normierte Gehalt von 300 fl. für einen Lehrer auf dem Lande nicht bezahlt werden konnte; vgl. den Bericht Preysings: „Die erschöpften Kommunalkassen sind dermal nicht im Stande zur Dotation der Schulen Beiträge zu machen, auch die Lokalarmenfonds, die überall vorschriftsmäßig das Schulgeld für die armen Kinder tragen sollen, können an den meisten Orten diese Zahlungen nicht leisten"; GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Kreisschulrat Baader kritisierte, daß von den in der Kreishauptstadt befindlichen Schulen sich vor allem die auf dem rechten Salzachufer gelegene Hauptschule von St. Andrä in einem sehr schlechten baulichen Zustand befände, wo 121 Kinder in einem elenden und feuchten Zimmer zusammengedrängt seien[737]. Das Generalkreiskommissariat entwarf nun einen Plan, der für die unbefriedigende Situation des Schulwesens in der Kreishauptstadt eine spürbare Erleichterung gebracht hätte. Gedacht war an eine Zusammenlegung der drei traditionsreichen adeligen Kollegien[738]. Allerdings erhebt sich hier die Frage, inwieweit das Generalkreiskommissariat überhaupt berechtigt war, als Kreisadministration der Stiftungen nach Aufhebung der landständischen Verfassung das Patronatsrecht bei den beiden Lodronischen Collegien in Salzburg, dem 1645 bzw. 1653 gegründeten Marianum und Rupertinum für sich in Anspruch zu nehmen. So wurde dem Grafen Hieronymus von Lodron, der 1812 um eine Bestätigung des Lodronisch Marianischen Collegiums als eine „isolierte Privat-Familien-Stiftung" nachsuchte, mitgeteilt, daß die höhere Aufsicht gegenwärtig dem Lycealdirektor übertragen worden sei.

Anders verhielt es sich mit dem Virgilianischen Collegium, das im Jahre 1701 von dem damaligen Erzbischof für sechs arme adelige junge Männer gegründet worden war. Da alle drei Institute, besonders aber das Vigilianeum, sehr gut dotiert waren, stellte die Studienkommission auf den Vorschlag des Generalkreiskommissariats am 18. Dezember 1812 den Antrag, diese drei Stiftungen zusammenzulegen. Dabei sollte in dem Gebäude des Rupertinums ein Lehrerseminar für den Salzach-, den Unterdonau- und den Innkreis eingerichtet werden. Eventuell hätte man mit diesem Seminar noch das angrenzende Singknabeninstitut sowie die Schule von St. Andrä verbinden können. Es scheint aber, daß diese Pläne, die zum Schluß schon sehr konkret waren, an dem passiven Widerstand der Stifterfamilien scheiterten. So machte im August 1813 Graf Franz von Lodron in Mailand demonstrativ von seinem Patronatsrecht Gebrauch, als er dem Grafen Ludwig von Spaur einen Freiplatz im Collegium Rupertinum verschaffte. 1815 wurde in diesem Collegium ein neuer Präfekt von den bayerischen Behörden bestätigt. Danach wurde das Patronatsrecht vom Generalkreiskommissariat offensichtlich auch nicht mehr ausgeübt. Die Bemühungen der bayerischen Verwaltung, einen Ausweg aus der finanziellen Misere zu finden und damit den zum Teil

737 HSTA MInn 3664; eine Bestandsaufnahme weist für die Kreishauptstadt noch weitere sieben Schulen auf: Die für Knaben und Mädchen bestimmte Musterschule am linken Salzachufer, zugleich Feiertagsschule für die Knaben. Die Ursuliner Mädchenschule als ein Pensionsinstitut, in dem u. a. auch Zeichnen und Französisch unterrichtet wurde, zugleich Feiertagsschule für die Mädchen. Ferner die Vorstadtschulen zu Mülln, Nonntal und Stein, die Filialschule zu Leopoldskron sowie die Garnisonsschule für Unteroffiziere und gemeine Soldaten der königlichen Garnison.

738 HSTA MInn 3646–3648, 3655.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

recht unbefriedigenden provisorischen Zustand des Schulwesens in der Kreishauptstadt zu beenden, waren somit fehlgeschlagen.

Allerdings dürfte sich auch der Verlust Tirols im Jahre 1814 negativ auf diese Pläne ausgewirkt haben, da ja ursprünglich beabsichtigt war, in Salzburg mit dem Lyceum, dem Lehrerseminar und der landärztlichen Fachschule ein Ausbildungszentrum zu schaffen, dessen Einzugsbereich sich noch auf den Unterdonaukreis (Passau) und den Innkreis (Innsbruck) erstreckt hätte, was Salzburg langfristig eine beachtliche Stellung im bayerischen Unterrichtswesen eingeräumt hätte.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die spürbare Verbesserung des Unterrichts gegenüber der vorhergehenden Periode dem Umstand zu verdanken ist, daß es der bayerischen Verwaltung gelang, die von Colloredo eingeleitete Schulreform neu zu beleben. Auch darf nicht übersehen werden, daß die maßgebliche Mitwirkung der Kirche am Schulunterricht zu dieser Zeit noch von niemandem in Frage gestellt wurde, und daß deshalb auch die Herausbildung eines selbstbewußten und sozial besser gestellten weltlichen Lehrerstandes in den frühesten Ansätzen steckte[739]. Die von der Regierung erlassenen, größtenteils unrealisierbaren Verbesserungsvorschläge, die in diese Richtung zielten, waren insofern nicht völlig wirkungslos, als sie in ihrer Betonung der „Volkserziehung" den reformerischen Impuls an die Lehrerschaft weitergaben, einen Impuls, der in der darauffolgenden österreichischen Ära ausbleiben sollte.

V. DIE FINANZPOLITISCHEN MASSNAHMEN DER BAYERISCHEN VERWALTUNG

1. Schuldentilgung und Steuerwesen im Salzachkreis

Bei dem Regierungsantritt Max Josephs im Jahre 1799 hatte die bayerische Staatsschuld 28 Millionen Gulden betragen. Als Bayern von Napoleon zu dessen Gegnern übertrat, stand es vor dem Staatsbankrott. Wenn Bayern, dessen Schulden sich bei Kriegsende 1815 auf die ungeheure Summe von über 200 Millionen Gulden beliefen, einen finanziellen Zusammenbruch mit einer rapiden Papiergeldentwertung wie in Österreich vermeiden konnte, dann nur, weil der Edelmetallgehalt des bayerischen Silbergeldes erhalten blieb[740]. Den größten Anteil an der Staatsverschuldung, nämlich ca. 75 Prozent bis zum Jahre 1818, verursachten jedoch

739 Eine soziale Besserstellung der Lehrer bildete sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts heraus, vgl. *Werner K. Blessing,* Allgemeine Volksbildung und politische Indoktrination im Bayerischen Vormärz. Das Leitbild des Volksschullehrers als mentales Herrschaftsinstrument, in: ZBLG 37, 1974, S. 479–568.

740 Vgl. *Wolfgang Zorn,* Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns unter Max I. Joseph, 1799–1825, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 281–289, hier S. 283.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nicht die Kriegslasten und Kontributionen an Frankreich, sondern die Entschädigungslande[741].

Die staatliche Finanzpolitik Bayerns stand zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter zwei Hauptzwängen: dem Willen zu einer raschen und wirksamen Staatsvereinheitlichung und den Bemühungen um einen Abbau der ständig steigenden Staatsschuld. Der raschen Staatsvereinheitlichung diente vor allem die in der Konstitution von 1808 ausgesprochene Auflösung aller besonderen Verfassungen, Privilegien und landschaftlichen Korporationen der einzelnen Provinzen[742].

Wie auch in anderen süddeutschen Territorien des alten Reichs lag die Kreditwirtschaft in Salzburg in den Händen der dortigen Landschaft, die sich aus den Vertretern des Klerus, des Adels und des städtischen Bürgertums zusammensetzte[743]. Im Gegensatz zu anderen weltlichen Territorien hatten die in der Landschaft zusammengefaßten Salzburger Stände seit jeher eine traditionell schwache Stellung innegehabt[744]. Es war ihnen niemals gelungen, eine Bestätigung ihrer Freiheiten und Vorrechte zu erhalten, nicht zuletzt, weil dem Domkapitel, das über Wahlkapitulationen einen gewissen Einfluß bei der Wahl des Bischofs ausüben konnte, eine größere Bedeutung zukam. Seit dem 17. Jahrhundert war die Landschaft im Grunde genommen nur eine reine Steuereinhebungsbehörde und als solche vom jeweiligen Landesherrn abhängig.

Noch im Oktober 1810 wurde das Generalkreiskommissariat des Salzachkreises aufgefordert, ein Gutachten zu erstellen, „auf welche Art die Auflösung der Landschaft mit Rücksicht auf die Lokalität, auf die öffentliche Meinung und das Landeswohl auszuführen sein möchte“[745]. Am 10. Jänner 1811 schrieb Graf von Preysing in einem ausführlichen Gutachten, in dem auch die historische Entwicklung der Salzburger Landschaft dargestellt wurde, an den König: „. . . Auch die Unterthanen des

741 *Hans Klotz,* Der bayerische Staatshaushalt von 1799 bis 1818, Diss. oec. publ. masch., München 1953, S. 119.

742 Rbl 1808, 985–1000.

743 Vgl. *Lorenz Hübner,* Beschreibung des Erzstifts und Reichsfürstenthums Salzburg in Hinsicht auf Topographie und Statistik, Salzburg 1796, Bd. III, S. 892 „Die hohe Landschaft oder das landschaftliche Collegium besteht aus Verordneten des größeren und des kleineren Ausschusses. Erstere versammeln sich jährlich einmal zu Anfange des Frühjahres auf dem jährlich gewöhnlichen Landtage; die zweyten monatlich einmahl. Die Verordneten des größeren Ausschusses sind 1) aus dem Prälatenstande, der Fürstbischof von Chiemsee, der Domdechant, als Gewaltträger des Domkapitels, der Abbt zu St. Peter, zugleich General Steuer Einnehmer aus dem Prälatenstande, und der Probst zu Högelwerth, 2) aus dem Ritterstande, der Erblandmarschall, der Commandeur des Ruperti-Ritterordens, und noch 6 Ritter aus der Landtafel, wovon einer Generalsteuereinnehmer aus dem Ritterstande ist, 3) der Landschaftskanzler, 4) vier Verordnete aus dem Bürgerstande, wovon einer stäts von Salzburg aus dem Stadtrathe, und zugleich Generalsteuereinnehmer, einer von Hallein, und die übrigen zwey abwechselnd von den Städten und Märkten des Erzstiftes sind.“

744 Vgl. *Herbert Klein,* Salzburg und seine Landstände von den Anfängen bis 1861, in: Beiträge zur Siedlungs-, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte von Salzburg, Salzburg 1965, S. 115–136.

745 HSTA MF 13196/1 und 2.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Landes Salzburg erwarten die baldige Auflösung der ständischen Verfassung und sie werden darüber sich nicht mehr, als es überhaupt in der Natur des am Alten hängenden, und es ungern gegen das Neue, wenn auch Bessere, vertauschenden Gebirgsbewohner liegt, sich betrüben, wenn auf der einen Seite E. K. M. durch Errichtung eines Schuldentilgungsfonds die Bezahlung der Landes Schulden und der davon abfallenden Zinsen sichern und auf der anderen Seite den Unterthanen durch Errichtung einer Kreis Deputation einen Weg eröffnen, ihre Wünsche und Bitten unverfälschter an den Thron ihres Regenten zu bringen, als es bey der gegenwärtigen Verfassung, wo die Präponderanz der zwey oberen Stände offenbahr, und die Klage über derselben Exemtions- und Privilegiensucht nicht selten war, in vielen Fällen geschehen sein mochte . . . Die unglücklichen Ereignisse des vorigen Jahrs in Tirol haben bewiesen, mit welchem Glücke die Österreicher dort die Auflösung der ständischen Verfassung und den Umstand, daß die dortigen Unterthanen E. K. M. nicht gehuldigt haben, in ihren Brandschriften zur Irreführung mancher sonst in ihrem bürgerlichen Leben selbst gewissenhafter Männer benutzt haben. Soll einem solchen Kniffe, dessen Anwendung und Erfolg auch hier unter gleichen Umständen zu besorgen wäre, vorgebogen werden, so muß, wie ich glaube, mit der Auflösung der bisherigen Verfassung eine feyerliche Annahme und Beschwörung der Reichs Constitution verbunden werden . . ." Mit der vorgeschlagenen Kreisdeputation erinnerte Preysing an die in der Konstitution von 1808 enthaltenen Bestimmungen über die Kreisversammlungen bzw. Kreisdeputationen und die damit zusammenhängende Nationalrepräsentation, die jedoch nie realisiert werden sollten[746].

In der Sitzung des Staatsrats vom 5. September 1811, in der auch die Auflösung der ständischen Verfassung von Salzburg behandelt wurde, sprach sich Freiherr von Zentner jedoch gegen die Vorschläge des Generalkreiskommissärs aus, da durch die Einführung der Konstitution die ständische Verfassung in Salzburg automatisch erloschen sei und deren Mitglieder „in die Masse der übrigen Staatsbürger" einträten[747]. So wurde die „königliche provisorische" Landschaft am 4. Oktober 1811 in aller Stille aufgehoben, ohne daß die Salzburger Untertanen einen Eid auf die Verfassung leisten mußten. Wenn auch die Aufhebung der Landschaft keine lauten Proteste hervorrief, kann man doch davon ausgehen, daß ihr Ende den konservativ gesonnenen Salzburgern erneut Anlaß zur Kritik an den zentralistischen Vereinheitlichungstendenzen gab[748]. Interessant

746 Vgl. die kurze und prägnante Würdigung der Konstitution durch Eberhard Weis, in: HB IB/1, S. 52f.

747 HSTA Staatsrat 236.

748 Bei der im Salzburger Landesarchiv liegenden Schrift (HS 481): „Aufschlüsse über die Entstehung und Wirksamkeit der früher im Erzstift, Herzogtum Salzburg bestandenen und unter der bair. Regierung am 4. 10. 1811 aufgelösten Landschaft", handelt es sich um einen historischen Rückblick.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ist in diesem Zusammenhang, daß, nachdem Salzburg auch noch den letzten Rest einer Selbstverwaltung verlor und den Regierungssitz an Linz abtreten mußte, die Forderungen verschiedener Kräfte nach einer Wiederherstellung der Landschaft lauter wurden und diese von der österreichischen Regierung offensichtlich als indirekte Sympathiekundgebung für Bayern interpretiert wurden[749]. Der Versuch, den Verlust der territorialen Integrität wenigstens durch die Restitution der Landschaft, freilich in modifizierter Weise, zu kompensieren, scheiterte jedoch endgültig im Jahre 1827.

Weit mehr Schwierigkeiten als dieser verfassungsrechtliche Aspekt bereitete in der bayerischen Ära der Aufbau eines einheitlichen Staatskreditwesens, der ja aus der Auflösung der landständischen Kreditwirtschaft resultierte. Zu Recht wurde hervorgehoben, daß nach deren Ende die Kreditwirtschaft gewissermaßen „in der Luft hing", und daß nun in den Rheinbundstaaten ein Prozeß einsetzte, den man mit der Bürokratisierung, der Verrechtlichung und der Kommerzialisierung des Kredits umschreiben kann[750]. Wenn auch diese Entwicklung in Bayern mit der 1811 begründeten Staatsschuldentilgungskommission zur Vereinheitlichung der bayerischen Staatsschuld, deren Aufgabe in der Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der gesamten bayerischen Schuld bestand, am weitesten fortgeschritten war, so gab es hier doch außerordentliche Hindernisse zu überwinden.

Am 17. Oktober 1811 wurde der königliche Finanzrat Metz als Schulden-Liquidations-Kommissär für den Salzachkreis ernannt, der sich bemühte, sich möglichst rasch einen Überblick über die „beträchtlichen Schulden des ehemaligen Fürstentums Salzburg" zu verschaffen[751]. Verglichen mit anderen neubayerischen Territorien, hielt sich die mit Salzburg und Berchtesgaden nach Auflösung der Landschaft übernommene Schuldenlast von ca. 6,5 Millionen Gulden noch einigermaßen im Rahmen, wenn man bedenkt, daß beispielsweise mit der Stadt Nürnberg allein 14 Millionen Gulden Schulden anfielen[752]. Die Übernahme der Salzburger Landesschuld durch den bayerischen Staat hatte zunächst zur Folge, daß die Zinszahlungen der Tilgungskommission oft über sehr lange

749 *Wilfried Watteck,* Salzburg auf dem Weg zu einem autonomen Kronlande, in: MGSL 63, 1923, S. 17–60, hier S. 22f., S. 29–39.

750 *Hans Peter Ullmann,* Überlegungen zur Entstehung des öffentlichen, verfassungsmäßigen Kredits in den Rheinbundstaaten (Bayern, Württemberg und Baden), in: *Helmut Berding | Hans Peter Ullmann* (Hrsg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981, S. 108–132, bes. S. 115f.

751 HSTA MF 22129.

752 *Franz Segner,* Die bayerische Staatsschuld, insbesondere seit Errichtung der Staatsschuldentilgungsanstalt (1. Oktober 1811), in: Finanz-Archiv, Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen 20, 1903, S. 239, nennt für Salzburg und Berchtesgaden 6,350.000 fl. Schulden; die von *Joseph Ritter von Mussinan,* Geschichtliche Übersicht und Darstellung des bayerischen Staatsschuldenwesens, München 1831, S. 30, für Salzburg veranschlagte Schuldensumme von 10 Mill. fl. ist zu hoch gegriffen.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Zeiträume hinweg stockten, was sich umso folgenschwerer auswirken mußte, als in Salzburg zahlreiche Privatgläubiger sowie Witwen und Waisen ihr Einkommen oft ausschließlich in landschaftlichen Zinsen bezogen hatten. Wenn Preysing darauf hinwies, daß „das Auflösungsedikt der salzburgischen Landschaft . . . die schleunigste Fürsorge für die ununterbrochene Fortdauer der laufenden Zahlungen (habe) erwarten lassen, die nicht einmal in der französischen Interimszeit ausgesetzt hätten", so wird hier die Übergangskrise des Kreditsystems ganz deutlich[753]. Die Staatsschuldentilgungskommission suchte immer neue Mittel und Wege, um ihren dringendsten Verpflichtungen nachzukommen. Bereits zu Beginn des Jahres 1812 wurde in allen Kreisen des Königreichs zu einer freiwilligen Teilnahme an 2 Lotterieanlehen im Gesamtbetrag von 18 Millionen fl. aufgerufen, die, nachdem sie in der Bevölkerung nur auf geringe Resonanz stieß, ein Jahr später in Zwangsanlehen umgewandelt wurden, an denen sich jeder bayerische Staatsangehörige entsprechend seinem Vermögen beteiligen mußte[754]. Auf die folgenschweren Experimente der Disconto Cassa, die schließlich im Jahre 1814 zu einem Zusammenbruch des Finanzierungsgebäudes führten, wurde schon im Zusammenhang mit der Neuordnung des Stiftungswesens im Salzachkreis hingewiesen.

Daß sich das Desaster, in das die Bürokratisierung der Staatsschuld gemündet war, in Salzburg nicht noch schlimmer auswirkte, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß vier Salzburger Handelshäuser, insbesondere Azwanger & Eidam und Ignaz Würstl, mit beträchtlichen Summen bei der Tilgung der Salzburger Landesschulden einsprangen. Erst nach zahlreichen Petitionen, u. a. wurde in dieser Angelegenheit am 12. Oktober 1811 eine Abordnung des Salzburger Handelsstandes nach München geschickt, begann die Tilgungskommission mit der Rückzahlung, wobei jedoch betont wurde, daß der Salzburger Handelsstand die gleiche Behandlung wie die anderen Staatsgläubiger in Kauf nehmen müsse und daher eine Kosten- und Schadenersatzforderung wegen verspäteter Zahlung der Zinsen ausgeschlossen sei[755].

753 HSTA MF 22277, Bericht vom 13. Dezember 1811; am 27. Jänner 1812 wurde eine Bestimmung erlassen, wonach für den Tilgungsfonds der ehemaligen Salzburger Landschaft jährlich 50.000 fl. veranschlagt wurden, weshalb man einen halben Steuertermin und ein halbes Familienschutzgeld beantragte; vgl. *Pichler,* Landesgeschichte, S. 979. Nach *H. Klein* (Salzburg und seine Landstände, S. 112) konnten die von der Salzburger Landschaft übernommenen Schulden auf die Summe von 4,14 Mill. fl. (im Jahre 1816) gesenkt werden.

754 Vgl. *Segner,* Staatschuld, S. 248f.; *Pfest,* Abschied, S. 19f. schrieb dazu: „Das projectirte freywillige Lotterie Anlehen für 18 Mill. Gulden scheiterte an dem Patriotismus und an dem Mangel des kursierenden Geldes – auch das Zwangsanlehen brachte nicht die erwünschte Summe."

755 HSTA MF 22282. Schreiben der Staatsschuldentilgungskommission vom 25. Oktober 1812 an den König.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Mit dem Ziel, ein einheitliches und gerechteres Steuersystem zu schaffen und die chaotische Steuervielfalt zu beseitigen, hatte man in Bayern im Jahre 1808 das sogenannte Steuerprovisorium geschaffen, das anstelle sämtlicher bisheriger Steuern und Abgaben, vier direkte Steuern, nämlich die Gewerbe-, die Grund-, die Haus- und die Dominikalsteuer sowie ein zusätzliches Familienschutzgeld einführte[756].

Hier traten bei der Assimilierung des im Jahre 1811/12 in großen Teilen des Königreichs eingeführten neuen Steuersystems an das salzburgische Steuersystem insofern gravierende Mängel auf, als im Salzachkreis vorerst nur das Familienschutzgeld eingeführt wurde und mehrere Jahre lang alte und neue Steuern parallel liefen, so daß das von der Staatsschuldentilgungskommission für das Etatsjahr 1811/12 ausgeschriebene sogenannte „außerordentliche Familienschutzgeld" eine unzumutbare Belastung bedeutete[757]. Beendet wurde dieser Zustand erst im Jahre 1814, in dem auch der Salzachkreis in das Steuerprovisorium einbezogen wurde[758]. Im selben Jahr erfolgte auch eine Modifikation des Familienschutzgeldes, da die bisherige Regelung als unsozial angesehen wurde[759].

---

756 Druck der Verordnungen, in: *Karl Bosl* (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern. Abteilung III, Bayern im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 3, Regierungssystem und Finanzverfassung, bearbeitet von Rolf Kiessling und Anton Schmid, München 1977, S. 324–331.

757 HSTA MF 22277. In seinem umfangreichen Bericht vom 13. Dezember 1811 schrieb Preysing: „Wenn es wahr ist, daß der größte Theil des Publikums den Werth einer Regierung nur nach den größeren oder minderen Steuern bemißt, die sie von ihm heischet, so lässt es sich nicht läugnen, daß die Bewohner der neu adquirirten Theile des Salzachkreises ihren dermaligen Zustand gegen jenen unter den vorigen Regierungen um vieles verschlimmert achten; denn, während die alten direkten Steuern, ja im salzburgischen Gebiethe selbst die der Landeskultur so verderblichen Zulehensteuer, im Inn- und Hausruckviertel das doppelte Weggeld, und der Viehaufschlag fortdauern, wurden das Familienschutzgeld, eine die alten Bezüge oft zwanzigfach übersteigende, besonders auf dem Grundeigenthum und den Kapitalien lastende Taxordnung, der neu regulirte Getränkeaufschlag, das Weggeld Surrogat, eine Menge erhöhter Konsumtions-Auflagen hinzugefügt und dabey den Unterthanen die . . . mißbraucht werdende Konkurrenzpflichtigkeit zum Straßenbau auferlegt, welche neue Lasten, die wenigen dagegen aufgehobenen Abgaben z. B. das Viehkaufrecht, Sperrgeld und dergleichen . . . um das zehnfache überwiegen."

758 VO vom 18. Februar 1814; Rbl 1814, 337; durch diese Verordnung wurden u. a. das Ristgeld auf dem Lande, die Vogtsteuer in den Gerichten Tittmoning und Waging, die Zulehensteuer, die bisherige Real- und Personalgewerbssteuer und die Gewerbswillengelder, in Berchtesgaden die Grund- und Kapitalsteuer und die Gewerbssteuer einschließlich der Karrensteuer, im Inn- und Hausruckviertel die 6 Ristgelder, der Pfennigbetrag, die Viehaufschlag, der Dominikalsteuerzuschlag und die Beamtensteuer aufgehoben.

759 Neu war jetzt, daß die Familiensteuer nicht wie bisher nach der Gesamtsteuer bemessen wurde, sondern als Zuschlag zu den einzelnen Steuern erhoben wurde. Diese Steuer wurde jetzt nach 10 (statt 8) Abteilungen erhoben. Die erste Abteilung umfaßte gemeine Taglöhner, die zweite Abteilung Dienstboten, Gesellen etc. Hauseigentümer zahlten als Familiensteuer $^1/_{10}$ des Haussteuersimplums, Grundeigentümer $^4/_{10}$ des Rustikalsteuersimplums, Gewerbetreibende $^1/_5$ der ordentlichen Gewerbesteuer etc.; vgl. *Georg Schanz*, Das bayerische Ertragssteuersystem und seine Entwicklung, in: Finanz-Archiv 17, Bd. 2, 1900, S. 31f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Auch im benachbarten Innkreis war es zwischen dem Münchener Finanzdepartement und dem Generalkreiskommissär Freiherrn von Lerchenfeld bezüglich der Steuern zu einer heftigen Kontroverse gekommen[760]. So hatte man in Tirol zur Tilgung der angelaufenen Zinsrückstände 1811/12 vier halbe Steuertermine ausgeschrieben. Lerchenfeld protestierte nachdrücklich gegen eine weitere Belastung der ohnehin wirtschaftlich erschöpften Gebirgsbevölkerung, indem er u. a. auf die mit hohen Hypotheken belasteten Bauerngüter und die steigende Zahl der Konkurse hinwies. Mit dem Argument, daß der Steuerertrag im Innkreis bei weitem niedriger sei als in irgendeinem anderen Kreise mit dem vierfachen Familienschutzgeld, schrieb Montgelas an den Kronprinzen, das Finanzdepartement könne S. M. nicht anraten, dem Innkreis „in dem System der Auflagen ausnahmsweise und sozusagen zum Nachtheile der übrigen Unterthanen" einen Sonderstatus einzuräumen[761]. Die Auseinandersetzung endete schließlich damit, daß sich der Kronprinz im wesentlichen der Meinung Lerchenfelds anschloß und die Erhebung der Steuern bis auf weiteres aussetzen ließ. Dieses Beispiel mag verdeutlichen, daß man bei der steuerlichen Belastung keine Rücksicht auf regionale Unterschiede nahm, wodurch die einkommensschwächsten Gebiete des Königreichs, an deren Spitze der Inn- und Salzachkreis lagen, am meisten zu leiden hatten.

Zu den Belastungen der Bevölkerung durch die direkten Steuern kam noch eine Reihe von indirekten Steuern, von denen der Malzaufschlag die wichtigste Verbrauchssteuer war[762]. Heftige Kritik übte der Generalkreiskommissär an der hohen Taxordnung in Gegenständen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die durch eine „übel angewandte Multiplications Sucht" in Form von doppelt bzw. mehrfach ausgefertigten Briefen (notariellen Urkunden) noch drastisch erhöht würde[763]. So könnten im Inn- und Hausruckviertel Berechnungen angestellt werden, aus denen hervorging, daß den Untertanen, das, was sie an ordentlichen Grundsteuern nach dem Steuerprovisorium einsparen würden, an Taxen und Sporteln dreifach wieder abgenommen würde.

Ziemlich problematisch war die Klassifikation der Grundstücke und Häuser, bei der als einheitlicher Maßstab der Kurrentwert zugrunde gelegt wurde. Diesen bestimmte man durch die Feststellung der Kaufschillinge der letzten 20 Jahre. Die eidliche Schätzung durch Sachverständige basierte im Grunde genommen nur auf den Angaben der Eigentümer, die

760 Vgl. *Götz Freiherr von Pöllnitz*, Kronprinz Ludwig von Bayern und Graf Montgelas nach ihrem Briefwechsel von 1810 bis 1816, in: ZBLG 7, München 1934, S. 43f.

761 GHA Nachlaß Ludwig I. I A 22 Schreiben Montgelas vom 31. Juli 1812.

762 Während der Bierpfennig, Fleischaufschläge und seit 1815 Mehlaufschläge in erster Linie der Deckung von Kommunalbedürfnissen dienten, flossen die anderen indirekten Steuern, die staatliche Tabakregie und der Malzaufschlag direkt in die Staatskasse.

763 GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

den Wert selbst öffentlich fatieren mußten. Es wurde kritisiert, daß die Steuerschätzer oft keine Lokalkenntnisse besäßen und die Schätzungen häufig nur im Zimmer vornähmen. Nicht selten würde dabei ein Häusler mit einer größeren Steuer belegt als ein großer Bauer[764]. Gegenüber der alten salzburgischen Verfassung seien die Steuern durchschnittlich bei Grund- bzw. Hausbesitz um die Hälfte gesenkt worden. Allerdings habe man dafür andere Steuern und Abgaben eingeführt.

Darüber hinaus war es praktisch unmöglich, eine für die Besteuerung notwendige brauchbare Bodennutzungstabelle herzustellen, da die Bauern stets neue Auflagen fürchteten und mit den Angaben über den Ertrag ihres bzw. ihres Nachbarn Bodens weit hinter der Wahrheit zurückblieben[765]. Es ist daher nicht verwunderlich, daß aufgrund der zahlreichen Schwierigkeiten im Salzachkreis zu dieser Zeit nur allererste Ansätze zu einem Grundsteuerdefinitivum zu verzeichnen sind, das auch im Königreich Bayern in dieser Form nicht realisiert werden konnte.

Wenn man auch davon ausgehen kann, daß nur ein Teil der ordentlichen und außerordentlichen Steuern und Abgaben tatsächlich eingehoben wurde[766], so mußten doch die ständigen finanziellen Forderungen des Staates, der seinerseits nicht einmal mehr seinen eigenen Verpflichtungen nachkommen konnte, einen starken „Anti-München-Affekt" in der Bevölkerung hervorrufen. Dies umso mehr, als sich selbst die mit der Ausführung der angeordneten Maßnahmen betrauten Mittel- und Unterbehörden von dieser Politik distanzierten und statt dessen, wie Preysing, finanzielle Unterstützung für ein wirtschaftliches Förderungsprogramm forderten, was langfristig ja auch der Staatskasse zugute gekommen wäre.

Andererseits sind gewisse Bemühungen zur Behebung des viel beklagten Kapitalmangels erkennbar. So finden sich in der zeitgenössischen Literatur mehrfach Forderungen nach der Schaffung eines zweckmäßigen Kreditsystems als eine der Hauptbedingungen für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, insbesondere auf dem Agrarsektor. In Bayern existierten damals nur sehr wenige große Handels- und Bankhäuser, wie

764 SLA 43/22; „Gedanken über das neu eingeführte Steuerprovisorium im Königreich Baiern, wovon die Steuern im Salzburgischen pro ao. 1814/15 erstmals eingehoben wurden"; (Beilage zu *Pfest,* Abschied der Salzburger von den Bayern).

765 GHA ARO 37/2, JB 1812/13; die Besteuerung von Grund und Boden basierte zunächst auf einem fiktiven Bruttoertragswert, der allein auf der Bodenqualität und der Fläche des betreffenden Eigentümers beruhte, wobei der tatsächliche Betrag nicht besteuert wurde, da man damit einen gewissen Investitionsanreiz schaffen und auf diesem Umweg das Steueraufkommen erhöhen wollte.

766 So wurde am 17. Februar 1814 die Finanzdirektion des Salzachkreises angewiesen, daß mit dem Jahre 1813/14 ruhende, niederzuschlagende und absolut uneinbringliche Gefälle gestrichen werden könnten, ebenso die Ausstände aus den früheren Jahren, jedoch nur gegen vorgeschriebene Genehmigung. Der Steuerertrag blieb stets hinter den Erwartungen der Finanzbehörden zurück.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sie in anderen süddeutschen Territorien, vor allem in freien Reichsstädten, vorhanden waren[767].

Was den Kleinkredit betraf, wollte man mit der Errichtung von staatlich überwachten Leihanstalten in den Städten der Armut durch „Steuerung des Wuchers und zur Unterstützung der Dürftigkeit" begegnen[768]. Auch in Salzburg wurde ein Leihhaus als einziges Institut für den ganzen Kreis gegründet. Der allgemeine Geldmangel und die „verminderte Lust, Geld dem öffentlichen Fonds anzuvertrauen", verhinderten jedoch eine ausreichende Fundierung, so daß die Hilfsbedürftigen weiterhin Zuflucht zu „Wucherern" nehmen mußten[769]. Bezüglich des Hypothekenwesens mußte man sich in der bayerischen Ära mit unbefriedigenden Provisorien begnügen. Während in Österreich bereits ein vorbildliches Grundbuchsystem herrschte, sah laut Aussage Preysings der „ganze altbaierische und salzburgische Theil des Kreises mit wahrer Sehnsucht der allgemeinen Einführung der Hypothekenbücher durch das neue Zivil Gesetzbuch entgegen"[770]. Bis zum Jahre 1810 waren sowohl die Verpfändungen der Dominicalien als auch der Rusticalgüter in besonderen Verzeichnissen, dem adeligen Vormerkbuch und den Notelbüchern, eingetragen worden. Im Zuge der Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit wurde dieser das Recht entzogen, Grundbücher zu führen, was in der Praxis den Zusammenbruch des bis dahin bestehenden, dem österreichischen ähnlichen salzburgischen Grundbuchsystems bedeutete. Die jetzt fehlende Eintragung im Grundbuch machte Belastungen von Liegenschaften kaum ersichtlich. In der Kreishauptstadt behalf man sich mit den von dem Assessor Jacob Mößl privat angelegten Hypothekentabellen, auf denen später das Hypothekenwesen der Stadt Salzburg aufbaute[771]. Angesichts der Tatsache, daß viele Realitäten über die Hälfte ihres Wertes gesunken waren, bezeichnete Preysing die nach wie vor geltenden salz-

767 Häufig mußte der Staat seine großen Finanzanleihen bei Handels- und Bankhäusern außerhalb Bayerns tätigen; vgl. *L. Hümmert,* Die finanziellen Beziehungen jüdischer Bankiers und Heereslieferanten zum bayerischen Staat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1801–1818), München 1927.

768 VO vom 24. September 1808; Rbl 1808, 2518.

769 HSTA MH 291; Bericht Preysings vom 10. Februar 1812; das Generalkreiskommissariat erhielt darauf den Auftrag, „für das Leihhaus eine selbständige Verfassung vorzuschlagen, daß das allenfalls irregeleitete Publikum wieder volles Vertrauen in diese Anstalt gewinnen und überzeugt werden möge, daß die oberste Staatsgewalt über die öffentlichen Leihhäuser sich in keinem Falle auf die Disposition über das Vermögen . . . dieser Anstalten erstrecken werde, sondern lediglich auf den diesen öffentlichen Instituten gebührenden Schutz". Auch hier dürfte es sich um die Übergangskrise von der ständischen zur öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft handeln.

770 GHA ARO 37/2, JB 1813/14; das Hypothekenrecht wurde in Bayern erst im Jahre 1822, noch vor dem Erscheinen eines neuen Zivilgesetzbuches, geregelt; vgl. *M. Stolleis,* Das bayerische Hypothekengesetz von 1822, in: *M. Stolleis,* Die bayerische Gesetzgebung zur Herstellung eines frei verfügbaren Grundeigentums, Frankfurt 1976, S. 240–272.

771 *Peter Putzer,* Rechtspflege in Salzburg, in: Salzburg Dokumentationen 44, Salzburg 1979, S. 116f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

burgischen Verordnungen, die die Verpfändung eines Guts über die Hälfte und eines Hauses über ein Drittel des geschätzten Wertes nicht zuließen, für die Kreditaufnahme als wenig hilfreich[772].

Die Untertanen vor Brandkatastrophen finanziell absichern sollte die am 1. Oktober 1811 etablierte, schon bald als vorbildlich gerühmte allgemeine Brandversicherungsanstalt. Im Sommer 1811 brannte der Markt Saalfelden völlig nieder. Durch einen Irrtum der Behörden waren schon einige Landgerichte dieser Anstalt noch vor deren offizieller Gründung durch Beitragszahlung beigetreten. Auf die Petition der Bürger von Saalfelden hin entschloß man sich, „um die Versicherungsanstalt nicht für immer gehässig zu machen", ausnahmsweise die Entschädigungssumme von der „Landesassekuranz" zu bestreiten[773]. Darüber hinaus wurden im Salzachkreis und in anderen Kreisen des Königreichs Sammlungen für den abgebrannten Markt durchgeführt, so daß der Wiederaufbau relativ rasch voranging.

2. Die wichtigsten Staatseinkünfte aus dem Salzachkreis

a) Der Verkauf von Staatsrealitäten

Ein sehr beträchtlicher Teil der Einkünfte des bayerischen Staates zu Beginn des 19. Jahrhunderts stammte aus dem Verkauf von Staatsrealitäten. Grundsätzlich ist hierzu zu bemerken, daß sich der Staat bei Säkularisationsbesitz ebenso wie bei Neuerwerbungen aus Privattiteln an „Landen, Leuten, Herrschaften, Gütern, Regalien und Renten mit allem Zubehör" als vollständig berechtigter Rechtsnachfolger betrachtete, der darüber auch frei disponieren konnte. Hinzu kam, daß auf den Domänen häufig Schulden lasteten, die ja mit übernommen werden mußten, und daß die Mieterträge der dem Staat gehörigen Gebäude die Unterhaltskosten oft bei weitem nicht deckten. Angesichts dieser Tatsache und aufgrund des dringendsten Finanzbedarfs wurde der Verkauf von Staatsrealitäten als eines der wichtigsten Rettungsmittel für die Staatsfinanzen betrachtet[774].

Bei den im Salzachkreis ausgeschriebenen Grundstücken und Gebäuden handelte es sich in erster Linie um Amtswohnungen, verschiedene domkapitelsche Besitzungen sowie einige Burgen und Schlösser, die jedoch oft in einem schlechten baulichen Zustand waren, da die Salzburger Landschaft schon früher aus ihrer teilweisen Abtragung finanziellen Nutzen gezogen hatte[775]. Die meisten Staatsrealitäten wurden im Salzachkreis im Jahre 1813 zum Verkauf ausgeschrieben, also zu einem Zeitpunkt, als man auch die Veräußerung der Stiftungsgüter plante. Grundsätzlich soll-

772 GHA ARO 37/2, JB 1813/14.

773 HSTA MH 328.

774 Vgl. *Walter Demel,* Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/07–1817, Diss. masch., München 1981, S. 297f.

775 Die zum Verkauf bestimmten Gebäude und Grundstücke sind bei *Pichler,* Landesgeschichte, S. 990f. aufgezählt.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

te der durch meist öffentliche Versteigerungen erfolgte Verkauf nur zu freiem, mit einem Bodenzins belasteten Eigentum gestattet sein, wovon jedoch offensichtlich Ausnahmen gemacht wurden[776].

Bis zum April 1813 waren im Salzachkreis bereits infolge der Veräußerung von Staatsrealitäten 2600 Tagwerk an Acker und Wiesenland in Privatbesitz übergegangen. Wenn von offizieller Seite betont wurde, daß der von der Regierung gehandhabte Grundsatz erleichterter Dismembrationen für die Produktion die fruchtbarsten Folgen haben werde und außerdem in „geldarmen Zeiten der Wechsel der Grundstücke das Tausch- und Kaufsmittel" ersetzen müsse und sich „bei geänderten Umständen . . . die Güter nach den Forderungen der Industrie von selbst wieder" arrondieren würden, hielten die Kritiker dem entgegen, daß die „Verschleuderung von landesherrlichen Besitzungen" zu einem weiteren Preisverfall der Bauerngüter und zu einem Anstieg der Konkurse beigetragen habe, ein Argument, das freilich nicht von der Hand zu weisen ist.[777].

Der forcierte Verkauf von Staatsrealitäten im Salzburgischen erregte schon früh das Mißfallen der österreichischen Unterhändler am Wiener Kongreß. So berichtete der bayerische Gesandte Graf von Rechberg am 24. Dezember 1814 aus Wien an den König, daß ihm der Staatsrat von Hudelist in einer vertraulichen Mitteilung eine Liste geschehener Verkäufe von Staatsgütern überreicht habe, die die Aufmerksamkeit S. M. des Kaisers auf sich gezogen hätten, worüber die Staatskanzlei jedoch keine offizielle Beschwerde führen wolle[778].

Bei den Verhandlungen zum Münchener Vertrag erwiesen sich die „jüngst veräußerten Domänen" als eine besonders prekäre Angelegenheit[779]. Man einigte sich schließlich darauf, daß die österreichische

776 Am 24. Dezember 1813 ging das landesherrliche Gut Seehaus um 6722 fl. (Ausschreibungspreis 4500 fl.) mit allen Rechten in Privatbesitz über. Die meisten der ehemals domkapitelschen Untertanen im Flachland lehnten eine Reluition der Naturalleistungen ab. Nach dem Territorialwechsel weigerten sich die österreichischen Untertanen für Seehaus weiterhin, Robotdienste zu leisten. Der Besitzer beschwerte sich bei der österreichischen Regierung, worauf diese erklärte, mit der Auflösung des für sie „wohltätig bestandenen grundherrlichen Verbandes in ein jetzt fremdherrliches" Territorium seien die Untertanen zum Robot nicht mehr verpflichtet; HSTA Salzburg Hofkommission 23/164.

777 Skbl 1813, 557–560; *Pfest,* Abschied, S. 28. Die sich hier anschließende Frage, inwieweit der Staat von diesen Verkäufen profitierte, wird heute noch kontrovers diskutiert. Vor allem *Demel* (S. 299f.) hebt die aus der Perspektive der obersten Finanzbehörde unbedingte Notwendigkeit des Verkaufs von Staatsrealitäten hervor, gesteht aber zu, daß diese Aktion nur kurzfristig helfen konnte. *W. Zorn* (Die wirtschaftliche Entwicklung, S. 283) betont, daß die Kirchengutsversteigerungen häufig unter dem Nutzwert erfolgten, da der Staat als Zwischeneigentümer unter Geldbedarfsdruck stand. Der preußische Gesandte schrieb 1814, daß die Verkäufe von Domänen in den seit 1806 erworbenen Provinzen, die auf 120 Millionen geschätzt würden und die mehr verschleudert als verkauft seien, die Finanzlage kaum verbessern würden; Bericht Küsters an Friedrich Wilhelm III. vom 8. August 1814, PGB I, S. 12f.

778 HSTA MA 39519.

779 Bericht des preußischen Gesandten an Friedrich Wilhelm III. vom 4. April 1816, PGB I, S. 66f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Regierung den Verkauf der Domänen grundsätzlich akzeptierte, sofern er nicht im Inn- und Hausruckviertel nach dem 23. April 1815, im übrigen Teil des ehemaligen Erzstifts dagegen nicht nach dem 24. Jänner 1816, erfolgt sei[780].

Die bayerischen Finanzbehörden verstanden es jedoch, in einigen Fällen diese Bestimmungen erfolgreich zu umgehen. Kurz vor der Abtretung Salzburgs wurde noch schnell die ohnehin mit Zahlungsrückständen belastete staatliche Brauerei Kaltenhausen an die Witwe Karl Theodors, einer Habsburgerin, verkauft. Bei dem Verkaufsertrag von 128.000 Gulden handelte es sich um einen der größten Staatsrealitätenverkäufe, zu denen der bayerische Staat in dieser Zeit noch in der Lage war[781].

Da die oben genannte Frist nicht eingehalten werden konnte, wurde der Verkaufsvertrag einfach vordatiert. Laut Auskunft Pichlers, der als Finanzrat ja Einblick in die Verkaufsgeschäfte hatte, belief sich der Erlös des bayerischen Staates aus der Veräußerung der Staatsrealitäten im Salzachkreis, einschließlich der Brauerei Kaltenhausen, auf insgesamt 800.000 Gulden[782].

Einen anderen Weg schlug man bei den Marmorbrüchen vom Untersberg ein[783]. In der bayerischen Ära hatte man sich mit Erfolg um eine höhere Rentabilität der Marmorbrüche bemüht, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bereits mit einem Defizit betrieben worden waren. Kurz vor der Abtretung Salzburgs an Österreich wurde durch einen Erlaß der bayerischen Finanzdirektion vom 29. Februar 1816 das ganze Untersberggebiet aus dem bayerischen Staatsbesitz in den Privatbesitz des bayerischen Kronprinzen übergeben, wobei man sich auf eine am 28. August 1813 angefertigte Schenkungsurkunde des Königs an den Kronprinzen berief. Die zu diesen Vorgängen später von Montgelas in seinen Erinnerungen abgegebene Stellungnahme läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß man auch hier nicht den legalen Weg gewählt hatte[784].

---

780 Artikel X und XI des Münchener Vertrags.

781 Metternich beschäftigte sich in einem Schreiben vom 9. Februar 1816 mit der Verschleuderung von Domänen im Innviertel und in Salzburg, insbesondere mit dem Verkauf der Brauerei in Kaltenhausen. Der österreichische Unterhändler Wacquant habe, so seine Anordnung, zu verlangen, daß solche Schritte unterblieben, sonst würde Österreich öffentlich solche Verkäufe für ungültig erklären; ÖGB I, S. 76 Anm. 1.

782 SLA Tagebuch Pichler; Eintrag zum 4. Mai 1816.

783 Vgl. *Alois Kieslinger,* Die Besitzverhältnisse der Untersberger Marmorbrüche im 19. Jahrhundert, in: MGSL 101, 1961, S. 309–315.

784 „Auch waren durch vordatierte Dokumente der verwitweten Churfürstin die große Brauerei in Kaltenhausen sowie dem Kronprinzen die für seine Bauten sehr erwünschten Marmorbrüche am Untersberg überlassen worden. Diese Umstände brachte man in Wien in Erfahrung und fand sich dadurch zur Geltendmachung strenger Grundsätze veranlaßt, welche um so minder bestritten werden konnten, als sie eigentlich die nämlichen waren, auf welche wir uns selbst bei verschiedenen Anlässen, insbesondere bei der Säkularisation von 1803 beriefen. Gleichwohl behielt der Kronprinz seine Marmorbrüche und der bayerische Fiscus erstattete auch den Kaufschilling für das Kaltenhauser Bräuhaus nicht zurück, wiewohl dasselbe schließlich der Churfürstin verblieb." *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 520.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Vor allem in den letzten Monaten machten sich die bayerischen Behörden nicht nur bei österreichisch gesonnenen Beobachtern durch ihr „Verschleppungssystem" sehr unbeliebt[785]. Die Unterbehörden handelten hierbei größtenteils ohne ausdrückliche Instruktion, wohl aber mit stillschweigender Duldung der Oberbehörden, die so bei Protesten von seiten Österreichs jede Verantwortung ablehnen konnten. Dieses Vorgehen muß auch aus der außerordentlichen Verbitterung über die Abtretung Salzburgs heraus verstanden werden, was die österreichische Seite offensichtlich aus diplomatischen Gründen tolerierte, da man die sich gerade stabilisierenden Beziehungen zwischen Bayern und Österreich nicht mit weiteren Ressentiments belasten wollte[786].

b) Die Einkünfte aus dem Berg- und Salinenwesen

Jahrhundertelang hatte der Bergbau als ein wichtiges Regal der Erzbischöfe im Erzstift eine bedeutende Rolle gespielt. Der Umstand, daß Salzburg in der bayerischen Ära ein Ober-Bergkommissariat erhielt und damit Verwaltungssitz eines der drei Hauptbergsdistrikte in Bayern wurde, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß das salzburgische Mon-

785 Bereits im November 1815 erhielt Preysing aus München die Anweisung, dafür Sorge zu tragen, daß das königliche Eigentum gerettet werde. Er schlug vor, im Falle von weiteren wichtigen Instruktionen, die nicht zum Ressort des Generalkreiskommissärs gehörten, selbst nach München zu reisen, um dort weitere Weisungen Montgelas' mündlich entgegenzunehmen, da auf diese Weise in einer halben Stunde mehr beschlossen werden könne als in einer langen Korrespondenz, was dann auch geschah. In erster Linie dürfte es sich dabei um die auf Salzburg bezüglichen Pläne, Landkarten und Dokumente gehandelt haben, die noch im Dezember größtenteils nach Reichenhall gebracht wurden. Im Jänner und Februar wurden verschiedene Depositengelder zum Teil an die Staatsschuldentilgungskasse nach München bzw. in den bayerischen Teil des Salzachkreises transferiert. Anfang April wurde durch den Hofmarschall von Washington die Einrichtung des Kronprinzen aus dem Mirabellschloß nach München überführt. Zur gleichen Zeit begann man die Festung in Salzburg zu räumen, wobei der Festungskommandant Oberst von Epplen auf die größte Behutsamkeit zu achten hatte. So schrieb Montgelas am 5. April 1816 an den Kriegsminister von Triva, „daß nach dem dermal herrschenden Geiste zu schließen, wohl vorausgesehen werden könne, daß die Evacuation so friedlich nicht als jene von Kufstein geschehen werde, wenn nicht alle Vorsicht und aller Anstand dabei beobachtet wird"; HSTA MA 39518; STAM Skr 646.

786 Darüber hinaus fehlte der österreichischen Seite oft eine rechtliche Grundlage. Der österreichische Gesandte von Hruby berichtete am 13. Juni 1816 aus Salzburg an Metternich: „Bei meinem Aufenthalt in Salzburg sprachen sowohl der Kaiser als der Hofkanzler Lazansky über die Verschleuderung verschiedener hiesiger Studienfonds durch die bayerische Regierung und über andere Entfremdungen bei oder vor der Übergabe des Landes. Hierauf entgegnete ich in Gegenwart des Übernahmskommissars Freiherrn von Hingenau, daß ich die Tatsachen nicht in Abrede stellen könne; aber die Vorgänge seien sowohl dem König wie dem bayerischen Ministerium fremd und mindestens nicht durch deren Befehle veranlaßt. Schuld daran werden die Unterbeamten sein . . . Der Kaiser billigte meine Ansicht und der Hofkanzler setzte hinzu, daß es schwer fallen würde, zu einem Ersatz zu kommen, da die Stiftungsbeträge bedeutend und das Sprichwort beati possedentes gegen uns sei." ÖGB I, S. 107: Über einzelne strittige Punkte sollten die beiden Hofkommissionen länger als ein Jahrzehnt verhandeln.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tanwesen einen schweren strukturellen Niedergang erlebte, von dem auch vom Bergbau abhängige Gewerbe, wie beispielsweise die Frächterei, in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dies erkannte auch der Leiter des Bergkommissariats, der durch sein umfangreiches Mineralienkabinett in Salzburg bekannte Bergrat Kaspar Schroll[787].

Im November 1812 beschwerten sich mehrere Untertanen im Gebirge beim Generalkreiskommissariat, daß ihre Forderungen an die königlichen Berg- und Hüttenämter für geliefertes Holz, Kohlen und geleistete Arbeitsschichten nicht erfüllt würden. Die Generalbergwerkskommission in München schrieb dies dem Umstand zu, daß die Bergwerksprodukte keinen Absatz fänden, die Berggefällenkasse in Salzburg selbst noch beträchtliche Außenstände hätte und daß außerdem noch ein aus der österreichischen Zeit herrührender Personalüberhang bestünde[788]. Versuche, die großen Vorräte an Berg- und Hüttenprodukten, namentlich Messing, Schwefel und Vitriol, selbst zu einem bedeutenden Preisnachlaß zu verkaufen, schlugen fehl. Weder die Finanzkasse des Salzachkreises noch die Salzburger Berggefällenkasse sah sich in der Lage, die Rückstände zu begleichen. Die Situation spitzte sich zu, als einige Gläubiger in Konkurs gerieten. Ein erneuter Versuch der Generalbergwerksadministration in München, zur Deckung der dringendsten Rückstände bei der Staatskasse einen Vorschuß in Höhe von 100.000 fl. aufzunehmen, wofür ein Teil der Hüttenprodukte verpfändet werden sollte, wurde vom Finanzministerium abgelehnt. Laut Bericht Preysings vom 12. Mai 1814 hätten die Rückstände mittlerweile zu „einem beträchtlichen Skandal geführt, indem dermal Bittblätter in Salzburg, besonders bei der Bürgerschaft, verbreitet und förmlich Almosen gesammelt werde, um die Bergknappen, welche von den Bergwerkskassen ihren Lohn nicht erhalten könnten, nicht Hungers sterben zu lassen“[789]. Offensichtlich unter dem Druck der Umstände wurden nun aus der Staatskasse 25.000 Gulden zur Verfügung gestellt, wofür eine entsprechende Menge von Berg- und Hüttenprodukten nach München gesendet wurde. Außerdem konnte unter Verpfändung weiterer Materialvorräte im Jahre 1814 bei dem Salzburger Händler Joseph Würstl eine Anleihe in Höhe von 30.000 Gulden aufgenommen werden, womit zumindest die dringendsten Forderungen getilgt wurden.

Neben der Post und dem Lotto bildeten die Einnahmen aus den Salinen als „zentralisierte Gefälle“ zweifellos den Löwenanteil an den bayeri-

787 Er schrieb am 13. März 1814 an Moll: „Bey so schreyenden Geldmangel der Bergwerkskassen muß alles theuer accordirt werden. Wie kann es dann mit der reinen Ausbeute stehen! Es ist äußerst schwierig zu amtiren; bald muß eine Änderung oder der Fall einiger Bergwerke geschehen“; *Moll,* Briefwechsel, Bd. 4, S. 1242.

788 HSTA MF 14112.

789 Die Mitteilungen Pfests lassen darauf schließen, daß österreichische Patrioten in Salzburg diesen „Skandal“ verursachten.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

schen Staatseinnahmen[790]. Ausbau und Sicherung des bayerischen Salzhandels waren, wie bereits erwähnt, Hauptmotive gewesen, warum die bayerische Regierung Salzburg und Berchtesgaden schon frühzeitig in ihren Erwerbungsplänen einen besonderen Platz einräumte.

In den Jahren 1810 bis 1814 besaß Bayern mit Tirol, Salzburg und Berchtesgaden in Süddeutschland das Salzmonopol. Nach einem Memorandum des Generaladministrators der Salinen betrug deren Reinertrag im Jahre 1813 1,8 Millionen Gulden, wobei auf den Außenhandel etwa 42 Prozent dieser Summe entfielen[791]. Seinen Angaben nach rangierte die Saline von Hallein an letzter Stelle, da sie für den Export unbrauchbar und nur für die Eigenversorgung auf der Salzach geeignet war, wogegen die Reichenhaller Saline mit der größten Salzproduktion, die als Quellzufluß von Reichenhall bedeutsame Berchtesgadener Saline und die Saline von Hall/Tirol, die vor allem für den Export nach Italien und der Schweiz sehr gewinnbringend war, zweifellos wichtiger waren. Utzschneider hatte sich übrigens dafür eingesetzt, daß der 1809/10 bestehende Plan, die Salzburger Salinen an eine Privatgesellschaft zu verpachten, nicht realisiert wurde[792]. Sowohl Preysing als auch die Generalbergwerksadministration kritisierte scharf das Vorgehen der Generalsalinenadministration, die „in einem nie bekannten Umfange, ... das Obereigenthum selbst solcher öder Strecken, welche bisher nicht Bestandtheil der Salinenwaldungen" waren, beanspruchte und diese Gründe unter Ausschluß der zuständigen Polizeibehörden nur versteigerungsweise abgeben wollte und gleichzeitig die bisher freie Holzabgabe an die königlichen Berg- und Hüttenämter aufhob[793].

Die Einnahmen aus dem Salzmonopol blieben offensichtlich weit hinter den Erwartungen zurück, wenn auch die Äußerung Montgelas', die Wichtigkeit, die man den Salinen beilegte, sei in hohem Maße übertrieben gewesen, und die um Berchtesgaden vermehrten Salinen hätten durchaus nicht des Zuwachses jener von Hallein bedurft, da schon damals Absatzschwierigkeiten und eine daraus resultierende Verteuerung der Salzproduktion vorauszusehen gewesen seien, aus dessen Bemühungen heraus zu verstehen ist, das Ergebnis des Münchener Vertrages zu rechtfertigen[794]. Mit dem Verlust der Salinen von Hall und Hallein ging der gesamte Reinertrag aus den Salinen auf jeden Fall zurück, wenn auch die wichtigen Salinen von Reichenhall und Berchtesgaden nach wie vor im bayerischen Besitz verblieben.

790 *H. Klotz,* Der bayerische Staatshaushalt, S. 134f.

791 HSTA MA 138; Memorandum vom 16. November 1813.

792 Utzschneiders Nachfolger als Generaladministrator der Salinen wurde der bekannte Geologe Matthias Flurl (1756–1823), auf dessen Vorschlag hin im Jahre 1809 die Reichenhaller Soleleitung nach Rosenheim verlängert wurde; vgl. *Ludwig Hoffmann,* Oekonomische Geschichte Bayerns, Erlangen 1885, S. 23–27.

793 HSTA MF 14254 und MF 22277.

794 *Montgelas,* Denkwürdigkeiten, S. 510, 516.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Nach der Abtretung Salzburgs führten die bayerische und die österreichische Hofkommission noch jahrelang Verhandlungen über die Salzfrage[795]. In der Salinenkonvention vom 18. März 1829 wurden die Forderungen Utzschneiders insofern verwirklicht, als Bayern die Nutznießung der Salinenwälder von Lofer und Saalfelden zugesichert wurde[796]. Außerdem erhielt Österreich das Recht zugesprochen, im Salzbergwerk Hallein mit seinem Grubenfeld auf etwa 1500 Meter in bayerisches Gebiet vorzustoßen, wofür es die bereits im Artikel 7 des Münchener Vertrages festgelegten 200.000 Zentner Salz Bayern jährlich zum Selbstkostenpreis überlassen und noch eine Anzahl bayerischer Arbeiter beschäftigen mußte. Die Existenz dreier bayerischer Forstämter auf heutigem österreichischem Boden, ein Ergebnis der Salinenkonvention, ist eines der wenigen Relikte, das an die einstige Zugehörigkeit Salzburgs zu Bayern erinnert.

795 Vgl. *Hans Kroczek,* Zur Geschichte der Saalforste und der Salinenkonvention, in: MGSL 104, 1964, S. 143–202; 105, 1965, S. 259–375, hier S. 315f.

796 Zum Inhalt der Salinenkonvention von 1892 vgl. *Kroczek,* Salinenkonvention S. 351–368; sie erfuhr im Münchener Abkommen vom 25. März 1957 eine Neufassung.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

C. Das geistig-kulturelle Leben in Salzburg

I. SALZBURG AM ENDE DER SPÄTAUFKLÄRUNG

„Während in München neues Licht aufging, wollte man Salzburg nicht mehr als den Sitz der norischen Gelehrten-Republik anerkennen", so kommentierte ein Zeitgenosse den innenpolitischen Kurswechsel in Bayern nach dem Regierungsantritt des Kurfürsten Max IV. Joseph im Jahre 1799, das mehr noch als das Jahr 1803, in dem das Erzstift säkularisiert wurde, eine wesentliche Zäsur in dem geistig-kulturellen Leben Salzburgs markierte[797]. Durch diesen Kurswechsel sollte Salzburg seine Stellung als eines der führenden Zentren der Aufklärungspublizistik im süddeutschen Raum endgültig verlieren. Zahlreiche führende Köpfe, die das geistige Leben Salzburgs so nachhaltig geprägt hatten, wie Lorenz Hübner, Franz Michael Vierthaler, Benno Michl, Joseph Wismayr, Carl Ehrenbert von Moll, verließen in der folgenden Zeit Salzburg, um in den staatlichen Dienst Bayerns oder Österreichs einzutreten, der ihnen nicht selten eine glänzende Karriere eröffnete.

Nur 20 Jahre später, nachdem die vielgelesenen Publizisten Johann Caspar Riesbeck und Johann Pezzl die Aufgeschlossenheit, Toleranz, ja Weltoffenheit Salzburgs und seines letzten fürsterzbischöflichen Landesherrn gerühmt hatten[798], schilderte der Wiener Naturforscher Joseph August Schultes im Jahre 1804 den beklemmenden Eindruck, den die Stadt auf ihn ausübte: die Stadt ein kaltes, trauriges Mauerwerk, große, meist mehrstöckige Häuser, von denen oft zwei Stockwerke unbewohnt oder leer stünden; das Gras, das auf den Plätzen, auf den Straßen und an den Häusern wüchse; die Totenstille auf den menschenleeren Plätzen der Stadt. Düsteres Leben sei an die Stelle der ehemaligen Gesellschaftlichkeit getreten, Mißmut und Mißtrauen habe die frühere Biederkeit der

---

797 *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld,* Die letzten dreißig Jahre des Hochstifts und Erzbistums Salzburg, München 1816, S. 175; zur Bedeutung der Salzburger Gelehrtenrepublik im 18. Jahrhundert unter Verwendung bisher unbekannten Quellenmaterials, zuletzt: *Ludwig Hammermayer,* Salzburg und Bayern im 18. Jahrhundert. Prolegomena zu einer Geschichte ihrer Wissenschafts- und Geistesbeziehungen im Spätbarock und in der Aufklärung, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 129–218. Das hier vorliegende Kapitel beschränkt sich auf die Darstellung des kulturellen Lebens in Salzburg unter der bayerischen Verwaltung. Die im 19. Jahrhundert noch vorhandenen, ihrer Intensität nach aber längst nicht mehr so starken Wissenschaftsbeziehungen zwischen Bayern und Salzburg bedürften einer eigenen Untersuchung.

798 So urteilte *Johann Caspar Riesbeck,* dessen „Briefe eines reisenden Franzosen" zum populären Vorbild für eine große Zahl spätaufklärerischer Reiseberichte über die Jahrhundertwende hinaus werden sollte: „Man spricht hier von religiösen und politischen Gegenständen mit einer Freiheit, die der Regierung Ehre macht"; *ders.,* Briefe eines reisenden Franzosen über Deutschland, Zürich ²1784 (hrsg. von Jochen Golz, Berlin 1976), S. 211.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Salzburger verdrängt. Jede Familie habe sich zurückgezogen, man lebe hier wie in Schneckenhäusern[799]. Der mit Schultes befreundete Wiener Schriftsteller und Redakteur Franz Sartori bemerkte in seinem 1811 erschienenen Reiseführer anerkennend, daß keine Provinz der österreichischen (bis 1809) Monarchie so vollständig und gründlich geschildert worden sei wie das Land Salzburg, dessen Naturgeschichte, Statistik, Geschichte, Geographie und Topographie sehr verdienstvolle Bearbeiter gefunden habe. Seinen Entschluß, sich mit einer weiteren Beschreibung diesen bekannten Autoren anzuschließen, begründet er u. a. damit, daß nach den Ereignissen der letzten Jahre sich so manches in Land und Volk geändert habe, daß man glauben solle, die früheren Schriftsteller sagten Lügen, „wenn sie dies oder jenes behaupten, was heut zu Tage nicht mehr so ist"[800].

Schultes und Sartori gehören zu den ersten Autoren, die aus der Perspektive des Großstädters das Vakuum festhalten, das nach dem Ende des Erzstifts in Salzburg eingetreten war. Einige Überzeichnungen mögen freilich daher rühren, daß die provinzielle Enge Salzburgs umso stärker ins Auge fiel, als sie im deutlichen Kontrast zur unmittelbar vorhergehenden Epoche stand, wobei deren Darstellung freilich auch nicht frei von Überzeichnungen war[801].

Gleichzeitig wird jetzt auch eine gewisse Tendenz bemerkbar, sich über den bigotten Charakter und den „pfäffischen Ton" der Salzburger zu mokieren, was die gerade der Kirche kritisch gegenüberstehenden Aufklärungspublizisten weitgehend vermieden hatten. Das so indirekt konstruierte Bild eines rückständigen Fürsterzbistums schien für die jün-

---

799 *Joseph August Schultes,* Reise durch Salzburg und Berchtesgaden, 2 Bde., Wien 1804, hier Bd. 1, S. 229f.; Schultes (1773–1831) bearbeitete als erster die Flora Österreichs. Im Jahre 1808 nahm er einen Ruf an die Universität im bayerischen Innsbruck an. Als Anhänger Napoleons wurde er trotz seiner österreichischen Staatsangehörigkeit bei den Tiroler Unruhen nach Ungarn deportiert. Später kehrte er nach Bayern als Professor für Naturgeschichte und Botanik an der Universität Landshut zurück, wo er aber auf Grund seiner politischen Einstellung einen schweren Stand hatte; vgl. *Wurzbach* 32, 171–177.

800 *Franz Sartori,* Neueste Reise durch Oesterreich ob und unter der Ens, Salzburg, Berchtesgaden, Kärnthen und Steyermark in statistischer, geographischer, naturhistorischer, ökonomischer, geschichtlicher und pittoresker Hinsicht, 3 Bde., Wien 1811, hier Bd. 2, S. 9.

801 Auf diese Weise sollte der Kontrast zu dem angeblich so dunklen und rückständigen Bayern unter dem Kurfürsten Karl Theodor verdeutlicht werden, dessen Leistung durch *Wilhelm Fichtl,* Aufklärung und Zensur, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 174–185, bes. S. 180f., teilweise rehabilitiert wird. So kritisierte bereits *Balthasar Hacquet,* Physikalisch-Politische Reise aus den Dinarischen durch die Julischen, Carnischen, Rhätischen in die Norischen Alpen, im Jahre 1781 und 1783 unternommen, Leipzig 1785, Teil 2, S. 119f., an Riesbeck, daß dessen Darstellung der sozialen Lage der Salzburger Untertanen unter Colloredo zu positiv geraten sei.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

gere Generation die einzig plausible Erklärung für dessen Auflösung zu sein. In diese Richtung mußte auch der Anspruch der bayerischen Verwaltung zielen, durch umfassende Reformen alte Mißstände zu beseitigen, die eben oft nur deswegen als Mißstände angesehen wurden, weil sie die Autonomie eines neuerworbenen Territoriums dokumentierten. Die jetzt eingekehrte „Periode des Lichts", welche die „Periode der Finsternis" ablöste, mußte bei einem Teil der „konservativen" Salzburger ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl hervorrufen, das die Fehlschläge der bayerischen Verwaltung geradezu mit einer Art von Schadenfreude registrierte[802]. Selbstverständlich darf hier der Umstand nicht übersehen werden, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts die einst bedeutenden geistlichen Fürstentümer allgemein zu einer *Quantité négligeable* geworden waren, die sozusagen nur noch unter dem Aspekt einer raschen Eingliederung in den neuen Staat von Interesse waren.

Nur eine Minorität stand dem modernen Staat sehr positiv gegenüber. Zu ihr gehörte der Salzburger Domherr Friedrich Graf Spaur[803]. Aus Tiroler Uradel stammend, wurde Spaur am 1. Februar 1756 in Mainz als Sohn des späteren Präsidenten des Reichskammergerichts in Wetzlar, Franz Joseph Graf Spaur, geboren. Nachdem sein Onkel, der Koadjutor in Brixen geworden war, zugunsten seines Neffen auf sein Kanonikat verzichtet hatte, wurde er im Jahre 1777 Domherr in Salzburg. Darin, daß er keine höheren geistlichen Würden anstrebte und sich wie sein Freund P. Augustin Schelle den Illuminaten in Salzburg anschloß, zeigte er sich als ein Kind seiner Zeit. Der Freimaurerloge als einem typischen Bereich geistigen und gesellschaftlichen Lebens in der Aufklärungszeit, in dem sich bürgerliche Kräfte zusammen mit Adeligen einen Raum schufen, wo sich ihr Wunsch nach öffentlicher Tätigkeit, ihr Bedürfnis nach Wissen und geselligem Leben verwirklichen ließ, gehörte damals ein großer Teil der Salzburger Intelligenz an[804]. Spaur ist einer der wenigen, der nach Beendigung der Logentätigkeit in Salzburg verblieb und so freimaurerisches Gedankengut in die bayerische Ära „hinüberrettete". Die Ursache, warum er diese so positiv beurteilte, dürfte darin liegen, daß er unter der bayerischen Regierung viele seiner Reformvorstellungen in die Realität umgesetzt sah, wobei er besonders die im Gegensatz zu der Passivität der vorhergehenden Regierungen stehende Aktivität der bayerischen Verwaltung im „sozialpolitischen" Bereich befürwortete.

---

802 So *Pfest,* Abschied der Salzburger von den Baiern; vgl. S. 163f.

803 Zu Spaur (1756–1821), der seine letzten Lebensjahre in Wien verbrachte, vgl. *Karl O. Wagner,* Domherr Friedrich Graf Spaur und seine Werke, in: MGSL 74, 1934, S. 145–158; *Wurzbach* 36, 95f.

804 Zur Bedeutung Salzburgs als Fluchtburg bayerischer Illuminaten vgl. *Ludwig Hammermayer*, Illuminaten in Bayern. Zu Geschichte, Fortwirken und Legende des Geheimbundes, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 146–173, bes. S. 149f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Wie andere Illuminaten auch, vertrat er eine Humanität, die Standesunterschiede weitgehend ignorierte und jedes Individuum als gleichwertig respektierte. Auch in diesem Bereich sah Spaur in der bayerischen Zeit eine positive Weiterentwicklung, was besonders in seiner Schilderung des höfischen Lebens deutlich wird. In seinen 1805 erschienenen „Nachrichten über das Erzstift Salzburg nach der Säkularisation", die einen sehr interessanten Einblick in das gesellschaftliche Leben Salzburgs gewähren, wird an der Lebensweise des Adels deutlich Kritik geübt: Unter der vorigen Regierung habe sich der Adel beinahe täglich beim Erzbischof versammelt, „und daselbst mit Kartenspielen der Monotonie und Langeweile" getrotzt. Der jetzige Kurfürst sei ein Musikliebhaber; zu seinen abendlichen Konzertveranstaltungen habe aber niemand Zutritt, so daß jetzt der Adel getrennt vom Hof lebe. Ein beliebtes Gesprächsthema des Adels sei nach wie vor die *Chronique scandaleuse*. Das Gewebe kleiner mechanischer Beschäftigungen umstricke den Geist und schläfere das rege Herz ein[805].

Wenn hier Spaur die Vorrangstellung seines eigenen Standes, des Adels, bezweifelte und ihn als fortschrittshemmend, weil untätig, darstellte, so erkannte er doch auch deutlich, daß das Bürgertum nicht imstande war, eine Führungsrolle zu übernehmen: „Ich verzweifle aber nicht, früher oder später mit der wachsenden Kultur des Geistes, auch den Geist der Industrie und einer vernünftigen Spekulation unter dem Salzburger Bürgerstande emporkeimen zu sehen. Denn bisher schien dieser und jener nur geringe Treibkraft geäussert zu haben. Nur durch fremdes elektrisches Feuer wird man beyden thätigeres Leben einhauchen können."[806]

Der bayerischen Regierung sollte es vorbehalten bleiben, Impulse in dieser Richtung zu vermitteln. So bemerkte Spaur sehr positiv eine neue gesellschaftliche Atmosphäre am Hofe des bayerischen Kronprinzen, die es jetzt auch einer breiteren Bevölkerung ermöglichte, bei bestimmten feierlichen Anlässen am höfischen Leben teilzunehmen. Die Bürgernähe des Kronprinzen und des Generalkreiskommissärs konnte ja tatsächlich so etwas wie eine Mitbestimmung der Bürger suggerieren. Freilich schränkte Spaur dieses harmonische Bild selbst ein, wenn er schrieb, daß bei ihm der Anblick „eines solchen sich freundschaftlich bewegenden Familiengemäldes", gemeint ist das kronprinzliche Paar inmitten der Volksmenge, einen weit befriedigenderen Eindruck hinterlasse als die „Durchlesung der Biographie eines Helden, der durch Schlachten und Volksunterjochung in den Annalen der Menschheit verewigt dasteht",

805 *Friedrich Graf Spaur,* Nachrichten über das Erzstift nach der Säkularisation. In vertrauten Briefen, Bd. 2, Passau 1805, S. 116f.

806 *Spaur,* S. 68.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

womit auch er sich in die Gegner des mit Bayern verbündeten Frankreich einreihte[807].

1. Die Museums-Gesellschaft

Bereits im Jahre 1784 hatte der Publizist Lorenz Hübner in Salzburg ein Lektürekabinett gegründet, das aber nur wenige Jahre bestand, nicht zuletzt weil die beabsichtigte Versendung der Journale aufs Land unterbleiben mußte, da „Bigottismus und Dummheit" viele von der sogenannten „Ketzergesellschaft" abschreckten[808]. Die Salzburger Lesegesellschaft wurde zu einem Zeitpunkt eingerichtet, als sich die Aufklärungspublizistik auf einem Höhepunkt befand und die modische Journal-, Zeitungs- und Pamphletlektüre fast jeden anderen Lesestoff zu verdrängen schien[809]. Ein weiterer Grund, warum das Lektürekabinett nur kurzen Bestand hatte, dürfte in der unter dem Eindruck der Französischen Revolution verstärkt ausgeübten Zensur gelegen haben. Konservative Stimmen hatten schon zuvor die Toleranz des Erzbischofs beklagt, der „alle erdenkliche Freiheit im Lehren und Schreiben schützt, und wehe dem, der sich nur ein bißchen über die freien Lehren ärgert; er wird sogleich ausgeschrieen und mit der frechen Rezensentengeisel ungeahndet gepeitscht"[810].

Darüber hinaus äußerten sich nicht wenige Zeitgenossen besorgt über das wachsende Bedürfnis nach aktueller Information und die steigende Leselust. So sollte in Salzburg ein kurfürstliches Dekret vom Jahre 1804 alle Leihbibliotheken unter Verbot stellen, um die „seit 20 bis 30 Jahren selbst den dienenden Klassen eingeimpfte Lesewut" zurückzudrängen, wobei aber die Befürchtung im Vordergrund stand, die Bevölkerung

807 *Friedrich Graf Spaur,* Spaziergänge in den Umgebungen von Salzburg, Salzburg 1813, S. 150. Sozialgeschichtlich stellt die Rheinbundzeit, obwohl sie nur eine kurze Zeitspanne umfaßte, dennoch eine wichtige Etappe auf dem Weg von der Ständegesellschaft zur Klassengesellschaft dar. Auch in der bayerischen Adelspolitik wird die Übergangskrise des Adels vom seiner alten Privilegien beraubten Herrschaftsstand zur neuen, jetzt dem Staat untergeordneten Funktionselite deutlich. Freilich war die bayerische Adelspolitik ambivalent, und im Zuge der Restauration gelang es dem Adel, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Es wäre verfehlt, aus dieser Adelspolitik für die bayerische Zeit Salzburgs weitreichende Konsequenzen zu ziehen, dennoch wird man von einer gewissen Veränderung der gesellschaftlichen Atmosphäre sprechen können. Bei der Popularität des Kronprinzen spielt der bereits erwähnte Aspekt der Integration gleichfalls eine wichtige Rolle.

808 *Hans F. Wagner,* Anonymes und Pseudonymes in der Salzburger Literatur, in: MGSL 50, 1910, S. 339.

809 Vgl. allgemein: *Alberto Martino / Marlies Stützel-Prüsener,* Publikumsschichten, Lesegesellschaften und Leihbibliotheken, in: *Horst A. Glaser* (Hrsg.), Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte, Bd. 5, Zwischen Revolution und Restauration: Klassik, Romantik 1786–1815, Hamburg 1980, S. 45–57.

810 *Magnus Sattler,* Collectaneenblätter zur Geschichte der ehemaligen Benediktiner Universität Salzburg, Kempten 1890, S. 525.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

könne durch sittenlose Romane verdorben werden[811]. In der bayerischen Zeit verzeichneten die Leihbibliotheken wieder einen gewissen Aufschwung. Zwei größere Leihbibliotheken versuchten das Lesebedürfnis der Bevölkerung zu decken: Die neue Weidingersche Leihbibliothek, die sich in der Mayrschen Buchhandlung am Ritzerbogen befand, enthielt überwiegend wissenschaftliche und fremdsprachige Literatur sowie Klassiker, während die Ehrenbergische Bibliothek am Universitätsplatz überwiegend unterhaltende Literatur und die damals so beliebte Modelektüre besaß[812].

Nachdem im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts das kulturelle Leben der Stadt unter den wechselhaften Zeitumständen gelitten hatte, brachte das Jahr 1811 mit der Stabilisierung der politischen Verhältnisse auch für das gesellschaftliche Leben der Stadt einen Aufschwung. Bereits in der österreichischen Ära hatten ein Leseinstitut unter der Leitung des Professors d'Outrepont und eine musikalische Gesellschaft existiert, die sich im Dezember 1810 vereinigten und in das leerstehende Domherrenhaus umzogen[813]. Im Jänner 1811 wurde ein Gesuch verfaßt, nach dem Muster der übrigen Kreisstädte eine gemeinschaftliche Anstalt für Literatur und geselliges Vergnügen unter dem Namen „Museum" bilden zu dürfen, die bereits über 200 Mitglieder zählte[814]. Wenig später, am Namenstag der bayerischen Königin, am 2. Februar 1811, fand die feierliche Eröffnung statt.

In den von Professor d'Outrepont und Kreisrat Graf von Seinsheim ausgearbeiteten Statuten wurde betont, daß der ausgesprochene Zweck des Instituts es erfordere, daß unter den Mitgliedern als solchen jeder Zwang, den Standes- und Dienstverhältnisse mit sich brächten, entfernt bleibe. Darüber hinaus sollte die Gesellschaft vor allem einer besseren Verständigung der bayerischen Beamten mit den einheimischen Salzburgern dienen[815]. Der Umstand, daß sich unter den 39 Zeitungen und periodischen Zeitschriften auch der „Moniteur de Paris" befand, führende österreichische Blätter aber fehlten, mußte diese Verständigung zweifel-

811 *Karl O. Wagner,* Spaur, S. 155; zu der viel beklagten Lesesucht vgl. die aufschlußreiche Untersuchung von *Rudolf Schenda,* Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770–1910, München 1977, bes. S. 88f.

812 *Franz Xaver Weilmeyr,* Salzburg . . . Adreßbuch, S. 140f.

813 Vgl. *Franz Martin,* Die Museums-Gesellschaft, Salzburgs ältester Verein, in: MGSL 74, 1934, S. 119–132, der das damals in Innsbruck und Salzburg liegende Quellenmaterial bearbeitet hat.

814 STAM Skr 705.

815 „Die Errichtung einer Gesellschaft für Lektüre, und anderen geselligen Unterhaltungen wird um so nothwendiger, als gerade dadurch bezwecket werden kann, daß mehr Einverständnis zwischen den hiesigen Einwohnern unter sich und dann mit den hieher versetzten kgl. Staatsdienern hergestellt werde"; Schreiben des Polizeidirektors vom November 1810; STAM Skr 585/1. Dies schien man mit der häufigen Neuwahl der Vorsteher erreichen zu wollen. So waren u. a. Kreisdirektor von Mieg, Kreisrat Graf von Seinsheim, Stadtrat Metzger, Polizeidirektor Lenz und die Professoren Zauner, Mahir und d'Outrepont Vorsteher des Museums.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

los erschweren und rief bei den österreichischen Patrioten insbesondere im Jahr 1813 Kritik hervor, zumal die relativ liberale Zensurverordnung, die 1811 auch im Salzachkreis eingeführt worden war, jetzt immer restriktiver gehandhabt wurde. Die zu dieser Zeit auch in anderen neubayerischen Territorien verstärkt ausgeübte Zensur steht in deutlichem Kontrast zu der in dieser Beziehung relativ liberalen Aufbruchsstimmung der Ära Montgelas, wie sie etwa in der garantierten Pressefreiheit durch die bayerische Konstitution von 1808 ihren Niederschlag gefunden hatte.

In dem kritischen Jahr 1813 dürfte es unter den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft, je nach politischer Gesinnung, zu größeren Spannungen gekommen sein. So war der aus Tirol stammende ehemalige österreichische Militärarzt und spätere Professor an der landärztlichen Schule Dr. Alois Weißenbach, einer der öfter wechselnden Vorsteher des Museums, der in Salzburg aufgrund seiner pathetischen Gedichte über die Befreiungskriege ziemlich bekannt war, den bayerischen Behörden verständlicherweise sehr suspekt[816].

Das „Beispiel zwangsloser Munterkeit, harmonischer Gesinnungen und menschenfreundlicher Geselligkeit", das die Gesellschaft nach Spaurs Schilderung, der übrigens ein eifriger Förderer des Museums war, darstellte, dürfte nicht ganz der Realität entsprochen haben[817]. Dies läßt sich auch aus einem deutlichen Rückgang der Mitgliederzahl ablesen, der allerdings auch zu einem Teil auf die von einigen nicht akzeptierte Verlegung der Gesellschaft in das Rathaus zurückzuführen ist. Für diejenigen Salzburger, die weniger die politische Diskussion als „bildende Geselligkeit und Unterhaltung suchten", wie z. B. Professor Thanner, der als Schüler des Salzburger Komponisten Michael Haydn selbst Kirchenlieder verfaßte und den Gesang liebte[818], spielte das Museum als einzige Institution dieser Art in Salzburg auch weiterhin seine Rolle, zumal das Theater sich in dieser Zeit auf einem ziemlich schlechten Niveau befand. In einem alten baufälligen Ballhaus untergebracht, wurden dort unter der Direktion Anton Ferarris in bunter Folge zahlreiche Stücke von Shakespeare, Schiller, Goethe, Iffland und Kotzebue aufgeführt, daneben einige Opern, u. a. auch von Mozart, für den man laut Spaur mehr Geschmack affektierte als tatsächlich empfand[819].

---

816 „Dieser politische Schwärmer, dessen Fanatismus in allen möglichen Formen auftritt und dahier ein Publicum hat, dem er imponirt, sollte je eher, je lieber seinem österreichischen tirolischen Vaterlande, dem er so enthusiastisch anhängt, wiedergegeben werden; STAM Skr 646; zu Weißenbach, der auch als Verfasser von Dramen hervortrat, vgl. *Johann Evangelist Engl,* Dr. Alois Weißenbach. Beiträge zu dessen Biographie, Salzburg 1876; *Karl O. Wagner,* Salzburgs Literatur im Rahmen der deutschen Literaturgeschichte, Wien 1925, S. 89.

817 *Spaur,* Spaziergänge, S. 169f.

818 *Benedikt Pillwein,* Lexikon Salzburgischer Künstler, Salzburg 1821, S. 236f.

819 *Spaur,* Nachrichten, S. 155f.; ders., Spaziergänge, S. 153: „Das den Salzburgern eigene ziemlich richtige und vollendeter Bildung fähige Kunstgefühl, sehr guten Sinn für wahre und schöne Produkte verdient mit guten Schauspielern und einem besser organisierten Schauspielhause belohnt zu werden."

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Seit dem Frühjahr 1811 lag die Intendanz des Salzburger Theaters in den Händen einer eigenen Theaterkommission, die dem glücklosen und hoch verschuldeten Theaterunternehmer Ferarri, der gleichzeitig das Innsbrucker Theater leitete, zur Seite stehen sollte. Zu der ohnehin prekären Lage des Theaters kamen Kompetenzstreitigkeiten mit dem königlichen Hofmarschallamt, die dazu führten, daß die Theaterkommission im Frühjahr 1814 ihren Rücktritt anbot. Der Kronprinz übertrug schließlich der Kommission die alleinige Oberaufsicht über das Theater[820]. Wenn sich das Publikumsinteresse offensichtlich in Grenzen hielt, so scheinen für die Aufrechterhaltung des Theaterbetriebs in der bayerischen Ära höfische Interessen ausschlaggebend gewesen zu sein.

2. Das Zeitungswesen

Was die in Salzburg im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts so zahlreich erschienenen Zeitungen und Zeitschriften betrifft, so existierten jetzt lediglich noch die medizinisch-chirurgische Zeitung und die aus der Zeit des Erzstifts stammende offizielle „Salzburger Zeitung", die jetzt als Beilage zum Kreisblatt eine untergeordnete Rolle spielte[821]. Vor allem nach dem Abgang der weitverbreiteten Oberdeutschen Allgemeinen Literaturzeitung, die seit Hübners Wegzug in München erschien, war in Salzburg eine große Lücke entstanden, die dessen Mitarbeiter Franz Michael Vierthaler mit der „Literaturzeitung von Salzburg" zu schließen suchte. Unter der Mitwirkung des von Vierthaler aus Nürnberg nach Salzburg geholten Redakteurs Johann Jakob Wagner[822], der an der Universität einen Lehrstuhl zu erhalten hoffte, entwickelte sich diese Zeitung rasch zu einem Sprachrohr der neuen Generation, in der die romantische Naturphilosophie Schellings auf eine begeisterte Zustimmung stieß. Besonders im Jahre 1803, nachdem Vierthaler die Redaktion der Zeitung an Franz von Schallhammer abgetreten hatte und die in „Süddeutschlands pragmatische Annalen der Litteratur und Kunst" umbenannte Zeitung eine größere Breitenwirkung erzielen wollte, trat diese Tendenz deutlich zutage, so daß das neue Blatt sogar in eine offene Fehde zu der jetzt in München erscheinenden Oberdeutschen Allgemeinen Literaturzeitung

820 SLA Generalkreiskommissariat/Specialia 283 u. 284.

821 Vgl. *Waltraud Jakob,* Salzburger Zeitungsgeschichte (Salzburg Dokumentationen 39), Diss. Salzburg 1979, S. 72, 75f. Die sehr unübersichtliche Arbeit enthält in der kurzen Zusammenfassung der bayerischen Herrschaft mehrere Fehler.

822 Johann Jakob Wagner (1775–1841) studierte Jura an der Universität in Jena, wo er die Bekanntschaft mit Fichte erwarb. In Salzburg hielt er Privatvorlesungen und verfaßte daneben selbständige philosophische Arbeiten. 1803 erhielt er eine außerordentliche Professur in Würzburg, wurde jedoch nach der Abtretung Würzburgs an den Großherzog von der Toskana pensioniert. Im Jahre 1816 wurde er erneut nach Würzburg berufen. Trotz seiner zunehmenden Distanzierung zu dem gleichfalls in Würzburg lehrenden Schelling blieb er diesem nach wie vor verpflichtet; vgl. ADB 40, 510 f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

trat[823]. Dieser Versuch, Salzburgs einst so bedeutende Stellung in der Publizistik sozusagen in der Auseinandersetzung mit der modernen philosophischen Richtung erneut zu demonstrieren, scheiterte jedoch bereits nach kurzer Zeit, da sowohl Vierthaler als auch Wagner Salzburg verließen und die Annalen Ende 1803 ihr Erscheinen einstellen mußten. Der für viele schwer verständliche Inhalt dürfte hierbei auch eine gewisse Rolle gespielt haben, so daß die Vermutung, Salzburg hätte sich bei einem weiteren Verbleiben Wagners zu einer „romantischen Hochburg" entwickeln können[824], wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat. Erst sieben Jahre nach diesem kurzen Intermezzo konnte sich die Naturphilosophie Schellings in Salzburg einen größeren Raum verschaffen, als sie jetzt in der von Professor Thanner in Anlehnung an Schelling formulierten Identitätslehre Eingang in das Lyceum gefunden hatte.

Eine andere, nicht unbedeutende Zeitschrift, die von dem salzburgischen Polizeidirektor und Professor für Staatsrecht Carl Theodor Hartleben herausgegebene „Allgemeine Deutsche Justiz- und Polizey-Fama", erschien in Salzburg nur drei Jahre, um dann nach dem Wegzug ihres Herausgebers den Erscheinungsort zu wechseln, nachdem die offene Kritik Hartlebens an einigen Mißständen schon bald zu Beschwerden der fürsterzbischöflichen Verwaltung geführt hatte[825].

Einige zaghafte Versuche in der bayerischen Ära, das Salzburger Zeitungswesen wieder etwas zu beleben, hatten keinen Erfolg. So mußten die von P. Corbinian Gärtner 1812/13 herausgegebenen „Salzburgische Gelehrte Unterhaltungen", die überwiegend rechts- und kirchenhistorische Themen behandelten, mangels Interesse schon bald wieder ihr Erscheinen einstellen[826]. Der Vorschlag des Redakteurs des Königlich-Baierischen Salzach Kreis-Blatts Benedikt Pillwein als Nachfolger der einst von Vierthaler redigierten Salzburger Zeitung, außer dem Kreisblatt noch ein zweites Intelligenzblatt erscheinen zu lassen, „welches . . . Gegenstände die das Publikum interessieren und gemeinnützige Aufsätze, die sich zunächst auf den Salzachkreis beziehen", enthalten sollte, wurde von dem Generalkreiskommissariat mit dem Hinweis auf die nunmehr eingeführten Beilagen abgelehnt, die diesen Zweck auf eine befriedigende Weise erfüllen würden[827]. Der dann später von Pillwein an zahlreiche

823 Vgl. *Karl O. Wagner,* Salzburgs Literatur im Rahmen der deutschen Literaturgeschichte, Wien 1925, S. 79f.

824 *Wagner,* Salzburgs Literatur, S. 81.

825 *Johann Riedl,* Salzburgs Zeitungswesen, in: MGSL 3, 1863, S. 289–461, hier S. 318f.

826 Längeren Bestand hatte die von Franz Freindaller als Fortsetzung der theologisch praktischen Linzer Monathschrift herausgegebene Neue Quartalschrift für katholische Geistliche.

827 STAM Skr 345; die von *Lorenz Hübner* 1784 begründete Oberdeutsche Staatszeitung führte als „Salzburger Zeitung", die in der bayerischen Zeit als Beilage zum Kreisblatt erschien, nur noch ein Schattendasein. Zu Pillwein, der die Zeitung von Vierthaler übernommen hatte und sich als erfolgloser Redakteur in den „Tagen des diplomatischen Farbenspiels" angeblich sehr viel gefallen lassen mußte, vgl. *Heinrich Wallmann,* Benedikt Pillwein, Leben und Werk, in: MGSL 6, 1866, S. 1–20.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Salzburger Beamte, Geistliche und Professoren ergangene Aufruf, verschiedene Aufsätze zu verfassen, die im Kreisblatt gedruckt werden sollten, stieß nur auf eine sehr geringe Resonanz, da „bey dem zahlreichen Bedarfe administrativer Verfügungen" kaum noch Platz für derartige Aufsätze war und außerdem das „Zutrauen mit dem Gefolge tüchtiger Beyträge . . . völlig geschwunden" war[828].

3. Die römischen Ausgrabungen in der Nähe Salzburgs

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts herrschte ein reges Interesse an der römischen Vergangenheit Bayerns, das nun auch in einer Altertümer-Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften institutionalisiert wurde, der die zentrale Aufsicht über alle neuen Grabungen oblag. In der Umgebung Salzburgs waren schon im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts auf dem Grundstück des Gärtners Rosenegger in Bürglstein mehrere antike Überreste, Urnen, Lampen, Gegenstände aus Marmor und Metall sowie Münzen, ausgegraben worden[829]. Im Jahre 1809 hatte man in der Nähe Tachertings, bei dem Bauerngut Lochenhof einen Mosaikboden entdeckt[830]. Laut Auskunft von Koch-Sternfeld, der sich nicht nur der Urkunden und Archivalien, sondern auch der Ausgrabungen angenommen hatte, war ein Teil der antiken Fundstücke durch unsachgemäßen Transport in der toskanischen Zwischenherrschaft beschädigt worden.

Wenn auch eine später eingeleitete Aktion zur Erfassung aller Denkmäler des Altertums im Salzachkreis wenig Erfolg hatte, so brachten neue Ausgrabungen einen sensationellen Fund zutage. In der Nähe des Dorfes Loig am sagenumwobenen Untersberg waren Bauern auf ein unterirdisches Gewölbe gestoßen, das noch deutliche Brandspuren aufwies. Weitere, allerdings unplanmäßig durchgeführte Grabungen ließen Teile eines antiken Mosaikfußbodens erkennen. Schon bald, nachdem das Innenministerium in München von den Ausgrabungen benachrichtigt worden war, reiste der Philologe Friedrich Thiersch im Sommer 1815 nach Salzburg ab, wo er sich für eine sachkundige Ausgrabung und eine Überdachung einsetzte, die das Mosaik vor Regen schützen sollte. Das Mosaik, das nun mit größter Sorgfalt freigelegt werden konnte, enthielt die Darstellung der Sage von Theseus und Ariadne[831]. Die Ausgrabungen

828 Vgl. die Ankündigung der Versteigerung des Amts- und Kreisblattes für den 1. Jänner 1817, in: Zeitschriften für Baiern und die angränzenden Länder, Bd. 3, 1816, S. 379.

829 *Josef Karl Mayr,* Kaiser Franz in Salzburg, in: MGSL 96, 1956, S. 67–133, hier S. 127.

830 Das Folgende stützt sich im wesentlichen auf die auf dem einschlägigen Aktenmaterial basierende Darstellung von *Wolf Bachmann,* Die Attribute der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1807–1827, Kallmünz 1966, S. 115f.

831 „Die Figuren haben eine gute Zeichnung, die Farben Frische, und das Ganze, welches einem schönen Teppich gleicht, die geschmackvollsten Verzierungen zur Einfassung", so schilderte *Hermann Ludwig Friedländer,* Ansichten von Italien während einer Reise in den Jahren 1815 und 1816, Teil 1, Leipzig 1819, S. 10f., seinen Eindruck.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

erregten großes Aufsehen und wurden schon bald von einem Strom von interessierten Zuschauern besucht, so daß verschärfte Sicherheitsmaßnahmen notwendig wurden.

Der mit Thiersch angereiste Maler Domenico Quaglio wurde damit beauftragt, das Mosik genau abzuzeichnen und zu vermessen. Wie groß die Begeisterung über die Funde war, läßt sich daraus ersehen, daß Koch-Sternfeld in einer kleinen Schrift das Bild einer blühenden römischen Provinzstadt entwarf[832] und daß man in Gesprächen die Hoffnung äußerte, demnächst „ein salzburgisches Pompeji hervorsteigen zu sehen"[833]. Für Salzburg hatten die Funde auch insofern eine große Bedeutung, als sie jetzt nach längerer Zeit die Stadt in den Blickpunkt des öffentlichen wie des wissenschaftlichen Interesses stellten. Auch der bayerische König fand Interesse an den Ausgrabungen und setzte sich für deren kontinuierliche Weiterführung ein. Nach der Abreise Thierschs, der mit der Reklamation der von Napoleon geraubten Kunstschätze in Paris beauftragt worden war, übernahm Bernhard Stark, der Konservator des Antiquariums und wohl der kompetenteste bayerische Altertumsforscher der damaligen Zeit, die Leitung der Grabungsarbeiten, die bis in den Herbst hinein mit zahlreichen Hilfskräften fortgeführt wurden.

Was die Zukunft der Grabungen betraf, so hatte Stark zunächst vorgeschlagen, ein Filialantiquarium zu errichten, das für Fremde zur Besichtigung offenstehen sollte. Angesichts der schwebenden Verhandlungen und der österreichischen Ansprüche auf Salzburg erwog man, das Mosaik nach München zu transportieren, was allerdings mit erheblichen Kosten verbunden gewesen wäre. Demgegenüber schlug Koch-Sternfeld vor, das Grabungsterrain käuflich zu erwerben und dort später eine rekonstruierte römische Villa zu errichten. Dieser Vorschlag wurde auch Montgelas unterbreitet, der jedoch darauf hinwies, daß nach der zwischen Bayern und Österreich getroffenen Übereinkunft vom 23. April 1815 derartige Käufe nicht mehr getätigt werden könnten. Da der Antrag der Akademie also nicht genehmigt werden konnte, mußten die so hoffnungsvoll begonnenen Arbeiten, in die von bayerischer Seite bereits 3800 fl. investiert worden waren, vorzeitig eingestellt werden. Die damaligen Ausgrabungen auf dem Loigerfeld haben keine sichtbaren Spuren hinterlassen, da das Mosaik auf Befehl des österreichischen Kaisers 1821 nach Wien gebracht und das Ausgrabungsterrain eingeebnet wurde[834].

Anders verhielt es sich mit den Grabungen im sogenannten Roseneggergarten, die unter dem Eindruck der Grabungserfolge auf dem Loigerfeld ebenfalls intensiviert worden waren[835]. Auf Anregung des Registra-

832 *Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld,* Salzburg unter den Römern, Salzburg 1815.

833 *Hermann L. Friedländer,* Ansichten, S. 6.

834 Vgl. auch *Max Silber,* Zur Aufdeckung der römischen Villa auf den Loigerfeldern bei Salzburg im Jahre 1815, Salzburger Museumsblätter, 9. Jg. 1930, Nr. 1.

835 Vgl. *Patritz Kurz von Goldenstein,* Notizen über sämtliche Denkmähler, welche . . . in dem Garten . . . des Joseph Rosenegger . . . hervorgegraben worden sind, Salzburg 1817; *Joseph Kirchdorfer,* Tabellarische Übersicht der Alterthümer etc., Salzburg ²1822.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tors Joseph Kirchdorfer besuchten Thiersch und Stark im Sommer 1815 auch das Gut Bürglstein, wo sie Versuchsgrabungen anstellten. Zunächst wurden dort zwei schöne Urnen aus Glas gefunden, die im Antiquarium als besonders gut erhaltene Stücke einen Ehrenplatz erhielten. Aufgrund mangelnder Unterstützung durch die Akademie konnte Stark, der nach den dort freigelegten Funden das römische Bustum vermutete, ähnlich wie er es im Jahre 1808 in Regensburg hatte bestimmen können, seine Grabungspläne nicht realisieren. Der Besitzer des Grundstücks, Sebastian Rosenegger, setzte so die Nachforschungen in den Jahren 1815 bis 1826 selbständig fort und machte die Sammlung in seinem Haus einem größeren Publikum zugänglich[836]. Nachdem bereits früher der österreichische Kaiser einen Kauf der Altertümer abgelehnt hatte, wurde die Sammlung im Jahre 1827 von König Ludwig I. um 5000 fl. erworben[837].

In diesem Zusammenhang soll kurz erwähnt werden, daß noch vor dem Beginn der bayerischen Ära ein fast 20 Jahre lang dauernder Prozeß der Auflösung der alten im 18. Jahrhundert so berühmten Sammlungen zu Ende gegangen war[838]. Von den Zentralisierungsbestrebungen der damaligen Hauptstädte München, Wien und Paris, die einen „Kulturexport" aus der Provinz in großem Stile betrieben, sei es als Kriegsbeute oder aus dem Grund, weil hier die finanziellen Mittel für die Gründung und den Ausbau großer Sammlungen vorhanden waren, war nicht nur Salzburg betroffen.

II. DER ENGLISCHE GARTEN VON AIGEN UND DIE LITERARISCHE ENTDECKUNG DER SALZBURGER LANDSCHAFT

Einen besonderen Platz im gesellschaftlichen Leben der damaligen Zeit nahm der in der Nähe von Salzburg gelegene Park von Aigen ein. Bereits im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts wurde er von seinem damaligen Besitzer, Optatus Basilius von Aman[839], entsprechend der Auffassung, daß Gärten in erster Linie die Einbildungskraft und Empfindung des Betrachters zu bewegen hätten, mit Denkmälern, Altären, Grotten und einer Einsiedelei ausgestaltet. Die Parkanlage mit dem sogenannten „Freundschaftshügel", den verschlungenen Pfaden und den Aussichtspunkten erhielt eine zentrale Bedeutung in der Symbolik der

836 Vgl. *Franz Anthaller,* Joseph Rosenegger, Salzburg 1876; *Benedikt Pillwein,* Lexikon, S. 196f., 312.

837 *Josef Karl Mayr,* Kaiser Franz in Salzburg, S. 72, 127f.

838 Vgl. *Franz Martin,* Von Sammlern und Sammlungen im alten Salzburg, in: MGSL 75, 1935, S. 33–80.

839 Vgl. *Friedrich Pirkmayer,* Basil von Aman. Ein Kulturbild aus der letzten Zeit des geistlichen Kleinstaates, in: MGSL 48, 1908, S. 45–59.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Salzburger Freimaurer, die dort unter der Führung des Hofrats Joseph Gilowsky von Urazowa ihre Treffen abhielten[840].

Seine eigentliche Berühmtheit erlangte der Park erst unter dem Salzburger Domherrn Ernst Fürst zu Schwarzenberg, dem späteren Bischof von Raab, der den gesamten Besitz im Jahre 1804 käuflich erworben hatte[841]. Schwarzenberg, dem übrigens auch die ersten Ansätze biedermeierlicher Hausmusik in Salzburg zu verdanken sind[842], berief den im Dienste seiner Familie stehenden Landschaftsmaler Ferdinand Runk nach Aigen, den er mit der Umgestaltung des Parks betraute. Die einem empfindsamen – mystischen Erleben dienenden Zutaten wurden nun entsprechend dem neuen Naturverständnis weitgehend beseitigt, wobei jetzt die Kontraste durch die gegensätzlichen Wirkungen von Licht und Schatten sowie die Überraschung durch unerwartete und außergewöhnliche Aussichtspunkte im Vordergrund standen. Diese Entwicklung ist insofern für die damalige Zeit charakteristisch, als das neue idealisierte Naturbild den in „Geometrie und Tektonik erstarrten barocken Ordnungsentwurf" endgültig überwunden hatte[843]. So ist es nur folgerichtig, daß der als Philanthrop gerühmte Domherr im Gegensatz zu seinem Vorbesitzer den Landschaftspark einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machte und damit in Salzburg ein ähnliches Konzept wie mit dem Englischen Garten in München realisierte, der von Anfang an als Volkspark geplant war, der zum „traulichen und geselligen Umgang aller Stände dienen" sollte, „die sich hier im Schoose der schönen Natur begegnen"[844]. Freilich waren die adeligen Besucher des Parks zunächst in der Mehrzahl was aus den heute noch vorhandenen Gästebüchern hervorgeht[845]. Sehr geschätzt

---

840 Die Familie Mozart stand mit diesem Kreis, dem noch Aman, Dr. Barisani u. a. angehörten, in Verbindung, vgl. *Richard Koch,* Bruder Mozart. Freimaurer und Illuminaten, Bad Reichenhall 1911, S. 28f., 34; Dr. Barisani beschäftigte sich auch mit den Heilquellen Aigens: *Silvester Barisani,* Unterricht über das Gesundbad in Aigen im Erzstift in Salzburg, Salzburg 1787.

841 Vgl. *Ernst Ziegeleder* (Hrsg.), Naturpark Aigen (Schriftenreihe des Stadtvereins Salzburg, Kulturgut der Heimat, Heft 5), Salzburg 1975, S. 22f.

842 Schwarzenberg, passionierter Musikdilettant und passabler Sänger, zog zu seinen Abendgesellschaften wiederholt Salzburger Interpreten, wie den Komponisten Benedikt Hacker, einen Freund und Schüler Michael Haydns, hinzu; vgl. *B. Pillwein,* Lexikon Salzburgischer Künstler, S. 76f., 213f.; *Hannes Stekl,* Österreichs Aristokratie im Vormärz. Herrschaftsstil und Lebensformen der Fürstenhäuser Liechtenstein und Schwarzenberg, Wien–München 1973, S. 199.

843 Vgl. *Adrian von Buttlar,* Der Garten als Bild – das Bild des Gartens, in: Münchner Landschaftsmalerei 1800–1850, Katalog zur Ausstellung im Lenbachhaus, München 1979, S. 160–172, hier S. 160.; so schrieb *Hermann L. Friedländer,* Ansichten, wie Anm. 831, S. 28: „Der im französischen Geschmack angelegte Garten des Schlosses Mirabel ist wohl aus den Händen des unberufensten Directeur de la nature so fratzenhaft hervorgegangen."

844 *Friedrich Ludwig von Sckell,* Beiträge zur bildenden Gartenkunst – Für angehende Gartenkünstler und Gartenliebhaber, München 1818, S. 217; zit. nach *Buttlar,* Der Garten als Bild, S. 164.

845 *Georg Stadler,* Von der Kavalierstour zum Sozialtourismus. Kulturgeschichte des Salzburger Fremdenverkehrs, Salzburg 1975, S. 192f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

wurde der Garten von dem bayerischen Kronprinzen, der bei jedem seiner Aufenthalte seine Begeisterung in Gedichten zum Ausdruck brachte, von denen das 1817 verfaßte Gedicht:

Einzig bist Du holdes Aigen
Nirgends hast Du Deinesgleichen
In der unermess'nen Welt

am bekanntesten wurde[846].

Nicht zufällig nimmt der Park von Aigen in den 1813 erschienenen „Spaziergängen in den Umgebungen von Salzburg" einen breiten Raum ein[847]. Über die Wirkung der begeistert geschilderten Natur auf die Menschen schrieb Friedrich Graf Spaur: „Der Zauber der Umgebungen, das Einathmen der reinsten Luft, und die muntern sich während dem Sommer hier versammelnden Gesellschaften, vereint mit den Heilkräften des Badwassers, sind ganz geeignet, die hartnäckigsten Hypochondristen und Welt- und Lebens-Hasser zu heilen und mit dem Menschengeschlechte auszusöhnen. Hier stärken sich nervenschwache zu Ohnmachten neigende Evenskinder . . . Alle Saiten des abgespannten Instrumentes werden hier zu wohlklingenden, harmonischen Thönen gestimmt, und der psychologische Arzt wirket sicherer durch die Vorschrift dieses Badgebrauches, als durch die künstlichen Gemengsel der Apotheken, Wunder."[848] Deutlich wird hier Spaurs Kritik an einer falsch verstandenen Empfindsamkeit, die sich von der für die Spätaufklärung typischen philanthropischen Forderung nach der harmonischen Ausbildung der menschlichen Fähigkeiten abhebt. Diese wiederum impliziert die Nützlichkeit des Menschen, da der Philanthropismus in der ebenmäßigen Ausbildung eines Menschen zugleich „die Möglichkeitsbedingung seiner optimalen Gemeinnützigkeit sieht"[849].

Vor allem in diesem letzten Werk Spaurs kommt dieses Harmoniebestreben mehrfach zum Ausdruck. Der Verfasser zeichnet ein sehr geschöntes Bild der Realität, wenn man bedenkt, daß das Erscheinungsjahr 1813 gerade in Salzburg ein besonderes Krisenjahr war. Ob sich dahinter die Flucht in eine Idylle verbirgt, in der die idyllisch geschilderte Landschaft die nostalgische Projektion vorhandener Sehnsüchte nach einer konfliktlosen Verwirklichung der bürgerlichen Ideale von Freiheit und Gleichheit, von individuellen Rechten und kollektivem Glück darstellt, was im Falle Spaurs bedeuten würde, daß an die Stelle seiner freimaureri-

846 Das überschwengliche Panegyrikon *Alois Weissenbachs,* Aigen. Beschreibung und Dichtung, Salzburg 1817, wurde von dem Dichter August von Platen als „ein possierlicher Scherz" verspottet.

847 *Spaur,* Spaziergänge, S. 25–57.

848 *Spaur,* Spaziergänge, S. 33f.

849 Über den Philanthropismus als ein Charakteristikum der Spätaufklärung, vgl. *Georg Jäger,* Empfindsamkeit und Roman (Studien zur Poetik und Geschichte der Literatur, Bd. 11), Stuttgart 1969, S. 47–53, hier S. 51.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

schen Ideale eine freilich uneingestandene Resignation getreten wäre, bleibt dahingestellt[850].

Unverkennbar in Spaurs Werk ist die Beeinflussung durch Rousseau, die sich im Erzstift allgemein sehr nachhaltig ausgewirkt hatte. So läßt sich bereits im Jahre 1764 eine intensive Berührung der höheren Salzburger Geistlichkeit mit Rousseau feststellen, als der österreichische Staatsmann Karl Graf von Zinzendorf auf seiner Kommerzialreise in die Schweiz, auf der er die persönliche Bekanntschaft mit Voltaire, Rousseau und Haller erwarb, Salzburg besuchte und in Gesellschaft beim Fürstbischof von Lavant aus dem Brief Rousseaus an Christoph von Beaumont vorlas, womit er bei den jüngeren Salzburger Domherren eine Rousseaubegeisterung auslöste[851].

Mehr noch als Rousseau dürfte sich im Erzstift der Einfluß Albrecht von Hallers ausgewirkt haben, der bereits mit 20 Jahren ausgedehnte Fußreisen durch das Berner Oberland unternahm und dessen 1729 veröffentlichtes Gedicht, die „Alpen", das erstmals diesen bis dahin nur in der Geographie gebrauchten Begriff in die Literatur einführte, zum Vorbild für alle malende Poesie wurde[852].

Ähnlich wie bei Rousseau ist bei Haller eine Kritik an der Zivilisation spürbar, die allerdings nicht dessen politische und soziale Schlußfolgerungen zieht. Haller, der neben Linné der bedeutendste Botaniker seiner Zeit war, wurde auch als Wissenschafter für Salzburger Naturforscher zum Vorbild. In der Nachfolge Hallers unternahmen jetzt Männer wie Franz von Paula Schrank, Carl Ehrenbert von Moll, Franz Michael Vierthaler und Balthasar Hacquet ausgedehnte Bergwanderungen und führten zahlreiche Erstbesteigungen durch[853]. Das jetzt wachsende Interesse am Gebirge fand seinen Niederschlag in den Beschreibungen der mittleren Alpen[854]. Die Zusammenarbeit Schranks mit Moll in den „Naturhistorischen Briefen" bietet so ein gutes Beispiel einer wissenschaftlich orientierten Landeserkundung, die zugleich mit geologischen und botanischen Beobachtungen Hinweise auf die Schönheit der heimischen Landschaft verband und so zur Entdeckung des eigenen Landes und zur

850 Vgl. hierzu *Thomas Lange,* Idyllische und exotische Sehnsucht. Formen bürgerlicher Nostalgie in der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts (Scriptor Hochschulschriften Literaturwissenschaft 23), Taunus 1976, bes. S. 142f., 167f.

851 *Hans Wagner,* Das Salzburger Reisetagebuch des Grafen Karl von Zinzendorf vom 31. März bis zum 6. April 1764, in: MGSL 102, 1962, S. 167–190, hier S. 186.

852 Zu Albrecht von Haller (1708–1777) vgl. den Artikel in der NDB 7, 541–548, mit weiteren Literaturangaben; den einzelnen Abschnitten bei *Balthasar Hacquet,* Physikalisch-Politische Reise . . . in die Norischen Alpen, a. a. O., sind Zitate aus Hallers Werk vorangestellt; zur Wirkung Hallers vgl. auch *Annette Zimmermann,* Franz von Paula Schrank (1747–1835). Naturforscher zwischen Aufklärung und Romantik, Diss. München 1981, S. 66f.

853 Über die ersten „gebildeten Bergsteiger" im Salzburger Raum vgl. *Georg Stadler,* wie Anm. 845, S. 187, 189f.

854 Vgl. hierzu aus der Perspektive der Literaturwissenschaft: *Paul von Tieghem,* Le sentiment de la Nature dans le Préromantisme Européen, Paris 1960, bes. S. 155f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Besinnung auf dessen nationale Eigenart beitrug[855]. Molls Darstellung eines Sonnenaufgangs ist eines der frühesten literarischen Zeugnisse dieses Alpenerlebnisses im Salzburger Raum. Seine Schilderung der Erstbesteigung des Großglockners im Jahre 1794 spornte andere zur Nachahmung an.

Während in den meisten Reisebeschreibungen und Topographien des 18. Jahrhunderts noch kein Interesse der aufgeklärten Autoren an ästhetischen Naturschilderungen vorhanden ist und der utilitaristische Standpunkt, dessen Verwertungsinteresse primär auf wirtschaftliche Nutzbarmachung gerichtet ist und der naturwissenschaftliche Forschungsdrang im Vordergrund standen[856], besitzt die Landschaft für den empfindsam Reisenden wie für den Romantiker Gefühlswert. Empfindsamkeit und Aufklärung, Strömungen, die während der letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts und noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts parallel laufen, bilden keinen echten Gegensatz, obwohl sie auf manchen Gebieten zu gegensätzlich scheinenden Formen führen. Erst die Romantik mit ihrem pantheistischen Naturverständnis und ihrer Betonung des Irrationalen, wobei die Gefährdung des Menschen und schließlich seine Entfremdung von der Objektwelt thematisiert wird, stellt etwas Neues dar.

Daß hier die Grenzen fließend sind, läßt sich gut an einem Autor wie Franz Michael Vierthaler zeigen, dessen 1794 erschienene „Reisen durch Salzburg" in der bayerischen Zeit eine Neuauflage erlebten. Bei der Beschreibung des Gasteiner Tales heißt es: „Die Schwermuth, welche den Mann von Gefühl im Land befällt, gehet in ein mit Furcht und Freude abwechselndes Erstaunen über, sobald man den Ort verläßt . . . Brücken, eben nicht gemacht, dem Wanderer Muth einzuflößen, führen über gräßliche Klüfte und Abstürze hinweg; und tief unten im Abgrunde brauset die Gasteiner Ache . . . Es ist mir unmöglich, die Empfindung zu beschreiben, mit welcher ich dieses Thal betrat. Je wilder ich die Klamm, je gräßlicher ich die Schlünde fand, desto gespannter wurde meine Neugierde zu erfahren, was das für eine Gegend, wie sie beschaffen seyn würde . . . Ich untersuchte sodann die Gegenstände einzeln; und überzeugte mich, daß ich mich wirklich in einer ganz neuen Region befinde. Vorzüglich zog das Gestein meine Aufmerksamkeit auf sich . . . Der Anblick der Ache trübte mein Vergnügen. Wirklich enthält die Chronik dieses Thales eine Menge trauriger Geschichten dieser Art . . . Es giebt nur ein Mittel, künftigen Verheerungen vorzubeugen; und dieses besteht darin, daß man die Ache umwerfe."[857] Das zuerst mit der Landschaft assoziierte, irratio-

855 Vgl. *L. Hammermayer,* Salzburg und Bayern, bes. S. 205f.; zu Molls Tätigkeit unter diesem Aspekt: *Leopold Schmidt,* Karl E. von Moll und seine Freunde, in: Zeitschrift für Volkskunde 47, 1938, S. 113–138.

856 Vgl. *Wolfgang Griep,* Reiseliteratur im späten 18. Jahrhundert, in: *Rolf Grimminger* (Hrsg.), Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Bd. 3, Deutsche Aufklärung bis zur Französischen Revolution 1680–1789, München 1980, S. 739–764, bes. S. 745f.

857 *Franz Michael Vierthaler,* Meine Wanderungen durch Salzburg, Berchtesgaden und Österreich, 2 Bde., Wien 1816, hier Bd. 2, S. 243f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nale Gefühl wird hier durch den naturwissenschaftlichen Forscherdrang, das Interesse für Mineralogie und schließlich durch den für den Aufklärer so typischen utilitaristischen Standpunkt überwunden, der in dem Tal eigentlich nur noch ein Objekt für eine Verbesserungsmaßnahme sieht, dies freilich aus der Motivation heraus, den Bewohnern dieses Tales zu helfen.

Die Entdeckung der Salzburger Landschaft, die bereits in der Ära Colloredos eingesetzt hatte, sollte in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts dank der von fremden Durchreisenden verfaßten Reisebeschreibungen ihren Höhepunkt erreichen[858]. Selbst ein relativ trockener Rationalist wie der Salzburger Kreisschulrat Clemens Aloys Baader, der eben noch daran dachte, einem Freund seine Pistole zu leihen, damit er sich erschießen könne, besinnt sich dann doch eines Bessern und empfiehlt ihm eine Reise nach Salzburg als bestes Mittel gegen die Hypochondrie, wobei er sich selbst dankbar seines Salzburger Aufenthaltes erinnert: „Meinen ganzen Beifall hat ihr Entschluß . . . nach Salzburg zu reisen . . . Ach! könnte ich nur mit ihnen nach Salzburg fahren, wo ich sechs glückliche Jahre zubrachte! Nicht die Menschen, obwohl ich daselbst viele gute, einige mir ewig theure und unvergeßliche fand, sondern die herrliche Natur, die romantisch schönen Hügel, Berge, Alpen, Wasserfälle, Felsen, Gärten, Wälder und Thäler, mit einer viel reicheren Vegetation und Abwechslung, als wir im flachen Lande kennen, machten mich vergnügt und glücklich. Allen mir im südlichen Deutschland bekannten Gegenden ziehe ich jene um Salzburg vor."[859]

Auch der bayerische Kronprinz schätzte die Naturschönheiten der Salzburger Landschaft sehr, was u. a. aus seinem Briefwechsel mit dem kgl. Galerieinspektor Georg von Dillis hervorgeht, der als Maler und Zeichner der älteste und einflußreichste Vertreter der frühen Münchener Schule wurde[860]. Der Kronprinz ließ übrigens in der nächsten Umgebung Salzburgs einige Pappelalleen anlegen. Auf seine Veranlassung wurden besonders nach 1813 die Schäden des Belagerungszustandes beseitigt und

858 So erlebte die Reisebeschreibung des bayerischen Diplomaten de Bray in kurzer Zeit drei Auflagen. Dieser hatte die Reise zusammen mit Graf von Montgelas und Freiherrn von Zentner unternommen; vgl. *Francois Gabriel de Bray,* Voyage Pittorèsque dans le Tyrol; aux salines de Salzbourg et de Reichenhall, et dans une partie de la Bavière, Berlin 1808 (Paris ^{3}1815).

859 *Clemens Aloys Baader,* Freundschaftliche Briefe, Sulzbach 1823, S. 16f.

860 Am 5. Juni 1811 schrieb Ludwig an Dillis: „Das sollte mich recht freuen, Dillis, wenn Sie es einrichten könnten, unmittelbar nach der Tyroler Geschäftsreise, von da gleich bei mir in Salzburg einige Zeit zu verweilen; auch eine herrliche Natur." Dillis schrieb am 25. Juli 1811 an den Kronprinzen: „In dem ich mich bey dem von E. königl. Hoheit auf den Geißberg unternommenen Reise in die himmliche Aussicht hineindenke, empfehle ich mich . . ." *Richard Messerer,* Briefwechsel zwischen Ludwig I. von Bayern und Georg von Dillis 1807–1841, München 1966, Nr. 138, 142; unter Dillis' Münchener Professur für Landschaftsmalerei (1808–1814) gehörte das Arbeiten vor der Natur bereits zum akademischen Unterricht; vgl. *Richard Messerer,* Johann Georg von Dillis, München 1961, S. 28f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sowohl der Kapuziner- als auch der Mönchsberg verschönert, wozu die Mittel teilweise aus dem Reservefonds des Kreises genommen wurden[861]. Eine Zeitlang trug sich Prinz Ludwig sogar mit den Gedanken, die Walhalla in der Nähe Salzburgs errichten zu lassen[862].

Diese wenigen Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen, mögen genügen, um darzulegen, welcher Beliebtheit sich damals die Salzburger Landschaft erfreute. Die Äußerung des bereits erwähnten Naturforschers Joseph August Schultes, wenn man Salzburg als sehr schön rühme, so müsse man wohl zwischen Stadt und Umgebung unterscheiden, beinhaltet nicht nur, daß Salzburg an geistig kultureller Ausstrahlungskraft verloren hatte[863], sondern auch, daß dieses Defizit zumindest zu einem Teil durch die Schönheit der Salzburger Landschaft kompensiert werden konnte.

Parallel dazu setzte in der bayerischen Ära noch die Entdeckung der Salzburger Landschaft durch die Maler, insbesondere durch die von dem bayerischen König Ludwig I. später so geförderten Nazarener, ein. So kann die nach jahrelangen Vorarbeiten, als das Ergebnis zweier Salzburg-Reisen im Jahre 1815 und 1817, von Friedrich Olivier im Jahre 1823 vorgelegte Lithographienfolge „Sieben Gegenden aus Salzburg und Berchtesgaden" als das Hauptbeispiel nazarenischer Landschaftsauffassung gelten, in der in geradezu exemplarischer Weise Schlegels romantische Forderung nach der „geistlichen Landschaft", christliche Auffassungen mit den Mitteln der Landschaft zu formulieren, verwirklicht ist[864].

Wenn diese Entwicklung auch ursprünglich von Salzburg aus ihren Lauf genommen hatte, so erfolgte die literarische und künstlerische Entdeckung im 19. Jahrhundert von außen. Hier wird auch der Übergang von der Spätaufklärung zum Biedermeier deutlich. Dem öffentlichen Engagement der Aufklärer für ihre Ideale folgte auch in Salzburg sehr rasch eine Ära, in der sich das durch die Säkularisation und die Kriege verunsicherte Bürgertum in seine „Schneckenhäuser", den häuslichen und fami-

861 HSTA MF 18530.

862 *Robert Landauer,* König Ludwig I. von Bayern und Salzburg, in: ZBLG 7, 1934, S. 490.

863 So waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts für die Begründung einer eigenen bodenständigen literarischen Tradition in Salzburg keine Persönlichkeiten vorhanden; *Karl O. Wagner,* Salzburgs Literatur, wie Anm. 823, S. 82.

864 Vgl. die Nazarener (Katalog zur Ausstellung im Städelschen Kunstinstitut), Frankfurt/Main 1977, bes. S. 50f., 194f.; *Gisela Scheffler,* Der Zeichner vor der Landschaft, in: Münchener Landschaftsmalerei 1800–1850 (Katalog zur Ausstellung im Lenbachhaus), München 1979, S. 78–92, bes. S. 86f.; *Heinrich Schwarz,* Salzburg und das Salzkammergut. Eine künstlerische Entdeckung der Stadt und der Landschaft in Bildern des 19. Jahrhunderts, Salzburg 1977, *Esther Straub-Fischer,* Der Salzburger Friedhof zu St. Peter in den Zeichnungen der deutschen Romantiker, in: MGSL 107, 1966, S. 347–353.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

liären Bereich, zurückzog, noch lange bevor dies durch die Metternichsche Restauration opportun werden sollte[865].

865 In einem österreichischen Stimmungsbericht vom 28. Oktober 1816 wurde diese Mentalität wohl zu Recht auf eine Verunsicherung der Salzburger durch den mehrmaligen Besitzwechsel zurückgeführt: „Sie [Die Salzburger, Anm. d. Verf.] zeigen eine Art von Schüchternheit gegen jeden, der nicht eingeboren ist. Die Ursache mag wohl in den vielen Regierungsveränderungen, die in einer kurzen Zeit aufeinanderfolgten, zu suchen sein. Es ist gewöhnlich, daß bei einer jeden Regierungsveränderung manche wegen politischer Meinungen und ungebührlicher Äußerungen untersucht und nach Gestalt der Umstände mit Recht ein ungünstiges Los finden. Manche wurden aber auch unschuldig bloß aus Rachsucht ihrer Feinde . . . verschwärzt . . . Aus dieser Ursache sind die Salzburger auch bei der gegenwärtigen neuen Regierung etwas schüchtern, sie ziehen sich in ihre häuslichen Zirkel zurück, vermeiden alle politischen Gespräche und den Umgang mit Beamten und Offizieren, weil sie in einem jeden einen Ausspäher ihrer Gesinnungen wähnen"; zit. nach *Karl Glossy,* Als Salzburg wieder an Österreich kam. Vertrauliche Berichte, eingeleitet und mitgeteilt von K. Glossy, in: Österreichische Rundschau 17, 1921, S. 804–809, hier S. 805.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Zusammenfassung und Ausblick

Die feierliche Übergabe Salzburgs an Österreich am 1. Mai 1816 beendete die genau fünf Jahre und sieben Monate dauernde bayerische Herrschaft. Sie fand im Markus-Sittikus-Saal der Residenz statt, wo sich die Vertreter aller in Salzburg ansässigen Behörden ein letztes Mal in ihren bayerischen Amtsuniformen versammelt hatten[866]. Nach einer Rede, in der Preysing auf die Leistungen der bayerischen Verwaltung in Salzburg hinwies, wurden in „ehrerbietiger Stille" das bayerische Abtretungs- und das österreichische Besitzergreifungspatent verlesen. Anschließend wurde unter militärischem Zeremoniell das bayerische Wappen abgenommen und statt dessen der österreichische Doppeladler an der Residenz und dem sogenannten Neubau angebracht, was ein Teil der auf dem Residenzplatz dichtgedrängten Menschenmenge mit lautem Beifall quittierte.

Bereits zuvor hatte der österreichische Übernahmskommissär, der Regierungspräsident von Oberösterreich, Gottlieb Freiherr von Hingenau, in mehreren Unterredungen mit dem zum bayerischen Hofkommissär ernannten Grafen von Preysing den Wunsch auf eine rasche Erledigung der vertraglich fixierten Ausgleichspunkte geäußert, indirekt aber zu verstehen gegeben, daß die ihm erteilten vielfältigen Instruktionen keine schnelle Beendigung des Ausgleichsgeschäfts erwarten ließen. Beide Seiten vermieden es, einander durch irgendwelche Maßnahmen zu provozieren, um die ohnehin gespannte Atmosphäre nicht noch mehr zu belasten[867].

Glaubt man dem Bericht des preußischen Gesandten, so hätte das Verhandlungsergebnis von 1816 auch durch ein Plebiszit zustande kommen können. Seinem Urteil nach waren die Einwohner in Salzburg und dem Innviertel „bestimmt $^{9}/_{10}$ mehr österreichisch als baierisch gesinnt"[868]. Die Reaktionen auf den Besitzwechsel waren jedoch zu unterschiedlich, um ein derartiges Mehrheitsverhältnis als glaubhaft erscheinen zu lassen. Nicht überall verlief die österreichische Besitzübernahme so spektakulär wie im Landgericht Haag, wo der dortige noch verbliebene bayerische Landrichter das bayerische Hoheitszeichen in Sicherheit bringen mußte und beinahe in ein Duell verwickelt worden wäre, weil er es vermieden hatte, dem anrückenden österreichischen Kommandanten entgegen-

866 Die folgende Darstellung basiert größtenteils auf dem von Preysing verfaßten umfangreichen Bericht vom 2. Mai 1816 über die Landesübergabe; HSTA Salzburg Hofkommission 2/6.

867 Am 5. April waren bereits sämtliche Behörden nach dem neuen Sitz des Generalkreiskommissariats in Burghausen übersiedelt. Preysing hatte diese und andere Vorsichtsmaßnahmen umso notwendiger gefunden, als „in kgl. Diensten stehende Männer sich so weit vergessen konnten, die eingeleiteten Anstalten durch heimliche, an manchen Orten leider wohl befolgte Gegen Insinuationen im Einverständnis mit der österreichischen Regierung zu hintertreiben".

868 PGB I, S. 68, Bericht Küsters an Friedrich Wilhelm III. vom 17. April 1816.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

zureiten[869]. In einigen Ortschaften wurden die österreichischen Truppen mit großem Jubel empfangen, andere verhielten sich eher unbeteiligt. Geradezu einen Schock löste die Abtretung Salzburgs im Landgericht Laufen aus, das jetzt in seinem Umfang stark verringert worden war. Hier wurden traditionelle familiäre und freundschaftliche Beziehungen durch die neu gezogene Grenze stark belastet. Die auf den Salzachbrücken aufgestellten Posten erinnerten schmerzlich an die einstige Zusammengehörigkeit. In Salzburg selbst betrachtete man den Besitzwechsel mit gemischten Gefühlen. Preysing führte den relativ kühlen Empfang der österreichischen Truppen auf die große Bestürzung zurück, die auch hier die neue Grenzziehung verursachte. Schon jetzt fühle die österreichische Seite die Notwendigkeit, „neue Hoffnungen einer Rebellion unter der Hand verbreiten zu lassen", weshalb er vor der Gefahr neuer Gebietskonzessionen warnte. Das hier zum Ausdruck kommende Mißtrauen zeigt, daß einer dauerhaften Verständigung doch noch einiges im Wege stand und daß Bayern und Österreich zunächst argwöhnische Nachbarn blieben.

So wurde die Propaganda gewissermaßen noch in internen Berichten fortgesetzt, wenn von österreichischer Seite behauptet wurde, daß anläßlich der Ankunft Franz' I. im Juni 1816 in Salzburg sehr viele Bewohner aus den an Bayern abgetretenen Gerichten nach Salzburg gekommen seien, um den Landesvater zu sehen, „den den ihrigen noch dereinst zu nennen, sie die Hoffnung nicht aufgegeben" hätten[870], während von bayerischer Seite betont wurde, daß von den „dießseitigen Unterthanen an dem Huldigungsakt nicht der mindeste sträfliche Antheil" genommen worden sei[871].

Der Umstand, daß die Abtretung Salzburgs und des Inn- und Hausruckviertels als Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen Bayern und Österreich in Bayern als außenpolitischer Mißerfolg Montgelas' gewertet wurde, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier ebensosehr um einen innenpolitischen Mißerfolg handelte. Die Integration dieses neuen bayerischen Gebiets, für die günstige Voraussetzungen bestanden hatten, war gescheitert. Vor allem das Jahr 1813 erwies sich für Salzburg als ein Schicksalsjahr. Mehrere Faktoren, der sich verschärfende Konflikt zwischen Bayern und Österreich, die Krise der Stiftungen und die starke steuerliche Belastung der Bevölkerung, trafen zusammen und ließen den Wunsch nach einem Wiederanschluß an Österreich lauter werden, der durch die Abtretung Tirols im Jahr 1814 noch stärker wurde. Ein stärkeres Entgegenkommen der bayerischen Verwaltung im kirchen-

869 Bericht des Landrichters von Bruckmayr aus Haag vom 28. April 1816; STAM Skr 236.

870 *Josef Karl Mayr,* Kaiser Franz in Salzburg, in: MGSL 96, 1956, S. 67–133, hier S. 90.

871 Bericht des Generalkreiskommissariats des Salzachkreises in Burghausen vom 18. Juni 1816 über die Erbhuldigung für den österreichischen Kaiser; STAM Skr 738.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

politischen Bereich, das aus den negativen Erfahrungen in Tirol resultierte, brachte nicht die erhofften Folgen, da die nach Tirol orientierte salzburgische Gebirgsbevölkerung der bayerischen Regierung weiterhin überwiegend ablehnend gegenüberstand.

Die bayerische Verwaltung hatte in der relativ kurzen Zeit eine Vielzahl von zum Teil recht einschneidenden Veränderungen vorgenommen. Wenn der salzburgische Finanzrat Pichler klagte, daß „alles was von voriger Eigenheit bis jetzt noch übrig" geblieben sei, verschwände und sich in den Namen Bayern verlöre[872], so wird hier der Modernisierungsdruck der vielfach als „Revolution von oben" apostrophierten Reformära Montgelas' deutlich. Behörden und Beamte waren in einer Zeit, in der „wie ein Peletonfeuer" Verordnung auf Verordnung folgte und „kaum ein Tag verging, wo nicht das Regierungsblatt einen Befehl, eine Abänderung, einen Ergänzungs- oder Widerrufs-, oder Erneuerungsauftrag enthielt", nicht selten überfordert[873].

Überhaupt ist ein gewisser Konflikt zwischen Mittelbehörde und Zentralbehörde unverkennbar. Der Finanzbedarfsdruck des Staates führte öfters zu Maßnahmen, gegen die das Generalkreiskommissariat, das stets den „gesicherten Nahrungsstand" der Untertanen vor Auge hatte, heftig protestierte. Darüber hinaus ließ gerade die besonders problematische wirtschaftliche Situation des Salzachkreises den Generalkreiskommissär zu einem Anhänger einer ihrer Intension nach recht fortschrittlichen Agrarreform werden, zu einem Zeitpunkt, da diese von der Ministerialbürokratie schrittweise wieder zurückgenommen wurde.

Erfolgreich war die bayerische Verwaltung besonders im Gesundheits- und im Schulwesen, also in Bereichen, wo bereits gute Ansätze vorhanden waren. Wenn auch die Universität aufgelöst worden war, so besaß das Lyceum immer noch ein sehr beachtliches Niveau. Die weitreichenden Pläne zu einem Ausbau des Schulwesens zeigen, daß man der Stellung Salzburgs als bedeutender kirchlicher Metropole und Sitz einer einst angesehenen Universität in hohem Maße Rechnung trug. Die straffe Neuorganisation der Armenpflege hatte zwar in der Kreishauptstadt positive Folgen, ging aber in erster Linie zu Lasten der Gemeinden, die als die untersten Verwaltungsorgane überhaupt als die Leidtragenden der Ära Montgelas' zu bezeichnen sind.

Die Zugehörigkeit Salzburgs zu Bayern fiel in einen Zeitraum, der sowohl in außenpolitischer als auch in innenpolitischer und in wirtschaftlicher Hinsicht sehr instabil war. Von der Konsolidierung des bayerischen Staates, wie sie beispielsweise in der 1818 erlassenen Verfassung zum Ausdruck kam, sollte Salzburg nicht mehr profitieren.

872 SLA Tagebuch Franz Xaver Pichler.

873 *Georg A. Pichler,* Salzburg's Landes-Geschichte, Salzburg 1865, S. 1005, der sonst ein sehr positives Resümee der bayerischen Verwaltung zieht.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Spricht man von einer gescheiterten Integration Salzburgs in das Königreich Bayern, so darf man nicht übersehen, daß der Anschluß Salzburgs an Österreich mit dem Verlust der territorialen Integrität bezahlt werden mußte. Die Nivellierungs- und Zentralisierungsbestrebungen erfuhren unter der österreichischen Verwaltung gegenüber der bayerischen sogar noch eine Steigerung, da Salzburg jetzt der Landesregierung in Linz unterstellt wurde und die österreichische Regierung lange Zeit die Bestrebungen Salzburgs nach mehr Autonomie im politischen wie kulturellen Bereich ignorierte.

Darüber hinaus scheint die aus der Säkularisation resultierende „neue" geopolitische Lage Salzburgs ein Faktor zu sein, der eine Integration nur in einem begrenzten Maß zuläßt[874]. Wenn die Peripherielage Salzburgs in der bayerischen Ära eine stärkere Orientierung an Österreich hervorgerufen hatte, so erreichte eine Generation später im Revolutionsjahr 1848 die Unzufriedenheit mit dem österreichischen System und die Begeisterung für liberale und deutschnationale Ideen einen Höhepunkt, als sowohl in Salzburg als auch in Innsbruck die weiß-blaue Kokarde aufgesteckt wurde![875]

Die Integration Salzburgs in die Habsburger Monarchie war keineswegs so selbstverständlich, wie dies oft dargestellt wurde, sie war vielmehr das Ergebnis eines langwierigen Prozesses, dem nicht zuletzt die Normalisierung des Verhältnisses zu seinem bayerischen Nachbarn vorausgehen mußte.

874 Erst in jüngster Zeit konstatierte der Schriftsteller Jean Améry in einer Rezension der Salzburger Kindheitserinnerungen des bekannten österreichischen Autors Thomas Bernhard einen *Morbus Austriacus* und stellte, freilich etwas überspitzt, fest: „Da aber Österreich und namentlich das Grenzgebiet um Salzburg als Landschaft, Stadtbild und Heimat sozusagen im Leeren hängen – denn: was sind sie? deutsches Land? österreichisches? – baumelt man mit ihnen in einem geisterhaften Raum, der politisch, gesellschaftlich, national nicht definierbar ist"; *Jean Améry,* Morbus Austriacus, Bemerkungen zu *Thomas Bernhards* „Die Ursache" und „Korrektur", in: Merkur 30, Heft 1, Stuttgart 1976, S. 91–94.

875 ÖGB III, S. 549, Bericht des österreichischen Gesandten an den Fürsten Metternich vom 10. März 1848.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Literatur- und Quellenverzeichnis

Archivalien und Handschriften

(Die einzelnen Signaturen sind in den Fußnoten aufgeführt)

München
Bayerisches Hauptstaatsarchiv
Abteilung I
Kasten blau (Politische Akten der Kurpfalz und Zweibrückens)

Abteilung II
GLA Generallandesadministration Salzburg
Salzburg Hofkommission
MA Ministerium des Äußern
MF Ministerium der Finanzen
MH Ministerium des Handels
MInn Ministerium des Innern
Staatsrat

Abteilung III, Geheimes Hausarchiv
Nachlaß Ludwig I.

Abteilung IV, Kriegsarchiv
Festung und Garnison Salzburg

Staatsarchiv München
Skr Salzachkreis (vorübergehend bayerische Territorien der napoleonischen Zeit)
Herrschaft Hohenaschau (Preysing)

Bayerische Staatsbibliothek, Handschriftenabteilung
Cgm 6845/19; Cgm 6855/17 Montgelas Statistik

Salzburg
Salzburger Landesarchiv
Generalkreiskommissariat Salzburg, Generalia und Specialia
Generalstiftungsadministration
HS. Nr. 43/22 Leopold Ladislaus Pfest, Abschied der Salzburger von den Baiern 1816 (mit Beilagen von Anton Corbinian Rauchenbichler und Ignatz Heffter)
Hs. Nr. 481 Aufschlüsse über die Entstehung und Wirksamkeit der früher im Erzstift bestandenen und unter der baierischen Regierung am 4. Oktober 1811 aufgelösten Landschaft
Tagebuch des Finanzrats Franz Xaver Pichler von 1810 bis 1816
Populationskataster von 1815
Notelbücher 1813/14
Verlassenschaften

Archiv von St. Peter
Hs A 80 Tagebuch Dominikus Hagenauer
A 450 Briefwechsel mit Kronprinz Ludwig von Bayern
A 854 Akten über die finanzielle Unterstützung des Mädchen Erziehungs-Instituts in München

Konsistorialarchiv
11/82 Generalvisitation 1811 (Hopfgarten, Mittersill, Zell/See)

Universitätsbibliothek Salzburg, Handschriftensammlung
Nachlaß Ignatz Thanner

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Gedruckte Quellen und zeitgenössische Literatur

Allerehrfurchtsvollste Vorstellung einiger Landgerichte und Gemeinden des Salzach- und Unter-Donaukreises an Seine Majestät den König von Baiern. Die Abtretung des Innviertels und Salzburger Landes betreffend, Braunau den 15. Dezember 1815.

Allgemeine Deutsche Justiz- und Polizey Fama, Salzburg 1801–1803, hrsg. von Carl Theodor Hartleben.

Johann Christoph Freiherr von Aretin, Bayerns größter Umfang unter den Agilolfingern, Karolingern, Welfen und Wittelsbachern in vier geographischen Karten dargestellt zur Erläuterung einer merkwürdigen Äusserung Napoleons des Grossen, München 1809.

Clemens Aloys Baader, Lexikon verstorbener baierischer Schriftsteller des 18. und 19. Jahrhunderts, 2 Bde., Augsburg 1824.

– Freundschaftliche Briefe, Sulzbach 1823.

Jakob Baxa, Der Tiroler Aufstand im Dezember 1813. Nach den Akten des Bayerischen Geheimen Staatsarchivs in München, in: Der Schlern 44, 1970, S. 461–476.

Francois Gabriel de Bray, Voyage Pittoresque dans le Tyrol; aux salines de Salzbourg et de Reichenhall, et dans une partie de la Bavière, Paris ³1815.

Anton Chroust (Hrsg.), Gesandtschaftsberichte aus München 1814–1848.

– Die Berichte der österreichischen Gesandten, Bd. I, Die Berichte aus der Zeit nach dem Rieder Vertrag bis zum Tod König Max Josephs von Bayern (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 33), München 1939.

– Die Berichte der preußischen Gesandten, Bd. I, Die Berichte aus der Zeit nach dem Vertrag von Ried bis zum Tode König Max Josephs von Bayern (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 39), München 1949.

Georg Döllinger, Sammlung der im Gebiete der inneren Staatsverwaltung des Königreiches Bayern bestehenden Verordnungen, Bd. 1, München 1835.

Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern. Abteilung III, Bayern im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Karl Bosl.

– Bd. 3, Regierungssystem und Finanzverfassung, bearbeitet von Rolf Kiessling und Anton Schmid, München 1976.

– Bd. 4, Regierungs- und Verwaltungshandeln, Vom „Polizeistaat" zum Daseinsvorsorgestaat, bearbeitet von Rolf Kiessling und Anton Schmid, München 1977.

Hans-Dieter Dyroff (Hrsg.), Der Wiener Kongreß 1814/15. Die Neuordnung Europas (dtv dokumente), München 1966.

Franz Karl Felder, Siegmund Christoph. Fürstbischof von Chiemsee. Eine biographische Skizze, Landshut 1815.

Hermann Ludwig Friedländer, Ansichten von Italien während einer Reise in den Jahren 1815 und 1816, 2 Bde., Leipzig 1819/20.

Karl Glossy, Als Salzburg wieder an Österreich kam. Vertrauliche Berichte, eingeleitet und mitgeteilt von Karl Glossy, in: Österreichische Rundschau 17, 1921, S. 804–809.

Balthasar Hacquet, Physikalisch-Politische Reise aus den Dinarischen durch die Julischen, Carnischen, Rhätischen in die Norischen Alpen, im Jahre 1781 und 1783 unternommen, Leipzig 1785.

Peter Hersche (Hrsg.), Der aufgeklärte Reformkatholizismus in Österreich, Hirtenbriefe 1752–1782 (Quellen zur neueren Geschichte 33), Bern 1976.

Lorenz Hübner, Beschreibung des Erzstiftes und Reichsfürstenthums Salzburgs in Hinsicht auf Topographie und Statistik, Bd. 3, Salzburg 1796.

Franz Thaddäus Kleinmayern, Nachrichten vom Zustande der Gegenden und Stadt Juvavia vor, während und nach Beherrschung der Römer bis zur Ankunft des heiligen Ruperts und von dessen Verwandlung in das heutige Salzburg, Salzburg 1784.

Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld (Hrsg.), Salzburg und Berchtesgaden in historisch-statistisch-geographisch- und staatsökonomischen Beyträgen, 2 Bde., Salzburg 1810.

– Geschichte des Fürstentums Berchtesgaden und seiner Salzwerke, Salzburg 1815.

– Die letzten dreißig Jahre des Hochstifts und Erzbistums Salzburg, München 1816.

Königlich-Baierisches Regierungsblatt.

Königlich-Baierisches Salzach Kreis-Blatt.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Litteraturzeitung von Salzburg, Salzburg 1800–1802, hrsg. von Franz Michael Vierthaler.
Franz Martin (Hrsg.), Die Salzburger Chronik des Felix Audactus Haslberger, in: MGSL 68, 1928, S. 51–68; 69, 1929, S. 97–119; 74, 1934, S. 159–169.
Richard Messerer (Hrsg.), Briefwechsel zwischen Ludwig I. von Bayern und Georg von Dillis 1807–1841, München 1966.
Carl Ehrenbert von Moll, Mitteilungen aus seinem Briefwechsel, 4 Bde., Augsburg 1829–1835.
Ludwig Graf von Montgelas (Hrsg.), Maximilian Graf von Montgelas – Denkwürdigkeiten des bayerischen Staatsministers (1799–1817). Im Auszug aus dem französischen Original übersetzt von Max Freiherr von Freyberg-Eisenberg, Stuttgart 1878.
Joseph von Mussinan, Ludwig der Bayer und 1809, 1810.
Neuestes Verzeichnis sämmtlicher in dem Stadtgerichts- und Polizeykommissariats-Bezirke der Hauptstadt Salzburg liegenden numerirten Gebäude, mit Benennung der Stadtviertel, Plätze und Gassen, worin gedachte Gebäude befindlich sind, mit den neuesten Benennungen der Besitzer, Salzburg 1816.
Leopold Neumann, Recueil des traités et conventions conclus par l'Autriche, Tome 3, Leipzig 1857.
Johann Pezzl, Reise durch den Baierschen Kreis, Salzburg und Leipzig 1784 (Faksimile München 1973, hrsg. von Josef Pfennigmann).
Benedikt Pillwein, Lexikon Salzburgischer Künstler, Salzburg 1821.
– Geschichte, Geographie und Statistik des Erzherzogtums Österreich ob der Enns und des Erzherzogtums Salzburg, Bd. 5, Der Salzburgerkreis, Linz 1839.
Salzburgische gelehrte Unterhaltungen, Salzburg 1812/1813, hrsg. von Corbinian Gärtner.
Franz Sartori, Neueste Reise durch Oesterreich ob und unter der Ens, Salzburg, Berchtesgaden, Kärnthen und Steyermark in statistischer, geographischer, naturhistorischer, ökonomischer, geschichtlicher und pittoresker Hinsicht, 3 Bde., Wien 1811.
Joseph August Schultes, Reise durch Salzburg und Berchtesgaden, 2 Bde., Wien 1804.
Friedrich Graf Spaur, Über die Pflicht des Staates, die Arbeitsamkeit zu befördern, die Bettelei abzustellen und die Armen zu versorgen, Salzburg 1802.
– Nachrichten über das Erzstift Salzburg nach der Säkularisation, 2 Bde., Passau 1805.
– Gedanken über die Bildung der Gutsbesitzer und Bauern zu ihrem Berufe, dem Landbau, Salzburg 1813.
– Spaziergänge in den Umgebungen von Salzburg, Salzburg 1813.
Süddeutschlands pragmatische Annalen für Litteratur und Kultur, Salzburg 1803, hrsg. von Franz Ludwig von Schallhammer.
Über die Verhältnisse des Landes Salzburg zum Mutterlande Baiern gegen Ende des Jahres 1815, Breslau 1815.
Franz Michael Vierthaler, Reisen durch Salzburg, Salzburg 1799.
– Meine Wanderungen durch Salzburg, Berchtesgaden und Österreich, 2 Tle., Wien 1816.
Hans Wagner, Das Salzburger Reisetagebuch des Grafen Karl von Zinzendorf vom 31. März bis zum 6. April 1764, in: MGSL 102, 1962, S. 167–190.
Gottlieb Wahrmut, Welche Dienste hat Baiern in den Jahren 1805 und 1809 Frankreich geleistet, 1809.
Franz Xaver Weilmeyr, Topographisches Lexikon vom Salzach-Kreise. Aus amtlichen Quellen bearbeitet, 2 Bde., Salzburg 1812.
– Salzburg, die Hauptstadt des Salzachkreises. Ein Hand- und Adreßbuch für Jedermann, Salzburg 1813.
Augustin Winkelhofer, Der Salzach-Kreis, Geographische historische statistische Beschreibung, Salzburg 1813.
Hans Widmann, Vor Hundert Jahren. Zeitgenössische Berichte über Ereignisse im Jahre 1809 in Stadt und Land Salzburg, in: MGSL 49, 1909, S. 1–86.
Zeitschrift für Baiern und die angränzenden Länder, München 1816/17, hrsg. von Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Sekundärliteratur

Adalbert Prinz von Bayern, Max I. Joseph von Bayern, München 1957.

Ernst Anegg, Zur Gewerbestruktur und Gewerbepolitik Bayerns während der Regierung Montgelas, Diss. München 1965.

Karl Otmar von Aretin, Als Salzburg einmal bayerisch war, in: Bayernland 56, 1954, S. 68–70.

– Bayerns Weg zum souveränen Staat, Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714–1818, München 1976.

– Heiliges Römisches Reich 1776–1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte in Mainz, Bd. 38), 2 Bde., Wiesbaden 1967.

Wolf Bachmann, Die Attribute der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1807–1827 (Münchener Historische Studien, Abteilung Bayerische Geschichte, Bd. VII), Kallmünz 1966.

Hubert Bastgen, Die amtlichen Verhandlungen über die Alternative der Abdankung oder Rückkehr des letzten souveränen Erzbischofs von Salzburg in seinen Sprengel, in: Die Kultur, hrsg. von der Leo Gesellschaft, Bd. XIII, 1911, S. 423f.

– Fürsterzbischof Colloredo und sein Domkapitel, in: MGSL 59, 1919, S. 37–42.

– Die Neuerrichtung der Bistümer in Österreich nach der Säkularisation, Wien 1914.

Angelika Baumann, „Armut muß verächtlich bleiben . . .“ Verwaltete Armut und Lebenssituation verarmter Unterschichten um 1800 in Bayern, in: Richard van Dülmen (Hrsg.), Kultur der einfachen Leute, München 1983, S. 151–179.

Anton Behacker, Geschichte des Volks- und Bürgerschulwesens im Lande Salzburg, Salzburg 1923.

Oskar Bezzel, Geschichte des Königlich Bayerischen Heeres unter König Max I. Joseph von 1806 (1804) bis 1825 (Geschichte des Bayerischen Heeres, Bd. VI/1), München 1933.

Werner K. Blessing, Staatsintegration als soziale Integration, in: ZBLG 41, 1978, S. 633–700.

– Umbruchkrise und „Verstörung“. Die „Napoleonische“ Erschütterung und ihre sozialpsychologische Bedeutung, in: ZBLG 42, 1979, S. 75–106.

Laetitia Boehm, Bildung und Wissenschaft in Bayern im Zeitalter Maximilian Josephs. Die Erneuerung des Universitäts- und Akademiewesens zwischen fürstlichem Absolutismus, französischem Reformgeist und deutscher Romantik, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 186–220.

Günther Bögl, Der Wandel der Volksbildungsidee in den Volksschullehrplänen Bayerns, München 1929.

Adrian von Buttlar, Der Garten als Bild – das Bild des Gartens, in: Münchener Landschaftsmalerei 1800–1850 (Ausstellungskatalog der Städtischen Galerie im Lenbachhaus), München 1979, S. 160–172.

Anton Chroust, Geschichte des Grossherzogtums Würzburg (1806–1814). Die äussere Politik des Grossherzogtums, Würzburg 1932.

Walther Demel, „Beförderungen“ und Versetzungen. Zur Personalpolitik Montgelas' 1814/16, in: ZBLG 42, 1979, S. 107–125.

– Die Entwicklung der Gesetzgebung in Bayern unter Max I. Joseph, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 72–82.

– Der Bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs Bayern (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 76), München 1983.

Eduard Deuerling, Das Fürstentum Bayreuth unter französischer Herrschaft und sein Übergang an Bayern 1806–1810, Erlangen 1932.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Franz Dobmann, Georg Friedrich Freiherr von Zentner als bayerischer Staatsmann in den Jahren 1799–1821 (Münchener Historische Studien, Abteilung Bayerische Geschichte, Bd. VI), Kallmünz 1962.

Michael Doeberl, Bayern und die deutsche Erhebung wider Napoleon I. (Abhandlung der Kgl. Bay. Akademie der Wissenschaften, 3. Klasse, 24. Bd., 2. Abtlg.), München 1907.

– Rheinbundverfassung und bayerische Konstitution, in: Sitzungsberichte der bayerischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse, 5. Abhdlg., München 1924.

– Entwicklungsgeschichte Bayerns, Bd. 2, Vom Westfälischen Frieden bis zum Tode König Maximilians I., München ^{3}1928.

Heinz Dopsch, Die Wittelsbacher und das Erzstift Salzburg, in: Die Zeit der frühen Herzöge (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern I/1), München 1980, S. 268–284.

Fridolin Dörrer, Die bayerischen Verwaltungssprengel in Tirol 1806–1814, in: Tiroler Heimat 22, Innsbruck 1958, S. 83–132.

Roger Dufraisse, Napoleon und Bayern, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 221–229.

– Französische Zollpolitik, Kontinentalsperre und Kontinentalsystem im Deutschland der napoleonischen Zeit, in: Helmut Berding / Hans-Peter Ullmann (Hrsg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981, S. 328–352.

Marcel Dunan, Napoléon et l'Allemagne. Le systeme continental et les débuts du Royaume de Bavière, Paris ^{2}1948.

Johannes Emmer, Erzherzog Ferdinand III., Großherzog von Toscana als Kurfürst von Salzburg, Berchtesgaden, Passau und Eichstätt, Salzburg 1878.

Elisabeth Fehrenbach, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (Oldenburg Grundriß der Geschichte, Bd. 12), München 1981.

Wilhelm Fichtl, Aufklärung und Zensur, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 174–185.

Anton Fischer, Die Neugestaltung des bayerischen Stiftungswesens unter dem Ministerium Montgelas 1806–1810, in: Oberbayerisches Archiv 65, München 1927, S. 1–63.

Michael Forcher, Die geheime Staatspolizei im vormärzlichen Tirol und Vorarlberg, Diss. masch., Innsbruck 1966.

Pankratz Fried, Historisch-statistische Beiträge zur Geschichte des Kleinbauerntums im westlichen Oberbayern, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 51, 1966, S. 5–39.

Wolfgang Frühwald, „Ruhe und Ordnung". Literatursprache – Sprache der politischen Werbung, München 1976.

Harald Gnilsen, Ecclesia Militans Salisburgensis. Kulturkampf in Salzburg 1848–1914, Wien – Salzburg 1972.

Rudolf von Granichstaedten-Czerva, Die bayerischen Landrichter in Tirol (1806–1814), Neustadt/Aisch 1962.

Adolf Günther, Südbayern und Westösterreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Schriften des Instituts für Sozialforschung in den Alpenländern an der Universität Innsbruck, 10. Folge), Innsbruck 1933.

Eckehard J. Haeberle, Zollpolitik und Integration im 18. Jahrhundert. Untersuchungen zur wirtschaftlichen und politischen Integration in Bayern von 1765 bis 1811 (MBM 52), Diss. München 1974.

Wolfgang Häusler, Von der Manufaktur zum Maschinenwesen. Industrielle Dynamik und sozialer Wandel im Raum von Wien, in: Wien im Vormärz (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Bd. 8), Wien 1980, S. 32–56.

Ludwig Hammermayer, Das Ende des Alten Bayern. Die Zeit des Kurfürsten Max III. Joseph (1745–1777) und des Kurfürsten Karl Theodor (1777–1799), in: Max Spindler (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. II, München 1977, S. 985–1102.

– Grundlegung der bayerischen Reformära des frühen 19. Jahrhunderts. Zum ersten Band der Montgelas-Biographie von E. Weis, in: ZBGL 37, 1974, S. 931–945.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

– Illuminaten in Bayern. Zu Geschichte, Fortwirken und Legende des Geheimbundes, 1776 bis 1825, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 146–173.
– Salzburg und Bayern im 18. Jahrhundert. Prolegomena zu einer Geschichte ihrer Wissenschafts- und Geistesbeziehungen im Spätbarock und in der Aufklärung, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 129–218.
Friederike Hausmann, Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, Diss. Frankfurt 1975.
Karl Theodor von Heigel, Kronprinz Ludwig im Befreiungsjahr 1813, in: Quellen und Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns, Neue Folge, Bd. VIII, München 1890, S. 355–398.
Karl Friedrich Hermann, Abt Dominikus Hagenauer von St. Peter in Salzburg 1746–1811, Diss. theol. masch., Salzburg 1948.
– Zur Geschichte der theologischen Fakultät in Salzburg im 19. Jahrhundert, in: MGSL 109, 1969, S. 295–338.
– Zepter und Trauerflor. Die letzten Jahrzehnte der Salzburger Benediktineruniversität und ihr Ende 1810, in: Hans Wagner (Hrsg.), Universität Salzburg 1622, 1962–1972, Salzburg 1972, S. 35–56.
– Salzburgs hohe Schule zwischen den Volluniversitäten, in: STMBO 83, 1972, S. 356–602.
– Maria Plain – Geschichte und Leben, in: STMBO 85, 1974, S. 17–161.
– Das Kloster im Sturm des politischen Umbruches bis 1816, in: STMBO 93 (Festschrift St. Peter zu Salzburg 582–1982), 1982, S. 288–334.
Peter Hersche, Erzbischof Hieronymus Colloredo und der Jansenismus in Salzburg, in: MGSL 117, 1977, S. 231–268.
Sebastian Hiereth, Die bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, München 1950.
Hanna Hintner, Joseph Philipp Felner (1769–1850) als Staatsmann, Historiker und Mensch, Diss. masch., Wien 1967.
Ferdinand Hirn, Geschichte Tirols von 1809–1814, Innsbruck 1913.
Liselotte Hoffmann, Die Säkularisation Salzburgs. Salzburg zwischen Campo Formio und Schönbrunn, Pläne und Tatsachen, Diss. masch., Wien 1947.
Ludwig Hoffmann, Oekonomische Geschichte Bayerns unter Montgelas 1799–1817, Erlangen 1885.
Robert Hoffmann, Salzburg im Biedermeier. Die Stadt und ihre Einwohner in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: MGSL 120/121, 1980/81, S. 219–274.
– Gesellschaft, Politik und Kultur in der Stadt Salzburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Rudolph Angermüller (Hrsg.), Bürgerliche Musikkultur im 19. Jahrhundert in Salzburg, Salzburg 1981, S. 9–30.
Johann Georg Bonifaz Huber, Geschichte der Stadt Burghausen in Oberbayern, Burghausen 1862.
Georg Jäger, Empfindsamkeit und Roman (Studien zur Poetik und Geschichte der Literatur, Bd. 11), Stuttgart 1969.
Waltraud Jakob, Salzburger Zeitungsgeschichte (Salzburg Dokumentationen 39), Diss. Salzburg 1979.
Max Kaindl-Hönig / Karl Heinz Ritschel, Die Salzburger Universität 1622–1964, Salzburg 1964.
Alois Kieslinger, Die Besitzverhältnisse der Untersberger Marmorbrüche im 19. Jahrhundert, in: MGSL 101, 1961, S. 309–315.
Herbert Klein, Salzburg und seine Landstände von den Anfängen bis 1861, in: Beiträge zur Siedlungs-, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte von Salzburg (Festschrift für H. Klein zum 65. Geburtstag), Salzburg 1965, S. 115–136.
– Salzburgs Handel im Wandel der Zeiten, in: Beiträge . . . , S. 559–573.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Josef Kleindinst, Geschichte der neueren bayerischen Statistik (Beiträge zur Statistik Bayerns 86), München 1914.
Lieselotte Klemmer, Aloys von Rechberg als Bayerischer Politiker (1766–1849) (MBM 60), Diss. München 1975.
Hans Klotz, Der bayerische Staatshaushalt von 1799 bis 1818, Diss. oec. publ. masch., München 1953.
Richard Koch, Bruder Mozart, Freimaurer und Illuminaten. Bad Reichenhall 1911.
Elisabeth Kovács, Die Diözesanregulierung unter Joseph II. 1782–1789, in: Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II. (Ausstellungskatalog Melk), 1980, S. 176–180.
Andreas Kraus, Die naturwissenschaftliche Forschung an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung (Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophische-Historische Klasse, Abhandlungen Neue Folge, Heft 82), München 1978.
Hans Kroczek, Zur Geschichte der Saalforste und der Salinenkonvention, in: MGSL 104, 1964, S. 143–202; 105, 1965, S. 259–376.
Robert Landauer, Die Einverleibung Salzburgs durch Österreich 1816, in: MGSL 73, 1933, S. 1–38.
– Das bayerische Salzburg im Jahre 1813, in: ZBLG 6, 1933, S. 246–250.
– König Ludwig I. von Bayern und Salzburg, in: ZBLG 7, 1934, S. 488–491.
Egon Lendl (Hrsg.), Salzburg-Atlas, Salzburg 1955.
– Zur Industriegeographie Salzburgs, in: MGSL 99, 1959, S. 193–203.
Heinz Lieberich, Die Gemeinde im Königreich Bayern, in: Mitteilungen für die landschaftliche Archivpflege 6, 1948, S. 131–138.
– Die Gerichtsorganisation der bayerischen Teile des Fürsterzbistums Salzburg, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Oberbayern 7, 1948, S. 177–190.
– Die Rechtsformen des bäuerlichen Besitzes in Altbayern, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Oberbayern 6, 1947, S. 159–176.
Hans Limmer, Der Pariser Vertrag vom 28. Februar 1810, Diss. masch., München 1921.
Josef Mack, Die Reform- und Aufklärungsbestrebungen im Erzstift Salzburg unter Erzbischof Hieronymus von Colloredo, Diss. München 1912.
Ilse Mackenthun, Joseph von Utzschneider, sein Leben, sein Wirken, seine Zeit, Diss. oec. publ. München 1958.
Heinz Marquart, Matthäus Fingerlos (1748–1817). Leben und Wirken eines Pastoraltheologen und Seminarregenten in der Aufklärungszeit (Studien zur Theologie und Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts, Bd. 22), Göttingen 1977.
Franz Martin, Die Museums-Gesellschaft, Salzburgs ältester Verein, in: MGSL 74, 1934, S. 119–132.
– Von Sammlern und Sammlungen im alten Salzburg, in: MGSL 75, 1935, S. 33–80.
– Industrie, Gewerbe und Kunst in Salzburg 1819, in: MGSL 81, 1941, S. 145–160.
Josef Karl Mayr, Kaiser Franz in Salzburg, in: MGSL 96, 1956, S. 67–133.
– Aufmarsch um Salzburg 1816, in: MGSL 100, 1960, S. 309–359.
Hans Christian Mempel, Die Vermögenssäkularisation 1803/10. Verlauf und Folgen der Kirchengutenteignung in den verschiedenen deutschen Territorien, München 1979.
Alois Mitterwieser, Geschichte der Stiftungen und des Stiftungsrechts in Bayern, Diss. jur. München 1907.
Gerda Möhler, Zentrallandwirtschaftsfest und Landwirtschaftlicher Verein. Ein Beitrag zur „Landeskultur" unter Maximilian I. Joseph, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 317–325.
Johannes Graf Moÿ, Die historischen und soziologischen Grundlagen der Salzburger Schlösserkultur, in: MGSL 107, 1967, S. 253–276.
– Das Bistum Chiemsee, in: MGSL 122, 1982, S. 1–50.
Annemarie Mühlböck, Die Pflege der Geschichte an der alten Universität Salzburg, Wien – Salzburg 1973.
Jakob Obersteiner, Die Bischöfe von Gurk 1072–1822, Klagenfurt 1969.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Franz Ortner, Säkularisation und kirchliche Erneuerung im Erzbistum Salzburg 1803–1835 (Veröffentlichungen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte, Serie 2, Studien 8), Diss. Salzburg 1979.

Karl-Heinz Osterloh, Joseph von Sonnenfels und die österreichische Reformbewegung im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus (Historische Studien, Heft 409), Lübeck 1970.

Brigitte Partick, Die erste Vereinigung Salzburgs mit Österreich 1805–1809, Diss. masch., Wien 1965.

Ludwig Pezolt, Salzburg. Statistischer Bericht über die wichtigsten demographischen Verhältnisse, Wien 1888.

Fintan Michael Phayer, Religion und das Gewöhnliche Volk in Bayern in der Zeit von 1750–1850 (MBM 21), München 1970.

Georg Abdon Pichler, Salzburg's Landes-Geschichte, Salzburg 1865.

Meinrad Pizzinini, Die bayerische Herrschaft in Tirol, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 254–259.

Götz Freiherr von Pöllnitz, Kronprinz Ludwig von Bayern und Graf Montgelas nach ihrem Briefwechsel von 1810 bis 1816, in: ZBLG 7, 1934, S. 35–85.

Peter Putzer, Kursalzburg, ein Beitrag zur territorialen „Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte am Ende des alten Reichs", Habilitationsschrift masch., Salzburg 1969.

– Der Weg nach Österreich, Salzburg zwischen 1797 und 1816, in: Wissenschaft und Weltbild 3, 1966, S. 225–234.

– Rechtspflege in Salzburg, in: Salzburg Dokumentationen 44, Salzburg 1979, S. 39–134.

Wolfgang Quint, Souveränitätsbegriff und Souveränitätspolitik in Bayern, Berlin 1971.

Hans Rall, Kurbayern in der letzten Epoche der Alten Reichsverfassung 1745–1801, München 1952.

Eduard Richter, Zum hundertjährigen Gedächtnis von Franz Thaddäus Kleinmayrns Juvavia 1784–1884, in: MGSL 25, 1885, S. 1–13.

Emil Freiherr von Riedel, Das bayerische Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868 nebst einer Darstellung der älteren bayerischen Gesetze über Heimat, Ansässigmachung, Verehelichung und Armenpflege und den Vollzugsschriften, München ^{6}1892.

Johann Riedl, Salzburgs Zeitungswesen, in: MGSL 3, 1863, S. 289–328.

Ignaz Rieder, Das fürsterzbischöfliche Seminar zu Salzburg, in: Hermann Zschokke (Hrsg.), Die theologischen Studien und Anstalten der katholischen Kirche in Österreich, Wien – Leipzig 1894, S. 613–667.

Franz Ruedl, Französische Administration 1809/1810, Diss. masch., Innsbruck 1948.

Adam Sahrmann, Pfalz oder Salzburg? Geschichte des territorialen Ausgleichs zwischen Bayern und Österreich von 1813 bis 1819, München – Berlin 1921.

Magnus Sattler, Collectaneenblätter zur Geschichte der ehemaligen Benediktiner Universität Salzburg, Kempten 1890.

Anton Ritter von Schallhammer, Biographie des Joseph Ernst Ritter von Koch-Sternfeld, in: MGSL 8, 1868, S. 3–63.

Georg Schanz, Das bayerische Ertragssteuersystem und seine Entwicklung, in: Finanz-Archiv 17, Bd. 2, Stuttgart 1900, S. 25–246.

Walter Schärl, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918 (Münchener Historische Studien, Abteilung Bayerische Geschichte, Bd. 1), Diss. Kallmünz 1955.

Josef Schöttl, Kirchliche Reformen des Salzburger Erzbischofs Hieronymus von Colloredo im Zeitalter der Aufklärung (Südostbayerische Heimatstudien, Bd. 16), Hirschenhausen 1939.

Peter Schricker, Die Position des Erzstifts Salzburg zwischen Bayern und Österreich im 17. Jahrhundert, Magisterarbeit masch., München 1979.

Elfriede Schultz, Die Toskanische Zwischenherrschaft in Salzburg 1803–1806. Präliminarien um die Entstehung des Kurfürstentums und seine endliche Verwirklichung, Diss. masch., Wien 1937.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Georg Schwaiger, Die altbayerischen Bistümer Freising, Passau und Regensburg zwischen Säkularisation und Konkordat (1803–1817), München 1959.
– Die kirchlich-religiöse Entwicklung in Bayern zwischen Aufklärung und katholischer Erneuerung, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 121–145.
Heinrich Schwarz, Salzburg und das Salzkammergut. Die künstlerische Entdeckung der Stadt und der Landschaft im 19. Jahrhundert, Salzburg 1977.
Franz Segner, Die bayerische Staatsschuld, insbesondere seit Errichtung der Staatsschuldentilgungsanstalt (1. Oktober 1811), in: Finanz-Archiv 20, Stuttgart 1903, S. 222–298.
Wilhelmine Seidenschnur, Die Salzburger Eigenbistümer in ihrer reichs-, kirchen- und landesherrlichen Stellung, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Kan. Abtlg. 40, 1919, S. 177–287.
Rosa Silberschmidt, Bayerische Flugschriften aus den Jahren 1805–1812, Diss. masch., München 1923.
Max Spindler (Hrsg.), Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969.
Georg Stadler, Von der Kavalierstour zum Sozialtourismus. Kulturgeschichte des Salzburger Fremdenverkehrs, Salzburg 1975.
Helmut Stahleder, Mühldorf am Inn. Die Landgerichte Neumarkt, Kraiburg und Mörmoosen und die Stadt Mühldorf (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern Bd. 36), München 1976.
Hannes Stekl, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671–1920 (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 12), Wien – München 1978.
– Österreichs Aristokratie im Vormärz. Herrschaftsstil und Lebensformen der Fürstenhäuser Liechtenstein und Schwarzenberg (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 2), Wien – München 1973.
Klaus Rüdiger Stroebel, Bayerische Kriminalpolitik von Kreittmayr bis Feuerbach unter besonderer Berücksichtigung von Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Inn- und Hausruckviertel in der Zeit von 1806–1816, Diss. jur. Marburg 1969.
Hans Sturmberger, Das Innviertel – zweimal gewonnen, in: Historische Dokumentation zur Eingliederung des Innviertels im Jahre 1779 (Katalog zur Sonderausstellung in Ried im Innviertel), 1979, S. 21–29.
Dietmar Stutzer, Unterbäuerlich gemischte Sozialgruppen Bayerns um 1800 und ihre Arbeits- und Sozialverhältnisse im Spiegel der Statistik, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 290–299.
Vinzenz Maria Süß, Die Bürgermeister in Salzburg von 1433 bis 1840, Salzburg 1840.
Johann Ernest Tettinek, Die Armen-Versorgungs- und Heilanstalten im Herzogthume Salzburg, Salzburg 1850.
Paul Tieghem, Le sentiment de la Nature dans le Préromantisme Européen, Paris 1960.
Bodo Uhl, Die Salzburger Bestände im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, Wege nach Bayern, Zusammenführung und Neuordnung, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 23, 1977, S. 7–49.
Hans Peter Ullmann, Überlegungen zur Entstehung des öffentlichen, verfassungsmäßigen Kredits in den Rheinbundstaaten (Bayern, Württemberg und Baden), in: Helmut Berding / Hans Peter Ullmann (Hrsg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981, S. 108–132.
Wilhelm Volkert (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799–1980, München 1983.
Hans von Voltelini, Forschungen und Beiträge zur Geschichte des Tiroler Aufstands im Jahre 1809, Gotha 1909.
Hans Wagner, Die Bedeutung Salzburgs im Zeitalter der Aufklärung, in: Salzburg Dokumentationen. Salzburg in der europäischen Geschichte, Salzburg 1977, S. 153–174.
Hans F. Wagner, Biographien Salzburgischer Schulmänner, in: Zeitschrift des Salzburger Lehrervereins 8, 1878; 9, 1879.
– Anonymes und Pseudonymes in der Salzburger Literatur, in: MGSL 50, 1910, S. 329–356.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Karl O. Wagner, Die Oberdeutsche Allgemeine Literaturzeitung, in: MGSL 48, 1908, S. 89–221.
– Salzburgs Literatur im Rahmen der deutschen Literaturgeschichte, Wien 1925.
– Domherr Friedrich Graf Spaur und seine Werke, in: MGSL 74, 1934, S. 145–158.
Heinrich Wallmann, Benedikt Pillweins Leben und Wirken, in: MGSL 6, 1866, S. 1–20.
Wilfried Watteck, Salzburg auf dem Weg zu einem autonomen Kronlande, in: MGSL 63, 1923, S. 17–60.
Eberhard Weis, Montgelas 1759–1799. Zwischen Revolution und Reform, München 1971.
– Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König Max I. (1799–1825), in: Max Spindler (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, München 1979, S. 3–86.
– Das neue Bayern – Max I. Joseph, Montgelas und die Entstehung und Ausgestaltung des Königreichs 1799 bis 1825, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 49–64.
– 150 Jahre Pfalz-Bayern. Der Münchener Vertrag von 1816 zwischen Bayern und Österreich, in: Stimme der Pfalz 17/1, 1966, S. 4–8.
Peter Wende, Die geistlichen Staaten und ihre Auflösung im Urteil der zeitgenössischen Publizistik (Historische Studien, Heft 396), Lübeck 1966.
Ernst Wenisch, Der Kampf um den Bestand des Erzbistums Salzburg 1743–1825, in: MGSL 106, 1966, S. 303–346.
– Die Koadjutorie des Fürsterzbischofs Sigmund Christoph von Zeil und Trauchburg, in: MGSL 109, 1969, S. 279–294.
Hans Widmann, Geschichte Salzburgs, Bd. 3, Gotha 1914.
Alexander Winter, Karl Philipp Fürst von Wrede als Berater des Königs Max Joseph und des Kronprinzen Ludwig von Bayern (1813–1825), Diss. München 1968.
Bernd Wunder, Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825), München – Wien 1978.
Josef Wysocki, Zur Geschichte des bayerischen Salzmonopols, in: Historische Raumforschung 6, Hannover 1967, S. 139–150.
– Die gewerbliche Wirtschaft Salzburgs von 1816–1860, in: Zeitschrift für Unternehmersgeschichte 24, 1979, S. 150–179.
Ernst Ziegeleder, Naturpark Aigen (Schriftenreihe des Stadtvereins Salzburg. Kulturgut der Heimat, Heft 5), Salzburg 1975.
Annette Zimmermann, Franz von Paula Schrank (1747–1835). Naturforscher zwischen Aufklärung und Romantik (Neue Münchener Beiträge zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, Bd. 4), München 1981.
Wolfgang Zorn, Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns unter Max I. Joseph, 1799–1825, in: Krone und Verfassung (Katalog zur Ausstellung Wittelsbach und Bayern III/1), München 1980, S. 281–289.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Quellenanhang

Beilage 1

Der Münchener Vertrag vom 14. April 1816[1]

(. . .)

Art. I. Seine Majestät der König von Baiern für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, treten wieder ab und überlassen zu vollem Eigenthume und voller Souveränität an Seine Majestät den Kaiser von Oesterreich, so wie an Dessen Erben und Nachfolger: Die Theile des Hausruckviertels und das Innviertel, wie solche im Jahre 1809 von Oesterreich abgetreten worden; das tirolische Amt Vils; und das Herzogthum Salzburg, wie solches im Jahre 1809 von Oesterreich abgetreten worden; Von gegenwärtiger Rückgabe sind ausgenommen, die Landgerichte Waging, Tittmanning, Teisendorf und Laufen, so weit dieselben auf dem linken Ufer der Salzach und Saal gelegen sind. Diese Bezirke mit ihren Zubehörungen und Dependenzien sollen der Krone Baiern mit vollem Eigenthume und voller Souveränität verbleiben.

Art. II. Gegen diese Abtretungen treten Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich für Sich, Ihre Erben und Nachfolger an des Königs von Baiern Majestät, an Dessen Erben und Nachfolger, zu vollem Eigenthume und voller Souveränität, ab:

A. Auf dem linken Rheinufer im Departement des Donnersberges:

1. die Bezirke von Zweibrücken, Kaiserslautern und Speier, leztern mit Ausnahme der Kantone Worms und Pfeddersheim;
2. den Kanton Kirchheim: Bolanden, im Bezirke von Alzei; in dem Saar Departement
3. die Kantone Waldmohr, Blieskastel und Kusel, lezteren mit Ausnahme einiger Orte auf der Straße von St. Wendel nach Baumholder, welche durch eine weitere, im Einverständnisse mit den zu Frankfurt versammelten Bevollmächtigten der verbündeten Mächte zu berichtigende Gebiets Ausgleichung kompensirt werden sollen;

in dem Departement Niederrhein:

4. Kanton, Stadt und Festung Landau, diese leztere als Bundesfestung in Gemäßheit der Bestimmungen vom 3. November 1815;
5. die Kantone Bergzabern, Langenkandel, und den ganzen Antheil des Departements Niederrhein am linken Lauter Ufer, welcher in dem Pariser Traktate vom 20. November 1815 von Frankreich abgetreten worden ist.

Diese Lande werden von Seiner Majestät dem Könige von Baiern ohne andere Lasten und Hypotheken als diejenigen, welche während der österreichischen Verwaltung darauf hafteten, besessen werden.

---

1 Druck nach Rbl 1816, 435–466; Geheimartikel nach *Leopold Neumann,* Recueil des traités et conventions conclus par l'Autriche, Leipzig 1857, Tome 3, 134f.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

B. Auf dem rechten Rheinufer:

1. Die vormaligen Fuldischen Aemter Hammelburg, mit Tulba und Salek, Brükkenau mit Motten, Weyhers mit Ausnahme der Dörfer Melters und Hattenroth, so wie denjenigen Theil des Amtes Bieberstein, welcher die Orte Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebhart, Melperz, Oberbernhardt mit Steinbach, Saiferz und Thaiden begreifet; alle benannten Distrikte wie solche von Seiner kaiserlich-königlich-apostolischen Majestät besessen worden.
2. Das vom baierischen Gebiet umgebene österreichische Amt Redwiz.

Art. III. Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich verpflichten Sich für Sich, und im Einverständnisse mit Ihren hohen Verbündeten, Sich unausgesezt und mit allen Kräften dahin zu verwenden, um Seiner Majestät dem Könige von Baiern von Seiten Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen: die unbeschränkte Abtretung der Aemter Alzenau, Miltenberg, Amorbach und Heubach, von Seiten Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden: einen Theil des Amtes Wertheim, nach den zu Paris am 3. November 1815 festgesezten Bestimmungen, zu verschaffen.

Art. IV. Da die Contiguität (Zusammenhang) der von Baiern im Austausch gegen die obengenannten Wiederabtretungen zu machenden Erwerbungen im Rieder Vertrage stipulirt ist, so wird von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich das Recht Seiner Majestät des Königs von Baiern auf eine Entschädigung für den Abstand von dem Grundsaze der Contiguität anerkannt. Diese Entschädigung wird in Frankfurt zu derselben Zeit und auf dieselbe Weise bestimmt werden, wie die anderen teutschen Territorial Ausgleichungen. Zu diesem Ende verpflichten Sich Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich gegen Seine Majestät den König von Baiern zu einem mit beiderseitiger Einwilligung festgesezten Schadenersaz, bis zum Zeitpunkte des in Kraft tretenden Resultates der Frankfurter Unterhandlung, und bis Baiern in Besiz der Entschädigung für das Entsagen auf die Contiguität wird gesezt werden können.

Art. V. Es soll eine direkte Verbindung zwischen den Besizungen Seiner Majestät des Königs von Baiern am Main, und denen auf dem linken Rheinufer Statt finden, welche im Einverständnisse mit den betreffenden Regierungen festgesezt werden soll. Seine königliche Hoheit der Großherzog von Baden wird eingeladen werden, den nöthigen Anordnungen zum Behuf dieser durch seine Staaten gehenden Militärstraße beizutreten.

Art. VI. Seine Majestät der König von Baiern sollen von der zur Verstärkung des Vertheidigung Systemes von Teutschland bestimmten französischen Kriegs Kontribution, nach der am 3. November 1815 zu Paris gemachten Vertheilung, eine Summe von 15 Millionen Franken erhalten.

Art. VII. Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich verpflichten Sich, für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, Seiner Majestät dem Könige von Baiern und Dessen Erben und Nachfolgern eine Quantität Salz, die nicht zweimalhunderttausend Zentner übersteigen darf, zum Erzeugungspreise zu überlassen. Der Preis, mit Inbegriff der Verpackungskosten, soll zwischen den beiden hohen kontrahirenden Mächten, von zehn zu zehn Jahren, nach dem mittlern Maßstabe des wahren Erzeugungspreises der zehn leztverflossenen Jahre festgesezt werden, welcher Mittelpreis für die folgenden zehn Jahre zur Richtschnur dienen wird. Die Ausfuhr von diesem Salze, welches in keinem Falle und auf keinerlei Weise in den

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Staaten Seiner kaiserlich-königlich-apostolischen Majestät verkauft werden kann, soll von jeder Ausgangs-, Transit- oder andern Abgabe frei seyn.

Art. VIII. Seine Majestät der König von Baiern versprechen und verpflichten Sich Ihrerseits für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, den abgabefreien Transit auf der Straße, die aus Tirol durch Ihre Staaten nach Bregenz führt, für Salz und Getreide zu gestatten. Um zu verhüten, daß die Freiheit dieses Transits dem Handel, oder den Territorial- und Souveränitäts Rechten von Baiern zum Nachtheil gereiche, wird die in Gemäßheit des Art. XX. des gegenwärtigen Traktats zu ernennende Kommission die Formalitäten und die zur Vermeidung jedes Unterschleifs in dieser Hinsicht erfoderlichen Vorsichtsmaßregeln festsezen.

Art. IX. In Ansehung der Schifffahrt auf den Flüßen, welche durch die Staaten beider Souveräne fließen, oder deren Grenzen ausmachen, werden von beiden Seiten die Stipulationen des Teschner Friedens beibehalten, und auf die Salzach und die Saal, in so weit sie die beiden Staaten trennen, ausgedehnt, bis man die von dem Wiener Kongreße festgesezten allgemeinen Grundsäze hierauf wird anwenden können.

Art. X. In Ansehung der Schulden, welche auf den durch gegenwärtigen Traktat gegenseitig abgetretenen Ländern hypothezirt sind, soll sowohl die Zeit, in der sie kontrahirt worden, als das Datum der Protokolle von Wien und Paris, oder anderer officieller Acte, welche von einer oder von anderer Seite die Abtretung stipulirt haben, zur Richtschnur dienen, dergestalt, daß alle vor dem Datum solcher Urkunden kontrahirten Schulden dem neuen, und alle später kontrahirten dem ehemaligen Besizer zur Last fallen. Um die Anwendung dieser Anordnung noch genauer zu bestimmen, wird festgesezt:

1. Das Datum des 23. Aprils 1815 für die Theile des Hausruckviertels, das Innviertel und den Theil von Salzburg, deren Abtretung an dem nämlichen Tage in Wien beschlossen wurde.
2. Für den Rest von Salzburg, der nicht in der Abtretung vom 23. April 1815 einbegriffen ist, wird der 24. Jänner 1816 festgesezt.
3. Für die andern Abtretungen endlich auf dem rechten und linken Rheinufer, die zu Wien am 23. April, und zu Paris am 3. November 1815 beschlossen worden, wird man sich nach diesen beiden Daten richten.

Die Pensionen, Ruhestands Gehalte und Besoldungen, die von der Administration der gegenseitig abgetretenen Lande herrühren, bleiben dem neuen Besizer zur Last.

Art. XI. Alle Verkäufe und sonstigen Veräußerungen von Staats Domänen, welche vor den im vorhergehenden Artikel festgesezten Zeitpunkten in den gegenseitig abgetretenen Landen vorgenommen worden seyn könnten, werden anerkannt. Dagegen werden all diejenigen, welche nachher statt gefunden haben, als null und nicht geschehen betrachtet. Könnte jedoch eine solche Veräußerung nicht zurückgenommen werden, ohne die Ansprüche der Privatpersonen, welche sie titulo oneroso gesezlich erworben haben, zu verlezen, so verpflichten sich die hohen kontrahirenden Theile, für diesen Fall über den Ertrag der Veräußerung sich miteinander zu berechnen.

Art. XII. Sämtliche Archive, Karten, Pläne und Urkunden, welche den beiderseitig abgetretenen und ausgetauschten Ländern zugehören, oder auf deren Verwal-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

tung Bezug haben, sollen zugleich mit den Territorien, oder wenn dieß im Augenblicke nicht möglich wäre, spätestens drei Monate nach der Besiznahme getreulich überliefert und ausgehändigt werden.

Art. XIII. Die zwischen beiden Staaten über die Freizügigkeit bestehenden Verträge bleiben in Kraft, und werden auf sämtliche beiderseitige Besizungen ausgedehnt.

Art. XIV. Binnen Jahresfrist, vom Tage der Ratifikation an gerechnet, sollen die Militärpersonen, welche aus den abgetretenen Ländern gebürtig sind, oder aus andern, die Kraft gegenwärtigen Vertrags unter die Herrschaft einer der beiden Mächte kommen, ihren respektiven Souveränen zur Disposition übergeben werden. Man ist jedoch übereingekommen, daß es den Officieren und Soldaten frei stehen solle, im Dienste des einen oder andern Staates zu bleiben, ohne daß sie darüber auf irgend eine Weise könnten beunruhiget werden.

Art. XV. Den Privatpersonen jeglicher Klasse, so wie allen und jeden öffentlichen Anstalten und milden Stiftungen soll der freie Genuß ihres liegenden und beweglichen Eigenthums, welches sich im Gebiete des einen oder andern der hohen kontrahirenden Theile befindet, ohne Ausnahme oder Hinderniß gestattet bleiben. Den Familien oder Individuen, welche auszuwandern wünschen, soll dieses frei stehen, und ihnen ein Zeitraum von sechs Jahren bewilligt werden, um ihre Güter verkaufen, und den Werth derselben mit sich führen zu können, ohne dafür eine Abgabe zu entrichten, oder irgend einem Abzuge unterworfen zu seyn.

Art. XVI. Am I. Mai des gegenwärtigen Jahres werden die hohen kontrahirenden Theile alle Pläze, Festungen, Städte und Gebiete, die ihnen durch den gegenwärtigen Vertrag zufallen, in Besiz nehmen lassen.

Art. XVII. Es soll der baierischen Regierung verstattet seyn, alle Artillerie- und Munitions Gegenstände, womit sie Salzburg versehen hatte, binnen drei Monaten vom Tage der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrags an, aus diesem Plaze heraus zu ziehen.

Art. XVIII. Eben so wird der baierischen Regierung, ein Zeitraum von acht Monaten, vom Tage der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrags an, zugestanden, um die Vorräthe von Salz, Bergwerks Produkten, Erzeugnissen ihrer Hüttenwerke, und sonstige Vorräthe jeder Art, nach vorhergegangener Verifizirung durch die im Art. XX. bezeichnete Kommission, zu verkaufen, oder frei von allen Gebühren, Zöllen oder Abzugsgeldern auszuführen.

Art. XIX. Da die alten Grenzen, die Salzburg von Berchtolsgaden, welches bei der Krone Baiern verbleibt, und vom Landgerichte Reichenhall trennen, in mehreren Punkten streitig sind, so sind die beiden hohen kontrahirenden Theile übereingekommen, sobald es die Jahreszeit erlauben wird, eine gemischte Kommission dahin abzuschicken, um solche auf eine Weise, welche alle Streitigkeiten für immer abschneide, dafinitiv festzusezen.

Art. XX. Außerdem wird unverzüglich eine von beiden Seiten aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern zusammengesezte Special Kommission ernannt werden, welche den Auftrag erhält, alle Foderungen zu liquidiren und zu berichtigen, welche aus der gegenseitigen Uebergabe etwa entstehen dürften. Diese Kommis-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

sion wird sich in Salzburg versammeln, und ihre Arbeiten in Zeit von sechs Monaten beendigen.

Art. XXI. Alles, was die ehemaligen Zugeständnisse wegen Benuzung der Saalforste betrifft, welche seit Jahrhunderten zum Bedarf der Reichenhaller Salzwerke angewiesen waren, soll von der in Gemäßheit des Artikels XX. des gegenwärtigen Vertrags ernannten Kommission geordnet werden. Diese Kommission wird die Verträge zwischen der baierischen Regierung und den Fürsten Erzbischöfen von Salzburg dabei als Grundlage annehmen, jedoch mit Rücksicht auf die gegenseitigen Bedürfnisse der beiden Staaten.

Art. XXII. Die baierische Regierung soll befugt seyn, sämtliche im verflossenen Jahre im ganzen Thale der Ober Saal zum Bedarf ihrer Bergwerke gefällten Holzvorräthe, ohne Erlage von Zöllen oder andern Gebühren, fortschaffen und flößen zu lassen. Die Größe und Beschaffenheit dieser Holzvorräthe soll von der nach dem Artikel XX. zu ernennenden Kommission erhoben werden.

Art. XXIII. Seine Majestät der König von Baiern entsagen für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, allen Rechten und Ansprüchen auf die Staaten, Länder, Domänen und Besizungen, welche Kraft gegenwärtigen Vertrags Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich zugehören; und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich entsagen für Sich, Ihre Erben und Nachfolger, allen Rechten und Ansprüchen auf die Staaten, Länder, Domänen und Besizungen, welche Kraft gegenwärtigen Vertrags, Seiner Majestät dem Könige von Baiern gehören.

Art. XXIV. Die vertragsmäßig ausgetauschten und garantirten Gebietstheile sollen mit allen Einkünften und Gefällen vom Tage der Besiznahme, an ihre neuen Besizer übergehen.

Art. XXV. Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich garantiren Seiner Majestät dem Könige von Baiern den freien und friedlichen Genuß, so wie die volle und uneingeschränkte Souveränität aller Staaten, Städte, Festungen und Domänen, welche Derselbe dermal besizt, oder die Ihm Kraft gegenwärtigen Vertrags zufallen sollen. Die beiden hohen kontrahirenden Theile werden die verbündeten Höfe von Petersburg, London und Berlin einladen, die nämliche Garantie zu übernehmen, und dem Vertrage vom heutigen Tage beizutreten.

Art. XXVI. Gegenwärtiger Traktat soll ratifizirt, und die Ratifikationen sollen zu München in Zeit von vierzehn Tagen, oder wo möglich früher ausgewechsel werden. Zu Urkunde dessen haben ihn die beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet, und demselben ihre Insigel beigedruckt.
So geschehen zu München den 14. April im Jahre des Herrn 1816.

Le Baron de Wacquant-Geozelles.
(L. S.)

Le Comte de Montgelas.
(L. S.)
Le Comte de Rechberg.
(L. S.)

Articles additionnels et secrets

Art. I. S. M. Imp., pour Elle-même et au nom de Ses Hauts Alliés, garantit à S. M. le Roi de Bavière, ainsi qu'à Ses héritiers et successeurs, la reversion de la partie du Palatinat du Rhin dite le cercle de Neckar, appartenant aujourd'hui à la maison de

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Bade, en cas d'extinction de la ligne mâle directe et masculine de S. A. R. le Grand-Duc régnant.

Art. II. Par suite de la teneur de l'art. IV du traité patent, le cercle Badois du Mein et Tauber est destiné à servir d'indemnité à la Couronne de Bavière pour la contiguité de territoire qui lui avait été promise par les traités, et que les circonstances ne permettent pas d'établir aujourd'hui.

Art. III. A l'effet d'y parvenir plus promptement, et pour donner à S. M. le Roi de Bavière des preuves non équivoques du désir dont S. M. I. est animée de lui procurer la dite indemnité, Elle s'engage, non seulement à y employer tous ses moyens, mais Elle promet à S. M. le Roi de Bavière de soutenir cet engagement près de trois Cours ses alliées, et conjointement avec Elle à Francfort.

Art. IV. Afin que les intérêts de la Bavière ne puissent être lésés par un retard qu'éprouverait la cession dudit cercle du Mein et Tauber, S. M. l'Empereur d'Autriche prend sur Elle de lui en payer annuellement le revenu, qui est évalué de gré à gré à 100,000 flor. valeur d'Empire. Cette somme sera déduite du payement des 200/m quintaux de sel jusqu'à ce qu'un résultat efficace des négociations de Francfort ait mis S. M. Bavaroise en possession de ce territoire.

Art. V. La route militaire à travers les Etats de S. A. R. le Gr.-Duc de Bade, dont l'établissement est stipulé par l'art. V. du traité de ce jour, ne pouvant remplir l'objet des communications entre les Etats Bavarois sur le Mein et ceux de la rive gauche, sans causer une surcharge sur les parties du territoire soumises à ce passage, S. M. Impériale s'engage à employer ses bons offices et à réclamer ceux des Cours alliées près S. A. R. le Gr.-Duc de Hesse, pour l'établissement d'une seconde route militaire à travers ses Etats.

Art. VI. Ces articles additionnels et secrets auront la même force et valeur, que s'ils étaient insérés etc. Munich le 14 Avril 1816.

Beilage 2

Jahresbericht über die Verwaltung im Salzachkreis für das Etatsjahr 1813/14[1]

Salzburg, den 1. März 1815

Allerdurchlauchtigster,
Zufolge allerhöchster Entschließung vom 10. November 1814 soll der Jahresbericht für das Etatsjahr 1813/14 auf dieselbe Weise wie im vorhergehenden Jahre mit Weglassung des statistischen Theiles desselben verfaßt werden. Ferner verlangen Eure Königliche Majestät von dem Stande der Bevölkerung unterrichtet zu seyn. Zu diesem Behufe lege ich die zusammengestellte Tabelle allerunterthänigst vor, aus welcher die Zahl der Gebohrnen, Getrauten und gestorbenen Indi-

1 Geheimes Hausarchiv München, Nachlass Ludwig I. ARO 37/2. Veröffentlicht mit Genehmigung S. K. H. Herzog Albrecht von Bayern. Die originale Schreibweise wurde weitgehend beibehalten.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

viduen zu entnehmen kömmt, und erlaube mir hierüber folgende Bemerkungen[2]. In diesem Etatsjahre sind im Salzachkreise 13252 Kinder gebohren worden. Unter diesen befinden sich 2127 uneheliche; es ergiebt sich daher, daß bei dem gesammten Wachsthume des Bevölkerungsstandes das 6. Kind immer ein uneheliches war, wodurch sich das Verhältnis der ehelichen und unehelichen Erzeugnise dem vorigen Etatsjahre gleichbewährt. Gestorben sind in diesem Jahre 12314 Personen. Die größte Sterblichkeit herrschte abermals wieder unter den Kindern von der Geburt bis zum zurückgelegten ersten Jahre. Diesem Uibelstande abzuhelfen, der den Keim der Bevölkerung in seinem Entstehen erstickt, wäre wohl sehr wünschenswerth, den Medizinal Comiteen und Sanitätsräthen die seit vielen Jahren bemerkte besondere Sterblichkeit der Kinder in dieser Epoche vorzulegen, und sie aufzumuntern, den Grundursachen dieser allgemeinen Erscheinung nachzuforschen, und etwas allgemein Umfassendes dagegen in Anschlag zu bringen. Wenn man die Zahl der Gebohrnen und Gestorbenen gegeneinander hält, so ergiebt sich das befriedigende Resultat, daß im Salzachkreise 939 Individuen mehr gebohren wurden, als gestorben sind; es hat also die Bevölkerung im Ganzen doch um diese Summe zugenommen.

I. Für die Resultate der geführten Amts Administration

A. Staatsrechtliche Verhältnisse

1. Zustand der Gränzen

Die Gränzen des Kreises haben in diesem Etatsjahre eine doppelte Veränderung erlitten; indem 1. die illyrischen Provinzen durch die Rückkehr unter österreichische Oberherrschaft dem Einfluße der französischen Regierung entzogen, und dadurch die politischen Berührungspunkte Baierns mit der letzteren auf dieser Seite vermindert worden sind. 2. Die Abtrettung Tyrols, und selbst des dem Salzachkreise einverleibten Landgerichts Kitzbühel von sehr wesentlichen Folgen auf die Verhältnisse des Kreises war, welcher nun nicht nur mit sieben Landgerichten, die ehemals blos das Ausland berührten, an das Ausland gränzt /: Mittersill, Zell am Ziller, Hopfgarten, Traunstein, Reichenhall, Saalfelden, Zell am See :/ sondern selbst in seinem eigenen Bestande durch den Verlust von Kitzbühel einer – und den Zuwachs des Zillerthal andererseits sehr merkbar alterirt worden ist. Der Kreis hat durch diese Veränderung nichts weniger als gewonnen; denn wenn auch der Verlust an Bevölkerung nur ein Paar Tausende beträgt, und an Flächen Inhalt noch sogar eine Vermehrung stattgefunden hat; so sind doch die Nachtheile um so grösser, welche aus der erschwerten Verbindung mit Hopfgarten und Zillerthal entstehen, die beide nun mit dem Reste des Kreises nur durch steile, von Mittersill ausgehende Alpenwege zusammenhangen, und in allen sonst politischen und industriellen Verhältnissen ganz von Tyrol abhängig sind. Es gesellen sich hiezu die S. Königlichen Majestät bekannten höchst unangenehmen, in vielen unterthänigst erstatteten Berichten angeführten Gebiethsstreitigkeiten über die sogenannten Zillerthaler Enclaven, und rechtfertigen den Wunsch, daß, – was auch immer das Schicksal des übrigen Salzburger Landes seyn möge, die beiden oben genannten isolirten und entlegenen Gebietstheile

2 Alle in diesem Bericht erwähnten Beilagen und statistischen Tabellen sind heute nicht mehr vorhanden. Es ist unklar, ob sie während des letzten Krieges vernichtet wurden, was laut Auskunft des Geheimen Hausarchivs möglich sein könnte, oder ob sie in das 1815 von Koch-Sternfeld geleitete Statistische Büro abgegeben wurden. Der vorliegende Verwaltungsbericht ist der letzte dieser Art aus der bayerischen Ära Salzburgs.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nach ihrer natürlichen Bestimmung gegen irgend ein anderes, sich besser mit den königlichen Gesamtstaaten arrondirendes, und von ihm besser zu benützendes Aequivalent ausgetauscht werden möge. Durch die Trennung des Gerichts Kitzbühel sind bereits einige alte, mit Traunstein und Lofer bestandene Gränz Irrungen, insbesondere auf dem sogenannten Breithener Köpfl wieder erwacht, und von tyrolischer Seite mit größter Unfreundlichkeit, ja sogar mit angedrohtem Einfalle in diesseitiges Gebieth begonnen worden, worüber S. Königlichen Majestät, sobald die von den Salinen Forstbehörden schon längst abverlangten, aber bis zur Stunde noch nicht eingetroffenen Aufklärungen einkommen werden, nähere Anzeige erstattet werden wird. Auf der Kärnthner (ehemals illyrischen) Seite bestehen nur die minder bedeutenden Differenzen am Katzberge bei St. Michael. Gegen Osten hat die im Jahre 1810 vorgegangene Gränzberichtigung allen Irrungen vorgebeugt, und von Tamsweg bis Grieskirchen sind daher auch in diesem Etatsjahr durchaus unangefochten geblieben. Auf Erhaltung der Königlichen Hoheitsrechte war das K. General Commissariat unausgesetzt wachsam, und es ward in dieser Hinsicht ein von österreichischen Ingenieurs unternommener Versuch, Mappirungen im Muhrthale vorzunehmen, schnell vereitelt. Es wurde ferners dem unbefugten Holzfällen steyrischer Bauern auf bairischem Gebiethe Einhalt gethan / wenn gleich die österreichischer Seits versprochene Satisfaction bis jetzt noch nicht bewirkt werden konnte / Es wurden durch den Nachdruck, mit welchem die Vollendung der neuen, ganz auf bairischem Gebiethe angelegten Strasse von Vöcklabruck nach Schwanenstadt betrieben wurde, die bisherigen Plackereyen an den Gränz Zollstätten beseitiget, und die Verfolgung österreichischer Deserteurs oder Zolldefraudanten auf diesseitigem Boden nachdrücklichst zurückgewiesen. Nur der streitige Punkt wegen der Salinenwaldung zu Nußdorf am Attersee ist aus Abgang einer allerhöchsten Entschließung noch unberichtiget. Uibrigens kann hier nicht mit Stillschweigen übergangen werden, daß im Falle einer Theilung des Kreises unter Baiern und Oesterreich die alten Gränzstreitigkeiten zwischen Salzburg und Berchtesgaden eine Uibereinkunft nothwendig in Anspruch nehmen.

2. Aus- und Einwanderungen

Anliegende Tabelle giebt das Resultat der in diesem Jahre vorgefallenen Aus- und Einwanderungen zu ersehen. Aus diesem kömmt zu entnehmen, daß in diesem Etatsjahre 12 Personen eingewandert sind, welche ein Vermögen von 4936 fl. eingebracht haben. Unter diesen befanden sich 6 Männer und 6 Weiber. Ausgewandert sind hingegen 36 Personen, welche ein Vermögen von 5776 fl. 21 x exportirten. Da aber dieses Vermögen größtentheils in Einlösscheinen verabfolget wurde, so berechnet es sich blos auf die Summe von 2838 fl. Wenn man nun das eingebrachte gegen das ausgeführte Vermögen zusammenstellt, so zeigt es sich, daß das eingebrachte Vermögen um 2883 fl. mehr beträgt. Unter den Ausgewanderten befanden sich 14 Männer und 20 Weiber. Die Ursache der Auswanderung sind noch stäts dieselben, nämlich die Verhältnisse an den Gränzen, die zu mehrern Heurathen in das fremde Gebieth Veranlassung geben, vermög welchen man mit einem mittelmäsigen Vorrathe von baarem Gelde ein sehr großes Gut erkaufen kann.

3. Uiber die Patrimonialgerichte

Die Bildung der gutsherrlichen Gerichte nach dem Edikte vom 16. August 1812 hat während dieses Etatsjahres nur sehr langsame Fortschritte machen können,

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

wovon der Grund theils in der Mangelhaftigkeit ihrer Anträge, theils endlich in den Anständen zu suchen ist, welche aus dem nicht vollkommen zu vereinbarenden Sinne in verschiedenen Zeiträumen erlassener Weisungen der Königlichen Lehens- und Hoheits Section hervorgehen.

4. Veränderungen bei Kreisdeputationen
Da bisher noch keine Repräsentation organisirt war, so kömmt in Anbetracht auf Veränderungen bei den Repräsentanten nichts zu bemerken.

B. Im Begriff der Polizey

1. In Hinsicht auf öffentliche Ruhe
Die öffentliche Ruhe im Innern des Kreises, so sehr sie auch im Anfange des Etatsjahres durch den Aufenthalt feindlicher Truppen im Gebirge und an der österreichischen Gränze, später aber durch ewig wechselnde Gerüchte von Länderabtrettungen durch die fortgesetzten, vom Hofkommissär von Roschmann unfehlbar begünstigten Aufwieglungs Versuche der Tyroler und einiger salzburgischer Vaganten gefährdet wurde, ist doch durch die lobenswürdige Aufmerksamkeit der Aemter und dem Einfluße der Bessergesinnten im Volke ungestört erhalten worden, worüber sich das General Commissariat auf die erstatteten Berichte bezieht. Uibrigens können die ungeheueren Lasten, welche der Kreis, und zwar besonders die im Lungau und die an der österreichischen dreyfachen Etappenstraße gelegenen Landgerichte durch den Durchzug zahlreicher Truppenkorps und den Transport bedeutender Magazine getragen haben, und deren Betrag in die Hunderttausende steigt, wie in einem nachfolgenden Absatze näher entwickelt werden wird, allerdings als Hindernisse jener glücklichen Ruhe und äusseren Unangefochtenheit betrachtet werden, welche der tief erschöpfte Unterthan von der endlichen Rückkehr eines dauerhaften Friedens zu hoffen berechtiget ist. Bei dem Umstande, daß die königliche Gensd'armerie auf allen Stationen unzureichend, die Cordons Anstalten für sich schon höchst mittelmäsig, und die Armeen im Hin- und Herzuge durch den Salzachkreis begriffen waren, hat sich im Laufe des verflossenen Etatsjahrs sehr viel lüderliches Gesindel in den Salzachkreis eingeschlichen. Als unverkennbare Proben seines Daseyns erwiesen sich unzählige Diebstähle, viele Räubereyen und mehrere Brandunglücke, deren Entstehung nur boshafter Brandanlegung zugeschrieben werden konnte. Öftere und unvermuthete Streifen, die nachdrücklichste Aufmachung an die Gensd'armerie, und der noch in einzelnen Landgerichten bestehende Kordons zur Wachtsamkeit, nichts konnte verhindern, dieses Gesindel aus den mir anvertrauten Bezirke zu vertreiben, bis die Veranstaltung getroffen wurde, daß in allen Dörfern eigenen Bauern Patrouillen aufgestellt wurden, welche nach allen Richtungen Tag und Nacht die Wälder und Einöden durchstreifen, und jene Vaganten und Gauner, deren man weder durch die Gensdarmerie noch durch den Kordon und die Gerichtsdiener habhaft werden konnte, wenigstens verscheuten, und so gelang es endlich, die öffentliche Ruhe und Sicherheit wieder herzustellen, welches einen neuen Beweis giebt, daß die öffentliche Ruhe nie Gefahr laufen würde, wenn die Gensdarmerie in gehöriger Anzahl bestellt wäre, um immerwährende Patrouillen nebst ihren übrigen Dienstesverrichtungen versenden zu können. Die anliegende Kriminaltabelle giebt zu ersehen, daß in diesem Kreise 472 Kriminaluntersuchungen statt gefunden haben. 288 derselben wurden durch Urtheil entschieden, 24

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

durch Entscheidung und Tod beendet, 66 wegen Flucht oder Mangel an Beweis sistiert, und 94 beruhen dermal noch auf Entscheidung oder fernerer Instruktion. Unter diesen Kriminalfällen befindet sich ein Vatermörder, 4 Kindermörderinnen und 1 Selbstmörder. Die grosse Anzahl der Kriminal Inquisiten beweiset schon an sich die wenige Furcht, die man vor den Strafgesetzen und der Inquisition hat. Besonders merkwürdig ist aber, daß mancher lediger, konskriptionspflichtiger Pursche, der ausserdem in Hinsicht seines Fortkommens nicht nöthig hätte, zu einem so unmoralischen Mittel, wie der Diebstahl ist, Zuflucht zu nehmen, sich kleine Diebereyen zu schulden kommen läßt, und daß nach geendigtem Prozesse, wobei er höchstens auf 4 Wochen in Arrest kondemniert wird, das Gestohlene, oder der Werth desselben dem Eigenthümer unvermuthet wieder zurückgestellt wird, ein Umstand, der nothwendig auf den Verdacht führen muß, daß ein solcher Pursche nicht des Gewinns wegen, sondern, um sich auf Zeitlebens von der Konskription zu befreyen, das Verbrechen begeht. Aus beiliegender Tabelle geruhen Eure Königliche Majestät die Zahl der Polizey Verbrecher zu entnehmen, welche sich auf 804 beläuft, unter welchen sich Vaganten und Bettler mit einer Summe von 185 Köpfen auszeichnen.

2. Kordons Anstalten

Der Kordon wurde in den meisten Landgerichten des Salzachkreises aufgelöst, und die königliche Gensdarmerie dafür eingesetzt. Dort, wo er noch besteht, nämlich in den meisten Gebirgs Landgerichten, liefert er so viel, als mit einer in subjektiver Hinsicht dem Zwecke nicht entsprechender Mannschaft geleistet werden kann. Was die Gensdarmerie betrifft, so werden sich Eure Majestät aus den alle Monate über ihre Verrichtungen und Aufführung erstatteten Berichten überzeugt haben, wie solche beschaffen sey. Diese Anstalt verfehlt hauptsächlich dadurch ihren Zweck, weil sie nicht mit hinreichender Mannschaft bestellt ist. Dieser Mangel aber macht es fast wünschenswerther, daß diese Anstalt unter diesen Verhältnissen gar nicht bestünde. Man verlässt sich auf selbe in Hinsicht auf die öffentliche Sicherheit, und es ist ganz unmöglich, daß sie bei der größten Anstrengung, die man ihr billig gar nicht absprechen kann, die Forderungen des Dienstes bei weitem zu entsprechen im Stande ist. Da nun erst kürzlich wieder eine bedeutende Anzahl derselben in einer anderen Gegend verwendet wird, so ist es so weit gekommen, daß auf vielen Stationen die nothwendig stärker besetzt seyn sollen, ein einziger Mann sich befindet, der oft einen Umkreis von 12 und mehr Stunden beständig durchzupatroullieren hat. Alle noch so kostspielig und ausgedehnte Anstalten wider Vaganten, Diebe und Räuber werden immer fruchtlos bleiben, so lange nicht an die Stelle des unzweckmäßigen Schubsistems die Errichtung grosser, fest verwahrter Beschäftigungshäuser, und die Hinwegnahme und abgesonderte Erziehung der Bettler- und Vagantenkinder tritt. Diese Maßregeln – nur scheinbar, und nur im Anfange kostbar, – werden sich im kurzen und auf das Erfreulichste belohnen, und erst dann werden auch die Ausgaben auf das zu wenig zahlreiche Landessicherheitskorps nicht mehr vergeblich seyn.

3. Richtige Befolgung des Paßwesens

Die über diesen Gegenstand ergangenen allerhöchsten Verordnungen sind im Salzachkreise jederzeit in strenge Ausübung gebracht worden. Hiebei verdient aber vorzüglich ein Umstand Eurer Königlichen Majestät vorgestellt zu werden. Es sendet nämlich das Ausland viele Leute mit ordentlichen Pässen versehen,

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nach Baiern um sich daselbst durch ihre Handelschaften, z. B. mit Bildern, mit irdenem Geschirre, mit Früchten, u. dgl. ihren Erwerb zu suchen. Diese Leute können unmöglich ihren Unterhalt durch ihren Handel sich verschaffen, sondern belästigen auf ihren Streifzügen den Landmann, besonders im Gebirge, und müßen nicht selten, um ihre Lebsucht zu befriedigen, zum Stehlen ihre Zuflucht nehmen. Die Natur ihres Handels erlaubt ihnen nicht, ihre Waaren Artikel blos auf Märkten zu verkaufen, sondern sie müßen, um von einem Tage zum anderen Leben zu können, durchaus hausiren gehen. Die Schubprotokolle sind voll dergleichen Händler, und in dieser Hinsicht ist es nöthig, daß eine allgemeine Verfügung an die Gränz Mautämter erlassen werde, solche Leute genau zu untersuchen, und wenn sie sich nicht ausweisen können, daß sie entweder durch bei sich habendes baares Geld, oder einen bedeutenden Verlag ihren Lebensunterhalt sichern, solche ohne weiteres wieder über die Gränze zurückzuschicken, welches auch allen Polizeyämtern aufzutragen wäre, wenn sie solcher in ihren Bezirken habhaft werden, da es nicht selten geschieht, daß diese privilegierten Vaganten die Mautpostirungen umgehen. Ferners sind die Pässe vom Auslande durch Baiern wieder in das Ausland ausgestellt, wie z. B. von Italien oder Tyrol nach Oesterreich; bei solchen Individuen müßten als dann ihre Waaren bei der Mautstation versiegelt, und erst bei der Austritts Station wieder eröfnet werden. Nur hiedurch wird man sich diese lästigen Leute, unter deren Maske sich die meisten Volksaufwiegler verbergen, und den Vorwand eines Handels benützen, um die gutmüthigen Bewohner zu versichern, alle Gegenden auszuspähen und nicht selten Räuberbanden durch ihre Lokalkenntnisse Vorschub leisten, vom Halse schaffen können.

4. Zustand der Strafarbeitshäuser und Gefängnisse

Strafarbeitshäuser giebt es seit der Auflösung dieser Anstalt in der hohen Festung im Kreise nicht mehr; wohl aber ist ein Zwangsarbeitshaus in Salzburg errichtet, welches mit dem Armen Institute vereiniget ist. Durch den Umstand, daß nach geschehenen kriminellen Untersuchungen sehr viele ausgezeichnete Verbrecher wegen Mangel des Beweises aus dem Kriminalarreste entlassen werden müßen, sind in diesem Zwangs Arbeitshause mehrere derley Verbrecher, die in dem Polizeibezirke ihres Wohnortes weder untergebracht, noch der öffentlichen Sicherheit gemäß gehörig beobachtet werden können, vorhanden, die die Nothwendigkeit herbeigeführt haben, sie strenger zu verwahren, welches natürlicher Weise mit grössern Unkosten verbunden ist, die entweder der Armen Institutsfond, oder die Gemeinden, worunter sie gehören, tragen müssen. Den wiederhollten dringenden Vorstellungen der Oberpolizeistellen und selbst der königlichen Finanzdirektion unerachtet befindet sich noch der größte Theil der Polizey- und Kriminalgefängnisse in einem mangelhaften, mehrere in einem mit der öffentlichen Sicherheit durchaus nicht vereinbarlichen, ja einzelne in einem schauderhaften Zustande. Es sind dahin besonders die Gefängnisse zu Zell am See, Mittersill, St. Johann, Radstadt, Tamsweg, wo der dazu taugliche Amtskasten noch immer unbenützt steht, Taxenbach, Teisendorf, Tittmoning, Berchtesgaden, Burghausen, dann der Polizey Arrest zu Salzburg zu rechnen. Haag, Frankenmarkt, Altötting und Saalfelden haben deren gar keine. Instruktionen und Berichte des königlichen General Kommissariats können da nichts fruchten, wenn selbe stäts ungewürdiget und unerfüllt bleiben, und man ihm die Mittel, die ihm zur Handhabung seiner Pflichten zu Gebothe stehen sollen, stäts verweigert.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

5. Der Bestand der Brand Assekuranz Summe
Die Brand Assecuranz Summe im Salzachkreis beträgt für das Etatsjahr 1813/14 . . . 21,779,870 fl. Unstreitig würde es grossen Vortheil bringen, wenn in dieser so wohlthätigen Anstalt aus landesherrlicher Macht und Gewalt das / sich assekurieren lassen müßen / gesetzlich ausgesprochen und sanctionirt würde. Die ganze Anstalt würde festere Grundlagen gewinnen, das unverkennbare Uibel in den ewigen Zu- und Abgängen würde ein Ende nehmen, und die Manipulation ausserordentlich erleichtert werden, wie solches das Beispiel anderer Provinzen des Reichs bewährt, wo das Assecuranz Geschäft höchstens 2 Wochen im ganzen Jahre Beschäftigung giebt, während hierorts die Laune des Einzelnen das ganze Jahr hindurch beschäftiget, und selbst bei der größten Aufmerksamkeit nicht gegen Rechnungsverstosse sichert. Beim Gründen dieser Anstalt konnte es allerdings nützlich seyn, den Beitritt der Willkühr eines jeden Hausbesitzers zu überlassen, um die öffentliche Meinung für diese Anstalt zu gewinnen; nun aber, da solche so sehr begründet ist, daß man diese Anstalt im ganzen Königreiche als eine der wohlthätigsten erkennet; nun wäre es vielleicht rathsamer, den kleineren Theil der nicht eingetrettenen, durch ein gesetzlich bedingtes Muß dazu zu vermögen. Ferners hindert die Aufnahme dieser Anstalt der Mangel genügenden Vorschußfonds, und die Langsamkeit des königlichen Central Bureau, das bereits um 2 Jahrgänge zurück ist.

6. Die Haltung der Bauordnung betr.
In allen Aemtern des Kreises sind die normalmäßigen Baukommissionen errichtet, nur fehlt es 1. häufig – zumal ein Gebirge an geschickten Maurern und Zimmermeistern. Um diesem Mißstande abzuhelfen, wurde kein derley Gewerb ohne sorgfältige Prüfung der Kandidaten durch die königliche Kreisbau Inspektion besetzt; die Handhabung des Wanderungsgesetzes, unter vormaliger Landesregierung wenig befolgt, wird dem Mangel geschickter Werkleute in wenigen Jahren abhelfen. Außer den abgebrannten Häusern wurden im Kreise nur 12 Hauptgebäude neu errichtet. Der allgemeine Geldmangel war hieran schuld. 2. In mehrern Bezirken herrscht grosser Mangel an Materiale zum Mauern als im Landgerichte Gastein, Frankenmarkt, Berchtesgaden, Haag, Ried, Teisendorf; jedoch entstund im Landgerichte Thalgau und Laufen eine neue Ziegelbrennerey, welche die möglichste Aufmunterung erhielt. Im Landgerichte Haag wird vielfältig mit Steinkohlen statt des Duftsteins gemauert, übrigens steht der allgemeinen Einführung der Bauordnung 3. der allgemeine Geldmangel im Wege, und wenn die Wiedererbauung abgebrannter Häuser gleichwohl auf ihrer vollen Anwendung bestanden wurde; so mußte man doch bei Haupt Reparationen alter Gebäude oder Neubauten, wenn selbe isolirt stunden, und die Inhaber zu unvermögend waren, die Moderation eintreten lassen, daß nur der Grund und der erste Stock, dann die Küche und Kamine gemauert, die Dachung aber gleichwohl mit Schindeln hergestellt werden durfte; auch ließ man selbst in diesen Fällen keine Legeschindeldächer im stumpfen Winkel, sondern nur Scharrschindeldächer im rechten Winkel zu. Die Liebe zur Gemächlichkeit, Solidität und äußere Schönheit der Gebäude bleibt den Geldkräften stets untergeordnet, und so, wie sich die Wohlhabenheit des Landmanns hebt, wird jene Neigung auch gewiss sichtbar werden. Zu wünschen ist, daß die gesetzlichen Begünstigungen zu Ziegelbrennereyen einen besseren Erfolg gewinnen, denn an Ziegelerde fehlt es im Kreise so wenig als an Holz, und nur die Vermehrung an diesem Materiale und dessen mässiger Preis werden es möglich machen, daß die vielen hölzernen Gebäude nach und

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nach verschwinden; allein, so lange es den Unterthanen an den nöthigen Mitteln zur Aufmauerung der Gebäude auch bei mässigen Preisen des Maurermaterials gebricht, wird sich auch Niemand, ohngeachtet aller Vortheile zur Anlage von Ziegelbrennereyen geneigt finden lassen, deren Produkte keinen Absatz finden. Daher besserer Wohlstand, bessere Gebäude.

7. Der Zustand der vorhandenen Beleuchtungs Anstalten
Die einzige Beleuchtungs Anstalt im ganzen Salzachkreis besteht in der Kreishauptstadt; der für diese ausgezeigte Fonds ist nur mittels des Ergänzungs Vermögens der Häuserbesitzer zur Deckung der Ausgaben auf diesen Artikel und auf das Stadtpflaster beigebracht worden.

II. Rücksichtlich der Gesundheits Polizey

1. Die epidemischen Krankheiten, welche unter Menschen herrschten
Im Oktober 1813 herrschten in den Königlichen Landgerichten Tamsweg und St. Michael die gutartigen Masern, und im Königlichen Landgerichte Radstadt die Keuchhusten. Im Dezember im K. Landgerichte Mittersill in der Pfarrey Bramberg und Neukirchen das nervöse Faulfieber, welches sich auch zur nämlichen Zeit im K. Landgerichte Thalgau und in den Pfarreyen St. Gilgen und Abersee bald als Typhus versatilis, bald als Typhus torbescens epidemisch und contagios zeigte, und theils durch das im Herbste dortselbst einquartierte k. k. oesterreichische Militair, theils durch Armuth, enges Beisammenwohnen, Furcht und Schrecken, und anhaltend schlechter Witterung herbeigeführt wurde. Eben diese ursachlichen Momente waren Schuld, daß im Jäner an den Etappenplätzen besonders im Landgerichte Neumarkt, Teisendorf und Traunstein diese Krankheit auf den höchsten Grad stieg, und eigentlich erst zu Anfang des Sommers mit dem Aufhören der anhaltenden Durchmärsche verschwand. Beinahe zu gleicher Zeit wurden die Landgerichte Abtenau, Tamsweg, Tittmoning, Gastein, St. Michael, Mittersill, Frankenmarkt und Radstadt mit einer ästhenischen Lungenentzündung komplizierte rheumatische gasterische Fieber befallen, welches durch Nahrungssorgen bei der anhaltend ungünstigen Witterung veranlaßt wurde, und bei schwächlichen Subjecten, wenn nicht schnelle und zweckmässige Hilfe gesucht wurde, ebenfalls in einen sehr gefährlichen Typhus contagiosus überzugehen pflegte, der öfters bei alten oder lungensüchtigen Individuen spätestens am 17., meistens am 11. Tage durch den Tod ein Ende machte. Eine ebenso gefährliche rheumatische gasterische rothe Ruhr verbreitete sich im July im ganzen Landgerichtsbezirke Teisendorf, und dauerte bis gegen Ende Oktober, welche kein Alter schonte, vorzüglich bei Kindern und Greisen tödlich war, und bei vernachlässigter oder zweckwidriger Behandlung entweder in den Brand, oder in ein nervöses Faulfieber übergieng. Die Masern und Keuchhusten Epidemien verbreiteten sich nicht so allgemein, verliefen sehr gelinde, und wurden bei einem mässig warmen Verhalten meistens durch schweißtreibende Mittel in Bälde gehoben. Dagegen verursachte der Typhus contagiosus an den Etappenplätzen schon in den ersten Tagen einen so hohen und gefährlichen Grad, daß viele mit selbem behaftete Kranke am 7. oder 11. Tage der Krankheit auch bei der zweckmässigsten Behandlung unterlagen, welches vorzüglich bei Subjecten, die durch Ansteckung erkrankten, beobachtet worden ist. Um diesen ebenso gefährlichen als schnell um sich greifenden Krankheiten zu steuern, sind nicht nur allein, wie die

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Anlage beweist, zweckmässige Aufträge zur genauen Befolgung der angeordneten medizinisch polizeilichen Maßregeln für die Königlichen Polizey Unterbehörden, Gerichtsärzte, Pfarrämter, Landärzte und Chirurgen eingerückt worden, sondern es wurden auch desfalls an die Gerichtsärzte spezielle Weisungen erlassen. Da aber damals die Landgerichts Physikate noch nicht organisirt waren, sohin Dr. von Bernberg nebst Vöcklabruck das Landgericht Frankenmarkt, Dr. Bacher nebst Laufen das Landgericht Teisendorf, und Dr. Ferchl nebst Neumarkt das Landgericht Thalgau zu inspicieren hatten, so wurde es für selbe zur absoluten Unmöglichkeit, alle Kranken täglich selbst zu besuchen. Ich war daher gezwungen, die Landärzte und Chirurgen als ihre Gehilfen zu verwenden, deren zusammenwirkendes und rastloses Bestreben bei der bekannten Gleichgültigkeit und dem herkömmlichen Eigensinne des Landvolkes durch unausgesetzte und strenge Ausübung der polizeilichen Maßregeln und Mitwirkung der Pfarrämter und Gemeinde Vorsteher unterstützt werden mußten. Welche Maßregeln erforderte die rothe Ruhr im Landgerichte Teisendorf, weil die Landleute, besonders bei Kindern gewöhnlich die Krankheit verheimlichen, oder bei simplen Badern, die nichts davon verstehen, entferntere Hilfe suchen, als sich der nahe wohnenden Aerzte, welche ihnen öfters aufgedrungen werden mußten, zu bedienen, weshalb auch die Sterblichkeit unverhältnissmässig groß ausfiel, indem unter 441 solchen Kranken 112 gestorben sind.

2. Jene Epidemien, welche unter dem Viehe herrschten

Im Oktober wurde durch die zur Armee aus Oesterreich getriebenen Lieferungs Ochsen in die Landgerichte Braunau und Haag die Rindviehpest verbreitet, die sich vorzüglich im Letztern in 4 Ortschaften so gefährlich zeigte, daß 51 Stücke niedergeschlagen werden mußten, wodurch sowohl, als durch die zweckmässig angeordneten Polizey Maßregeln die vom dortigen Landgerichtsvorstande Menz und den nach Haag besonders abgeordneten Dr. von Lasser mit rastloser Thätigkeit betrieben wurden. Diese Seuche beschränkte sich im Landgerichte Braunau auf 2 Ställe, und wurde bei den nämlichen Maßregeln in Bälde gehoben. Zugleich sind die Landgerichte Grieskirchen, Ried, Vöcklabruck, Thalgau und Altoetting, durch welche öfters solches Liefervieh getrieben wurde, über die gegen diese ansteckende Seuche zutreffenden Vorsichts Maßregeln zu ihrem Benehmen in Kenntnis gesetzt worden, welche in der Folge durch eine allgemeine allerhöchste Verordnung vom 22. Dezember 1813 näher bestimmt wurden. Mehreres im November von der hiesigen Festung entweder als Eigenthum oder durch Kauf in die Landgerichte Hallein, Reichenhall und Abtenau zurückgebrachtes diesseitiges Liefervieh wurde zu Hause mit der nervösen Lungen Entzündung befallen, womit, der in der Folge angewandten zweckmässigen Maßregeln ohngeachtet nach und nach fast alle vorhin schon in diesen Ställen gestandenen Thiere von dieser Seuche ergriffen worden sind, weshalb viele derselben wegen der schnell eingetrettenen akuten Brustwassersucht und dem Lungenbrande niedergeschlagen wurden, welches zur schnellern Hebung der fernern Verbreitung sowohl, als zur Minderung des daraus entstehenden grössern Schadens an den annoch gesund scheinenden Thieren öfters vollzogen wurde. Im Dezember kam nach Vöcklabruck ein Transport mit österreichischen Militairfuhrpferden, unter denen mehrere mit der Kotzkrankheit behaftet waren, welche durch das schnelle Niederstechen der kranken, und die sorgfältige Absonderung der übrigen annoch gesund scheinenden Pferde und die vorschriftsmässige Reinigung der Pferdegeschirre und Ställe nicht nur allein dortselbst, sondern auch in den Landgerichten Ried

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

und Mauerkirchen, die zugleich hierüber die gehörigen Aufträge erhielten, abgehalten worden ist. Mit der nämlichen Krankheit behaftet kamen im April 3 Fuhrmannspferde von Oesterreich nach St. Gilgen, Landgerichts Thalgau, die unverzüglich über die Gränze zurückgeführt wurden, weshalb auch von dieser Seite eine strenge Sperre gegen Oesterreich verfügt, und eine eigene Untersuchungs Commission an der Gränz Mautstation in so lange aufgestellt blieb, bis man von dem Nichtbestehen dieser Seuche in jenseitigen k. k. Gebiethe vollends überzeugt war. Im Februar und März herrschte in den Landgerichten St. Johann und Gastein unter vielen Pferden die Lungen Entzündung, welche nur durch die häufigen und anhaltenden Salzfuhren von Hallein bis Pongau, wobei die Pferde wegen Uiberbürdung der Salzladung sich ungewöhnlich erhitzten, und unvorsichtig getränkt wurden, herbeigeführt worden ist. Durch die vom Landgerichtsarzte Dr. Susan eben so zweckmässig als thätigst vorgekehrten Verfügungen sind die meisten derselben wieder gerettet worden, nur haben mehrere trächtige Stutten ihre Füllen zu früh zeitig geworfen und tot zur Welt gebracht. In den Landgerichten Abtenau und Thalgau ist im Hochsommer auf zwey Alpen unter dem Hornviehe bei der dortselbst geherrschten naßkalten, mit Schneegestöber verbundenen Witterung die Lungenentzündung ausgebrochen, welche, weil sie von den Eigenthümern immer verheimlichet wurde, nach und nach mehrere Stücke ergriffen hat, und einige tödtete. Erst im Oktober als das Hornvieh nach Hause getrieben wurde, sind beide Landgerichte über das Fortbestehen dieser Seuche bei 5 Bauern in Nußbach, Landgerichts Abtenau, und bei 2 Bauern zu Unterberg und Klenfeld, Landgerichts Thalgau in Kenntnis gesetzt worden. Es wurden also gleich die strengsten medizinisch polizeilichen Maßregeln angeordnet, wodurch zwar die Seuche in Nußbach, jedoch im Landgerichte Thalgau noch nicht gehoben wurde.

3. Aus anliegenden summarischen Verzeichnisse geruhen Eure Königliche Majestät zu entnehmen, daß 26 Gerichtsärzte in verschiedenen Landgerichten, und ein Badearzt im Heilbade Gastein angestellt sind. Dr. Storeto versieht als Badearzt das Landgericht Gastein, während seines dortigen siebenmonatlichen Aufenthaltes als provisorischer Gerichtsarzt. Eben so inspizieren die Gerichtsärzte Dr. Stähling und Riedler die Landgerichte Hopfgarten und Mauerkirchen. Hingegen ist für das Landgericht Zell am Ziller noch kein eigener Gerichtsarzt angestellt. Dieses Landgericht ist nunmehr ganz ohne Arzt, da sich in Hopfgarten ebenfalls keiner befindet. Es ist daher des allerhöchsten Dienstes sowohl, als zum Wohle der Gemeinden zu wünschen, daß die in den Landgerichten Gastein, Hopfgarten, Zell am Ziller und Mauerkirchen eigene Gerichts Aerzte angestellt werden möchten, indem vorzüglich Hopfgarten und Zell am Ziller, ihrer geographischen Lage gemäß nicht füglich von benachbarten Gerichtsärzten inspizirt werden können. Unter den in Salzburg praktizierenden 9 Aerzten sind der Obermedizinalrath Jacobi als Primärarzt des Johanns Spitals, Kreismedizinalrath Dr. Barisani, die Professoren der landärztlichen Schule, und der zu Burghausen quieszierende Dr. Ploederl begriffen. Uibrigens befinden sich noch im Salzachkreise 27 angestellte Landärzte, 147 Chirurgen und 319 Hebamen. Da es in den Landgerichten Abtenau, Braunau, Burghausen, Frankenmarkt, Altoetting, Mauerkirchen, Reichenhall, Ried, Teisendorf und Vöklabruck in mehreren Bezirken an geprüften Hebamen gebricht, so befinden sich in gegenwärtigen Wintersemester 23 solche Individuen am hiesigen Hebamen Unterrichte. Was ich in Hinsicht der Veterinärärzte im verflossenen Jahre äußerte, bewährt sich noch immer im

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

gegenwärtigen Jahre. Da die Viehzucht den vorzüglichsten Nahrungszweig des Landmanns ausmacht, und es außer den Gerichtsärzten durchaus an ausgebildeten Veterinärärzten 2. Klasse fehlt, die für den bedeutenden Viehstand als Gehilfen der Gerichtsärzte so nothwendig sind; so kann ich den früher schon geäußerten Wunsch nicht unterdrücken, daß den Kandidaten an der landärztlichen Schule aus der Vieharzneykunde wenigstens ein theoretischer Unterricht um so mehr gegeben werden möchte, als sich das widerhollt an sämmtliche Polizeybehörden und Gerichtsärzte erlassenen Auftrages ohngeachtet, vom ganzen Salzachkreise nur ein einziges Individuum aus dem Landgerichtsbezirk Thalgau im Unterricht an der königlichen Veterinärschule zu München befindet, wozu es, wie es scheint, an tauglichen Subjecten gebricht.

4. Der Befund der Visitation der bestehenden Apotheken betr.
Die in Altötting, Berchtesgaden, Braunau, Burghausen, Mattighofen, Radstadt, Reichenhall, Ried, Salzburg, Traunstein und Vöklabruck befindlichen 14 öffentlichen Apotheken sind nach genommener Visitation in gutem Zustande angetroffen worden, unter welcher sich besonders jene zu Altötting, Braunau, Reichenhall, die Johannsspitalsapotheke in Salzburg, und die Apotheke in Vöklabruck auszeichnen. Seit der vor einem Jahre stattgehabten gänzlichen Aufhebung der Hausapotheke im werdischen Institute zu Burghausen, und der Entfernung der Nonne Barbara Wild, muß ich dem Apotheker Göschl zu Burghausen, der sich seit diesem auf Befehl ein Apotheker Subject zugestellt hat, das verdiente Lob ausgesprochen, daß seine Apotheke bei öftern unvermutheten Untersuchungen jedesmals wohlbestellt befunden wurde, und dieser Apotheke das verlorene Zutrauen wieder geschenkt wurde. Dem Apotheker Tesler zu Ried ist die Aufnahme eines Apotheker Subjectes aus der Ursache aufgetragen worden, weil er öfters, dem Müßiggange nachgehend, die Arzneyen gewöhnlich durch seine Gattin zubereiten ließ. In Traunstein ist der Apotheker Bauer im May gestorben, dessen Apotheke seither von einem approbirten Provisor in so lange versehen wird, bis sein Neffe, der sich an der Universität in Landshut befindet, seine Studien aus der Apothekerkunst absolvirt, und dem allerhöchsten Gesetze Genüge geleistet hat. Aus dem Mangel einer Apotheker Taxe und eines Dispensatorii wird noch immer die neueste Pharmacopaea austriaca v. J. 1812 als Norm angenommen, und die Arzneyen nach der salzburgischen Taxe verkauft. Möchte doch einmal die schon seit 1808 allergnädigst zugesicherte Apotheker Ordnung eine eigene Landespharmakopäa und Taxordnung zur Errichtung einer Gleichförmigkeit und Erzweckung des hieraus entstehenden allgemeinen Nutzens eingeführt werden.

5. Der Zustand der vorhandenen Krankenanstalten aller Art, die Zahl derselben, und der darin aufgenommenen Kranken
In der Kreishauptstadt Salzburg befinden sich 3 Hospitäler oder wirkliche Krankenanstalten, nämlich 1. Das Johanns Spital außer der Vorstadt Mülln, an der Reichenhaller Poststrasse. 2. Das Leprosenhaus in der eben genannten Vorstadt, und 3. Das Irrenhaus bei St. Sebastian in der Stadt, am Ende der Linzer Gasse. ad 1. In das Johanns Spital werden gewöhnlich alle mit wahrscheinlich heilbaren Krankheiten behaftete Individuen, die im hiesigen Polizey Commissariats Districte wohnhaft sind, aufgenommen. Aus anliegendem summarischen Verzeichniße gehet hervor, daß im gegenwärtigen Etatsjahr 965 Kranke in dieses Institut aufgenommen worden sind, von welchen 836 geheilt, 21 ungeheilt entlassen wurden, 65 gestorben, und 43 annoch in der Behandlung verblieben sind. ad 2. In das

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Leprosenhaus, welches von dem Primär Arzte Dr. Jakobi nur provisorisch inspizirt wird, werden mit der Epilepsie, dem Aussatze, dem Grinde, Krebs, und anderer Eckel erregenden Krankheiten behaftete, von ganzen Salzachkreise / jedoch jene, welcher ausser dem Polizei Distrikte wohnen, nur gegen Vergütung der Unkosten entweder von ihrem Vermögen oder auf ihrer Gemeinde Rechnung / aufgenommen, in welchem sich laut Beilage zu Anfange dieses Etatsjahrs 31 Individuen befanden, und in welches unterm Jahre 26 aufgenommen wurden. Es bestund also der effektive Krankenstand in 57 Individuen, von denen 8 gestorben, 13 ausgetretten, und 36 annoch in der ärztlichen Behandlung verblieben sind. In das Leprosenhaus werden auch im Erdgeschosse arme unheilbare, in das Johannsspital, oder in ein Versorgungs Institut nicht geeignete Kranke auf Kosten des Incurabilienfonds vom königlichen Polizeikommissariate aufgenommen, dort verpflegt, und vom Stadtgerichtsarzte besorgt. ad 3. Im Irrenhause befanden sich am 1. Oktober 1813/14 17 Kranke und während diesem Etatsjahre sind noch 14 dahin aufgenommen worden. Von diesen 31 Kranken sind bis Ende September 3 gestorben, 9 geheilt entlassen worden, und noch 19 in der Behandlung des Stadtgerichtsarztes Dr. Oberlechner verblieben. Für die meisten dieser Kranken, sie mögen im hiesigen Polizeykommissariatsbezirke domiziliert seyn, oder von anderen Landgerichten des Salzachkreises mit diesseitiger Erlaubnis in das Irrenhaus gebracht werden, muß wegen nicht zureichenden Irrenfonde ein Sustentations und Arzneykosten Beitrag bezahlt werden. Da sich das Leprosen- und Irrenhaus vermög ihrer Lokalität, Bauart und inneren Verfassung in einem sehr schlechten Zustande befinden, und auch für die Unheilbaren aus Mangel eines zur Aufnahme derselben hinreichenden Lokals nicht gesorgt werden kann; so halte ich mich verpflichtet, die von mir in mehreren allerunterthänigsten Berichten bisher immer fruchtlos begutachtete Organisation der hiesigen Krankenanstalten neuerdings in Anregung zu bringen. Außer diesen Heilanstalten befindet sich nur eine eigene Krankenanstalt in der Stadt Burghausen unter dem Namen des H. Geist Spitals, welches zugleich nach seinem zweifachen Zwecke ein Versorgungs- oder Pfründtner Institut für dortige abgelebte arme Bürger und deren Weiber ist. In dieses Institut sind im gegenwärtigen Etatsjahre 28 Kranke aufgenommen worden, unter denen nur einer gestorben ist. Da es in diesem Kranken Institute bei den bedeutenden Vermögen an zweckmässiger Einrichtung bisher gebrach, in dem mehr die von auswärtigen Kranken Instituten, z. B. von Salzburg, Linz, München u.s.w. mit meist unheilbaren Krankheiten Behafteten, dahin gekommenen fremdem Individuen, als die Bewohner von Burghausen dortselbst die Aufnahme fanden, und die Pfründner ungeeignet die Wärtersdienste verrichteten; so habe ich im August 1813 den Kreismedizinalrath Barisani und Kreisstiftungsrath von Mayer zur Untersuchung und Regulirung dieses Spitals dahin abgeordnet. Es werden daher in Zukunft nur mehr arme, mit wahrscheinlich heilbaren Krankheiten behaftete Individuen aus der Bürgers- und Dienstbothenklasse des Polizeibezirks Burghausen unentgeltlich in selbes aufgenommen, dem Stadtgerichtsarzte Dr. Beck und dem Wundarzt Welschmüller ist die fernere Behandlung der medizinisch chyrurgischen Kranken aufgetragen worden; es wurde für die Ausmittlung eigener Krankenzimmer und Wärter gesorgt, und den Aerzten, dem Hausmeister, Hausknechte und den Wärtern sind besondere Instruktionen zugestellt worden. Uiberhaupts ist zur Aufrechterhaltung dieser Krankenanstalt dem dortigen Polizeikommissär, dem Distriks Stiftungs Administrator von Altötting, und Stadtdechant unter beständiger Responsabilitaet hier-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

über die Aufsicht übertragen worden. Hier muß ich noch allerunterthänigst bemerken, daß in dieses Institut in gewöhnlichen Fällen nur 6 Kranke, und in ausserordentlichen höchstens nur 10 aufgenommen werden können, weil sowohl die Unterhaltung der Kirche, des Benefiziaten und des Pfründtner Personals, als der jährlich bedeutende Beitrag zum Armen Institute der Stadt Burghausen mit 900 fl., wozu aus den Vorakten kein Rechtstitel bisher aufgefunden werden konnte, einen grossen Theil des sehr beträchtlichen Einkommens verzehren. Uibrigens befinden sich beinahe in allen Landgerichten des Salzachkreises verschiedene Institute unter dem Namen Leprosenhaus, Bruderhaus, welche aber eigentlich nur meistens zur Unterkunft armer, abgelebter, oder mit unheilbaren, von Krankheiten behafteter Bürger, Einwohner und Dienstbothen bestimmt sind, die selten vom Institute selbst, wohl aber gewöhnlich von den Gemeinden einen sehr geringfügigen Unterhalts Beitrag zu beziehen haben. Deshalb werden auch nur hie und dort in außerordentlichen Fällen mit ansteckenden Krankheiten behaftete Dienstbothen auf Gemeindekosten in ein solches Institut aufgenommen. Da die armen Kranken in den engen Wohnungen ihrer Dienstherrn oder Aeltern bei der fast allgemein bekannten Armuth und dem schlechten Willen der meisten Einwohner selten gehörig verpflegt, und dadurch gar oft ansteckende Krankheiten verbreitet werden, so könnten mehrere dieser Versorgungshäuser z. B. jene zu Alt- und Neuötting, Braunau, Gastein, Grieskirchen, Haag, Hallein, St. Johann, Laufen, Mattighofen, Mittersill, Neumarkt, Radstadt, Reichenhall, Ried, Saalfelden, in der Gnigl im Landgerichte Salzburg, zu Teisendorf, Tittmoning, Traunstein, Vöklabruck, und Zell am See bei einer zweckmäßigeren Einrichtung zugleich zu nutzbaren Krankenanstalten mit und ohne Gemeinde Konkurrenz füglich umgeschaffen werden; wodurch nicht allein die für solche Fälle erlaufenden Gemeindekösten, sondern auch die Ansteckungsgefahr mehr abgehalten, und die Kranken in einem solchen Institute weit besser verpflegt werden würden.

6. Die Resultate der Schutzpockenimpfung

Die Fortschritte der gesetzlichen Schutzblatternimpfung weiset anliegende Tabelle aus. Es sind nämlich 10424 Kinder geimpft worden, unter welchen es bei 8469 gut, und bei 1955 nicht gut angeschlagen hat. An Menschenpocken ist nur ein Kind im Landgerichte Braunau gestorben. Die diesjährige Impfung wurde sowohl in Hinsicht der vielen geimpften impfpflichtigen Kinder, als in Hinsicht der ungleich bessern Volksstimmung in den meisten Gerichtsbezirken mit dem erwünschten Erfolge gekrönt, wobei sich vorzüglich die Landgerichte Haag, Laufen, Mattighofen, Mauerkirchen, Grieskirchen, Ried, Traunstein, Braunau, Frankenmarkt, Vöklabruck, Thalgau, Gastein und das Herrschaftsgericht Mondsee auszeichneten. Unter den Impfärzten verdienen die Doktoren Tuaillon, Susan, Bacher, Ferchl, Storeto und Hofler wegen ihrer hiebei gezeigten thätigen und zweckmässigen Verwendung angerühmt zu werden. Uibrigens bin ich auch diesesmal wieder außer Stande gesetzt, den allerhöchst vorgeschriebenen gedrängten Auszug aus den vom Kreismedizinalrathe Barisani durch das Königliche Generalcommissariat vierteljährig zu erstattenden Bericht für den Verfluß des ganzen Etatsjahrs vorzulegen, indem die Organisation der Gerichtsärzte erst im Monate März statt hatte, und denselben zur Erstattung der Monatsberichte die schon lange zugesicherte umfassende Resolution, die metereologischen Instrumente und Tabellen und die Formularien zu den Geburts-Trauungs-Krankheits-Sterb und Bevölkerungslisten noch nie zugestellt wurden. Die größte und auffallendste Sterblichkeit waltet, wie gewöhnlich bei den Kindern unter einem Jahre

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ob, woran größtentheils die vernachlässigte und zweckwidrige physische Erziehung derselben Schuld ist. Demungeachtet übersteigt in den meisten Gerichtsbezirken die Zahl der Gebohrnen jene der Gestorbenen um ein Bedeutendes, wie die Tabelle Lit. A bereits angiebt, welches der auf die Bevölkerung so vortheilhaft einwirkenden gesetzlichen Schutzblattern Impfung zuzuschreiben ist. Außer den in einigen Landgerichten epidemisch herrschenden Nervenfiebern und der rothen Ruhr im Landgerichte Teisendorf, an welchen Krankheiten viele gestorben sind, giengen im Allgemeinen die meisten Individuen zwischen 80 und 90 Jahren an der Lungenschwindsucht, Wassersucht und dem Schlagfluße, auch mehrere an der gänzlichen Entkräftung zu Grunde.

III. Nahrung und Credit der Einwohner

1. Leih-Anstalten

Das Leihhaus in Salzburg ist die einzige Anstalt im ganzen Kreise, und es würde zweckmässige Geschäfte machen können, wenn die Zeitumstände einmal erlaubten, demselben auf mässige Zinsen die nöthigen Kapitalien zu verschaffen. Der allgemeinen Einführung der Hypotheken Bücher durch das neue Civil Gesetzbuch sieht der ganze altbaierische und salzburgische Theil des Kreises mit wahrer Sehnsucht entgegen. Im österreichischen Antheile besteht die vortreffliche Anstalt der Grundbücher und läßt in diesem Fache wenig zu wünschen übrig. Je mehr der allgemein gesunkene Gutswerth und die übrigen Folgen des erlittenen vieljährigen Kriegs- und Handels Ungemachs den Wohlstand der Unterthanen untergraben haben, desto fühlbarer wird das Bedürfnis guter Kreditgesetze. Die diesfalls bestehenden salzburgischen Verordnungen, welche die Verpfändung keines Guts über die Hälfte, und keines Hauses über den dritten Theil des eingeschätzten Werthes, auch keine Generalhypotheke gestatten, sind sehr beschränkend für den Kredit, obschon sogar die Grundherrn für die Sicherheit der Kapitalien verantwortlich machen. Diese Verantwortlichkeit ist größtentheils unfruchtbar, denn für welches Kapital hat ein Grundherr Haftung geleistet, wenn eine Realität über die Hälfte ihres Werths gesunken ist, wie jetzt, besonders im Gebirge so häufig der Fall ist. Auf der andern Seite findet ein Gutsbesitzer gar kein Geld im Nothfalle, sobald sein Anwesen um die Hälfte verschuldet ist, oder die Kurrentgläubiger müßten ohne alle Rücksicht auf Zeit des Anlehens, und auf die damals noch bestandenen Verhältnisse des Schuldners gleichen Schaden leiden, besonders, da späters aufgenommene Pupillengelder oder spätere weibliche Ansprüche alle Currentisten mit ihren Forderungen verdrängen. Im altbaierischen Antheile fehlt es an Hypothekenbüchern ganz, und es ist daher der dringende Wunsch sehr erklärbar, daß, wenn das Erscheinen des ganz neuen Gesetzbuches durch bedeutende Hindernisse noch verspätet werden sollte, wenigstens der das Hypothekar und Kreditwesen betreffende Theil schon früher publiziert werden möchte. Wenn es übrigens unwidersprechlich ist, daß dem Nahrungsstande der Unterthanen auch durch rechtzeitigen Nachlasse an ihren Gaben in Fällen besonderer Bedrängnisse zu Hilfe gekommen werden sollte; so kann der General Commissaire sich die ehrfurchtsvollste Erinnerung nicht versagen, daß das Nachlaßwesen nicht an so äußerst umständliche, zeitraubende und kostbare Formalitäten gebunden seyn möge, wie sie von der königlichen Steuer- und Domainen Section nach und nach eingeführt worden sind, und wodurch die Uiberzeugung von der

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

väterlichen Milde der Regierung bei den Unterthanen geschwächt wird, ohne daß die Staatskasse, die auf uneinbringliche Gefälle am Ende doch verzichten muß, einen reellen Vortheil von solcher Strenge bezöge. Als ferners grundverderblich für den Nahrungsstand der Unterthanen erscheint, wie schon oft gesagt worden, die Höhe der Taxen in Gegenständen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, und insbesondere die zur Erhöhung der Taxgefälle vervielfältigte Anzahl der Briefe, selbst über solche Verhandlungen, welche sehr leicht und mit gleicher Sicherheit durch einfache Protokolle und Extracte abgethan werden könnten. Die Anlage giebt einen kleinen Beweis von dem ungeheuren Abstande der jetzigen und der ehemaligen Taxen im Salzburgischen. Aehnliche Berechnungen könnten vom Inn und Hausruckviertel aufgestellt und andurch die Uiberzeugung geliefert werden, daß den Unterthanen dasjenige, was ihnen an ordentlichen Grundsteuern bei Einführung des vielfach wohlthätigen Steuer Provisoriums etwa herabgesetzt wird, an Taxen und Sporteln dreifach wieder abgenommen, jene aber, deren Grundsteuer auch noch erhöht worden, dem Untergange umso schneller zugeführt werden. Die hohen Taxen erschweren die Gutsübernahme, mindern die Ehen, untergraben die Bevölkerung, und begünstigen Trug und Heimlichkeiten. Möchten doch die dringenden Vorstellungen der die Wirthschaftsverhältnisse der Unterthanen näher beobachtenden königlichen Behörden, denen gewiß das allerhöchste Interesse nicht minder als andere am Herzen liegt, vor den Rathschlägen einer übel angewandten Multiplications Sucht Gehör finden, und die Finanz Verwaltung auf einfacheren, verlässigeren und minder drückende Hilfsquellen hinführen.

2. Den Erfolg der Victualien Polizey betr.
Die Lebensmittel jeder Art sind in dem Salzachkreise in dem abgelaufenen Etatsjahre in ziemlich leidlichen Preisen erhalten worden. Die anliegende Tabelle, welche den Getreidepreis und dessen Consumtion enthält, und zugleich auch Vergleichungen mit vorgehenden Jahren leistet, giebt hievon den deutlichsten Beweis, und es ist allgemein bekannt, daß sich die Preise aller übrigen Lebensmittel ohnehin nur nach dem Getreidepreise richten.

3. Richtige Beobachtung der Gesinde Ordnung
In diesem Zweige der Polizey haben zwar alle Unterämter mit gleicher Thätigkeit zur Handhabung der Gesinde Ordnung mitgewirkt; allein, leider erheben sich noch von allen Seiten einstimmige Klagen gegen das Dienst Personal; der Hang zur Kleiderpracht, und die hieraus folgende Steigerung der Jahreslöhne; die Anforderung eines üppigen Unterhalts, und das Aufpochen des Gesindes, bei dessen Verweigerung sind noch immer der Gegenstand der lauten Klagen der Unterthanen, und es ist schon sogar der Fall vorgekommen, daß sich Dienstbothen die unanständigsten Bedingungen, als z. B. nächtliche Besuche vom anderen Geschlechte vorbehalten wollten. Wenn nun schon bei einzeln vorkommenden Fällen von Polizei wegen mit strengen Maßregeln eingewirkt wird, so kann doch dieses aus dem Grunde nicht von radikaler Wirkung seyn, weil bei dem offenbaren Mangel an Dienstbothen, besonders des männlichen Geschlechtes immer derlei strafbare Fälle unangezeigt bleiben, und der anzeigende Unterthan allezeit den kürzern zieht, wenn sein Dienstbothe bestraft wird, weil er dann ohne weiteres seine Dienste verläßt und leicht wieder einen anderen bekömmt. Bei dieser Beschaffenheit der Sache würde eine allgemeine Verfügung, welche nur jenen Dienstbothen, die sich bei ihrer vorhabenden Verehelichung mit gewissenhaften guten Zeugnissen über ihre Genügsamkeit, und gute Konduite ausweisen kön-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nen, die Ansäßigmachung gestattet, weit mehr, als direkte Strafen wirken, wenn man besonders in den einzelnen Fällen auch nur einige Beispiele von der Abgabe unordentlicher Dienstbothen zum Militair, oder in Korrektionshäuser geben würde. Uibrigens sind im ganzen Salzachkreise auch auf dem Lande die Dienstbothenbücher eingeführt, und man sollte von der Veranstaltung, daß alljährlich bei dem Landwirthschaftlichen Vereine für den verdientesten Dienstbothen Preise ausgetheilt werden, hoffen dürfen, daß sich wenigstens in der Folge, und bis aus den dermaligen Schulen eine bessere Gattung von Dienstbothen hervorgehen wird, sich einige Besserung verspühren lassen.

4. Zustand der Armenpflege

Die Armenpflege wird in der Kreishauptstadt durch das Armen Institut und die eigens hiezu gestifteten Beiträge besorgt; auf dem Lande wird solche durch Anweisung der Armen jeder Gemeinde an die Gemeindevorsteher, welche sie im Turno zur Errichtung unter die Gemeindeglieder zum Unterhalte vertheilt, geleistet. Da aber viele dieser Nothleidenden theils Arzney, theils selbst ärztliche Hilfe, und sodann auch Kleidung bedürfen, die ihnen der einzelne Hausvater nicht wohl gewähren kann, so ist es nothwendig, daß Jahr für Jahr gewisse Summen zu diesem Zwecke verwendet werden, welche die Gemeinde Glieder die die Nothwendigkeit einer solchen Auslage täglich vor Augen haben, meistens selbstwillig leisten, und solche nach dem Steuerfuße unter sich colligiren.

IV. Im Betreff der Gewerbe

1. Zustand der Gewerbe

Das Generalkommissariat bestrebt sich, das Gewerbewesen nach konsequenten, den allerhöchsten Verordnungen genau angemessenen Grundsätzen zu leiten, und es ist ein beruhigendes Zeugnis für die Gesetzmäßigkeit seiner Verwaltung, daß eine Entscheidung des Generalkommissariats in Rekursfällen beinahe noch nie allerhöchsten Orts reformirt worden ist. Ohngeachtet das neue Regulativ der Gewerbssteuer mehrern wesentlichen Gebrechen der früher bestandenen Besteuerung abgeholfen hat; so wird gleichwohl auch dieses ein oder anderen Modificationen unterliegen müßen, wenn es nicht drückend, besonders für die Gewerbe auf dem Lande und in den kleinen Städten und Märkten werden soll. An allen jenen Orten, wo die Natur und die Lage der Gewerbe die wesentlichsten Bedingungen des Blühens versagten, wo sie ihren Absatz nur auf die äußersten, den Betrieb der Landwirthschaft unterstützenden Nothwendigkeiten beschränkten, wo die Kultur, wie z. B. im Gebirge, noch in ihrer Kindheit, die Theilung der Arbeiten noch nicht entwickelt, und die Viehzucht mehr, als der die bürgerlichen Gewerbe näher entsprechende Ackerbau die Erwerbsquelle der Bauern ist, da stehen die Gewerbe auf der niedrigsten Stufe, und relativ auf einer weit niedrigeren, als ihnen die dem neuen Gewerbssteuer Edicte zum Grunde liegende Classification im Verhältnis zu anderen Gegenden angewiesen hat. Kümmerlich nähren hier die Gewerbe ihren Mann, nur höchst selten gestattet ihr Absatz die Haltung eines Gesellen, sehr oft stehen sie dem Taglöhnerstande an Erträgnis nach. Der Baúer verfertigt in einem grossen Theile des Salzachkreises vieles, was an andern Orten nur der Gewerbsmann leistet. Er greift in die Gewerbe der Bäcker, Metzger, Binder, Gerber, Weber und Wagner, indem er sich selbst sein schwarzes und weißes Brod backt, sein eigenes Vieh schlachtet, sein Bindergeschirr ohne fremde

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Beihilfe zubereitet, das bedürftige Leder selbst gerbt, seine Leinwand und den Loden, aus welchem seine Kleider verfertiget werden, selbst bereitet, und seine Wägen, Schlitten und Geschirre im Winter durch seine Knechte zurecht machen läßt. Eben so bringt er dem Riemer, Sattler und Schuster das Leder, dem Sailer den Hanf, dem Tischler und Wagner das Holz zur Bearbeitung und Veredlung zu, und benimmt hiedurch diesen Gewerben den Gewinn, welchen sie an anderen Orten aus solchen Kapitals Verlage beziehen. Das Verdienst der Handwerker auf dem Lande und in kleinen Städten und Märkten, besonders in Gebirgsgegenden besteht demnach größtentheils einzig in einem herkömmlichen Arbeitslohne, der mit den gestiegenen Preisen der übrigen Produkte und selbst mit dem gemeinen Taglohne selten im Verhältnisse steht. Das Anerkenntnis dieser örtlichen Verschiedenheiten und Eigenthümlichkeiten vermißt man auch noch in dem jüngsten Gewerbssteueredikte ungeachtet des Spielraums, der den Behörden im Bezug auf Haupt und Unterklassen eingeräumt wird, und es werden dadurch dem Gewerbswesen im Gebirge und in den Landstädten tiefe Wunden geschlagen, wenn die Vorstellungen der Polizeybehörden, welche bei Vorlage der neuen Gewerbskataster diese Eigenheiten aufgegriffen, und um deren Berücksichtigung gebethen haben, allenthalten so, wie es von der hiesigen Finanzdirektion geschehen ist, trocken zurückgewiesen, der Buchstabe der Instruktion zur Anfertigung der Kataster, welcher weit strenger, als das Edict selbst ist, mit schonungsloser Genauigkeit befolgt, die Zahl der Klassen, welche schon in der zweiten und dritten Hauptklasse um 3 und 6 fl. springen, nicht vermehrt, oder, was das billigste seyn dürfte, den Ortsbehörden zwischen einem gesetzlichen Maximo et minimo die unmittelbaren Bestimmungen nach Umständen für 3 Jahre frey belassen werden. 2. Die Zahl und Gattungen der Gewerbe giebt anliegende Tabelle, woraus zu ersehen kömmt, welche, und wieviele in diesem Etatsjahre verliehen worden sind, genau an. 3. Das Wandern ins Ausland ist bisher im Salzachkreise eine noch ganz unbekannte Sache, selbst im Inlande wandern wenige Handwerksgesellen weiter, als bis zur nächsten Lade. 4. Die Handwerks Mißbräuche sind glücklich abgeschafft, und können so leicht nicht wieder emporkommen, da bei allen Versammlungen Polizey Vorstände gegenwärtig sind, und den Meistern ihre Unterdrückung Vortheile gewährt.

V. Kommunal Verhältnisse

1. In diesem Verwaltungszweige hat das Königliche General Commissariat mit den beschwerlichsten Anständen aus dem Grunde zu kämpfen, weil die für die frühern Jahre zu allerhöchsten Stelle eingesendeten Etats und Voranschläge weder noch die allerhöchste Genehmigung erhalten haben, noch aber die Ausschreibung von Konkurrenzen erfolgt ist. Es ist mir peinlich, immer noch die alten Klagen über Verzögerung dieser Konkurrenzen zur Bestreitung der ordentlichen Gemeinde Auslagen wiederhollen zu müssen; da aber dadurch die Ordnung im Gemeindewesen, so wie der Kredit der Gemeinde den empfindlichsten Stoß leidet, so kann ich diesen Punkt nicht mit Stillschweigen übergehen, ob ich gleich überzeugt bin, daß meine Klagen hierüber so wenig einen Erfolg wie in andern Jahren hervorbringen werden. Sollte die allerhöchste Absicht seyn, den Unterthanen durch die Nichterhebung der Konkurrenz zu schonen, so kann selbe auf diese Art nicht erreicht werden; denn die Gemeinde Abgaben sind von der Art,

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

daß sie doch bezahlt werden müssen, und man muß zu allerley Vorschüssen die Zuflucht nehmen, welche dem ordentlichen Konkurrenzbeitrag gleich kommen müssen, und es mindert sich die Last durchaus nicht. Glaubt man dadurch die Gemeinde Bedürfnisse beschränken zu wollen, so irrt man sich sehr, weil nebst den ordentlichen Bedürfnissen auch zuletzt noch die Interessen für die Rückstände derselben sich anhäufen, wodurch das endliche Resultat hervorgehen muß, daß die Gemeinden ihre Schulden am Ende gar nicht mehr bezahlen können, weswegen in eigenen Berichten dringend auf die allerhöchste Genehmigung dergleichen nothwendiger Konkurrenzen angetragen worden ist. Unter diesen wäre es sehr zu wünschen, daß die Impfkosten und Schulgelder statt von den einzelnen Aeltern, von der Gemeindekasse bestritten werden dürften, wodurch 2 Hauptthindernisse des erwünschten Gedeihens der Schul- und Impfanstalten gehoben seyn würden.

VI. Gerichts Polizey

1. In der innern Eintheilung der Gerichtsbezirke des Kreises ist in diesem Jahre die Veränderung eingetretten, daß der Steuerdistrikt Haiden oder Leobendorf vom Landgerichte Tittmoning aus überwiegenden Motiven getrennt und dem Landgerichte Laufen einverleibt wurde. Die Erbauung des Landgerichts- und Gerichtsdienerhauses zu Saalfelden, sowie der Gerichtsdienerhäuser zu Reichenhall, zu Haag, zu Altötting und Frankenmarkt gehört noch immer zu den Wünschen. Eben dieses gilt von der schon oft als nothwendig dargestellten Verbesserung der Besoldungen der Landrichter III. Klasse, dann Anstellung von Aktuarien und Gerichtsdienersgehilfen bei dieser ungemein dürftig organisirten Klasse königlicher Gerichtsbehörden. Auch die Herrschaftsgerichte, wenn sie z. B. (wie) Mondsee, eine mehr als 5000 Seelen enthaltende Bevölkerung erreichen, sollten zur Anstellung von Aktuarien und Gerichtsdieners Gehilfen verbindlich gemacht werden, als die königliche Gensd'armerie von aller Theilnahme von dem gewöhnlichen Polizeydienst befreyt ist. 2. Das General Commissariat war sehr selten in dem Falle, Klagen der Unterthanen gegen das königliche Landgerichts Personale vernehmen und heben zu müßen. Wo solches geschehen mußte, geschah es mit gesetzlicher Strenge. Desto häufiger waren 3. noch immer die Beschwerden der Unterthanen über die Tax- und Laudemial Excesse der Privat-Gerichts- und Grundherrn. Nur durch die anhaltendste Aufmerksamkeit können vorzüglich die Gerichtsherrn im Hausruckviertel zur Beobachtung der konstitutionellen Verordnungen vermocht werden. All ihr Thun und Lassen ist das Resultat einer ihrem Sinne nach eisernen Nothwendigkeit, und keineswegs des eigenen Willens, der sich mit Schmerz an die alten Zeiten zügelloser Willkühr ungestrafter Uibervortheilung und Verweigerung der Theilnahme an allgemeinen Lasten erinnert. Es wird aus den österreichischen und baierischen Verordnungen ein neuer Kodex von diesen habsüchtigen Gutsherrn zusammengesetzt, der aus jeder Gesetzgebung das aufnimmt, was einträgt, und das ausläßt, was kostet. In Salzburg besteht der schreyende Druck des Uebergebrauches, durch mehrere allerunterthänigste Berichte geschildert, noch ohne Abhilfe fort. Die Unterthanen werden noch durch künstlich fingierte Laudemialfälle erschöpft, und eine eingreifende Abhilfe durch ein neues bestimmendes bürgerliches Gesetzbuch ist von höchster Nothwendigkeit. Die königlichen Grundholden haben in dieser

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Hinsicht nicht weniger zu klagen, als jene der Privat Grundherrn. Unter der Leitung mancher Individuen der Finanz Direction fühlen diese Grundholden die Wohltaten nicht, welche in der Konstitution ausgesprochen, und mit den Edikten in hiesigen Landen gesetzlich promulgirt sind. Sie müßen noch immer Rückstandsjahre und Willengelder, Laudemien von fahrender Habe entrichten, und werden durch gerichtliche Schätzung des Werths der grundbaren Objekte gegen überspanntes Handlohn nicht gesichert, wenn das vielfache Ungeheuer des Urbarsgebrauches es anders mit sich bringt. Oft liegt auch die Schuld so schreiender Mißbräuche nicht an den exekutiven Organen, sondern daran, daß das Recht und die Staatswirthschaft im Staatsorganismus jenen Vorrang nicht einnehmen, welcher ihnen darinn vor der blossen Kunst, die Kassen vorübergehend zu füllen, gebührt.

VII. In Rücksicht auf die Sitten

Die reichlichen Beiträge, welche von den Unterthanen dieses Kreises, des schweren Drucks der Zeiten ohngeachtet den vaterländischen Rüstungsanstalten dargebracht werden, verdienen in der Darstellung bürgerlicher Tugenden gewiß eine dankbare Erwähnung. Vom Zweck und Erfolge der gelegenheitlich des landwirtschaftlichen Oktoberfestes ertheilten Dienstbothen Preise habe ich Eurer Majestät ohnehin schon abgesonderten Bericht erstattet, worauf ich mich hier Kürze halber beziehe.

VIII. Im Betreff der Volksbildung

1. Da in Schulgegenständen, allerhöchster Anordnung gemäß jährlich 2 Jahresberichte, nämlich einer über die Studien Anstalten, und einer über die Volksschulen des Kreises zur königlichen Ministerial Studiensektion erstattet werden, so kommen hier nur die Resultate über den Zustand und Fortgang der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungs Anstalten im Salzachkreise in Beziehung auf jene zwei abgesonderten umständlichen Jahresberichte mit Beifügung einiger Bemerkungen anzuzeigen. Es ist ganz unverkennbar, daß das Schulwesen des Salzachkreises im Jahre 1813/14 wieder bedeutende Vorschritte machte, und seiner innern Einrichtung nach sich immer mehr der Vollkommenheit nähert. Die Majorität der weltlichen und geistlichen Lokalvorstände beweiset fortwährend einen unermüdeten Eifer für Verbesserung der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungs Anstalten für Befolgung der vorgeschriebenen Schulpläne und aller auf das Schulwesen Bezug habenden allerhöchsten Anordnungen, und für fleißigen Schulbesuch. Es giebt zwar noch Lokal Inspektoren im Salzachkreise, wie es deren ganz verlässig auch in anderen Kreisen geben wird, welche keine Kenntnisse im Schulfache, und keinen Sinn und Eifer für dasselbe haben. Allein, da sie nun einmal Pfarrer und als solche Lokalschul Inspektoren sind, läßt sich in solchen Fällen nur die Erledigung der Pfarrey oder des Vikariats entgegensehen, und bei deren Vacatur Sorge tragen, daß solche mit im Schulfache bewanderten, und für selbes theilnehmende Individuen besetzt werden. Glücklicherweise besteht meistens bei Pfarrern und Lokalschulinspektoren jener Art als Surrogat ein Hilfspriester, wo der gebildete und fleißige Kaplan die Schule leitet, und wo auf diese Art

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

die Ignoranz und Indolenz des Pfarrers für Volks- und Jugendbildung weniger schädlich gemacht wird. Das Haupthindernis zur Beförderung und Vervollkommnung der öffentlichen Unterrichts Anstalten, liegt immer in dem Finanzzustande der Schulen der Kreishauptstadt Salzburg. Der Studienfond hat ein jährliches Deficit von 8000 fl., u. der deutsche Schulfond von 2000 fl. Die ohnehin unzureichende und außerdem noch geschmälerte Kreisschuldotationsrate muß also zur Deckung eines Theiles jenes Defizits verwendet werden, und es unterbleiben Gehaltszulagen und Remunerationen für die Volksschullehrer auf dem Lande, und alle jene Aufmunterungen und Unterstützungen des Schulwesens, wo hiezu die Kräfte der Gemeinden und die Lokalschulfonds unzureichend sind. Eine erfreuliche, und für den Salzachkreis ehrenvolle Erscheinung ist die grosse Anzahl freiwilliger Schulunterstützungen, geleistet von Gemeinden und Privaten während den ungünstigsten Zeitumständen. Nach den bereits zur allerhöchsten Stelle sowohl mit spezifizierten Anzeigen, als mit Zusammenstellung erstatteter allergehorsamster Berichte wurden im Jahre 1813/14 durch ganz freiwillige Schulunterstützungen 1. zehn Schulzimmer und darunter 7 ganz neu hergestellt, mit einem Kostenaufwand von 4600 fl. 2. für mehr als 250 Schüler der Schulapparat beigeschafft und mit 500 fl. 3. Die freiwilligen Schulgeldsbezahlungen für arme Kinder an 390 Schulen betragen über 1200 fl. 4. Die Unterstützungen armer Schulkinder an Geschenken, Kost, und Kleidungsstücken im allergeringsten Anschlage 950 fl. 5. Die Anschaffungen an Schulbücher über 500 fl. 5. Außer allem betragen die Geldbeiträge 3092 fl. Die Totalsumme aller freiwilligen Schulunterstützungen im Salzachkreise i. J. 1813/14 beträgt daher 10842 fl. In dieser grossen Liberalität ganz freiwilliger Schulunterstützungen liegt wohl der beste Beweis, daß die öffentlichen Unterrichtsanstalten des Salzachkreises bereits in einem sehr zur Vollkommenheit gebrachten Zustande seyn müßen, denn Gemeinden und Privaten aus allen Ständen würden die dermaligen Zeiten besonders eine Sache nicht so freigebig unterstützt haben, von deren Güte und zweckmäßigen innern Einrichtung sie nicht ganz überzeugt wären. An der Studienanstalt in Salzburg waren am Lyzeum in der philosophischen Sektion 48, in der theologischen 50, zusammen 98. Am Gymnasium 60 und an der Studienschule 213, mit Anfange des Schuljahres 388, mit Ende in Summa 371 Studierende. Darunter waren 51 Ausländer. Die Professoren und Lehrer erfüllten ihre Pflichten. Gegen die Konduite der Studierenden kamen im Laufe des ganzen Jahres keine Klagen vor. So beschwerlich die rauhen Gebirgsgegenden, die oft höchst gefährlichen Wege in selben, und die weiten Distanzen von den Wohnorten der Kinder zu den Schulhäusern den Schulbesuch im Salzachkreis machen; so ist doch die Schulfrequenz an den Volksschulen verhältnismäßig sehr zahlreich. Noch vor 5 Jahren vor dem Eintritte der Schulorganisation im Kreise betrug die Zahl aller die Werktagsschulen wirklich besuchenden Kinder nicht viel über 14000, und an den Feyertagsschulen nicht viel über 500. Bereits im Jahre 1811/12 war die Zahl der Werktagsschüler 30321 und der Feyertags Schüler 26366, also zusammen 56687 die Volksschulen besuchende Jugend. Nun im letztverflossenen Etats und Schuljahre 1813/14 waren an den Werktagsschulen über 33000, und an den Feyertagsschulen über 28000, zusammen also über 61000 Schüler und Schülerinnen. Noch zahlreicher, und ohngefähr der Zahl der Schulpflichtigen ganz gleich wird der Schulbesuch werden, wenn so viele noch dermal unter den Waffen stehende Individuen wieder in ihre Heimath als Knechte bei der Landwirthschaft verwendet werden können, und wenn soviele Aeltern aus Abgang jener Dienstbothen und aus Ar-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

muth sich nicht schon ihrer auch nur in etwas erwachsenen Kinder ganz unumgänglich als Dienstbothen bei den Haus- und Feldarbeiten, und vorzüglich im Sommer bei der Alpenwirthschaft dermalen bedienen müßten. Beim Eintritte eines dauerhaften Friedens ist auch von der bereits in den drückendsten Zeitumständen durch beträchtliche freiwillige Schulunterstützungen bewiesenen guten Stimmung der Bewohner des Salzachkreises zu erwarten, daß jene freywilligen Beiträge sich nicht nur erhalten, sondern selbst noch reichlich ausfallen werden. Die erschöpften Kommunalkassen sind dermal nicht im Stande, zur Dotation der Schulen Beiträge zu machen, auch die Lokalarmenfonds, die überall vorschriftsmässig das Schulgeld für die armen Kinder tragen sollen, können an den meisten Orten diese Zahlungen nicht mehr bestreiten. Im Betreff der öffentlichen Unterrichtsanstalten des Salzachkreises bestünden daher für dermalen die Bedürfnisse und Wünsche in einer hinreichenden Dotirung für die Studienanstalt zu Salzburg, und in einer temporären Vermehrung der für die Volksschulen des Salzachkreises jährlich allergnädigst bewilligten Kreis Schuldotationsrate.

IX. Im Bezug auf Religion und Sitten

1. Ganz selten noch sind die Beyspiele, daß an den abgewürdigten Feyertagen gearbeitet wird, und wenn auch eine weit größere Zahl der Gutsbesitzer hiezu bereit wäre, so stemmt sich das Gesinde desto mehr dagegen. Es ist dieses unter jene Fälle zu setzen, wo altes Herkommen über Belehrung, gesunden Sinn, und sogar über das offenbare Interesse den Sieg davonträgt. Wenn seiner Zeit nach mehreren Friedensjahren der Mangel an Dienstbothen weniger fühlbar wird, so kann durch die Beobachtung einer strengern Dienstbothen Ordnung das Meiste hierin geschehen. Der Vorschlag durch ein Gesetz die Ansäßigmachungen und Heurathen mit der Arbeit an abgewürdigten Feyertagen zu bedingen, würde deshalb unausführbar seyn, weil die Execution grossen Schwierigkeiten unterliegen würde. Noch ist der Aberglaube, das mechanische Formelnbethen, und der größtmögliche Besuch der Kirche, besonders im Gebirgslande, der Ausdruck der Volks Religion. Verordnungen helfen dagegen directe nichts, und soferne reiner Kultus vom Volke zu erwarten und zu wünschen ist, kann nur Belehrung am meisten hierin wirken. Allein, so wie diese einzig allein nur von den Priestern herkommen müßte; aber so wenig wird man solche erwarten können, denn die meisten dieser der Religion angehängten Obscesse sind von den Priestern zur Befestigung ihres Ansehens, zur Einflössung eines blinden Zutrauens, und zur Vermehrung ihrer Einkünfte erfunden worden. Wenn daher auch einzelne Bessere aus ihnen das Gute ernstlich wünschen, und betreiben, so verschwindet ihre Wirksamkeit gegen den grossen Haufen der Amtsbrüder von gemeinem und altem Schlage, welche nichts weniger im Sinn haben, als das einträgliche Werk ihrer Vorfahren selbst zu zerstören. Der erfahrene Staatsmann bekämpft solche Mißbräuche nicht auf offenem Wege, sondern er überläßt der Zeit ihr Recht. So lange diese Mißbräuche nicht als offenbare Feinde des Lebens, oder als das Grab der Produktion erscheinen, ist ihr gänzliches Ignorieren weit rathsamer. Gute Schulen, gut eingerichtete Priester Alumnate, strenge Wachsamkeit gegen die sich nach und nach wieder verbreiten wollenden ultramontanistischen Grundsätze, strenge Consequenz der Regierung, Unterordnung der Ordinariate, Achtung gegen die Religion und Toleranz sind die wahren Staatsremedien gegen Mißbräu-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

che, bedungene Verbothe aber die falschen. Noch herrscht allenthalben viel äußerer Kultus, und wenig Religion. Die Wesenheit wird über der Form vergessen und häufig mit ihr verwechselt. Der Salzachkreis zählt so manchen würdigen Priester, aber die Mehrzahl gehört in das 16. Jahrhundert. Das hiesige Priesteralumnat befindet sich in guter Verfassung; es lieferte in diesem Jahre 13 Priester, dessen Fond ist sehr bedeutend, nur ist zu bedauern, daß sich die Zahl der Kandidaten stets vermindert, während der Priestermangel zunimmt; jedoch nahm man Rücksicht, daß nur taugliche Individuen aufgenommen wurden, indem mit Unwissenden oder mit unmoralischen Subjecten nichts gedient ist; wie leider die Erfahrung zeigt, indem man in früheren Zeiten bei weitem nicht so vorsichtig war. Es kam sogar in diesem Jahre der Fall vor, daß ein Priester in Regensburg ordinirt wurde, welcher die Theologie nie gehört hatte, und blos die Fakultät bekam, Messe zu lesen. Ebenso wurde im Jahre 1813 ein Individuum ausgereicht, welches von hiesiger Studienanstalt entfernt werden mußte. Derlei Unfüge verdienen eine höhere Rüge, und künftige Verhütung. Der Salzachkreis hat sich auch in diesem Jahre großmüthiger Aerarialbeiträge zum Besten des Religions Unterrichtes zu erfreuen gehabt. So wurde 1. die Pfarrey Berchtesgaden reichlich dotirt, und deren Seelsorgsgeistlichkeit von 3 auf 7 Individuen erhöht, welches der verwahrloste Zustand der dortigen Gemeinde dringend in Anspruch nahm. 2. Ferners erhielt die Pfarre Unken eine Ergänzung mit 500 fl. aus dem Aerar, und die Pfarre Wolfsegg eine Zulage von 100 fl. 3. Den Vikarien zu Neukirchen, Gampern und Frankenmarkt wurde der nöthige Unterhalt ausgemittelt. 4. In Vöcklabruck wurde eine protestantische Pfarre neu errichtet und dotirt. Nur fehlt noch die allerhöchste Genehmigung für die ganz bereiften Vorschläge über bessere Dotationen der Pfarreyen in Salzburg und der Pfarrey Gröding, wegen welchen ich mir schon so oft wiederhollt als dringende Monitorien erlaubte, die ich nun um so gewisser bäldest erwarte, als das königliche Aerar dabei ganz und gar nicht betheiliget ist. Das Consistorium erhielt in der Person des Consistorial Raths Fingerlos mit 1600 fl., und des Assessors Hofmanns mit 800 fl. einen bedeutenden Zuwachs, verlor aber seinen Präsidenten und Bisthums Administrator durch den Tod des verdienten Bischofs von Chiemsee. Die Diözesangränze änderte sich so wie jene des Salzachkreises durch Abtrettung des Landgerichts Kitzbühel und Zutheilung des Landgerichts Zell am Ziller und Fügen. Die Vikariate Mehrenbach und Tumeltsham Landgerichts Ried wurden zu Pfarreyen erhoben, und von lästigen Absenten befreyt, wie auch die Pfarrey Ach, Landgerichts Burghausen aufgehoben, und der alten Mutterpfarre Burghausen einverleibt, wogegen das Benefizium in Ach wieder auflebte, sohin hinsichtlich einer bessern Arrondirung der Pfarrgränzen alles gethan, wozu die einzelnen Erledigungen der Seelsorgstellen und die Lokalverhältnisse Gelegenheit und Mittel gaben. Eine bessere Arrondirung der Pfarre Eggelsberg ist eben im Werke. Was die Beobachtung der alten baierischen Kirchenpolizeyordnung überhaupts betrifft, so trachtete man wenigstens auf Haltung derjenigen zu dringen, welche schon unter der vorigen Regierung bestunden. Die Erwägung, daß selbe nicht genau befolgt werden, daß das Gebirgsvolk hierin einer besonderen Rücksicht bedürfe, daß der Unterthan bei den vielen außerordentlichen Lasten wenigstens in Hinsicht seiner Meinung geschont werden könne, und daß eine spezielle Weisung hierüber erfolgt ist, wird dieses Verfahren rechtfertigen. Die Erlaubnis zu einzelnen Prozessionen wurde vorbehalten, und dadurch manche verhindert, obwohl man hierin nicht sehr streng war.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

C. Militairische Gegenstände

Die Nationalgarde III. Classe besteht nach anliegender Tabelle in 31022 Mann. Da aber nunmehr diese Nationalgarde in Landwehr verwandelt wurde, so kann der eigentliche Bestand derselben dermal um so weniger angegeben werden, als die Conscription der Pflichtigen von 40 bis 60 Jahren erst vollendet ist, wonach sich die Musterlisten ganz anders ergeben.

D. Staatswirthschaft im Allgemeinen

1. Landeskultur und deren Fortschritte

Die für Altbaiern gegebenen Kultursgesetze passen dem Produktionswege der Gebirgsgegenden ohnehin nicht an, hievon giebt die oberflächlichste Kenntnis der letztern die Uiberzeugung. Hier findet man längst jede Scholle kultivirt; der Mangel an Getreideboden zwang hiezu, und wo wegen unwirthschaftlicher Lage kein Körnerbau möglich ist, wird das Vieh geweidet, welches die hauptsächlichste Nahrungsquelle bildet. Längst war hier die Brache außer Uibung, und die sogenannten Eggarten Wirthschaft eingeführt, wobei der Grund ohne auszuruhen zum Frucht- oder Heu Ertrag benützt wird. In dieser Hinsicht steht das Gebirgsland dem Flachlande weit vor. Dennoch vermag es seinen Körnerbedarf auch in den besten Jahren, wo Kälte, Reif, Uiberschwemmungen und früher Schnee die Hofnungen des Landmanns vereiteln, nicht zu erzeugen. Sein Hauptaugenmerk bleibt daher immer auf Erzielung der möglichsten Futtermenge gerichtet, und jede Störung hierin würde ohne weiteres seinen Haushalt stören; denn nur die Viehzucht vermag ihn zu erhalten. Aber selbst diese hat bedeutend gelitten. Die Mehrzahl der Gebirgsbewohner sah sich in den letzten traurigen Jahren gezwungen, ihr Steuer Kapital anzugreifen, und zur Erschwingung der sehr vermehrten Lasten das Zugvieh zu vermindern, wovon sich die Folgen in progressiver Reihe äußern würden, wenn nicht das Vieh im Preise wieder gestiegen, und die Steuern nach der Regulierung in ein Verhältnis kämen, welches bisher nicht war. Uibrigens drücken den Gebirgsbewohner noch andere Uibel schwer darnieder. 1. Die Salinenforstregie sucht ihr Gebiet stets zu erweitern, und alle desfallsigen Versuche zu einer Abhilfe blieben bisher fruchtlos. In ältern Zeiten würdigte man das Verhältnis des Ertrages aus Waldungen und Grundrenten weit richtiger; man trachtete nicht auf Vermehrung der ohnehin überflüßigen Waldungen, sondern dahin, daß dem Unterthan die möglichste Erleichterung seiner Verbesserung möglich gemacht würde, wenn auch um einige Gulden weniger in die Forstkasse flossen. Vormals war dem Bauer erlaubt, auf jenen Alpen, welche er zu benützen hatte, den Anflug des Holzes zu verhindern, nunmehr aber muß er den, so wie er anfliegt, verlassen und so verengt sich täglich die Ausdehnung seines Futterstandes, während man sich auf der anderen Seite freut, daß die Waldungen sich vermehren. Hier ist nicht von solchen Gegenden die Rede, welche zur Saline das Holz liefern können, denn dort ließ man ohnehin keine Weide aufkommen, sondern von jener, wo es nicht einmal Gelegenheit giebt das Holz auch nur um die unbedeutendsten Preise zu verwerthen, oder, wo die Lokalität dessen Förderung in die bebauten Gegenden ganz unmöglich macht, und es am Stamm verfaulen muß, wie z. B. im ganzen Lungau so häufig der Fall ist. Unglücklicherweise behandelt die Finanzdirektion jene Alpen als Präkarium, deren

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Natur man jetzt geltend machen will. 2. Der Mangel an Gesinde ist groß, noch grösser dessen Uibermuth und Luxus. Unter dem Vorwande harter Arbeit fordert der Dienstbothe eine überaus reichliche Kost, und es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß ein Dienstbothe im Gebirge dreimal mehr kostet, als im flachen Lande, während er nur den dritten Theil des letztern arbeitet. Im Gebirge hat jeder Dienstboth seine Funktion; der eine füttert das Vieh, der andere melkt, der eine schneidet das Futter, der andere trägt es bei; so wie diese Arbeit gethan ist, legt er sich auf die faule Haut, zu essen fordert er aber des Tages fünfmal, und durchaus weitzene, vom Schmalze triefende Kost. Es ist unglaublich, aber deswegen doch wahr, daß Pinzgau bei seinem reichlichen Viehstande alljährlich Schmalz einführt. Drei aufeinanderfolgende Mißjahre konnten nicht erwirken, daß der gemeine Mann sich zu dem Erdäpfelbau bequemte, denn die Dienstbothen würden sie nicht angerührt haben, sondern betrachten sie nur als eine Zuspeise, ohne sie mit den sonst üblichen Gerichten zu compensiren. Der Mangel an Dienstleuten unterstützt sie leider darinn, so daß kein Dienstherr einen Zwang durchsetzen kann. Daher auch die Erfahrung, daß alle Besitzer grosser Güter, welche viele Dienstbothen bedürfen, an den Bettelstab kommen, während Kleingütler sich erhalten, welche sich nach den Zeitumständen einschränken. Gleichwohl sind die grossen Güter Complexe nirgend im Kreise häufiger als im Gebirge. Die über selbe als nothwendige Folge herein brechenden Ganten geben jedoch Gelegenheit, sie zu zerstücken, worin seit 4 Jahren vieles geschah, indem gegen 200 derley Zertrümmerungen statt hatten. 3. Uibermäßigkeit der Gaben und Lasten und Mißverhältnis der Besteuerungen. Die Hebung des letztern läßt die neue Steuer Regulierung hoffen, und erstern der Friede, ausser dessen das Gebirgsland sich vielleicht in zehn Jahren nicht erholen wird. Wenn man bedenkt, daß der Kreis im verflossenen Jahre an Einquartierungen, Lieferungen nach Memmingen und Lindau, Magazinstransporten, und die Gränzgerichte gegen Österreich an besonderen Leistungen mehr als eine halbe Million an Aufwand brachte, worüber die tabellarischen Conspecte bereits eingesandt sind, so darf man sich nicht wundern, das solcher am Ende des Jahres in einer solchen Erschöpfung sich befand, daß nichts übrig blieb, um den Kosten auch nur zu der kleinsten Kultur bestreiten zu können. 4. Zu grosse Uiberschuldung der Güter. Diese rührt daher, daß in frühern bessern Zeiten bei freiem Absatze der Produkte des Gebirgslandes, bei blühendem Handel, und hohen Werth der Produkte auch der Werth der Güter ungemein stieg, wonach sich die Gutsübernahmen richteten, so wie nun die Ursachen der Steigerung aufhörten, fielen natürlich auch die Gutswerthe; die Schulden blieben, und nur die Unmöglichkeit die Kapitalien, oder auch nur die Interessen zu bezahlen, erhöhte sich, weswegen dieser Uibelstand von Jahr zu Jahr um sich greift, und gleich einem Krebs allen Wohlstand untergräbt. Der Geldmangel ist natürlich ausserordentlich deutlich, und alle Zahlungen geschehen blos durch Überweisung an Forderungen. Hier kann nur die Zeit und veränderte Verhältnisse rücksichtlich des Handels helfen. Das Gebirgsland zählt mehrere bedeutende Versumpfungen, worunter jene im Pinzgau und das Stronach Moos die größten sind. Die grosse Wohlthat des Staats, die Pinzgauer Sümpfe trocken zu legen, hat zwar in den letzten 2 Etatsjahren begonnen, dem Staate grosse Auslagen verursacht, sich bereits von vielversprechenden Folgen bewiesen, und ihre Vollendung würde ein unvergängliches glorreiches Denkmal der bairischen Regierung seyn. Allein seit kurzen sind die Arbeiten eingestellt, und wenn der Bau nicht fortgesetzt wird, so sind, nur die gemachten Auslagen

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

ohne Nutzen, sondern der Schaden der Unterthanen ist grösser, als vorher. Das Werk hat erst begonnen, die letzten Uiberschwemmungen haben viele Bauten gerissen, und es ist dringenst nöthig, daß nach vorgängiger Lokal Einsicht durch Werkverständige die Arbeiten von Neuem angeordnet werden. Gleiche Aufmerksamkeit verdienen die zunehmenden Versumpfungen im Thale Gastein. Auch im Flachlande ist die Cultur nicht, wie sie ehemals war, und der Wohlstand der Einwohner ist sehr gesunken. Indeß verschwindet doch die Brache immer mehr. Der Bau der Futterkräuter nimmt zu, zweckmässige Hopfenanlagen fordern durch ihren guten Ertrag zur Nachahmung auf, und selbst die Gemeindeweiden werden immer weniger. An ganz öden Grunden wurden bei 75 Tagbau kultiviert, und es hatten an manchen Orten bedeutende Verbesserungen der Bienen und Obstbaumzucht statt, auch wurden mehrere einmähdige Wiesen zu zweimähdigen umgeschaffen. Dies gilt von den Landgerichten Altoetting, Burghausen, Grieskirchen, Haag, Hallein, Laufen, Mauerkirchen, Neumarkt, Ried, Salzburg, Teisendorf, Tittmoning, Vöklabruck, u. Mondsee. Im Landgerichte Laufen allein wurden 8847 Tagbau der Brache entrückt, und häufig tritt die Feldwirthschaft in grösseres Detail über. Offenbar hat der landwirthschaftliche Verein an diesen Fortschritten grossen Antheil, denn daß blos das Interesse allein nicht hinreichend wirkt, besteht in der Erfahrung. Der Landmann muß den Werth der Verbesserungen vor Augen sehen, bis er seinem Mißtrauen und seinen Vorurtheilen entsagt, und vielleicht trägt auch der gesunkene Wohlstand bei, um die Unthätigkeit und die Scheu vor Neuerungen bei dem Landmann zu heben, denn im gemeinen Leben ist die Noth allenthalben das beste Treibrad. Wenn der Hopfenbau ferners, wie bisher zunimmt, wird in wenig Jahren der Bedarf im Inlande erzeugt werden, denn schon jetzt legt mancher Bräuer seinen eigenen Hopfengarten an. Die Versuche im Anbau von Tabak und Oehlkräutern waren bisher sehr schwach noch, sollten aber die Getreidepreise noch tiefer fallen, so ist kein Zweifel, daß alsdann auch dieser Kulturszweig in Aufnahme kommen wird. Was die Pferdezucht betrifft, so fehlt es an schönen und guten Beschellhengsten, weswegen es sehr wünschenswerth wäre, daß das Landgestütt durch Umreitten vorzüglicher Hengste in bessere Aufnahme gebracht würde. Vorher war dieser Produktions Zweig vorzüglich im Innviertel für Pferde von leichterer Taille nicht unbedeutend, weil die österreichische Regierung das Landgestüttwesen durch Umhersenden guter und schöner Hengste unterstützte. Die Obstzucht hat zwar einzelne Freunde, allein nur zu häufig mangeln dem Landmann die nöthigen Vorkenntnisse, und erst eine künftige Generation wird sich grösserer Fortschritte dieses Kulturszweiges zu erfreuen haben, da solche in den meisten Landschulen mit Erfolg gelehrt wird. Die Bienenzucht hält beinahe gleichen Schritt mit jener des Obstes, jedoch wirkt der landwirthschaftliche Verein in beiden Zweigen merklich. Im Landgerichte Mattighofen, wie schon in dem Berichte über das landwirthschaftliche Fest angeführt wurde, befindet sich ein Bauer, welcher angehenden jungen Landleuten über die Feldwirthschaft Vorlesungen hält, und den Gebrauch nützlicher Feldwirthschaftsgeräthe erklärt, deren Probe er selbst erhärtete. So manches zeit- und kraftsparende Ackerwerkzeug wurde dort durch ihn eingeführt. Der Kreis zählt mehrere Musterwirthschaften, und ihrem Beispiele ist die Aufnahme der Stallfütterung, des Kleebaus, und anderer Verbesserungen vorzüglich zu danken. Belehrung in den Schulen, Beispiele grösserer Gutsbesitzer und aufgeklärter Landwirthe, Aufmunterungen durch Prämien und der sichtliche Vortheil eines Sache sind die wahren Beförderungs Mittel für die Verbesse-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

rung der Landwirthschaft, wobei man vorzüglich die eigensinnige Maxime aufgeben muß, überall das Gleiche hervorbringen zu wollen. Wenn man erwägt, was hierinn unter Benützung erwähnter Mittel in Baiern seit 14 Jahren geschah, so erhebt sich das Gemüth zu den schönsten Hoffnungen, und die Wirksamkeit einer humanen und sanft leitenden Regierung spricht sich laut aus. Die Zeit hat ihre Rechte, und das Drängen derselben rächt sich jedesmal grausam an der Sache, die man übereilen will. Es muß daher um so mehr der Landwirthschaft zu ihrer Verbesserung die nöthige Zeit gegönnt werden, als gerade jeder Sprung bei ihr am schädlichsten einwirkt. Es ist keine Veranlassung zu der Vermuthung vorhanden, daß die aufschwingenden Verbesserungen stille stehen sollten, aber mehr noch würden sie befördert, wenn 1. Durch Verwandlung der Laudemien in Capitalszinsen. 2. Durch Verminderung der außerordentlichen Abgaben bei nunmehr zu hoffenden Friedensstand. 3. Durch Verminderung des stehenden Heeres, oder häufigeren Beurlaubung der Soldaten. Erstere zwei Wege würden die pekuniären, letztere die physischen Kräfte zum eifrigen Betriebe des National Wohlstandes vermehren.

Hinsichtlich der Manufakturen. Die Berchtesgadener Holz und Baumwollenwaaren Fabrication schmachtet kümmerlich unter dem Drucke auswärtiger Transito und Einfuhrszölle. Besonders fühlbar leidet der sonst lebhafte Handel nach England. Ebenso empfindlich sind die hohen tirolischen Zölle und Weggelder dem Absatze der diesseitigen Glas-Leinen und Baumwollen Fabrikate nach Italien.

Hinsichtlich des Handels. Vom Aufblühen des Handels kann unter den dermaligen politischen Verhältnissen noch wenig gesagt werden, in dessen lebt wenigstens die Hofnung auf, und der Waaren Durchzug hat sich etwas gehoben. Vom Aktivhandel mit inländischen Manufactur ist bereits oben das Nöthige gesagt worden. Der Handel mit Getreid und Vieh war ziemlich lebhaft nach Oesterreich. Drückend empfand das Ziller- und Brixenthal die Nekereyen der neuen tyrolischen Nachbarschaft in allen ihren Activ- und Passiv-Handelsverhältnissen, und in der Höhe der tyrolischen Postporti und Wegemauten.

In Rücksicht des Wasserbaues. In diesem Jahre hatten mehrere sehr bedeutende Uferbauten an der Salzach und Saale, in den Landgerichten Salzburg, Teisendorf, Laufen und Tittmoning statt, welche sämmtlich unter Leitung der k. Wasserbau Inspection geführt wurden. Das Aerar gab hiezu das Werk- Busch- und Faschinenholz, die anliegenden Gemeinden die Arbeiter. Es bewährte sich die Haltbarkeit des Faschinenbaus bei Gebirgsströmen als das wohlfeilste und sicherste Widerstands Mittel, während die massivsten Steindämme und Steinkästen sich unterspült zeigten, und nach und nach einstürzten. Erforderlich ist jedoch, daß 1. Der Bauholzbedarf auch in Zukunft unentgeltlich abgegeben werde, wie dieses seit den ältesten Zeiten aus eben so klugen als staatswirthschaftlichen Rücksichten üblich war, obwohl dies die königlichen Forstämter nicht erkennen wollen, sich deshalb an die königl. Forstadministration wendeten, daselbst aber die Verweigerung dieses Holzbedarfes nicht durchzusetzen vermochten. 2. Daß alljährlich einige Strecken an der Salzach verwerkt werden; denn dieser reissende Strom bedarf mächtiger Gegenwirkungen, wenn er nicht sein, einer weiten Sandwüste gleichendes Bett auf Kosten fruchtbarer Gründe auch in Zukunft erweitern soll, worinn bisher vieles vernachlässiget wurde, da sich der Fluß durch die langen Untersuchungen, wer gerade an dem Einbruchsorte zu verwerken habe, in seinen Verwüstungen nicht irre machen ließ. Die Operationen im Flußbeete der Salzach im Pinzgau, um selbes von den aufgehäuften Steinmassen zu reinigen, zu

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

vertiefen, und dadurch den traurigen Versumpfungen der anstossenden Gegenden abzuhelfen, haben i. J. 1814 den besten Erfolg gehabt. Schon erheben sich manche Strecken Landes an den Abhängen der Bergleiten, aus den sie umgebenden weiten Wasserflächen, und die grosse Uiberschwemmung im Monate August d. J. ließ nur wenige Spuren nach sich zurück, während ähnliche Hochwasser in früheren Jahren die Versumpfungen jedesmal vermehrten. In diesem Werke, woran man seit 20 Jahren schrieb, erbaut sich die baierische Regierung das schönste Monumente, und es ist nur zu bedauern, wenn die Arbeiten dabei nicht mit der nämlichen Thätigkeit fortgesetzt werden.

In Hinsicht des Strassenbaues. 1. Landstrassen. Auch in diesem Jahre wurde der Strassenbau sehr verbessert; denn es wurde nicht nur von Vöklabruck nach Schwanenstadt eine ganz neue Strasse mit grossem Aufwande ganz neu hergestellt; sondern auch die nördliche Salzburger-Münchener Route bei Brodhausen, wo sie 3/4 Stunden lang in einem Hohlwege fortzog, und bei vielem Schnee und hohen Wasser gar nicht zu befahren war, in gehöriger Breite ganz chaussiert. Ebenso erhielt die Gasteinerstrasse von Werfen an in einer Länge von 16 Stunden, und die illyrische Route im Landgerichte St. Michael die gehörige Breite und Chaussirung, welches ihr vorher gänzlich fehlte. Die Anstrengungen der Gemeinden zu diesem ganz durch unentgeltliche Naturalkonkurrenz geleisteten grossen Werken erscheinen von selbst, und in wenigen Jahren wird der Landstrassenbau im Salzachkreise als vollendet sich zeigen. Die Materialauffuhr auf die Landstrassen überhaupt halte jedesmal noch den Aufforderungen der technischen Behörden statt. Die Poststrasse von Wagrain nach St. Johann sollte zwar nach besonderen allerhöchsten Reskripte auf dem ärarial Strassenbau Etat übernommen werden; allein es tratten seitdem Ursachen ein, welche es nöthig machten, diesen Strassenbau einsweil auf sich beruhen zu lassen.

2. In Hinsicht der Vicinalwege. Die häufigen Truppendurchmärsche und die nasse Witterung dieses Jahres hatten die Vizinalwege in sehr üblen Stand gesetzt, dessen Beseitigung daher vorzügliche Sorgfalt erforderte. Gemäß den eingelaufenen Berichten waren im Herbste die meisten dieser für den inländischen Verkehr so wichtigen Erleichterungsmittel im besten Zustande, oder doch gut reparirt; das Meiste geschah in den Landgerichten Zell am See, Neumarkt, Laufen, Teisendorf, Ried, Burghausen, Haag, Mattighofen, dann nebst dem, daß bedeutende Strecken erweitert, und systemmässig fahrbar gemacht wurden, so fand auch die Herstellung einer alten Communicationsstrasse von Mattighofen nach Salzburg zur Erleichterung des Innern Handels statt. Zwey vorzüglich wichtige Anlagen dieser Art stehen aber noch bevor. Die erste betrifft die unmittelbare Communication zwischen Altötting und Eggenfelden, die zweite den Weg von Ried nach Frankenmarkt; beide sind für den innern Verkehr von größter Wichtigkeit, beide dermal fast ganz unfahrbar. Hinsichtlich der erstern sind vorlängst alle Vorarbeiten geschlossen, und sie bedürfen nur der allerhöchsten Ratification; allein bisher war ich ungeachtet häufiger und dringender Berichte nicht so glücklich, selbe zu erwirken, mithin kann ich nur wiederhollt um Genehmigung der bei der königlichen General Direction des Strassenbaues liegenden Uiberschläge bitten. Hinsichtlich des 2. wird das nöthige am nächsten Frühjahre eingeleitet werden. Eine vorzügliche Beschwerde der Unterthanen besteht darinn, daß soviele Strassen, welche bis zum Jahre 1810 das Aerar von jeher unterhielt, plötzlich aus dem Etat der Aerarialbauten ausgestrichen, und den Unterthanen ohne alles Benehmen mit den Landesstellen als Vizinalwege überbürdet wurden. Die gemäß höchsten Be-

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

fehle hierüber herzustellenden Conspecte sind nunmehr dem Abschluße nahe, und S. Königliche Majestät werden sich aus der Vorlage von dem Betrage und rechtlichen Urgrunde jener Uiberweisungen an die Gemeinden überzeugen.
In Hinsicht des Brückenbaues. Durch Natural Concurrenz der Unterthanen wurde in diesem Jahre kein Hauptbrückenbau geführt, wohl aber hatten bedeutende Reparationen statt: 1. an der Aggerbrücke bei Schwanenstadt. 2. an der Salzachbrücke bei Burghausen. 3. an den durch Hochwasser beschädigten Brücken im Landgerichte St. Johann und Gastein. Besonders merkwürdige Unglücksfälle haben sich in diesem Jahre nicht ereignet, denn das Erscheinen einiger Individuen im Winter auf der Passage der Tauern ist in diesem Gebirgslande nichts ungewöhnliches. Die Verbesserungs Vorschläge sind ohnedieß jedem §, wo es mir nöthig schien, etwas hierüber herkommen zu lassen, angehängt, womit sich also der Jahresbericht schließt, und Endesunterzeichneter dem allerhöchsten Auftrage Genüge geleistet zu haben sich schmeichelt. Ich ersterbe,

Eurer Königl. Majestät

allerunterthänigst treugehorsamster

Carl Graf von Preysing

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Abkürzungsverzeichnis

ADB	=	Allgemeine Deutsche Biographie, 1875f.
Diss.	=	Dissertation
GHA	=	Geheimes Hausarchiv
HB II	=	Max Spindler (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. II, Das alte Bayern. Der Territorialstaat vom Ausgang des 12. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, München 1977
HB IV	=	Bd. IV, Das neue Bayern 1800–1970, München 1979
HSTA	=	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
JB	=	Jahresbericht
LTHK	=	Lexikon für Theologie und Kirche, 1957f.
MBM	=	Miscellanea Bavarica Monacensia
MGSL	=	Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 1860f.
NDB	=	Neue Deutsche Biographie, 1953f.
ÖGB	=	Österreichische Gesandtschaftsberichte, hg. von A. Chroust
PGB	=	Preußische Gesandtschaftsberichte, hg. von A. Chroust
Rbl	=	Königlich-Baierisches Regierungsblatt
Skbl	=	Königliches-Baierisches Salzach Kreis-Blatt
SLA	=	Salzburger Landesarchiv
STAM	=	Staatsarchiv München
STMBO	=	Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens
UB HS	=	Salzburg, Universitätsbibliothek Handschriftensammlung
VO	=	Verordnung
Wurzbach	=	Constantin von Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, 1856f.
ZBLG	=	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte